Ger 1380.4 11-2)

Harvard College Library

FROM THE
J. HUNTINGTON WOLCOTT
FUND

GIVEN BY ROGER WOLCOTT [CLASS OF 1870] IN MEMORY OF HIS FATHER FOR THE "PURCHASE OF BOOKS OF PERMANENT VALUE, THE PREFERENCE TO BE GIVEN TO WORKS OF HISTORY, POLITICAL ECONOMY AND SOCIOLOGY"

Digitized by Google

Quellen und Studien
zur
Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches
in Mittelalter und Neuzeit.
Herausgegeben
von
Band II. Karl Zeumer. Heft 1.

Die Goldene Bulle Kaiser Karls IV.

Von

Karl Zeumer.

Erster Teil:

Entstehung und Bedeutung der Goldenen Bulle.

Weimar
Hermann Böhlaus Nachfolger
1908.

Digitized by Google

Die **Quellen und Studien** erscheinen in zwangloser Folge in Heften von etwa 3 — 10 Bogen. Jedes Heft enthält die Arbeit eines Verfassers, bildet ein selbständiges Ganzes, erscheint unter besonderem Titel mit besonderer Seitenzählung und ist einzeln käuflich. Nach dem Erscheinen einer Anzahl Hefte im Gesamtumfange von etwa 30 Bogen werden diese zu einem Bande zusammengefaßt, indem dem letzten Hefte ein Bandtitel und Inhaltsverzeichnis beigegeben wird. Anfragen wegen Aufnahme von Arbeiten sowie Manuskriptsendungen sind zu richten an den Herausgeber, Universitätsprofessor Dr. **Karl Zeumer**, Steglitz bei Berlin, Grunewaldstraße 27.

Der Herausgeber. Die Verlagsbuchhandlung.

Das gleichzeitig erscheinende Zweite Heft enthält:

Karl Zeumer, **Die Goldene Bulle Kaiser Karls IV.** Zweiter Teil: Text der Goldenen Bulle und Urkunden zu ihrer Geschichte und Erläuterung. VIII und 135 S. Einzelpreis ℳ 4.60
Subskriptionspreis ℳ 3.80

☞ **Allen Beziehern, die sich bei Erscheinen des ersten Heftes eines Bandes zur Abnahme aller folgenden (desselben Bandes) verpflichten, wird für jedes einzelne Heft ein ermässigter Preis eingeräumt, der um 15—20% niedriger ist als der Einzelpreis.**

Digitized by Google

Karl Zeumer,

Die Goldene Bulle Kaiser Karls IV.

Erster Teil.

L. 243

(Quellen und Studien Band II, Heft 1.)

Digitized by Google

Quellen und Studien

zur

Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches

in

Mittelalter und Neuzeit.

Herausgegeben

von

Karl Zeumer.

Band II, Heft 1.

Zeumer, Die Goldene Bulle Kaiser Karls IV.

Erster Teil.

Weimar

Hermann Böhlaus Nachfolger

1908

Digitized by Google

Die
Goldene Bulle Kaiſer Karls IV.

Von

Karl Zeumer.

243

Erſter Teil:

Entſtehung und Bedeutung der Goldenen Bulle.

Weimar
Hermann Böhlaus Nachfolger
1908

10

Digitized by Google

Ger 1380.4

HARVARD COLLEGE
MAR 5 1913
LIBRARY
Wolcott fund

Digitized by Google

Robert Arnold

in Freundschaft und Dankbarkeit

gewidmet.

Digitized by Google

Vorwort.

Der erste Teil der vorliegenden Arbeit sollte seiner ursprünglichen Anlage nach ein Kapitel eines größeren Buches bilden, in welchem ich die Geschichte der deutschen Reichsgesetzgebung zu behandeln gedachte. Als ich dann durch meinen Gesundheitszustand gezwungen wurde, den größeren Plan aufzugeben, beschloß ich, das Kapitel über die Goldene Bulle zu einer selbständigen Arbeit auszugestalten, die ein Heft der Quellen und Studien bilden sollte. Ein revidierter Text des Gesetzes sollte nebst wenigen Urkunden als Anhang hinzugefügt werden. Im Verlaufe der Arbeit aber wuchs der Umfang so sehr, daß ich mich zu einer Teilung des Werkes in zwei Teile entschließen mußte, um es dem Rahmen der Quellen und Studien noch einfügen zu können. Der zweite Teil enthält den Text des Gesetzes nebst den notwendigsten Anmerkungen, sowie eine Sammlung von 35 Urkunden zur Geschichte und Erläuterung der Goldenen Bulle. Es wird gleichzeitig mit dem vorliegenden ersten Teile als zweites Heft des zweiten Bandes der Quellen und Studien ausgegeben.

Neben dem selbständigen Zwecke, den meine Arbeit in beiden Teilen verfolgt, hat sie zugleich noch die Bedeutung einer Vorarbeit für die Ausgabe der Konstitutionen Karls IV. in den Monumenta Germaniae historica. Aus diesem Verhältnis aber erwuchs meiner Arbeit reiche Förderung, indem ich die Möglichkeit hatte, nicht nur die Materialien der Monumenta Germaniae in weitem Umfange heranzuziehen, wie sich das namentlich in dem zweiten Teile im einzelnen zeigen wird, sondern auch den

Digitized by Google

Rat und die Hülfe der Mitarbeiter der Monumenta und beſonders derjenigen Herren, die an der von mir geleiteten Abteilung tätig ſind oder waren, in Anſpruch zu nehmen.

Die Hülfe, deren ich in beſonders hohem Grade bedarf, iſt mir denn auch in reichem Maße und in freundlichſter Weiſe von dieſer und anderer Seite zuteil geworden.

Bei der Bearbeitung dieſes erſten Teiles haben mich einander ablöſend dauernd durch Nachſchlagen, Vorleſen, Exzerpieren und ſonſt mit Rat und Tat unterſtützt die Herren Dr.Dr. Fritz Kern, Mario Krammer, Max Rintelen und Karl Rauch. In letzterer Zeit hat mir dann in beſonders wirkſamer Weiſe Herr Dr. Richard Salomon bei der endgültigen Redaktion des Manuſkripts, und namentlich bei der Abfaſſung zahlreicher Anmerkungen, zum Teil auch durch ganz ſelbſtändige, in meinem Intereſſe angeſtellte Nachforſchungen in regelmäßiger Mitarbeit zur Seite geſtanden. Derſelbe hat ſich auch der Mühe unterzogen, von faſt allen Druckbogen die erſte Korrektur mit Manuſkript zu leſen, während mein Freund, Herr Archivrat Dr. Robert Arnold, mich in der Beaufſichtigung der Drucklegung vertrat, nachdem er zuvor noch das Manuſkript einer Durchſicht unterzogen hatte. Indem ich allen genannten Herren und auch allen denen, die mir außerdem mit Rat und Hülfe beigeſtanden haben, meinen herzlichſten Dank ausſpreche, kann ich nicht umhin in dieſen Dank ausdrücklich meine liebe Frau Melanie, geb. Eyßenhardt, einzuſchließen, die dieſes Werk vom erſten Entwurf bis zur letzten Korrektur mit ſtets tätiger Hülfe und Sorge begleitet hat, und auf deren Unterſtützung allein ich zeitweilig angewieſen war.

Steglitz bei Berlin, den 22. Dezember 1907.

Karl Zeumer.

Inhaltsübersicht.

Seite

Einleitung . . . . . 1—9

Aufgabe und Plan der Arbeit S. 1—2. Quellen für die Geschichte der Goldenen Bulle S. 2—9. Chronikalische Quellen S. 3—4. Das Trierer Rechnungsbuch S. 4—9.

Erstes Kapitel: Inhalt und Ursprung der einzelnen Bestandteile der Goldenen Bulle . . . . 10—109

Eingangsverse und Proömium S. 10—12. c. I und II S. 12—25. Geleit der Wähler S. 12—15. Berufung zur Wahl S. 15. Gefolge der Wähler S. 15—16. Wahlpolizei S. 16. Versammlung der Wähler; Messe S. 16. Wahleid S. 16—17. Zwangsmaßregel gegen Verzögerung der Wahl S. 17. Zulassung verspäteter Wähler S. 17—18. Majoritätsprinzip, Gestattung der Selbstwahl zur Herstellung der Majorität in c. II, § 5 S. 18—19. Ist die notwendige Majorität die aller sieben, oder die der am Wahlakt teilnehmenden Wähler? S. 19—21. Die Wahl Ruprechts S. 21—23. Die erste Wahl Sigmunds S. 23—24. Die Refutatio anonymi S. 24—25. c. III—VI S. 25—42. Sitzordnung der geistlichen Kurfürsten S. 25. Geschichte des Streites um den Platz zur Rechten des Königs S. 25—28. Sitzordnung der weltlichen Kurfürsten S. 28—29. Berufung und Leitung der Wahl durch den Erzbischof von Mainz S. 29. Reihenfolge der Abstimmung S. 29—30. Die Erzämter der weltlichen Kurfürsten S. 30—33. Das sog. Reichsvikariat des Pfalzgrafen bei Rhein und des Sachsenherzogs S. 33—39. Gerichtsbarkeit des Pfalzgrafen über den König S. 39—41. Übertragung der Sitzordnung auf analoge Fälle; Vorrang der Kurfürsten vor anderen Fürsten S. 41—42. c. VII S. 42—51. Ursprünglich selbständiges Gesetz über Vererbung und Übertragung der weltlichen Kurfürstentümer S. 42—43. Vorlage für die Bestimmungen über die Primogeniturfolge S. 43—45. Neuverleihung erledigter weltlicher Kurfürstentümer S. 45—46. Selbständige Publikation des Gesetzes vor Abschluß der Goldenen Bulle S. 46—50, wahrscheinlich am 25. Dezember 1355 S. 50—51. c. VIII—XI S. 51—61. Grundlage dieser Kapitel der Entwurf eines Privilegs für Böhmen S. 51—52. Privilegien de non evocando und de non appellando, Regalien, Münzrecht, Ländererwerb S. 52. Ein cc. VIII—X entsprechendes Privileg für Böhmen ist damals nicht aus-

Digitized by Google

gefertigt. Die Urkunde Erzbischof Gerlachs von 1356, Januar 7 kein Willebrief, sondern Urkunde über ein Kurfürstenweistum S. 52—54. Diesem lag derselbe Entwurf zugrunde wie den cc. VIII—X S. 54. Auch ein entsprechendes älteres Privileg für Böhmen scheint nicht vorgelegen zu haben S. 54—56. Beruht der Entwurf überhaupt auf böhmischer Vorlage? S. 57—58. Zusatz zu c. XI im sog. böhmischen Exemplar (B) des Gesetzes S. 58—61. c. XII S. 61—68. Vereinbarung jährlicher Zusammenkünfte der Kurfürsten und des Kaisers S. 61. Zurückweisung der Ansicht Weizsäckers über Entstehung und Bedeutung dieses Kapitels S. 62—66. Verbot der invitatae generales aus Anlaß von Vorgängen auf dem Nürnberger Tage S. 66—67. Abneigung der Fürsten gegen die kostspieligen Reichsversammlungen S. 67—68. c. XIII S. 68—72. Ausschluß entgegenstehender Privilegien durch die der Kurfürsten S. 68. Veranlassung des Kapitels durch ein am 8. Dezember 1355 der Stadt Köln erteiltes, am 5. Januar 1356 widerrufenes Privileg S. 68—72. c. XIV. Abstellung von Mißbräuchen in der Anwendung des Fehderechts gegen Lehnsherren S. 72. c. XV S. 72—76. Verbot von Bündnissen der Untertanen gegen ihre Herren wie c. XIII auf Betreiben des Erzbischofs von Köln erlassen S. 72—73. Vorlagen: der roncalische Landfriede von 1158 und ein Privileg für den Erzbischof von Köln S. 73—75. Ein allgemeines Landfriedensgesetz in Aussicht gestellt S. 76. c. XVI S. 76—80. Pfalbürgerverbot, veranlaßt durch Bischof Johann von Straßburg S. 76—78. Betonung des Beirates des Kurfürsten zum Erlaß dieses Verbotes S. 79—80. c. XVII. Vorschriften über die Fehdeansage und Verbot unrechter Fehden, ungerechter Zölle und Geleite S. 80—81. cc. XVIII und XIX. Formulare für Wahlausschreiben und Wahlvollmacht S. 81—82. c. XX—XXIII S. 82—90. Vorlage des c. XX: Weistümer vom 7. Januar. Untrennbarkeit von Kurrecht, Erzamt und Fürstentum, Zulassung der Inhaber des Fürstentums zu Wahlen und allen Reichshandlungen der Kurfürsten S. 86—87. cc. XXI. XXII. Ordnung der Kurfürsten bei feierlichen Aufzügen S. 87—88. Vortragung des Zepters S. 88—89. c. XXIII. Geistliche Verrichtungen der geistlichen Kurfürsten bei Hoftagen S. 89—90.

c. XXIV. Übertragung des Majestätsrechtes auf die Kurfürsten nach Vorlage aus dem Codex Iustinianus S. 90. c. XXV. Unteilbarkeit der kurfürstlichen Gebiete und Anordnung einer Vormundschaft über krankheitshalber regierungsunfähige Kurfürsten S. 91. cc. XXVI—XXIX. Ritual für große Reichshöfe S. 91—99. Abholung des Kaisers durch die Kurfürsten und Ordnung des Zuges zum Festplatz S. 91—92. c. XXVII. Ordnung der Ehrendienste (Erzämter) der Kurfürsten S. 92. c. XXVIII. Tafelordnung S. 93. c. XXIX. Ort der Wahl, der Krönung und des ersten Reichstages, Bevollmächtigte der Kurfürsten haben keinen Anspruch auf deren Ehrenplätze. Der kaiserliche Hofmeister erhält die bei Reichshöfen gebrauchten hölzernen Estraden S. 93. Vorlage für c. XXVII vielleicht die 1298 in Nürnberg verkündigte Ordnung der Erzämter S. 93—99. c. XXX S. 99—108. Befreiung der Kurfürsten von der Lehnstaxe; Höhe derselben S. 99—100. Das Kapitel ur-

Seite

sprünglich ein selbständiges Gesetz S. 100. Die Befreiung der Kurfürsten von der Taxe eine Neuerung S. 100. Noch auf dem Nürnberger Tage hatte Erzbischof Boemund sie entrichtet S. 100—101. Höhe der Taxe und Verteilungsmodus nach älteren Quellen S. 101—104. § 4 über das Recht des Erzmarschalls und seiner Substitute auf die beim Lehnsempfang von den Fürsten gerittenen Pferde im Anschluß an das Weistum vom 6. Dez. 1355 abgefaßt S. 104—106. Als Zusatz zu c. XXX war ursprünglich der jetzige § 3 des c. XXIX verfaßt S. 106—108. c. XXXI. Der Sprachunterricht der Kurprinzen S. 108—109.

Zweites Kapitel: Geschichte der Gesetzgebung auf den Reichstagen zu Nürnberg und Metz. Nov. 1355 — Dez. 1356 . . . . . 110—183

Tätigkeit Karls IV. im Sommer 1355 S. 110—111. Einladung und Vorbereitungen zum Reichstage S. 111. Ankunft der Teilnehmer in Nürnberg S. 111—113. Programm des Kaisers S. 113. Die Goldene Bulle erledigt dasselbe nur zum Teil S. 114—115. Beginn der Verhandlungen S. 115—116. Die Entstehung des Nürnberger Teiles der Goldenen Bulle S. 116—151. Systematische Disposition des Gesetzbuches S. 116—119. cc. XX—XXIII ein zwischen dem 7. und 10. Januar 1356 entstandener Nachtrag zu dem im übrigen abgeschlossenen Gesetz S. 119 bis 120. Der Publikationstermin vom 6. auf den 10. Januar verschoben S. 120—123. Entstehung des Grundstocks der Gesetze S. 123—130. c. VII wahrscheinlich am Weihnachtstage publiziert; c. XII kaum vor dem 5. Januar entstanden S. 123. cc. I—II wohl unter mainzischem Einfluß entstanden S. 123—125. Die Vorlage zu cc. VIII—XI wahrscheinlich vor, die übrigen Teile sämtlich erst während des Reichstages entstanden S. 125. Der Plan einer umfassenden Kodifikation erst nach Weihnachten gefaßt S. 125—126. Die Mehrzahl der Kapitel nicht von vornherein für die Kodifikation verfaßt S. 126—130. Das Proömium nicht allein zu cc. I—II, sondern als Publikationsedikt zum ganzen Gesetze gehörig S. 130—131. Die Satzungen S. 132 bis 134. Kapiteleinteilung und -Überschriften S. 134—136. Art des Zustandekommens der Gesetze S. 137—145. Beratung des Kaisers mit den Kurfürsten S. 137—140. Hinzuziehung anderer Personen S. 139—140. Die plenitudo imperatoriae potestatis als Quelle des Rechtes S. 141 bis 142. Form der Beratung S. 142—144. Die Publikation S. 144—145.

Frage nach dem authentischen (Kanzlei-)Exemplar des Gesetzbuches S. 145—151. Es ist nicht das böhmische (B) S. 145—146. Die Vorlage der Privilegien für Köln vom 25. Januar und 2. Februar S. 146—149. Die Straßburger Überlieferung des c. XVI S. 149—151.

Sonstige gesetzgeberische Tätigkeit auf dem Nürnberger Tage S. 152—169. Feststellung des sächsischen Kurrechtes S. 152—154. Regelung der Frage des pfälzischen Kurrechtes S. 155—160. Entscheidung über die brandenburgische Kur S. 160—164. Prinzip der Untrennbarkeit von Kurrecht und Kurland S. 164—166. Befestigung der kurfürstlichen Auto-

nomie: Willebriefe und Kurfürstenweistümer S. 167—169. Schluß des Nürnberger Tages S. 169.

Der Metzer Reichstag S. 169—182. Eine Erweiterung der Kodifikation nicht schon zu Nürnberg geplant S. 169—170. Berufung und Beginn der Versammlung S. 170. Entstehung der Metzer Kapitel S. 171—172. Publikation S. 172—175. Die Publikationsnotiz im Mainzer Exemplar (M) S. 172. Der Bericht des Lewold von Northof über die Publikation S. 173—175. Schriftliche Publikation des ganzen Gesetzes auf dem Metzer Tage S. 175. Authentische Exemplare des Gesetzes, Grundlagen der für die Kurfürsten ausgefertigten Texte S. 175—177. Ein offizielles Original nicht nachweisbar; den vorhandenen Texten liegen zwei verschiedene Exemplare zugrunde. Später gilt B als offizielles Exemplar S. 178. Die Frage nach dem Verfasser der Goldenen Bulle S. 178—181. Johann von Neumarkt nicht der Verfasser S. 179—181. Das Weihnachtsfest zu Metz S. 181. Die Goldene Bulle für Sachsen. Schluß des Reichstages S. 182—183.

Drittes Kapitel: Die Bedeutung der Goldenen Bulle . 184—238

Die Goldene Bulle nicht das Resultat eines Kompromisses, sondern des einheitlichen Willens des Gesetzgebers S. 184 bis 185. Absichten des Gesetzgebers S. 185—190. Keine dynastischen Zwecke, weder in bezug auf Böhmen, noch auf das Reich S. 186—189. Die Goldene Bulle läßt keinen Raum für eine Königswahl vivente imperatore S. 187. Ziel des Gesetzes das Wohl des Reiches S. 189—190. Reinheit der Tendenz des Gesetzes, hervorgegangen aus einer gesteigerten idealen Richtung Karls IV. infolge der Kaiserkrönung S. 190—191. Stellung des Gesetzes zu den Beschlüssen von Rense, Frankfurt und Koblenz 1338 S. 191—195. Angebliche Tendenz gegen päpstliche Ansprüche S. 192. Beseitigung des päpstlichen Anspruchs auf die Reichsverweſung bei Erledigung des Thrones S. 192 bis 193. Die Goldene Bulle schließt eine päpstliche Approbation nicht aus S. 193. Die Frage der Approbation bleibt in suspenso S. 194—195. Verhalten Karls IV. bei Wenzels Wahl S. 195—198. Karl, kein prinzipieller Gegner päpstlicher Einmischung, sucht 1376 selbst eine solche herbeizuführen S. 197—198.

Form der Königswahl in der Goldenen Bulle S. 198 bis 220. Wollte der Gesetzgeber eine neue Form einführen? S. 198. Die Wahlformen von 1308 und 1314 S. 199—203. Die Wahldekrete S. 199—201. Nominatio und Electio; electio per unum S. 201—203. Nominatio in Form der Abstimmung S. 202. Veränderte Formen bei den auf die Goldene Bulle folgenden Wahlen S. 203—205. Die Nominatio nur noch einmal bei Wenzels Wahl S. 203—204. Die electio per unum durch feierliche Abstimmung ersetzt S. 204. Die Goldene Bulle führt keine neuen Formen ein S. 205—206. Sie setzt deren Bestehen bereits voraus. Die Nominatio in c. XIX S. 206. Bedeutung der Abstimmungsordnung in c. IV S. 207—208. Das Recht der ersten Stimme S. 208—220. Die älteste Fassung des Sachsenspiegels schreibt es Trier zu S. 209—211; spätere Fassungen

Digitized by Google

und der Schwabenspiegel dem Mainzer S. 211. Dagegen richten sich die Bemühungen der Trierer Erzbischöfe S. 211 bis 220. Boemund I. Albrechts I. Urkunde für Mainz 1298, Sept. 23. S. 212. Balduin S. 212—220. Seine Politik 1308 S. 212—215. Drei Wahldekrete für Heinrich VII. S. 213 bis 215. Vielleicht gab Baldnin 1314 die erste Stimme ab S. 216. Unter seinem Einfluß Anwendung einer veränderten Form bei Karls Wahl S. 216—220. Gegensatz der Wahlformen vor und nach 1346 S. 220—221. Die Wahlform von 1346 die Grundlage der in der Goldenen Bulle vorgesehenen Form S. 221—222.

Die erzkanzlerischen Rechte S. 222—226. Die Goldene Bulle enthält in ihren wesentlichen Bestimmungen keine Neuerung, sondern kodifiziert bestehendes Recht S. 226—227. Karls IV. Verhalten zu seinem Gesetz S. 227—229. Durchdringen der Goldenen Bulle unter seinen Nachfolgern S. 229—232. Anerkennung als Reichsgrundgesetz 1519 S. 232—233. Würdigung der Goldenen Bulle S. 233 bis 238.

Exkurs I: Das Schwertträgeramt bis zur Goldenen Bulle . . . . . 239—244

Exkurs II: Die Anschauungen des 14. und 15. Jahrhunderts über das böhmische Kurrecht . . 245—256

Im zweiten und dritten Kapitel ist von folgenden Stellen der Goldenen Bulle ausführlicher gehandelt:

Proömium . . .	. . S. 130.	
c. I, II	. . „ 123.	
c. IV	. . „ 207.	
c. VII	. . „ 123.	
c. XII	. . „ 123.	
c. XVI	. . „ 128.	149.
c. XVII	. . „ 128.	
c. XVIII	. . „ 129.	
c. XIX	. . „ 129.	206.
c. XX—XXIII . . .	. . „ 119.	

Im ersten Kapitel sind die einzelnen Kapitel in der Reihenfolge des Gesetzes besprochen, so daß ein Verzeichnis der Stellen sich erübrigt.

Digitized by Google

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Schriften.

Böhmer-Huber, Regesta Imperii VIII.

H. Friedjung, Kaiser Karl IV. und sein Anteil am geistigen Leben seiner Zeit. Wien 1876.

O. Hahn, Ursprung und Bedeutung der Goldenen Bulle Karls IV. Breslauer Diss. 1902.

O. Harnack, Das Kurfürstenkollegium bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts. Gießen 1883.

Th. J. Lacomblet, Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrheins. Düsseldorf 1840—1858.

Th. Lindner, Das Urkundenwesen Karls IV. Stuttgart 1882.

J. P. Ludewig, Vollständige Erläuterung der Guldenen Bulle, Frankfurt 1716—1719.

Monumenta Germaniae historica, Constitutiones. (MG. Const.)

Monumenta Germaniae historica, Scriptores. (MG. SS.)

E. Nerger, Die Goldene Bulle nach ihrem Ursprung und reichsrechtlichen Inhalt. Göttinger Diss. 1877.

J. D. von Olenschlager, Neue Erläuterung der Guldenen Bulle Kayſers Carls des IV. Frankfurt 1766.

J. D. von Olenschlager, Erläuterte Staatsgeschichte des Römischen Kayserthums in der Ersten Helfte des Vierzehenden Jahr-Hunderts. Frankfurt 1755.

F. M. Pelzel, Kaiser Karl IV. Prag 1780—81.

E. Reimann, Untersuchung über die Vorlagen und die Abfassung der Goldenen Bulle. Hallische Diss. 1898.

M. G. Schmidt, Die staatsrechtliche Anwendung der Goldenen Bulle. Hallische phil. Diss. 1894.

E. Werunsky, Geschichte Kaiser Karls IV. Innsbruck 1880—92.

Die im zweiten Teile gedruckten Urkunden sind zitiert: Urkunden Nr. 1 usw.

Digitized by Google

Einleitung.

Über Ursprung und Bedeutung des unter dem Namen der Goldenen Bulle bekannten Reichsgesetzes haben in den wesentlichsten Punkten Zweifel nie bestanden. Die ersten 23 Kapitel hat Kaiser Karl IV. am 10. Januar 1356 auf dem Nürnberger Reichstage publiziert und am 25. Dezember desselben Jahres auf einem Reichstage zu Metz noch eine Anzahl ergänzender Kapitel hinzugefügt. Durch dieses bis zum Ende des heiligen römischen Reiches als dessen vornehmstes Fundamentalgesetz anerkannte Gesetz wurde das Recht der Königswahl dauernd festgelegt, die hervorragende Stellung der Kurfürsten gesichert, und das Zeremoniell für die feierliche Repräsentation des Reiches bei den großen Reichsfesten für alle Zeit geordnet. Über diese Punkte hinaus aber herrschten und herrschen im einzelnen viele Zweifel und Dunkelheiten, die auch durch die ziemlich reiche neuere Spezialliteratur über die Goldene Bulle keineswegs völlig behoben sind, wenn auch manche Fragen durch tüchtige Einzeluntersuchungen bereits endgültig gelöst erscheinen. So schien es mir wünschenswert, die Frage nach Ursprung und Bedeutung der Goldenen Bulle noch einmal im Zusammenhange unter Heranziehung des gesamten Quellenmaterials zu untersuchen und die gesicherten Resultate eigener und fremder Forschung in einer größeren Darstellung zusammenzufassen.

Bei der Frage nach dem Ursprung mußten schon aus praktischen Gründen gesondert behandelt werden der Ursprung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzes und die Entstehungsgeschichte des Gesetzes im ganzen. Damit aber ergab sich die Einteilung der nachfolgenden Arbeit von selbst. In einem ersten Kapitel werden die einzelnen Bestandteile des Gesetzes, die einzelnen

Kapitel oder die Gruppen zusammengehöriger Kapitel untersucht, ihr Inhalt analysiert, die etwa vorhandenen Quellen und Vorlagen nachgewiesen, und die Geschichte der darin behandelten Institute, soweit das nicht schon anderweit in genügender Weise geschehen ist, bis zur Kodifizierung durch das Gesetz verfolgt. Wenn dabei die Erörterung einzelner Kapitel sich fast zu einem Kommentar gestaltet, so wird dadurch hoffentlich die Forschung gefördert, und die Erörterung mancher vielleicht unwesentlich erscheinender Einzelheiten nicht allzusehr als Ballast empfunden. Das zweite Kapitel bringt dann die Darstellung der Gesetzgebung auf den Reichstagen zu Nürnberg und Metz, soweit sie sich unmittelbar oder mittelbar auf die Goldene Bulle bezog. Dabei finden auch die Fragen der Textgeschichte besondere Berücksichtigung. Das dritte Kapitel erörtert die Bedeutung der Goldenen Bulle, die Ziele und Absichten des Gesetzgebers, die Wirkungen des Gesetzes im allgemeinen und insbesondere seine Bedeutung für die Entwicklung des Rechtes der Königswahl und ihrer Formen.

Bevor wir uns unserer eigentlichen Aufgabe zuwenden, mögen noch einige Bemerkungen und Erörterungen über die uns für die Lösung derselben zu Gebote stehenden Quellen vorausgeschickt werden.

Unsere Hauptquelle für die Entstehungsgeschichte der Goldenen Bulle ist der Text des Gesetzes selbst. Daneben kommen in erster Linie eine Anzahl Urkunden in Betracht, deren Inhalt in Beziehung zu Bestimmungen des Gesetzes steht, und die zum Teil auch Angaben über seine Entstehung und Publikation enthalten.[1]) Dazu kommen einzelne Briefe, welche entweder unmittelbar Bezug nehmen auf die Gesetzgebung oder doch Angaben enthalten, die irgendwie für deren Geschichte von Bedeutung sind.

Merkwürdig ist, wie überaus geringfügig die Spuren sind, welche von den Urkunden abgesehen der Akt der Gesetzgebung in den gleichzeitigen Aufzeichnungen hinterlassen hat. Während seit dem Anfange des 15. Jahrhunderts die Goldene Bulle sich

[1]) Eine Auswahl dieser Urkunden findet sich im zweiten Teil dieser Arbeit. Sie werden im folgenden als „Urkunden" unter Hinzufügung ihrer Nummer zitiert.

einer schnell steigenden Wertschätzung erfreute, sind die Zeitgenossen fast durchweg achtlos an ihr vorübergegangen. Selbst die auf den Reichstagen, auf denen das Gesetz publiziert wurde, anwesenden Personen scheinen von den bedeutsamen Vorgängen, abgesehen natürlich von den unmittelbar beteiligten Kreisen, kaum etwas gemerkt zu haben. Und wenn wir es vielleicht begreifen, daß der Verfasser des gleich näher zu besprechenden Trierer Rechnungsbuches aus seiner Küchenperspektive zum 10. Januar 1356 nur von den vom Erzbischof von Trier zur Tafel geladenen Personen zu berichten weiß, und entsprechend auch zum 25. Dezember zu Metz nur die große Festtafel erwähnt, so muß es doch wundernehmen, daß auch die Städteboten in ihren Berichten von dem Hauptereignis der Reichstage so wenig zu sagen wissen. Gewiß sind viele derartige Korrespondenzen verloren gegangen; doch gibt es auch unter dem überlieferten Material einen deutlichen Beweis für den Mangel an Interesse in diesen Kreisen. In dem kurz nach dem Weihnachtstage 1356 von den Straßburger Ratsboten über diesen Tag erstatteten Bericht[1]) wird von allen möglichen Dingen gehandelt, von der großen Zahl der anwesenden Fürsten und Herren, von dem großen Festmahle, bei dem die von den Kurfürsten geübten Erzämter hervorgehoben werden; von der an demselben Tage vollzogenen Publikation des Gesetzes kein Wort! In demselben Schreiben melden die Boten, daß sie ihre Angelegenheit beim Kaiser noch nicht hätten anbringen können wegen der vielen Geschäfte, die er mit den Fürsten zu erledigen hätte. Man scheint demnach hier die Städteboten auch gar nicht zu dem Akte der Publikation herangezogen zu haben, vielleicht, weil es sich in den Metzer Gesetzen nicht mehr um Dinge handelte, die für die Städte von unmittelbarem Interesse waren.

Jedenfalls machen es solche Beobachtungen erklärlich, wenn in noch ferner stehenden Kreisen die Goldene Bulle fast gar nicht beachtet wird. Von den gleichzeitigen chronikalischen Quellen erwähnt nur eine die Nürnberger Gesetzgebung, und zwar in der allerdürftigsten Weise. Es ist das, worauf

[1]) Vom 27. Dezember 1356, gedruckt im Straßburger Urkundenbuch V, 1, Nr. 345, S. 403.

Digitized by Google

Th. Lindner hingewiesen hat, Werner von Lüttich.[1]) Sonst berichtet über den Nürnberger Tag etwas eingehender Heinrich von Dießenhofen, der jedoch nur von einer damals vereinbarten Landfriedensorganisation zu berichten weiß, nicht aber von unserm Gesetze.[2])

Die hohe Politik, die Regelung der Königswahl und des Rechtes der Kurfürsten interessierte die weiteren Kreise damals offenbar nicht. Dagegen war fast jedermann an der Aufrichtung des Landfriedens mehr oder weniger direkt beteiligt. So fanden von allen Gesetzen allezeit die Landfriedensgesetze das allgemeinste Interesse im Volke; und dieses Interesse war es auch in erster Linie, welches den einzigen gleichzeitigen Chronisten, der etwas näher auf die Goldene Bulle eingeht und ein Exemplar derselben eingesehen hat, Lewold von Northof, zu seinen Mitteilungen bewogen hat. Er spricht in seiner Chronik der Grafen von der Mark von den nützlichen Gesetzen, die Karl IV. zu Metz erlassen habe, und teilt dann aus der Goldenen Bulle das 17. Kapitel mit, welches er wegen der darin enthaltenen Bestimmungen zur Einschränkung der Fehde für besonders heilsam in Anbetracht seiner westfälischen Heimat hält. Wir kommen später noch bei Besprechung der Metzer Gesetzgebung auf die Mitteilung Lewolds zurück.

Eine Quelle von ganz hervorragender Bedeutung für die Geschichte der Reichstage von Nürnberg und Metz und damit für die Entstehungsverhältnisse der Goldenen Bulle ist das bisher freilich nur in einem verkürzten Auszuge gedruckte Rechnungs- und Tagebuch über einige Reisen Erzbischof Boemunds von Trier. Überliefert ist uns dieses Buch nur durch einen kürzeren Auszug und eine vollständigere Bearbeitung des kurtrierischen Geheimschreibers Peter Maier von Regensburg[3]), der nach etwa 60jähriger Tätigkeit im Dienste der Erzbischöfe von Trier im Jahre 1542 starb. Die vollständigere Fassung des Rech-

[1]) Anno domini MCCCLVI ... dominus Carolus imperator convocatione facta principum in Nurenberch multas leges condidit; Eccard, Corp. hist. I, 1507. Vgl. Lindner in den Mitteilungen des Inst. f. österr. GF., Bd. V, S. 108.

[2]) S. unten Kap. II.

[3]) Über ihn vgl. neuestens P. Richter im Trierischen Archiv, Heft VIII, S. 55—82.

tized by Google

nungsbuches ist enthalten in dem von Peter Maier im Jahre 1532 mit Benutzung von Urkunden und anderem archivalischem Material verfaßten Huldigungsbuche, dessen Handschrift sich seit 1873 im Staatsarchiv zu Koblenz befindet. Dieser Text, den wir als A bezeichnen, ist noch nicht gedruckt, wird aber demnächst im Neuen Archiv (Bd. 33) durch R. Salomon, dessen Abschrift ich benutze, herausgegeben werden. Eine kürzere Fassung hat Peter Maier einem anderen 1536 geschriebenen Werke, dem schon zu den älteren Beständen des Koblenzer Staatsarchivs gehörenden Ämterbuch, einverleibt. Der hier gegebene Text, den wir als B bezeichnen, ist bereits zweimal gedruckt und zwar in ein und demselben Jahre 1838: das eine Mal nach der Koblenzer Originalhandschrift von H. Beyer[1]), das andere Mal von Wyttenbach und Müller nach einer späteren Abschrift in der Trierer Stadtbibliothek.[2]) Auch in dieser unvollkommneren Gestalt hätte die Quelle eine ganz andere Beachtung verdient, als sie bisher gefunden hat. Ganz vereinzelt sind Angaben aus ihr in der Literatur benutzt. Für die Geschichte der Goldenen Bulle hat Harnack eine Angabe über die Publikation der Metzer Gesetze benutzt, die aber leider gerade zu den wenigen eigenen Zutaten Maiers gehört, während er wie alle andern an den Angaben, welche für die Erläuterung und Entstehungsgeschichte des Gesetzes von wirklicher Bedeutung sind, vorübergeht.

Erst die in das Huldigungsbuch aufgenommenen Mitteilungen lassen den Charakter der Quelle und die Art ihrer Bearbeitung durch Peter Maier genauer erkennen. Es war ein am Hofe Boemunds von Trier während dreier Reisen desselben geführtes Rechnungs- und Tagebuch. Die erste der Reisen ist die Huldigungsfahrt durch das Territorium im Juli 1354, die zweite die zum Nürnberger Reichstage im Dezember 1355 und Januar 1356, die dritte die zum Metzer Tage vom November 1356 bis Januar 1357. Die Eintragungen waren durchweg völlig gleichzeitig und meist von Tag zu Tage fortschreitend aufgezeichnet. Die Sprache war durchaus die lateinische. Wo in A die deutsche Sprache begegnet, handelt es sich um Übersetzung und Bearbeitung oder auch um Zusätze Maiers. Doch hat er auch

[1]) In Meyer und Erhardts Zeitschrift für vaterl. Geschichte Bd. I (Münster 1838), S. 102—107.

[2]) Gesta Trevirorum Bd. II, Animadv. p. 19.

zed by Google

einzelne Zusätze da, wo es ihm bequemer war, in lateinischer Sprache eingefügt. Den Grundstock der Aufzeichnungen über die beiden uns hier allein interessierenden Reichstagsreisen bildet ein genaues Itinerar mit Angabe der Nachtquartiere, der Anzahl der jeweilig zu verpflegenden Pferde und die periodisch wiederkehrende Angabe über die in gewissen Zeiträumen aufgewendeten Kosten. Gastmähler, welche der Erzbischof gibt, bieten Anlaß, die bei solchen Gelegenheiten gemachten Aufwendungen zu verzeichnen. Es werden aber auch die vornehmsten Gäste namhaft gemacht und ebenso wird vermerkt, wenn und bei wem der Erzbischof zur Tafel geladen ist. So kommt es, daß namentlich die Aufzeichnungen über den Nürnberger Tag fast einem vom Standpunkte der Trierischen Hofhaltung oder speziell der erzbischöflichen Küche aus verfaßten Reichstagsdiarium ähnlich sehen. Das Übermaß der Festlichkeiten bot dem Kaiser, wie unsere Quelle berichtet, Anlaß zum Einschreiten; eine Nachricht, die auf eine Bestimmung in c. XII der Goldenen Bulle und auf eine Stockung in den Vorbereitungen des Nürnberger Gesetzbuches helles Licht fallen läßt. Neben dem fortlaufenden Verzeichnis der Ausgaben für die eigentliche Hofhaltung findet sich am Ende der Nürnberger Reise noch ein Verzeichnis außerordentlicher Ausgaben, welche anscheinend schon in der alten Quelle selbst als extraordinarie (sc. expense) bezeichnet waren, unter denen uns die Zahlungen für den Lehnsempfang an die Hofbeamten und für die Ausfertigung von zwei Privilegien besonders interessieren. Die Notiz über die Zahlung der Lehnstaxe ist von Bedeutung für die Erläuterung des c. XXX. Die Aufzeichnungen über die Gebühren für die Privilegien aber sind bemerkenswert namentlich für die Kritik der Quelle selbst.

Nachdem die Beträge für den Kanzler, den Ingrossator und den Besiegler aufgeführt sind, wird noch ein Posten für die gelbe und schwarze Seide zu den Siegelschnüren verzeichnet, und dann noch 25 Gulden pro bulla aurea. Damit kann natürlich nur ein wirkliches Goldsiegel gemeint sein, und zwar ist es das des Sammelprivilegs für die Trierer Kirche vom 5. Januar 1356.[1]) Wenn dann aber weiter hinzugefügt wird: que adhuc

[1]) Böhmer-Huber, Regesten Karls IV. Nr. 6861. Näheres hierüber demnächst R. Lüdicke im Neuen Archiv Bd. 33.

habetur in Ehrenbreitstein, so kann dieser Zusatz natürlich nicht vom Verfasser der Vorlage herrühren, sondern erst erheblich später geschrieben sein. Außerdem ist deutlich, daß hier nicht mehr von dem Goldsiegel jenes Privilegs die Rede ist, sondern von dem im erzbischöflichen Archiv zu Ehrenbreitstein befindlichen Exemplar der Goldenen Bulle. Wie hier in einem offenbar nicht dem Texte des Rechnungsbuches angehörigen Satze die Bezeichnung bulla aurea auf das Gesetz bezogen wird, so wird in entsprechender Weise auch noch an einer anderen Stelle, die ebenfalls ihrem Inhalte nach nicht gleichzeitig mit dem Text des Rechnungsbuches sein kann, das Gesetz als aurea bulla bezeichnet. Es ist dies die Stelle, welche von der Publikation der Metzer Gesetze handelt. Sie lautet: illo die sunt promulgate leges auree bulle annexe, que incipiunt: „Si quis cum principibus“ etc. et est 31 capittulum auree bulle. Die Notiz ist auf Grund eines Textes der Goldenen Bulle verfaßt, wie er auf dem Metzer Tage noch nicht vorgelegen haben kann. Das Trierer Exemplar, an das man hier zunächst denken könnte, kann hier nicht benutzt sein, weil es weder die Vorbemerkung vor den Metzer Kapiteln enthält, noch eine Kapitelzählung. Jene Vorbemerkung aber, welche einige der Originalausfertigungen enthalten, und die auch in spätere Abschriften und Drucke übergegangen ist, bildet die Grundlage der ganzen Notiz, und aus ihr sind die Worte sunt promulgate leges direkt herübergenommen. Die Angabe, daß das mit den Anfangsworten zitierte erste Kapitel das 31. der Goldenen Bulle sei, beruht auf einem Irrtum des Verfassers, den wir nicht aufzuklären vermögen, da das Kapitel, wo es überhaupt gezählt wird, stets als c. XXIV beziffert wird. Das aber ergibt die Notiz mit Sicherheit, daß in ihr ein Text des Gesetzes benutzt ist, der auch in den Metzer Zusätzen eine Kapitelzählung enthielt. Solche Texte jedoch hat es unzweifelhaft erst erhebliche Zeit nach dem Metzer Tage gegeben.

Haben wir nun zwei Stellen kennen gelernt, in denen die Bezeichnung aurea bulla auf unser Gesetz bezogen wird, und welche beide sich als spätere Zusätze charakterisieren lassen, so spricht das von vornherein dafür, daß auch die dritte Stelle, in der die Goldene Bulle unter diesem Namen erwähnt wird, eine spätere Zutat ist. Am 10. Januar heißt es in der Quelle:

Dominica 10. Ianuarii comederunt cum domino comes Sarepontensis, Galterus frater domini Metensis, dominus de Blaumont, primicerius Metensis, cives Metenses et Virdunenses cum multis. Uff diesen tage hait der romisch keiser in maiestate gesessen und by ime die sehss curfursten sambt andern fursten etc. Daselbst die gulden bulle ussgangen. Hier verrät schon die deutsche Sprache, daß die von der Goldenen Bulle handelnden Worte einen der lateinischen Originaleintragung zum 10. Januar hinzugefügten Zusatz Peter Maiers darstellen. Wäre der Satz vom Verfasser des Rechnungsbuches geschrieben, so wäre er sicher nicht nur lateinisch abgefaßt, sondern auch an der richtigen Stelle eingetragen, d. h. vor der Notiz über das Gastmahl, welches gewiß der Publikation des Gesetzes nicht voraufging, sondern folgte. Endlich ist auch in diesem Satze wie in dem vorher besprochenen die Quelle lediglich der Text des Gesetzbuches selbst. Mit dem so gewonnenen Ergebnis, daß die drei Stellen, in denen das Gesetz mit der uns geläufigen Bezeichnung belegt wird, nicht dem ursprünglichen Texte des Rechnungsbuches angehören können, stimmt nun auch der weitere Umstand, daß die Bezeichnung des Gesetzes als gulden bulle oder aurea bulla zur Zeit, wo es entstand, äußerst unwahrscheinlich und jedenfalls sonst nicht vor dem Ende des 14. Jahrhunderts nachweisbar ist. Daß aber der Urheber aller dieser Interpolationen Peter Maier selbst war, ist kaum zu bezweifeln. Für die deutsche Stelle ist das durch den Dialekt gesichert, und für die Bemerkung über die Metzer Gesetze durch die Erweiterungen, welche er ganz in der Art der ursprünglichen Notiz ihr im Ämterbuche einige Jahre später hat zuteil werden lassen. Ihm als genauem Kenner des erzbischöflichen Archivs zu Ehrenbreitstein ist auch ohne Zweifel der Zusatz über den Aufbewahrungsort des trierischen Exemplars der Goldenen Bulle zuzuschreiben. Von den sonst für unsere Zwecke allenfalls noch in Betracht kommenden Stellen sind als Interpolationen Maiers nur noch die Sätze anzusprechen, welche von der angeblichen Ausübung der erzkanzlerischen Ehrenrechte berichten, soweit sie nach der Goldenen Bulle jedem der Erzkanzler nur in dem Bezirk seines Erzkanzellariates zustanden. Maier nahm offenbar an, daß Boemund zu Metz, welches doch nicht zu seinem Archikanzellariat gehörte, zur Ausübung der erzkanzlerischen Ehren-

rechte befugt gewesen sei und diese damals geübt habe, was er dann mit Hilfe der Goldenen Bulle ausmalte.

So stehen wir denn am Schluß unserer Kritik vor dem eigenartigen Ergebnis, daß in der für die Entstehung und Erläuterung der Goldenen Bulle so wichtigen Quelle gerade diejenigen Stellen als wertlos auszuscheiden sind, welche ausdrücklich von dem Gesetze handeln.[1])

[1]) Wir bezeichnen im folgenden Maiers Quelle als Trierer Rechnungsbuch.

Erstes Kapitel.

Inhalt und Ursprung der einzelnen Bestandteile der Goldenen Bulle.

Eingangsverse und Proömium.

Den Eingang der Nürnberger Gesetze ziert eine aus 14 Hexametern bestehende poetische Einleitung, deren größerer Teil aus älteren Dichtern entlehnt ist. Längst war es bekannt[1]), daß die größere Hälfte der Verse dem Carmen paschale (I, 60. 61 und 53—59) des britannischen Dichters Cölius Sedulius, der im 5. Jahrhundert schrieb, entstammt. Erst kürzlich aber hat die Entlehnung weiterer Verse H. Christensen nachgewiesen.[2]) Er zeigte, daß in den Versen 4 und 5 die Worte

. . . . . ubi regnat Erinis,
Imperat Allecto, leges dictante Megera

dem Anticlaudianus des Philosophen Alanus ab Insulis angehören (lib. VIII, c. III, 24—25, Migne Bd. 210, S. 562C), und daß in den Versen 3 und 7 sich Reminiszenzen an karolingische Dichtungen finden (Alcuin 48, 5; Dungal I, 4).

In diesen Versen fällt eine Mischung von antik-heidnischen und christlichen Bestandteilen auf, die sich ebenso in dem prosaischen Proömium findet.

---

[1]) Nachgewiesen von Christian Gottlieb Schwarz in Appendix III zu C. S. E. Holzschuhers Oratio de comitiis anno 1356 Norimbergae celebratis (1732), S. 79. Hierauf hat Harnack hingewiesen (S. 141), leider ohne die Stelle näher zu bezeichnen.

[2]) Neue Jahrbücher für das klass. Altertum ꝛc., Bd. 10 (1907), S. 375 f.

Digitized by Google

Dieses beginnt ganz wie die feierlichen lateinischen Urkunden Karls IV. mit der Invokationsformel, dem Titel des Kaisers und den Worten Ad perpetuam rei memoriam. Dann folgt die Arenga, welche mit Betrachtungen über die Nachteile der Zwietracht für ein Reich beginnt. Die Anfangsworte: Omne regnum in se ipsum divisum desolabitur; nam principes eius facti sunt socii furum, sind auch denjenigen Deutschen, welche niemals die Goldene Bulle gelesen haben, wohlbekannt aus Goethes Wahrheit und Dichtung. Der Dichter erzählt im vierten Buche, wie er als Knabe oft bei dem Schöffen von Olenschlager gewesen sei, als dieser seine auch uns noch so wertvolle Neue Erläuterung der Güldenen Bulle verfaßte. Er habe seine Gewohnheit, die Anfangsworte bedeutender Schriftwerke auswendig zu lernen, auch auf die Goldene Bulle angewandt und so den gelehrten Herrn oft überrascht, indem er jene Worte deklamierte. Der kluge Mann habe dann bedenklich den Kopf geschüttelt und gesagt: „was müssen das für Zeiten gewesen sein, in welchen der Kaiser auf einer großen Reichsversammlung seinen Fürsten dergleichen Worte ins Gesicht publizieren ließ." Olenschlagers Bedenken würden wohl weniger stark gewesen sein, wenn er beachtet hätte, daß diese Worte nichts waren, als ein Zitat aus der Bibel; wie denn auch die folgenden Sätze in gleicher Weise aus Bibelzitaten zusammengestellt sind. Das ist längst bekannt, aber auch in neuerer Zeit nicht immer genügend beachtet worden.[1])

Auf die Bibelstellen folgen weitere Betrachtungen über das durch Zwiespalt (divisio) angerichtete Unheil: Lucifers Sturz, Adams Vertreibung aus dem Paradies durch den „neidischen Satan", Trojas Zerstörung infolge der Untreue Helenas und Roms Zerrüttung in dem Bürgerkriege zwischen Cäsar und

[1]) So von Friedjung, Kaiser Karl IV., S. 88, wo er mit dem Eingang der Goldenen Bulle eine Stelle aus Lupolds von Bebenburg Klagegedicht über den Zustand des Reiches zusammenstellt, dann aber bemerkt: „da indessen, wenn ich nicht irre, beide Stellen sich auf einen Bibelvers beziehen, so verliert diese Zusammenstellung einen großen Teil ihrer Beweiskraft." F. hätte sich leicht Gewißheit verschaffen können durch einen Blick in eine Bibelkonkordanz. Die hier und in den folgenden Sätzen ausgeschriebenen oder benutzten Bibelstellen sind folgende: Deut. 28, 29. Job 5, 14 12, 25. Is. 1, 23; 19, 14; 50, 10. Matth. 15, 14. Luc. 11, 17. Joh. 11, 10. Apoc. 2, 5.

Pompejus waren die Folgen der divisio. Auch das deutsche Reich sei oft in Wirren gestürzt durch Zwietracht unter den sieben Kurfürsten. Um nun den Gefahren solcher Zwietracht entgegenzutreten, habe der Kaiser, durch seine doppelte Stellung als Kaiser und als Kurfürst dazu berufen, sich entschlossen, die nachfolgenden Gesetze zur Förderung der Einigkeit unter den Kurfürsten und zur Sicherung der einhelligen Königswahl zu erlassen, und habe dieselben nach vorgängiger Beratung auf dem Reichstage zu Nürnberg im Schmuck der kaiserlichen Insignien thronend in Gegenwart der Kurfürsten und vieler Fürsten, Grafen, Herren, Edelen und Städteboten aus kaiserlicher Machtvollkommenheit am 10. Januar 1356 verkündet.

Kapitel I und II.

Die beiden ersten Kapitel des Gesetzes handeln von den Vorbereitungen zur Königswahl und von der Wahl selbst. Ob sich die voraufgeschickte Einleitung, wie man gemeint hat, nur auf diese beiden Kapitel bezieht, lassen wir vorläufig unerörtert. Jedenfalls aber stehen c. I und II im allerengsten Zusammenhange miteinander.

Das erste handelt nicht ausschließlich, wie man nach der Überschrift: Qualis esse debeat conductus electorum et a quibus, annehmen sollte, vom Geleit der Wähler, sondern beschäftigt sich in seiner zweiten Hälfte auch mit anderen Vorbereitungen zur Wahl des Königs.

In § 1 werden zunächst die Kurfürsten verpflichtet, ihren Mitkurfürsten oder deren Wahlgesandten auf Verlangen sicheres Geleit durch ihr Gebiet und, sofern sie dazu imstande sind, auch darüber hinaus zu gewähren. Verletzung dieser Geleitspflicht wird mit der Strafe des Meineides und des Verlustes des Wahlrechtes für diese Wahl bedroht.

Die gleiche Verpflichtung enthält § 2 für alle Reichsfürsten, Grafen, Herren, Ritter und Stadtgemeinden; doch wird hier die angedrohte Strafe verschärft. Die Fürsten, Grafen, Herren und alle Edelen sollen bei Verletzung der Geleitspflicht nicht nur mit der Strafe des Meineides, sondern auch mit Verlust aller Lehen, die sie vom Reich oder von andern Herren haben, sowie mit dem Verlust aller anderen Güter bestraft werden. Städte-

Digitized by Google

bürger aber und Stadtgemeinden, welche dieses Gebot verletzen, sollen ebenfalls meineidig sein, aller Privilegien, Rechte, Freiheiten und Gnaden verlustig gehen, ohne weiteres in die Reichsacht verfallen sein und von jedem straflos geschädigt werden können. Die gleichen Strafen werden in § 3 denjenigen Bürgern und Stadtgemeinden angedroht, welche den Kurfürsten oder ihren Wahlgesandten während der Reise den Verkauf der notwendigen Lebensbedürfnisse zu den gewöhnlichen Preisen und unter Annahme des Geldes zu gewöhnlichem Kurse verweigern, und ebenso sollen die Strafen des Geleitsbruches alle Fürsten, Grafen, Herren, Edele, Bürger und Stadtgemeinden erleiden, die gegen die Kurfürsten und Wahlgesandten irgendwelche Feindseligkeiten ausüben. Die Bestimmungen der §§ 2 und 3 gehören so eng zueinander, daß sie besser als ein Paragraph gezählt würden.

In § 4 und in dem ersten Satze des § 5 wird ausdrücklich hinzugefügt, daß für die Verweigerung des Geleites und den Geleitsbruch die oben angedrohten Strafen auch dann eintreten sollen, wenn zwischen den Kurfürsten und den Übertretern zurzeit Feindschaft und Fehde bestand.

Der zweite mit Ad premissorum autem omnium beginnende Teil des § 5 enthält eine Ergänzung zu allen vorhergehenden Paragraphen, indem er bestimmt, daß alle die im vorstehenden Verpflichteten schriftlich und eidlich geloben sollen, diese Verpflichtungen zu erfüllen. Die Verweigerung derartiger Gelöbnisse soll mit denselben Strafen gesühnt werden, wie Verweigerung und Verletzung des Geleites selbst.

Eine eigentümliche Bestimmung, deren Zweck und Bedeutung nicht ganz klar ist, folgt in § 6. Wer sich weigert, die vorstehenden und nachfolgenden Gesetze zu erfüllen, oder ihnen zuwiderhandelt, soll die Belehnung mit den ihm vom Reiche oder sonst zustehenden Lehen nicht erhalten und, wenn er ein Kurfürst ist, von den übrigen Kurfürsten aus ihrem Kollegium ausgeschlossen werden. Namentlich unklar ist, wie weit hier der Begriff der leges infra scriptae zu fassen ist. Ich möchte annehmen, daß der Verfasser dieser Stelle nur die von den Vorbereitungen zur Wahl und der Wahl selbst handelnden Satzungen im Auge hatte; so daß derjenige Kurfürst, Fürst oder Herr, welcher das Wahlgesetz verletzt hatte, damit den Anspruch auf die Investitur mit seinen Lehen durch den neu-

Digitized by Google

erwählten König verloren haben sollte. Auf wie lange Zeit sich der Ausschluß aus dem Kurfürstenkollegium erstrecken sollte, ist nicht ersichtlich.

Nunmehr folgen in §§ 7—12 ausführliche Bestimmungen darüber, welche Reichsstände besonders zum Geleit der einzelnen Kurfürsten verpflichtet sein sollen. Daran schließen sich dann in §§ 13 und 14 wieder allgemeine Bestimmungen.

§ 13 ordnet an, daß derjenige Kurfürst, welcher das Geleit von einem Reichsstande in Anspruch nimmt, dasselbe rechtzeitig schriftlich unter Angabe der Reiseroute nachsuchen soll, und § 14 bestimmt nochmals ausdrücklich, obwohl sich das schon aus § 7 ergab, daß auch die im vorstehenden nicht besonders genannten Reichsstände zur Leistung des Geleites verpflichtet sein sollen.

Alle diese Bestimmungen über das Geleit bezeichnen in ihrem Zusammenhange eine Neuerung und einen erheblichen Fortschritt gegenüber den früheren Zuständen. Bisher genossen die zur Wahl reisenden Kurfürsten keinerlei besondere Vorrechte. Es lag ihnen gegenüber keine besondere Verpflichtung zum Geleit vor, und das Fehderecht war ihnen gegenüber nicht suspendiert. Daher konnte es sich ereignen, daß ein Kurfürst der Wahl fernbleiben mußte, weil er das Gebiet eines Feindes nicht durchreisen konnte, wie das noch im Jahre 1314 dem Erzbischof Heinrich von Köln begegnet war. In andern Fällen mußte ein Kurfürst, um sicher zum Wahlorte und wieder zurück in sein Land zu gelangen, Verträge wegen sichern Geleits oder wegen Stellung von Geleitsmannschaften abschließen.[1]) Nur wenn man dies berücksichtigt, wird man die Bestimmungen des Gesetzes gerecht beurteilen und nicht, wie das wohl geschehen ist, deshalb tadeln, weil sie den Zustand der Fehde und der Unsicherheit im allgemeinen unbeachtet und unberührt lassen und sich darauf beschränken, den Frieden und die Sicherheit, wie sie nach unsern Vorstellungen die Staatsgewalt dauernd her-

[1]) Hierüber hat O. Harnack, Kurfürstenkollegium, S. 97—99 eingehend gehandelt. Die dort S. 97 Anm. 3 erwähnte Urkunde über den Vertrag des Erzbischofs von Köln mit dem Grafen von Hennegau und Holland ist jetzt herausgegeben von Schwalm, Neues Archiv Bd. 29, 595; s. daselbst besonders Absatz 4.

Digitized by Google

ſtellen und daher als die Regel betrachten ſollte, für die zur Königswahl reiſenden Kurfürſten oder deren Geſandtſchaften zu verbürgen.[1])

In den folgenden Paragraphen werden noch wichtige Einzelheiten in bezug auf die ſonſtigen Vorbereitungen zur Wahl geregelt. Zunächſt erkennt § 15 dem zeitigen Erzbiſchof von Mainz ausſchließlich das Recht und die Pflicht der Berufung zur Wahl zu, in Übereinſtimmung mit c. IV, § 2. Damit iſt geſetzlich die Ausſchließlichkeit dieſes Rechtes für Kurmainz gegenüber den im 13. Jahrhundert hervortretenden Anſprüchen des Pfalzgrafen bei Rhein auf ein konkurrierendes Berufungsrecht für die Dauer zur geſetzlichen Anerkennung gebracht. Der Inhalt des Berufungsſchreibens wird kurz angegeben, wegen des Wortlautes und der Form desſelben aber wird auf das Formular verwieſen, welches ſich nebſt dem Formular für die Prokuratorien der Wahlgeſandten am Ende des Geſetzes befinde. Auf die Bedeutung dieſer Stelle iſt ſpäter noch näher einzugehen. Als geſetzlicher Wahlort wird hier wie an andern Stellen der Goldenen Bulle Frankfurt a. M. bezeichnet.

Der folgende Paragraph fügt in Ergänzung dieſer Beſtimmungen hinzu, daß, wenn die Nachricht vom Tode des Königs in der Mainzer Diözeſe bekannt geworden iſt, der Erzbiſchof die Todesanzeige und zugleich die Berufung zur Neuwahl den Kurfürſten überſenden ſoll. Die Berufung ſoll erfolgen auf einen Tag, der von dem mutmaßlich ſpäteſten Tage der Zuſtellung dieſes Schreibens drei Monate entfernt iſt. Unterläßt der Mainzer die ihm obliegende Berufung, ſo haben ſich die Kurfürſten ohne weiteres nach Ablauf der drei Monate am Wahlorte einzufinden.

In § 17 wird beſtimmt, daß jeder Kurfürſt in die Wahlſtadt mit nicht mehr als 200 Berittenen, unter denen ſich höchſtens 50 Bewaffnete befinden dürfen, einziehen ſolle. Daran ſchließt ſich in § 18 die weitere Beſtimmung, daß der Kurfürſt, welcher, obwohl geladen, weder ſelbſt erſcheint noch gehörig

---

[1]) So bezeichnet A. Heusler, Deutſche Verfaſſungsgeſchichte S. 210, dieſe Beſtimmungen als ein „ſchlimmes Zeugnis über den Landfrieden". Das iſt richtig von unſerm Standpunkte aus, nicht aber von dem der früheren Zeit.

Digitized by Google

beglaubigte und bevollmächtigte Gesandte schickt, und ebenso derjenige Kurfürst, welcher vor der Vollendung der Wahl die Stadt verläßt, für diesesmal seines Wahlrechtes verlustig gehen solle.

Die letzten Bestimmungen unseres Kapitels, §§ 19 und 20, betreffen die Wahlpolizei, welche den Bürgern von Frankfurt übertragen wird. Die Bürger werden verpflichtet, die Kurfürsten nebst ihrem Gefolge vor gegenseitigen Angriffen und vor jedermann zu schützen, und müssen dies durch einen besonderen Eid versprechen, dessen Verletzung mit den schwersten Strafen bedroht wird. Die Frankfurter Bürger sollen auch während der Wahl außer den Kurfürsten oder deren Gesandten nebst dem gesetzlichen Gefolge keine Fremden in der Stadt dulden.

Für die Bestimmungen in §§ 18 und 19 über Verlust des Wahlrechtes und die eidliche Verpflichtung der Bürger der Wahlstadt haben dem Verfasser unzweifelhaft die entsprechenden Bestimmungen der Konklaveordnung Gregors X. zum Vorbild gedient.[1])

Das zweite Kapitel trägt die Überschrift: De electione Romanorum regis, welcher der Inhalt völlig entspricht.

Zunächst wird in § 1 bestimmt, daß sich die Kurfürsten oder ihre Wahlgesandten am Tage nach ihrer Ankunft in Frankfurt in aller Frühe in die Bartholomäuskirche begeben sollen. Dort sollen sie die Messe vom Heiligen Geist (Veni creator Spiritus) singen lassen, damit der Heilige Geist ihre Herzen und Sinne erleuchte, daß sie einen gerechten, guten und tüchtigen Mann zum Könige erwählen. Darauf sollen sie an den Altar herantreten, auf welchem das Johannisevangelium: In principio erat verbum aufgeschlagen liegt. Die Geistlichen sollen vor dem Evangelium die Hände auf der Brust kreuzen, die Weltlichen dasselbe mit der Hand berühren und so alle zusammen in deutscher Sprache (vulgariter) den Wahleid schwören, dessen Formel ihnen der Erzbischof von Mainz vorsprechen soll. Nun folgt der Wortlaut des Eides, aber nicht, wie man nach dem Vorhergehenden vermuten sollte, in deutscher, sondern in lateinischer Sprache; so daß der Mainzer Erzbischof und die mit

[1]) c. 3, § 1 und 3 in VI. de electione I, 6. Vgl. auch Reimann, Vorlagen und Abfassung der Goldenen Bulle, Diss. Halle 1898, S. 16.

Digitized by Google

ihm Schwörenden eine deutsche Übersetzung des gesetzlichen Formulars benutzen mußten.[1])

Vor der Goldenen Bulle wird eines Wahleides der Kurfürsten nur einmal gedacht, und zwar im Kaiserlichen Land- und Lehnrechtsbuch, dem sog. Schwabenspiegel (Landrecht Laßberg c. 130; Gengler c. 109), wo der Inhalt des Eides in indirekter Rede angeführt wird. Richtig hat schon Reimann S. 19 darauf hingewiesen, daß Anklänge an diesen Eid sich in unserem Formular finden. Es sind namentlich die Worte: absque omni pacto, stipendio, precio vel promisso, welche fast wie eine freie Übersetzung der Worte des Rechtsbuches: daz si durch guotes miete, daz in geheizen si oder gegeben si, aussehen. Der Verfasser der Goldenen Bulle hat entweder die Angaben des Schwabenspiegels über den Eid oder eine deutsche Eidesformel ähnlichen Inhalts als Vorlage benutzt. Da aber außer im Schwabenspiegel sich nirgend eine Spur von einem solchen Wahleide findet, und der Schwabenspiegel auch an anderen Stellen der Goldenen Bulle offenbar als Vorlage gedient hat, so möchte ich das auch hier annehmen.

Weiter wird dann in § 3 angeordnet, daß die Wähler nach Ablegung des Eides zur Wahl schreiten und die Stadt nicht verlassen sollen, bis sie ein weltliches Haupt der Christenheit erwählt haben. Erfolgt eine solche Wahl vom Tage der Eidesleistung ab gerechnet nicht innerhalb 30 Tagen, so sollen die Wähler nur noch mit Wasser und Brot verpflegt werden.

Diese Bestimmung ist ebenso wie die Festsetzungen der §§ 18 und 19 des vorigen Kapitels in Anlehnung an die Konklaveordnung Gregors X. abgefaßt.[2])

Daran knüpft sich die Bestimmung, daß verspätet eintreffende Wähler an der Wahlhandlung vom Augenblick ihrer Ankunft an teilnehmen können; sie treten in das Stadium der Wahlhandlung ein, in welchem diese sich gerade befindet, ohne Anspruch

---

[1]) Vgl. den Bericht über die erste Wahl Sigmunds vom Sept. 1410 in Reichstagsakten VII, Nr. 30, S. 46: sprachen also den eit in dutsche von worte zu worte, als er in dem latine in der gulden bulle begriffen ist.

[2]) c. 3, § 1 in VI. de electione I, 6. Vgl. Ludewig, Erläuterung der Güldenen Bulle I (1716), S. 369. Reimann S. 14.

Digitized by Google

auf Wiederholung bereits erledigter Teile der Handlung zu haben. Auch hier wieder liegt eine Nachahmung der oben zitierten päpstlichen Bestimmungen vor.

Der folgende § 4 enthält in seinem Eingange eine der wichtigsten Bestimmungen des ganzen Gesetzes, die nämlich, daß der von der Mehrheit der Kurfürsten Gewählte als einhellig von allen ohne jeden Zwiespalt erwählter König gelten solle. Es ist das die ausdrückliche und feierliche Proklamierung des Majoritätsprinzipes, durch welches man alle zwiespältigen Königswahlen für die Zukunft zu beseitigen hoffte. Nachdem hieran noch die Bestimmung gefügt ist, daß des neugewählten Königs erste Regierungshandlung die Bestätigung der Rechte und Privilegien der Kurfürsten sein solle, behandelt der Gesetzgeber im letzten Absatz dieses Kapitels, § 5, noch einen besondern Fall der Anwendung des Majoritätsprinzips.

Die entscheidenden Worte dieser Bestimmung lauten: In casu denique, quo tres principes electores ... quartum ex se seu ipsorum consorcio, videlicet principem electorem ... in regem Romanorum eligerent, vocem illius electi ... plenum vigorem habere et eligencium augere numerum partemque maiorem decernimus constituere ...

Nehmen wir den Wortlaut dieser Stelle für sich allein, so kann über seine Bedeutung ein Zweifel kaum obwalten. Wenn drei Wähler einen vierten aus ihrer Mitte zum Könige gewählt haben, so kann dieser seine eigene Stimme für sich abgeben und dadurch für seine Wahl die erforderliche Majorität herstellen. Hier zuerst tritt uns der Gedanke an die Möglichkeit entgegen, daß jemand bei der Königswahl sich selbst seine Stimme geben könne. Es ist ein der mittelalterlichen Anschauungsweise fernliegender Gedanke, der nicht aus der Praxis des Königswahlrechts entsprungen, sondern infolge theoretischer Erwägung des Gesetzgebers in das Gesetz und auf diesem Wege in die Praxis eingedrungen ist. Die Anregung aber gab dem Verfasser des Gesetzes eine Bestimmung des kirchlichen Rechts, welches ja so vielfach zur Entwicklung des Königswahlrechts durch seine vorbildlichen Einrichtungen beigetragen hat. Schon Ludewig[1]) hat auf eine Stelle der Dekretalen Gregors IX. hingewiesen, in der

[1]) Erläuterung der Güldenen Bulle I, S. 409.

wir wohl das Vorbild für unsere Bestimmung zu erblicken haben. Sie handelt von der Wahl eines Dekans. Wenn bei einer solchen auf eine Kommission von sieben Wählern kompromittiert ist, und drei von diesen sieben einen vierten aus ihrer Mitte, die drei übrigen einen Außenstehenden wählen, so soll ersterer als gewählt gelten, wenn er seine Zustimmung dazu gibt und so die Majorität herstellt.[1]) Die kirchliche Bestimmung vermied die eigentliche Selbstwahl; bei der Herstellung einer analogen Bestimmung für die Königswahl konnte man die Abgabe der eigenen Stimme wohl nicht umgehen.

Wie in der kanonischen Vorlage handelt es sich auch in der Goldenen Bulle um einen aus sieben Mitgliedern bestehenden Wahlkörper, dessen zu einer gültigen Wahl nötige Majorität aus mindestens vier Stimmen besteht. Ist der Zweck der Bestimmung, das Zustandekommen einer Majoritätswahl für einen gewissen Fall zu erleichtern, so legt sie für uns zugleich vollgültiges Zeugnis dafür ab, daß der Gesetzgeber an dem älteren Reichsrechte, nach welchem die Mehrheit der Kurfürsten, d. h. also vier derselben, zu einer rechtmäßigen Wahl erforderlich waren, festhielt. Denn darüber kann kein Zweifel sein, daß seit dem Auftreten des Majoritätsprinzips in bezug auf das Kurfürstenkollegium stets die Mehrheit dieses gesamten Kollegiums als diejenige Majorität galt, welche für dessen Beschlüsse, besonders aber für eine rechtsgültige Wahl gefordert wurde. Das zeigen schon alle die Stellen, welche die maior pars principum electorum schlechtweg nennen und eine Deutung auf eine Majorität der an einem Beschlusse beteiligten Kurfürsten kaum zulassen.[2]) Einzelne Zeugnisse aber betonen ganz ausdrücklich,

[1]) c. 33. X. de elect. I, 6: Unde cum unus ex illis septem a tribus ipsorum et alius, qui non erat de numero eorundem, a tribus aliis in decanum fuerint nominati, requisisti, uter eorum assumi debeat in decanum? Super quo taliter respondemus, quod is, qui de numero septem a tribus eorum dignoscitur nominatus, iuxta compromissi tenorem debet in decanum assumi, dummodo electioni de se factae consentiat et aliquod canonicum non obsistat.

[2]) MG. Const. III, Nr. 121, S. 115: ... quousque Romano imperio de principe sit provisum per eos vel maiorem partem eorum, ad quos provisio huiusmodi noscitur pertinere (1276—81) ...; ebenda Nr. 284, S. 290: sententiatum exstitit ..., quod omnia donata .... nullius habere debeant roboris firmitatem, nisi consensu maioris partis prin-

Digitized by Google

daß die geforderte Mehrheit durch vier Wähler gebildet wurde; so schon der Schwabenspiegel, wenn er Landrecht 130 erklärt, daß die Zahl der Kurfürsten darum ungleich gesetzt sei, daß, wenn drei derselben dem einen, vier einem andern zufallen, die mindere Menge der mehreren folge, wie das bei jeder Kur Recht sei. Mit schlichten Worten aber spricht die Sachsenhäuser Appellation von 1324 aus, daß derjenige rechtmäßiger König sei, der von der Mehrheit der Kurfürsten, d. h. von vieren, gewählt sei.[1]) Somit stimmt die Goldene Bulle in II, 5 völlig überein mit dem älteren Recht.

Ist nun aber diese Auffassung vereinbar mit dem Inhalt des § 3, wenn wir ihn in Verbindung mit einigen Bestimmungen des ersten Kapitels betrachten? In I, § 1. 6 und 18 wird den Kurfürsten als Strafe für Geleitsbruch und andere Verletzungen der Wahlgesetze, sowie als Rechtsfolge des Fernbleibens von der Wahl oder des Verlassens der Wahlhandlung vor deren Beendigung der Verlust des Wahlrechtes wenigstens für dieses Mal angedroht.

Wenn dann in II, § 3 gesagt wird, daß derjenige als einhellig erwählter König gelten solle, den die Kurfürsten oder der größere Teil derselben gekoren hätten, so liegt der Gedanke nahe, daß der Gesetzgeber hier mit dem Ausdruck: ipsi vel maior pars ipsorum nur die tatsächlich an der Wahl teilnehmenden Wähler und deren Majorität habe bezeichnen wollen, so daß hier unter der Majorität unter Umständen die des durch Wahlrechtsverlust um einige Mitglieder verminderten Kurfürstenkollegiums zu verstehen wäre.

Bei näherer Prüfung aber müssen wir diesen Gedanken zurückweisen. Lesen wir das zweite Kapitel im Zusammenhange,

---

cipum in electione Romani regis vocem habencium fuerint approbata (1281). Vgl. auch ebenda Nr. 656, S. 647. Ferner Renser Weistum vom 16. Juli 1338 (Zeumer, Quellensammlung I, Nr. 126b, S. 155): postquam aliquis a principibus electoribus imperii vel a maiori parte numero eorundem principum etiam in discordia pro rege Romanorum est electus ... und Ludwigs Gesetz Licet iuris (Neues Archiv Bd. 30, S. 486): postquam aliquis eligitur in imperatorem ... ab electoribus imperii concorditer vel a maiori parte eorundem ...

[1]) A maiori parte electorum, puta a quatuor. ed. Schwalm (1906) S. 21, § 11.

ſo ergibt ſich, daß die Kurfürſten, von deren Ankunft in Frankfurt, von deren Verſammlung in der Bartholomäuskirche, von deren Wahleid und von deren Verhandlungen geſprochen wird, die Mitglieder des Kurfürſtenkollegs überhaupt ſein ſollen. Die Beſtimmungen ordnen geſetzlich das Verhalten der Kurfürſten insgeſamt, ohne daß dabei die Möglichkeit ins Auge gefaßt wäre, daß einer oder der andere an der Ausübung ſeines Rechtes verhindert ſein könnte. Das Geſetz berückſichtigt naturgemäß die Regel, wenn es nicht ausdrücklich auf Ausnahmen eingeht. Hätte der Geſetzgeber bei den Worten: ipsi vel maior pars ipsorum nicht die Geſamtheit der Kurfürſten, ſondern nur die perſönlich anweſenden oder durch Bevollmächtigte vertretenen gemeint, ſo hätte er das ſicher ausdrücklich geſagt. Er mußte in dieſem Falle etwa einen Ausdruck wählen, wie ipsi vel maior pars presencium, umſomehr als es ſich dabei um eine Änderung des bisher geltenden Rechtes der Königswahl in einem ſehr wichtigen Punkte gehandelt hätte. Wohl muß man ſich hüten, an die Genauigkeit und Konſequenz mittelalterlicher Geſetzgeber zu hohe Anforderungen zu ſtellen; dennoch aber darf man bei einem im ganzen ſorgfältig redigierten Geſetz, wie es die Goldene Bulle iſt, nicht annehmen, daß in § 3 eines Kapitels eine pars maior der Kurfürſten als ausreichend zur rechtmäßigen Wahl genannt wäre, von welcher der Geſetzgeber ſtillſchweigend im Hinblick auf einzelne Beſtimmungen des vorhergehenden Kapitels vorausſetzte, daß ſie unter Umſtänden weniger als vier Stimmen betragen konnte, daß man aber in § 5 wieder in Übereinſtimmung mit dem bisher geltenden Rechte die notwendige Majorität ohne Andeutung irgendwelcher Ausnahme als mindeſtens aus vier Stimmen beſtehend vorausgeſetzt hätte. Wir dürfen demnach nicht bezweifeln, daß c. II, § 3 ohne Rückſicht auf die Beſtimmungen in c. I, § 1. 6 und 18 ſo zu interpretieren iſt, wie es § 5 in Übereinſtimmung mit dem bisher anerkannten Reichsrecht fordert, und wie es der Wortlaut und der Zuſammenhang faſt notwendig erſcheinen läßt.

In dieſem Sinne iſt denn auch bei Gelegenheit der zweiten Königswahl nach Erlaß der Goldenen Bulle, bei der Ruprechts, unſer Kapitel von den maßgebenden Kreiſen verſtanden worden. Die Wahl des Jahres 1400 ſchließt ſich ſo eng an die Beſtimmungen des § 5 an, daß ſie wie ein Schulbeiſpiel zu der dort

gegebenen Rechtsregel aussieht, und in der Tat haben die Wähler Ruprechts und dieser selbst bei ihrer Wahlhandlung sich mit bewußter Absicht eng an die Norm jenes Paragraphen angeschlossen. An der Wahl nahmen Teil die drei geistlichen Kurfürsten und als einziger weltlicher der Pfalzgraf. Dieser wurde von den drei geistlichen Kollegen gewählt, stimmte seiner Wahl zu und gab selbst seine Stimme für sich ab oder ließ sie abgeben. Zwar werden in einer Proklamation der drei geistlichen Kurfürsten, sowie in einer Wahlanzeige derselben an den Papst und ebenso in einer Mitteilung Ruprechts an die Stadt Straßburg nur die drei Erzbischöfe als Wähler genannt [1]), doch berichten die drei Erzbischöfe in zwei anderen Wahlanzeigen, von denen die eine an die Kardinäle, die andere an die Stadt Rom gerichtet ist, ausdrücklich, daß zu ihren Stimmen die eigene Stimme Ruprechts nebst dessen Zustimmung hinzugekommen sei.[2]) Die Lösung dieses anscheinenden Widerspruchs ergibt sich aus einer anderen Wahlverkündigung der drei Erzbischöfe, sowie aus dem Bericht, den einige Monate nach der Wahl der pfalzgräfliche Notar Sobernheim seinem Freunde, dem Straßburger Stadtschreiber Spatzinger, erstattete. In ersterem Schriftstück erklären die Aussteller, daß sie mit der Stimme ihres Mitkurfürsten, des Pfalzgrafen Ruprecht, diesen zum König erkoren hätten [3]), und entsprechend berichtet Sobernheim, daß die drei geistlichen Kurfürsten mit vier Stimmen gewählt hätten, da nach der Goldenen Bulle der Gewählte durch seine Zustimmung die Majorität für sich herstellen könne.[4]) Die Zustimmung

[1]) Die drei geistlichen Kurfürsten betr. Ruprechts Wahl, 1400 August 21, Reichstagsakten III, Nr. 210, S. 270: wir ... han eymůdeclich gekoren den ... hern R.; im gleichen Sinne König Ruprecht am 1. September an die Stadt Straßburg, ebenda Nr. 211; ebenso die geistlichen Kurfürsten an Bonifatius IX., ebenda Nr. 219.

[2]) Reichstagsakten III, Nr. 220, S. 281; und ebenda Nr. 221: in ... Rupertum ... concordi assensu ... direximus vota nostra, ipsum in verum Romanorum regem et in cesarem promovendum unanimiter eligendo, suis ad id accedentibus consensu atque voce.

[3]) Ebenda Nr. 209, S. 267: unde han wir Johann, Friderich und Werner kůrfursten obgenant mit der stymmen des durchluchtigen hochgebornen fursten hern Ruprechts obgenant als unsers rechten mitkůrfůrsten denselben hern Ruprechte ... gekorn, gesetzet und gemachet.

[4]) Ebenda Nr. 231, S. 287ff.: et tres archiepiscopi elegerunt domi-

hatte nach Sobernheims Darstellung Ruprecht schon vor Wenzels Absetzung auf inständigste Bitten seiner Mitkurfürsten gegeben und bei dem Wahlakte selbst wohl noch einmal wiederholt. Die beiden letztgenannten Quellen lassen kaum eine andere Deutung zu, als daß Ruprecht mit der Führung seiner Stimme die drei Erzbischöfe oder einen von ihnen beauftragt habe, eine Annahme, mit welcher sämtliche anderen Zeugnisse in Einklang zu bringen sind. Unter allen Umständen steht aber fest, daß Ruprechts eigene Stimme bei seiner Wahl mitgewirkt hat, und damit wäre auch ohne Sobernheims ausdrückliche Berufung auf die fragliche Bestimmung der Goldenen Bulle erwiesen, daß die Kurfürsten damals als notwendige Majorität die von vier Kurstimmen ansahen und also den § 5 ebenso auslegten, wie wir. Wäre ihrer Meinung nach nur die Majorität der Anwesenden nötig gewesen, so genügten ja die drei Stimmen der Erzbischöfe, und es war nicht erforderlich, zu dem nach den Anschauungen der Zeit wohl immer etwas bedenklichen Mittel der Selbstwahl zu greifen.

Freilich ist auch die entgegengesetzte Anschauung, nach welcher nicht die Majorität aller Kurstimmen, sondern lediglich diejenige der bei der Wahl anwesenden erforderlich sein sollte, von einer Partei der Kurfürsten schon bei der nächsten Königswahl vertreten worden.

Am 20. September 1410 wählten zu Frankfurt der Erzbischof von Trier, der Pfalzgraf und der Burggraf Friedrich von Nürnberg, der als Bevollmächtigter König Sigmunds von Ungarn die brandenburgische Kurstimme führte, Sigmund zum römischen König. Die ebenfalls zu Frankfurt anwesenden Erzbischöfe von Mainz und Köln, mit denen eine Einigung nicht zustande gekommen war, hielten sich von der Wahl fern, wählten aber einige Tage später mit Vertretern Wenzels von Böhmen und Josts von Mähren, der die brandenburgische Kur seinerseits beanspruchte, sowie mit nachträglicher Zustimmung Sachsens den Markgrafen Jost zum König.

Die Rechtmäßigkeit der Wahl Sigmunds konnte natürlich nur behauptet werden, wenn man als notwendig für eine gültige

num meum quatuor vocibus electorum, quia, quando unus electorum eligitur, istius consensus auget voces, sicut canit aurea bulla. Et sic eleccio facta est per maiores et saniores voces.

Wahl nicht die Majorität aller sieben Kurstimmen ansah, sondern die Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Kurfürsten für ausreichend hielt. Auf diesen Standpunkt stellte sich denn auch Sigmunds Partei. Schon in der Verkündigung ins Reich vom 20. September 1410 erklärten der Erzbischof von Trier und der Pfalzgraf, daß sie „mit Zufall der Stimme und des Willens" des Bevollmächtigten Sigmunds und also mit dem merern teil der kuren und stimmen, die diese zit hie sind, Sigmund gewählt hätten.[1]) Verteidigt wird diese Ansicht in einer in der Umgebung Sigmunds entstandenen Denkschrift, der sog. Refutatio anonymi, welche sich in § 7 auf die Analogie der Papstwahl beruft.[2]) Eingehender begründet denselben Standpunkt noch die dem Schriftstück wohl bald nach seiner Abfassung hinzugefügte Glosse. Zu § 7 führt dieselbe im Gegensatze zu dem Hostiensis und im Anschluß an Lupold von Bebenburg aus, daß die Fürsten das Recht der Königswahl nicht als einzelne Personen, sondern nur in ihrer Gesamtheit als Kollegium besäßen, knüpft daran aber noch die von Lupold nicht gezogene Folgerung, daß daraus sich ergebe, daß zur Wahl nicht die Majorität der Gesamtheit, sondern nur die der Anwesenden erforderlich sei.[3]) In einer Glosse zu § 9 der Denkschrift setzt sich der Verfasser mit der entgegenstehenden Bestimmung unseres § 5 auseinander.[4]) Diese soll, obwohl sie nur für den Fall, daß alle sieben Wähler an der Wahl teilnehmen, anordne, daß die dann vier Stimmen betragende Majorität durch Selbstwahl des bereits von dreien gewählten Kurfürsten hergestellt werden könne, dennoch mit Hilfe eines Analogieschlusses, paritate rationis, dahin zu verstehen sei, daß, falls nur fünf oder weniger Stimmen teilnehmen sollten, die Majorität von drei Stimmen durch Selbstwahl des von zweien gewählten dritten hergestellt

---

[1]) Reichstagsakten VII, Nr. 32, S. 49.

[2]) Ebenda Nr. 53, S. 81.

[3]) Ebenda Nr. 53, S. 81.

[4]) Ebenda Nr. 53, S. 83 f.: Iste (sc. burggravius) adhibens consensum auxit numerum per constitutionem auree bulle, que, licet loquatur de tribus eligentibus et quarto consentiente, in casu videlicet, quando omnes VII electores essent presentes, paritate tamen rationis est intelligenda, etiam in casu, quo tota electio residet in quinque vocibus vel paucioribus, quod tunc consensus tertii augmentet numerum.

werden könne. Nicht ohne Geschick hat der Verfasser den einzigen allenfalls möglichen Ausweg eingeschlagen; dennoch ist seine Auslegung offenbar nur das Ergebnis der Notlage. Die Majorität der Anwesenden mußte genügen, weil für Sigmund eben nur drei Stimmen vorhanden waren.

Kapitel III—VI.

Kapitel III—VI enthalten eine Reihe von Bestimmungen über die Rangordnung und über Ehrenvorrechte aller und einzelner Kurfürsten. Sie werden auch äußerlich als eine besondere Gruppe gekennzeichnet durch die gemeinsame Inscriptio und Arenga. Freilich stehen diese beiden Eingangsformeln unter der Kapitelzahl und Überschrift des c. III; doch ist das nur eine Folge der rein äußerlichen Kapiteleinteilung des Gesetzes. Die feierliche Inscriptio würde zu dem kurzen Kapitel allein in einem Mißverhältnis stehen, und die Arenga, welche nur bis zu den Worten populo christiano reicht, bezieht sich ausdrücklich auf nachfolgende Verfügungen zugunsten der Kurfürsten überhaupt; während c. III selbst nur Bestimmungen über die Rangordnung der geistlichen Kurfürsten enthält. Auch die Art, in welcher die Texte der folgenden drei Kapitel unmittelbar an die vorhergehenden anknüpfen mit: statuimus insuper, quociens insuper und decernimus, bezeugt, daß es sich hier um eine fortlaufende Reihe von Bestimmungen handelt, welche eine zusammenhängende Satzung bilden. Erst mit c. VII beginnt etwas Neues.

Zunächst wird in c. III die Sitzordnung der drei geistlichen Kurfürsten bei feierlichen Reichsversammlungen geregelt. Dem Kaiser grade gegenüber soll stets der Erzbischof von Trier sitzen, während rechts und links neben dem Kaiser die Erzbischöfe von Mainz und Köln ihren Platz finden. Und zwar erhält der Mainzer den Ehrensitz zur Rechten auf allen Versammlungen, die in seiner Diözese und Kirchenprovinz, sowie im ganzen Bereich seines Archikanzellariats mit Ausnahme der Kölner Kirchenprovinz stattfinden, während der Kölner diesen Platz innerhalb seiner Kirchenprovinz, sowie in Gallien und Italien einnimmt.

Durch diese Festsetzung wurden langdauernde Streitigkeiten endgültig entschieden. Der Streit zwischen den Erzbischöfen von Mainz und Köln um den Ehrensitz zur Rechten des Königs

erhob sich zuerst bei Gelegenheit des Krönungsmahles Rudolfs von Habsburg zu Aachen am 24. Oktober 1273. Er brach noch am Krönungstage selbst bei den Vorbereitungen zum Festmahle aus, wurde aber durch einen vorläufigen Vergleich, den der König, die Königin und die Kurfürsten beurkundeten, beigelegt.[1]) Der Mainzer gab für dieses Mal seinen Anspruch zugunsten des Kölner Erzbischofs auf; doch sollte ihm das für die Zukunft in seinen Rechten und Ansprüchen nicht schädlich sein. Durch die Verhandlungen über diese Sache war aber die Abhaltung des Mahles am Krönungstage selbst unmöglich geworden, so daß es erst am folgenden Tage stattfinden konnte.[2]) Dabei saß denn nach dem Bericht der Sächsischen Fortsetzung der Sächsischen Weltchronik der Erzbischof von Köln dem Könige zur rechten Hand, der von Trier ihm gegenüber.[3]) Dieser Platz scheint dem Trierer schon damals unbestritten zu-

---

[1]) Siehe Sächsische Weltchronik, Sächs. Forts., MG. Deutsche Chroniken II, 286: des selbin morgenes as man nicht zu hofe. Daz quam von zweiunge des bischofes von Menze unde des von Colne, wenne ihr iglicher wolde sizzen zu der rechten hand des koniges unde mit ime essen; Urk. Rudolfs und seiner Gemahlin, MG. Const. III, Nr. 12, S. 15: cum ... coronacione nostra felici cum debita celebritate peracta sedes principum .... una cum sedibus nostris hinc inde in regia domo nostra ibidem, prout moris existit, pro sollempnitate prandii locarentur, inter venerabiles principes nostros .. Maguntinum et .. Coloniensem archiepiscopos super sessione a dextris est orta materia questionis. Tandem Maguntinus predictus, ne tante festivitatis nostre iocunditas in aliquo turbaretur, quin pocius in omnibus ad nostrum desiderium ageretur, ad magnam nostrarum ceterorumque principum precum instanciam questioni huiusmodi non inhesit. Immo recognoscimus per presentes et aperta facie protestamur, quod pro celsitudinis nostre honore, ut in eo plene sinceritatis affectum, quem ad nos habere dinoscitur, ostenderet per effectum, illa vice sub dissimulacione quadam commendabili pertransivit, publice nichilominus protestando, quod possessioni sessionis huiusmodi iuris vel facti, quod habet, per dissimulacionem eandem non valeat inposterum derogari, nec sibi et sue ecclesie Maguntine per hoc debeat in aliqua parte preiudicium generari. Vgl. Böhmer-Redlich Nr. 4, S. 5.

[2]) Siehe die in voriger Anmerkung angeführte Stelle der Sächs. Weltchronik.

[3]) Sächs. Weltchronik a. a. O.: des morgens sas der bischof von Colne deme konige zu der rechten hand unde as mit ime. Der bischof von Trire hatte dar gein gestulet. Vgl. Redlich Nr. 7a.

Digitized by Google

geſtanden zu haben, ſo daß er an dem Zwiſte unbeteiligt blieb.[1])

Auf dem erſten Reichstage König Albrechts zu Nürnberg am 16. November 1298 entbrannte der Streit um den Sitz zur Rechten des Königs von neuem. Dieſes Mal behauptete der Mainzer den Platz angeblich mit der Begründung, daß auf allen Hoftagen in Schwaben und am Rhein dem Erzbiſchof von Mainz der Ehrenſitz gebühre. Der Kölner verließ zornig den Feſtplatz. Auch hier iſt von dem Erzbiſchof von Trier gar nicht die Rede, wohl weil ihm ſein hergebrachter Sitz gegenüber dem Könige nicht beſtritten wurde.[2]) Nach der Reimchronik ſoll damals bei dem Feſt ſelbſt der König das Vorrecht des Mainzer Erzbiſchofs anerkannt haben[3]); doch hatte er ihm ſchon vorher durch eine Urkunde vom 23. September ſein Recht auf die erſte Stimme bei der nominatio des Königs und auf den erſten Platz bei feierlichen Sitzungen beſtätigt.[4])

Noch einmal wiederholte ſich der Streit um den Ehrenſitz zur Rechten auf dem Reichstage, welchen König Heinrich VII. im Auguſt 1310 zu Speier abhielt. Nach dem etwas dunkeln

---

[1]) Bei der Herrichtung der Sitze für die Wahl König Adolfs entſtand zwiſchen den metatores sedium der Erzbiſchöfe von Mainz und Köln ein Streit über den Vorrang ihrer Herren, über den Johann von Viktring etwas unklar berichtet, Böhmer, Fontes I, S. 331: Porro tempus indictum ad electionem appropinquavit, et convenerunt principes, ut est moris. Orta est autem altercatio inter metatores sedium Coloniensis et Moguntini pontificum pro consessione eorundem. Et prevalente Coloniensi tractatus initur. Aus welchem Grunde dem Kölner bei einer nicht in ſeinem Sprengel zu Frankfurt ſtattfindenden Verhandlung der Vorrang zuerkannt wurde, iſt nicht erſichtlich.

[2]) Vgl. Steiriſche Reimchronik V. 73400—73443, MG. Deutſche Chroniken V, 2, S. 969.

[3]) Siehe Reimchronik V. 73430—35: daz macht aber, daz im der kunig baz des krieges hengte nâch.

[4]) Vgl. MG. Const. IV, Nr. 17, S. 15. Dieſes Privileg entſcheidet freilich nicht die Frage des Vorranges zwiſchen Mainz und Köln, ſondern zwiſchen Mainz und Trier. Der Anlaß war der Umſtand, daß bei Albrechts Wahl Erzbiſchof Boemund von Trier ſowohl bei der Wahlhandlung wie im Wahldekret den erſten Platz eingenommen hatte (quam in figura tam in scriptura); doch wurde aus dieſem Anlaß das unbedingte Recht des Mainzer Erzbiſchofs auf den erſten Platz anerkannt, nicht nur ſein Vorrang vor dem Trierer.

Berichte der Königssaaler Chronik[1]) wurde der Streit damals vom Könige nicht eigentlich entschieden, sondern in eigentümlicher Weise ohne prinzipielle Entscheidung beigelegt. Merkwürdig aber ist, was dieselbe Quelle über frühere Entscheidungen des Streites berichtet: a Romanorum imperatoribus diffinitum est saepe in retroactis temporibus, quod Maguntinus in Germaniae, Coloniensis in Italiae, Treverensis in Galliae partibus ad dextram sedere debeat principibus Romanis. Hier wird der Anschauung Ausdruck gegeben, daß jedem der drei geistlichen Kurfürsten innerhalb ihres Erzkanzlerbezirkes der Ehrensitz zustehe. Vielleicht liegt hier eine Erinnerung vor an das Privileg König Albrechts vom Jahre 1298, in welchem dem Erzbischof von Mainz als archicancellarius per Germaniam das Recht auf den ersten Platz zuerkannt wurde auf Grund seines Erzkanzleramtes (ratione archicancellariae), also nur für den Bereich dieses Amtes.[2]) Es würde sich daraus etwa die von der Königssaaler Chronik ausgesprochene Regel folgern lassen, die aber sonst nicht begegnet und auch durch die Goldene Bulle nicht anerkannt wurde.

Diese Vorgeschichte des III. Kapitels der Goldenen Bulle zeigt recht deutlich, welche große Bedeutung der hier für alle Zeiten geregelten Frage der Sitzordnung beigelegt wurde, und wie verkehrt es ist, von modernen Anschauungen aus den Gesetzgeber zu tadeln, daß er sich bei solchen Kleinigkeiten und Äußerlichkeiten so lange aufgehalten habe. Es handelt sich hier um Dinge, welchen im Mittelalter weit mehr noch als heute die größte Bedeutung beigelegt wurde; kam doch durch sie fast ausschließlich nach außen hin die Bedeutung der staatsrechtlichen Stellung der ersten Fürsten des Reiches zum Ausdruck.

In unmittelbarem Anschluß an das vorhergehende Kapitel wird in § 1 des IV. Kapitels die Sitzordnung der weltlichen Kurfürsten geregelt, für alle Fälle, wo sie sich mit dem Kaiser zu feierlichen Sitzungen vereinigen, sei es im Rate, beim Mahle oder bei andern Anlässen. Den ersten Platz neben demjenigen Erzbischof, welcher zur Rechten des Kaisers sitzt, erhält der Böhmenkönig, cum sit princeps coronatus et unctus, den nächst-

[1]) Fontes rerum Austriacarum, SS. VIII, S. 272 f.

[2]) Siehe oben S. 27 Anm. 4.

Digitized by Google

folgenden der Pfalzgraf bei Rhein, während auf der linken Seite des Kaisers nächst dem dort sitzenden Erzbischof der Herzog von Sachsen und dann der Markgraf von Brandenburg ihren Platz finden. Diese Sitzordnung ist dauernd beibehalten und ist mit den nötigen Modifikationen auch für die Sitze der Kurfürsten im Kurfürstenrate des Reichstages maßgebend geworden.[1])

In § 2 wird nochmals das Recht des Erzbischofs von Mainz, die Kurfürsten zur Wahl zu berufen, welches schon in c. I erörtert war, ausdrücklich anerkannt, und zwar als ein Recht, welches ihm seit alters her zustehe (sicut potestatem habuisse dinoscitur ab antiquo). Die ausdrückliche Betonung des Alters dieses Rechtes ist vielleicht hervorgerufen durch den abweichenden Satz des sogen. Schwabenspiegels Landrecht c. 130, nach welchem die Berufung zur Königswahl nicht nur durch den Erzbischof von Mainz, sondern auch durch den Pfalzgrafen bei Rhein erfolgen sollte. Der Gesetzgeber schloß also das konkurrierende Berufungsrecht des Pfalzgrafen, welches dieser vielleicht 1256 und zum letzten Mal jedenfalls 1291 ausgeübt hatte, für die Zukunft stillschweigend aus.[2])

Darauf folgt die Regelung der Stimmabgabe. Der Erzbischof von Mainz und kein anderer (et non alter) hat das Recht, die Stimmen abzufragen. Vielleicht sollte durch den Zusatz die Berufung auf die Wahl von 1308, bei der der Erzbischof von Köln die inquisitio votorum vornahm, ausgeschlossen werden. Der Mainzer soll zuerst den Erzbischof von Trier, dann den Kölner, darauf den König von Böhmen, den Pfalzgrafen, den Herzog von Sachsen und zuletzt den Markgrafen von Brandenburg um die Stimme befragen. Darauf sollen die übrigen gemeinsam an den Erzbischof von Mainz die Frage um seine Stimme richten. Bei dieser Abstimmungsordnung wird ein besonderer Nachdruck auf das Recht des Erzbischofs von Trier, unter allen Kurfürsten zuerst, und ebenso auf das

---

[1]) Vgl. K. Rauch, Traktat über den Reichstag im XVI. Jahrhundert. (Quellen und Studien I, 1), S. 60 mit Anm. 3.

[2]) Über dieses konkurrierende Berufungsrecht des Pfalzgrafen vgl. Scheffer-Boichorst, Die Wahlausschreiben vom Jahre 1291, Zur Geschichte des XII. und XIII. Jahrhunderts, Berlin 1897, S. 338 ff. Die Wahlausschreiben von 1291 liegen jetzt in verbesserten Texten vor in MG. Const. III, Nr. 468/469, S. 455 f.

des Böhmenkönigs, unter den Laienfürsten zuerst die Stimme abzugeben, gelegt. Das Vorrecht des Böhmen wird durch den Hinweis auf seinen königlichen Rang begründet, das des Trierer Erzbischofs als etwas bereits Hergebrachtes bezeichnet. Die Bedeutung dieser Abstimmung sowie die Geschichte des Rechts der ersten Stimme wird in einem anderen Zusammenhange erörtert werden.

Der letzte Absatz unseres Kapitels (§ 3) handelt kurz von den Ehrenämtern der weltlichen Kurfürsten, nachdem schon vorher gelegentlich der Reihenfolge, in welcher die einzelnen Kurfürsten abstimmen sollten, das hohe Ehrenvorrecht des Kölner Erzbischofs, den gewählten König zu krönen, ausdrücklich anerkannt war.[1]) Es wird bestimmt, daß der Markgraf von Brandenburg dem Könige das Wasser zum Waschen der Hände darreichen, der König von Böhmen ihm den ersten Trunk darbieten, und der Pfalzgraf bei Rhein ihm die Speisen auftragen soll; während von dem Herzog von Sachsen nur gesagt wird, er solle das Marschallamt (marescallatus officium) ausüben. Als Grundlage für diese Bestimmungen werden wir das Landrechtsbuch des Schwabenspiegels ansehen dürfen, welches c. 130 von diesen Verrichtungen ebenso wie die Goldene Bulle im unmittelbaren Anschluß an die Abstimmung handelt. Der älteste Text dieser Stelle wird etwa folgendermaßen herzustellen sein: Under den leigen ist der erste an der stimme ze weln der phalzgrave von dem Rine, des riches truhsaeze, der sol dem kunge die ersten schuzzeln tragen; der ander ist der herzoge von Sahsen, des riches marschalc, der sol dem kunge sin swert tragen. Der dritte ist der marcgrave von Brandenburch, des riches kameraere, der sol dem kunge wazzer geben; der vierde ist [der herzoge von Beiern,] des riches schenke, der sol dem kunge den ersten becher tragen.[2])

---

[1]) Vgl. Krammer, Wahl und Einsetzung des deutschen Königs, S. 17 ff. 22 f.; ferner über den Ursprung und die Entwicklung dieses längst anerkannten Rechtes Waitz, VG. VI [2], S. 211 ff. und daselbst Seeliger S. 212 f.

[2]) An die Schwabenspiegelstelle klingt deutlich an die folgende der Determinatio compendiosa de iurisdictione imperii c. 13: Primus rex Boemiae, qui imperatori propinat de cuppa, secundus dux Saxoniae, qui coram imperatore portat ensem, tertius comes Palatinus, qui eidem de scutella ministrat, quartus marchio Brandenburgensis, qui est camerarius eius (vgl. H. Theobald, Beiträge zur Geschichte Ludwigs des B.,

Digitized by Google

Sehen wir ab von der Erſetzung des Königs von Böhmen durch den Herzog von Bayern, welche ihren Grund in den bekannten Vorgängen der erſten Regierungsjahre Rudolfs von Habsburg hat, ſo iſt die Übereinſtimmung mit der Goldenen Bulle eine ſehr weitgehende. Beſonders zu beachten iſt, daß vor der Goldenen Bulle das Darreichen des Waſchwaſſers durch den Brandenburger Markgrafen nur in jener Schwabenſpiegelſtelle erwähnt wird. Ein wörtlicher Anklang an den „erſten Becher", ſtatt deſſen allerdings in manchen Handſchriften des Schwabenſpiegels nur ſchlechtweg vom Becher geſprochen wird, findet ſich in dem Ausdruck primus potus der Goldenen Bulle. Wegen der Erſetzung des im Schwabenſpiegel ausdrücklich erwähnten Schwerttragens durch das officium marescallatus verweiſe ich auf den Exkurs.

Schon ſeit den letzten Regierungsjahren Rudolfs von Habsburg war der Böhmenkönig nicht nur wieder im anerkannten Beſitze des Kurrechtes, ſondern auch des Erzſchenkenamtes, was natürlich in der Goldenen Bulle im Gegenſatz zu der genannten Quelle zum vollen Ausdruck gebracht iſt. Bei dieſer Gelegenheit aber wird noch beſonders hervorgehoben, daß der Böhmenkönig nach Inhalt der Privilegien des böhmiſchen Reiches nicht verpflichtet ſei, bei Ausübung dieſes Amtes ſeine königliche Krone zu tragen, wenn er es nicht aus gutem Willen tun wolle: primum vero potum rex Boemie, quem tamen sub corona regali iuxta privilegiorum regni sui continenciam, nisi libera voluntate voluerit, non tenebitur ministrare. In der Tat gründete ſich dieſes Recht auf ein Privileg König Albrechts, welches von Karl IV. 1348 erneuert wurde. Am 17. November 1298 beurkundete König Albrecht auf dem Reichstage zu Nürnberg folgendes (MG., Const. IV, Nr. 35, S. 31 f.): protestamur, quod, licet illustres reges Boemie, dum rogati per reges vel imperatores Romanorum eos ad sollempnem eorum curiam venire contingit, predictis rege vel

---

Mannheimer Gymn.-Progr. 1897, S. 18, Anm. 5). Nach einer freundlichen Mitteilung von M. Krammer, der eine neue Ausgabe dieſer Quelle vorbereitet, dürfte dieſelbe noch vor dem Ende des 13. Jahrhunderts verfaßt ſein, und ſomit in der angeführten Stelle eine der älteſten Erwähnungen der Ehrendienſte der Kurfürſten vorliegen. Vgl. auch den Exkurs über das Schwertträgeramt.

Digitized by Google

imperatore coronam regalem gestantibus, cum eisdem et eis presentibus corona regia uti possint, non tamen in corona regia debent predicti reges Boemie predictis regi vel imperatori ministrare in officio pincernatus. Quod autem magnificus Wencezlaus rex Boemie, princeps et frater noster karissimus, nobis apud Nurenberh in sollempni nostra curia proximo die dominico post festum beati Martini sedentibus in corona coronatus ad preces nostras ministravit in officio pincernatus, hoc non de iure, sed ex mera dileccione, quam ad nostram gerit personam, eum fecisse dicimus et ad serviendum sive ministrandum in eodem officio sub corona regia nobis vel successoribus nostris regibus vel imperatoribus Romanorum predictum regem et omnes successores suos reges Boemie testamur et volumus de cetero non teneri nec aliquod eis exinde preiudicium generari. Es liegt auf der Hand, daß dem Verfasser der Goldenen Bulle hier das Privileg Albrechts oder dessen Bestätigung durch Karl IV. vorlag.[1])

Während das Privileg zweierlei enthält, einmal das Recht des Böhmenkönigs, auf Reichsversammlungen in Gegenwart des gekrönten römischen Königs oder Kaisers die böhmische Königskrone zu tragen, außerdem aber das Recht, bei Ausübung des Erzschenkenamtes diese Krone nicht zu tragen[2]), hebt die Goldene Bulle an dieser Stelle nur das letztere hervor, während sie sonst auch das erstere ausdrücklich anerkennt. In der Tat scheint auf jenem Nürnberger Reichstage die Frage, ob der König von Böhmen das Schenkenamt im Schmuck seiner königlichen Würde auszuüben verpflichtet sei, den Anlaß zur Erteilung jenes Privilegs gegeben zu haben, so daß die Entscheidung dieser Frage als Kern jener Urkunde anzusehen ist. Das bestätigt auch die, wenngleich etwas poetisch ausgeschmückte, anschauliche Darstellung der steirischen Reimchronik. Nach dieser verweigerte der Böhmenkönig die persönliche Ausübung des Schenkenamtes

[1]) Die Bestätigung Karls IV. ist im Urkundenanhange als Nr. 5 gedruckt.

[2]) Der Text des Privilegs könnte allenfalls auch so verstanden werden, daß der Böhmenkönig, weil er befugt war, auf Reichstagen die Königskrone zu tragen, überhaupt nicht zur Ausübung des Amtes gezwungen werden könne; doch legt auch die Goldene Bulle das Privileg in der oben angegebenen Weise aus.

unter dem Vorwande ſchlechten Befindens, erſchien dann aber, als König Albrecht die Vertretung Wenzels durch ſeinen Sohn ablehnte und auf perſönlicher Leiſtung beſtand, in einem überaus prunkvollen Aufzuge, hoch zu Roß, geſchmückt mit der Königskrone (uf saz der gekrônet), zur Leiſtung des Dienſtes.[1]) Die ausdrückliche Hervorhebung der Krone deutet ebenſo wie die Ablehnung des jungen Königs Wenzel, der die Krone nicht hätte tragen dürfen, darauf hin, daß König Albrecht grade auf dieſe Wert legte. Er wird dem Böhmenkönige verſprochen haben, ihm urkundlich zu beſtätigen, daß ſeine Dienſtleiſtung unter der Krone ſeinem Rechte für die Zukunft nicht präjudizieren ſolle, und die Ausſtellung dieſer Urkunde erfolgte dann tatſächlich am folgenden Tage. Es iſt das ein für jene Zeit, welche durch dilatoriſche Behandlung von Streitfragen einer endgültigen Entſcheidung möglichſt auszuweichen liebte, typiſcher Vorgang.

Kapitel V handelt von dem ſpäter ſo genannten Reichsvikariat, welches im größten Teil des Reiches dem Pfalzgrafen bei Rhein zuſtand, und von der Gerichtsbarkeit des Pfalzgrafen über den König.

Zunächſt wird im Anſchluß an IV, 2, wo der Fall der Erledigung des Reiches erörtert war, beſtimmt, daß mit Eintritt dieſes Falles der Pfalzgraf bei Rhein auf Grund der Privilegien ſeines Fürſtentums Verweſer des Reiches im rheiniſchen und ſchwäbiſchen Gebiet und im Bereich des fränkiſchen Rechtes werde. Als die ihm in dieſer Eigenſchaft zuſtehenden Rechte werden genannt: 1. die Ausübung der höchſten Gerichtsbarkeit, 2. die Präſentation zu kirchlichen Pfründen, 3. die Erhebung der Reichseinkünfte, 4. die Verleihung der Reichslehen und 5. die Entgegennahme der Treu- und Huldigungseide im Namen des Reiches. Doch ſollen alle dieſe Handlungen von dem künftigen Könige erneuert und dieſem auch die dem Reichsverweſer geleiſteten Eide wiederholt werden. Ausdrücklich vorbehalten bleibt dem römiſchen Könige oder Kaiſer ſelbſt die Verleihung der Fürſtenlehen und Fahnlehen, welche alſo der Reichsverweſer

[1]) Siehe MG., Deutſche Chroniken V, 2, S. 970 ff. Vers 73467 ff. Die im Text angeführte Stelle daſ. S. 971, V. 73602. Die Kolmarer Chronik erwähnt des Böhmenkönigs koſtbares Gewand und das teure Roß, welches er bei dieſer Gelegenheit ritt, nicht aber die Königskrone; MG. SS. XVII, S. 267.

nicht vornehmen darf, dem außerdem jede Veräußerung und Verpfändung von Reichsgut untersagt wird.

Das gleiche Recht der Reichsverweſung wird dem Herzog von Sachſen im Geltungsbereiche des ſächſiſchen Rechtes zugeſprochen.

Der letzte Abſatz unſeres Kapitels, § 2, enthält die erwähnte Beſtimmung über die Gerichtsbarkeit des Pfalzgrafen über den König. Dabei iſt zu beachten, daß dieſe Gerichtsbarkeit als durch Gewohnheitsrecht eingeführt, alſo als beſtehendes Recht anerkannt, aber durch Bindung an gewiſſe Bedingungen eingeſchränkt wird. Der Pfalzgraf ſoll ſie nur üben am königlichen Hofe in Gegenwart der Fürſten und des Königs.

Das Recht der Reichsverweſerſchaft bei Erledigung des Reiches, vacante imperio, wird hier als ein einheitliches Recht aufgefaßt, aus welchem eine Anzahl einzelner Rechte ſich ergeben. Dieſe Auffaſſung iſt faſt ſo alt, wie das Recht ſelbſt. So legt Rudolf von Habsburg in ſeiner Urkunde über das Reichsvikariat in Öſterreich und Steiermark[1]) dem Pfalzgrafen bei Rhein das Recht der Verwaltung des Reichsgutes und der Wahrnehmung der Reichsrechte bei einer Thronerledigung bis zur Wahl eines neuen Königs bei, und ebenſo faßt König Ludwig in der Sachſenhäuſer Appellation von 1324 das ſog. Vikariatsrecht allgemein als ein Recht auf die Verwaltung des Reiches (ius administrandi iura imperii), wobei aber das Recht auf die Vergabung der Reichslehen noch beſonders hervorgehoben wird[2]); und dieſes Recht bildete vielleicht den urſprünglichen Kern der geſamten Vikariatsrechte. Dafür ſpricht wohl ſchon die älteſte Urkunde, welche ganz deutlich dieſes Recht des Pfalzgrafen bei Rhein bezeugt, die Urkunde von 1267, in welcher der Pfalzgraf über Reichslehen verfügt[3]); er behauptet, daß ihm auf Grund der Würde ſeines Amtes (iure dignitatis officii nostri) das Recht, vacante imperio unterſchiedslos (indifferenter) alle Reichslehen zu vergeben und darüber zu verfügen, zuſtehe. Wie hier wird von allen Vikariatsrechten auch im Schwabenſpiegel, dem

[1]) MG. Const. III, Nr. 121, S. 115.

[2]) Siehe Schwalm, Die Appellation König Ludwigs d. B. (1906), § 27, S. 25.

[3]) MG. Const. II, Nr. 464, S. 637.

Digitized by Google

nächstälteſten Zeugnis über dieſe Rechte, nur das der Lehnserteilung hervorgehoben. Hier ſind es aber nicht mehr unterſchiedslos alle Lehen, deren Vergabung den Pfalzgrafen zugeſtanden wird; vielmehr werden ganz ähnlich wie in der Goldenen Bulle die wichtigſten Reichslehen der Verfügung des Pfalzgrafen entzogen. Die Übereinſtimmung des Rechtsbuches mit unſerm Kapitel der Goldenen Bulle iſt eine ſo weit gehende, daß wir jenes hier als unmittelbare Quelle des Geſetzes anſehen müſſen.

Das Kapitel 147 des kaiſerlichen Lehnrechtsbuches geht von der Vorausſetzung aus, daß jedes Lehen beim Herrenfalle innerhalb Jahr und Tag erneuert werden muß, widrigenfalls es heimfällt. Damit nun die Inhaber von Reichslehen keinen Schaden leiden, wenn innerhalb Jahr und Tag nach Erledigung des Reiches kein neuer König einhellig erwählt wird, ſo ſollen ſie ihre Lehen vom Pfalzgrafen empfangen, dadurch werden ſie aber, wie das Rechtsbuch richtig ausführt, nicht des Pfalzgrafen Mannen, ſondern, da er ihnen Reichslehen leiht, Mannen des Reiches. In der Beſchränkung der lehenrechtlichen Befugniſſe des Pfalzgrafen während der Thronerledigung ſtimmt nun das Rechtsbuch mit der Goldenen Bulle darin überein, daß beide die Fahnlehen und im allgemeinen die Fürſtenlehen von der Vergabung durch den Pfalzgrafen ausſchließen. Die Goldene Bulle ſagt darüber: feudis principum dumtaxat exceptis et illis, que vanlehen vulgariter appellantur, quorum investituram et collacionem soli imperatori vel regi Romanorum specialiter reservamus. Das Rechtsbuch aber beſtimmt: Und wird ez nit verrihtet umb einen kunc inr jars vrist, so suln alle, die lehen von dem riche hant, iriu lehen enphahen von dem phalzgraven von Rine, ane die fursten; diu suln ir furstenampt nit von im emphahen. Alle die vanlehen hant von dem riche, daz niht furstenampt sint, diu suln si enphahen von dem phalzgraven von Rine, sie werdent aber davon nit des phalzgraven man, si werdent des riches man; wan er lihet in sin guot niht, er lihet in des riches guot; davon sint si des riches man. . . . Die fursten soln ir ampt mit rehte han (d. h. ohne Lehnserneuerung auch über Jahr und Tag hinaus). Und swaz si ander lehen von dem riche hant, unz in ein kunc ane kriec wirt, so suln si diu lehen enphahen von dem phalzgrave von Rine.

Digitized by Google

Der Schwabenspiegel und die Goldene Bulle stimmen darin überein, daß sie die Fürstenlehen, d. h. diejenigen Lehen der Reichsfürsten, auf welche sich ihr Fürstenamt gründet, und die Fahnlehen der Fürsten von der Verleihung durch den Pfalzgrafen ausschließen. Nur in einem Punkte unterscheidet sich die Goldene Bulle von dem Rechtsbuche: sie versagt dem Pfalzgrafen auch die Belehnung mit Fahnlehen, welche nicht Fürstenlehen sind, und anscheinend auch die Belehnung mit solchen Lehen der Fürsten, welche nicht zu deren Fürstenamt gehören. Das Rechtsbuch dagegen überläßt dem Pfalzgrafen nicht nur die Vergabung nichtfürstlicher Fahnlehen, sondern auch die Verleihung der nicht zum Fürstenamt gehörigen Reichslehen der Fürsten. Deckt sich also die Masse der von der Vergabung durch den Reichsverweser nach beiden Rechtsquellen ausgeschlossenen Lehen im großen und ganzen, so gestattet die Goldene Bulle im einzelnen dem Pfalzgrafen einerseits mehr, andererseits weniger, als das Rechtsbuch. Es war dies wohl eine bewußte Abweichung des Gesetzgebers von der Vorlage, die sich aus einer abweichenden und vielleicht auf der inzwischen erfolgten Weiterentwickelung des Reichsrechtes beruhenden Rechtsanschauung erklärt. Wenn dagegen die Goldene Bulle den wichtigen und durchaus das Richtige treffenden Satz der Vorlage, daß die Fürsten im Falle der Thronerledigung ihr Fürstenamt auch ohne Lehnserneuerung über Jahr und Tag behalten, fortläßt, so beruht das darauf, daß nach der Königswahlordnung der Goldenen Bulle eine Thronerledigung, welche Jahr und Tag oder darüber dauerte, ausgeschlossen sein sollte.

Wir haben oben bei der Anführung des Textes von c. 147 des Lehnrechtsbuches einen Satz ausgelassen, welcher lautet: Swer daz lehen verjaehrt gein dem phalzgraven von Rine, so ist dem riche daz guot och ledic worden. Und verjaert iemen daz guot von dem phalzgraven, so sol sich der phalzgrave des guotes underwinden dem riche ze nutze; und sol daz einem kunge wider antwurten, so der wirt. Einen Anklang an die letzten Worte dieses Satzes möchte ich in der Wendung der Goldenen Bulle erkennen, welche besagt, daß der Pfalzgraf während der Thronerledigung Verweser des Reiches sein solle zuhanden des künftigen Königs: ad manus futuri regis Romanorum . . . esse debet provisor ipsius imperii. Der

Digitized by Google

Gesetzgeber dürfte hier eine Wendung der Vorlage, die sich auf einen speziellen Gegenstand der Verwaltung des Reichsgutes bezog, verallgemeinert haben. Ist diese Vermutung über die Entstehung der Klausel ad manus futuri regis richtig, so spricht das nebenbei des weiteren gegen die an sich nicht annehmbare Erklärung Triepels[1]), welcher in jener Klausel nichts anderes sehen will, als eine temporäre Begrenzung der Reichsverweserschaft. Wenn dann der Schluß des c. 147 erklärt: Diz ere hat der hohe phalzgrave von Rine davon, daz er rihtaer ist uber den kunc umb sine schulde, und somit die wichtigen lehenrechtlichen Befugnisse des pfalzgräflichen Rechtes während der Thronerledigung auf sein Recht, über den König zu richten, zurückführt, die Goldene Bulle aber im § 2 unseres Kapitels im unmittelbaren Anschluß an die Bestimmungen über die Reichsverweserschaft jenes Richteramt des Pfalzgrafen über den König behandelt, so spricht das überzeugend für die Annahme, daß jenes Kapitel des Schwabenspiegels die wesentliche Grundlage für das gesamte c. V der Goldenen Bulle bildete. Diese Annahme wird noch besonders unterstützt durch folgende Erwägung. Jene Schwabenspiegelstelle handelt nur vom Pfalzgrafen, zunächst von seinem Vikariatsrecht, dann von seinem Richteramt. Auch die Goldene Bulle handelt zunächst nur von dem Vikariatsrecht des Pfalzgrafen, und zum Schluß wieder wie die Vorlage von dessen Gerichtsbarkeit über den König. Dazwischen aber schiebt sie die Bemerkung ein, daß dem Sachsenherzog die gleichen Vikariatsrechte, welche dem Pfalzgrafen im größeren Teile des Reiches zustehen, im sächsischen Rechtsgebiete zustehen sollen. Das ist gewissermaßen eine Parenthese in einem Kapitel, welches nach seiner ursprünglichen Anlage wie die Vorlage nur von den Rechten des Pfalzgrafen handeln sollte.[2])

[1]) S. unten S. 38 Anm. 1.

[2]) Reimann ist dieses Quellenverhältnis entgangen; er kennt die Stelle des Lehnrechtsbuches nicht, offenbar weil er nur die Genglersche Ausgabe des Schwabenspiegels, welche sich leider auf den Text des Landrechtsbuches beschränkt, benutzte. Ist es schon bedauerlich, daß die neueren Handausgaben des Sachsenspiegels das Lehnrecht nicht enthalten, obwohl dieses historisch vom höchsten Interesse ist und hinsichtlich der Feinheit und Schärfe juristischer Entwicklung den Glanzpunkt des Werkes bildet, so erklärt sich das doch aus der Rücksicht auf die praktische Geltung, welche das sächsische Landrecht im Gegensatz zum Lehnrecht bisher noch hatte. Für

Das Recht des Pfalzgrafen auf die Reichsverweſerſchaft war bereits vor der Goldenen Bulle, wie wir ſahen, anerkannt; dagegen war bisher ein gleicher Anſpruch des Herzogs von Sachſen für gewiſſe Reichsteile von ſeiten der Reichsgewalt noch nicht oder doch nicht in voller Beſtimmtheit anerkannt.[1]) Das iſt erſt jetzt auf dem Nürnberger Reichstage durch die Goldene Bulle geſchehen. Wir dürfen annehmen, daß der Pfalzgraf die Anerkennung ſeines Rechtes, welches er durch Hinweis auf den Schwabenſpiegel erhärtet haben mag, in dem neuen Reichsgeſetze verlangte, daß aber auch der Sachſenherzog ein entſprechendes Recht behauptete, und daß dann die beiderſeitigen Anſprüche unter lokaler Abgrenzung gegeneinander vom Kaiſer anerkannt wurden. Die nachdrückliche Betonung des Erzmarſchallamtes des Herzogs von Sachſen im Texte der Goldenen Bulle, welche dann eine gleichartige Hervorhebung des Erztruchſeſſenamtes des Pfalzgrafen herbeiführte, deutet vielleicht darauf hin,

---

den Schwabenſpiegel aber liegt gar kein Grund vor, das Lehnrecht auszuſchließen, welches die wichtigſten Angaben über die Reichsverfaſſung enthält. Reimann S. 20 ff. möchte in c. 121 des Landrechtsbuches die Quelle für V, 1 der Goldenen Bulle erblicken; doch können wir ihm hierin nicht folgen. Freilich behält hier die Goldene Bulle dem Könige die Verleihung der Fürſten- und Fahnlehen vor, erwähnt das aber nur als Ausnahme von dem Rechte des Reichsverweſers während der Thronvakanz. Jenes Kapitel des Landrechts dagegen ſtellt nicht nur das Recht des Königs, ſondern auch die Pflicht, ſolche Lehen nach ihrer Erledigung wiederzuverleihen, feſt, und nur in dem Schlußſatze, welcher den Fürſten das Recht zuſpricht, den König, der ſich dieſem Leihezwang entzieht oder ſie ſonſt beſchwert, vor dem Pfalzgrafen zu verklagen, kann es allenfalls neben c. 147 des Lehnrechtes als Quelle für V, 2 der Goldenen Bulle angeſehen werden. Daß auch nicht mit Reimann jene Stelle über den Leihezwang als Quelle für Goldene Bulle VII, 2 anzuführen iſt, werden wir unten ſehen. Es iſt überhaupt nicht zuläſſig, in jedem Falle, wo die Goldene Bulle ein Inſtitut des Reichsrechtes erwähnt oder vorausſetzt, welches auch im Schwabenſpiegel oder einer anderen älteren Quelle behandelt iſt, anzunehmen, daß der Geſetzgeber der Goldenen Bulle aus jenen Quellen geſchöpft habe.

[1]) Über die Vorgeſchichte des pfalzgräflichen Vikariats vgl. Kupke, Das Reichsvikariat und die Stellung des Pfalzgrafen bei Rhein, Halliſche Diſſertation 1891, der aber nicht genügend zwiſchen dem eigentlichen Vikariat absente rege und der hier in Frage ſtehenden Reichsverweſerſchaft vacante imperio unterſcheidet. Über ältere Spuren des ſächſiſchen Vikariats ſ. Harnack S. 89. Zuſammenfaſſend unter Benutzung der älteren Literatur hat Triepel, Das Interregnum, Leipzig 1892, S. 25 ff. über die Geſchichte und die rechtliche Bedeutung des Vikariatsrechts gehandelt.

daß der Sachsenherzog seinen Anspruch auf das Marschallamt gründete, auf Grund dessen ja auch der Schwabenspiegel, Lehnrechtsbuch c. 41, ihm neben dem Pfalzgrafen umfangreiche Befugnisse zuerkannte, so daz riche ane kiunig ist.

Über den letzten Satz, § 2, unsres Kapitels hat eingehend und scharfsinnig Julius Weizsäcker[1]) gehandelt. Er glaubt aus dem Inhalt und der eigentümlichen Formulierung des Paragraphen die Entstehungsgeschichte desselben erschließen zu können und kommt zu folgenden Ergebnissen. Die Kurfürsten verlangten die Aufnahme des gesamten „Spiegelrechtes", womit Weizsäcker die sämtlichen Sätze des Sachsenspiegels und Schwabenspiegels über die Gerichtsbarkeit über den König, seine Absetzbarkeit und seine Verurteilung zur Todesstrafe bezeichnet. Karl IV. habe von der Aufnahme solcher Sätze in die Goldene Bulle zunächst nichts wissen wollen, dann aber seinerseits die Erwähnung der Gerichtsbarkeit über den König in dem Gesetze zugegeben, diese Erwähnung jedoch nur in einer möglichst unverbindlichen Form zugelassen und von den Kurfürsten die Zustimmung zur Hinzufügung solcher Bedingungen erlangt, welche den für das Königtum gefährlichen Sätzen der Rechtsbücher die Spitze abbrachen. Die Bestimmung des § 2 sei also das Resultat eines Kompromisses zwischen dem Kaiser und den Kurfürsten.

Ich glaube, diese Ergebnisse in allen wesentlichen Punkten ablehnen zu müssen. Es handelt sich dem ganzen Zusammenhange nach hier nicht um Rechte der Kurfürsten überhaupt, sondern um Spezialrechte einzelner Kurfürsten, und hier insbesondere des Pfalzgrafen bei Rhein. Dieser war es, welcher nach der Anerkennung seiner Vikariatsrechte im ersten Teile des Kapitels offenbar auf Grund des Schwabenspiegels und insbesondere auf Grund der angeführten Stelle des Lehnrechtsbuches, welche Weizsäcker ebenso wie Reimann übersehen hat, nunmehr auch die Anerkennung seiner Gerichtsbarkeit über den König verlangte. Daß nun die übrigen Kurfürsten den Pfalzgrafen in seiner Forderung besonders unterstützt haben sollten, ist nicht sehr wahrscheinlich, und sicher würden sich in der Verklausulierung des Satzes von der Gerichtsbarkeit des Pfalzgrafen über den

[1]) Der Pfalzgraf als Richter über den König, Abhandlungen der Göttinger Ges. der Wiss. Bd. 33 (1886).

König irgendwelche Spuren von der Mitwirkung der Gesamtheit der Kurfürsten vorfinden, wenn diese bei ihrer Fassung beteiligt gewesen wären. Grade die Bedingungen, an welche die Ausübung des pfalzgräflichen Rechtes geknüpft wird, sprechen deutlich dafür, daß es sich hier lediglich um eine Auseinandersetzung zwischen dem Kaiser und dem Pfalzgrafen handelte. Der Kaiser wollte den Mißbrauch des pfalzgräflichen Rechtes verhindern, indem er dessen Gerichtsbarkeit über den König nur am kaiserlichen Hofe und in Gegenwart des Kaisers oder Königs selbst zuließ. Freilich ist die Bezeichnung „Kaiserlicher Hof", curia imperialis, hier wohl nicht nur in der Bedeutung des Hoflagers zu verstehen, sondern in der des Hoftages oder Reichstages, wie denn auch die älteste Frankfurter Übersetzung schreibt: in des richis hoff. Wäre der Satz durch Kompromiß zwischen den Kurfürsten und dem Kaiser entstanden, so wäre wohl die Anwesenheit der Kurfürsten unter den Bedingungen enthalten.

Zuzugeben ist, daß die Goldene Bulle dem Satze von der Gerichtsbarkeit des Pfalzgrafen einen Ausdruck gegeben hat, welcher den Mißbrauch nach Möglichkeit ausschloß; doch darf man nicht mit Weizsäcker die Sache so ansehen, als sei der Versuch, die Gerichtsbarkeit über den König in dem Gesetze zu kodifizieren, vom Kaiser vereitelt und als mißlungen anzusehen. Freilich ist das Recht selbst zunächst nur hypothetisch erwähnt; indem aber die Ausübung des Rechtes an gewisse Bedingungen geknüpft wird, findet es selbst seine gesetzliche Anerkennung. Welche Kompetenz die Gerichtsbarkeit des Pfalzgrafen über den König haben soll, wird allerdings nicht gesagt; grade dadurch aber wird sie als eine unbeschränkte hingestellt, und wenn die Bedingung der Gegenwart des Königs und der Anwesenheit einer Reichsversammlung praktisch eine Gefahr für den König in der Regel ausschließen mußten, so war doch die Möglichkeit eines Verfahrens gegen Krone und Leben des Königs theoretisch dadurch nicht beseitigt. Wir dürfen daher in dem Satze der Goldenen Bulle nicht den Versuch einer Kodifikation des Spiegelrechtes, sondern die Tatsache der Kodifikation desselben erblicken. Was Eike von Repgow im Sachsenspiegel über die Gerichtsbarkeit des Pfalzgrafen über den König ausführte, war wohl ebensowenig eine von ihm ersonnene Theorie, wie seine Darstellung vom Rechte der Königswahl. Beides beruhte auf einer

Digitized by Google

herrschenden Rechtsanschauung. Ohne diese Voraussetzung wäre die Anerkennung seiner Theorien durch die reichsrechtliche Praxis unerklärlich. Seine Kurfürstentheorie gelangte nach wenigen Jahrzehnten zur unbestrittenen Anerkennung, und daß die von ihm vertretene Anschauung von der Gerichtsbarkeit über den König längere Zeit gebrauchte, bis sie vom Königtume selbst anerkannt wurde, ist bei der Gefahr, die sie für den König enthielt, wohl begreiflich. Das kaiserliche Land- und Lehnrechtsbuch nahm die Anschauung auf und gestaltete sie noch weiter aus. Das ist ein weiteres Zeugnis für das tatsächliche Fortleben derselben in den maßgebenden Kreisen des Reiches, deren staatsrechtliche Anschauungen der Verfasser genau kannte. Wenn die Kurfürsten im Jahre 1298 bei der Absetzung König Adolfs von dem Spiegelrechte keinen Gebrauch machten, so erklärt sich das genügend aus der Tatsache, daß sie den anerkannten Inhaber des Pfalzgrafenamtes nicht auf ihrer Seite hatten. Daß sie jenes Recht wohl kannten, zeigt der Versuch, den sie zwei Jahre später machten, König Albrecht das Schicksal seines Vorgängers zu bereiten, und es ist eine völlige Verkennung der Sachlage, wenn Weizsäcker annimmt, die Kurfürsten hätten erst damals das Recht des Pfalzgrafen, über den König zu richten, entdeckt. Ein Rechtssatz kann in der Rechtsanschauung des Volkes fest begründet sein und darin lange Zeit fortleben, ohne daß er praktisch zur Anwendung kommt, und für die Kraft, welche der Rechtsanschauung von der Gerichtsbarkeit des Pfalzgrafen über den König innewohnte, zeugt am besten die Tatsache, daß Karl IV. sich genötigt sah, sie in seinem Reichsgesetze zum Ausdruck zu bringen.[1])

Kapitel VI enthält den letzten Satz der mit c. III beginnenden Satzung und knüpft gewissermaßen wieder an deren Anfang an. Es wird bestimmt, daß die den Kurfürsten zugewiesenen Ehrenplätze ihnen auf allen Reichsversammlungen unabänderlich zustehen sollen, ohne daß irgendein anderer Fürst ihnen den Vorrang streitig machen darf; insbesondere soll kein anderer König, welcher etwa anwesend ist, dem Könige von Böhmen vorgehen. Zu bemerken ist noch, daß hier die ursprünglich nur

[1]) Eine ähnliche Kritik hat bereits M. G. Schmidt in seiner Dissertation „Die staatsrechtliche Anwendung der Goldenen Bulle", Halle 1894, S. 17 an Weizsäckers Ausführungen geübt. S. auch unten zu c. XII.

für Sitzungen bestimmte Ordnung durch die Worte eundo, sedendo vel stando auch auf die Anordnung der feierlichen Aufzüge ausgedehnt wird; doch hatte das nur eine provisorische Bedeutung, wie wir später sehen werden.

Kapitel VII.

Eine ganz selbständige Satzung enthält c. VII, welche auch, wie wir sehen werden, als besonderes Gesetz publiziert ist, bevor sie der Goldenen Bulle einverleibt wurde. Eine Inscriptio, wie sie die beiden vorhergehenden Satzungen an der Spitze trugen, fehlt hier freilich, doch ist sie wohl erst bei der Aufnahme in die Goldene Bulle, wie das auch in andern Fällen geschah, fortgelassen worden. Eine umfangreiche Arenga erörtert die allgemeinen Motive des Gesetzes, und die folgende Narratio gibt als Zweck des Gesetzes an die Beseitigung jedes Streites über das Kurrecht zwischen den Erben der weltlichen Kurfürsten. Hierbei werden ausdrücklich als weltliche Kurfürsten anerkannt: der König von Böhmen, der Pfalzgraf bei Rhein, der Herzog von Sachsen und der Markgraf von Brandenburg; diese seien neben ihren drei geistlichen Mitkurfürsten die rechtmäßigen Wähler eines römischen Königs, künftigen Kaisers.

Zunächst wird nun bestimmt, daß nach dem Ableben eines dieser weltlichen Kurfürsten sein Kurrecht auf seinen erstgebornen ehelichen Sohn weltlichen Standes übergehen soll.[1]) Ist dieser nicht mehr am Leben, so geht das Kurrecht auf dessen Erstgebornen über; stirbt aber der Erstgeborne ohne Hinterlassung männlicher Leibeserben, so geht das Kurrecht auf den ältesten Bruder des Erstgebornen, eventuell auf dessen erstgeborenen Sohn über. Es wird also hier für das Kurrecht die Vererbung nach den Grundsätzen der Primogeniturerbfolge angeordnet in der ausgesprochenen Absicht, Erbstreitigkeiten über das Kurrecht vorzubeugen, und unzweifelhaft auch in der hier noch nicht ausdrücklich angegebenen Absicht, eine Teilung des Kurrechtes unter mehrere Erben zu verhüten. Im unmittelbaren Zusammenhange damit wird dann für den Fall, daß ein Kurfürst oder

[1]) Über die Entwicklung des Primogeniturrechtes vgl. H. J. F. Schulze, Das Recht der Erstgeburt in den deutschen Fürstenhäusern, Leipzig 1851, wo unser Kapitel S. 313 ff. und 387 genauer erläutert wird.

Digitized by Google

ſein primogenitus nur unmündige männliche Erben hinterläßt, angeordnet, daß der älteſte Bruder des Vaters die Vormundſchaft über dieſelben führen ſoll, bis der älteſte den Mündigkeitstermin erreicht. Dieſer wird für Kurfürſten auf die Vollendung des 18. Jahres angeſetzt. Der Vormund ſoll dem mündig gewordenen jungen Kurfürſten dann die Verwaltung des Kurrechtes und aller davon abhängenden Rechte überlaſſen.

In dem als § 2 bezeichneten letzten Abſatze des Kapitels wird entſprechend dem für alle Reichsfürſtentümer geltenden Rechte angeordnet, daß ſolche weltliche Kurfürſtentümer, welche dem Reiche ledig werden, vom Kaiſer wieder verliehen werden dürfen und ſollen. Eine Ausnahme hiervon wird nur für das Königreich Böhmen ſtatuiert, deſſen Rechte und Privilegien betreffend die Königswahl hierdurch nicht berührt werden ſollen.

Daß die Beſtimmungen bezüglich der Primogeniturerbfolge mit älteren Privilegien Karls IV. für Herzog Rudolf den Älteren übereinſtimmen, hat bereits Reimann S. 34 richtig bemerkt. Indem er aber das deutſche Privileg vom 25. Auguſt 1355 und nicht die lateiniſche Wiederholung desſelben vom 6. Oktober zur Vergleichung mit den Beſtimmungen der Goldenen Bulle heranzieht, deckt er jedenfalls nicht die unmittelbare Quelle dieſer Beſtimmungen auf; denn dieſe könnte nur vorliegen in jener lateiniſchen Ausfertigung, wie die folgende Vergleichung zeigt.

Privileg für Sachſen vom 6. Oktober 1355.[1])	Goldene Bulle c. VII.
... decernimus et edicto imperiali presenti perpetuis temporibus valituro sanccimus ..., quod antedictus Rudolfus ..... elector existat .... et post eius obitum filio suo primogenito et illo non extante eiusdem primogeniti primogenito vox et ius predictum competat eligendi. Si vero ipsius primogenitum absque here-	... statuimus et imperiali auctoritate presenti lege perpetuis temporibus valitura decernimus, ut, postquam iidem principes electores seculares et eorum quilibet esse desierit, ius, vox et potestas electionis huiusmodi ad filium primogenitum legitimum laicum, illo vero non extante, ad eiusdem primogeniti primogenitum similiter laicum

[1]) Urkunden Nr. 10.

dibus masculis legittimis mori contingeret, extunc vox et ius seu potestas eleccionis huiusmodi ad seniorem fratrem per veram paternalem lineam descendentem et deinde ad illius primogenitum devolvatur, et talis successio ac devolucio in voce, iure et potestate premissis in ducibus Saxonie perpetuis temporibus observetur.

..... devolvatur. Si vero primogenitus huiusmodi absque heredibus masculis legitimis laicis ab hac luce migraret, ... ius, vox et potestas electionis predicte ad seniorem fratrem laicum per veram paternalem lineam descendentem et deinceps ad illius primogenitum laicum devolvatur, et talis successio in primogenitis et heredibus principum eorundem in iure, voce et potestate premissis perpetuis temporibus observetur.

Die vorstehende Vergleichung läßt keinen Zweifel übrig, daß das Privileg für Sachsen oder ein in diesen Sätzen gleichlautendes für einen andern weltlichen Kurfürsten die unmittelbare Vorlage für c. VII gebildet hat, und da ein anderes derartiges Stück uns nicht überliefert ist, so wird man geneigt sein, jene Urkunde selbst für die Quelle zu halten. Dem steht jedoch ein Bedenken gegenüber, der Umstand nämlich, daß der Text des sächsischen Privilegs an dieser Stelle auf die Verhältnisse des sächsischen Herzogshauses, wie sie zurzeit bestanden, nicht zutrifft; die Goldene Bulle beruft den erstgeborenen Sohn des regierenden Kurfürsten oder, falls er vorzeitig verstorben sein sollte, dessen Erstgeborenen zur Erbfolge: Herzog Rudolfs Erstgeborener aber war damals bereits seit langen Jahren ohne Hinterlassung von Erben verstorben. Es fällt schwer, anzunehmen, daß ein Satz, welcher für den Herzog von Sachsen zurzeit so ganz und gar nicht in Frage kam, grade für ein ihm auszustellendes Privileg formuliert sein sollte. Ich möchte daher die Annahme vorziehen, daß der Kaiser die Einführung der Primogeniturerbfolge für die weltlichen Kurfürstentümer schon vor Erteilung der beiden sächsischen Privilegien plante und in seiner Kanzlei ein Formular herstellen ließ, nach welchem Primogeniturprivilegien an weltliche Kurfürsten überhaupt erteilt

Digitized by Google

werden sollten. Zufällig erhielt nun zunächst grade Rudolf von Sachsen, auf den dieses Formular nicht zutraf, ein solches Privileg, während die Ausstellung eines solchen für die übrigen Kurfürsten wohl unterblieb. Da es nun ferner nicht sehr wahrscheinlich ist, daß Herzog Rudolf der Jüngere die seinem Vater erteilten Privilegien auf dem Nürnberger Reichstage der kaiserlichen Kanzlei zum Zweck der Verallgemeinerung durch ein Gesetz überlassen haben sollte, so möchte ich vermuten, daß bei der Abfassung unseres Kapitels nicht ein sächsisches Privileg, sondern jenes ältere Formular benutzt wurde.

Nicht in dem sächsischen Privileg enthalten ist die Bestimmung über die Vormundschaft über minderjährige Kurfürsten und über deren Mündigkeitstermin. Kapitel VII enthält in diesem Punkte offenbar neues Recht, indem es bestimmt, daß die Mündigkeit bei Kurfürsten mit dem vollendeten 18. Lebensjahr eintreten soll. Reimann hat S. 22 darauf aufmerksam gemacht, daß auch der Schwabenspiegel, Landrechtsbuch c. 51, das vollendete 18. Jahr als Mündigkeitstermin kennt; es heißt dort: als ein man kumt hinz ahtzehen jarn, so hat er sine volle tage. Obwohl hier der Mündigkeitstermin von 18 Jahren nicht auf die Kurfürsten oder Fürsten beschränkt wird, möchte ich doch Reimanns Annahme, daß auch hier der Schwabenspiegel die Quelle des Gesetzes bildet, für wahrscheinlich halten. Freilich bleibt es dabei völlig unaufgeklärt, wie dieser dem Recht der deutschen Stämme ursprünglich fremde und nur dem alten Langobardenrecht bekannte Mündigkeitstermin in den Schwabenspiegel gelangt ist. So häufig er sich in deutschen Rechtsquellen seit dem ausgehenden Mittelalter findet, so wenig bekannt ist er den älteren Quellen. Vor dem Schwabenspiegel findet er sich, soweit bis jetzt bekannt, nur in wenigen norddeutschen Stadtrechten, welche kaum auf den Schwabenspiegel eingewirkt haben können.[1])

Der letzte Absatz, § 2, enthält in keiner Beziehung neues Recht, sondern bekräftigt nur bereits bestehendes. Das Recht

[1]) Vgl. Kraut, Die Vormundschaft nach den Grundsätzen des deutschen Rechts I, S. 135. Über Krauts Angaben sind auch neuere Darstellungen nicht wesentlich hinausgekommen; doch verdiente die Sache wohl eine eingehende Untersuchung.

und die Pflicht des Königs, über erledigte weltliche Reichsfürstentümer durch Neuverleihung zu verfügen, war seit langer Zeit unzweifelhaft anerkannt[1]), und die besondere Erwähnung desselben hatte wohl nur den Zweck, die Ausnahmestellung Böhmens nachdrücklich hervorzuheben. Wenn dabei bestimmt wird, daß den Einwohnern des Königreichs Böhmen das Recht zustehe, im Falle einer Erledigung des Thrones einen König zu wählen nach Inhalt der jenem Reiche von früheren römischen Kaisern und Königen verliehenen Privilegien, so meint der Gesetzgeber damit natürlich diejenige Form dieser Privilegien, welche er selbst durch seine Bestätigung und Interpretation des Privilegs Friedrichs II. vom 26. September 1212 im Jahre 1348 anerkannt hatte, d. h. mit der Beschränkung der Wahl auf den Fall, daß von der königlichen Familie weder ein männlicher noch ein weiblicher legitimer Sproß vorhanden sei. Irgendwelche Neuerung wird also auch durch diese Bestimmung unseres Kapitels nicht eingeführt.[2])

Schon die ausführliche Einleitung unseres Kapitels und die ausdrückliche Bezeichnung desselben als einer durch kaiserliche Machtvollkommenheit erlassenen lex perpetuis temporibus valitura zeigt, daß wir es hier mit einem ursprünglich selbständigen Gesetze über das Kurrecht der weltlichen Kurfürsten und dessen Vererbung oder anderweitige Übertragung zu tun haben. In der Tat ist denn auch dieses Kapitel noch vor der Publikation der Gesamtheit der Nürnberger Gesetze als besonderes Gesetz vom Kaiser verkündigt worden, wie das zwei einwandfreie

---

[1]) Vgl. Sachsenspiegel III, 53 und Schwabenspiegel, Landrechtsbuch c. 121. Es liegt kein Grund vor, mit Reimann S. 20ff. anzunehmen, daß die letztere Stelle die Quelle für die Goldene Bulle sei, da der Satz vom Leihezwang längst anerkanntes und in allen beteiligten Kreisen nicht unbekanntes Reichsrecht war.

[2]) Vgl. die Urkunde Karls IV. vom 7. April 1348, Böhmer-Huber Nr. 643, zuletzt gedruckt: Codex dipl. Moraviae VII, p. 555. Reimann handelt S. 30ff. eingehend, aber nicht einwandsfrei über die Privilegien, welche die böhmische Königswahl betreffen, im Zusammenhang mit Goldene Bulle c. VII, § 2. Verfehlt ist namentlich die Verdächtigung der unzweifelhaft echten Urkunde Friedrichs II. von 1212 September 26, welche jetzt MG. Const. II, Nr. 43 S. 54 gedruckt ist. Eine Erörterung der früheren Privilegien war hier kaum nötig, da ein Hinweis auf Karls IV. Bestätigung allein genügt hätte.

Digitized by Google

Zeugnisse beweisen. Das erste derselben ist der Vertrag, welcher am 27. Dezember 1355 auf dem Nürnberger Reichstage vor dem Kaiser und den übrigen Kurfürsten zwischen den Pfalzgrafen Ruprecht dem Älteren und Ruprecht dem Jüngeren über Besitz und Vererbung der pfälzischen Kurstimme abgeschlossen wurde. Vertragsurkunden der beiden Pfalzgrafen selbst sind nicht überliefert und wahrscheinlich überhaupt nicht vorhanden gewesen [1]); vielmehr dürften die Pfalzgrafen den Vertrag mündlich vor Kaiser und Kurfürsten vereinbart und sich mit der Beurkundung desselben durch diese begnügt haben. Der Kaiser hat hierüber eine Urkunde als Kaiser und einen Willebrief dazu als König von Böhmen ausgestellt. Mit der kaiserlichen Urkunde mutatis mutandis gleichlautende stellten unter demselben Datum die Kurfürsten von Mainz, Köln, Trier, Sachsen und Brandenburg aus.[2])

In diesen Urkunden wird nun Bezug genommen auf eine von dem Kaiser erlassene gesetzliche Bestimmung, nach welcher die Mündigkeit bei einem Kurfürsten mit dem vollendeten 18. Jahre eintreten, und der Vormund dem mündig gewordenen jungen Kurfürsten dann die Herrschaft mit allen Rechten und Ehren des Fürstentums und insonderheit das Kurrecht sogleich überlassen soll. Es ist hier offenbar Bezug genommen auf c. VII der Goldenen Bulle, wofür noch besonders ins Gewicht fällt, daß die Formulierung der Urkunden über den Vertrag der Pfalzgrafen sich möglichst eng an den Wortlaut jenes Kapitels

---

[1]) Die von Harnack S. 143 für den Vertrag selbst gehaltene Urkunde, Gudenus, Codex diplomaticus III, S. 394, ist die Beurkundung des Erzbischofs von Mainz. Siehe die folgende Anmerkung.

[2]) Siehe Regesten der Pfalzgrafen Nr. 2900 und 2901. Die unter Nr. 2900 aufgeführte Urkunde Karls IV. ist nicht diejenige, welche er als Kaiser ausgestellt hat, sondern der Willebrief, den er dazu als König von Böhmen erteilt hat. Die entgegenstehende Angabe der Regesten gründet sich auf die irrtümliche Inhaltsangabe, welche der Umschlag des Originals im Münchener Reichsarchiv trägt. Danach ist die Angabe der Regesten unter Nr. 2901, daß das Original des böhmischen Willebriefs nicht im Reichsarchiv vorhanden sei, zu berichtigen. Die kaiserliche Urkunde befindet sich im Geheimen Staatsarchiv zu München. Die oben genannten kurfürstlichen Urkunden inserieren nicht wie die böhmische die kaiserliche Urkunde, sondern haben die Form selbständiger Beurkundungen des Vorganges.

anſchließt. Das wird die folgende Zuſammenſtellung der beiden Texte erweiſen.[1])

Goldene Bulle c. VII.

ea tamen condicione et modo, ut si principem electorem seu eius primogenitum aut filium seniorem laicum mori et heredes masculos legitimos laicos defectum etatis pacientes relinquere contingeret, tunc frater senior eiusdem primogeniti tutor eorum et administrator existat, donec senior ex eis legitimam etatem attigerit, quam in principe electore decem et octo annos completos censeri volumus et statuimus perpetuo et haberi; quam dum exegerit, ius, vocem et potestatem et omnia ab ipsis dependencia tutor ipse sibi totaliter cum officio teneatur protinus assignare.

Urkunde Karls IV.

Ouch mit sulchem underscheide, wer daz sache, das ir einer also verschiede, daz er lehens erben liezze, die ire jare nicht hetten, so sol der ander derselben erben furmunde sein in allen sachen, wie die genant sein, uncz an die czeit, das sie mundig werden, und bei namen an der obgenanten kure uncz an die czeit, daz der eldeste us denselben erben achzcehenjerig werde, wanne wir dieselben jare zu der kure zu einem eelichem mundigen alder gemachet haben mit vollinkumenheit unsers keiserlichen gewaldes, unschedlichen doch in beiden und ir beider erben an iren rechten. Wenne aber derselbe elder sun achczehen jar alt wirdet, czuhant sal im derselbe furmunde aller lande, herschefte, wirdikeit, eren und andir rechten nutczen und zugehorungen, die er als ein vormunde eyngenumen hat, an alle widerrede, furgeczog oder hindernuzze abtreten und im die einantworten on geverde.

[1]) Der böhmiſche Willebrief iſt Urkunden Nr. 17, die kaiſerliche Urkunde Karls IV. u. a. bei Olenſchlager, Goldene Bulle, Urkundenbuch Nr. 3, S. 3 gedruckt; in der nachfolgenden Vergleichung iſt aber der Text dem Original des böhmiſchen Willebriefes entnommen.

Digitized by Google

Wenn der Kaiser in seiner Urkunde erklärt, er habe das vollendete 18. Lebensjahr zu einem eelichen mundigen alder aus kaiserlicher Machtvollkommenheit gemacht, und dementsprechend Erzbischof Gerlach von Mainz in seiner Urkunde vom gleichen Datum sagt: wanne unser herre der keiser keiser Karle dieselben (18) jare czů der kure cze einem elichen můndigen alter gemachet hat mit volkomicheit sines keiserlichen gewalts[1]), so kann sich das nur auf die in c. VII enthaltene Anordnung beziehen. Dieses Kapitel muß also vor Ausstellung jener Urkunden veröffentlicht sein.

Schon zwei Tage später bezeugt das neue Privileg, welches Karl IV. am 29. Dezember dem Herzog Rudolf von Sachsen über Besitz und Vererbung des Kurrechtes ausstellte, nochmals, daß c. VII damals bereits vorhanden war. Es enthält in den Sätzen, welche die Primogeniturerbfolge anordnen, gegenüber dem älteren sächsischen Privileg Änderungen, die unter Anlehnung an den Text jenes Kapitels verfaßt sind, und fügt ebenso im Anschluß an jenes Kapitel die dem ältern Privileg noch fehlende Bestimmung über Vormundschaft und Mündigkeitstermin hinzu. Es möge der in Betracht kommende Absatz des neuen Privilegs hier folgen: et[2]) ne inter heredes ipsius eo defuncto super iure huiusmodi dubitacionum aut licium consurgant materie, decernimus et hoc imperiali edicto statuimus, quod post eius obitum, quia primogenitus ipsius ab hac luce migravit, filio seniori eiusdem Rudolfi ducis, avunculi nostri, layco dumtaxat, illo quoque non extante eiusdem filii senioris primogenito, similiter layco, vox et ius predictum seu potestas competat eligendi. Si vero ipsius filium seniorem absque heredibus masculis legitimis laycis seu layco mori contingeret, extunc vox et ius seu potestas eleccionis huiusmodi ad seniorem fratrem laycum per veram paternalem lineam ab ipso nostro avunculo descendentem et deinde ad illius primogenitum laycum devolvatur, et talis successio ac devolucio in voce, iure et potestate premissis in ducibus Saxonie perpetuis temporibus observetur, ea tamen condicione, ut, si talem primogenitum relictis heredibus masculini sexus defectum etatis pacientibus mori contingeret, tunc frater senior

[1]) Nach dem Original.

[2]) Urkunden Nr. 18.

eiusdem primogeniti tutor et administrator existat, donec ad legitimam etatem perveniat, qua consequta sibi dignitatem, principatum vocemque, ius et potestatem et omnia ab ipsis dependencia teneatur protinus assignare. Etatem quippe legitimam in voce eleccionis Romanorum regis decem et octo annos censeri statuimus; in principatu vero gubernando circa etatem ipsam leges anteriorum imperatorum Romanorum et regum predecessorum nostrorum decernimus observari.

Der engere Anschluß an die Fassung der Goldenen Bulle zeigt sich gegenüber dem älteren Privileg hier namentlich in der Hinzufügung des Wortes laycus zu dem legitimus des älteren Privilegs. Merkwürdig ist, daß erst in diesem Privileg darauf Rücksicht genommen ist, daß der primogenitus Herzog Rudolfs bereits verstorben war. Zu beachten ist auch, daß der im Gesetz festgelegte Mündigkeitstermin von 18 Jahren in unserm Privileg ausdrücklich beschränkt wird auf die Mündigkeit zur Ausübung des Kurrechtes, während bezüglich der Regierung des Fürstentums derjenige Mündigkeitstermin beobachtet werden soll, welchen die Gesetze früherer römischer Kaiser und Könige festgesetzt haben. Welche Gesetze hier gemeint sind, wird nicht ausdrücklich gesagt. Man könnte an das Gesetz Justinians denken, durch welches das vollendete 14. Jahr als Mündigkeitstermin für Männer angesetzt wurde (Cod. V, 60, 3; vgl. Inst. I, 22 pr.), wenn es sich nicht gerade um eine Ausnahme handelte, welche Sachsen betrifft. Ich möchte es daher vorziehen, an die Bestimmung des Sachsenspiegels zu denken, welcher I, 42 das vollendete 12. Jahr als Mündigkeitstermin angibt. Daß der Kaiser oder seine Kanzlei den Sachsenspiegel als kaiserliches Gesetz behandelt, erklärt sich aus dem Einfluß, welchen die Glosse und die übrigen Schriften des Johann von Buch, der in dem Sachsenspiegel nichts anderes sah als ein Privileg Karls des Großen, in damaliger Zeit ausübte. Jedenfalls schließt diese Ausnahme von der im Gesetz enthaltenen Regel sowie jene besondere Rücksichtnahme auf das Fehlen eines Erstgeborenen des Kurfürsten Rudolf die Annahme aus, daß etwa das Konzept des sächsischen Privilegs bei der Abfassung des c. VII bereits vorgelegen hätte und als Vorlage benutzt wäre.

So haben wir ein ausdrückliches Zeugnis dafür, daß c. VII am 27. Dezember bereits publiziert war, und eine Benutzung

Digitized by Google

desselben in einem Privileg vom 29. Dezember, welche ebenfalls diese Publikation voraussetzen läßt. Wann ist diese nun erfolgt?

Schon nach den beiden ältesten nahe zusammenliegenden Zeugnissen vom 27. und 29. Dezember ist anzunehmen, daß sie nicht schon lange vorher geschehen ist; sicher nicht, bevor sämtliche Kurfürsten persönlich anwesend waren. Erst am 22. Dezember aber traf der Erzbischof von Trier in Nürnberg ein. Berücksichtigen wir nun die entschieden in jener Zeit vorhandene Neigung, die Publikation wichtiger Gesetze an hohen Feiertagen vorzunehmen, wie denn ja auch am Weihnachtstage des folgenden Jahres zu Metz der zweite Teil der Goldenen Bulle verkündigt wurde, so werden wir kaum fehlgreifen, wenn wir annehmen, daß das spätere c. VII der Goldenen Bulle als besonderes Gesetz über Kurrecht, Vormundschaft und Mündigkeit der weltlichen Kurfürsten, sowie über die Nachfolge im Kurrecht am 25. Dezember 1355 in feierlicher Sitzung verkündigt wurde.

Somit haben wir in c. VII den dritten ursprünglich selbständigen Bestandteil der Goldenen Bulle kennen gelernt; einen vierten bilden die folgenden vier Kapitel.

Kapitel VIII—XI.

Es steht außer Zweifel, daß die Kapitel VIII, IX und X der ursprünglichen Anlage nach nichts anderes sind als ein Privileg über die Landeshoheit des Königreichs Böhmen, durch welches der Kaiser dem König von Böhmen die volle Gerichtsgewalt, ein nur wenig beschränktes Recht an den wichtigsten Regalien, das volle Münzrecht und das Recht des freien Ländererwerbs verleiht oder vielmehr als bereits bestehend und hergebracht anerkennt. Das erste dieser drei Kapitel, welches von der Gerichtsgewalt handelt, hat denn auch den Charakter eines Privilegs für Böhmen bei seiner Aufnahme in die Goldene Bulle rein bewahrt. Es erkennt den böhmischen Ständen und Untertanen die völlige Freiheit von allen andern Gerichten als denen des Königs von Böhmen zu, indem es ihnen die Freiheit von der Ladung vor auswärtige Gerichte gewährt und die Berufung von böhmischen Gerichten an irgendwelche aus-

Digitized by Google

wärtige, auch das Reichshofgericht nicht ausgenommen, verbietet (Privilegia de non evocando und de non appellando).

Anders dagegen sind die beiden folgenden Kapitel bei der Aufnahme in die Goldene Bulle behandelt. Hier ist die ursprünglich gleichfalls auf den Böhmenkönig gestellte Fassung durch kurze Zusätze zu einem Privileg erweitert, welches allen Kurfürsten die ursprünglich nur jenem zugedachten Rechte verlieh.

Hatten durch diese Zusätze in cc. IX und X die übrigen Kurfürsten in bezug auf Berg-, Zoll- und Judenregal sowie hinsichtlich des Münzrechts und des Ländererwerbs dasselbe weite Maß von Berechtigungen erhalten wie der Böhme, so wurden ihnen durch ein besonderes nach dem Vorbilde von c. VIII abgefaßtes c. XI auch in Hinsicht der Gerichtsgewalt fast die gleichen Rechte wie jenem zuerkannt. Freilich nur fast die gleichen; denn die Befreiung von der Appellation an auswärtige Gerichte wurde ihnen gegenüber durch eine Ausnahme beschränkt, indem im Falle der Rechtsverweigerung die Berufung an das kaiserliche Hofgericht gestattet sein sollte.

Es erhebt sich nun die Frage: Ist das dem Böhmenkönig zugedachte kaiserliche Privileg damals wirklich ausgefertigt worden?

Während die Privilegien für Böhmen im allgemeinen in ziemlicher Vollständigkeit, teils in Einzelüberlieferungen, teils in Privilegienbüchern erhalten sind, findet sich von einer den drei Kapiteln entsprechenden Ausfertigung keine Spur. Denn auch das Stück, welches man nach Harnacks Angabe (S. 146, 1) für eine solche Ausfertigung halten könnte, ist in Wahrheit die auch sonst bekannte Urkunde Gerlachs von Mainz, Böhmer-Huber, Reichssachen Nr. 259, Urkunden Nr. 20.[1])

Diese Urkunde darf nun nicht, wie dies in den Regesten geschehen ist, als Willebrief zu einer kaiserlichen Verleihung angesehen werden. Eine genaue Interpretation des Wortlautes ergibt zunächst, daß die Urkunde keine Bestätigung eines kaiserlichen Privilegs sein kann. Ganz deutlich geht dies hervor aus dem Satze: sicut in forma constitucionum predicti domini nostri

[1]) Eine entsprechende Urkunde des Pfalzgrafen ist verzeichnet Regesten der Pfalzgrafen Nr. 2925.

Digitized by Google

imperatoris, quas desuper nostro et aliorum electorum principum consilio edidisse dinoscitur, plenius est expressum. Sicher hätte Gerlach nicht gesagt: „wie das vollständig in den vom Kaiser erlassenen Gesetzen steht", wenn er ein ihm vorliegendes kaiserliches Privileg hätte bestätigen wollen. Des weiteren spricht gegen die Annahme, daß es sich hier um die Zustimmungserklärung zu einem kaiserlichen Privileg handelt, der sich unmittelbar anschließende Satz, in welchem Gerlach erklärt: alles Vorstehende habe der Kaiser auf dem Hoftage zu Nürnberg vor den Rat der Kurfürsten gebracht, dort sei es beraten und für rechtmäßig geurteilt und werde nunmehr von ihm, Gerlach, anerkannt, bestätigt und bewilligt. Ich setze den Wortlaut, der nicht ohne weiteres sicher zu erklären ist, hierher: Nos igitur premissa omnia et eorum quodlibet, sicut in solempnis curie Nurembergensis celebracione in commune consilium nobiscum et cum ceteris principibus coelectoribus nostris habitum per ipsum dominum nostrum dominum imperatorem deducta multoque studio ventilata et racionabilia fuerint iudicata, recognoscimus de nostro consilio et pleno processisse consensu, ratificantes ac rata omnia et singula habentes et grata, nostrum eis benivolum adhibemus ex certa sciencia consensum pariter et assensum.

Es fragt sich, ob dieser Passus sich auf die Beratung und Beschlußfassung über die in die Goldene Bulle aufgenommenen Kapitel bezieht, oder ob hier von einer nochmaligen späteren Verhandlung über das speziell in Gerlachs Urkunde Bezeugte, was sich anders als jene Kapitel ja nur auf Böhmen bezieht, die Rede ist.

Schon der eben angedeutete Umstand, daß unsere Urkunde in allen Bestimmungen ausschließlich nur auf den Böhmenkönig Rücksicht nimmt, während jene Kapitel, von dem ersten allein abgesehen, sämtlichen Kurfürsten gleiche Rechte zuerkennen, macht es schwer, das, was über Beratung und Beschlußfassung der vorstehenden Bestimmungen (premissa omnia) gesagt wird, auf jene gesetzlichen Bestimmungen der Goldenen Bulle zu beziehen.

Auch ist es wenig wahrscheinlich, daß Gerlach, nachdem er sich bereits auf die Nürnberger Gesetzgebung als etwas Abgeschlossenes berufen hatte, nochmals ihre Entstehung eingehend

Digitized by Google

erörtert haben sollte. Die Urkunde Gerlachs vom 7. Januar 1356 bestätigt ein wohl an demselben Tage von den Kurfürsten gefundenes Weistum über die Rechte des Königs von Böhmen, welches sich eng berührt mit dem Inhalt der cc. VIII—X der Goldenen Bulle. Gerade aber der Umstand, daß damals ein solches Weistum gefunden wurde, schließt fast die Möglichkeit aus, daß ein jenen Kapiteln entsprechendes Privileg vorhanden war. Wäre es vorhanden gewesen, so war das Weistum überflüssig, und wenn Karl IV. dennoch auf eine Beurkundung durch die Kurfürsten Wert gelegt hätte, so hätte es näher gelegen, diese in der Form von Willebriefen sich erteilen zu lassen.

Sollte nun aber nicht ein ähnliches Privileg bereits in früherer Zeit vorhanden gewesen sein? Dieser Gedanke kann als naheliegend erscheinen. Es finden sich nämlich in der feierlichen Urkunde, welche Karl IV. am 5. April 1355, dem Tage seiner Kaiserkrönung, über die dauernde Verbindung der vor kurzem erworbenen bayerischen Gebiete, der später so genannten Oberpfalz, mit dem Königreich Böhmen ausstellte, eine Anzahl von Bestimmungen, welche nahe Verwandtschaft mit solchen jener drei Kapitel der Goldenen Bulle aufzeigen. Es wird darin jenen Gebieten eine volle Befreiung von allen auswärtigen Gerichten mit Ausnahme des Hofgerichts des böhmischen Königs erteilt, und zwar in Wendungen, die sich zum Teil nahe berühren mit denjenigen, in welchen in c. VIII der Goldenen Bulle dem Königreich Böhmen die entsprechende Befreiung von allen andern Gerichten als denen des böhmischen Königs erteilt wird. Ganz besonders fällt dabei auf, daß die Rechtssachen, in welchen die Evokation verboten wird, ebenso in der Goldenen Bulle wie in jener Urkunde eingeteilt werden in causae civiles, criminales et mixtae. Ferner enthält die Urkunde über die Inkorporation der Oberpfalz Bestimmungen über die Regalien, welche in diesen Gebieten allein dem Könige von Böhmen zustehen sollen, unter denen die über das Bergregal und über das Münzrecht in ihrer Formulierung starke Ähnlichkeit mit den entsprechenden Bestimmungen der cc. IX und X der Goldenen Bulle zeigen.

Man könnte nun vermuten, daß die Übereinstimmung zwischen dieser Urkunde und der Goldenen Bulle aus der Benutzung eines älteren Privilegs für Böhmen als gemeinsamer

Digitized by Google

Vorlage zu erklären sei. Dem steht aber der Umstand entgegen, daß auch von einem solchen älteren Privileg für Böhmen keine irgendwie sichere Spur vorhanden ist.

Freilich sollte nach einer Angabe Čelakovskýs, welche Emil Werunsky in seiner Geschichte Kaiser Karls IV. und seiner Zeit III, S. 123, n. 3 anführt, Karl am Tage seiner Kaiserkrönung, also gleichzeitig mit dem Privileg für die Oberpfalz, ein Privileg über die Gerichtsbarkeit in den böhmischen Gebieten erteilt haben, welches also die Vorlage für die Bestimmungen der Urkunde über die Oberpfalz, die die Gerichtsbarkeit betreffen, und zugleich des Kapitels VIII der Goldenen Bulle gewesen sein könnte. Doch dürfte jene Angabe auf einem Irrtume beruhen.

Die fragliche Urkunde soll sich nach Čelakovskýs Mitteilung [1]) in einem Verzeichnis böhmischer Privilegien von 1471 im Prager Landesarchiv befinden und folgenden Inhalt haben:

1. Kaiser Karl bezeugt, daß seit Menschengedenken niemand von den Bewohnern der Länder des Königs von Böhmen bei irgendeinem Gerichte außerhalb der böhmischen Grenze belangt worden sei, und

2. verordnet, daß, wenn dies in Zukunft geschehen sollte, niemand bei schwerer Strafe der Vorladung folgen dürfe,

3. sowie daß die Bewohner der böhmischen Länder nur vor den von den böhmischen Königen eingesetzten Gerichten belangt werden, und

4. wenn sie sich durch das Urteil niederer Gerichte beschwert fühlen, sich nur an das am königlichen Hofe befindliche Gericht berufen dürfen;

5. überdies könne der König von Böhmen jeden Bewohner seiner Lande, er sei Herr, Edler, Bürger oder Bauer, vor sein Gericht laden und nach altem Brauch über ihn richten.

Nach Ermittelungen, welche Werunsky freundlichst in meinem Interesse angestellt hat, findet sich nun zurzeit weder im Prager Landesarchiv noch im Geheimen Haus-, Hof- und Staatsarchiv zu Wien eine Spur von jenem Verzeichnis und der fraglichen Urkunde. In Wien befinden sich lediglich die

[1]) In der mir unzugänglichen Zeitschrift Pravnik, 1878, S. 442. Die Ermittelung und Übersetzung der Stelle verdanke ich der Freundlichkeit Emil Werunskys.

Originale von drei verschiedenen Fassungen des Privilegs für die Oberpfalz vom 5. April 1355, einer lateinischen, die den gesamten Inhalt umfaßt, einer lateinischen und einer deutschen, welche nur die auf die Gerichtsbarkeit bezüglichen Bestimmungen enthalten. Vgl. Böhmer-Huber Nr. 2019.

Auch der Inhalt der angeblichen Urkunde erregt Bedenken gegen die Annahme, daß es sich um ein Privileg für das Königreich Böhmen handele. Von den fünf Punkten, in die ich den Inhalt der von Čelakovský exzerpierten Urkunde zerlegt habe, finden sich vier in jenen Urkunden für die Oberpfalz wieder, nämlich 2, 3, 4 und 5, darunter 2 und 3 in umgekehrter Ordnung. Von diesen vier Punkten aber ist der Inhalt des letzten der Art, daß er in einem Privileg für das ganze Königreich kaum enthalten sein konnte, während er in einem Privileg für ein mit der Krone Böhmen vereinigtes Gebiet, das wie die Oberpfalz hinsichtlich der Gerichtsverfassung eine gewisse Selbständigkeit behalten hatte, sehr gut paßte. Hier war die Bestimmung sehr wohl am Platz, daß der König von Böhmen trotz der sonst zugestandenen Freiheit der Einwohner des Landes von der Ladung vor außerhalb desselben gelegene Gerichte doch das Recht habe, die Bewohner dieses Gebietes wie alle seine Untertanen vor sich zu laden und über sie zu richten nach alter Gewohnheit. In einem Privileg für das Hauptland selbst oder für das gesamte Königreich wäre eine solche Bestimmung sehr auffällig, weil sie nur Selbstverständliches sagen würde. Nur der erste Punkt findet sich nicht in den oberpfälzischen Urkunden; er stimmt vielmehr überein mit dem Eingange des Kapitels VIII der Goldenen Bulle.

Nach alledem möchte ich bis zur etwaigen Wiederauffindung der von Čelakovský benutzten Urkunde annehmen, daß diese nicht ein Privileg für Böhmen, sondern eben jenes Privileg für die Oberpfalz war, vielleicht interpoliert mit Hilfe der Goldenen Bulle.

So bleibt für die Möglichkeit, daß ein älteres Privileg für Böhmen die Vorlage des in die Goldene Bulle aufgenommenen Privilegs gebildet habe, vorläufig kein Raum.

Versuchen wir nun festzustellen, was sich aus vorstehenden Ausführungen für die Entstehung unserer drei Kapitel ergibt. Der Kaiser hatte einen Entwurf zu einem Privileg über die

Digitized by Google

Landeshoheit des Königs von Böhmen herstellen lassen. Die inzwischen begonnene Ausgestaltung der Nürnberger Königswahlordnung zu einer Kodifikation der kurfürstlichen Rechte mochte es dem Kaiser nahelegen, auf die förmliche Ausstellung eines Privilegs für Böhmen zu verzichten und statt dessen den Inhalt des Entwurfs in die im Werke befindliche Gesetzgebung aufnehmen zu lassen. Nun aber werden die übrigen Kurfürsten, welche zum Teil wenigstens nachweisbar im Besitze gleicher oder doch fast gleicher Rechte waren, gewünscht haben, daß auch ihnen diese Rechte in dem Gesetze bestätigt würden. Daraufhin dürften dann jene Zusätze in c. IX und X aufgenommen sein, durch welche den anderen Kurfürsten dieselben Rechte wie dem Böhmenkönige zuerkannt wurden; und ebenso das dem gleichen Zwecke dienende ganze Kapitel XI. Jener Privilegien-Entwurf wurde dann zugleich die Grundlage für das am 7. Januar 1356 von den Kurfürsten gefundene und von Erzbischof Gerlach beurkundete Weistum. Es muß dabei dahingestellt bleiben, ob eine wesentliche Abweichung der Urkunde Gerlachs vom Texte der Goldenen Bulle schon dem Entwurfe angehörte oder erst bei Findung des Weistums vom 7. Januar entstanden ist. Während nämlich in c. IX der Goldenen Bulle den Kurfürsten nur das Recht, die bestehenden Zölle zu erheben, zugestanden wird, erkennt das Weistum dem Böhmenkönig die Berechtigung zu, auch neue Zölle zu errichten: „thelonea a preterito instituta seu indicta percipere et nova racionabiliter instituere potuisse et posse.“ Vielleicht war es der Wunsch nach Erlangung gerade dieses wichtigen Rechtes, der die Veranlassung zur Findung des Weistums gab. Es wurde dadurch dem König von Böhmen in bezug auf das Zollrecht dieselbe volle Unabhängigkeit vom Reiche gegeben, welche ihm in bezug auf die Gerichtshoheit bereits in der Goldenen Bulle selbst zugestanden war.

Ob aber eine der Urkunden für die Oberpfalz vom 5. April 1355 als Vorlage anzusehen sei, bleibt trotzdem ungewiß. Es werden nämlich Ausdrücke und Wendungen, wie sie jene Urkunden mit den fraglichen Kapiteln der Goldenen Bulle gemein haben, schon in älteren aus Karls IV. Kanzlei hervorgegangenen Privilegien gebraucht, und zwar in solchen, welche der König 1354 seinem Oheim, dem Erzbischof Balduin

von Trier erteilte.[1]) Hier begegnet bereits die aus dem Richtsteig Landrechts des Johann von Buch entnommene Einteilung der Klagen in bürgerliche, peinliche und vermischte (causae civiles, criminales et mixtae) und ebenso die Erteilung oder Bestätigung des Bergregals und des Münzrechtes in den entsprechenden Wendungen und Ausdrücken; so daß man das Vorbild für die Vorlage der drei Kapitel der Goldenen Bulle auch in diesen oder andern entsprechenden Urkunden suchen kann.

Über die Entstehung des Kapitels XI haben wir dem oben Gesagten (S. 52. 57) nichts hinzuzufügen, als den Hinweis auf die Evokations- und Appellationsprivilegien für Trier, welche zeigen, daß die Behauptung unseres Kapitels, daß die geistlichen Kurfürsten, von denen zunächst allein die Rede ist, bereits im anerkannten Besitze der hier verbrieften Rechte gewesen seien, nicht ganz unbegründet war. Bezüglich ihrer Lehensleute war aber schon durch das Kurfürstenweistum vom 3. Dezember 1353 (Urkunden Nr. 6) allen Kurfürsten die ausschließliche Gerichtshoheit, abgesehen vom Falle der Justizverweigerung, zuerkannt.

Zusatz zu c. XI.

In einem Exemplare der Goldenen Bulle, dem sogenannten böhmischen (B), findet sich ein nachträglich, aber von etwa gleichzeitiger Hand am oberen und seitlichen Rande bei c. XI hinzugefügter Zusatz[2]), der eine Erläuterung des Kapitels enthält. Um bezüglich des in jenem Kapitel enthaltenen Gesetzes entstandene Zweifel zu beheben, erklärt der Gesetzgeber, daß unter den Vasallen und Untertanen, über welche den Kurfürsten die fast unbeschränkte Gerichtshoheit zuerkannt wird, nur solche zu verstehen seien, welche tatsächlich auf solchen von den Kurfürsten abhängigen Besitzungen wohnen, über die diesen die weltliche Gerichtsbarkeit zusteht. Haben dagegen Lehnsleute der Kurfürsten, welche auch von andern Fürsten Lehen besitzen, ihren Wohnsitz auf deren Lehen, so haben sie ihren Gerichtsstand nicht vor den kurfürstlichen Gerichten; diese sollen vielmehr ihren Gerichtsstand vor den Fürsten haben, auf deren Lehen sie wohnen,

[1]) Vgl. Teil II, S. 22, Anm. 3 und S. 23, Anm. 1.

[2]) Vgl. über diesen Zusatz meine Ausführungen in der Zeitschrift der Savigny-Stiftung Bd. 23, Germ. Abt. S. 264 ff.

Digitized by Google

falls dieſe Fürſten den Königsbann und das Recht haben, Kampfgerichte vor ſich abzuhalten. Im andern Falle ſollen dieſe Vaſallen ihren Gerichtsſtand vor dem königlichen Hofrichter haben. Königsbann und Kampfgericht werden hier als Merkmale einer höheren Gerichtsgewalt, deren nicht alle Fürſten teilhaftig ſind, genannt. Nicht geſagt wird hier, ob ſich das, was über den Gerichtsſtand der auf den Lehen der nichtkurfürſtlichen Herren wohnenden Vaſallen beſtimmt wird, allein auf ſolche Lehnsleute bezieht, die zugleich Lehnsleute der Kurfürſten ſind, oder ob es allgemein für Lehnsleute anderer Fürſten gelten ſoll. Da es ſich hier um Auslegung der Beſtimmungen über die Gerichtshoheit der Kurfürſten handelt, kann die Angabe über die Gerichtsbarkeit über Lehnsleute ſolcher Fürſten, die weder Königsbann noch Kampfrecht hatten, nur die Bedeutung haben, daß dadurch die Gerichtshoheit der Kurfürſten, wenn jene auch kurfürſtliche Lehen haben, ohne auf ſolchen zu wohnen, ausdrücklich ausgeſchloſſen werden ſollte. Wahrſcheinlich aber war der Wohnſitz des Vaſallen ſtets für deſſen Gerichtsſtand entſcheidend, und ebenſo wird jeder Vaſall, deſſen Territorialfürſt nicht Königsbann und Kampfrecht hatte, den Gerichtsſtand vor dem Hofrichter gehabt haben, da ſie Anſpruch auf den Gerichtsſtand in einem Gericht gehabt haben dürften, in welchem ſie das ſtandesgemäße Beweismittel des Zweikampfes zur Anwendung bringen konnten. Auch wäre nicht einzuſehen, weshalb denjenigen Vaſallen der Territorialfürſten, denen auch Kurfürſten Lehen erteilt hatten, allein dieſen Gerichtsſtand vor dem kaiſerlichen Hofrichter gehabt haben ſollten.

Rechtfertigt der Inhalt des Zuſatzes die von Harnack auf ihn angewandte Bezeichnung als authentiſche Interpretation, ſo iſt doch die Form, in welcher dieſe Interpretation dem Geſetze hinzugefügt wurde, in hohem Grade befremdlich. Ohne jede urkundliche Form, ohne Nennung des Ausſtellers oder Geſetzgebers und ohne Datierung iſt die Erklärung einfach als Marginalvermerk in das eine Exemplar eingetragen. Die Entſtehungszeit aber läßt ſich trotzdem ziemlich genau feſtſtellen. Ein dem Biſchof Johann von Straßburg von Karl IV. ausgeſtelltes Privileg[1]) über die Gerichtshoheit der Biſchöfe und

[1]) Urkunden Nr. 35.

der Kirche von Straßburg ist im engsten Anschluß an den Wortlaut des c. XI der Goldenen Bulle und des erklärenden Zusatzes verfaßt. Es gewährt dem Straßburger Bischof die in dem Kapitel des Gesetzes den Kurfürsten zuerkannten Rechte und schränkt sie dann erläuternd ein, wie das in dem Zusatze geschieht. Daß der Zusatz die Vorlage der entsprechenden Stelle des Privilegs gewesen ist, zeigt eine Nebeneinanderstellung ganz deutlich.

Zusatz.

Hanc autem legem propter quedam dubia, que ex ea suborta fuerunt, de illis dumtaxat feudalibus, vasallis et subditis debere declaramus intelligi, qui feuda, bona et possessiones a principibus electoribus ecclesiasticis et secularibus dependentes, que de temporali ipsorum iurisdictione consistunt, obtinere noscuntur et actualiter ac realiter resident in eisdem. Si vero tales electorum principum vasalli et homines ab aliis eciam archiepiscopis, episcopis sive principibus similia feuda possident et larem fovent in illis, extunc, si iidem archiepiscopi, episcopi vel principes ab imperio bannum habent et privilegium duella coram se agi permittere, apud illos agatur de talibus; alioquin ad imperialis curie iudicis examen super hiis decernimus recurrendum.

Urkunde.

Hanc autem presentem nostram declaracionem et sanccionem cesaream propter quedam dubia, que ex ea possent suboriri, de illis dumtaxat feudalibus, vasallis et subditis deberi declaramus intelligi, qui feuda, bona et possessiones ab episcopo Argentinensi dependentes, que de temporali ipsius iurisdictione consistunt, obtinere noscuntur et actualiter et realiter resident in eisdem. Si vero tales episcopi Argentinensis vasalli et homines ab aliis eciam archiepiscopis, episcopis sive principibus similia feuda possident et larem foverint in illis, extunc, si iidem archiepiscopi, episcopi vel principes ab imperio bannum habent et privilegium duella coram se agi permittere, aput illos agat(ur) de talibus; alioquin ad imperialis curie iudicis examen super hiis decernimus recurrendum.

Ausgestellt ist das Privileg am 3. März 1358. Da nun das Exemplar B, welches den Zusatz zuerst erhalten hat, am 10. Januar 1356, wie wir sehen werden, noch nicht vorhanden war, so kann der Zusatz sicher erst nach diesem Tage entstanden sein. Da aber ferner die sämtlichen auf Grund der zu Metz am 25. Dezember 1356 erfolgten Publikation des ganzen Gesetzes aufgezeichneten Originale keine Spur unseres Zusatzes enthalten, so kann derselbe damals kaum schon vorhanden gewesen sein. Sicher also zwischen dem 10. Januar 1356 und dem 3. März

Digitized by Google

1358, wahrscheinlich aber erst nach dem 25. Dezember 1356 ist der Zusatz entstanden. Der Umstand, den Harnack für eine spätere Ansetzung der Entstehungszeit geltend macht, nämlich daß in dem erst im Jahre 1366 von der Stadt Frankfurt erwirkten Exemplar, welches in dem das Nürnberger Gesetzbuch umfassenden Teile sicher aus B abgeschrieben ist[1]), der Zusatz nicht enthalten ist, kann natürlich gegenüber der Urkunde von 1358 nichts beweisen. Es muß, was auch sehr wohl denkbar ist, entweder die Abschrift nicht damals erst für die Frankfurter neu angefertigt, sondern schon früher zu einem andern Zwecke geschrieben sein, oder der Abschreiber überging den Zusatz mit Absicht oder aus Versehen.

Kapitel XII.

Als c. XII ist dem Gesetze ein Stück eingefügt, welches einen ganz besonderen Charakter trägt. Es ist ein kaiserlicher Erlaß über ein zwischen dem Kaiser und den Kurfürsten geschlossenes Übereinkommen betreffend die Abhaltung regelmäßiger Versammlungen der Kurfürsten oder vielmehr des Kaisers und der Kurfürsten.

Alljährlich einmal vier Wochen nach Ostern sollen die Kurfürsten persönlich zur Beratung wichtiger Reichsangelegenheiten zusammenkommen. Die erste Versammlung soll schon im laufenden Jahre 1356 zu Metz stattfinden. Auf jeder Versammlung soll der Ort der nächstjährigen vom Kaiser mit Rat der Kurfürsten festgesetzt werden. Die Einrichtung soll nur so lange dauern, als es dem Kaiser und den Kurfürsten gefällt. Für die Hin- und Rückreise, sowie für die Dauer der Versammlungen selbst erteilt der Kaiser sicheres Geleit. Damit die Versammlungen nicht durch übermäßige Gastereien in ihren Arbeiten behindert werden, verbietet er während derselben allgemeine Einladungen.

---

[1]) Bei meinen a. a. O. S. 266 ausgesprochenen Zweifeln, ob B auch wirklich die Vorlage für das Frankfurter Exemplar gewesen sei, hatte ich Lindners Kritik des Exemplars B in den Mitt. d. Inst. f. österr. GF. Bd. 5, S. 105. 111 übersehen. Nach dieser aber ist an der Tatsache, daß B in bezug auf die Nürnberger Kapitel, nicht aber in bezug auf die Metzer Zusatzkapitel die Vorlage des Frankfurter Exemplars gewesen ist, nicht zu zweifeln.

Julius Weizsäcker hat auch dieses Kapitel wie die Bestimmung des c. V über die Gerichtsbarkeit des Pfalzgrafen über den König, und zwar beide im Zusammenhang miteinander, einer scharfen Kritik unterzogen. Er kommt (a. a. O. S. 39—43) zu dem Ergebnis, daß die Kurfürsten durch regelmäßige Kurfürstentage ihr Kollegium zu einem ständigen Reichsregiment entwickeln wollten, welches, ausgestattet mit der Gerichtsbarkeit über den König und dem dadurch gegebenen Absetzungsrecht, das Königtum sich hätte unterwerfen können. Der Kaiser aber hätte durch die Fassung der hierauf bezüglichen Bestimmungen, deren Einfügung in das Gesetz er nicht gänzlich verhindern konnte, jenes ganze System wirksam bekämpft und die Institute der Gerichtsbarkeit des Pfalzgrafen über den König und der regelmäßigen Kurfürstentage trotz ihrer Anerkennung zur Durchführung der kurfürstlichen Absichten untauglich gemacht.

Glaubte ich schon an der früheren Stelle erhebliche Zweifel an der Richtigkeit der Erklärung Weizsäckers geltend machen zu müssen, so scheint mir seine Auffassung dieses Kapitels noch weit bedenklicher.

Seit der Zeit Rudolfs von Habsburg war die hervorragende Stellung der Kurfürsten in der Verfassung des Reichs in ihren Grundlagen gesichert. Die Ereignisse unter den nächsten Königen und namentlich unter Ludwig dem Bayern hatten diese Stellung noch weiter entwickelt und befestigt. Die Rechte, welche die Kurfürsten 1338 unter den Augen des Kaisers für sich und ihre Nachfolger im Kurverein von Rense in Anspruch genommen hatten, waren von Karl IV. weder ausdrücklich anerkannt noch bestritten, und wurden von jenen unzweifelhaft aufrecht erhalten. Das Recht, sich an beliebigem oder herkömmlichem Orte zu beliebiger Zeit zu versammeln, um über das Wohl des Reiches zu beraten oder über gemeinsame Angelegenheiten zu verhandeln und zu beschließen, konnte ihnen kaum vom Kaiser mit einem Anschein von Recht bestritten werden. Auf den allgemeinen Reichsversammlungen, wie jetzt zu Nürnberg, bildeten die Kurfürsten den engeren, ja den eigentlichen und ausschlaggebenden Rat des Kaisers. Oft genug wird in der Goldenen Bulle selbst und in Urkunden, welche über das Zustandekommen der in ihr vereinigten Gesetze berichten, gesagt, daß diese Gesetze auf dem mit den Kurfürsten, Fürsten und andern Reichsständen zu Nürn-

Digitized by Google

berg abgehaltenen Hofe mit Rat der Kurfürsten erlassen seien. Damit waren den Kurfürsten Mittel genug in die Hand gegeben, ihren Einfluß, ja ihre ausschlaggebende Macht zur Geltung zu bringen. Darüber hinaus eine festere Organisation, eine periodisch zusammentretende Vereinigung oder gar einen ständigen Reichsrat, etwa durch Bevollmächtigte der Kurfürsten gebildet, zu erstreben, dürfte ihnen noch sehr fern gelegen haben. Das waren Gedanken, wie sie erst in den Zeiten der Verwaisung des Reiches unter Königen wie Wenzel und Friedrich III. aufkommen und Gestalt gewinnen konnten, nicht unter einem im Reiche so geschäftig tätigen Herrscher wie Karl. Noch galt der Besuch einer Reichsversammlung als eine Pflicht, als ein Dienst, durch dessen Erfüllung die Fürsten und Stände sich den Dank des Kaisers verdienten, wie das Karl auf dem Nürnberger Tage dem Bischof von Straßburg gegenüber zum schriftlichen und klingenden Ausdruck brachte. Und wie die eigentlichen Reichstage, so scheute man auch andere Versammlungen wegen der großen Mühen und Kosten, welche mit deren Besuch verbunden waren.

Lesen wir nun den Text des c. XII, ohne von Vorstellungen wie die Weizsäckers auszugehen, so gewinnen wir aus dem Wortlaut eher den Eindruck, als wollte der Kaiser den Kurfürsten eine Einrichtung annehmbar machen, von der er sich Erfolge versprach, während jene wenig geneigt waren, auf die Sache einzugehen. Karl schmeichelt den Kurfürsten hier wie auch sonst in der Goldenen Bulle, indem er sie als die Säulen und Grundfesten des Reichs bezeichnet. Er spricht von dem Nutzen, welcher dem Reiche daraus erwachsen werde, wenn sie öfter als bisher zusammenkämen. Er verspricht ihnen sicheres Geleit für die geplanten Versammlungen und will den guten Fortgang ihrer Beratungen von störenden und, wir dürfen wohl hinzufügen, kostspieligen Gastereien frei halten. Der Kaiser verzichtete für diese Versammlungen, doch wohl um sie den Kurfürsten annehmbarer zu machen, auf das Recht der Berufung an einen beliebigen ihm gelegenen Ort, indem er die Wahl des Ortes von ihrem Rat abhängig machte. Wenn die Versammlungen nur zum Zweck der Beratung berufen werden sollen, ihnen also das Recht, für den Kaiser verbindliche Beschlüsse zu fassen, nicht zustehen soll, so darf man darin schwerlich eine

Einschränkung weitergehender Wünsche oder Vorschläge der Kurfürsten erblicken. Die Kurfürsten waren im unangefochtenen Besitz des Konsensrechtes zu wichtigen Regierungshandlungen des Königs und damit eines gewaltigen Machtmittels; die Gesetzgebung aber lag noch allein in der Hand des Kaisers, soweit nicht im Wege der Urteilsfindung das der Theorie nach schon vorhandene Recht festgestellt wurde. Die Satzung neuen Rechts geschah allein durch den Kaiser aus seiner kaiserlichen Machtvollkommenheit, wie das die Goldene Bulle oft genug hervorhebt. Der Rat der Kurfürsten tritt wohl hinzu und wird öfter ausdrücklich betont, gilt aber kaum als notwendig für die Rechtsgültigkeit der Gesetze. Wie hätten bei solchen staatsrechtlichen Anschauungen die Kurfürsten plötzlich auf den Gedanken kommen sollen, sich eine so weit über das geltende Recht hinausgehende Befugnis zu verschaffen, noch dazu in einem Augenblick, wo die meisten von ihnen dem Kaiser verpflichtet, und dieser überhaupt in keiner ungünstigen Position war? Jedenfalls entspricht es durchaus den Anschauungen der Zeit, wenn jenen Kurfürstentagen nur eine beratende Kompetenz gegeben wird, so daß dieser Umstand nicht als ein Zurückdrängen gegenteiliger Ansprüche erklärt zu werden braucht. Auch in der Bestimmung, daß die Kurfürsten persönlich erscheinen sollen, will Weizsäcker eine Beschränkung kurfürstlicher Wünsche oder Bestrebungen erblicken; gewiß ebenso mit Unrecht. War doch noch auf lange Zeit hinaus das persönliche Erscheinen der Fürsten auf den Reichstagen durchaus die Regel, und war doch insbesondere bei dem ausgesprochenen Zweck der Kurfürstentage die persönliche Anwesenheit fast selbstverständliche Voraussetzung!

Wenn ferner Weizsäcker meint, daß der Ort der Versammlung vom Kaiser mit voller Absichtlichkeit zu keinem stehenden gemacht sei, so legt er damit jedenfalls dem Kaiser einen Gedanken unter, der ihm völlig fern liegen mußte. Der Wechsel des Ortes war für derartige Versammlungen in jener Zeit das allein Übliche. Reichstage, Städtetage, insbesondere auch die Hansetage fanden noch viel später regelmäßig nicht an einem feststehenden Orte statt. Sowenig der Hof des Königs einen festen Sitz hatte, sowenig hatten die Reichsbehörden, das Reichshofgericht, die Reichskanzlei und die königliche Kammer einen solchen. Wie hätte man damals auf den Gedanken

Digitized by Google

kommen sollen, die regelmäßigen Kurfürstentage stets an demselben Orte zu halten, zumal eine solche Fixierung des Ortes notwendig den einen oder andern der Kurfürsten wegen der Entfernung hätte benachteiligen müssen?

Endlich kann die Klausel, daß die ganze Einrichtung nur so lange bestehen solle, wie es beiden Parteien, d. h. dem Kaiser und den Kurfürsten, gefalle, gewiß ebensogut, wenn nicht mit größerem Recht, als eine Konzession an die Kurfürsten aufgefaßt werden, wie als eine Einschränkung durch den Kaiser, der dadurch eine dauernde Einrichtung hätte verhindern wollen.

Nach alledem glaube ich, daß wir gut tun, das Kapitel so aufzufassen, wie es der Gesetzgeber dem Wortlaute nach verstanden wissen wollte. Der Kaiser, der doch durch das ganze Gesetz bewiesen hatte, daß er die Stellung der Kurfürsten zu heben und zu befestigen bestrebt war, wünschte deren Rat als der ausschlaggebenden Glieder des Reichs öfter und regelmäßiger als bisher für die Zwecke der Reichsverwaltung zur Verfügung zu haben. Deshalb plante er jene Einrichtung, durch welche zugleich den Kurfürsten ein ihrer sonstigen hervorragenden Stellung im Reich entsprechender Platz auch in der Reichsverwaltung zugewiesen wurde. Die Kurfürsten aber, welche die neue Einrichtung vorzugsweise unter dem Gesichtspunkte einer neuen Last betrachteten, ließen sie nur unter gewissen Kautelen zu, unter denen die Widerruflichkeit derselben und die jedesmalige Bestimmung des Ortes nicht ohne ihren Beirat die hauptsächlichsten gewesen sein dürften.

Als möglich zugeben möchte ich nur so viel, daß neben den im Gesetz ausgesprochenen Gründen den Kaiser auch noch die nicht ausgesprochene Absicht zur Einführung von Kurfürstentagen bewogen haben mag, durch diese Einrichtung die weitere Entwicklung der Stellung des Kurfürstenkollegs in der Reichsverfassung in Bahnen zu lenken, welche den Interessen des Königtums nicht zuwider liefen. Wenn die Kurfürsten sich regelmäßig unter dem Vorsitz und der Kontrolle des Kaisers versammelten, so konnte das leicht die Folge haben, daß sich das Kurfürstenkolleg mehr und mehr zu einem höchsten kaiserlichen Rat entwickelte, wodurch eine Rückkehr desselben in Bahnen, wie die Kurfürsten sie unter den Königen Adolf, Albrecht und unter Kaiser Ludwig eingeschlagen hatten, wohl

Digitized by Google

verhindert werden konnte. In je engere gesetzmäßige Verbindung die Teilnahme der Kurfürsten an der Reichsregierung mit dem Kaiser gebracht wurde, um so weniger gefährlich mußte die Machtstellung der Kurfürsten dem Königtume erscheinen. Nichts aber scheint mir für eine Annahme zu sprechen, nach welcher unser Kapitel das Resultat von Verhandlungen zwischen Kaiser und Kurfürsten wäre über weitergehende Wünsche derselben hinsichtlich der Schaffung eines kurfürstlichen Organs in der Reichsverfassung, welche der Kaiser zurückgedrängt und abgeschwächt hätte.[1])

Das Verbot großer Gastereien hat Karl IV. nicht ohne besonderen Anlaß ersonnen; vielmehr boten Vorgänge auf dem Nürnberger Tage selbst unzweifelhaft die unmittelbare Veranlassung dazu. Aus dem Trierer Rechnungsbuche ersehen wir, daß damals zu Nürnberg die Geselligkeit und die Tafelfreuden eine sehr erhebliche Rolle spielten. Seit der Ankunft des Erzbischofs Boemund in der Reichstagsstadt am 22. Dezember verging zunächst nur selten ein Tag, an welchem das Buch nicht eine Eintragung erhielt des Inhalts, daß der Erzbischof beim Kaiser oder bei andern Großen zu Tisch geladen war oder selbst Tischgäste bei sich hatte. Ein besonders großes Gastmahl gab er am 30. Dezember, wo er den Kaiser, die Kurfürsten und viele andere Fürsten und Herren, anscheinend die ganze Reichsversammlung, bewirtete. Mit Staunen lesen wir, welche fast unglaublichen Massen von Lebensmitteln, zumal an Fleisch damals in der Küche drauf gingen: 4 Ochsen, 7 Schweine, 13 Kälber, 18 Ferkel, 178 Rebhühner, 700 Eier usw.

Können wir nun mit Sicherheit voraussetzen, daß auch die übrigen Kurfürsten ähnliche Gastmähler gaben, so begreifen wir, daß hier Unsummen vergeudet und der Gang der Geschäfte lahmgelegt werden mußte. Eine Woche später fand nach derselben Quelle schon wieder ein Gastmahl der Fürsten statt, wohl wieder auf Einladung Boemunds; nun aber gebot der Kaiser, der selbst nicht unter den Teilnehmern genannt wird, Einhalt. Unsere Quelle berichtet: Feria quarta VI. Ianuarii

[1]) Eine mit den obigen Ausführungen im wesentlichen in gleicher Richtung liegende Kritik hat auch M. G. Schmidt an Weizsäckers Ausführungen geübt. S. oben S. 41 Anm. 1.

tized by Google

comedit dominus (Boemundus) cum Ruperto duce Bavarie cum principibus electoribus. Deinceps noluit imperator, quod principes festivarent.[1])

Wenn nun der Kaiser die Fortsetzung der Schmausereien über den 6. Januar hinaus verbot, und gleich am nächsten Tage Weistümer der Kurfürsten über die pfälzische und brandenburgische Kur sowie über die Landeshoheit des Königs von Böhmen beurkundet werden, so steht die Wiederaufnahme der Geschäfte durch die Kurfürsten zweifellos mit dem Verbot des Kaisers im engsten Zusammenhange. Wie der Kaiser hier das in den unmäßigen Gastereien liegende Hemmnis der Reichstagsgeschäfte durch sein Verbot beseitigte, so wollte er ähnliche Behinderungen von den geplanten regelmäßigen Reichs- und Kurfürstentagen durch das Verbot der invitatae generales fernhalten. Diese Bestimmung ist vielleicht erst nachträglich um den 6. Januar dem c. XII hinzugefügt, jedenfalls aber unter dem Eindruck der damals gemachten Erfahrungen entstanden. Die Aufzeichnungen des Tagebuches, welche die außerordentlichen Kosten solcher Gastmähler zeigen[2]), erklären die Bestimmung auch noch aus einem anderen Gesichtspunkte. Der Kaiser wollte den Kurfürsten die Versammlungen weniger kostspielig gestalten und damit einen der wesentlichsten Gründe für die Abneigung gerade der vornehmsten Reichsglieder gegen den Besuch der Parlamente beseitigen. Wie sehr der Besuch der Reichsversammlungen als Last empfunden wurde, ist uns in mannigfacher Weise bezeugt, und gerade der Erzbischof Boemund, der zu Nürnberg so große Aufwendungen für standesgemäße Repräsentation machte, wohl weil es dem Herkommen entsprach, hat sich ebenso wie sein Amtsvorgänger durch Privileg gegen den zu häufigen Besuch solcher Parlamente zu schützen gesucht. Er ließ sich ein solches Privileg, welches Erzbischof Balduin schon von Ludwig dem Bayern erworben und sich von

[1]) Es handelte sich wohl hier wie in c. XII um ein Verbot der invitatae generales, nicht auch der particulares; dafür spricht die Eintragung des Rechnungsbuches zum folgenden Tage: Feria quinta VII. Ianuarii comedit dominus mane cum cancellario imperatoris private et fuerunt sibi apportata ciboria.

[2]) Das Rechnungsbuch gibt die Kosten des Mahles vom 30. Dezember ohne den Wein auf 157 Pfund 17 Schilling 10 Heller an.

Digitized by Google

Karl IV. zweimal hatte bestätigen lassen, eben damals zu Nürnberg am 5. Januar erneuern. Die Beschwerung mit Reichstagen wurde noch im 16. Jahrhundert als eine Last empfunden, ähnlich wie die Beschwerung durch Steuern und andere Auflagen, mit denen sie die Wahlkapitulation von 1519 in Artikel 12 in eine Reihe stellt. Dort lassen sich die Kurfürsten vom Kaiser die Zusicherung erteilen, daß er sie und die anderen Fürsten und Stände auch „in zugelassenen notturftigen Fällen mit Steur, Aufleg und Reichstegen nicht ohn Wissen und Willen der sechs Kurfürsten" beschweren wolle.

Kapitel XIII.

Dieses Kapitel, welches die Überschrift trägt: De revocatione privilegiorum, enthält die Bestimmung, daß sämtliche Privilegien, welche den Rechten und Privilegien der Kurfürsten entgegenstehen, soweit dies der Fall ist, ungültig sein sollen. So allgemein diese Bestimmung gefaßt ist, so ist sie doch hervorgerufen durch einen Streit zwischen der Stadt Köln und dem Erzbischof Wilhelm von Köln, auf dessen Betreiben dieses Kapitel der Goldenen Bulle eingefügt wurde. Es ergibt sich das schon als wahrscheinlich aus folgenden Tatsachen. Am 8. Dezember 1355 erteilte der Kaiser der Stadt und den Bürgern von Köln eine große Privilegienbestätigung[1]), in welche eine Anzahl von Rechten und Freiheiten aufgenommen waren, die den Interessen und Ansprüchen des Erzbischofs stark widersprachen. Unter anderm gewährte sie den Bürgern vollständige Befreiung von allen Zöllen, wodurch die Einnahmen des Erzbischofs erheblich geschmälert werden mußten. Diese Privilegienbestätigung hatten die Ratsboten der Stadt Köln erhalten, bevor Erzbischof Wilhelm in Nürnberg eintraf, was wahrscheinlich am 22. Dezember geschah.[2]) Nur kurze Zeit nach seiner Ankunft muß es ihm dann gelungen sein, die Gunst des Kaisers der Stadt zu entziehen und sich und seiner Kirche zuzuwenden.

Am 4. Januar, noch vor der Verkündigung der Goldenen Bulle, erteilte der Kaiser dem Erzbischof einen neuen Geleitszoll[3]),

[1]) Böhmer-Huber Nr. 2321, Lacomblet III, Nr. 547, S. 453.

[2]) Näheres darüber im zweiten Kapitel.

[3]) Böhmer-Huber Nr. 2372, Lacomblet III, Nr. 550, S. 459.

Digitized by Google

welcher mit dem Privileg vom 8. Dezember im Widerspruch stand, und schon am folgenden Tage widerrief der Kaiser durch eine feierliche Urkunde die ganze Privilegienbestätigung vom 8. Dezember, weil sie dem Rechte des Erzbischofs schädlich sei.[1]) Da nun am 7. Januar, wie wir später sehen werden, der c. I—XIX umfassende Teil der Goldenen Bulle bereits in Reinschrift vorlag, so ist es als sicher anzusehen, daß c. XIII schon vor dem Widerruf beraten und beschlossen war. Daß aber unter diesen Umständen die Kölner Privilegiensache den Antrieb für die Abfassung des c. XIII gab, ist an sich schon sehr wahrscheinlich. Zur vollen Gewißheit erhoben wird diese Annahme durch die Vergleichung einzelner Bestimmungen des Privilegs vom 8. Dezember mit solchen des c. XIII, wobei sich zum Teil eine wörtliche Übereinstimmung ergibt, die uns berechtigt, in dem Privileg gradezu eine Vorlage unseres Kapitels zu erblicken.

In dem Privileg vom 8. Dezember hatte der Kaiser den Kölnern die Zusicherung gegeben, daß den ihnen darin erteilten Rechten keine andern Privilegien, Rechte und Freiheiten entgegenstehen sollten, weder seither anerkannte noch künftig zu erteilende, und daß ein Widerruf ihrer Privilegien durch den Kaiser oder seine Nachfolger nur dann Kraft haben solle, wenn die widerrufenen Bestimmungen unter ausdrücklicher Nennung der Stadt Köln von Wort zu Wort in den Widerruf aufgenommen würden. Es mag hier der Wortlaut der betreffenden Stelle folgen:

. . . et[2]) volumus de nostra imperiali maiestate, quod in omnibus et singulis predictis et infrascriptis non obsistant quoquomodo statuta locorum generalia et particularia, facta et facienda, et consuetudines quecunque qualitercunque in contrarium vel aliter introducte et introducende, necnon privilegia, gracie et concessiones a nobis vel predecessoribus nostris imperatoribus et regibus Romanorum aut a quocunque alio data et concessa ac date et concesse, aut imposterum a nobis aut successoribus nostris imperatoribus vel regibus Romanorum danda et concedenda, dande et concedende, que et quas quoad hanc nostram imperialem libertatem nullum volumus robur penitus obtinere, nisi huiusmodi a

[1]) Böhmer-Huber Nr. 2373, Lacomblet III, Nr. 551, S. 460.

[2]) Lacomblet III, Nr. 547, S. 456.

Digitized by Google

nobis vel nostris successoribus facienda imposterum presentem nostram graciosam liberalitatem et concessionem de verbo ad verbum seriatim ducerent specialiter et singulariter exprimenda, expresso etiam ipsius nomine proprio civitatis; si etiam quod qualitercunque et quibuscunque generalibus verbis et clausulis fieret revocatio generalis, presens nostre liberalitatis concessio non censebitur in illa aliter, quam ut predicitur, videlicet si de verbo ad verbum seriatim narrentur premissa et nomen civitatis specialiter exprimatur, nullatenus comprehendi. . . .

Außerdem erklärt der Kaiser in dem Privileg, wie das freilich auch sonst vorkommt, daß er diese Bestätigung „aus eigenem Antriebe" erlassen habe: ut sic eis pocius beneficiis beneficia cumulemus, ex motu nostro proprio mere liberalitatis imperialem munificentiam apperire, . . .

Vergleichen wir nun hiermit den Text des c. XIII, so fällt auf, daß dasselbe, wenn auch nicht ausschließlich, so doch mit besonderm Nachdruck auf Rechte und Freiheiten grade städtischer Gemeinden, welche den kurfürstlichen Rechten entgegen stehen, Rücksicht nimmt; ferner, daß auch hier selbst solche Privilegien als ungültig erklärt werden, welche der Kaiser aus eigenem Antriebe erläßt; sowie endlich, daß auch solche Privilegien, soweit sie den Rechten der Kurfürsten entgegen stehen, für ungültig erklärt werden, in welchen sich die Bestimmung findet, daß sie nur dann als ungültig und widerrufen gelten sollen, wenn sie von Wort zu Wort in dem Widerruf ausdrücklich wiederholt würden.

Ich setze zur Vergleichung die hauptsächlich in Betracht kommenden Worte des Kapitels hierher: Preterea statuimus . . ., quod universa privilegia et littere quibuscumque personis . . . seu civitatum, opidorum et quorumlibet locorum universitatibus . . . proprio motu seu alias a nobis vel . . . divis Romanorum imperatoribus et regibus predecessoribus nostris . . . concessa et concesse seu a nobis vel successoribus nostris, Romanorum imperatoribus et regibus, futuris temporibus concedenda seu eciam concedende non debeant aut possint libertatibus, iurisdictionibus, iuribus, honoribus seu dominiis principum electorum sacri imperii ecclesiasticorum et secularium aut alicuius ipsorum in aliquo penitus derogare, eciam si in talibus privilegiis et litteris quarumlibet personarum

Digitized by Google

. . . seu universitatum huiusmodi expresse cautum sit vel fuerit in futurum, quod revocabilia seu revocabiles esse non debeant, nisi de ipsis et toto in eis comprehenso tenore in tali revocatione fieret de verbo ad verbum seriatim mentio specialis. . . .

Nach vorstehender Vergleichung steht es außer Zweifel, daß c. XIII mit Rücksicht auf das Privileg vom 8. Dezember, also, was auch sonst wahrscheinlich wäre, erst nach diesem Datum verfaßt ist; daß es andrerseits nicht nach dem am 4. Januar 1356 dem Erzbischof erteilten Zollprivileg verfaßt wurde, ist nach dem oben Gesagten wahrscheinlich. Warum aber, so könnte man fragen, hielt man es für nötig, trotz des c. XIII der Goldenen Bulle noch eine feierliche Widerrufung des städtischen Privilegs am 5. Januar zugunsten des Erzbischofs zu erteilen? Der Grund war wohl, einmal den Erzbischof der Mühe zu überheben, in jedem einzelnen Falle nachweisen zu müssen, daß und inwieweit eine Bestimmung des städtischen Privilegs seinen eigenen Rechten und Freiheiten entgegen stehe. Es mochte hinzukommen, daß nach dem Privileg vom 8. Dezember die Widerruflichkeit einer Bestimmung des Privilegs nur in dem Falle möglich sein sollte, daß in dem Widerruf der Name der Stadt Köln ausdrücklich genannt werde. Eine solche Nennung einer einzelnen Stadt war aber im Texte eines allgemein gehaltenen Gesetzes nicht angängig.

In der Widerrufungsurkunde vom 5. Januar 1356 wird nochmals ausdrücklich hervorgehoben: Non [1]) obstante si forsan in litteris super dictis privilegiis et largitionibus per nos concessis huiusmodi confectis caveatur expresse, quod a regali aut imperiali auctoritate per nos aut successores nostros reges aut Romanorum imperatores vel alia quacunque revocari vel eis detrahi aut prejudicari per quascunque regias aut imperiales litteras non possit, nisi in eis de toto tenore ipsorum privilegiorum, concessionum aut gratiarum huiusmodi, dictis civitati et civibus Coloniensibus concessorum vel concessarum, facienda esset de verbo ad verbum mentio specialis . . . Diese Worte schließen sich zum Teil wörtlich an die des Privilegs vom 8. Dezember an. Sie geben uns aber

[1]) Lacomblet III, Nr. 551, S. 462 unten.

zugleich ein Zeugnis dafür, daß c. XIII weder allein noch etwa in Verbindung mit c. XII vor der Publikation des Ganzen als besonderes Gesetz veröffentlicht war, da in diesem Falle die Urkunde vom 5. Januar sicher einen Hinweis auf c. XIII enthalten würde.

Kapitel XIV.

Für c. XIV, welches einem Mißbrauche des Fehderechtes durch die Vasallen gegenüber ihren Lehnsherren entgegentritt, fehlt es an jeder Vorlage. Jener Mißbrauch bestand darin, daß die Lehnsleute den Lehnsherren ihre Lehen wörtlich, nicht aber körperlich aufließen und dann sofort den früheren Herren Fehde ansagten, um auf Grund des Fehderechtes die Lehen, welche sie tatsächlich gar nicht aus ihrem Besitz gelassen hatten, in ihrer Gewalt zu behalten. Das Gesetz verbietet nun unter Androhung der Ehrlosigkeit und der Reichsacht den Lehnsleuten die Absage an ihre Herren vor der körperlich und wirklich vollzogenen Auflassung ihrer Lehen; und auch wenn Auflassung und Absage in rechtmäßiger Weise erfolgt sind, dürfen die Lehnsleute sich bei Ausübung der Fehde nicht an ihren ehemaligen Lehen vergreifen. Es ist dies eine Bestimmung, welche in engem Zusammenhange mit c. XVII § 1 steht, und dementsprechend hat dann auch Erzbischof Wilhelm von Köln sich c. XIV und XVII § 1 zusammen am 2. Februar 1356 in Privilegienform ausfertigen lassen.[1]) Ich möchte aber bezweifeln, daß der Erzbischof diese beiden Stücke etwa ebenso veranlaßt habe, wie das bezüglich des c. XIII feststeht. Hätte er an diesen Stücken ein ebenso lebhaftes Interesse gehabt wie an c. XIII, so hätte er dieselben sicher gleich in das erste Privileg vom 25. Januar mit aufnehmen lassen, welches unter andern auch c. XIII enthielt.[2])

Kapitel XV.

Dagegen ist c. XV: De conspirationibus wieder mit Sicherheit auf das Betreiben des Kölner Erzbischofs zurückzuführen.[3])

[1]) S. Urkunden Nr. 29. [2]) S. Urkunden Nr. 27.

[3]) Es ist schon früher bemerkt, daß die Überschrift De conspirationibus sich ebenso bereits in der Majestas Carolina findet; doch ist an eine Entlehnung wohl nicht zu denken, da der Text der Majestas sich mit dem der

Digitized by Google

Der Text ist im Anschluß an zwei ältere Vorlagen verfaßt; die eine derselben ist der Roncalische Landfriede Friedrichs I. von 1158, dessen Bestimmungen im Texte als sacrae divorum augustorum predecessorum leges sowie als lex antiqua super hoc edita (vgl. auch penam legis eiusdem) angeführt werden; die andere ist ein von Karl IV. selbst dem Erzbischof von Köln erteiltes Privileg vom 18. Dezember 1353.[1]) In diesem gewährte der Kaiser dem Erzbischof auf dessen Klage, daß die Schöffen, Räte und Obrigkeiten ihm und der Kölner Kirche untergebener Städte unter sich, mit Herren und andern mächtigen Personen, sowie mit anderen Städten Verschwörungen und Bündnisse zum Schaden des Erzbischofs und seiner Kirche geschlossen hätten, die Gnade, daß die Untertanen des Erzbischofs und der Kölner Kirche keinerlei Bündnisse und Verschwörungen ohne die Zustimmung des Erzbischofs eingehen und ebensowenig ohne solche Zustimmung einen Herzog, Markgrafen, Grafen oder sonst eine mächtige Person als Bürger aufnehmen sollen. Daß nun dieses Privileg, welches ebenso wie die Privilegien der Stadt Köln, die zur Einfügung des c. XIII in die Goldene Bulle Anlaß gaben, in den Streit des Erzbischofs mit seiner Stadt eingreift, neben dem Landfrieden Friedrichs I. die Vorlage unseres Kapitels bildet, erweist nicht nur die übereinstimmende Tendenz, sondern zum Teil auch der unverkennbare Anklang im Wortlaut.

Die Stelle des Roncalischen Landfriedens, welche gewissermaßen die Grundlage unseres Kapitels bildet, lautet: c. 6. Conventicula[2]) quoque et omnes coniurationes in civitatibus et extra, etiam occasione parentelae, inter civitatem et civitatem et inter personam et personam sive inter civitatem et personam omnibus modis fieri prohibemus et in preteritum factas cassamus.

Die entsprechende Stelle unseres Kapitels lautet: conspiraciones et conventiculas seu colligaciones illicitas in civitatibus et extra vel inter civitatem et civitatem, inter personam et

Goldenen Bulle kaum berührt. Die Überschrift unseres Kapitels wurde ohne Zweifel dem Texte entlehnt, der unter den verbotenen Verbindungen gleich zu Anfang die conspirationes nennt.

[1]) Böhmer-Huber Nr. 1685; Lacomblet III, Nr. 591, S. 496.

[2]) MG. Const. I, Nr. 176, S. 246.

Digitized by Google

personam sive inter personam et civitatem pretextu parentele seu recepcionis in cives vel alterius cuiuscumque coloris coniuraciones, insuper et confederaciones et pacta . . . reprobamus, dampnamus et ex certa sciencia irritamus. Der Ausdruck cassare, der in der Vorlage gebraucht, hier aber vermieden ist, wird im weiteren Verlauf des Textes verwendet.

Die weitgehende Übereinstimmung beider Stellen ist offenkundig, und das Quellenverhältnis unzweifelhaft. An einigen Stellen aber weicht die Goldene Bulle von dieser Vorlage erheblich ab, indem sie sich hier an ihre andere Vorlage, das Privileg für den Kölner Erzbischof, anschließt. Das ist der Fall da, wo als Vorwand für die Verbindung zwischen Stadtgemeinden und auswärtigen Personen neben der Verwandtschaft die Aufnahme als Bürger, also das Pfal- oder Ausbürgertum, genannt wird. Die receptio in cives fehlt im Roncalischen Landfrieden, ist aber aus dem Kölner Privileg übernommen, wo sie an drei Stellen erwähnt wird: quodque nullum ducem, marchionem vel comitem aut baronem, seu alicuius notabilis potentie virum in suum concivem, burgensem aut opidanum recipiant quomodolibet vel assumant, absque dicti archiepiscopi et successorum suorum consensu et licentia speciali — cassamus . . . civium burgensium vel opidanorum receptiones jam factas . . . et in posterum faciendas . . . decernimus irritas — et si . . . aliquas conspirationes, confederationes seu ligas vel civium . . . receptiones fecerint.

Außerdem schließt die Goldene Bulle sich bezüglich der für die verbotenen Verbindungen gebrauchten Ausdrücke zum Teil enger an das Privileg als an den Landfrieden an. Das zeigt schon die zuletzt angeführte Stelle des Privilegs, welche den Ausdruck conspirationes an die Spitze stellt; und ebenso geschieht das an drei früheren Stellen: conspirationes et confederationes . . . atque ligas — conspirationes, confederationes aut ligas — conspirationes, confederationes et ligas.

Ferner enthält der Landfriede keine Bestimmung, welche das Eingehen von Verbindungen unter Genehmigung der Herren gestattet. Solche Bestimmungen finden sich aber ebenso in der Goldenen Bulle wie in dem Kölner Privileg; nur daß hier die Genehmigung des Erzbischofs erfordert wird, während die Goldene Bulle gemäß ihrem Zwecke die Bestimmung verall-

Digitized by Google

gemeinert und die Genehmigung der Herren überhaupt fordert; vgl. Goldene Bulle c. XV: absque auctoritate dominorum; Privileg: absque dicti archiepiscopi et successorum suorum consensu et licentia speciali, und fast ebenso noch einmal.[1])

Es kann demnach als sicher gelten, daß in unserm Kapitel neben dem Roncalischen Landfrieden jenes Privileg Karls IV. als Vorlage diente. Während nun aber die Benutzung des Privilegs sich sehr leicht aus den Verhältnissen erklärt, könnte die des Landfriedens auffallend erscheinen. Eine Sammlung der Reichsgesetze früherer Kaiser und Könige dürfte es am Reichshofe in jener Zeit kaum gegeben haben. Dagegen kannte und benutzte man dort das Corpus juris civilis, wie vor allem c. XXIV der Goldenen Bulle beweist, und in den Handschriften jener großen Rechtssammlung fand sich im letzten Teile, dem sogen. Volumen, den neun Collationes der Novellen als Decima collatio das Langobardische Lehnrechtsbuch, die sog. Libri feudorum angefügt. In dieses aber war als II, 53. 54 der Roncalische Landfriede aufgenommen, und hieraus dürfte der Verfasser unseres Kapitels die Kenntnis dieses Gesetzes geschöpft haben.

Unterliegt es nach dem oben Ausgeführten keinem Zweifel, daß c. XV ebenso wie c. XIII seinen Ursprung in dem Streite des Erzbischofs Wilhelm mit der Stadt Köln hat, so enthält es doch noch weitere Bestimmungen, welche über den unmittelbaren Zweck, den Erzbischof in diesem Streite zu unterstützen, hinausgehen und eine allgemeinere Bedeutung beanspruchen.

Es konnte nicht in der Absicht des Kaisers liegen, alle Bündnisse im Reiche zu verbieten und aufzuheben. Waren doch solche Bündnisse seit dem 13. Jahrhundert zum Teil unter ausdrücklicher Anerkennung der Reichsgewalt zu einem unentbehrlichen Mittel zur Aufrechterhaltung und Förderung der Ordnung und des Friedens geworden, also zur Erfüllung von Aufgaben,

---

[1]) Reimann hat S. 25 f. die Abhängigkeit unseres Kapitels von dem Kölner Privileg bereits erkannt; doch darf man nicht mit ihm für den Nachweis der Abhängigkeit die Übereinstimmung in der Strafklausel geltend machen. In der Goldenen Bulle wird wie im Privileg die Hälfte der vom Verletzer zu zahlenden Strafsumme dem Geschädigten, die andere Hälfte dem kaiserlichen Fiskus zugewiesen. Das ist aber eine Anordnung, die in kaiserlichen Privilegien jener Zeit durchaus gewöhnlich war.

Digitized by Google

welche die Reichsgewalt allein zu bewältigen nicht imstande war. Der Gesetzgeber bestimmt daher, daß bis zu einer weiteren gesetzlichen Regelung alle zum Zweck des Landfriedens von Fürsten, Städten und anderen Personen geschlossenen Bündnisse in Kraft bleiben sollen. Der Kaiser behält sich hier also ein allgemeines Reichsgesetz über den Landfrieden vor, wie er es bereits im November bei der Eröffnung des Reichstages unter den zu lösenden gesetzgeberischen Aufgaben angeführt hatte.[1])

Kapitel XVI.

Auch für c. XVI, welches das Pfalbürgerverbot enthält, ist die Person, auf deren besonderes Betreiben es in das Gesetz aufgenommen wurde, bekannt. Hier war es kein Kurfürst, sondern der Bischof Johann von Straßburg. Die gewaltige Ausdehnung, welche das Pfalbürgertum der Stadt Straßburg angenommen hatte, und welche uns in zahlreichen Urkunden und Aktenstücken des Urkundenbuchs dieser Stadt so lebhaft vor Augen tritt, hatte die Grundlage der Territorialherrschaft des Straßburger Bischofs in einem Grade gefährdet, wie wohl kaum in einem andern Falle. Der Fortbestand des Pfalbürgertums war für die Stadt Straßburg die Vorbedingung für die Aufrechterhaltung ihrer imponierenden Machtstellung im Elsaß, die Beseitigung desselben für die Territorialgewalt des Bischofs eine Lebensfrage.

Schon König Heinrich VII. hatte am Tage nach seiner Wahl dem Bischof Johann von Straßburg ein Privileg erteilt und durch die Willebriefe der Kurfürsten bestätigen lassen, in welchem er u. a. verbietet, daß irgendeine Stadt Ministerialen und andere Untertanen des Bischofs zu Pfalbürgern annehme[2]), und ebenso erteilte Karl IV. dem Straßburger Bischof am 2. Juli 1354 ein Privileg, durch welches allen Städten verboten wird, Leute des Bischofs als Pfalbürger aufzunehmen, und angeordnet wird, daß diejenigen Leute des Bischofs, welche zurzeit Pfalbürger seien, bis zum Michaelistage abgenommen, d. h. aus diesem Verhältnis entlassen werden sollten.[3]) Am

[1]) Siehe unten im zweiten Kapitel.

[2]) MG. Const. IV, Nr. 263a § 4, S. 231.

[3]) Böhmer-Huber Nr. 1886; Urkundenbuch der Stadt Straßburg V, 1, Nr. 305, S. 277.

tized by Google

5. Januar 1355 erneuerte der als Reichsvikar in deutschen Landen von Karl für die Zeit seiner Romfahrt eingesetzte Pfalzgraf Ruprecht dieses Verbot, welches natürlich in erster Linie die Stadt Straßburg selbst traf. Irgendeine Spur davon, daß die Straßburger diesem Verbot wirklich nachgekommen wären, ist nicht vorhanden; vielmehr zeigt das besondere Interesse, welches Bischof Johann auf dem Reichstage zu Nürnberg an dem Pfalbürgerverbot der Goldenen Bulle nahm, daß die Straßburger an dem Pfalbürgertum festgehalten hatten. Wie wir später sehen werden, hat der Bischof bereits vor der tatsächlichen Publikation der Nürnberger Gesetze, offenbar in der Erwartung eines früheren Publikationstermins, sich c. XVI in Form eines besonderen Privilegs unterm 8. Januar verbriefen lassen [1]), und als die Publikation erst am 10. Januar erfolgte, beeilte er sich, das gleiche Privileg am 12. Januar sich nochmals ausfertigen zu lassen, und erwirkte gleichzeitig dazu die Willebriefe der Kurfürsten.[2]) Aber trotz des Gesetzes und des feierlichen Privilegs ihres Bischofs verharrten die Straßburger auf ihrem Standpunkte, was sich aus einer Reihe von Stücken des Straßburger Urkundenbuchs aus dem Jahre 1356 ergibt. Ja es gelang nicht einmal dem Beauftragten des Kaisers, dem zum Landvogt im Elsaß eingesetzten Burggrafen Burkhard von Magdeburg, von der Stadt eine Erklärung darüber zu erlangen, wie sie sich zu dem neuen Pfalbürgerverbot zu verhalten gedächte. Obwohl dieser der Stadt jenes Verbot am 1. Februar 1356 ausdrücklich im Wortlaut mitteilte, zur Nachachtung unter Hervorhebung der im Gesetz angedrohten Strafe aufforderte und zugleich um Antwort bat, damit er dem Kaiser den Willen des Rates mitteilen könne, mußte er am 20. Februar den Rat nochmals auffordern, die von diesem in Aussicht gestellte Antwort nun wirklich zu erteilen, mit welchem Erfolge, wissen wir nicht.[3])

---

[1]) Böhmer-Huber Nr. 2389; Urkundenbuch der Stadt Straßburg V, 1, Nr. 367, S. 316.

[2]) Böhmer-Huber Nr. 2410. 2511; Urkunden Nr. 25 und 26.

[3]) Die Urkunde vom 1. Februar jetzt vollständig in Urkunden Nr. 28. Vgl. ferner Urkundenbuch der Stadt Straßburg V, 1, Nr. 370, S. 319; Nr. 374, S. 321. Vgl. auch Nr. 371, S. 321; Nr. 376, S. 322; Nr. 377, S. 323; Nr. 378, S. 323.

Ergibt sich aus dem Vorstehenden mit voller Gewißheit, daß der Bischof von Straßburg derjenige war, welcher das wesentlichste Interesse hatte an dem Zustandekommen des c. XVI, so ist wohl nicht zweifelhaft, daß er auch die Aufnahme dieses Kapitels in das Gesetz veranlaßt hat. Welche hervorragende Tätigkeit Bischof Johann auf dem Reichstage zu Nürnberg überhaupt ausgeübt hat, dafür zeugen drei Urkunden des Kaisers vom 7., 8. und 9. Januar 1356.

Sie betreffen die Erhöhung der Pfandsumme einer Reichspfandschaft um 5000 Gulden zugunsten des Bischofs von Straßburg, und diese der Zahlung eines gleichen Betrages gleichkommende Vergünstigung begründet der Kaiser mit den Verdiensten, welche sich Bischof Johann, „sein lieber Fürst, Verwandter und Rat", durch den Besuch des Nürnberger Tages und die von ihm dort im Interesse des Reiches geführten und mit erheblichen Kosten verbundenen Geschäfte erworben habe. So heißt es in der Urkunde vom 7. Januar: pensantes etiam non modica expensarum et sumptuum onera, que . . . sufferre non dubitavit, presenciam nostram iuxta preceptum nostre celsitudinis accedendo et nobiscumque (sic!) pro arduis imperii sacri negociis continuando nobisque in imperiali curia nostra in Nuremberg celebrata usque ad finalem eius exitum laboribus multis et sumptibus assistendo. Die vom folgenden Tage datierte kaiserliche Urkunde enthält einen ähnlichen Satz, der wörtlich in dem am 9. Januar von Karl IV. als König von Böhmen hierzu erteilten Willebrief wiederholt wird: habito respectu ad multas expensas, quibus ipse propter visitacionem imperialis curie nostre, quam in Nuremberg celebravimus et ad cuius celebritatem nostra iussione vocatus advenit, et propter multos labores, quos ipse occasione huiusmodi curie non absque notabilium expensarum oneribus subiisse dinoscitur.[1]) Diesen Gunstbeweisen fügte der Kaiser schon am 13. Januar einen neuen hinzu.[2]) Es ist demnach wohl verständlich, daß er diesem Fürsten zuliebe und auf sein Betreiben jenes c. XVI in das Gesetz aufnahm.

---

[1]) Die Urkunde vom 7. Januar ist vollständig gedruckt in den Urkunden Nr. 23. Über die beiden anderen vgl. die Anmerkung daselbst.

[2]) Böhmer-Huber Nr. 2415.

Digitized by Google

Die Bestimmungen schließen sich natürlich dem Inhalte nach an die früheren Pfalbürgerverbote an, welche seit dem auf dem Wormser Reichstage am 1. Mai 1231 von König Heinrich (VII.) erlassenen Gesetze zugunsten der Fürsten und Landesherren einen eisernen Bestand der Reichsgesetzgebung bildeten.[1]) Die Bestimmungen werden im Laufe der Zeit immer ausführlicher, und die der Goldenen Bulle bilden den Höhepunkt dieser Entwicklung. Es kann jedoch nicht die Rede davon sein, daß irgendein einzelnes früheres Gesetz oder ein Privileg als direkte Vorlage unseres Kapitels angesehen werden könnte, und noch weniger, daß dieses wörtlich einer früheren Satzung entlehnt sei.[2])

Der Umstand, daß c. XVI nicht ausschließlich, ja nicht einmal in erster Linie zugunsten der Kurfürsten erlassen ist, und bei strenger Durchführung wichtigen Gliedern des Reichs, Freistädten und Reichsstädten, zum Schaden gereichen mußte, erklärt es wohl am besten, daß grade hier im Gesetz der Beirat der Kurfürsten ausdrücklich hervorgehoben wird: omnium principum electorum ecclesiasticorum et secularium sano accedente consilio. In entsprechender Weise hebt den Beirat der Kurfürsten auch Karl IV. in dem von ihm als König von Böhmen zu dem Pfalbürgerprivileg für den Bischof von Straßburg vom 12. Januar 1356 erteilten Willebriefe[3]) hervor: habito cum

---

[1]) Vgl. hierzu und zum Folgenden meine Studien zur Reichsgesetzgebung des XIII. Jahrhunderts, Zeitschrift der Savigny-Stiftung, Germ. Abt. Bd. 23, S. 87 ff. 91 ff.; außerdem Reimann S. 24 und M. G. Schmidt, Die Pfalbürger, in Steinhausens Zeitschrift für Kulturgeschichte IX, S. 241 ff.

[2]) Wenn Friedjung, Kaiser Karl IV. und sein Anteil am geistigen Leben seiner Zeit, S. 84 Anm. 2 behauptet, daß unser Kapitel nur eine Wiederholung einer früheren Konstitution vom Jahre 1354 sei, so beruht das lediglich auf einem mehrfachen Irrtume. Das von Friedjung angeführte Stück steht bei Schannat, Traditiones Fuldenses S. 333, und ist ein am 6. Januar 1357, also nach der Goldenen Bulle, dem Abte von Fulda erteiltes Privileg über die Pfalbürger, welchem unter ausdrücklicher Berufung auf das auf dem offenen Hofe (zu Nürnberg und Metz) erlassene Gesetz und Kaiserrecht c. XVI der Goldenen Bulle in deutscher Übersetzung eingefügt ist. Die Urkunde ist nach dem Original abgedruckt Urkunden Nr. 33. Das Jahr 1354 hat Friedjung vielleicht infolge einer Verwechselung mit dem erwähnten Straßburger Privileg vom 2. Juli 1354 (s. oben S. 76) statt 1357 angegeben.

[3]) Urkundenbuch der Stadt Straßburg V, 1, Nr. 369, S. 318.

Digitized by Google

eisdem principibus [coelectoribus][1]) nostris ut regis Boemie electoris sano consilio. Ebenso betont der Kaiser in dem Privileg für den Abt von Fulda vom 6. Januar 1357[2]), daß das Pfalbürgerverbot der Goldenen Bulle erlassen sei „mit rat und willen aller kurfursten des heiligen reichs".

Kapitel XVII.

Kapitel XVII enthält unter der Überschrift: De diffidationibus zwei verschiedene Bestimmungen. Die erste verbietet die Ausübung der Fehde ohne die in vorgeschriebener Weise vorhergegangene förmliche Absage unter Androhung der Ehrlosigkeit und der gesetzlichen Strafen für die einzelnen in Ausübung der Fehde begangenen Gewalttaten, die dann eben nicht als in rechtmäßiger Fehde verübt galten. In der anderen Bestimmung werden alle unrechten Kriege (guerrae et lites iniustae), Brand und Raub, aber in gleicher Weise auch die Erhebung ungesetzlicher Zölle und Geleitsgelder unter Androhung der gesetzlichen Strafen verboten.

Eine unmittelbare Vorlage für dieses Kapitel ist nicht nachzuweisen. Den das Fehderecht betreffenden ersten Teil desselben führt Reimann (S. 22f.) zurück auf die Reichslandfrieden von 1186, 1234 und 1235. Unzweifelhaft bilden das erste und das letzte dieser drei Gesetze die wesentlichste Grundlage für die Kodifizierung dieses für das öffentliche Recht des Mittelalters so wichtigen Gegenstandes. Dennoch wird man kaum jene Gesetze als Vorlage oder Quelle des c. XVII ansehen dürfen. Vielmehr enthält dieses eine Fortentwicklung des Fehderechtes auf Grundlage des auch dort zum Ausdruck gekommenen Reichsrechtes, und zwar bezieht sich diese Fortentwickelung nur auf die formale Voraussetzung für die Fehdeübung, die Absage. Zu der schon 1186 angeordneten Bestimmung, daß die Absage mindestens drei volle Tage vor Beginn der Feindseligkeiten erfolgen müsse, fügt die Goldene Bulle noch weitere Vorschriften über Art, Zeit und Ort solcher Absage hinzu. Dagegen wird

---

[1]) Dieses in der Überlieferung (nicht Original) fehlende, aber unentbehrliche Wort ist von mir ergänzt.

[2]) Siehe S. 79 Anm. 2.

Digitized by Google

die 1234 und 1235 stark betonte materielle Voraussetzung für die Fehde, die vorgängige Durchführung einer gerichtlichen Klage, hier ebensowenig erwähnt wie im Gesetz von 1186.

Ebensowenig findet sich für den zweiten Teil eine unmittelbare Vorlage, wenn auch die Gleichstellung der Erhebung unrechtmäßiger Zölle mit dem Landfriedensbruch nicht neu war. Schon Friedrich II. bestimmte im Reichslandfrieden von 1235: Swer di zolle nimet anders, denn er sol ze reht, oder an einer andern stat, denn da er uf gesetzet ist, wird er des beziuget vor sinem rihter, als reht ist, man sol in haben fur einen strazrouber.[1])

Wer die Aufnahme dieser Bestimmungen in das Gesetz betrieben hat, wissen wir nicht. Sicher war es nicht der Erzbischof von Köln; denn obwohl dieser sich in dem oben erwähnten Privileg vom 2. Februar 1356 auch Teile unseres Kapitels bestätigen ließ, so zeigt doch gerade dieses Privileg, daß er nicht der geistige Urheber des Kapitels gewesen sein kann. Er ließ in sein Privileg den ganzen mit prohibemus beginnenden Teil nicht mit aufnehmen. Dazu kann aber der Grund nur in den Worten gesucht werden, welche die Erhebung unrechter Zölle und Geleite mit Raub und Brand auf eine Stufe stellen. Diese Bestimmung war dem Kölner Erzbischof gewiß unsympathisch, da Zölle und Geleite einen wesentlichen Teil seiner Einkünfte bildeten, und er wohl berechtigte Zweifel hegte, ob alle diese Einnahmen auf unanfechtbaren Rechtstiteln beruhten.

Kapitel XVIII und XIX.

Über die den Schluß des ursprünglichen Bestandes der Nürnberger Gesetze bildenden Formulare für das Wahlausschreiben, c. XVIII, und das Mandat für zur Königswahl bevollmächtigte Gesandte, c. XIX, hat Reimann S. 37—41 eingehend gehandelt und gezeigt, daß die beiden Formulare sich im Wesentlichen an frühere Schreiben der Art anschließen, ohne daß sich jedoch bestimmte einzelne Schriftstücke als unmittelbare Vorlagen nachweisen lassen. Ich kann mich damit begnügen, hier

[1]) Zeumer, Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Reichsverfassung, Nr. 54 A, S. 54, § 18.

Digitized by Google

auf jene Ausführungen und auf meine im 2. Teil S. 33 und 34 gegebenen Anmerkungen, welche Reimanns Material noch ergänzen, hinzuweisen.

Kapitel XX—XXIII.

Wir wenden uns nunmehr den Zusatzbestimmungen des Nürnberger Gesetzbuches zu.

Kapitel XX beruht fast ganz auf Weistümern, die am 7. Januar vom Kaiser und den Kurfürsten beurkundet wurden. Erhalten sind uns Urkunden über solche Weistümer zugunsten des Kurrechtes Ruprechts des Älteren von der Pfalz und Ludwigs des Römers von Brandenburg.[1])

Daß damals entsprechende Weistümer auch zugunsten der beiden anderen weltlichen Kurfürsten gefunden wären, ist nicht wahrscheinlich. Für Rudolf von Sachsen war bereits am 2. Januar ein Weistum gefunden, welches ihm den ausschließlichen Besitz des Kurrechtes und des Erzmarschallamtes zuerkannte[2]), und für den jeweiligen König von Böhmen war das Kurrecht genügend gesichert durch die von Karl IV. erneuerten Privilegien Rudolfs von Habsburg[3]), sowie durch die Anerkennung dieses Rechtes in c. IV und VII der Goldenen Bulle selbst. Beachtenswert aber sind wesentliche Unterschiede zwischen dem sächsischen Weistum vom 2. Januar einerseits und dem pfälzischen und brandenburgischen vom 7. Januar andererseits. Während in dem Weistum für Sachsen nur der Besitz der Kurwürde und des Erzmarschallamtes sowie deren Vererbung nach den Regeln der Primogeniturfolge anerkannt wurden,

---

[1]) Über das Weistum für Ruprecht von der Pfalz sind uns erhalten die Urkunden Karls IV. und der Kurfürsten von Mainz, Köln, Trier, Sachsen und Brandenburg, Böhmer-Huber Nr. 2380, daselbst Reichssachen 257, Regesten der Pfalzgrafen Nr. 2926 (das Original der Urkunde Karls IV. befindet sich nicht im Reichsarchiv, sondern im Geh. Staatsarchiv zu München). Der lateinische Text der Urkunde Karls jetzt Urkunden Nr. 21. Über das Weistum zugunsten Ludwigs von Brandenburg haben wir nur die Urkunden Rudolfs von Sachsen und Ruprechts des Älteren, Böhmer-Huber, Reichssachen 257, Regesten der Pfalzgrafen Nr. 2928. Die Urkunde Rudolfs ist gedruckt Urkunden Nr. 22.

[2]) Urkunden Nr. 19. Vgl. besonders Teil II, S. 85, letzten Absatz.

[3]) Böhmer-Huber, Nr. 646. 647.

Digitized by Google

fügten die Weistümer für Pfalz und Brandenburg den entsprechenden Bestimmungen noch zwei weitere wichtige hinzu: erstens die Admission der betreffenden Kurfürsten zu allen Reichshandlungen des Kurfürstenkollegiums, und zweitens die untrennbare Verbindung von Kurrecht und Erzamt mit dem Fürstentum. Vielleicht beabsichtigte man am 7. Januar zunächst nur dem Pfalzgrafen und Ludwig dem Römer den Besitz des Kurrechtes und Erzamtes in gleicher Weise zu sichern, wie das am 2. Januar zugunsten des Sachsenherzogs geschehen war. Dann mochte man es für wünschenswert halten, in beide Weistümer auch noch jene beiden neuen Bestimmungen aufzunehmen, welche in dem für Sachsen fehlten, verzichtete aber wohl darauf, dieselben durch ein besonderes Weistum auch auf Sachsen auszudehnen, und zog es vor, die gleichen Bestimmungen für alle weltlichen Kurfürstentümer in c. XX der Goldenen Bulle zur reichsgesetzlichen Anerkennung zu bringen.

Wir gehen nun dazu über, zu untersuchen, wie und inwieweit c. XX der Goldenen Bulle aus den Weistümern vom 7. Januar hervorgegangen ist.

Zur Vergleichung wähle ich den einzigen lateinischen Text als den hierzu geeignetsten: den der Urkunde Karls IV. für Ruprecht.[1])

Urkunde Karls vom 7. Januar.	Goldene Bulle c. XX.
ex quo magnificus Rupertus senior comes palatinus Reni, sacri Romani imperii archidapifer et dux Bavarie, est in possessione vocis et electionis in electione Romanorum regis futuri imperatoris et etiam in possessione et dominio seu usu habet principatum Palatinatus, archidapiferiam, terras, vasallagia cum omnibus pertinentiis, super quibus electio et vox comitatus palatini Reni fundata est, sicut hoc nobis et omnibus principibus prefatis et cuilibet liquidum est et notum sine hesitatione	Cum universi et singuli principatus, quorum virtute seculares principes electores ius et vocem in electione regis Romanorum in cesarem promovendi obtinere noscuntur, cum iure huiusmodi necnon officiis, dignitatibus et iuribus aliis eis et cuilibet eorum annexis et dependentibus ab eisdem adeo coniuncti et inseparabiliter sint uniti, quod ius, vox, officium et dignitas, alia quoque iura ad quemlibet principatuum eorundem spectancia cadere non possint in alium preter illum, qui principatum ipsum cum

[1]) Siehe Urkunden Nr. 21.

Digitized by Google

quacumque, quod merito dictus Rupertus admittendus est, et nos ipsum de iure admisimus et admittere volumus et debemus ad quaslibet causas et ad omnia facta, que nos et antefati nostri coelectores tractabimus vel facimus pro honore et utilitate sacri Romani imperii et eius fidelium subditorum omnimode, sicut de iure et de honesta laudabili consuetudine comes palatinus Reni archidapifer sacri imperii et princeps elector merito admitti debet. Etiam invenimus et pronunciamus tamquam ius et pro iure, si ita contingeret, quod aliquis antedictum ducem Rupertum pro eisdem electione et voce electionis Romani regis futuri imperatoris impetere vellet, quod huiusmodi impetitionem facere non posset nec deberet, nisi prius impeteret principatum et terras prenarrati Palatinatus, archidapiferiam, seu officium dapiferie, vasallagia et quidquid ad huiusmodi Palatinatum pertinet et eam optineat, sicut iuris est; quia nos cum iure et per sententiam invenimus, quod electio et vox super principatum et super terras Palatinatus et super archidapiferiam taliter fundate sunt, quod unum sine alio persistere non potest, sed oportet ea simul in omni impetitione tam in dampno quam in lucro inseparabiliter permanere.

terra, vasallagiis, feudis et dominio ac eius pertinenciis universis dinoscitur possidere, presenti edicto imperiali perpetuo valituro sanccimus, unumquemque principatuum predictorum cum iure et voce electionis ac officio ceterisque omnibus dignitatibus, iuribus et pertinenciis ad ipsum spectantibus ita perseverare et esse debere unitum perpetuis temporibus indivisibiliter et coniunctum, quod possessor principatus cuiuslibet eciam iuris, vocis, officii, dignitatis et pertinenciarum omnium ad illum spectancium quieta debeat et libera possessione gaudere ac princeps elector ab omnibus reputari ipseque et nemo alius per ceteros principes electores ad electionem et omnes actus alios pro sacri imperii honore vel oportunitate gerendos omni tempore assumi sine contradictione qualibet et admitti, nec aliquod premissorum ab altero, cum sint et esse debeant inseparabilia, dividi vel ullo tempore debeat separari aut in iudicio vel extra divisim repeti valeat aut evinci per sentenciam separari, nec aliquis unum sine alio impetens audiatur.

Die vorstehende Gegenüberstellung dürfte dartun, daß eine direkte Abhängigkeit des einen Textes vom andern anzunehmen ist. Besonders deutlich spricht der Ausschluß der Klage um das eine ohne das andere (unum sine alio) und die Erwähnung der Zulassung zu den Reichshandlungen der Kurfürsten in beiden Stücken mit fast den gleichen Worten. Daß aber das Weistum

Digitized by Google

die Vorlage für das Gesetz, und nicht umgekehrt dieses die Vorlage für jenes gebildet hat, dürfte sicher sein. Dafür spricht schon der Charakter des Gesetzes als Nachtrag zu dem bereits abgeschlossenen Gesetzbuche, für welchen ein Anlaß vorhanden sein mußte, sowie der Umstand, daß eine Urteilfindung durch die Kurfürsten auf Grund eines noch nicht publizierten Gesetzes kaum denkbar wäre, während die Verallgemeinerung zweier Weistümer durch ein kaiserliches Gesetz sehr begreiflich erscheint. Endlich sprechen zwei Punkte, in welchen Weistum und Gesetz sich unterscheiden, deutlich für die Priorität des ersteren.

Nach dem Weistum bilden das Fürstentum mit dem Gebiet und das Erzamt die Grundlage des Kurrechtes, dieses ist auf jene „gegrundfestiget", wie es in den deutschen Texten heißt; während nach der Goldenen Bulle das Fürstentum nebst Gebiet die Grundlage der Kur und des Amtes sowie anderer mit der Kur zusammenhängender Würden und Rechte bildet. Erstere Auffassung ist die ältere. Sie entspricht dem Sachsenspiegel und anderen Rechtsquellen des 13. Jahrhunderts und tritt uns noch entgegen in den Privilegien für Sachsen vom Jahre 1355; und auch im kurfürstlichen Weistum für Sachsen vom 2. Januar 1356 wurde dem Herzog Rudolf die Kur zuerkannt in seiner Eigenschaft als Sachsenherzog und Erzmarschall des Reiches, tamquam dux Saxonie ac sacri imperii archimarescallus.

Die Goldene Bulle wollte vielleicht gar nicht einen bewußten Gegensatz zu der älteren Anschauung zum Ausdruck bringen, obwohl sich auch dafür Momente geltend machen ließen; jedenfalls aber wäre es schwer begreiflich, wenn bei Abfassung des Weistums der Gesetzentwurf vorgelegen hätte, und man doch nicht der darin zum Ausdruck gebrachten Auffassung gefolgt wäre, sondern der älteren.

Der andere wesentliche Unterschied liegt in der Bestimmung über die Zulassung zu den Handlungen der Kurfürsten. Während das Weistum von der admissio ad quaslibet causas et omnia facta pro honore et utilitate sacri imperii handelt, spricht das Gesetz von der admissio ad electionem et omnes actus alios pro sacri imperii honore vel oportunitate. Auf dem Nürnberger Reichstage handelte es sich um alle möglichen anderen Dinge, nicht um eine Königswahl; daher ist es erklärlich, wenn das Weistum vom 7. Januar nur von der Zulassung

Digitized by Google

zu andern Reichshandlungen der Kurfürsten spricht, zumal der Text in erster Linie betont, daß der Kurfürst zu den Verhandlungen zugelassen sei (admisimus), und erst dann hinzufügt, daß er auch in Zukunft zuzulassen sei (admittere volumus et debemus). Hier zeigt das Weistum deutlich, wie ich meine, seinen Ursprung in den gegenwärtigen Verhältnissen; während das Gesetz nicht die gegenwärtige Zulassung erwähnen konnte, welche für das Weistum den Ausgangspunkt bildete. Das Gesetz erklärte, daß der Inhaber des Kurfürstentums zu allen Reichshandlungen der Kurfürsten zuzulassen sei, und hob dabei als das wichtigste Geschäft ganz sachgemäß die Königswahl hervor.

Worin aber lag, so fragen wir, die Bedeutung des so aus dem Weistum erwachsenen Gesetzes? Kapitel VII der Goldenen Bulle hatte die Primogeniturerbfolge für die Kurwürde, d. h. für das Recht den König zu wählen und alle damit verbundenen Rechte und Ehren, angeordnet. Indem dabei in dem Eingange jenes Gesetzes diejenigen weltlichen Fürsten namhaft gemacht werden, welche die Inhaber eines solchen Rechtes sind, und als Zweck des Gesetzes die Verhütung von Zwistigkeiten zwischen den Erben eines Kurfürsten angegeben wird, so lag offenbar schon dort die Anschauung zugrunde, daß Fürstentum und Kurwürde nicht voneinander zu trennen seien. Das jüngere Gesetz spricht nun diesen Grundsatz nachdrücklich mit aller Schärfe aus und bildet so gewissermaßen eine authentische Interpretation jenes Primogeniturgesetzes. Doch mit der Sicherung des Zusammenhanges zwischen Kurfürstentum, Erzamt und Kurrecht ist die Bedeutung unseres Gesetzes noch nicht erschöpft. Es brachte auch das für die Kurfürsten so wichtige kurfürstliche Admissionsrecht zum reichsgesetzlichen Ausdruck.

Zwar ordnet das Gesetz für gewisse Fälle nur eine Admissionspflicht an, doch liegt darin zugleich die prinzipielle Anerkennung eines Admissionsrechtes.[1]) Endlich enthält unser Kapitel das, was c. XII wohl voraussetzte, aber nicht aussprach: die Anerkennung des Rechtes der Kurfürsten, allerlei Sachen im Interesse des Reichs zu verhandeln, oder wie der

[1]) Über die Entwicklung des Admissionsrechtes wird M. Krammer in seiner Geschichte des Kurfürstenkollegs handeln, so daß ich hier nicht näher darauf einzugehen brauche.

Digitized by Google

deutsche Text des Weistums sagt, Dinge und Sachen zur Ehre und zum Nutzen des heiligen Reiches anzugreifen. Was die Kurfürsten im Kurverein zu Rense 1338 für sich in Anspruch nahmen, für das Recht und die Ehre des Reiches einzutreten, zu verhandeln und zu beschließen, hier ist es zum ersten Mal, wenn auch nur beiläufig, reichsgesetzlich anerkannt worden. Die Kurfürsten sind also nicht nur, was die Goldene Bulle wiederholt hervorhebt, die Grundfesten und Säulen des Reichs, sie sind auch die verfassungsmäßig berufenen Wächter seiner Ehre und seiner Wohlfahrt! Unser Kapitel ergänzt gewissermaßen c. XII, indem es dem Kurfürstenkollegium auch außerhalb des Rahmens der dort angeordneten Einrichtung die Stellung eines Reichssenats ausdrücklich zuerkennt.

Die drei letzten Kapitel (XXI—XXIII) des ersten Teiles, welche miteinander im engsten Zusammenhange stehen und ursprünglich wohl als eine zusammenhängende Satzung abgefaßt und erst später in drei gesonderte Kapitel zerlegt wurden, bilden eine Ergänzung der c. III und IV. Nachdem dort die Anordnung der Sitze für die einzelnen Kurfürsten bei Gelegenheit feierlicher Sitzungen, sei es im Rat oder bei Tische, in Gegenwart des Kaisers geregelt war, erfolgt in c. XXI und XXII die Regelung der feierlichen Aufzüge des Kaisers und der Kurfürsten. Freilich war schon in c. VI gelegentlich bemerkt worden, daß die geistlichen und weltlichen Kurfürsten ihre ihnen durch die vorstehende Ordnung (iuxta prescriptum ordinem atque modum) vorgeschriebenen Plätze unabänderlich und zwar eundo, sedendo vel stando beibehalten sollen und von ihnen durch andere etwa anwesende Fürsten nicht verdrängt werden dürfen. Damit war durch Einfügung des Wortes eundo die Sitzordnung auch auf die Prozessionsordnung ausgedehnt; doch war das einmal nur gelegentlich und außerdem ohne genaue Überlegung geschehen; denn die Sitzordnung, wie sie in c. III und IV gegeben war, ließ sich nicht ohne weiteres auf die Anordnung eines feierlichen Aufzuges übertragen. Wenn dort dem Erzbischof von Trier der Sitz gerade gegenüber dem Kaiser angewiesen wurde, so ergab sich daraus noch keineswegs, daß er ihm im Zuge unmittelbar voranschreiten solle. Daher mochte eine ausdrückliche Regelung des Aufzuges nachträglich wünschenswert erscheinen.

Digitized by Google

Zunächst schreibt c. XXI vor, daß, wenn der Kaiser unter Vortragung der Reichsinsignien aufzieht, der Erzbischof von Trier in gerader Linie vor dem Kaiser einherziehen soll, so daß zwischen dem Kaiser und ihm nur die Kurfürsten, welche die Insignien tragen, ihren Platz finden. Werden die Insignien nicht vorgetragen, so geht der Erzbischof von Trier unmittelbar vor dem Kaiser; die beiden andern geistlichen Kurfürsten aber gehen zur Rechten und Linken des Kaisers, indem derjenige von ihnen den Ehrenplatz zur Rechten einnimmt, welcher nach c. III den Anspruch auf den Sitz zur Rechten des Kaisers hat, also je nach der Kirchenprovinz und dem Archikanzellariat der Mainzer oder der Kölner.

Das folgende Kapitel ordnet die Plätze der weltlichen Kurfürsten, und zwar nur für den, wohl als die Regel angesehenen Fall, daß dem Kaiser die Reichsinsignien vorangetragen werden. Dann sollen die drei weltlichen Kurfürsten, welche die Insignien tragen, in einer Reihe nebeneinander zwischen dem Erzbischof von Trier und dem Kaiser einhergehen und zwar so, daß der Herzog von Sachsen mit dem Reichsschwert dem Kaiser unmittelbar voranschreitet, während zur Rechten des Herzogs der Pfalzgraf mit dem Reichsapfel, zur Linken der Markgraf von Brandenburg mit dem Zepter ihren Platz finden. Der König von Böhmen soll dem Kaiser unmittelbar folgen. Die Vorantragung aller drei genannten Reichsinsignien: Schwert, Zepter und Reichsapfel wird hier wohl zum ersten Male erwähnt. Wegen des Reichsschwertes verweise ich auf den Exkurs über das Schwertträgeramt. Für das Vorantragen des Reichsapfels konnte ich aus früherer Zeit eine Belegstelle nicht beibringen. Nur einmal wird berichtet, daß bei dem Koblenzer Hoftage (1338 September) der Markgraf von Meißen, zur Rechten des Kaisers sitzend, aus dessen Hand den Reichsapfel zum Halten empfing.[1]) Das Recht, das Reichszepter zu halten und zu tragen, verlieh Ludwig der Bayer dem Grafen Wilhelm von Jülich[2]) bei dessen Erhebung zum Markgrafen und Reichsfürsten am 21. August 1336[3]),

[1]) Flandrische Chronik bei Böhmer, Fontes I, 190.

[2]) Hierüber und über das Folgende hat eingehend gehandelt K. Janson, Das Königtum Günthers von Schwarzburg, Leipzig 1880, S. 110ff.

[3]) Lacomblet III, Nr. 307, S. 249: ... eundem Wilhelmum ... in principem et marchionem Iuliacensem ac ipsius comitatum in marchio-

Digitized by Google

und zwar für alle Gelegenheiten, bei denen der Kaiser in vollem Ornat erschien, für „Parlamente", Hoftage, Belehnungen und Erhebungen von Reichsfürsten und für alle drei Krönungen.

Freilich blieb dem Markgrafen von Jülich dieses Recht, welches er auf dem oben erwähnten Koblenzer Hoftage wirklich ausgeübt hat, nicht unbestritten. Bei der zweiten Krönung Karls IV. im Juli 1349 zu Aachen soll nach einem Bericht des sog. Heinrich von Rebdorf Markgraf Ludwig von Brandenburg den Versuch gemacht haben, ihm das Zepter abzunehmen. Ein Fürstenweistum schlichtete den darüber entstandenen Streit dahin, daß bei Krönungen dem Brandenburger, bei Belehnungen dem Jülicher Markgrafen das Recht des Zeptertragens zustehen solle.[1]) Gegen diese Nachricht sind allerdings gewichtige Bedenken geltend gemacht worden[2]), und es muß zugegeben werden, daß die persönliche Anwesenheit Ludwigs von Brandenburg mit Recht bezweifelt werden kann. Gegen die bestimmte Angabe des Chronisten über die Findung des Fürstenweistums aber dürften Zweifel kaum aufkommen. Vielleicht irrte Heinrich von Rebdorf nur darin, daß er die persönliche Anwesenheit Ludwigs voraussetzte, während dieser seine Rechte durch einen Bevollmächtigten wahrgenommen haben mag.

Das letzte Kapitel des ersten Teils, c. XXIII, bestimmt, in welcher Weise die geistlichen Kurfürsten, wenn ihrer zwei oder alle drei anwesend sind, in der Ausübung geistlicher Funktionen,

---

natum fecimus et facimus ... hac prerogativa specialis honoris omnibus aliis nostris et imperii principibus preferentes, ut videlicet, cum nos vel successores nostros parlamenta sollempnia vel curias publicas habere, ad que vel quas nostros et imperii principes ac fideles alios pro quacumque imperii necessitate vel utilitate duxerimus convocandos, seu cum pro exercendis actibus sollempnibus, puta infeodatione principum vel eorum creatione de novo et aliis consimilibus, indumentis regalibus vel imperialibus indui nos continget, cum successores nostri in Romanos reges electi in oppido Aquisgrani, in civitate Mediolani et in urbe Rome coronari debebunt, ipse vel sui heredes regie vel imperiali maiestati assistere et sceptrum regale vel imperiale pro augustalis culminis obsequio portare debeant et tenere.

[1]) Per principes extitit diffinitum: quod, quando rex Romanorum coronatur, tunc ad officium marchionis Brandenburgensis spectat sceptrum regale tenere; sin autem feuda regalia concedit, tunc ad officium alterius marchionis hoc spectat. Böhmer, Fontes IV, 537.

[2]) Janson a. a. O.

bei der Abhaltung feierlicher Hochämter in Gegenwart des Kaisers und bei den Tischgebeten zu Beginn und am Schluß des Festmahls abwechseln sollen. Derjenige unter ihnen, welcher der Konsekration nach der Älteste ist, soll diese Funktionen am ersten Tage üben, am zweiten der nächstälteste, und eventuell am dritten Tage der zuletzt konsekrierte. Zum Schluß aber wird noch ein für das mittelalterliche Zeremoniell überhaupt bezeichnendes Komödienspiel angeordnet: der zur Ausübung Berechtigte soll die geistlichen Handlungen nicht vornehmen, bevor er den oder die anwesenden Kollegen demütig gebeten hat, statt seiner die Handlung vorzunehmen. Was wohl geschehen wäre, wenn ein solcher Kollege dieser Aufforderung gefolgt wäre?

Kapitel XXIV.

Den Anfang der Metzer Ergänzungen macht c. XXIV, jenes merkwürdige Gesetz, durch welches den Kurfürsten der Schutz des Majestätsrechts verliehen wird. Es besteht aus der Vereinigung zweier auf einander folgender Gesetze des Codex Justinianus, deren erstes die sog. Lex Quisquis von Arcadius und Honorius ist (Cod. IX, 8, 5. 6). An die Stelle der römischen Senatoren sind die Kurfürsten getreten.

Abgesehen von dieser rein äußerlichen Anpassung ist alles ohne jede Kritik aus dem römischen Gesetz übernommen. Rechtsinstitute, die seit Jahrhunderten untergegangen und für Deutschland völlig unanwendbar waren, so die Folterung der Sklaven in caput dominorum und die dem vorjustinianischen Rechte angehörige Falcidia in der Bedeutung des Pflichtteils, werden erwähnt, als wären sie in der Gegenwart anerkannt und lebendig. Der ganze Geist des Gesetzes steht im schroffsten Gegensatze zu dem Geiste des deutschen Rechtes. Eine Rachsucht und unversöhnliche Härte, welche auch die Kinder der Majestätsverbrecher für dem Tode verfallen erklärt, ist dem mittelalterlichen deutschen Strafrechte gänzlich fremd.

Diese ganz oberflächliche und für die wirklichen Verhältnisse verständnislose Art der Bearbeitung unseres Kapitels steht im scharfen Gegensatze zu der Abfassung des ganzen ersten Teiles

der Goldenen Bulle, welcher kein Stück enthält, das nicht vollständig den wirklichen Verhältnissen der damaligen Zeit entsprochen hätte.

Kapitel XXV.

Kapitel XXV steht wieder auf dem Boden der Wirklichkeit. Es ergänzt die Kapitel VII und XX. Nachdem das erstere dieser beiden bestimmt hatte, daß die Kur mit dem Fürstentum nur auf einen Erben nach den Regeln der Primogeniturfolge vererbt werden solle, wobei zugleich die Vormundschaft über minderjährige Kurfürsten geregelt wurde, fügte das zweite hinzu, daß Kurrecht und Erzamt mit den Gebieten, auf welche die Kur gegründet sei, unlösbar verbunden sein sollten, so daß, wer Ansprüche auf das Kurrecht eines Kurfürsten erheben wolle, demselben zuvor das Kurland abgewinnen müsse. Dem fügt nun unser Kapitel noch weiter hinzu, daß von dem Kurfürstentum keine Gebiete abgetrennt werden dürften, sondern daß es ungeteilt in der Hand des Inhabers der Kurwürde verbleiben sollte. Außerdem wird auch noch eine Vormundschaft über regierungsunfähige Kurfürsten angeordnet.

Kapitel XXVI—XXIX.

Die nächsten vier Kapitel gehören eng zusammen; sie bilden eine Verordnung über das bei den großen Hoftagen zu beobachtende Zeremoniell, soweit es nicht schon im ersten Teile der Goldenen Bulle geregelt war, und insonderheit soweit die Kurfürsten dabei in Frage kamen.

In Kapitel XXVI wird bestimmt, daß am frühen Morgen des Festtages um die erste Stunde die Kurfürsten den Kaiser aus seiner Herberge abholen und im feierlichen Zuge zu Pferde zu dem für die Festsitzung bestimmten Orte geleiten sollen. Die Ordnung des Zuges wird dabei im Anschluß an die Kapitel XXI und XXII der Goldenen Bulle geregelt; nur daß hier derjenige Fall als Regel angenommen wird, daß der Herrscher mit den kaiserlichen Insignien geschmückt ist. In diesem Falle reiten noch vor dem Erzbischof von Trier zwei niedere Fürsten, welche die Aachener und die Mailänder Krone tragen. Daß die Reichsinsignien, Schwert, Reichsapfel und Zepter, vor dem

Digitized by Google

Kaiser und hinter dem Trierer Erzbischof von den dazu in c. XXII bestimmten weltlichen Kurfürsten getragen werden, wird auch hier vorausgesetzt und außerdem noch bestimmt, daß die Kaiserin mit ihren Damen unmittelbar hinter dem Böhmenkönige folgen soll. Hieran schließt sich unter der Überschrift: De officiis principum electorum eine eingehende Darstellung der Verrichtungen der Kurfürsten bei Ausübung ihrer Erzämter.

Zuerst, nachdem der Kaiser seinen Sitz eingenommen hat, soll der Herzog von Sachsen als Erzmarschall hoch zu Roß aus einem aufgeschütteten Haferhaufen mit silbernen Geräten einen Scheffel Hafer ausmessen und einem Beamten zur Versorgung des kaiserlichen Pferdes übergeben. Diese Verrichtung sollte offenbar in jedem Falle, wo der Kaiser zu Roß in feierlichem Zuge zu einer festlichen Sitzung geleitet war, stattfinden. Nur für den Fall, daß ein Festmahl stattfand, aber konnten die folgenden Bestimmungen Platz greifen. Die drei Erzkanzler sollen, wenn der Kaiser zu Tische gegangen ist, die an einem silbernen Stabe befestigten Reichssiegel vom Reichshofkanzler in Empfang nehmen, dieselben gemeinsam zum Tisch des Kaisers tragen, auf demselben niederlegen, doch nur um sie sofort vom Kaiser zurück zu erhalten und dem Hofkanzler wieder einzuhändigen. Nur das große Majestätssiegel soll derjenige Erzkanzler, in dessen Erzkanzellariat der Hoftag stattfindet, um den Hals gehängt tragen, bis das Fest zu Ende ist. Darauf sollen der Markgraf von Brandenburg, der Pfalzgraf bei Rhein und der König von Böhmen ihre Ämter verrichten. Der Markgraf als Erzkämmerer hatte heranreitend Wasserbecken und Handtuch zu tragen, dann abzusteigen und beides dem Kaiser zum Händewaschen darzubieten. Der Pfalzgraf als Erztruchseß hatte ebenso reitend silberne Schüsseln mit Speisen für den Kaiser herbeizuholen, und endlich der Böhmenkönig als Erzschenk gleichfalls zu Roß Wein und Wasser in silbernen Gefäßen herbeizutragen und dann dem Kaiser zu kredenzen. Die bei diesen Verrichtungen gebrauchten, von den Erzbeamten beschafften silbernen Geräte von bestimmtem Gewicht und ebenso die dabei gerittenen Pferde erhielten die anwesenden Inhaber der entsprechenden Reichserbämter oder die in deren Abwesenheit die Hilfsdienste versehenden Hofbeamten als Belohnung.

Digitized by Google

In Kapitel XXVIII wird dann nachgeholt, wie die Tafeln für Kaiser, Kaiserin und Kurfürsten angeordnet werden sollen, und dem noch die beachtenswerte Bestimmung hinzugefügt, daß die einzelnen Kurfürsten, nachdem sie ihre Ämter verrichtet haben, sich an ihre Plätze begeben, sich aber nicht setzen, sondern stehend abwarten sollen, bis auch der letzte von ihnen seinen Dienst vollendet hat; dann sollen sie alle gleichzeitig niedersitzen.

Das letzte der vier zusammengehörigen Kapitel, XXIX, endlich erkennt als Reichsherkommen an, daß die Wahl zu Frankfurt, die erste Krönung zu Aachen, und der erste Reichstag zu Nürnberg stattfinden solle. In § 2 wird bestimmt, daß der Bevollmächtigte eines abwesenden Kurfürsten, welches Ranges er sei, zwar im übrigen anstelle seines Herren zuzulassen sei, nicht aber zu dem jenem vorbehaltenen Tische und Sitze. Da nun im vorhergehenden nur von der Ausübung der Erzämter die Rede ist, so wird hier offenbar die Zulässigkeit der Vertretung in diesen anerkannt. Den Beschluß macht die, wie wir später sehen werden, ursprünglich nicht hierhergehörige Bestimmung, daß der kaiserliche Hofmeister die zu gewissen Festakten errichteten hölzernen Estraden zu seinem Nutzen erhalten soll.[1])

Quellen für diese Kapitel vermag ich nicht nachzuweisen; nur für c. XXVII ist eine uns nicht überlieferte Vorlage mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen.

Vergleichen wir die Darstellung der Feier am Weihnachtstage 1356 mit den Anordnungen, welche die am gleichen Tage publizierten Bestimmungen der Goldenen Bulle über das Tafelzeremoniell enthalten, so fällt vor allem auf, daß des Schwerthaltens bei Tische in dem Gesetze keine Erwähnung geschieht. Tatsächlich hat aber der Sachsenherzog damals, wie das durch die Urkunden für Herzog Wenzel vom

[1]) Bei dem geringen Werte, welchen das Holzgerüst in jenen Zeiten repräsentierte, konnte dasselbe für den Hofmeister wohl nur dadurch ein angemessenes Äquivalent für seine Tätigkeit bilden, daß die Stadt, in der der Hof gehalten wurde, nicht nur das Gerüst liefern, sondern auch nach Beendigung der Feier vom Hofmeister zurückkaufen mußte. In den beiden von Seeliger, Hofmeisteramt S. 87 Anm. 3, angeführten Fällen beträgt der Preis 8 Gulden.

Digitized by Google

27. Dezember[1]) ausdrücklich bezeugt wird, das Schwert bei Tische gehalten. Ferner fällt auf, daß bei der Darstellung des Schenkenamtes in der Goldenen Bulle nur der Fall berücksichtigt wird, daß der Böhmenkönig das Amt persönlich verrichtet; während doch damals durch die Identität der Person des Kaisers mit der des Königs von Böhmen eine Vertretung des letzteren in der Ausübung des Amtes notwendig wurde und auch wirklich stattfand.[2])

Für die Erklärung beider Abweichungen dürfte der Umstand von Bedeutung sein, daß in c. XXVII kein 1356 frei und von Grund aus neu verfaßtes Gesetz vorliegt, sondern die Überarbeitung einer älteren Vorlage. Zwar ist eine solche Vorlage nicht überliefert, doch wissen wir, daß ein Schriftstück einst vorhanden war, welches denselben Gegenstand behandelte wie unser Kapitel. Wir haben früher (oben S. 32f.) von dem Streite gehandelt, der auf dem Nürnberger Reichstage des Jahres 1298 über die Ausübung des Schenkenamtes durch den Böhmenkönig ausgebrochen war, und durch die Erteilung eines Privilegs an König Wenzel beigelegt wurde. Ich habe früher auf dieses Privileg und auf etwa entsprechende für andere Kurfürsten ausgestellte Urkunden bezogen[3]), was die Kolmarer Chronik von jenem Reichstage mit den Worten berichtet: ibi dignitas cuiuslibet domini coram rege solemniter recitatur, et quilibet dominorum regi in officio suo sicut debuit ministravit.[4]) Jetzt glaube ich diese Deutung aufgeben zu müssen, da Albrechts Privileg für den König von Böhmen erst einige Tage nach dem feierlichen Hofe ausgestellt ist, während die Worte des Chronisten wohl nur die Deutung zulassen, daß jene Verlesung vor der Ausübung der Dienste stattfand. Was damals vor dem Könige feierlich verlesen wurde, kann dem Zusammenhange nach kaum etwas anderes gewesen sein, als eine Ordnung der Ehrendienste (dignitates) der Kurfürsten, welche diese dann demgemäß wirk-

---

[1]) Urkunden Nr. 32.

[2]) Beneš bei Emler, Fontes rerum Bohemicarum IV, S. 526; Philippe de Vigneulle, Chronique de Metz, bei Huguenin, Les chroniques de la ville de Metz (1838), S. 98. Vgl. Böhmer-Huber Nr. 2555a.

[3]) Vgl. MG. Const. IV, 1, S. 31, Anm. 1.

[4]) MG. SS. XVII, 267.

Digitized by Google

lich verrichteten. Nicht ausdrücklich gesagt wird, daß die damals verlesene Ordnung auch damals erst erlassen sei; doch ist das wohl als ziemlich sicher anzusehen.

Es wäre nun sehr merkwürdig, wenn diese verlorene Ordnung der kurfürstlichen Ehrendienste keine Spur hinterlassen haben sollte, wenn sich eine spätere gleichartige Ordnung nicht an sie angeschlossen, sie als Vorbild oder Vorlage benutzt haben sollte. Daß aber das in Rede stehende Kapitel der Goldenen Bulle sich an eine ältere Vorlage anschloß, zeigt schon die Vergleichung mit den dasselbe umgebenden Stücken. Trotzdem c. XXVII, wie wir sahen, nach der Absicht des Gesetzgebers im engsten Zusammenhange mit dem vorhergehenden wie dem folgenden stehen sollte, so hebt es sich doch aus diesem schon äußerlich durch eine besondere Überschrift heraus. Die Überschriften im zweiten Teile der Goldenen Bulle haben eine ganz andere Bedeutung als die im ersten. Während sie im ersten Teil durchweg nach der Zusammenstellung des Nürnberger Gesetzbuches im Wege einheitlicher Redaktion hinzugefügt sind, begegnen im zweiten Teil Überschriften nur in zwei einzelnen Fällen, vor c. XXVII und c. XXX, und diese müssen durch besondere Umstände und gewissermaßen unwillkürlich in das Gesetzbuch gelangt sein. Wenn der Redaktor des Gesetzbuches eine Überschrift hätte setzen wollen, so hätte er sie vor c. XXVI, wo die Ordnung des Zeremoniells für die Abhaltung eines Reichshofes beginnt, nicht aber mitten hinein vor c. XXVII stellen müssen. Die Überschrift lautet: De officiis principum electorum in solemnibus curiis imperatorum vel regum Romanorum, und enthält nichts, was zu der Annahme veranlassen könnte, daß sie erst von dem Redaktor der Goldenen Bulle herrühre. Sie dürfte demnach bereits über dem Stücke gestanden haben, als es in das Gesetzbuch aufgenommen wurde.

Die ursprüngliche Selbständigkeit, welche die Überschrift andeutet, bestätigt der Text. Während das vorhergehende Kapitel den Anfang der Feier einer curia solemnis darstellt, indem es fast mehr schildernd als anordnend beginnt: Die, qua solempnis curia imperialis vel regia fuerit celebranda, venient circa horam primam principes electores ecclesiastici et seculares ad domum habitacionis imperialis sive regalis, et ibi imperator vel rex ipse omnibus insigniis imperialibsn

induetur usw., und in dem ganzen Stück kein Ausdruck vorkommt, der auf eine königliche Satzung deutet, fängt dieses gleich mit dem für eine solche Satzung charakteristischen Worte Statuimus an. Ferner zeigt sich die ursprüngliche Selbständigkeit der Satzung auch darin, daß ihr Text mit dem vorhergehenden Kapitel nicht in vollem Einklang steht, was doch sicher der Fall wäre, wenn es mit diesem gleichzeitig in einem Zuge verfaßt wäre. Das vorhergehende schließt mit der Ordnung des Zuges zum Festplatze; die weltlichen Kurfürsten tragen dabei die Reichsinsignien, der amtierende Erzkanzler die Reichssiegel am silbernen Stabe. Unser Kapitel beginnt dann gleich mit der Ordnung des Ehrendienstes des Erzmarschalls, dem Ausmessen des Hafers, nachdem der Kaiser seinen Sitz eingenommen hat. Wem der Sachsenherzog das Reichsschwert, das er doch nun nicht mehr tragen konnte, übergeben hat, wird nicht gesagt. Dann folgt der Dienst bei Tafel. Die Erzkanzler halten zunächst das Tischgebet am Tische des Kaisers, lassen sich darauf den silbernen Stab mit den Siegeln vom Hofkanzler geben, um ihn gemeinsam zum Kaiser zu tragen. Hier erfahren wir nachträglich, was vorher verschwiegen war, nämlich daß der Erzkanzler, der den Siegelstab im Zuge trug, denselben nach Ankunft am Festplatze dem Hofkanzler übergeben hatte. Hier sind die Fugen sichtbar, welche bei dem Einfügen des älteren Stückes in den neuen Zusammenhang entstanden. Es war das dem oberflächlichen Redaktor entgangen. An anderen Stellen mag er durch Korrekturen den älteren Text mit der neuen Umgebung in Einklang gebracht haben; wie ihm sicher der Hinweis auf c. XXIII zuzuschreiben ist. Kaum zu dem älteren Texte dürfte § 6 gehört haben, in welchem der Gesetzgeber erklärt, von altem Herkommen erfahren zu haben, das er nun bestätigt: Sicut autem hactenus observatum fuisse comperimus, ita statuimus usw.

Dürfen wir nach dem Vorstehenden kaum zweifeln, daß der Hauptteil von c. XXVII auf älterer Vorlage beruht, die nur wenig verändert eingefügt ist, so gewinnt damit die Vermutung, daß jene Vorlage die Ordnung von 1298 gewesen sei, erhöhte Wahrscheinlichkeit. Trifft aber die Vermutung zu, so erklärt sich die Bestimmung über das Schenkenamt sehr einfach.

Gewiß wollte Karl IV. dauerndes Recht schaffen und keine nur auf zufällige und vorübergehende Zustände zutreffende

Digitized by Google

Bestimmungen erlassen. Deshalb ist es auch wohl begreiflich, wenn in c. IV bei Behandlung der Königswahl vom König von Böhmen gesagt wird, er solle dem Gewählten den ersten Trunk reichen, und was weiter noch hinzugefügt wird, obwohl doch zurzeit der römische und der böhmische König ein und dieselbe Person war. Ebenso und aus demselben Grunde kann man begreifen, wenn trotz der gegenwärtigen Identität beider Personen an anderer Stelle dem Böhmenkönige ein Sitz zur Rechten des Kaisers oder im Zuge der Platz unmittelbar hinter demselben angewiesen wird. Viel schwerer aber wäre es anzunehmen, daß die kaiserliche Kanzlei unmittelbar vor dem Weihnachtstage 1356 ein zur Verkündigung an diesem Tage bestimmtes Kapitel frei verfaßt haben sollte, in welchem genau vorgeschrieben wurde, wie der Böhmenkönig, nachdem die übrigen Kurfürsten ihre Ämter verrichtet haben, heranreiten soll mit silberner Kanne und Becher, wie er dann absteigen und dem Kaiser den Becher kredenzen soll, obwohl man genau wußte, daß an demselben Weihnachtstage eine Vertretung des Böhmenkönigs nötig werden müsse, da Karl zugleich Kaiser und König von Böhmen war. Sollte man nicht erwarten, daß der Verfasser des Kapitels angesichts der Notwendigkeit, für den nahe bevorstehenden Fall einen Vertreter mit der Ausübung des Schenkenamtes zu betrauen, in seinem Texte auf die Möglichkeit einer solchen Vertretung hingewiesen hätte? Freilich kann man einwenden, daß damals die Delegationsbefugnis, das Recht, einen Vertreter sich zu substituieren, in so ausgedehntem Maße in staatsrechtlichen Verhältnissen zur Anwendung kam, daß man fast den Eindruck gewinnt, die Substituierung eines Bevollmächtigten sei überall da gestattet gewesen, wo sie nicht ausdrücklich ausgeschlossen war; so daß es als selbstverständlich gegolten hätte, daß der Böhmenkönig sich in der Wahrnehmung des Schenkenamtes vertreten lassen konnte, wenn er selbst durch einen zwingenden Grund verhindert war.

Auch unser Gesetzgeber erkannte, wie wir S. 93 sahen, die Zulässigkeit der Vertretung im Erzamt für gewisse Fälle an und dürfte sie allgemein vorausgesetzt haben. Trotzdem bleibt das Schweigen über die am Weihnachtstage notwendig werdende Vertretung des Böhmenkönigs auffällig und ist kaum anders als aus der Benutzung jener älteren Vorlage zu erklären.

Digitized by Google

Unter derselben Voraussetzung erklärt sich auch die völlige Übergehung des Haltens des Reichsschwertes beim Festmahle am besten. Wie wir im Exkurs über das Schwertträgeramt darlegen werden, war 1298 die feste Verbindung des Schwertträgeramtes mit dem Marschallamte trotz des Schwabenspiegels und der Memorialverse, welche den Sachsenherzog als dux portitor ensis bezeichneten, noch nicht endgültig anerkannt. Deshalb brauchte ein Kurfürstenzeremoniell König Albrechts nicht darauf Rücksicht zu nehmen.

Ist nun aber die Annahme zulässig, daß in c. XXVII die Funktionen des Schwertträgeramtes notwendig hätten zum Ausdruck kommen müssen, wenn es erst 1356 von Grund aus neu verfaßt wäre? Könnte man nicht einwenden, daß in dem Rahmen des Kapitels für die Erwähnung des Schwerttragens oder -haltens kein Platz vorhanden war? Zuzugeben ist ohne weiteres, daß der Erzmarschall wegen des ihm zukommenden Ehrensitzes beim Festmahle unmöglich während der ganzen Dauer des Mahles oder anderer festlicher Sitzungen das Reichsschwert zu halten imstande war. Er mußte sich in dieser Funktion notwendig vertreten lassen, wie das denn auch 1338 der Herzog von Brabant getan hatte. Wäre aber unser Kapitel wirklich erst 1356 abgefaßt worden, so hätte zum mindesten gesagt werden müssen, daß der Sachsenherzog nach Ankunft des feierlichen Zuges das von ihm bis dahin getragene Schwert einem Vertreter übergeben solle, damit dieser es während der Tafel oder der Sitzung vor dem Kaiser halte. Durch die Urkunde Karls IV. vom 27. Dezember 1356 über den zwei Tage vorher ausgebrochenen Streit wegen des Schwerttragens erfahren wir, daß damals Herzog Rudolf von Sachsen persönlich das Schwert auch bei Tische gehalten hat. Das kann sich aber nicht auf die ganze Dauer der Mahlzeit beziehen, da sonst nach der Bestimmung des c. XXVIII der Goldenen Bulle, welche vorschreibt, daß die Kurfürsten, die ihren Dienst verrichtet haben, sich an ihre Tische begeben, aber nicht eher niedersitzen sollen, bis auch der letzte der Kollegen mit seinem Dienste fertig ist, die Kurfürsten ihr Mahl erst dann hätten beginnen können, wenn der Kaiser die Mahlzeit beendigt hatte; was doch nicht wohl denkbar ist. Wie nun damals wahrscheinlich der Erzmarschall, nachdem er kurze Zeit das Schwert persönlich gehalten

Digitized by Google

hatte, dasselbe einem Vertreter, etwa dem Erbmarschall, übergeben haben dürfte, so dürfen wir wohl annehmen, daß der Verfasser der fraglichen Kapitel der Goldenen Bulle den gleichen Vorgang voraussetzte und nur durch seine ältere Vorlage, die darüber schwieg, verleitet wurde, auch seinerseits stillschweigend darüber hinwegzugehen.

Ich bin mir wohl bewußt, daß das Schweigen des c. XXVII über das Schwerthalten ebensowenig wie dessen Schweigen über die Vertretung des Erzschenken in der Ausübung seines Amtes einen zwingenden Grund bildet für die Annahme, daß unser Kapitel älteren Ursprungs und in wenig überarbeiteter Gestalt in die Goldene Bulle aufgenommen sei; doch dürfte das Schweigen über die beiden Punkte immerhin das Gewicht der übrigen Gründe nicht unerheblich unterstützen, welche es uns wahrscheinlich machten, daß in dem c. XXVII nur eine neue Bearbeitung jener Ordnung vorliege, welche König Albrecht 1298 auf dem Reichstage zu Nürnberg feierlich verkünden ließ.

Kapitel XXX.

Der erste Paragraph enthält die Befreiung der Kurfürsten von jeder Zahlung von Lehnstaxen an die Reichshofbeamten. Da die Kurfürsten die obersten Vorsteher der Hofämter seien, so seien die Reichshofbeamten ihre Untergebenen. Seinen Untergebenen aber Abgaben zahlen zu müssen, sei widersinnig. Man vergaß bei dieser fadenscheinigen Begründung, daß in c. XXVII die Kurfürsten verpflichtet waren, denselben Untergebenen je ein Pferd und silberne Geräte im Gewichte von 12 Mark nach jeder Verrichtung des Erzamtes zu schenken.

In § 2 wird dann für die übrigen Fürsten als Betrag der Lehnstaxe festgesetzt: 63 Mark Silber und ein Vierdung (ferto), welche Summe der kaiserliche Hofmeister in Empfang nehmen und in folgender Weise verteilen soll. Für sich soll er 10 Mark zurückbehalten, dann dem Hofkanzler ebenfalls 10 Mark und den Magistri notarii dictatores der Kanzlei 3 Mark geben, sowie dem Sigillator einen Vierdung für Pergament und Wachs. Je weitere 10 Mark erhalten endlich nach § 3 die Reichserbbeamten: der Schenk von Limburg, der Küchmeister von Nortemberg, der Marschall von Pappenheim und der Kämmerer von Falkenstein.

Der letzte Absatz des Kapitels, § 4, enthält die Bestimmung, daß der Herzog von Sachsen als oberster Marschall die von den Fürsten bei Empfang ihrer Lehen gerittenen Rosse und sonstigen Reittiere erhalten solle. Ist der Herzog beim Lehnsempfang nicht anwesend, so erhält sie der Erbmarschall von Pappenheim, und fehlt auch dieser, der an seiner Stelle amtierende Hofmarschall. Wenn es auffällt, daß der Sachsenherzog hier inmitten der sportelberechtigten Hofbeamten erscheint, so erklärt sich das aus der Entstehungsgeschichte unseres Kapitels.

Die Überschrift: De iuribus officialium, dum principes feuda sua ab imperatore vel rege Romanorum recipiunt, zeigt uns, daß hier wie in c. XXVII ein ursprünglich selbständiges Stück vorliegt, welches in das Gesetzbuch eingefügt wurde, und die Eingangsworte: Decernimus hoc imperiali edicto belehren uns, daß wir es mit einem kaiserlichen Gesetze zu tun haben.

Dies Gesetz ist erst nach dem Nürnberger Tage entstanden und enthält in zwei wesentlichen Punkten Neuerungen gegenüber der noch zu Nürnberg geübten Praxis. Neu ist die Befreiung der Kurfürsten von der Lehnstaxe, und neu ist auch die Zahlung der Taxe an den Hofmeister und deren Verteilung durch diesen an die Hof- und Kanzleibeamten. Dagegen entspricht die Höhe der Taxe genau der bisher üblichen, und ebensowenig scheint das Gesetz eine Neuerung bezüglich des Verteilungsmodus eingeführt zu haben. Die Bestimmung des § 4 kodifiziert, wie wir später sehen werden, bereits geltendes, durch ein Reichsweistum vom 6. Dezember 1355 festgestelltes Recht.[1])

Das Verhältnis der vorhergehenden Bestimmungen zu den früher geltenden Regeln erhellt aus der bisher noch nicht bekannten Nachricht des Trierer Rechnungsbuches über die um Neujahr 1356 zu Nürnberg durch Erzbischof Boemund von Trier geleistete Zahlung der Lehnstaxe. Die Notiz hierüber lautet: Cancellarie et aliis officiis imperialis aule pro iure concessionis feodorum domino per imperatorem pro LXIII marcis uno fertone argenti III^{c} fl. XVI fl. IIII$^{1}/_{2}$ ß hl., pro qualibet marca V fl. Cancellario XX marcas, magistro curie X marcas, marscalco et aliis officiis XXX marcas, preposito Aquensi III marcas, campanario I fertonem. Zweifelhaft

[1]) Siehe unten S. 104.

Digitized by

kann es hiernach erscheinen, ob die Verteilung der Summe unter die Hof- und Kanzleibeamten, wie sie das Gesetz anordnet, schon damals üblich war. Sehen wir vorläufig ab von den kleineren Beträgen, so scheint die von Boemund gezahlte Summe von 60 Mark zunächst nicht in gleicher Weise verteilt zu sein, wie die Goldene Bulle vorschreibt. Der Kanzler erhielt 20 Mark, während er nur die gleiche Summe wie die übrigen Reichshofbeamten, also 10 Mark, erhalten sollte. Dafür aber erhielten der Marschall und die übrigen Offizialen zusammen nur 30 Mark, während sie, da man hier doch wohl an die vier alten Hofbeamten, d. h. neben dem Marschall an Schenk, Küchmeister und Kämmerer denken muß, zusammen nur 30 statt 40 Mark erhielten. Vielleicht waren von den Inhabern der alten vier Reichsämter bei Boemunds Belehnung nur drei anwesend, so daß für sie der Betrag von 30 Mark genügte. Dann aber mochten die frei gewordenen 10 Mark entweder dem Kanzler zufallen oder ihm vielleicht auch nur zur Zahlung an einen Vertreter des Abwesenden übergeben sein. Vielleicht aber war der trierische Rechnungsführer auch nur nicht genau genug unterrichtet über den Modus der Verteilung unter die in Betracht kommenden Personen, deren Kreis er an sich wohl kannte. Mit ziemlicher Sicherheit aber läßt sich aus der Voranstellung des Kanzlers schließen, daß die Gesamtsumme noch wie früher an diesen, und nicht an den Hofmeister, wie es die Goldene Bulle vorschrieb, zur Verteilung an die Berechtigten gezahlt worden war. Wenn als Empfänger der 3 Mark, welche nach dem Gesetze den Magistri notarii dictatores zukommen, ein prepositus Aquensis genannt wird, so ist damit sicher ein Kanzleibeamter der betreffenden Kategorie gemeint, wenn wir ihn auch sonst nicht nachweisen können. Der als Empfänger der Gebühr im Betrage eines Ferto für Pergament und Wachs genannte Campanarius muß wohl die Tätigkeit eines Sigillator ausgeübt haben.

Fast den gleichen Betrag, den Boemund auf dem Nürnberger Tage entrichtete, und den das zu Metz erlassene Kapitel gesetzlich festlegte, hat Scheffer-Boichorst [1]) schon für das 13. Jahr-

[1]) Scheffer-Boichorst, Zur Geschichte des XII. u. XIII. Jahrh., S. 50, Anm. 3. (Neues Archiv Bd. 19, S. 598, Anm. 1); außerdem Börger, Die Belehnung der deutschen geistlichen Fürsten, S. 64 ff.

Digitized by

hundert in zwei Fällen nachgewiesen, und zwar aus einer päpstlichen Urkunde betreffend die Belehnung des Bischofs Oliver von Paderborn im Jahre 1225[1]), und aus einer Verfügung Rudolfs von Habsburg zugunsten der Äbtissin von Remiremont vom Jahre 1290.[2]) An beiden Stellen wird der Betrag der den Kurialen geschuldeten Taxe auf 65 Mark und einen Vierdung angegeben, also um 2 Mark höher als in der Goldenen Bulle. Der Eindruck der Übereinstimmung zwischen beiden Sätzen wird ganz besonders erhöht durch den gleichmäßigen Zuschlag des Vierdung zu der Zahl der vollen Mark. So gering aber der Unterschied zwischen den beiden Beträgen auf den ersten Blick erscheinen mag, so schwer ist es, die Entstehung des späteren aus dem früheren zu erklären. Der spätere setzt sich, wie wir gesehen haben, zusammen aus je 10 Mark für Hofkanzler, Hofmeister und die Inhaber der vier Erbämter, 3 Mark für die Magistri notarii dictatores der Kanzlei, und dem Vierdung für Pergament und Wachs an den Sigillator. Daß der Vierdung der älteren Taxe die gleiche Bedeutung hatte, ist augenscheinlich. Wie aber verteilen sich die 65 Mark? Nehmen wir an, daß die niederen Kanzleibeamten ebenfalls 3 Mark erhielten, so blieben für die höheren Offizialen 62 Mark übrig, die sich in keiner Weise zu gleichen Teilen in runden Summen unter eine Zahl von 5 oder 6 Beamten verteilen

---

[1]) Nach einer Urkunde Gregors IX. vom 10. Mai 1230 (Wilmans, Westfäl. Urkundenbuch IV, Nr. 175, S. 116: ... nobis .. intimastis, quod quondam frater Hermannus Hoter ... O(livero) Sabinensi episcopo, tunc Padeburnensi, sexaginta quinque marcas et fertonem argenti apud Sanctum Germanum in receptione regalium liberaliter mutuavit) hatte Bischof Oliver von Paderborn beim Empfang seiner Regalien zu San Germano 65 Mark und einen Vierdung geliehen, und zwar von Hermann Hoter. Oliver war beim Kaiser zu San Germano am 28. Juli 1225 (Reg. imp. V, Nr. 1571, vgl. daselbst 1571a, wo aber statt 605 : 65¼ stehen müßte). Der Papst bestätigte Oliver als Bischof von Paderborn am 7. April 1225 (s. Wilmans a. a. O. Nr. 141).

[2]) MG. Const. III, Nr. 434, S. 421 vom 28. Juli 1290 (Reg. imp. VI, 2351): Ad universitatis vestre notitiam tenore presentium cupimus pervenire, quod, cum abatissa Romaricensis post novam suam creationem sua regalia, id est administrationem temporalium, a nobis petere et recipere et tunc temporis sexaginta quinque marchas cum fertone officialibus nostre curie persolvere teneatur .....; und weiter unten: pro sexaginta quinque marchis cum fertone.

lassen. Nehmen wir dagegen an, daß die Summe für die Kanzleibeamten früher 5 statt 3 Mark betragen habe, so bliebe zwar dieselbe Summe zur Verteilung an die höheren Chargen übrig; doch ist nicht abzusehen, welcher Beamte im 13. Jahrhundert statt des damals noch nicht vorhandenen Hofmeisters an der Summe teilgehabt haben sollte. Wohl haben wir nun noch eine weitere Nachricht über die Höhe der Taxe, und zwar aus der Zeit Heinrichs VII., doch scheint sie die Frage nur noch mehr zu verwickeln. Am 7. Oktober 1309 stellt der Bischof von Minden einen Revers aus[1]), in welchem er sich für schuldig erkennt, dem Kanzler pro iure curie aus Anlaß seiner Belehnung mit den Regalien quinquaginta octo marcas et unum fertonem zu zahlen. Hier begegnen wir wieder dem Vierdung neben der Hauptsumme. Diese aber ist um 7 Mark geringer als die frühere und um 5 Mark niedriger als die der Goldenen Bulle. Ziehen wir 3 Mark für die Kanzleibeamten ab, so bleiben 55, ziehen wir 5 ab, so bleiben 53 Mark übrig, von welchen Summen sich die letztere gar nicht, die erstere wenig zur Verteilung unter die höheren Offizialen eignet. Ist überhaupt ein solches Auf- und Niederschwanken der Taxe in so kurzem Zeitraum wahrscheinlich? Gewiß nicht! Ich möchte daher lieber versuchen, die Zahlenangabe in dem Reverse auf einen Irrtum zurückzuführen. Das Original des Reverses enthält die Zahl in Buchstaben ausgeschrieben; so daß hier ein Verschreiben nicht vorliegen kann. Im Konzept können dagegen sehr wohl römische Ziffern verwendet worden sein. War das aber der Fall, so ist nur die Annahme des allerhäufigsten Schreibfehlers, der Verschreibung V für X nötig, um die Zahl LVIII statt LXIII zu erklären. Bei Anfertigung der Reinschrift müßte dann die falsche Ziffer richtig in Buchstaben ausgedrückt sein. Wahrscheinlich dürfen wir also hier ein Zeugnis für das erste Vorkommen der Taxsumme der Goldenen Bulle annehmen und auch den Verteilungsmodus, aus dem sich jene

[1]) MG. Const. IV, Nr. 333, S. 287 f.: Nos Godefridus Dei gracia Myndensis ecclesie episcopus recognoscimus et tenore presencium protestamur, quod honorabili domino cancellario pro iure curie domini regis racione regalium nostrorum, que ab ipso adepti sumus, quinquaginta octo marcas et unum fertonem examinati argenti . . . . . solvere tenebimur.

Summe allein erklärt, in die Zeit Heinrichs VII. zurückverlegen. Die Wahrscheinlichkeit wird noch dadurch erhöht, daß, wie wir jetzt aus dem trierischen Rechnungsbuch wissen, die Taxsumme der Goldenen Bulle und anscheinend auch deren Verteilung nicht erst durch c. XXX gesetzlich angeordnet, sondern bereits vorher gebräuchlich war.

Der den Schluß des Kapitels bildende § 4 beruht ganz auf einem Weistum, welches schon am 6. Dezember 1355 zu Nürnberg gefunden worden war. Die Urkunde über dieses Weistum ist ausgestellt von Pfalzgraf Ruprecht dem Älteren[1]), welchen der Kaiser beauftragt hatte, ein Recht finden zu lassen umb sulich roz oder pferde, da die fürsten ire lehen ûffe enpfahen, wez die von reht solden sin. Auf diese Frage wiesen die Kurfürsten, andere Fürsten und viele Herren, Grafen und Freie, und erkannte er selbst als Recht, daß dieselben dem Herzog Rudolf von Sachsen oder seinem „Untertan" gehören, weil er des heiligen Reichs oberster Marschall sei: daz die egenanden roz oder pferde nymand anders sullen sin, dann unsirs ôheims, des hochgeboren fürsten hertzoge Rudolfs von Sahsen oder sines undertans, wanne er des heligen Romischen rychs oberigster marschalk ist, und hat ouch daz von dem Romischen ryche zů lehen.

Daß dieses Weistum die unmittelbare Vorlage für das Gesetz bildete, kann nicht zweifelhaft sein. Die Worte des Gesetzes equus seu altera bestia, welche etwas merkwürdig klingen, erklären sich am besten aus einer nicht ganz glücklichen Übersetzung der deutschen Worte: die roz oder pferde. Daß im Weistum Herzog Rudolf von Sachsen persönlich genannt wird als der zum Empfang der Tiere Berechtigte, während das Gesetz allgemein den Herzog von Sachsen nennt, ist ein in dem verschiedenen Charakter der beiden Stücke begründeter Unterschied, der sachlich von keiner Bedeutung ist; denn auch das Weistum will keineswegs dem Herzog Rudolf persönlich das Recht zuerkennen, sondern allein in seiner Eigenschaft als oberster Marschall, weil er oberster Marschall des Reiches ist, wie das ausdrücklich gesagt wird. Das Weistum will nichts anderes besagen als das Gesetz, nämlich daß der oberste Marschall des Reiches oder

[1]) Urkunden Nr. 15.

ſein Subſtitut die Tiere zu erhalten berechtigt ſei. Wenn das Geſetz das in folgender Weiſe ausdrückt: equus ille seu bestia debetur superiori marescallo, id est duci Saxonie, ſo drückt es nur etwas ſchärfer formuliert den gleichen Gedanken aus wie das Weistum. Daß aber dieſes die Vorlage bildete, zeigt ſich auch hier in der Wahl des Ausdrucks superiori marescallo, der genauen Überſetzung des deutſchen oberigster marschalk, während die Goldene Bulle ſonſt die Bezeichnung archimarescallus gebraucht.

Nach dem Vorſtehenden kann es nicht zweifelhaft ſein, wer den Erlaß des Geſetzes bewirkt hat. Nur der Sachſenherzog und ſeine Vertreter im Marſchallamte hatten ein Intereſſe an den Beſtimmungen des § 4, und nur auf Anregung und unter Mitwirkung des Herzogs, der im Beſitz der zugrunde gelegten Urkunde war, konnte dieſer Paragraph abgefaßt werden. Der Sachſenherzog war aber auch an der Aufhebung der Lehnstaxe für die Kurfürſten zurzeit allein unmittelbar intereſſiert. Seit am 21. März 1356 Herzog Rudolf der Ältere von Sachſen verſtorben war, befand ſich Rudolf der Jüngere im Beſitz des Kurrechts und des Herzogtums und war verpflichtet, innerhalb Jahr und Tag die Belehnung mit ſeinen Reichslehen beim Kaiſer nachzuſuchen. Wohl erſt nach dieſem Succeſſionsfall, durch den die Frage der Befreiung von der Lehnstaxe für Rudolf den Jüngern eine aktuelle Bedeutung erhielt, wird dieſer den Erlaß des Geſetzes beim Kaiſer betrieben haben. Gelegenheit dazu hatte er genug; denn wie er nach dem Schluſſe des Nürnberger Reichstages noch einige Wochen am Hofe des Kaiſers blieb, ſo finden wir ihn auch nach dem Tode des Vaters von Juni bis Auguſt in der Umgebung Karls. Seit dem 2. November ſcheint Rudolf dann dauernd bis zum Schluſſe des Metzer Reichstages bei dem Kaiſer geblieben zu ſein. Es beſteht demnach kein Grund zu der Annahme, daß Rudolf den Erlaß dieſes in erſter Linie zu ſeinen Gunſten ergangenen Geſetzes erſt zu Metz betrieben habe. Wahrſcheinlicher iſt ſogar, daß Rudolf der Jüngere bald nach Antritt der Regierung im Hinblick auf den urſprünglich ja viel früher angeſetzten und wiederholt hinausgeſchobenen Reichstag den Erlaß des Geſetzes herbeizuführen ſuchte, das ihm für ſeine dort zu erwartende Belehnung Taxfreiheit und gelegentlich der ebenfalls dort bevorſtehenden Belehnungen anderer Fürſten

Digitized by Google

wertvolle Bezüge an Pferden zusicherte. Die eigene Überschrift aber und die Form eines selbständigen Gesetzes lassen schließen, daß c. XXX nicht erst mit Rücksicht auf die Ergänzung der Nürnberger Gesetzgebung verfaßt ist. Die gesetzliche Fassung und die Überschrift hat unser Kapitel mit c. XXVII gemein, und die Überschriften beider Stücke zeigen sogar in der Fassung eine gewisse Verwandtschaft, die auf eine etwa gleichzeitige Entstehung deuten könnte. Wir werden kaum fehlgreifen, wenn wir annehmen, daß c. XXX ebenso wie c. XXVII bereits fertig vorlag, als man zu Metz an den Plan einer Ergänzung des Nürnberger Gesetzbuches herantrat. Ich möchte noch auf die Möglichkeit hinweisen, daß § 4 erst nach Abfassung der Überschrift hinzugefügt sein könnte. Nehmen wir an, daß die Überschrift von vornherein auch für § 4 mitbestimmt gewesen sei, so müßte der Verfasser auch den Herzog von Sachsen als obersten Marschall des Reiches zu den Offizialen gerechnet und ihn seinem eigenen Untergebenen, dem Vizemarschall, sowie dem Hofmeister und den anderen Hofbeamten gleichgestellt haben, woran er doch im Ernst kaum gedacht haben dürfte. Diese Schwierigkeit würde sich durch die Annahme, daß § 4 erst nachträglich hinzugefügt sei, beseitigen lassen.

Später noch jedenfalls ist dem Kapitel ein Zusatz hinzugefügt, der dann bei der endgültigen Gestaltung der Goldenen Bulle wieder losgetrennt und dem vorhergehenden c. XXIX als letzte Bestimmung, § 3, angehängt wurde. Daß diese ursprünglich als Zusatz zu c. XXX, und nicht für c. XXIX verfaßt ist, kann nicht zweifelhaft erscheinen. Sie paßt ihrem Inhalte nach allein zu c. XXX und ist diesem auch in einem der kurfürstlichen Exemplare, dem Mainzer, M, hinzugefügt. Der Zusatz handelt von einer Einnahmequelle, die sich dem kaiserlichen Hofmeister bei der Abhaltung von Reichshöfen und feierlichen Belehnungen eröffnete, indem er das Holzwerk des für diese Gelegenheiten errichteten Gestühls erhielt, über dessen eigenartige Verwertung wir oben gesprochen haben. Die Bestimmung schließt sich vortrefflich an die in c. XXX vorhergehenden an. War dort schon in § 2 eine Einnahme des Hofmeisters bei Gelegenheit der Belehnung von Reichsfürsten genannt, so tritt hier eine weitere Einnahme bei gleichem Anlaß hinzu. An

Digitized by Google

dieſe und die in § 3 und 4 folgenden Beſtimmungen ſchließt ſich aufs beſte der Zuſatz mit den Worten: Preterea ..... recipiet magister curie uſw. Und ſo gut der Zuſatz ſich hier anfügte, ſo ſchlecht paßt er an ſeine jetzige Stelle. Hier geht vorauf in § 1 die Beſtimmung, daß die Wahl zu Frankfurt, die erſte Krönung zu Aachen und der erſte Reichstag des neuen Königs zu Nürnberg ſtattfinden ſolle, und in § 2 die weitere, wonach bevollmächtigte Vertreter der Kurfürſten nicht zu den jenen vorbehaltenen Ehrenplätzen zugelaſſen werden ſollen. Daran reiht ſich gewiß möglichſt unpaſſend die Beſtimmung: „Außerdem ſoll der Hofmeiſter das und das erhalten.“ Mit zwingender Notwendigkeit aber ergibt ſich aus den Worten: vel feuda, sicut premittitur, principibus conferenda, daß dieſe Beſtimmung nicht für das c. XXIX, ſondern nur für den Schluß von c. XXX berechnet geweſen ſein kann. Mit den Worten: sicut premittitur kann nur auf die in Überſchrift und Text von c. XXX enthaltene Erwähnung und Erörterung des Gegenſtandes verwieſen ſein. An ihrer jetzigen Stelle aber fehlt den Worten jede Beziehung. Denn die in c. V, 1 und VII, 2 enthaltenen Erwähnungen der Belehnung von Reichsfürſten liegen doch zu weit zurück, als daß darauf mit dem einfachen sicut premittitur hätte verwieſen werden können.

Wie es nun gekommen iſt, daß in der maßgebenden Überlieferung der Zuſatz von ſeinem urſprünglichen Platz entfernt und an die ſo wenig paſſende Stelle am Ende von c. XXIX geraten iſt, vermögen wir mit Sicherheit nicht zu entſcheiden. Vielleicht war der Zuſatz in dem Konzept der kaiſerlichen Kanzlei am Rande neben c. XXX eingetragen und geriet von hier aus in M an die richtige, in allen anderen Exemplaren irrtümlich an die falſche Stelle. Doch iſt wahrſcheinlicher, daß man ſich bei der endgültigen Geſtaltung entſchloß, den Zuſatz nicht an ſeiner ihm zugedachten Stelle zu belaſſen, ſondern ihn an das Ende von c. XXIX zu verſchieben. Den Anlaß dazu könnte wohl die wiederholte Erwähnung der curiae gegeben haben, welche bei oberflächlicher Betrachtung den Anſchein erwecken konnte, als ob dieſes Stück mehr in den Zuſammenhang der von den Reichshöfen handelnden Beſtimmungen in c. XXVI bis XXIX gehöre als zu den Sätzen des c. XXX. Man muß dabei die Hinderniſſe für die Umordnung und insbeſondere die

Digitized by Google

in den Worten sicut premittitur enthaltene Verweisung auf etwas Vorhergehendes, das nun tatsächlich erst nachfolgte, gänzlich übersehen haben.

Im Hinblick auf diese Zweifel könnte es auch fraglich erscheinen, ob eine kritische Ausgabe der Goldenen Bulle nicht die Anordnung des Mainzer Exemplars befolgen sollte, statt den Zusatz, wie bisher in allen Ausgaben geschehen ist, an der ihm nicht ursprünglich bestimmten Stelle zu geben. Ich glaube mich dahin entscheiden zu sollen, daß die bisher übliche Anordnung beizubehalten ist. Auch wenn sie nur durch bloßes Versehen entstanden sein sollte, so hat sie doch anscheinend auf dem Metzer Reichstage offizielle Anerkennung gefunden und sich dieselbe seither dauernd bewahrt. Ihr gegenüber hat die abweichende ursprüngliche Anordnung des Mainzer Exemplars kaum Beachtung gefunden, verdient aber jedenfalls, sehr nachdrücklich hervorgehoben zu werden.

Kapitel XXXI.

Den Beschluß der Metzer Gesetze und damit der ganzen Goldenen Bulle macht eine Satzung des Kaisers, die in gewisser Hinsicht die merkwürdigste des ganzen Gesetzbuches, und unzweifelhaft auf die persönliche Initiative Karls zurückzuführen ist. Es wird darin angeordnet, daß die Söhne und Erben der weltlichen Kurfürsten, welche für die Succession in die Kurwürde in Betracht kommen, von ihrem siebenten bis zum vierzehnten Lebensjahre in der lateinischen (gramatica), italienischen und slavischen (tschechischen) Sprache unterrichtet werden sollen. Begründet wird das damit, daß im Reiche Völker verschiedener Zunge vereinigt seien, und daß vielfach Reichsgeschäfte in jenen Sprachen verhandelt werden müßten. Die Aufnahme der tschechischen Sprache, statt derer man eher die französische erwarten sollte, erklärt sich aus Karls besonderer Vorliebe für Böhmen. Bezeichnend für den Geist dieses Gesetzes ist besonders ein Passus, in welchem es den Eltern der Kurprinzen freigestellt wird, ob sie es vorziehen wollen, die Prinzen behufs Erlernung der fremden Sprachen auf Reisen zu schicken, oder ob sie dieselben zu Hause in Gemeinschaft mit Altersgenossen von Lehrern in den Sprachen unterrichten lassen wollen. Die Stelle würde in

einem Fürſtenſpiegel oder in einem Lehrbuche der Pädagogik weniger ſeltſam erſcheinen, als in einem Reichsgeſetze. Der Geiſt der Vielregiererei, das Beſtreben auch das Kleine und Unweſentliche in den Bereich der Geſetzgebung zu ziehen, macht ſich hier wie auch ſonſt bei Karl IV. bemerkbar. Ein Geſetz wie dieſes hätte auch ein Herrſcher aus der Zeit des aufgeklärten Deſpotismus im 18. Jahrhundert gegeben haben können. Für die Beurteilung des Weſens der Geſetzgebung des Jahres 1356 iſt von Bedeutung der Umſtand, daß auch hier das Beſtreben deutlich hervortritt, die Kurfürſten in den Stand zu ſetzen, die Aufgaben, welche Karl ihnen ganz ernſtlich in der Reichsregierung überlaſſen wollte, auch erfüllen zu können. Daß Karl die Kurfürſten auch in dieſem Schlußkapitel wie im Eingange und dann im weiteren Verlauf dieſes Geſetzbuches als die Säulen des Reiches bezeichnet, zeigt auch äußerlich, daß die Kurfürſten, ihre Stellung im Reiche, ihre Rechte und Pflichten im Mittelpunkt des ganzen Geſetzbuches ſtehen.

Digitized by Google

Zweites Kapitel.

Geschichte der Gesetzgebung auf den Reichstagen zu Nürnberg und Metz.

Nov. 1355 — Dez. 1356.

Nachdem Karl IV. am Ostertage des Jahres 1355 zu Rom die Kaiserkrone empfangen hatte, hielten ihn die italienischen Angelegenheiten noch einige Monate zurück. Erst Ende Juni überschritt er die Alpen. Im Juli finden wir den Kaiser zu Augsburg, Nürnberg, Regensburg und Sulzbach, von Mitte August an mit kurzen Unterbrechungen mehrere Monate lang in Prag. Hier widmete er sich wohl mit besonderem Interesse den Angelegenheiten seines böhmischen Erblandes, doch beschäftigten ihn auch die Angelegenheiten des Reiches in dieser ganzen Zeit vielleicht in noch höherem Grade als die böhmischen. Eine Anzahl deutscher Reichsfürsten finden wir damals am kaiserlichen Hoflager zu Prag, mit deren Rat und Hilfe der Kaiser diese Reichssachen erledigen mochte. Neben den Bischöfen von Regensburg, Eichstädt und Speier befand sich dort sein besonders bevorzugter Rat, der Bischof Johann von Straßburg. Von weltlichen Reichsfürsten weilten Ruprecht der Jüngere, Pfalzgraf bei Rhein, und Herzog Rudolf der Ältere von Sachsen mit seinem gleichnamigen Sohne in Prag. Schon am 24. August erhielt Rudolf der Ältere für sich und sein Haus durch ein in deutscher Sprache verfaßtes Privileg[1]) die Anerkennung der Kurwürde unter Festsetzung der Vererbung derselben nach den Regeln der Primogeniturfolge, und diese Aner-

[1]) Vgl. Teil II, S. 69.

Digitized by Google

kennung wiederholte der Kaiser in lateinischer Fassung am 6. Oktober[1]) gleichzeitig mit der Eventualbelehnung des Herzogs und seines Hauses mit Braunschweig-Lüneburg.[2]) Aus der Fülle der von Karl damals in Prag behandelten Reichsangelegenheiten greifen wir nur dieses eine hervorragende Beispiel heraus, welches genügt, um zu zeigen, daß Karl die deutschen Verhältnisse keineswegs über den böhmischen aus den Augen verlor.

Schon im Juli mochte er bei seinem Aufenthalt in Nürnberg, wo er damals die Frauenkirche gründete, den Plan gefaßt haben, in dieser Stadt demnächst einen großen Reichstag abzuhalten. In Prag ist dann dieser Plan zur Reife gediehen, und am 17. September[3]) ließ von hier aus der Kaiser die Aufforderung an alle Reichsstände ergehen, sich am Martinstage, dem 11. November, in Nürnberg einzufinden, wo er mit ihnen über Frieden und Wohlfahrt des Reiches beraten wolle. Unmittelbar darauf begann er selbst die Vorbereitungen zu seiner Reise ins Reich, wie wir aus einer Aufforderung, die er am 22. September[4]) an die Stadt Eger richtete, ihm zu dieser Fahrt eine gewisse Anzahl Bewaffneter zu Fuß und zu Roß zu stellen, ersehen.

Der Termin aber wurde von ihm selber nicht eingehalten; noch am 10. November finden wir Karl in Prag, am 18. auf der Reise zu Tachau, und erst am Katharinentage, dem 25. November, traf er in Nürnberg ein. Am Tage seiner Ankunft noch ließ der Kaiser die bereits zahlreich versammelten Herren und Städteboten vor sich bescheiden, legte ihnen seine großen gesetzgeberischen Pläne dar, erklärte aber, ohne die drei geistlichen Kurfürsten, deren Eintreffen er etwa binnen 14 Tagen erwartete, die Verhandlungen nicht beginnen zu wollen. Wahrscheinlich schon damals waren in Nürnberg anwesend eine Anzahl Fürsten, die uns in den Zeugenreihen einiger am 29. November ausgestellter Urkunden begegnen. Darunter befinden sich die weltlichen Kurfürsten Pfalzgraf Ruprecht der Ältere, Markgraf Ludwig der Römer und als Vertreter seines hochbetagten

[1]) Urkunden Nr. 10.
[2]) Böhmer-Huber Nr. 2263.
[3]) Böhmer-Huber Nr. 2244.
[4]) Böhmer-Huber Nr. 2249.

Digitized by

Vaters, des Herzogs Rudolf von Sachsen, dessen gleichnamiger Sohn.[1]) Letzterer war vielleicht im Gefolge des Kaisers zugleich mit diesem angekommen, wie wir das mit Sicherheit von den Bischöfen von Straßburg und Regensburg annehmen dürfen. Am 8. Dezember finden wir auch den jüngeren Rheinpfalzgrafen Ruprecht am Reichstagsorte, wo er neben seinem gleichnamigen Oheim als Urkundenzeuge fungiert.[2])

Der erste von den drei geistlichen Kurfürsten, der in Nürnberg eintraf, war Gerlach von Mainz. Aus einem von ihm in Nürnberg am 12. Dezember ausgestellten Schreiben an den päpstlichen Kämmerer Erzbischof Stephan von Toulouse und den päpstlichen Thesaurar Bischof Reginald von Palencia[3]) geht nicht nur hervor, daß er damals in der Reichstagsstadt anwesend und in den Reichsgeschäften tätig war, sondern zugleich auch, daß die beiden andern geistlichen Kurfürsten noch nicht dort eingetroffen waren, sondern erwartet wurden. Sie ließen aber noch ziemlich lange auf sich warten; denn erst am 14. brach nach den Angaben des Trierer Rechnungsbuches Erzbischof Boemund von Trier von Limburg aus nach Frankfurt auf, wo er mit Erzbischof Wilhelm von Köln den 15. rastete, um dann am 16. die Reise nach Nürnberg fortzusetzen, wo er am Abend des 22. Dezember eintraf. Vielleicht hat der Kölner Erzbischof die

---

[1]) Vgl. die Vollmacht Rudolfs des Älteren vom 28. Oktober, Urkunden Nr. 11, und den Eingang des Willebriefes Rudolfs des Jüngeren vom 12. Januar 1356, Urkunden Nr. 26B.

[2]) Böhmer-Huber Nr. 2321.

[3]) Siehe Urkunden Nr. 16. Wenn die Erzbischöfe von Köln und Trier bereits in einer vom 4. Dezember 1355 datierten Urkunde Karls als Zeugen genannt werden (Böhmer-Huber Nr. 2311), so muß dabei berücksichtigt werden, daß das Tagesdatum: II. non. nachträglich in eine leer gelassene Lücke von anderer Hand und Tinte eingetragen ist. Dies ist bereits dem scharfen Blick Th. Lindners (Urkundenwesen S. 191) nicht entgangen und von R. Lüdicke bei seiner Bearbeitung des Stückes für den Apparat der MG. aufs neue bestätigt worden. Demnach dürfte das Datum in der Weise zustande gekommen sein, daß man in der jedenfalls vor dem 14. Dezember 1355 geschriebenen Urkunde den Platz für das Tagesdatum freiließ, um ihn erst bei Anwesenheit sämtlicher Kurfürsten auszufüllen. Das geschah dann wohl am 4. Januar 1356, wobei aber die Abänderung der Monats- und Jahresangabe versehentlich unterblieb. Werunskys Erklärungsversuch (Gesch. Karls IV., III, S. 113, Anm. 2) dürfte damit hinfällig werden.

Digitized by Google

ganze Reiſe mit ihm gemeinſam gemacht, was man nach der Notiz der Quelle über den gemeinſchaftlichen Aufenthalt zu Frankfurt vermuten möchte.[1]) Jedenfalls iſt der Kölner etwa gleichzeitig mit Boemund in Nürnberg eingetroffen, da er ebenſo wie dieſer in Urkunden vom 17., 20. und 22. Dezember, in denen mit den weltlichen Kurfürſten auch Gerlach von Mainz als Zeuge genannt wird, noch nicht verzeichnet iſt.

Früheſtens am 23. Dezember können demnach die Geſamtberatungen des Kaiſers und der Kurfürſten begonnen haben, und ſchon am Weihnachtstage ſelbſt trat als erſte Frucht dieſer Verhandlungen, wie wir annehmen dürfen, ans Licht das Geſetz über die Erbfolge in die weltlichen Kurfürſtentümer und über Vormundſchaft und Mündigkeit der weltlichen Kurfürſten, das als Kapitel VII in die Goldene Bulle aufgenommen wurde.

Das vom Kaiſer in der Eröffnungsſitzung am 25. November den Ständen dargelegte Programm für die Beratungen des Reichstages kennen wir nur aus dem Bericht der Straßburger Ratsboten an ihre Stadt.[2]) Fünf Punkte enthält dieſes Programm: 1. Entſcheidung der Frage, welchen Laienfürſten das Kurrecht gehöre, 2. Ordnung des Münzweſens, 3. Verminderung der Rheinzölle und der Geleite auf dem Lande im Intereſſe des Verkehrs, 4. Herſtellung des Landfriedens im Reiche, 5. Ordnung der Königswahl im Sinne des Majoritätsprinzips zur Vermeidung von Doppelwahlen. Von dieſen Punkten wurde der erſte und fünfte tatſächlich erledigt, wie wir noch näher ſehen werden. Zweifelhaft iſt, ob die übrigen Punkte damals zur Beratung gekommen ſind. Über den Landfrieden ſoll nach einer Nachricht Heinrichs von Dieſſenhofen[3]) auf dem Reichstage zwiſchen dem Kaiſer und den Ständen verhandelt und ein Abkommen über die Einrichtung von Landfriedens-

---

[1]) XV^to Decembris mansit dominus Franckfordie propter dominum Coloniensem, qui eciam mansit ibidem.

[2]) Vom 29. November. Urkunden Nr. 12.

[3]) Imperator electores et civitatenses in regno Alamannie convocavit ad se in Norenberg tractans ea, que sunt pacis, volens et mandans, ut pacem per regnum servarent et contra facientes punirent. Quod promiserunt postulantes in singulis dyocesibus capitaneos, qui eos assisterent. Quos eis imperator assignavit. Böhmer, Fontes IV, 101.

kreisen getroffen sein. Da es an jeder Spur von Akten über diese Verhandlungen fehlt, dürfen wir wohl annehmen, daß es bei mündlichen Verabredungen und Versprechungen blieb; womit sich auch der Wortlaut der Nachricht am besten vereinigen läßt. Das aber ist festzuhalten, daß die wenigen Bestimmungen der Goldenen Bulle, welche sich mit dem Landfrieden beschäftigen oder doch mit ihm im Zusammenhang stehen, nicht als der wesentliche Niederschlag jener Verhandlungen gelten können. Diese Bestimmungen in c. XIV und XVII betreffen gewisse Einschränkungen des Fehderechts und die Bestrafung derjenigen, die unrechtmäßige Zölle und Geleite erheben, als Landfriedensbrecher und sind, soweit sie über die bereits bestehenden Gesetze hinausgehen, nicht sehr erheblich und bewegen sich nicht in der Richtung der Organisation und Handhabung des Friedens, wie jene von Heinrich von Diessenhofen erwähnten Verhandlungen. Endlich aber zeigt die Bestimmung in c. XV der Goldenen Bulle, durch welche die bereits bestehenden Landfriedensbündnisse so lange als zu Recht bestehend anerkannt werden, bis der Landfriede durch ein allgemeines kaiserliches Gesetz geordnet würde, daß die Goldene Bulle nicht das vom Kaiser geplante Landfriedensgesetz enthält.

Ebensowenig dürfen wir in der Goldenen Bulle die angekündigte Münzordnung erblicken; denn diese sollte die Wertrelation der kursierenden Münzen feststellen, während die Goldene Bulle in c. X wohl vom Münzregal, aber nicht vom Münzkurs handelt, der nur gelegentlich einmal in c. I, § 3 erwähnt wird. Immerhin scheinen Verhandlungen über diesen Gegenstand zu Nürnberg gepflogen zu sein, auf Grund deren der Kaiser am 20. Januar zu Sulzbach ein Edikt erließ, welches das Wertverhältnis der neuen Heller zu den Gulden regelte.[1]) Weder Form noch Inhalt dieses Edikts dürfte dem entsprechen, was der Kaiser bei Beginn des Reichstages plante. Wahrscheinlich fehlte es nach dem verspäteten Eintreffen der geistlichen Kurfürsten an Zeit, die Beratungen über den Gegenstand zu Ende zu führen, so daß der Kaiser sich begnügte, nachträglich die notwendigsten Bestimmungen über das Münzwesen durch jenes Edikt zu veröffentlichen.

---

[1]) Böhmer-Huber Nr. 2422.

Digitized by Google

Was endlich die beabsichtigte Verminderung der Zölle und Geleite, insonderheit der Rheinzölle betrifft, so dürfte die Anregung zu diesem Plane von den Abgesandten der deutschen Frei- und Reichsstädte, die Karl bei seiner Ankunft in Nürnberg vorfand, und die zum Teil schon in Prag bei ihm gewesen waren und ihn in diesem Sinne beeinflußt haben mochten, ausgegangen sein. Als ein Ausfluß dieser städte- und handelsfreundlichen Stimmung sind dann die Privilegienbestätigungen, welche Karl zu Nürnberg am 29. November Lübeck und andern Städten, und besonders die umfassende Privilegienbestätigung, die er am 8. Dezember den Bürgern von Köln erteilte, anzusehen. Wurde hierdurch doch den Kölnern die Befreiung von allen Zöllen ohne Ausnahme bestätigt. Wir haben schon oben (S. 68 ff.) bei Erörterung des c. XIII der Goldenen Bulle gesehen, wie nach dem Eintreffen des Kölner Erzbischofs das Blatt sich zu Ungunsten der Bürger wandte, und der Kaiser kein Bedenken trug, das eben erteilte Privileg zu widerrufen. Ebensowenig wie der Kölner dürfte aber der Trierer Erzbischof geneigt gewesen sein, auf den reichen Ertrag seiner wertvollen Zollrechte an Rhein und Mosel zu verzichten, und so finden wir denn in der Goldenen Bulle in c. IX die ausdrückliche Anerkennung der Kurfürsten im Besitze aller bestehenden Zölle in ihren Gebieten. Darin liegt aber der Verzicht auf die geplante Verminderung der Zölle.

Während die Beratung aller in der Proposition vom 25. November angekündigten Gegenstände bis zur Ankunft der geistlichen Kurfürsten verschoben wurde, benutzte der Kaiser die Wartezeit zur Erledigung anderer Geschäfte, bei welchen man der Mitwirkung jener Fürsten nicht bedurfte. Zu diesen Geschäften gehörte die Entscheidung der Frage, wem die Reittiere gehören sollten, auf denen reitend die Fürsten ihre Reichslehen empfangen hatten. Sie wurde entschieden durch ein am 6. Dezember auf Befehl des Kaisers vom Pfalzgrafen Ruprecht dem Älteren erfragtes Weistum.[1])

Ganz ruhten auch vor der Ankunft der geistlichen Kurfürsten die bis zu derselben vertagten Sachen nicht. Am 3. Dezember erhielt Ludwig der Römer eine Bestätigung seiner

[1]) Urkunden Nr. 15.

Privilegien, Besitzungen und Rechte einschließlich des Kurrechtes, und wahrscheinlich auch ein besonderes Privileg über den ausschließlichen Besitz der brandenburgischen Kur, wogegen der Markgraf dem Kaiser als Kurfürst huldigte.

Damit war für den Kaiser die von ihm als erster Punkt der Proposition zur Beratung gestellte Frage, wer weltlicher Kurfürst sei, entschieden, nachdem er bereits früher seine Entscheidung bezüglich der pfälzischen und sächsischen Kurstimme getroffen hatte, wie wir das später in einem anderen Zusammenhange erörtern werden. Es handelte sich nunmehr nur noch darum, die von ihm getroffenen Entscheidungen in ausreichender Weise unter Mitwirkung der Kurfürsten selbst festzulegen, was durch eine Reihe von Maßregeln geschah, mit denen wir uns noch näher beschäftigen werden. Erst dadurch wurde die notwendige Grundlage gegeben für die erfolgreiche Lösung der in dem fünften und letzten Punkte gestellten Aufgabe, der Schaffung eines Gesetzes über die Wahl des Königs durch die Majorität der Kurfürsten. Und diese Aufgabe wurde auf dem Reichstage nicht nur gelöst, sondern es wurde im Anschluß an ihre Lösung ein großes Verfassungsgesetz geschaffen, welches eine nahezu vollständige Kodifikation des Rechtes der Königswahl und der Königswähler darstellt: die Goldene Bulle.

Wir wenden uns nunmehr der Beantwortung der Frage nach der Entstehung dieses großen Gesetzes auf dem Nürnberger Tage zu. So verschieden man in neuerer Zeit über den Hergang bei der Entstehung des Gesetzes geurteilt hat, über einen Punkt herrscht so ziemlich Einigkeit, nämlich daß die Reihenfolge der Bestimmungen eine systematische Anordnung nicht erkennen lasse, und daher anzunehmen sei, daß die Bestimmungen in der chronologischen Reihenfolge der Beschlüsse aufgezeichnet seien. Das ist aber durchaus unrichtig; vielmehr läßt sich für den Kern des Gesetzes eine wohlüberlegte und völlig geschlossene Anordnung deutlich erkennen. Dieser Kern oder vielmehr das ursprüngliche Gesetz selbst schließt, wie das schon die Bemerkung in c. I, § 15, daß die Formulare für Wahlausschreiben und Prokuratorien sich ad finem presentis libri fänden, zeigt, mit c. XIX, und nur wer das übersieht, kann leugnen, daß die Anordnung eine durchaus planvolle ist.

Den Ausgangspunkt bildet die Königswahl. Nachdem in

Digitized by Google

c. I die Vorbereitungen zur Wahl in eingehender Weise geregelt sind, handelt der Gesetzgeber in c. II von der Wahl selbst, indem er mit besonderem Nachdruck den Satz, welcher nach der Proposition den Kern des ganzen Gesetzes bilden sollte, nämlich daß der von der Majorität der Kurfürsten Gewählte von jedermann als der einhellig gewählte rechtmäßige König anerkannt werden solle, zum Ausdruck brachte.

Auf die Ordnung der Wahl folgt die Ordnung der Rechte der Wähler. In c. III und IV werden wichtige Fragen in bezug auf Rangordnung und Ehrenrechte derselben behandelt; zunächst in c. III die Sitzordnung der geistlichen Kurfürsten bei allen Reichsversammlungen, in c. IV, § 1 die Sitzordnung der weltlichen Kurfürsten, woran sich in § 2 die Ehrenvorrechte des Mainzer Erzbischofs, Wahlberufung und Abfragung der Stimmen, das Recht der ersten Stimme des Erzbischofs von Trier und die Reihenfolge, in welcher die übrigen Kurstimmen abgegeben werden sollen, anschließen, während der letzte Paragraph des Kapitels kurz von der Ausübung der Reichsämter der weltlichen Kurfürsten handelt. Das folgende Kapitel behandelt das Sondervorrecht des Pfalzgrafen bei Rhein und des Herzogs von Sachsen bezüglich des Reichsvikariats während der Thronerledigung und des ersteren Gerichtsbarkeit über den König. Einen Nachtrag zu der Rangordnung enthält c. VI, in welchem die Anordnung der Sitze auch auf die Ordnung der Plätze bei Aufzügen übertragen, und außerdem bestimmt wird, daß den Kurfürsten kein anderer Fürst vorgehen dürfe, und besonders kein fremder König dem Könige von Böhmen. Die folgenden Kapitel VII—XI beziehen sich auf das wichtigste Recht der Kurfürsten, das Kurrecht, und die Fürstentümer, auf welche sich dieses Recht gründete. Zunächst setzt c. VII fest, daß die weltlichen Kurfürstentümer mit dem Kurrecht nach den Regeln der Primogeniturfolge nur auf einen Erben übergehen sollen, regelt die Vormundschaft über unmündige Kurfürsten und setzt deren Mündigkeitstermin auf das vollendete 18. Lebensjahr fest. In den Kapiteln VIII—XI werden zunächst dem Könige von Böhmen Rechte bezüglich seiner Landeshoheit gewährt oder anerkannt, welche dann zum Teil mit geringen Modifikationen auch den übrigen Kurfürsten gewährleistet werden. Die volle Gerichtshoheit erhält der König von Böhmen, dieselbe mit

Digitized by Google

einer Einschränkung zugunsten des Reichshofgerichts die übrigen Kurfürsten. Ihnen allen wird der Besitz der wichtigsten Regale, des Münzrechts und des Rechtes des freien Ländererwerbs, zuerkannt. An die Rechte der Kurfürsten, welche sich auf die kurfürstlichen Territorien als die Grundlagen des Kurrechts beziehen, schließt sich in c. XII die Regelung der Teilnahme der Kurfürsten an der Verwaltung des Reichs durch Anordnung jährlicher Kurfürstentage. Die Kurfürsten werden damit als ein engerer Reichsrat anerkannt. Den Abschluß und gewissermaßen die Sicherung aller kurfürstlichen Rechte enthält c. XIII mit der Bestimmung, daß alle kurfürstlichen Rechte und Privilegien den Privilegien der übrigen Reichsglieder vorgehen und ihnen derogieren sollen, so daß andere Rechte und Privilegien nur insoweit Geltung behalten, als ihnen kurfürstliche Rechte und Privilegien nicht entgegenstehen. Auf diese Kodifikation der kurfürstlichen Rechte folgt dann in vier weiteren Kapiteln eine Reihe von Bestimmungen, die nicht ausschließlich den Interessen der Kurfürsten, sondern zugleich und eben so sehr dem der anderen Fürsten und Landesherren dienen. Sie enthalten das Verbot unredlicher Absagen der Vasallen gegen ihre Herren und anderer Mißbräuche in Ausübung des Fehderechtes gegen die Lehensherren, das Verbot aller Verbindungen und Bündnisse, in denen der Kaiser und die Herren der Verbündeten nicht ausdrücklich ausgenommen werden, das Verbot der Pfalbürger, und endlich Bestimmungen über die Form der Absage, das Verbot unrechtmäßiger Fehde, aber auch ungerechter Zölle und Geleite. Mit der letzten Bestimmung erweiterte der Gesetzgeber den Kreis der durch das Gesetz mit Wohltaten bedachten Personen auf alle Reichsangehörigen, insbesondere auf die Handel treibenden Städtebürger, die doch in Nürnberg so zahlreich vertreten und bis dahin im Gesetze mehr mit Pflichten und Nachteilen als mit Rechten und Vorteilen bedacht worden waren.

Den Beschluß des ursprünglichen Gesetzes machen gemäß der in c. I enthaltenen Ankündigung die Formeln für Wahlausschreiben und Prokuratorien in c. XVIII und XIX.

Es ist gewiß nicht zu leugnen, daß dieser ursprüngliche Kern des Gesetzes eine so klare, einfache und sachgemäße Disposition aufweist, daß die Anordnung nur das Werk eines geschickten und denkenden Redaktors sein kann, nicht ein Spiel

des Zufalls. Das Geschick des Redaktors ist um so mehr zu bewundern, als ihm durchaus nicht alle Kapitel einzeln, sondern zum Teil schon in größeren Stücken vereinigt vorlagen, wodurch die Herstellung einer einheitlichen Disposition erschwert werden mußte. Keinenfalls aber kann der vortrefflichen, geschlossenen Anordnung gegenüber, welche in der Gesetzgebung des Reiches im Mittelalter und fast auch noch in der neueren Zeit ohne Beispiel dasteht, keine Rede davon sein, daß die einzelnen Teile der Goldenen Bulle lediglich nach der zeitlichen Folge der Beschlüsse aneinandergefügt seien.

Gegenüber diesem wohlgeordneten, abgeschlossenen Ganzen läßt sich nun deutlich in den noch folgenden Kapiteln XX—XXIII ein Nachtrag erkennen. Wären diese Kapitel schon vor dem Abschluß des ursprünglichen Teiles vorhanden gewesen, so hätte c. XX, welches eine Ergänzung zu c. VII bildet, hinter diesem seinen Platz finden müssen; die drei letzten Kapitel aber enthalten Ergänzungen zu c. III und IV, auf welche sie als in principio constitucionum nostrarum befindlich ausdrücklich Bezug nehmen, und hätten demgemäß hinter diesen ihren Platz finden müssen. Indem wir nun die Entstehungszeit dieser Zusatzkapitel genau feststellen können, ergibt sich zugleich der terminus ante quem für die Vollendung des ursprünglichen Gesetzes. Am 10. Januar 1356 wurde das Gesetz mit den Zusatzkapiteln feierlich publiziert; das erste der Zusatzkapitel aber ist auf Grund von Weistümern der Kurfürsten verfaßt, welche erst am 7. Januar gefunden sind, wie das oben eingehend nachgewiesen wurde. In der kurzen Spanne Zeit vom 7. bis 10. Januar ist also der Nachtrag dem vorher schon fertigen Gesetz hinzugefügt worden. Demnach muß das ursprüngliche Gesetz am 7. Januar bereits fertig vorgelegen haben. Ja wir dürfen wohl mit Sicherheit annehmen, daß es nicht erst an diesem Tage selbst, sondern spätestens am Tage vorher vollendet wurde. Wenn nun aber ein fertig redigiertes Gesetz bereits am 6. Januar vorlag, und wir können mit Bestimmtheit sagen, in Reinschrift vorhanden war — denn sonst hätte man ja jene Nachträge noch an den richtigen Stellen einordnen können —, und wenn dann die Publikation erst nach Hinzufügung eines inzwischen verfaßten Zusatzes am 10. Januar erfolgte, so liegt die Vermutung nahe, daß ursprünglich ein früherer Termin für die Publikation in Aussicht genommen

Digitized by Google

war, der dann aus irgendwelchen Ursachen verschoben wurde. Und daß dies wirklich so war, wird durch andere Zeugnisse außer Zweifel gestellt.

Am 7. Januar stellt der Kaiser dem Bischof Johann von Straßburg eine Urkunde aus, durch welche er ihm die Pfandsumme auf gewisse ältere Pfandschaften um 5000 Gulden erhöht. Diese nicht unbeträchtliche Zuwendung begründet der Kaiser mit den guten Diensten, welche der Bischof ihm und dem Reiche durch seine Tätigkeit an seinem Hofe geleistet habe. Dabei wird ganz besonders betont, daß Johann auf dem Hoftage zu Nürnberg bis zu dessen Schluß (usque ad finalem curiae exitum) geblieben sei. Diese Urkunde muß vordatiert sein, und zwar zu einer Zeit, wo man bestimmt annahm, der Reichstag werde am 7. Januar beendigt sein. Zwei weitere Urkunden, die der Kaiser in derselben Angelegenheit am 8. und 9. Januar ausstellte, enthalten ebenfalls den Hinweis auf die Dienste des Bischofs in ähnlichen Worten, wie in der Urkunde vom 7. Januar, doch ohne Erwähnung des Endes des Nürnberger Tages. Es war eben inzwischen die Verschiebung des Reichstagsschlusses Tatsache geworden. Sollte aber nach der in der Urkunde vom 7. Januar zum Ausdruck gekommenen Meinung des Kaisers das Ende des Reichstages an diesem Tage eine vollendete Tatsache sein, so muß der Schluß und damit auch die Publikation des großen Gesetzes spätestens für den 7., wahrscheinlich aber vor diesem Tage geplant gewesen sein.[1])

Zu dem gleichen Ergebnis gelangen wir von folgenden Tatsachen aus. In einer Urkunde vom 8. Januar 1356 erteilt Karl IV. demselben Bischof Johann und der Straßburger Kirche ein Privileg[2]) wegen der Pfalbürger, welches den Wortlaut des Pfalbürgerverbots aus c. XVI der Goldenen Bulle wiederholt und im Eingang ausdrücklich auf das zu Nürnberg erlassene Gesetz Bezug nimmt. Es heißt hier: Notum facimus tenore presencium universis, quod, licet alias imperialem legem de pfalburgeriis et eorum abolicione seu prohibicione generalem in solempni curia nostra imperiali cum omnibus

[1]) Urkunden Nr. 23, mit der Anmerkung.
[2]) Urkunden Nr. 25.

Digitized by Google

principibus electoribus sacri imperii, tam ecclesiasticis quam secularibus, in Nuremberg celebrata duxerimus promulgandam, quia tamen usw. (folgt die Begründung für die Erteilung dieses besonderen Privilegs) eandem imperialem legem nostram ex certa sciencia specialiter et expresse ad ipsam Argentinensem ecclesiam, ymmo ad eius cives, homines et subditos, cuiuscunque dignitatis, condicionis aut status existant, volumus et auctoritate imperiali decernimus perpetuis debere temporibus pertinere. Da nun die Publikation des Gesetzes erst am 10. Januar erfolgt ist, so muß unser Privileg vordatiert sein, und zwar zu einer Zeit, wo man in der kaiserlichen Kanzlei noch annahm, daß die Publikation der Goldenen Bulle vor dem 8. Januar stattfinden würde. Diese im voraus für den, wie oben S. 76 ausgeführt wurde, an dem Pfalbürgerverbot besonders interessierten Bischof ausgefertigte Urkunde mußte aber als ungenügend erscheinen, als die Publikation des Gesetzes erst nach dem Datum der Urkunde, die jene als etwas Vergangenes erwähnte, erfolgte. Hieraus erklärt sich dann, daß Bischof Johann sich am 12. Januar das Privileg vom 8. desselben Monats nochmals ausfertigen ließ.[1]) Gegen diese auch durch Willebriefe[2]) der Kurfürsten bekräftigte Urkunde konnte eine Einrede wegen widersprechender Datierung, wie gegen die ältere, nicht erhoben werden.

Spricht so das Straßburger Pfalbürgerprivileg ebenso wie die Urkunde über die Erhöhung der Pfandsumme vom 7. Januar dafür, daß die Publikation der Goldenen Bulle ursprünglich auf einen früheren Termin angesetzt war, so fragt es sich, welcher Tag dafür in Aussicht genommen sein konnte. Nach beiden Zeugnissen kann es spätestens der 7. Januar gewesen sein; doch war es vermutlich der 6., der Epiphaniastag. Daß in der vorausdatierten Urkunde vom 7. Januar der Schluß des Reichstages als bereits erfolgt vorausgesetzt wird, läßt vermuten, daß das im voraus gewählte Datum hinter dem Tag des beabsichtigten Schlusses, nicht aber auf diesen Tag selbst fiel. Da aber andererseits in c. XIII der Goldenen Bulle, wie wir oben S. 69ff. sahen, ein am 5. Januar dem Erzbischof von Köln gegen seine Stadt erteiltes Privileg oder vielmehr eine zu seinen

[1]) Urkunden Nr. 25. [2]) Urkunden Nr. 26.

Digitized by Google

Gunsten ergangene Widerrufung der kurz zuvor der Stadt erteilten Privilegienbestätigung als Vorlage benutzt ist, so kann, selbst wenn wir auch hier mit Vorausdatierungen rechnen wollen, die Publikation kaum auf einen andern Tag als den 6. Januar angesetzt gewesen sein. Es kommt hinzu, daß man in jenen Zeiten gern kirchliche Feiertage zur Publikation wichtiger Gesetze gewählt zu haben scheint. Endlich spricht für den 6. Januar, daß die vor dem beabsichtigten Publikationstermin hergestellte Urkunde über das Pfalbürgerverbot auf den 8. Januar vordatiert ist, während die gleichlautende Urkunde, welche nach wirklich erfolgter Publikation ausgefertigt wurde, vom 12. datiert ist. Wie die zweite Urkunde zwei Tage nach der wirklichen Publikation ausgestellt wurde, so wird man die erste auf zwei Tage nach der voraussichtlichen Publikation vordatiert haben.

So stimmt alles auf das beste zusammen. Das Gesetz war in den ersten Tagen des neuen Jahres fertiggestellt und sollte am Epiphaniastage bei der feierlichen Verabschiedung des Reichstages veröffentlicht werden. Da stellte sich wohl im letzten Augenblicke als wünschenswert heraus, vor der Entlassung des Reichstages noch eine Reihe von Geschäften zu erledigen, zu denen die Findung und Beurkundung von Weistümern über das Kurrecht der weltlichen Kurfürsten, dessen untrennbare Verbindung mit den kurfürstlichen Territorien und über die Zulassung dieser Fürsten zu allen Reichshandlungen des Kurfürstenkollegs und über die fast in allen wesentlichen Punkten schon im Gesetze selbst anerkannten landesherrlichen Rechte des Königs von Böhmen und anderes mehr, zu erledigen. Aus solchen am 7. Januar gefundenen Weistümern wurde jenes Gesetz formuliert, welches mit einigen anderen als Zusatz dem fertigen Gesetzbuche angefügt wurde. So war die Notwendigkeit eingetreten, den Publikationstermin etwas hinauszuschieben. Um aber den Schluß des Reichstages nicht, mehr als unbedingt nötig war, zu verzögern, verzichtete man wohl darauf, die für die feierliche Publikation erforderlichen bereits fertigen Reinschriften des Gesetzes durch neue mit den an gehöriger Stelle eingeschalteten Zusätzen zu ersetzen, und begnügte sich damit, jene Zusätze als Nachtrag dem Texte hinten anzufügen.

Eine Verzögerung der zum Abschluß des Gesetzbuches führenden Verhandlungen scheint durch Hemmnisse äußerlicher Art

Digitized by Google

hervorgerufen zu sein, auf welche bereits oben S. 66 f. berührte Eintragungen des Trierer Rechnungsbuches Licht verbreiten. Die Quelle berichtet zum 6. Januar 1356, nachdem ein Gastmahl der Fürsten bei Erzbischof Boemund von Trier erwähnt ist: Deinceps noluit imperator, quod principes festivarent. Vergleichen wir damit das Verbot der invitatae generales, welches der Kaiser dem c. XII einfügte, nebst der dort gegebenen Begründung, daß durch solche Festlichkeiten der Gang der Geschäfte beeinträchtigt werde, so können wir das Verbot vom 6. Januar nur aus dem gleichen Gesichtspunkte erklären. Die großen Gastereien, von denen das Rechnungsbuch selbst Nachricht gibt, waren offenbar der Erledigung der Vorarbeiten für die Vervollständigung des Gesetzbuches hinderlich gewesen. Es darf wohl nicht bezweifelt werden, daß die Findung der für die Ergänzung des Gesetzbuches so wichtigen Weistümer am 7. Januar im engsten Zusammenhange steht mit dem am Tage vorher ergangenen Verbot der Festlichkeiten.

Wir wenden uns nun der Frage nach der Entstehung des Grundstocks der Nürnberger Gesetze zu. Bei der Untersuchung der einzelnen Bestandteile der Goldenen Bulle haben wir für zwei Kapitel die Entstehungszeit näher bestimmen können. Kapitel VII ist vor dem 27. Dezember entstanden und wahrscheinlich am Weihnachtstage, jedenfalls aber als besonderes Gesetz publiziert worden. Kapitel XIII aber enthält wörtliche Entlehnungen aus der erwähnten Privilegienwiderrufung vom 5. Januar, so daß dieses Kapitel, auch wenn nicht die ausgefertigte Urkunde, sondern das Konzept benutzt sein sollte, nicht vor oder doch nicht erheblich vor dem 5. Januar entstanden sein kann.

Von allen übrigen Stücken können wir nur so viel als gewiß annehmen, daß sie erst nach dem Eintreffen der Erzbischöfe von Trier und Köln durchberaten und abgeschlossen sind; wobei natürlich nicht ausgeschlossen ist, daß manche Stücke schon früher entworfen oder sonst vorbereitet waren.

Dies möchte ich vor allem annehmen bezüglich der beiden ersten Kapitel, die ja als der eigentliche Kern des ganzen Gesetzes zu betrachten sind.

Es ist zu vermuten, daß diese Kapitel unter dem Einfluß des Mainzer Erzbischofs entstanden sind. Nur ihm allein von

allen Kurfürsten werden hier Ehrenvorrechte zugeschrieben: er hat die Kurfürsten zur Wahl zu berufen, und er ist es auch, der vor Beginn der Wahl den Eid in deutscher Sprache vorzusagen hat. Wegen des Wahlberufungsrechtes aber kommt noch besonders in Betracht, daß die bisher geltende Gewohnheit der Gesamtheit der Kurfürsten die Ansetzung des Wahltermins durch Übereinkunft zuwies, so daß dem Mainzer lediglich die formelle Einladung auf Grund einer solchen Übereinkunft verblieb. Ein solcher Beschluß der Kurfürsten über den Wahltermin wird in den Wahldekreten von 1308 und 1314[1]) ausdrücklich erwähnt, während die Dekrete über die Wahl von 1346 davon schweigen.[2]) Daß aber auch 1346 ein solcher Beschluß stattgefunden hat, bezeugt die Nachricht des Heinrich von Dießenhofen, nach der Karls Wähler am 28. Mai zu Trier den 11. Juli als Wahltermin vereinbarten.[3]) Wie es geschehen konnte, daß schon vorher am 20. Mai Gerlach von Mainz den Kölner Erzbischof zu demselben Termin lud[4]), bedarf noch der Erklärung. Jedenfalls war bei den letzten Wahlen das Mainzer Berufungsrecht hinter der Vereinbarung der Kurfürsten stark zurückgetreten. Wenn jetzt dem Mainzer die Ausschreibung der Wahl ohne jede Mitwirkung der anderen Wähler zugeschrieben wird, so wird damit dem deutschen Erzkanzler ein altes, aber seit der Mitte des 13. Jahrhunderts durch den Konkurrenzanspruch des Pfalzgrafen, dann durch das Mitbestimmungsrecht der übrigen Kurfürsten getrübtes Recht in voller Reinheit wieder zugestanden.

Der Eindruck, daß unsere Bestimmungen unter mainzischem Einfluß entstanden sind, wird noch durch eine weitere Beobachtung verstärkt. Kapitel I, § 16 ist fast nur vom mainzischen Standpunkte aus verständlich. Für den Termin der Abfassung und Versendung der Wahlausschreiben wird dort als maßgebend die Zeit angegeben, in welcher der Tod des Kaisers in der Mainzer Diözese bekannt wird. Innerhalb eines Monats nach

---

[1]) S. MG. Const. IV, Nr. 262, S. 228 und Böhmer, Regesten Ludwigs, Reichssachen Nr. 41, S. 238.

[2]) Böhmer-Huber, Reichssachen Nr. 6. Die Wahldekrete Walrams von Köln und Gerlachs von Mainz abschriftlich im Apparat der Monumenta Germaniae historica.

[3]) Böhmer, Fontes IV, 50 f.

[4]) Böhmer-Huber, Reichssachen Nr. 1. Lacomblet III, 343.

Digitized by Google

diesem Bekanntwerden soll die Anzeige von der Thronerledigung und das Ausschreiben der Wahl erfolgen. Diese eigenartige Bestimmung ist so ganz und gar auf die Bedürfnisse des Erzbischofs von Mainz und seiner Kanzlei zugeschnitten, daß ein anderer als ein diesen Kreisen Angehöriger schwerlich darauf verfallen konnte. Jedem andern hätte es wohl näher gelegen, als Frist den Ablauf eines Monats nach des Kaisers Tode selbst anzusetzen. So ist es denn höchst wahrscheinlich, daß die beiden ersten Kapitel erst nach der gegen den 12. Dezember erfolgten Ankunft Gerlachs von Mainz auf dem Nürnberger Tage in der Kanzlei des Erzbischofs oder doch unter seinem Einfluß oder seiner Mitwirkung entworfen sind.

Nach den vorstehenden Ausführungen dürfte es ausgeschlossen erscheinen, daß der Kaiser den Entwurf zu den beiden ersten Kapiteln bereits fertig mit nach Nürnberg gebracht hätte. An sich könnte das sonst als wahrscheinlich angesehen werden, da ja in diesen Kapiteln allein dasjenige enthalten war, was er von dem Inhalt der Goldenen Bulle schon am 25. November als von ihm geplant angekündigt hatte.

Von anderen Bestandteilen der Nürnberger Gesetze, bei denen die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit bestände, daß der Kaiser die Vorlage bereits fertig von Prag mit nach Nürnberg gebracht hätte, kommt, abgesehen von der älteren Grundlage des c. VII[1]), wohl nur der Entwurf eines Privilegs über die Territorialhoheit des Königs von Böhmen in Betracht, in welchem wir die Grundlage der cc. VIII—XI erkannten. Aber auch hier handelt es sich nur um eine gewisse Wahrscheinlichkeit, da die Möglichkeit, daß auch dieser Entwurf erst in Nürnberg hergestellt wurde, nicht ganz in Abrede gestellt werden kann.

Alle übrigen Stücke können ihre Fassung erst auf dem Reichstage selbst erhalten haben. Wie aus der Proposition vom 25. November hervorgeht, beabsichtigte der Kaiser damals wohl ein Gesetz über die Königswahl, nicht aber ein ausführliches Gesetz über die Rechte der Kurfürsten. Der Gedanke, das Wahlgesetz zu einer umfassenden Kodifikation der kurfürstlichen Rechte auszugestalten, dürfte also erst auf dem Reichstage selbst entstanden sein.

---

[1]) Siehe oben S. 42 ff.

Erst spät scheint der Plan einer solchen Erweiterung gefaßt zu sein. Denn wenn kurz vor dem 27. Dezember noch das für das kurfürstliche Recht so wichtige c. VII als besonderes Gesetz, wie das ganz außer Zweifel steht, feierlich veröffentlicht wurde, so wäre das gewiß nicht geschehen, wenn damals schon die Absicht bestanden hätte, ein größeres Gesetz, in dessen Rahmen die Bestimmungen dieses Sondergesetzes hineingehörten, zu erlassen. Irgendein Grund, diese Bestimmungen zu einem eigenen Gesetze zu formen und vorweg zu publizieren, wenn die Absicht jenes großen Gesetzes schon bestanden hätte, ist jedenfalls nicht zu erkennen. Es ist demnach anzunehmen, daß der Plan des großen Gesamtgesetzes erst nach Weihnachten entstanden ist.

Mit dieser Annahme stimmt denn auch die sonst kaum erklärliche Tatsache, daß auch die übrigen Bestandteile, welche sich auf die Rechte der Kurfürsten beziehen, als selbständige Gesetze formuliert sind. Ein solches ursprünglich selbständiges Gesetz, bestimmt für sich publiziert zu werden und vielleicht auch wirklich um dieselbe Zeit wie c. VII publiziert, bildeten die unter III—VI in die Goldene Bulle aufgenommenen Satzungen über Rangordnung und Ehrenrechte der Kurfürsten. Das zeigt die bei der Aufnahme beibehaltene Invocatio und Inscriptio, die Arenga, welche als Absicht des Gesetzgebers angibt, die Kurfürsten, die als die Säulen des Reiches bezeichnet werden, zu fördern, sowie besonders die Promulgatio der ersten Bestimmung, die sich mit der Sitzordnung der geistlichen Kurfürsten befaßt. Um jeden Anlaß zu Streitigkeiten zwischen ihnen zu beseitigen, ordnet der Kaiser diese Angelegenheit durch das gegenwärtige Gesetz, welches bezeichnet wird als edictalis lex perpetuo valitura, und welches mit allen Kurfürsten, geistlichen und weltlichen, beraten sei. Diese Beratung kann wegen des verspäteten Eintreffens zweier geistlicher Kurfürsten nicht vor dem 23. Dezember stattgefunden haben, so daß dieses Gesetz kaum früher als c. VII abgeschlossen sein dürfte. Ebenso selbständig ist auch c. XII gefaßt. Zwar fehlt hier die Inscriptio und eine eigentliche Arenga; doch gibt der Gesetzgeber in der Narratio eine eingehende Darlegung der ratio legis, und aus dem Inhalt ergibt sich, daß es sich hier nicht eigentlich um ein Gesetz, sondern um einen Vertrag mit den Kurfürsten handelt, dessen Gültigkeitsdauer von dem Gutbefinden beider Parteien abhängig

gemacht wird. Schon dieser besondere Charakter verbietet uns, in diesem Kapitel ein von vornherein als Bestandteil eines größeren Gesetzes verfaßtes Stück zu erblicken.

Nicht ganz so einfach ist die Beurteilung der die Kapitel VIII—XI umfassenden Gruppe. Hier liegt allerdings auch ein Stück zugrunde, welches nicht mit Rücksicht auf eine größere Gesetzgebung verfaßt war, eben jener schon mehrfach erwähnte Entwurf eines Privilegs für den König von Böhmen bezüglich seiner Territorialhoheit; doch ist die Möglichkeit, ja eine gewisse Wahrscheinlichkeit nicht zu leugnen, daß die Umgestaltung zu einem entsprechenden Privileg für alle Kurfürsten bereits mit Rücksicht auf die größere Gesetzgebung vorgenommen wurde. Vielleicht entstand gerade bei der Beratung des Entwurfs für Böhmen erst der Gedanke, dieses Privileg zu einer Satzung für alle Kurfürsten umzugestalten, und im Anschluß daran der andere, die bisher beratenen und zum Teil schon publizierten Gesetze zugunsten der Kurfürsten mit dem Wahlgesetz zu einem großen Gesetzgebungswerke zu vereinigen. Wohl sicher mit Rücksicht auf die bereits im Werke befindliche Kodifikation der Kurfürstenrechte dürfte c. XIII verfaßt sein, in welchem den kurfürstlichen Privilegien und Vorrechten der Vorrang vor allen übrigen verliehen wird.

Zweifelhaft bleibt es, inwiefern die vier folgenden Kapitel oder einige derselben von vornherein im Zusammenhang mit der großen Kodifikation oder untereinander verfaßt sind. Eine gewisse Verwandtschaft im Inhalt haben c. XV und XVI. Beide kehren ihre Spitze gegen die Expansionsbestrebungen der Städte; nur daß das erste dieser Kapitel die Verbindungen, welche die Städte mit anderen Städten und mit Fürsten und Herren eingehen, auch solche Verbindungen, die in der Form der Aufnahme in das Bürgerrecht abgeschlossen werden, verbietet, und somit auch das sogenannte Ausbürgertum trifft, während das andere allein das eigentliche Pfalbürgertum verbietet. Gerade diese Verwandtschaft des Inhalts aber spricht gegen die Annahme, daß beide Kapitel im Zusammenhange bearbeitet seien; da sie in diesem Falle auch einen Zusammenhang in der Formulierung aufweisen müßten, der gänzlich fehlt. Ja, die völlige Selbständigkeit des Pfalbürgerverbots gegenüber dem vorhergehenden Kapitel kommt sehr scharf darin zum Ausdruck, daß es als ein vom Kaiser mit Rat der Kurfürsten erlassenes Gesetz bezeichnet wird,

während das in dem vorhergehenden Kapitel zu erwarten wäre, wenn beide eine zusammenhängende Satzung bilden sollten.

Dagegen zeigen die Kapitel XVI und XVII eine auffallende Verwandtschaft in der Formulierung, welche auf einen Zusammenhang der Abfassung hinweist. Beide sind in gleicher Weise angeordnet. Erst wird genau über den Mißbrauch berichtet, der durch das Gesetz beseitigt werden soll; worauf dann mit der gleichen Wendung: quoniam igitur (resp. et quia) patrocinari non debent alicui fraus et dolus, die Satzung selbst hinzugefügt wird.

Vermutlich haben wir uns den Zusammenhang folgendermaßen zu denken. Kapitel XV, welches bei genauer Interpretation auch das Verbot des Pfalbürgertums mit umfaßte, genügte in dieser Hinsicht nicht den Wünschen des Bischofs Johann von Straßburg, der begreiflicherweise Wert darauf legte, daß in das Gesetz ein ausdrückliches Verbot der Pfalbürger aufgenommen würde. Nach dem eigenen Urteil des Kaisers war Johann, der sich schon lange am Hofe zu Prag aufgehalten hatte, auf dem Nürnberger Tage ganz hervorragend in den Reichsgeschäften tätig gewesen; so daß es nur natürlich erscheint, wenn seinem Wunsche Rechnung getragen wurde. Nunmehr aber gewann die Kodifikation ein wohl dem Kaiser, der es doch mit den Städten nicht ganz verderben wollte, zu stark erscheinendes städtefeindliches Gepräge. Dieses suchte man dadurch abzuschwächen, daß man noch ein Kapitel hinzufügte, welches Bestimmungen enthielt, wie sie seit 1235 zusammen mit dem Pfalbürgerverbote zu den festen Bestandteilen der Reichslandfrieden gehörten: Regelung der Absage und Verbot unrechtmäßiger Zölle und Geleite. Sei es nun, daß die beiden Kapitel von Bischof Johann oder seinem Notar entworfen sind oder aus der kaiserlichen Kanzlei herrühren, sicher sind sie im engsten Zusammenhange miteinander und wahrscheinlich von ein und derselben Person verfaßt. Daraus erklärt sich denn auch, weshalb XVII nicht, wie man der nahen Verwandtschaft des Inhalts wegen erwarten sollte, mit XIV zusammengestellt wurde. In XVI und XVII möchte ich demnach zwei erst aus Anlaß der Kodifikation verfaßte Kapitel erblicken.

So hat sich uns als in der Hauptsache sicheres Resultat ergeben, daß auf dem Reichstage zu Nürnberg etwa vom

23. Dezember bis 5. Januar eine Anzahl kleinerer und größerer Gesetze beraten und zum Teil auch als solche selbständig publiziert sind, welche dann nach einem erst nach Weihnachten auftauchenden Plane zu einem größeren Gesetzbuche vereinigt und durch einzelne eigens für diesen Zweck verfaßte Satzungen ergänzt wurden.

Dieser Annahme scheinen nun aber Schwierigkeiten entgegenzustehen im Inhalt der ersten beiden Kapitel. Wir erkannten in ihnen den ursprünglichen Kern der Gesetzgebung, der, wenn wir von dem Entwurf des Privilegs für Böhmen absehen, auch am frühesten abgefaßt wurde. Wie aber ist damit zu vereinen, daß an zwei Stellen des ersten Kapitels die ganze folgende Gesetzgebung schon vorausgesetzt zu werden scheint? Die eine derselben findet sich in c. I, § 15, wo gesagt wird, daß die für alle Zukunft maßgebenden Formulare für Wahlausschreiben und Prokuratorien sich am Ende dieses Buches, ad finem presentis libri, befänden.

Die beiden Formulare stehen in der Tat am Ende des ursprünglichen Bestandes der Goldenen Bulle als Kapitel XVIII und XIX. Nun wäre ja denkbar, daß mit Rücksicht auf jene Worte in I, § 15 die beiden Formulare nach Hinzufügung der übrigen Kapitel an den Schluß gerückt wären, während sie im Entwurf der beiden ersten Kapitel diesen unmittelbar folgten. Konnte denn aber das kleine Heft von wenigen Blättern, welches allenfalls die beiden ersten Kapitel selbst unter Hinzunahme des Proömium hätten formieren können, als Buch (liber) bezeichnet werden? Ich halte das für ausgeschlossen, so daß nur die Annahme übrigbleibt, daß der ganze Hinweis, oder doch die Bezeichnung presentis libri erst bei der Redaktion des Gesamtgesetzes eingefügt wurde.

Diese Annahme erscheint mir um so weniger bedenklich, als auch sonst noch eine Stelle in dem Wahlgesetze auf spätere Einschiebung zurückzuführen sein dürfte. Es ist das die Bestimmung in II, § 4, nach welcher der neu Gewählte nach der Wahl kein anderes Regierungsgeschäft vornehmen soll, bevor er die Privilegien und Rechte der Kurfürsten bestätigt hat. Diese Bestimmung unterbricht in störender Weise den Zusammenhang zwischen den vorhergehenden und folgenden von der Wahl selbst handelnden Sätzen. Sie hat mit der Wahlordnung nichts

zu tun und dürfte erst hinzugefügt worden sein, als die Verbindung des eigentlichen Wahlgesetzes mit einer Kodifikation der kurfürstlichen Rechte schon beschlossen war.

Die andere Stelle, die Bedenken erregen könnte, findet sich in I, § 6, wo bestimmt wird, daß alle diejenigen, welche die nachfolgenden Gesetze nicht befolgen wollen, gewisse Nachteile erleiden sollen. Eine genauere Betrachtung ergibt aber, daß hier keineswegs auf die der Wahlordnung noch folgenden Gesetze hingewiesen werden soll, sondern nur auf die noch folgenden Bestimmungen dieser selbst. Das geht einmal daraus hervor, daß den folgenden Gesetzen die vorhergehenden gegenübergestellt werden, welche nur als die vorhergehenden Bestimmungen dieses Wahlgesetzes selbst verstanden werden können. Es heißt: Si quis autem . . . supra et infra scriptas imperiales nostras constituciones et leges adimplere noluerit usw. Da unter den constituciones et leges supra scriptae nur die vorhergehenden Sätze dieses Gesetzes selbst verstanden werden können, so ist es nicht nur zulässig, die infra scriptae in gleicher Weise auf die folgenden Einzelbestimmungen dieses Wahlgesetzes zu deuten, sondern es ist auch wahrscheinlich, daß der Ausdruck in diesem Sinne gemeint ist. Als unbedingt notwendig aber erweist sich diese Erklärung durch die auf den Ungehorsam gesetzte Strafe. Sie besteht darin, daß der Verächter dieser Satzungen die ihm zustehenden Reichslehen nicht erhalten soll. Es ist deutlich, daß hier nur an die Verletzung solcher Vorschriften gedacht ist, welche zur Sicherung der Wahl eines neuen Königs erlassen sind. Wer sie verletzt oder nicht beachtet, der soll die Lehen, welche ihm anderenfalls der neue König erneuern müßte, nicht wieder verliehen erhalten. So bietet auch das in I und II enthaltene Wahlgesetz kein Hindernis für die Annahme, daß die Nürnberger Gesetzgebung entstanden ist aus einer Reihe ursprünglich selbständiger Satzungen, deren erst nach Weihnachten erfolgte Vereinigung den Grundstock der Goldenen Bulle bildet.

Es erübrigt noch, die Frage nach der ursprünglichen Bedeutung des Proömium zu beantworten. Wenn behauptet worden ist, daß das Proömium ursprünglich allein für die beiden ersten Kapitel bestimmt gewesen sei, so ist das durchaus unzutreffend. Schon die ganz ungewöhnliche Feierlichkeit und der verhältnismäßig zu große Umfang des Proömium machen

es sehr unwahrscheinlich, daß es nur für ein so wenig umfangreiches Gesetz verfaßt worden sei. Völlig ausgeschlossen wird aber diese Annahme durch den Inhalt des Vorwortes. Sowohl in dem biblischen als auch in dem historisch-mythologischen Teile der Arenga wird die Zwietracht als der wesentlichste Grund aller Zerrüttung hingestellt. Dann wird der Zwietracht unter den Kurfürsten als der größten Gefahr für das Reich gedacht, welcher der Gesetzgeber vorbeugen will. Er habe sich daher entschlossen, die nachfolgenden Gesetze (infra scriptas leges) zu erlassen zur Bestärkung der Einigkeit unter den Kurfürsten und zur Herbeiführung der einmütigen Wahl: ad unitatem inter electores fovendam et electionem unanimem inducendam. Die beiden ersten Kapitel aber enthalten nur diejenigen Anordnungen, welche bestimmt waren, eine formell einmütige Königswahl auf der materiellen Grundlage des Majoritätsprinzips zu sichern, während die Bestimmungen, welche ausgesprochenermaßen den Zweck haben, die Einigkeit der Kurfürsten zu erhalten, erst mit Kapitel III beginnen. Ein weiterer Grund gegen jene Beschränkung ergibt sich aus dem Charakter des Stückes. Es ist nämlich keineswegs eine einfache Arenga, wie sie etwa den einzelnen in der Goldenen Bulle vereinigten Gesetzen vorangestellt ist; vielmehr trägt es mehr den Charakter eines Publikationsedikts. Hier liegt nicht die Einleitung eines in der Publikation begriffenen Gesetzes, sondern der Bericht über einen bereits vollzogenen gesetzgeberischen Akt vor. Es wird ausführlich berichtet nicht nur über die Absichten des Gesetzgebers, sondern auch über die am 10. Januar zu Nürnberg vollzogene Publikation. Wollen wir in diesem Berichte nicht nur ein in erzählender Form verfaßtes Programm erblicken, wozu es mir an jedem Grunde zu fehlen scheint, so kann das ganze Proömium oder doch sein historisch berichtender Teil erst nach der Publikation am 10. Januar verfaßt sein. Nur unter dieser Voraussetzung können wir das Proömium als vollwertige Quelle für die Geschichte des Gesetzbuches verwenden. Damit aber ist zugleich die Beschränkung des Stückes auf die beiden ersten Kapitel gänzlich ausgeschlossen. Hatte das Wahlgesetz ursprünglich überhaupt eine Arenga, so ist dieselbe bei der Redaktion des Gesamtgesetzes fortgelassen. Sie mußte mit Rücksicht auf das große Gesamtproömium unterdrückt werden.

Unsere oben begründete Annahme, daß der Nürnberger Teil der Goldenen Bulle in der Hauptsache aus einzelnen Satzungen zusammengefügt sei, die ursprünglich unabhängig von einander entstanden und bestimmt waren, als selbständige Gesetze publiziert zu werden, ist nicht neu; sie hat vielmehr bis vor kurzem allgemein geherrscht, und noch Friedjung hat sie vertreten (S. 85). Erst Harnack hat sie als eine „sich grundlos forterbende Sage" bekämpft und zu widerlegen gesucht (S. 174). Die inneren und äußeren Gründe, welche so deutlich für diese Annahme sprechen, will er nicht anerkennen und meint sie mit dem Hinweise widerlegen zu können, daß bereits das böhmische Exemplar, welches auf dem Nürnberger Tage entstanden sei, die Einteilung in Kapitel, nicht aber jene angeblich ältere in Satzungen kenne.

Mit der Widerlegung der Gründe für die ursprünglichen Satzungen macht Harnack es sich leicht. Jedenfalls spricht nicht dagegen, daß am Anfang einiger dieser Satzungen nur die Arenga, und nicht auch Invocatio und Inscriptio stehengeblieben sind, wie das in einem Falle geschehen ist. Wenn der Redaktor bei der Zusammenfügung der Satzungen zu einem Gesetzbuche in der Behandlung der Eingangsformeln nicht ganz gleichmäßig verfuhr und vor der mit Kapitel III beginnenden Satzung Invocatio, Inscriptio und Arenga stehen ließ, während er in anderen Fällen nur die letztere beibehielt, so ist das gewiß kein Grund, das Vorhandensein der durch jene Eingangsformeln gekennzeichneten Anfänge der Einzelsatzungen zu leugnen. Daß es willkürlich sei, die vorhandenen Eingangsformeln nicht auf das Kapitel, vor welchem sie sich befinden, allein, sondern auch noch auf nachfolgende Teile zu beziehen, ist für die Satzungen des ursprünglichen Gesetzes nicht zutreffend. Die in III befindliche Arenga handelt von den Kurfürsten überhaupt, nicht von den geistlichen allein; sie kann sich also gar nicht allein auf dieses Kapitel, in dem nur von der Sitzordnung der geistlichen Kurfürsten gehandelt wird, beziehen, sondern muß mit zu den folgenden auch die weltlichen Kurfürsten betreffenden Bestimmungen gehören.

Wenn ferner die Arenga von VIII mit auf die folgenden Kapitel bezogen wird, so ergibt sich die Notwendigkeit hierzu aus der anderweit ganz feststehenden Zusammengehörigkeit der Kapitel VIII—X, denen dann XI noch hinzugefügt wurde.

Digitized by Google

Harnack beruft sich darauf, daß die Arenga von XX nichts mit den folgenden Kapiteln zu schaffen habe, und für diesen Fall trifft seine Argumentation zu. Hier ist aber auch ein ursprünglicher innerer Zusammenhang von XX mit den drei folgenden Kapiteln durchaus nicht anzunehmen, und wenn man die Kapitel XX—XXIII trotzdem als eine Satzung zusammenfaßt, so kann das nur in dem Sinne geschehen, daß diese Stücke gleichzeitig dem ursprünglichen und bereits abgeschlossenen Bestande des Gesetzbuches hinzugefügt sind. Ein innerer Zusammenhang besteht zwischen XX und den drei folgenden Kapiteln jedenfalls nicht. Dagegen sind XXI und XXII im engsten Zusammenhange und ursprünglich als eine einheitliche Satzung verfaßt, und auch XXIII ist vielleicht gleich im Anschluß an diese entstanden.

Gegen die sich aus dem Inhalt mit voller Sicherheit ergebende Annahme der Entstehung aus einzelnen ursprünglich selbständigen Satzungen kann natürlich auch das älteste Exemplar auf keinen Fall ein entscheidendes Zeugnis ablegen. Selbst wenn dieses älteste Exemplar — und als solches erkennen wir mit Harnack das böhmische für die Nürnberger Gesetze an — der Publikation zu Nürnberg am 10. Januar zu Grunde gelegt wäre, so würde der Umstand, daß sich in demselben eine Einteilung in Kapitel findet, nichts gegen die Annahme beweisen, daß das ganze Gesetz durch Zusammenfügung verschiedener ursprünglich selbständiger Bestandteile, die sich mit den Kapiteln nicht durchweg deckten, entstanden sei.

Stimmen unsere Resultate in den wesentlichsten Punkten mit der älteren auch von Friedjung übernommenen Satzungstheorie überein, so doch keineswegs in allen Einzelheiten. Ebenso wie jene ältere Theorie erkennen wir in den Kapiteln I und II die erste und in III—VI die zweite Satzung, wobei wir nur dahingestellt sein lassen, ob VI schon ursprünglich mit der zweiten Satzung verbunden war, oder ihr erst bei der Zusammenstellung des ganzen Nürnberger Gesetzbuches angefügt wurde. Wenn aber die ältere Ansicht als dritte Satzung die Kapitel VII—XI und als vierte XII—XIX zusammenfaßte, so stimmen wir damit nicht überein. In VII lernten wir eine ganz selbständige und auch für sich publizierte Satzung, also die dritte nach unserer Zählung, kennen, in VIII—XI die vierte

Digitized by Google

und in XII allein die fünfte. Sicher erst zur Ergänzung der vorhergehenden Satzungen für die Redaktion des Ganzen hergestellt ist XIII, während von den folgenden Kapiteln XIV—XVII vielleicht noch das eine oder andere ursprünglich als selbständiges Gesetz gedacht war. XVIII und XIX gehören als Beilagen zu der ersten Satzung. Inwiefern man die Nachtragskapitel XX—XXIII als eine besondere Satzung betrachten kann, ist oben gesagt; eine Satzung in dem Sinne der älteren Theorie bilden sie nicht.

Als die verschiedenen Satzungen zu einem Gesetzbuche vereinigt wurden, lag offenbar die Absicht vor, die Selbständigkeit der ursprünglichen Bestandteile zugunsten der Einheitlichkeit des Ganzen zurückzudrängen. Daher wurde allen in das Gesetz aufgenommenen Urkunden die besondere Datierung und mit einer Ausnahme auch die Invocatio und Inscriptio genommen. Nur die Arengen ließ man regelmäßig stehen, wohl weil man in ihnen eine Störung des Zusammenhanges nicht erblickte.

Für den gleichen Zweck, die Einheitlichkeit des Ganzen gegenüber den ursprünglichen Bestandteilen zu betonen, bot sich in der Einteilung in fortlaufend gezählte Kapitel ein weiteres Mittel dar. Eine solche Einteilung ist nun nicht erst, wie man früher wohl annahm, auf dem Reichstage zu Metz Weihnachten 1356 vorgenommen; das hat Harnack durch den Hinweis auf das böhmische Exemplar unwiderleglich dargetan. Denn dieses Exemplar ist in dem die Nürnberger Gesetze enthaltenden ersten Teile jedenfalls vor dem Metzer Tage entstanden. Damit ist aber noch nicht erwiesen, daß die Kapiteleinteilung schon zur Zeit der Publikation des ersten Teiles zu Nürnberg vorhanden gewesen sei. Denn das böhmische Exemplar ist, wie wir sehen werden, zur Zeit der Publikation der Nürnberger Gesetze noch nicht vorhanden gewesen. Trotzdem steht wenigstens so viel fest, daß schon damals eine durchgehende Einteilung in Abschnitte, welche den Kapiteln des böhmischen Exemplars entsprachen, vorhanden war. Das bezeugen die Privilegien für die Kölner Kirche vom 25. Januar und 2. Februar 1356[1]), in welchen eine Anzahl Kapitel der Goldenen Bulle wiederholt werden. In ihnen wird regelmäßig nach Beendigung eines Kapitels der

[1]) Urkunden Nr. 27 und 29.

Beginn eines neuen mit Item eingeführt, und die so aus den beiden Urkunden erkennbaren Abschnitte der Vorlage entsprechen durchweg der Kapiteleinteilung des böhmischen Exemplars.

Dürfen wir sonach als unzweifelhaft betrachten, daß die Goldene Bulle schon zu Nürnberg in irgendeiner Weise in Abschnitte gegliedert war, welche mit der späteren Kapiteleinteilung übereinstimmte, so ist es doch sehr fraglich, ob die einzelnen Abschnitte mit Überschriften und fortlaufenden Kapitelzahlen versehen waren. Der Umstand, daß die erwähnten Kölner Privilegien weder von den Kapitelzahlen noch von den Überschriften eine Spur enthalten, beweist freilich nicht unbedingt, daß die Vorlage beides noch nicht enthielt, spricht aber doch einigermaßen dafür. Eine nähere Betrachtung der Kapitelrubriken und ihrer Bezifferung im böhmischen Exemplar wird deutlich zeigen, daß beides nicht ursprünglich, d. h. nicht gleich bei der Redaktion des Gesetzbuches eingefügt, sondern erst später nachgetragen ist.

Die Überschriften können nicht ursprünglich als Kapitelüberschriften vom Redaktor des Gesetzes verfaßt sein; denn sie erschöpfen nicht immer den Inhalt des Kapitels, sondern geben öfter nur an, wovon der Anfang handelt. So lautet die Überschrift des ersten Kapitels: Qualiter esse debeat conductus electorum et a quibus. Doch nur die erste größere Hälfte handelt vom Geleit, während die letzten Paragraphen eingehende wichtige Bestimmungen ganz anderen Inhalts darbieten. Die Überschrift zu VII gibt als Inhalt nur die Regelung der Erbfolge der weltlichen Kurfürsten an; hiervon aber handeln allein die ersten Bestimmungen, während weiterhin noch von der Altersvormundschaft über unmündige Kurfürsten und über Wiederbesetzung erledigter Kurfürstentümer gehandelt wird. Die Überschrift zu IX gibt als Inhalt nur das zuerst behandelte Bergregal, nicht auch das ebenfalls behandelte Judenregal und Zollregal an, und ebenso kündigt die Überschrift als Inhalt des Kapitels X nur den ersten Gegenstand desselben, das Münzrecht an, nicht auch das im zweiten Teile des Kapitels behandelte Recht des freien Ländererwerbes. Derartige unvollständige, nur den Anfang der Abschnitte berücksichtigende Inhaltsangaben können kaum als integrierende Bestandteile der sonst so sorgfältigen Redaktion, sondern wohl nur als eine

sekundäre Zutat eines Rubrikators betrachtet werden. Ein solcher dürfte sie am Rande oder auf etwa sonst freigebliebenem Raume hinzugefügt haben. Er brachte sie da an, wo der Anfang eines neuen Abschnittes durch einen Absatz oder ein Kapitel- oder Paragraphenzeichen angedeutet war. Er sah dabei nur auf den Inhalt derjenigen Bestimmungen, welche am Anfang der Kapitel standen, ohne sich um die noch etwa folgenden zu kümmern. Ein solches Verfahren erklärt sich vollkommen bei einem Rubrikator, der das fertige Gesetz nachträglich für die Benutzung bequem machen wollte; während wir dem Redaktor des Gesetzes selbst eine sorgfältigere Fassung der Kapitelüberschriften zutrauen dürften. Die Rubriken sind aber nicht nur insofern mangelhaft redigiert, als sie den Inhalt der Kapitel oft nicht erschöpfen, sondern auch sonst ungenau gefaßt. Besonders auffallend ist, daß in den Überschriften zu VII und XII die principes genannt werden, wo nur von principes electores die Rede sein durfte. Auch der Gegenstand des Kapitels XIII wird durch die Überschrift: De revocacione privilegiorum wenig glücklich wiedergegeben, da es hier der Sache nach doch mehr auf den Vorrang und die absolute Geltung der kurfürstlichen Privilegien als auf den Widerruf der entgegenstehenden ankam. Endlich spricht dafür, daß die in dem böhmischen Exemplar als Überschriften erscheinenden Inhaltsangaben in der Vorlage nachträglich am Rande vom Rubrikator hinzugefügt waren, der Umstand, daß die den Überschriften der ersten zwölf Kapitel hinzugefügten Ziffern den Rubriken nicht vor- sondern nachgesetzt sind.

Wie wenig aber diese Kapitelzahlen selbst als ursprüngliche Bestandteile des Gesetzes anzusehen sind, zeigt die Tatsache, daß im böhmischen Exemplar die Kapitelzählung im Texte nur bis Kapitel XII durchgeführt ist, von da ab aber fortfällt. Nur im Index capitulorum ist die Zählung weitergeführt; doch hört auch dieser Index mit Kapitel XXI auf. Erscheinen aber Index und Kapitelzählung im böhmischen Exemplar als noch nicht völlig durchgeführte Zutaten, so dürfen wir mit Sicherheit annehmen, daß sie auch in dem älteren verlorenen Exemplar, welches der Publikation am 10. Januar zu Nürnberg zu Grunde gelegt wurde, nicht in größerer Vollständigkeit enthalten gewesen sind. Als ursprüngliche Bestandteile dürfen wir dieselben daher nicht ansehen.

Digitized by Google

Versuchen wir nun, uns eine Vorstellung von der Art und Weise des Zustandekommens der in dem Nürnberger Gesetzbuch vereinigten Gesetze zu verschaffen. Freilich stellt diesem Versuche die Dürftigkeit und Sprödigkeit des Materials die größten Schwierigkeiten entgegen, da uns nur wenige ausdrückliche Angaben in der Goldenen Bulle selbst und in einigen etwa gleichzeitigen Urkunden zu Gebote stehen, wir im übrigen aber auf unsichere Rückschlüsse aus der Beschaffenheit der Gesetze angewiesen sind.

Im Proömium wird über die feierliche Publikation der Nürnberger Gesetze am 10. Januar 1356 berichtet und dabei hervorgehoben, daß sie erfolgt sei in Gegenwart aller Kurfürsten, vieler Fürsten, Grafen, Herren und Städte. Wenn dann hinzugesetzt wird: matura deliberatione previa, nach vorhergegangener reiflicher Beratung, so kann das den Anschein erwecken, als ob eine solche Beratung mit der Gesamtheit der versammelten Stände, die eben genannt waren, stattgehabt hätte. Dagegen spricht aber sehr entschieden, daß noch viel später, z. B. auf dem Wormser Reichstage im Jahre 1495, es durchaus nicht üblich war, sämtliche Gegenstände mit allen Ständen zu beraten, sondern nur diejenigen, zu deren erfolgreicher Behandlung man der Mitwirkung auch des unteren Standes nicht entraten konnte; während man sich sonst nur an die höheren Stände wandte. Später wurden wohl die Reichsstädte regelmäßig befragt, aber noch im Jahre 1577[1]) galt es als „wenig gehört", daß die Städte dem Gutachten der Oberstände nicht einfach beipflichteten, und wenn auch der Westfälische Friede den Städten das Votum decisivum zuerkannte, so wurden sie auch damit noch nicht hinsichtlich der Beratung in Re- und Korrelation den beiden höheren Ständen gleichgestellt.[2])

Daß die Nürnberger Gesetze nur im Kurfürstenkollegium beraten wurden, kann nicht zweifelhaft sein. Von der ausschließlichen Beratung mit den Kurfürsten allein berichtet c. III und noch deutlicher c. XII. Hier wird nachdrücklich betont, daß der Reichstag mit Kurfürsten, Fürsten und Herren, die Beratung aber nur mit den Kurfürsten gehalten sei: Hinc est, quod in

[1]) K. Rauch, Traktat über den Reichstag (Quellen und Studien I) S. 87.
[2]) Zeumer, Quellensammlung S. 400, Nr. 173 Beilage.

solempni curia nostra, in Nuremberg cum venerabilibus ecclesiasticis et illustribus secularibus principibus electoribus et multis aliis principibus et proceribus per nostram celsitudinem celebrata, habita cum eisdem principibus electoribus deliberacione et de ipsorum consilio pro bono et salute communi cum dictis principibus electoribus tam ecclesiasticis quam secularibus duximus ordinandum. Freilich handelt es sich in diesen beiden Kapiteln um Angelegenheiten, welche ausschließlich die Kurfürsten angingen. Doch finden wir die Beratung mit den Kurfürsten allein auch da bezeugt, wo die wichtigsten Interessen der Fürsten, Herren und Städte in Betracht kamen, wie beim Pfalbürgerverbote in c. XVI der Goldenen Bulle, wo der Erlaß des Gesetzes omnium principum electorum ecclesiasticorum et secularium sano accedente consilio ausdrücklich hervorgehoben wird. Das bestätigen denn auch die Willebriefe zu dem am 12. Januar 1356 dem Straßburger Bischof erteilten Pfalbürgerprivileg. In demjenigen Rudolfs von Sachsen heißt es: quod, cum serenissimus ac invictissimus princeps et dominus, dominus Karolus quartus divina favente clemencia Romanorum imperator semper augustus et Boemie rex, illustris dominus noster graciosus, inter ceteras leges imperiales, quas in presenti curia imperiali in Nürenberg nobiscum et cum aliis omnibus principibus tam ecclesiasticis quam secularibus coelectoribus nostris ceterisque principibus ac nobilibus et nonnullis civitatibus celebrata de nostro et eorundem coelectorum nostrorum pleno consilio dinoscitur edidisse legem unam imperialem de pfalburgeriorum prohibicione, penis et abolicione statuerit usw. Entsprechend lautet auch der Willebrief, den Karl als König von Böhmen ausstellte.[1])

Wir erfahren hier also, daß nicht nur das Pfalbürgergesetz, sondern auch die übrigen Nürnberger Gesetze aus der Beratung mit den Kurfürsten allein hervorgegangen sind, was im Gegensatz zur Abhaltung des Reichstages mit allen Ständen betont wird. Dagegen heißt es nun freilich in den beiden am 25. Januar und am 2. Februar 1356 dem Kölner Erzbischof erteilten Privilegien[2]) von unseren Gesetzen: cum consilio et in

[1]) Urkunden Nr. 26 A und B. [2]) Urkunden Nr. 27 und 29.

presentia venerabilium ecclesiasticorum et illustrium secularium principum electorum omnium ac aliorum principum, comitum, baronum, procerum, nobilium ac magnatum plures leges et constitutiones imperiales ... edendas duxerimus et solempniter promulgandas. Doch ist es nicht notwendig, diese Worte so aufzufassen, als wollten sie sagen, daß die Gesetze auch mit den Fürsten, Grafen und Herren beraten seien; denn der Wortlaut gestattet wohl die Deutung, daß nicht notwendig die beiden Ausdrücke cum consilio und in presentia sich auf sämtliche darauf genannte Personen beziehen sollen. Man kann die Stelle auch so verstehen, daß die genannten Personen nur zum Teil an der Beratung teilnahmen, während die übrigen nur bei der Publikation anwesend waren; und zu dieser Deutung sind wir mit Rücksicht auf das oben Ausgeführte genötigt.

Dürfen wir somit sagen, daß die Bestimmungen der Goldenen Bulle vor ihrer Publikation mit den Kurfürsten allein durchberaten wurden, so soll damit natürlich nicht bestritten werden, daß über einen oder andern Punkt nicht auch der Rat von Angehörigen anderer Reichsstände eingeholt sein könnte. Hören wir doch vom Kaiser selbst, daß der Bischof Johann von Straßburg auf dem Nürnberger Tage in ganz hervorragender Weise an den Reichsgeschäften teilgenommen hat, und durften wir doch mit voller Sicherheit auf sein Betreiben die Aufnahme des Pfalbürgerverbots in das Gesetzbuch zurückführen!

Es bestand aber ein wesentlicher Unterschied zwischen dem von solchen einzelnen Reichsständen und dem von den Kurfürsten erteilten Rat. Jeder Reichsfürst sowie jeder reichsunmittelbare Graf und Herr und ebenso jeder Reichsdienstmann und Rat einer Reichsstadt war verpflichtet, dem Kaiser auf Verlangen Hofdienst zu leisten, der im Dienst zu Rat und Gericht bestand. Auch wer nicht als heimlicher Rat und Hofgesinde angenommen und dadurch in eine besondere Dienstpflicht zum Herrscher getreten war, konnte von diesem jederzeit zu Rate gezogen werden, wenn derselbe seiner Einsicht und Sachkunde bedurfte. Der Zweck eines solchen Beirates war nur der, den Kaiser in seinen Entschließungen zu beraten und so die Zweckmäßigkeit und Sachgemäßheit seiner Verfügungen zu fördern. Entsprechend diesem Zwecke tritt ein solcher Beirat in den mit seiner Hilfe entstandenen Verfügungen in der Regel nach außen nicht hervor.

Von ganz anderer Art und Bedeutung war der vom Kurfürstenkolleg eingeholte Rat. Den Kurfürsten war seit den Zeiten Rudolfs von Habsburg ein selbständiges Recht auf einen Anteil an der Regierung und Verwaltung des Reiches zuerkannt worden. Sie hatten ein Recht darauf, bei wichtigeren Regierungshandlungen gehört zu werden, und wenn auch der Kaiser nicht überall geradezu an ihre Zustimmung gesetzlich gebunden war, so mußte ihm doch daran liegen, sich ihrer Zustimmung zu allen wichtigeren Akten zu versichern, um deren Gewicht zu verstärken. Der Rat anderer Reichsstände galt dem Inhalte der kaiserlichen Verfügungen, der Rat der Kurfürsten der Wirkung derselben. Daher wird auch in den Verfügungen selbst dieses Rates gedacht; er erhöhte deren Ansehen und sicherte ihre Durchführung. Nur ein Rat der Kurfürsten, welcher ein zustimmender war, konnte diesem Zwecke dienen, und so kommt es, daß die Begriffe Rat und Zustimmung ineinander übergehen, daß consilium die Bedeutung von consensus annimmt.[1]) So ist es auch zu erklären, wenn in dem deutschen Pfalbürgerprivileg für Fulda[2]) gesagt wird, die Nürnberger Gesetze seien erlassen: mit rade und willen der Kurfürsten, während die Gesetze selbst und die anderen Urkunden nur von dem consilium oder gar nur von einer deliberatio sprechen. Gegenüber jenen anderen Stellen bietet die deutsche Urkunde nur einen Wechsel des Ausdrucks, der keinenfalls einen Wechsel der staatsrechtlichen Anschauungen bedeutet.

Rat und Zustimmung der Kurfürsten zu Verfügungen des Königs oder Kaisers über Reichsgut und Reichsrechte galten schon seit König Rudolfs Zeit als notwendig für die volle Rechtsbeständigkeit der Veräußerung; dagegen finden wir bis zur Goldenen Bulle kaum eine Spur von der Anschauung, daß der Kaiser auch in der Gesetzgebung an die Zustimmung der Kurfürsten irgendwie gebunden wäre.[3]) Dem Kaiser allein gebührt noch das Recht der Gesetzgebung, welches er übt, indem er entweder durch Privilegien Sonderrechte erteilt oder durch Gesetze gemeines Recht festsetzt, welches alle Reichsuntertanen

[1]) So schon Herzberg-Fränkel in Kaiserurkunden in Abbildungen, Text S. 460.

[2]) Urkunden Nr. 33.

[3]) Vgl. aber MG. Const. IV, Nr. 33, S. 26 und 31.

Digitized by Google

bindet. Privileg wie Gesetz gehen hervor aus der gleichen Quelle, der Fülle der kaiserlichen Macht. In der Goldenen Bulle wird dies immer wieder betont, und zwar nicht nur da, wo der Zustimmung der Kurfürsten nicht gedacht wird, wie in der ersten, dritten und vierten Satzung, sondern auch da, wo dies geschieht, wie in Kapitel III und XVI. Die plenitudo imperialis potestatis oder plenitudo imperatoriae potestatis wird überall als die Rechtsgrundlage der kaiserlichen Gesetze bezeichnet.

Unbeschränkt freilich ist dieses Gesetzgebungsrecht des Kaisers nicht; es findet seine Schranke an dem geltenden Recht, wie es durch die Urteile des höchsten Gerichtes im Reiche anerkannt ist. Das nur kann der Sinn des Ausspruchs sein, den Karl IV. nach dem Bericht der Magdeburger Schöffenchronik getan haben soll, als sich die Magdeburger Ratsboten ihm gegenüber auf den Sachsenspiegel beriefen: er erkenne kein anderes Recht an, d. h. als für ihn verbindlich, als das, welches die Fürsten an seinem Hofe gefunden hätten.[1]) Zu den am Hofe gefundenen Urteilen der Fürsten gehörten natürlich auch die von den Kurfürsten allein über Fragen, die in ihrer Rechtssphäre liegen, gefundenen Urteile. Solche Kurfürstenurteile, an deren Findung Karl IV. selbst nicht als Kaiser, sondern als Kurfürst teilnahm, wurden auch auf dem Nürnberger Tage gefunden, und zwar am 2. Januar über das Kurrecht des Herzogs Rudolf von Sachsen, und am 7. Januar über das Kurrecht Ruprechts des Älteren von der Pfalz und Ludwigs des Römers sowie über die Landeshoheit des Königs von Böhmen. Von den am letzteren Tage gefundenen Urteilen über die Kurrechte ist oben S. 82 ff. nachgewiesen, daß sie die Grundlage wurden für ein Zusatzkapitel der Goldenen Bulle; und ebenso mögen auch sonst noch einer oder der anderen Bestimmung des Gesetzes solche Weistümer, die uns nur nicht überliefert sind, zu Grunde liegen. Es ist aber bemerkenswert, daß der Gesetzgeber es nicht für nötig hält, sich in jenem Zusatzkapitel XX auf das zu Grunde liegende Weistum zu berufen. Er begnügt sich vielmehr damit, aus den das Sonderrecht einzelner Kurfürsten regelnden Weistümern ein allgemeines Gesetz zu formen und als dauerndes

[1]) Chroniken der deutschen Städte, Bd. 7, S. 228. Vgl. Reimann S. 17.

Digitized by Google

Gesetz aus eigener Machtfülle zu publizieren. Die vorausgegangene Urteilsfindung gab dem Kaiser die sichere Grundlage für sein Gesetz, die Gewißheit, daß es nicht gegen anerkanntes Recht streite. Das genügte; einer ausdrücklichen Berufung auf jene materielle Grundlage bedurfte es nicht: die Gesetzeskraft erhielt die Bestimmung schon allein durch den Willen des Kaisers. Gerade das Verhältnis von c. XX zu den Kurfürstenurteilen vom 7. Januar zeigt somit recht augenfällig, daß die Erwähnung eines Rates der Kurfürsten in einem Gesetze für dessen Rechtsgültigkeit ebensowenig erforderlich war wie dieser Rat selbst. Man ließ die Erwähnung fort, auch wenn man sich darauf hätte berufen können.

Wenn nun aber auch Beirat und Zustimmung der Kurfürsten zur Schaffung eines rechtskräftigen Gesetzes nicht notwendig war, so sind doch wohl die in der Goldenen Bulle vereinigten Gesetze durchweg vor ihrer Veröffentlichung mit den Kurfürsten durchberaten. Dafür spricht nicht nur die ausdrückliche Erwähnung des Beirates derselben in mehreren Satzungen, sondern auch die ausgesprochene Absicht des Kaisers, die Beratung der wichtigeren Sachen bis zur Anwesenheit aller Kurfürsten zu vertagen.

In welchen Formen aber diese Beratungen stattfanden, darüber sind wir ausschließlich auf Vermutungen angewiesen.

Freilich besitzen wir einen ziemlich eingehenden Bericht über den Geschäftsgang bei Beratungen der Kurfürsten auf dem Nürnberger Reichstage; und wenn diese Beratungen auch nicht Bestimmungen der Goldenen Bulle selbst betreffen, so stehen sie doch mit einigen Kapiteln des Gesetzes in engster Beziehung. Sie betreffen die Territorialhoheit der böhmischen Könige und sind erfolgt auf Grund jenes Privilegienentwurfes, der auch den entsprechenden Bestimmungen der Goldenen Bulle zu Grunde liegt. Enthalten ist der Bericht in der Urkunde Gerlachs von Mainz vom 7. Januar 1356.[1]) Aus ihr erfahren wir, daß alles Vorstehende von dem Kaiser an den Rat der Kurfürsten gebracht (premissa omnia in commune consilium nobiscum et cum ceteris principibus coelectoribus nostris habitum deducta), hier erörtert und als richtig erfunden sei (multoque studio ventilata

[1]) Urkunden Nr. 20.

Digitized by Google

et racionabilia iudicata). Gerlach erkennt dann an, daß alles mit seinem Rat und seiner vollen Zustimmung vorgegangen sei (recognoscimus de nostro consilio et pleno processisse consensu), woran sich noch eine ausdrückliche Gutheißung schließt.

Wir dürfen kaum bezweifeln, daß in den hier bezeugten Formen sich auch die Beratung der verschiedenen Satzungen der Goldenen Bulle vollzog. Die Satzungen wurden schriftlich formuliert vom Kaiser in die Ratsversammlung der Kurfürsten gebracht, hier durchberaten und vielleicht durch förmliches Urteil gebilligt.

Daß die Vorlagen für kaiserliche Gesetze vom Kaiser eingebracht werden und formell wenigstens nicht von irgendwelcher anderen Seite, versteht sich fast von selbst, und in der Goldenen Bulle ist kein Stück, welches uns zu einer anderen Annahme veranlassen könnte; denn es ist unmöglich, selbst für c. XII, wie wir gesehen haben, eine kurfürstliche Vorlage anzunehmen, geschweige denn für ein anderes Kapitel.

Vor allem müssen wir uns hüten, moderne Anschauungen über parlamentarische Verhandlungen auf die Reichsversammlungen jener Zeit zu übertragen. Nach allem, was wir über den Geschäftsgang aus den folgenden Zeiten erfahren, dürfen wir nicht denken, daß die Verhandlungen sich um die Fassung der Vorlagen im einzelnen drehten, daß etwa Anträge auf Zusätze oder Änderungen an einzelnen Stellen von einer oder der anderen Seite gemacht oder Gegenentwürfe vorgebracht wurden. Eine solche redaktionelle Tätigkeit in mündlicher Beratung scheint mir den Gewohnheiten der Zeit ganz fernzuliegen. Als die Regel dürfen wir annehmen, daß der Kaiser sich schon vor Einbringung seiner Vorlagen über deren Inhalt mit den Kurfürsten verständigt und sich ihrer Zustimmung versichert hatte, und wenn diese noch bei der Beratung der Vorlage eine Änderung derselben wünschten, so werden sie einen solchen Wunsch etwa als „Bedenken", wie man später sagte, vorgebracht, die Form aber, in welcher ihr Wunsch in dem Texte des Gesetzes berücksichtigt werden sollte, der Entscheidung des Kaisers oder vielmehr seines Kanzlers überlassen haben. Um die genaue Formulierung des Wortlautes von Beschlüssen und anderen Willensäußerungen kümmerte man sich überhaupt in jener Zeit

und noch viel später nicht so sehr. Am wenigsten aber dürfen wir annehmen, daß die Kurfürsten damals den Vorlagen des Kaisers mißtrauisch oder gar feindlich entgegengetreten wären und demgemäß in der Verhandlung über die Vorlagen möglichst viel an denselben in ihrem Interesse zu ändern gesucht hätten. Das ist ausgeschlossen nicht nur durch die in jenen Zeiten übliche Form der Verhandlung, sondern auch durch die damals gerade zwischen Kaiser und Kurfürsten herrschende Eintracht und Gleichheit der Interessen.

Eine gemeinsame Beratung des Kaisers mit den Kurfürsten muß unbedingt den Charakter einer formellen Verhandlung gehabt haben; die feierliche Form aber, in welche man in jenen Zeiten Verhandlungen und Beschlüsse zu kleiden liebte, war die der gerichtlichen Verhandlung und der Urteilfindung.

Über die Publikation des Gesetzbuches zu Nürnberg am 10. Januar 1356 berichtet als einzige Quelle die Einleitung der Goldenen Bulle selbst. Es heißt hier: infra scriptas leges ... in solempni curia nostra Nurembergensi, assidentibus nobis omnibus principibus electoribus ecclesiasticis et secularibus ac aliorum principum, comitum, baronum, procerum, nobilium et civitatum multitudine numerosa, in solio maiestatis cesaree, imperialibus infulis, insigniis et dyademate decorati, ... de imperialis potestatis plenitudine edidimus, statuimus et duximus sancciendas sub anno Domini millesimo trecentesimo quinquagesimo sexto, indictione nona, IIII. Id. Ianuarii, regnorum nostrorum anno decimo, imperii vero primo. Wie haben wir uns den hier geschilderten Vorgang zu denken? Vielleicht so, daß der Hofkanzler des Kaisers den vollständigen Wortlaut der Gesetze vor dem im kaiserlichen Schmuck auf dem Throne sitzenden Kaiser, den Kurfürsten, Fürsten, Herren und Städteboten verlas? Möglich ist das, aber angesichts der Länge und der lateinischen Fassung der Texte nicht gerade wahrscheinlich. Die wohl mehr als eine Stunde in Anspruch nehmende Vorlesung des Gesetzbuches in einer Sprache, welche sicher vielen der in der Reichsversammlung Anwesenden schwer oder gar nicht verständlich war, wäre für diese eine harte Geduldsprobe gewesen. Unter den in der Einleitung von der

Digitized by Google

Veröffentlichung gebrauchten Ausdrücken: leges edidimus, statuimus et duximus sancciendas, ist denn auch keiner, welcher uns nötigte oder es auch nur nahelegte, an eine mündliche Publikation in extenso zu denken. Vielleicht begnügte man sich, den versammelten Reichsständen das Gesetzbuch, dessen Inhalt den Hauptbeteiligten ja ohnehin bereits bekannt war, feierlich vorzulegen und etwa den wesentlichen Inhalt in kurzer mündlicher Ausführung zu berichten. Hatte doch auch bei dem Erlaß des Landfriedens zu Mainz im Jahre 1235 die mündliche Verkündigung in einer kürzeren deutschen Fassung stattgefunden, während die schriftlichen Ausfertigungen in erweiterter, feierlicherer lateinischer Form ergingen. Es darf aber nicht verschwiegen werden, daß keine Spur von einem deutschen Auszug, der etwa zu dem angegebenen Zwecke gedient haben könnte, vorhanden ist. Wie immer aber die Publikation, das „edere" des Gesetzbuches vorgenommen sein mag, ein vollständiger Text muß dabei gebraucht sein. Kennen wir dieses Exemplar?

Von allen uns überlieferten Originalen könnte hierfür nur das böhmische in Betracht kommen, als einziges, dessen erster die Nürnberger Gesetze enthaltender Teil noch vor dem Metzer Tage niedergeschrieben ist. Aber auch dieses Exemplar kann am Tage der Publikation noch nicht vorgelegen haben. Das ergibt sich aus folgender Erwägung.

Wie wir oben sahen, war der Termin für die Publikation ursprünglich auf den 6. oder 7. Januar anberaumt gewesen, wurde dann aber um einige Tage verschoben, weil die Hinzufügung gewisser Kapitel wünschenswert erschien. Das erste dieser Zusatzkapitel kann nicht vor dem 7. Januar verfaßt sein. Damals aber muß das für die Publikation bestimmte Exemplar schon in Reinschrift fertig vorgelegen haben; denn sonst wäre kein Grund gewesen, die Zusätze nicht an denjenigen Stellen einzuordnen, wohin sie nach der Disposition des Ganzen gehört hätten. Es ist schlechterdings kein anderer Grund einzusehen, der den Redaktor des Gesetzbuches veranlaßt haben könnte, die vier Zusatzkapitel zusammen an das Ende, noch hinter die Formulare, welche nach dem Hinweis im ersten Kapitel den Schluß des Gesetzbuches bilden sollten, zu setzen. Dasjenige Exemplar aber, welches für die Publikation am 6. oder 7. Januar vorbereitet war, und in welches nachträglich die

Digitized by Google

Zusatzkapitel eingetragen wurden, kann unmöglich das uns überlieferte böhmische gewesen sein; denn erstens müßte sich da, wo der Zusatz eingefügt ist, irgendeine Spur bemerken lassen davon, daß die Zusatzkapitel nicht in einem Zuge mit den unmittelbar vorhergehenden geschrieben waren. Eine solche Spur, ein Wechsel der Hand oder auch nur der Feder oder Tinte ist aber nicht zu konstatieren.[1]) Ferner müßte in dem Publikationsdatum der Einleitung eine Korrektur wahrnehmbar sein, da doch vorher auf einen früheren Termin gerechnet war; ganz abgesehen davon, daß in dem bei der Publikation benutzten Exemplare das Proömium überhaupt kaum schon vorhanden sein konnte.

Wenn nun aber das böhmische Exemplar, welches wir mit Harnack als B bezeichnen, unmöglich bei der feierlichen Publikation am 10. Januar benutzt sein kann, so wäre doch denkbar, daß es unmittelbar nach dem Nürnberger Tage hergestellt und dann in der kaiserlichen Kanzlei als authentisches Exemplar benutzt wäre. Doch auch das ist nach allem, was wir in Erfahrung bringen können, nicht der Fall gewesen.

Die schon mehrfach erwähnten Privilegien, welche der Kaiser am 25. Januar und am 2. Februar dem Erzbischof Wilhelm für die Kölner Kirche ausstellte, enthielten, wie ebenfalls schon bemerkt wurde, eine Anzahl Kapitel der Nürnberger Gesetze wörtlich eingerückt, und zwar das erstere die Kapitel IX, X, XI, XIII, XV, das letztere aber XIV und XVII; doch fehlt von diesem letzteren Kapitel der letzte auf die ungerechten Zölle und Geleite bezügliche Absatz. Es ist nun die Frage, ob diese Privilegien in der kaiserlichen Kanzlei oder in der des Erzbischofs konzipiert sind; denn nur im ersten Falle ist ein Schluß auf die Beschaffenheit des Exemplars der kaiserlichen Kanzlei aus dem Text der Privilegien zulässig.

Wäre das Konzept zu den Privilegien in der Kölner Kanzlei hergestellt, so müßte damals bereits diese Kanzlei einen Text der Goldenen Bulle zur Verfügung gehabt haben. Dem würde nicht entgegenstehen, daß das in Darmstadt aufbewahrte Kölner Exemplar des Gesetzes erst nach Hinzufügung des zweiten Teils auf dem Metzer Reichstage Weihnachten 1356 geschrieben

[1]) Nach gütiger Mitteilung der Direktion des k. u. k. Haus-, Hof- und Staatsarchivs zu Wien.

Digitized by Google

sein kann; denn es könnte der Erzbischof schon vorher ein Konzept oder überhaupt einen nicht ausgefertigten Text der Nürnberger Gesetze allein besessen haben. Und das ist auch nach der Ansicht Lindners der Fall gewesen. Ich vermag aber mich dieser Annahme nicht anzuschließen.

Lindner nimmt an, daß die einzelnen Kurfürsten in Nürnberg Protokolle über den Wortlaut der dort beschlossenen Gesetze hätten aufnehmen lassen, welche sie dann später in dem ersten Teile den in ihren Kanzleien hergestellten Reinschriften, die durch die Besiegelung mit der Goldbulle des Kaisers den Charakter authentischer Exemplare erhielten, zu Grunde legten. Bei der Art der Verhandlungen, wie ich mir dieselben glaube vorstellen zu müssen, halte ich die Anfertigung solcher Protokolle für wenig wahrscheinlich; wäre aber ein solches Protokoll oder sonst irgendein Text der Nürnberger Gesetze in der erzbischöflichen Kanzlei vorhanden gewesen, so wäre zu erwarten, daß dieser Text im wesentlichen mit dem des späteren Kölner Originals übereinstimmte. Die gleiche Übereinstimmung mit dem Texte des Kölner Originals müßten aber dann auch die Privilegien aufweisen, falls diese wirklich in der erzbischöflichen Kanzlei entworfen sein sollten. Wenngleich nun aber die Texte der Privilegien im allgemeinen nicht wesentlich von den kurfürstlichen Originalen und insbesondere von dem kölnischen (C) abweichen, so finden sich doch Stellen, welche die Annahme, daß C und die Privilegien ein Kölner Konzept als gemeinsame Vorlage hatten, auszuschließen scheinen. Weniger Gewicht ist dabei solchen Verschiedenheiten zwischen den Privilegien und C beizumessen, welche darin bestehen, daß C fehlerhafte Lesarten hat, wo die Privilegien den richtigen Text aufweisen, wie in c. X: monetis statt des richtigen monetas, in c. XIV: diffidentes statt des richtigen diffidantes und in c. XI, wo C die falsche Reihenfolge der geistlichen Kurfürsten: Maguntinensi, Treverensi, Coloniensi hat, während die übrigen Exemplare Col. Mag. Trev. haben. Es kann in all diesen Fällen der Schreiber von C Fehler gemacht haben, von welchen seine Vorlage nichts wußte. Dagegen fällt schwer ins Gewicht, daß in c. XIII am Ende der Privilegientext das Wort reputari mit B ausläßt, während sich dasselbe in C wie in den andern kurfürstlichen Exemplaren findet. Gegen die Annahme aber, daß

Digitized by Google

Wilhelm von Köln sich überhaupt schon seit dem Nürnberger Reichstage im Besitz eines Textes befunden habe, spricht sehr deutlich, wenn nicht die Ausstellung der Privilegien überhaupt, so doch jedenfalls der Umstand, daß die beiden Privilegien so bald nacheinander ausgestellt wurden. Warum ließ sich der Erzbischof am 25. Januar die Kapitel IX, X, XI, XIII und XV besonders, und acht Tage darauf in ganz gleicher Weise nachträglich auch noch XIV und XVII in Privilegienform verleihen? Warum betrieb er nicht gleich von vornherein die Verleihung der sämtlichen Kapitel zugleich? Ich glaube, daß sich dies am einfachsten aus der Annahme erklärt, daß ihm die klare Vorstellung von dem Inhalt des Gesetzes, wie sie die wiederholte eingehende Durchsicht des Textes allein erzeugen konnte, fehlte. Eine solche genaue Prüfung des Inhalts aber war kaum möglich, wenn man, zumal in der Unruhe des Reichstagsschlusses, darauf angewiesen war, ein oder das andere Mal Einsicht in das etwa in der kaiserlichen Kanzlei ausliegende Gesetzbuch zu nehmen. Da konnte der Rat oder Kanzler des Erzbischofs sehr leicht einige Bestimmungen zunächst übersehen, die dann bei Wiederholung der Durchsicht ebenfalls begehrenswert erscheinen mochten. Es mochte nun aber die Ausfertigung des zunächst bestellten Privilegs schon zu weit gediehen sein, als daß sich die weiter gewünschten Kapitel noch hätten einfügen lassen; so daß nur die Ergänzung des ersten durch ein zweites Privileg möglich war. Erinnern wir uns aber, daß von den fünf in dem ersten Privileg enthaltenen Kapiteln die drei ersten das Zugeständnis der wichtigsten Rechte bezüglich der Landeshoheit enthielten, die beiden letzten aber auf Betreiben gerade des Kölner Erzbischofs in das Gesetz Aufnahme gefunden hatten, so ist es um so erklärlicher, daß er bei flüchtiger Durchsicht des Gesetzes sich mit diesen Kapiteln begnügen zu können glaubte. Der Besitz eines eigenen Textes, den man mit Muße in der erzbischöflichen Herberge hätte studieren können, hätte wohl gleich zu der richtigen Auswahl geführt.

Ist es aber sonach in hohem Grade unwahrscheinlich, daß die Privilegien in der Kölner Kanzlei entworfen sind, so dürfen wir um so ruhiger der ohnehin natürlichen Annahme folgen, daß die kaiserliche Kanzlei bei der Inserierung von Kapiteln eines unmittelbar vorher erlassenen kaiserlichen Gesetzes ein in

Digitized by Google

der Kanzlei selbst befindliches offizielles Exemplar zu Grunde legte. Das in den Kölner Privilegien benutzte Exemplar aber war nicht B, wie sich aus folgender Vergleichung ergibt.

Die Kölner Privilegien haben in c. X: subiectarum ei terrarum gegen B: subditarum ei terrarum; in c. XI: nobiles, feudales gegen B: milites, feudales; in c. XIII: futuris temporibus concedenda gegen B: inantea concedenda; und gleich darauf seu eciam concedende gegen B, wo eciam fehlt; ebenda dominiis que superius exprimuntur, und weiterhin derogare vel obviare gegen B, wo die gesperrt gedruckten Worte fehlen; in c. XIV: contra ac gegen B: contra hoc. Wenn dagegen in c. XIII reputari vor et haberi im Privilegientexte ebenso fehlt wie in B, so erklärt sich das wohl daraus, daß dieses Wort dem ursprünglichen Texte überhaupt noch fremd war und erst später hinzugefügt wurde.

Es ist also ganz unzweifelhaft, daß zur Herstellung der Kölner Privilegien im Januar und Februar in der Reichskanzlei nicht das böhmische Exemplar, sondern ein anderes, und zwar ein solches, welches textlich mehr mit den kurfürstlichen Ausfertigungen als mit jenem übereinstimmte, benutzt wurde.

Ebensowenig wie die Kölner Privilegien können aber auch die drei schon öfter erwähnten Straßburger Urkunden, welche den Text des c. XVI der Goldenen Bulle enthalten, das Exemplar B als Quelle benutzt haben. Es sind das die beiden Ausfertigungen des Pfalbürgerprivilegs für die Straßburger Kirche vom 8. und 12. Januar, und das Schreiben des Burggrafen von Magdeburg an die Stadt Straßburg vom 1. Februar 1356[1]), von denen allerdings nur das letztere im Original überliefert ist. Die Überlieferung der beiden andern ist aber doch gut genug, um erkennen zu lassen, daß auch deren Originale einen im wesentlichen gleichen Text des Pfalbürgerkapitels der Goldenen Bulle zur Grundlage hatten wie jenes, und zwar einen Text, der nicht nur verschieden war von dem in B enthaltenen, sondern auch von dem der gesamten übrigen Überlieferung des Gesetzes. Alle drei Urkunden haben gegenüber der sonstigen Überlieferung das fehlerhafte Si quis vero statt Si qui vero. Das Privileg vom 8. Januar und das Schreiben des Burg-

[1]) Urkunden Nr. 25 und 28.

Digitized by Google

grafen haben statt des richtigen recipi se procurant gleichmäßig das sinnlose recipisse procurant. Endlich haben wieder alle drei Urkunden und nur sie allein in der Pönalklausel die Lesart penam centum marcarum, während in der sonstigen Überlieferung das unbedingt notwendige Wort penam fehlt.

Durchaus sicher ist demnach, daß die gemeinsame Grundlage der drei Urkunden bezüglich des Pfalbürgergesetzes nicht das Exemplar B der Goldenen Bulle sein kann; was ohnehin für das Privileg vom 8. Januar schon deshalb ausgeschlossen ist, weil das böhmische Exemplar an jenem Tage noch nicht vorhanden gewesen sein kann. Sicher ist aber auch die weitere Tatsache, daß die Vorlage der Straßburger Urkunden nicht der gemeinsame Archetypus der Originalausfertigungen der Goldenen Bulle gewesen sein kann; denn diesem Archetypus fehlte das unentbehrliche Wort penam in der Pönalklausel. In diesem war das Wort offenbar durch ein Versehen ausgelassen, so daß der Genitiv centum marcarum ohne Beziehung blieb. Dieser unvollständige und unverständliche Text ist unverändert übernommen von dem Trierer und Kölner Exemplar, T und C; während alle übrigen Exemplare einschließlich B die offensichtliche Korrektur centum marcas haben. Ergibt sich so mit Sicherheit, daß sämtliche Exemplare auf einen Archetypus zurückgehen, der an dieser Stelle einen Fehler enthielt, welchen die Straßburger Stücke nicht haben, so fragt es sich, ob es neben jenem Archetypus noch einen andern Text am Kaiserhofe gab, welcher den Fehler nicht enthielt und die Grundlage für die Straßburger Urkunden bildete.

Man könnte geneigt sein, diese Frage zu bejahen. Daß kaiserliche Privilegien, welche einen Text eines Gesetzes enthalten, diesen Text nach einem am Hofe befindlichen Exemplar wiedergeben, ist gewiß an sich das wahrscheinlichste. In diesem besonderen Falle aber ist die Möglichkeit und sogar eine hohe Wahrscheinlichkeit nicht zu verkennen, daß der ganze Text des Privilegs in der Kanzlei des Empfängers entworfen sei. War doch der Empfänger eben der Bischof Johann von Straßburg, der die Aufnahme des Pfalbürgerverbotes in das Gesetzbuch betrieb und veranlaßte. Da ist es gewiß sehr wahrscheinlich, daß er von dem Texte des Pfalbürgerverbotes, wenn er ihn nicht in seiner eigenen Kanzlei hatte herstellen lassen, sich möglichst

Digitized by Google

bald eine Abschrift verschaffte, noch bevor dieses in das Gesetzbuch aufgenommen war, und diese Abschrift dann die Grundlage für den Privilegientext abgab. Die Auslassung des Wortes penam könnte dann sehr wohl bei der Eintragung des Pfalbürgergesetzes in das Kanzleiexemplar des Gesetzbuches erfolgt, und es daraus zu erklären sein, daß zwar der Urtext aller Ausfertigungen der Goldenen Bulle die Auslassung hatte, das Straßburger Privileg aber nicht. Daß man bei der Wiederholung des Privilegs am 12. Januar einfach dem Texte der Vorurkunde folgte, ist sehr wahrscheinlich und erklärt am einfachsten, daß der Fehler in der Strafklausel auch hier vermieden wurde. Aber auch der Burggraf von Magdeburg teilt als kaiserlicher Landvogt des Elsaß den Bürgern von Straßburg einen Text des Pfalbürgergesetzes mit, der dem der Privilegien genau entspricht. Sollte nicht hier ein aus der kaiserlichen Kanzlei dem Landvogte amtlich mitgeteilter Text vorliegen, der erweisen würde, daß auch der im Privileg enthaltene Text aus der kaiserlichen Kanzlei stammte? Diese Annahme wird jedoch sehr unwahrscheinlich gemacht durch den Umstand, daß der Text des burggräflichen Schreibens nicht nur die richtige Fassung der Pönalklausel, sondern auch den groben Fehler recipisse statt recipi se mit dem Privileg gemein hat, und man kaum annehmen darf, daß die kaiserliche Kanzlei mehrfach den gleichen Fehler in Schriftstücken, die beide in erster Linie für die Stadt Straßburg bestimmt waren, wiederholt haben sollte, ohne ihn zu bemerken. Wahrscheinlicher ist vielmehr, daß der Landvogt jenen Text vom Straßburger Bischof erhielt. Jedenfalls dürfen wir in den Straßburger Texten des Pfalbürgerverbotes der Goldenen Bulle kein sicheres Zeugnis dafür erblicken, daß es neben dem gemeinsamen Archetypus der erhaltenen Ausfertigungen des Gesetzbuches noch ein anderes Exemplar desselben in der kaiserlichen Kanzlei gegeben hätte, dem der Text der Straßburger Urkunden entnommen wurde. Ja, es ist wenig wahrscheinlich, daß ein solcher Text einstmals vorhanden gewesen sein und außerhalb der Straßburger Urkunden keine Spur in der Überlieferung der Goldenen Bulle zurückgelassen haben sollte.

Neben der unmittelbar auf die Goldene Bulle abzielenden Tätigkeit beschäftigte den Kaiser während der ganzen Dauer des Reichstages bis zum Abschlusse des Gesetzes die Aufgabe, welche er sich bei dessen Eröffnung in erster Linie gestellt hatte, nämlich etwas Sicheres darüber zu erfahren, wer unter den Laien Kurfürst sei. Die Lösung der Frage, welchen Personen das Kurrecht zustehe, war die Voraussetzung für die volle Sicherung der Majoritätswahl, deren Festlegung den Kern des Gesetzes bildet. Nur wenn es außer allem Zweifel stand, welche sieben Personen berechtigt waren, die sieben Stimmen zu führen, konnte die Frage, ob eine Majoritätswahl erfolgt war oder nicht, in jedem Falle mit voller Sicherheit entschieden werden. Die Person der geistlichen Kurfürsten konnte oder sollte wenigstens prinzipiell niemals zweifelhaft sein; wogegen in betreff der Führung der weltlichen Kurstimmen seit längerer Zeit vielfach Zweifel und Streitigkeiten bestanden. Der alte Brauch, die Fürstentümer wie Privateigentum zu behandeln und wie solches auf mehrere Söhne zugleich geteilt oder ungeteilt zu vererben, führte zu Streitigkeiten über die Führung der Stimme unter verschiedenen Söhnen eines Vaters oder, bei weiteren Spaltungen, zwischen verschiedenen Linien eines Hauses. Derartige Zweifel oder Streitigkeiten bestanden seit längerer oder kürzerer Zeit hinsichtlich der sächsischen, pfälzischen, und brandenburgischen Kur. Diese hatte der Kaiser unzweifelhaft im Auge, als er im November zu Nürnberg jene Frage stellte. Der Gedanke daran, daß auch die uralten Zweifel an der vollen Gleichberechtigung des böhmischen Kurrechts noch einmal wieder aufleben könnten, scheint ihm damals ganz fern gelegen zu haben.[1])

Eine fast vollständige Regelung hatte in der Hauptsache schon vor dem Beginne des Nürnberger Tages die Frage der sächsischen Kur gefunden, und doch wurde gerade über diese noch eine größere Anzahl von Akten aufgenommen, als über irgendeine andere Kurstimme. Nachdem bereits vor dem Zusammentritt des Reichstages, und zwar am 24. August und am 6. Oktober 1355, durch zwei sachlich genau übereinstimmende Urkunden des Kaisers[2]) das ausschließliche Kurrecht Herzog

[1]) Vgl. hierzu den Exkurs II.

[2]) Urkunden Nr. 10 und Teil II, S. 69, letzter Absatz.

Digitized by Google

Rudolfs des Älteren und ſeiner Deſzendenz feierlich ſanktioniert worden war, wobei zugleich auch für die Vererbung des Kurrechts das Prinzip der Primogeniturfolge feſtgeſtellt wurde, gab der Erlaß des Geſetzes über die Primogeniturerbfolge aller Kurfürſtentümer nebſt Regelung der Vormundſchaft über Kurfürſten, welches ſpäter als c. VII in die Goldene Bulle aufgenommen wurde, die Veranlaſſung, ein neues kaiſerliches Privileg vom 29. Dezember zu erwirken, in welchem jene Beſtimmungen über die Vormundſchaft nachgetragen und zugleich, was früher ſeltſamerweiſe verabſäumt war, die Beſtimmungen über die Primogenitur mit der ſeit langer Zeit beſtehenden Tatſache, daß der Primogenitus ohne Hinterlaſſung von Lehnserben verſtorben war, in Einklang gebracht wurden.[1]) Doch damit noch nicht genug. Schon wenige Tage ſpäter, am 2. Januar 1356, beurkundete Erzbiſchof Gerlach von Mainz ein von ihm mit dem Kaiſer und den übrigen Kurfürſten gefundenes Weistum, laut deſſen dem Herzog Rudolf dem Älteren von Sachſen das Kurrecht gehöre.[2]) Wie die Vergleichung des Weistums mit den ebengenannten Privilegien ergibt, aus denen namentlich der ganze Bericht über die Ausübung des Kurrechts durch den Sachſenherzog bei den früheren Königswahlen hier wiederholt wird, ergibt ſich, daß die Privilegien bei der Urteilsfindung zu Grunde gelegt wurden. Eine gewiſſe Ergänzung fand dieſes wahrſcheinlich am Tage der Beurkundung ſelbſt, alſo am 2. Januar gefundene Weistum durch eine neue Weistumfindung der Kurfürſten am 7. Januar, nachdem die Abſicht, etwa am 6. Januar das Geſetzbuch zu publizieren, aufgegeben war. Damals wurden Weistümer über das Kurrecht des Pfalzgrafen Ruprecht des Älteren und des Markgrafen Ludwig des Römers gefunden[3]), ungefähr entſprechend dem vom 2. Januar für Sachſen, aber von jenem unterſchieden durch die ſcharfe Betonung des untrennbaren Zuſammenhangs von Kurrecht und Fürſtentum nebſt Zubehör, worauf die Kur gegrundfeſtigt ſei, und durch die ausdrückliche Anerkennung, daß der Inhaber der Kurſtimme auch zu allen Reichshandlungen der Kurfürſten zugelaſſen und zuzulaſſen ſei.

---

[1]) Urkunden Nr. 18. [2]) Urkunden Nr. 19.
[3]) Urkunden Nr. 21 und 22.

Ein neues Weistum, welches den beiden für Pfalz und Brandenburg gefundenen genau entsprochen hätte, scheint Herzog Rudolf der Jüngere, der seinen Vater, den Inhaber der sächsischen Kur, damals vertrat, für Sachsen nicht verlangt oder doch nicht erlangt zu haben; und doch haben wir ein deutliches Zeichen dafür, daß Rudolf nicht gewillt war, gänzlich auf die ausdrückliche Anerkennung derjenigen Rechte, welche am 7. Januar Pfalz und Brandenburg gegenüber durch Weistum anerkannt waren, zu verzichten.

Ob außer Gerlach von Mainz am 2. Januar noch andere Kurfürsten das wohl damals gefundene Weistum für Sachsen beurkundet haben, wissen wir nicht genau; doch haben die Erzbischöfe von Trier und Köln sowie der Markgraf von Brandenburg dies erst mehrere Tage später getan, und zwar Boemund von Trier und Ludwig der Römer am 8., Wilhelm von Köln am 9. Januar. Während nun die Urkunde des Markgrafen sich in keinem wesentlichen Punkte von der Gerlachs von Mainz unterscheidet, so enthalten die der beiden geistlichen Kurfürsten einen sachlich gleichen, nicht unerheblichen Zusatz gegenüber derjenigen Gerlachs. Der Zusatz ist nun unzweifelhaft veranlaßt durch eben jene Weistümer vom 7. Januar, und zwar entweder unmittelbar oder durch Vermittelung des auf Grund des Weistums hergestellten Zusatzkapitels XX der Goldenen Bulle. Während nämlich nach Gerlachs Urkunde nur von dem Kurrecht im engeren Sinne die Rede war, sollen die Kurfürsten nach jenen beiden neueren Urkunden auch anerkannt haben, der Herzog Rudolf sei auch zugelassen zu allen einem Kurfürsten zustehenden Handlungen: ad omnes actus principi electori competentes admissus.[1]) Daß diese Worte in dem Weistum für Sachsen schon enthalten gewesen wären und nur in Gerlachs Urkunde keine Berücksichtigung gefunden hätten, ist nach Lage der Sache nicht anzunehmen; vielmehr ist deutlich, daß dieselben nur nach Analogie der Weistümer für Pfalz und Brandenburg, deren Inhalt ja durch den Zusatz zur Goldenen Bulle inzwischen auf alle weltlichen Kurfürstentümer ausgedehnt war, auf Wunsch des Sachsenherzogs in die beiden Urkunden eingefügt wurden.

[1]) Urkunden Nr. 24.

Digitized by Google

Weniger einfach als die Frage des sächsischen Kurrechts, in welcher Karl IV. stets konsequent an der Anerkennung der Ansprüche der Wittenbergischen Linie festgehalten hatte, lag für ihn die Entscheidung über die pfälzische und die brandenburgische Kur. Die Regelung der pfälzischen Kur war durch den wittelsbachischen Hausvertrag zu Pavia im Jahre 1329 und dessen unter Mitwirkung der Organe der Reichsgewalt in den Jahren 1338—1341[1]) vorgenommene Modifikationen erfolgt. Die pfälzische Kur galt demnach als Gesamtbesitz des wittelsbachischen Hauses und sollte alternierend von Wahl zu Wahl von dem ältesten Vertreter der pfälzischen und der bayerischen Linie geführt werden. Durch besondere Urkunden erkannten König Johann von Böhmen am 18. März 1339 und Erzbischof Heinrich von Mainz am 24. Juni 1341 an, daß zur Führung der pfälzischen Stimme bei der nächsten Königswahl Pfalzgraf Rudolf II. als ältester der pfälzischen Linie allein berechtigt sei. Es erhebt sich nun die Frage, wie weit diese Regelung der Angelegenheit bei den nächsten Wahlen wirklich beobachtet wurde. An der Wahl Karls IV. im Jahre 1346 hat kein Vertreter der pfälzischen Stimme teilgenommen, da sämtliche Wittelsbacher dem Kaiser Ludwig treu blieben und somit keinen Grund zu einer Königswahl anerkannten. Wenn der Papst in einem uns überlieferten Schreiben[2]) den Pfalzgrafen Ruprecht den Älteren auffordert, an der Wahl teilzunehmen, so zeigt die hinzugefügte Klausel: si et in quantum ad te pertinuerit, daß die Kurie von den jüngsten Abmachungen nichts wußte oder nichts wissen wollte. Sehen wir dann aber, wie 1349 bei der Wahl des Gegenkönigs Günther Pfalzgraf Rudolf seinen jüngeren Bruder Ruprecht ohne Widerspruch mitwählen läßt, so dürfen wir daraus schließen, daß er an der Behauptung seines ausschließlichen Rechtes nicht festhielt, wenn es vielleicht auch nur die besonderen Umstände dieses Falles sein mochten, welche ihn zu seinem Verhalten veranlaßten. Vom Standpunkte Karls aus war schon durch die Nichtbeteiligung der Pfälzer an der Wahl von 1346 deren Recht auf die Führung der Stimme

---

[1]) Vgl. Regesten der Pfalzgrafen Nr. 2188, 2189, 2190, 2233, 2235, 2236 und insbesondere 2209 (inseriert in Urkunden Nr. 8), sowie 2255.

[2]) Regesten der Pfalzgrafen Nr. 2564.

Digitized by Google

bei der nächsten Wahl nach 1340 konsumiert; aber auch vom gegnerischen Standpunkte aus angesehen war das jedenfalls durch die Teilnahme der Rheinpfalzgrafen an der Wahl Günthers geschehen. Nunmehr mußte das Kurrecht bis nach der nächsten Wahl wieder an die bayerische Linie übergehen, wenn die jüngste Ordnung der Sache aufrechterhalten bleiben sollte. Nach dem Separatfrieden, welchen Pfalzgraf Rudolf II. noch vor dem Scheitern des Königtums Günthers mit seinem bisherigen Gegner Karl abschloß, und den er durch die Vermählung seiner Tochter Anna mit dem Könige besiegelte, konnte natürlich bei den Neuverbündeten die Neigung, die Rechte der bayerischen Linie auf die Kur anzuerkennen, nicht groß sein. Aber der Versuch, das pfälzische Kurrecht auf Karls Gemahlin und durch sie auf das luxemburgische Haus zu vererben, scheiterte doch noch an dem Widerspruch der bayerischen Linie. Noch einmal aber wahrte Ludwig der Ältere sein und seines Hauses Recht an der pfälzischen Kur, als er am 16. September 1351 seine Zustimmung zu dem zwei Jahre früher vom Pfalzgrafen Rudolf II. zu Gunsten seiner Tochter, der Königin Anna, und deren Nachkommenschaft getroffenen Verfügung über alle seine Besitzungen in der Pfalz und in Bayern erteilte; er nahm dabei ausdrücklich das Kurrecht und alle andern mit der Pfalz verbundenen Ehren und Rechte aus, sie sich und seinem Hause vorbehaltend.[1])

Seitdem hören wir nichts mehr von dem Anteil der bayerischen Linie an der pfälzischen Kur, der vielleicht bei irgendeiner Gelegenheit förmlich aufgegeben wurde. Jedenfalls aber wurde derselbe bei der Regelung der Frage nach dem Tode Rudolfs II., der 1353 eintrat, gänzlich außer Acht gelassen. Der Erbe der Pfalz, Rudolfs jüngerer Bruder Ruprecht der Ältere, legte dem Könige jene am 18. März 1339 von Johann von Böhmen über das Kurrecht Rudolfs II. ausgestellte Urkunde mit der Bitte um Bestätigung ihrer Echtheit vor. Daraufhin stellte Karl IV. Ruprecht dem Älteren zwei Urkunden aus, die eine zu Kaisersberg, die andere zu Kolmar, beide aber am gleichen Tage, dem 22. Mai 1354.[2]) In der

[1]) Böhmer-Huber, Reichssachen Nr. 144.

[2]) Urkunden Nr. 8 und 9.

Digitized by Google

ersten bestätigte er die Echtheit der Urkunde seines Vaters Johann, indem er sie im vollen Wortlaut transsumiert; in der zweiten aber erkennt er auf Grund jener neu beglaubigten Urkunde das Kurrecht und die übrigen mit der Pfalz verbundenen Ehren und Rechte Ruprecht dem Älteren als Erben Rudolfs II. zu. Dabei ist nun sehr auffällig, daß in jener Urkunde König Johanns das Kurrecht Rudolfs lediglich in der Beschränkung auf die prima electio, die nächste Königswahl, anerkannt wurde; während nunmehr angeblich auf Grund jener Urkunde Ruprecht der Ältere die Anerkennung des Kurrechts ohne jede Einschränkung erhält. Es kann unmöglich dem Kaiser und dem Pfalzgrafen sowie ihren Räten entgangen sein, daß der Rechtsinhalt der neuen Urkunde weit über den der älteren hinausging, und diese daher nicht zur Begründung für jene genügte, und dieser Erkenntnis werden wir es zuschreiben dürfen, daß man es vermied, den Wortlaut der Urkunde Johanns mit der angeblich durch sie begründeten neuen Beurkundung in einem Schriftstück zu vereinigen. Jedem Leser der Urkunde über die Anerkennung des alleinigen Kurrechtes Ruprechts des Älteren hätte man damit eine Waffe gegen dieses alleinige Recht in die Hand gegeben; während man jetzt in der Lage war, mit der bedenklichen Begründung möglichst zurückzuhalten. Daraus würde aber zu schließen sein, daß ein Widerspruch gegen das ausschließliche Kurrecht Ruprechts zu fürchten war. Ein ausdrücklicher Verzicht der bayerischen Linie war also doch wohl kaum erfolgt. Sicher wäre die Berufung auf eine Verzichtsurkunde Ludwigs des Älteren weit wirksamer gewesen, als die auf jene Urkunde König Johanns.

Doch wie dem auch sei, Karl IV. hat Ruprecht I. damals als alleinigen rechtmäßigen Inhaber des pfälzischen Kurrechts feierlich anerkannt und sich auch bemüht, ihm die gleiche Anerkennung von anderen Kurfürsten zu verschaffen. Freilich ist uns nur ein Schreiben an Herzog Rudolf von Sachsen erhalten, in welchem der König ihn ersucht, einen Willebrief zu der Anerkennungsurkunde vom 22. Mai 1354 auszustellen[1]); doch dürfen wir wohl unbedenklich annehmen, daß entsprechende Aufforderungen auch an andere Kurfürsten ergingen. Da aber kein

[1]) Böhmer-Huber Nr. 1860 vom 27. Mai.

einziger Willebrief überliefert ist, so liegt die Vermutung nahe, daß Karls Bemühungen in dieser Hinsicht ohne den gewünschten Erfolg geblieben sind. Welche Einflüsse noch der vollen Anerkennung Ruprechts I. entgegenstehen mochten, wissen wir nicht. Vielleicht gingen sie von Ludwig dem Älteren aus, vielleicht auch von Ruprecht II. oder dem Jüngeren. Durch den Vertrag von Pavia war 1329 das pfälzische Kurrecht auf den ältesten der pfälzischen Linie, Pfalzgraf Rudolf II., übertragen. Dieser war der zweite Sohn des 1319 verstorbenen Pfalzgrafen Rudolf I. Zur Zeit des Paveser Vertrages lebten von den drei Söhnen Rudolfs I. nur noch der zweite, Rudolf II., und der dritte, Ruprecht der Ältere; während der älteste, Adolf, bereits mit Hinterlassung eines Sohnes, eben jenes Ruprecht II., verstorben war. Daß man nicht diesem Enkel Rudolfs I., sondern dem ältesten der noch lebenden Söhne die Kur übertrug, entsprach dem Vertrage von 1313.[1]) Dagegen hätte nach dem in der Goldenen Bulle und in einem Falle schon vorher für die Vererbung der Kurwürde aufgestellten Grundsatze der Primogeniturerbfolge der Sohn des verstorbenen ältesten Sohnes, also Ruprecht II., den Vorzug vor dem zweiten Sohne gehabt. Vielleicht waren es die auch früher nicht ganz unbekannten Grundsätze der Primogeniturfolge, welche Ruprecht den Jüngeren veranlaßten, gegen das Kurrecht seines Oheims Einspruch zu erheben. Wir erfahren freilich von den Streitigkeiten über das Kurrecht zwischen den beiden Ruprechten erst aus dem Vergleich vom 27. Dezember 1353, durch welchen dieselben beigelegt wurden, und auch bei dieser Gelegenheit wird über die Gründe und die Streitpunkte Näheres nicht gesagt.[2])

Der Vergleich zwischen den beiden Pfalzgrafen wurde abgeschlossen unmittelbar nach dem Erlaß des Gesetzes über die Primogeniturfolge und den Mündigkeitstermin der Kurfürsten, welches bald darauf in die Goldene Bulle aufgenommen wurde. Die Form des Vertrages scheint die einer mündlichen Verlautbarung vor Kaiser und Kurfürsten gewesen zu sein; wenigstens ist ein Vertragsinstrument nicht überliefert, sondern nur eine Anzahl von Urkunden, in denen der Kaiser und die Kurfürsten

[1]) Regesten der Pfalzgrafen 1711.
[2]) Vgl. Urkunden Nr. 17.

Digitized by Google

einzeln den Inhalt des vor ihnen abgeschlossenen Vertrages bekunden und bekräftigen. Der Inhalt des Vertrages ist folgender: Ruprecht der Jüngere gesteht seinem Oheim das Kurrecht zu und erkennt ihn auf Lebenszeit allein als Kurfürst an; doch unter der Bedingung, daß im Falle, daß jener ohne Hinterlassung von Lehnserben versterben sollte, dessen Fürstentum und Gebiet mit dem Kurrecht auf ihn, Ruprecht den Jüngeren, und seine Erben übergehen solle. In gleicher Weise soll Ruprecht der Ältere oder seine Erben Ruprecht den Jüngeren beerben, wenn dieser ohne Hinterlassung von Lehnserben stirbt. Für den Fall aber, daß Ruprecht der Ältere mit Hinterlassung von Lehnserben sterben sollte, behält der Jüngere sich und seinen Erben alle Rechte an der pfälzischen Kur vor, wie sie bis auf den heutigen Tag hergebracht seien, ohne daß denselben die Gewere an der Kur, welche der Ältere jetzt habe und in Zukunft haben werde, schädlich sein solle. Sollte einer von beiden mit Hinterlassung noch unmündiger Lehnserben verscheiden, so soll der Überlebende die Vormundschaft über dieselben führen, insbesondere in bezug auf das Kurrecht, für welches die Vormundschaft bis zum vollendeten 18. Jahre des ältesten Erben daure. Denn dieses Alter habe der Kaiser zu einem gesetzlichen Mündigkeitsalter in Hinsicht der Kur gemacht.

Das Verständnis dieser Bestimmungen wird dadurch erschwert, daß ihre Fassung den Anschein erweckt, als ob in bezug auf Erbrecht und Vormundschaft beide Parteien ganz gleich gestellt wären; während doch das Erbe an der Kur und die Vormundschaft über Kurprinzen nur Ruprecht dem Jüngeren zuteil werden konnte. Zeigt sich schon hierin ein Überwiegen der Vorteile für den jüngeren Ruprecht, so tritt das in noch auffallenderer Weise hervor in dessen Vorbehalt für den Fall, daß der ältere Ruprecht bei seinem Tode doch noch Erben hinterlassen sollte. Ihnen gegenüber verzichtet der Neffe keineswegs auf das Kurrecht, welches er nur dem Oheim für dessen Lebenszeit zugestanden hat.

Zur Erklärung der Eigenart dieser Bestimmungen genügt es, darauf hinzuweisen, daß der Form nach kein zweiseitiger Vertrag vorliegt, sondern nur eine Erklärung des jüngeren Ruprecht darüber, daß er unter gewissen Bedingungen und Einschränkungen das Kurrecht seines Oheims anerkenne. Die

Anerkennung seines Kurrechts für seine Lebenszeit mochte dem Oheim wertvoll genug erscheinen, um dagegen dem Neffen einen vorteilhaften Erbvertrag zuzugestehen. Dessen Vorbehalt für den Fall, daß der Oheim bei seinem Tode Lehnserben hinterlasse, mochte gegenüber dem eben erlassenen Gesetz über die Primogeniturfolge in die weltlichen Kurfürstentümer ziemlich belanglos erscheinen, da bei einem künftigen Streit um die Kur voraussichtlich doch nur auf Grund der Goldenen Bulle zu Gunsten der Lehnserben des älteren Ruprecht entschieden werden würde. Den Charakter eines zweiseitigen Vertrages aber erhielt die Erklärung Ruprechts des Jüngeren nur in gewissem Sinne dadurch, daß der ältere Ruprecht der Erklärung und deren Beurkundung und Bestätigung nicht widersprach.

Gekrönt wurden die Bestrebungen, das Kurrecht Ruprechts des Älteren zu sichern und auch für die Zukunft jeden Streit um dasselbe nach Möglichkeit auszuschließen, durch das Weistum der Kurfürsten über die pfälzische Kur vom 7. Januar 1356.[1]) Wenn dieses Weistum in entsprechender Weise auch über die brandenburgische Kur gefunden wurde, so dürften doch gerade die auch durch den Vergleich vom 27. Dezember nicht ganz ausgeschlossenen Zweifel über das Schicksal der pfälzischen Kur den Hauptanlaß zu diesen Weistümern gegeben haben. Die Voraussetzung für jenen Vorbehalt trat aber in der Folgezeit nicht ein, und so fehlte es an jedem Anlaß zu erneutem Streit um die pfälzische Kur. Als Ruprecht I. erst nach langer Regierung im Jahre 1390 ohne Hinterlassung von Lehnserben verstarb, folgte entsprechend den Festsetzungen vom 27. Dezember 1355 ihm Ruprecht der Jüngere in Fürstentum und Kurrecht nach.

Auch bezüglich der brandenburgischen Kur war die Frage, wer ihr allein berechtigter Inhaber sei, nicht ganz einfach zu beantworten; wenngleich Karl IV. durch das Fallenlassen des falschen Waldemar und die Wiederbelehnung der wittelsbachischen Brüder mit der Mark und der Kurwürde im Februar 1350 die größte Verwirrung beseitigt hatte. Er verlieh damals die Mark mit Kur und Erzkämmereramt den Brüdern Ludwig dem Älteren, Ludwig dem Römer und Otto gemeinsam, doch

[1]) Urkunden Nr. 21.

Digitized by Google

in der Weise, daß der älteste Bruder die Kurstimme führen sollte.[1]) Als dann im November desselben Jahres der Teilungsvertrag durch den Schiedsspruch des Pfalzgrafen Ruprecht des Älteren zustande kam, wurde zunächst auf 6 Jahre dem ältesten Bruder das Kurrecht belassen; obwohl er nicht die Mark, sondern Bayern erhielt.[2]) Diese der alten Verbindung des Kurrechts mit der Brandenburger Mark widerstreitende Ordnung wurde aber schon am 24. Dezember 1351 durch den endgültigen Teilungsvertrag von Luckau beseitigt.[3]) Nunmehr wurde bestimmt, daß Ludwig der Römer und Otto mit den Marken Brandenburg und Lausitz auch das Erzkämmereramt und die Kurwürde für sich und ihre Erben behalten sollten, und nur für seine Lebensdauer behielt Ludwig der Ältere sich selbst, nicht auch seinen Erben, eine Teilnahme an der Ausübung des Kurrechts in der Weise vor, daß er mit seinem Bruder wie ein Mann denselben Mann zum König wählen wolle: „er mit uns und wir mit ihm wie ein Mann". Damit kann nach Lage der Sache nicht gemeint sein, daß Ludwig der Ältere sich eine Teilnahme an dem Akte der Wahl vorbehalten wollte, sondern nur, daß Ludwig der Römer sich vor der Abgabe seiner Stimme zu Gunsten eines Kandidaten der Zustimmung des älteren Bruders versichern sollte.

In seltsamster Weise hat Harnack[4]) die Bestimmungen des Luckauer Vertrages mißverstanden. Indem er verkennt, daß nicht Ludwig der Römer, sondern Ludwig der Ältere der Aussteller der überlieferten Vertragsurkunde ist, bezieht er auf den jüngeren Ludwig, was von dem älteren gesagt wird, und umgekehrt. So kommt er zu dem Schluß, daß Ludwig der Ältere sich und seinen Erben das Kurrecht vorbehalten und Ludwig dem Römer und Otto nur für deren Lebenszeit eine Anteilnahme an der Kur gewährt habe, obwohl diese doch die Mark Brandenburg allein behalten sollten. Durch diesen Vertrag sei also aus der brandenburgischen Kur eine bayerische gemacht. In der Tat müßten wir mit Harnack die durch den Luckauer

[1]) Böhmer-Huber Nr. 1223.

[2]) Ebenda, Reichssachen Nr. 134.

[3]) Ebenda, Reichssachen Nr. 149; Quellen und Erörterungen zur bayer. Geschichte VI, 416.

[4]) S. 93.

Digitized by Google

Vertrag begründeten Verhältnisse als „völlig verkehrte" bezeichnen, wenn sie in Wirklichkeit bestanden hätten. Glücklicherweise aber fand Karl IV. keineswegs so völlig verkehrte Verhältnisse vor, als er an die Regelung der brandenburgischen Kur herantrat. Die einzige Schwierigkeit bot vielmehr nur noch der von Ludwig dem Älteren im Luckauer Vertrage gemachte Vorbehalt bezüglich seiner Teilnahme an dem Kurrecht für seine Lebenszeit. Leider wissen wir nicht, wie sich Karl IV. dieser Schwierigkeit gegenüber verhalten hat; denn die Bestätigungsurkunde, welche Karl über den Vertrag von Luckau ausgestellt zu haben scheint, ist nicht erhalten. Daß ein Privileg Karls über das Kurrecht Ludwigs des Römers und seines Bruders Otto einst vorhanden gewesen ist, bezeugt das Privileg, welches der Kaiser am 3. Dezember Ludwig dem Römer zu Nürnberg ausstellte.[1]) Es enthält die Bestätigung von früheren Privilegien über den Besitzstand der Brüder an Gebieten und Rechten, darunter insbesondere der Marken Brandenburg und Lausitz sowie der Kur. Ein älteres Privileg Karls, welches eine Bestätigung des Kurrechtes für die Brüder enthielt, muß demnach auf jeden Fall vorhanden gewesen sein; ob in der Gestalt einer Bestätigung des Luckauer Vertrages, was am wahrscheinlichsten ist, oder als besonderes Privileg über das Kurrecht, muß dahingestellt bleiben. So viel aber steht fest, daß der Kaiser und die Kurfürsten zu Nürnberg und ihnen gegenüber auch Ludwig der Römer selbst die Vorbehaltsrechte des älteren Ludwig völlig unbeachtet lassen.

Weder das kaiserliche Privileg vom 3. Dezember, noch der am gleichen Tage von dem Römer dem Kaiser ausgestellte Lehns- und Huldigungsrevers[2]), und ebensowenig das Kurfürstenweistum vom 7. Januar erwähnen die Rechte des älteren Ludwig mit einem Worte. Wenn trotzdem Ludwig der Römer am 1. Januar zu Nürnberg eine Urkunde ausstellt über einen mit seinem älteren Bruder geschlossenen Vertrag[3]), dessen erster Artikel besagt, daß es in bezug auf die Kur bei den Bestimmungen des „Teilbriefes", d. h. eben jenes Luckauer Vertrages,

---

[1]) Urkunden Nr. 13. [2]) Urkunden Nr. 14.

[3]) Böhmer-Huber, Reichssachen Nr. 254; Quellen und Erörterungen VI, 445.

Digitized by Google

bleiben sollte, so ist das mit der sonstigen Ignorierung des Vorbehalts Ludwigs des Älteren nur durch die Annahme zu vereinigen, daß jener Vorbehalt mit der Anerkennung Ludwigs des Römers als des allein zur Führung der brandenburgischen Kurstimme Berechtigten nicht für unvereinbar galt. Vereinbar aber war beides wohl nur so, daß man das Zugeständnis des jüngeren Bruders, einen König nur im Einverständnis mit dem älteren wählen zu wollen, nur als eine interne Hausangelegenheit betrachtete, welche an der Tatsache nichts ändern konnte, daß der jüngere Bruder nach außen hin allein als Inhaber der brandenburgischen Kurstimme galt. Die zahlreichen Konzessionen, welche Ludwig der Ältere gerade jetzt in anderen Dingen erhielt, mochten den Zweck haben, ihn von einer jener Auffassung seines Rechtes an der brandenburgischen Kur widerstreitenden Geltendmachung seines Anteils zurückzuhalten. Sie waren vielleicht der Preis, um welchen Ludwig der Ältere auf einen Einspruch gegen die feierliche Proklamation des alleinigen Kurrechtes seines jüngeren Bruders verzichtete. Diese war schon durch das Privileg und den Revers vom 3. Dezember vorbereitet, indem beide Aktenstücke von der stillschweigenden Voraussetzung ausgehen, daß nur Ludwig der Römer allein der zeitige Träger der Rechte und Pflichten eines brandenburgischen Kurfürsten sei. Das Kurfürstenweistum vom 7. Januar, gleichen Inhalts wie das gleichzeitige für Ruprecht den Älteren, erkannte ihn allein an und schloß jeden von dem Anspruch auf die Brandenburger Kur aus, der nicht im rechtmäßigen Besitze des Kurlandes Brandenburg war. Damit war jedem Versuch Ludwigs des Älteren, auf Grund des Luckauer Vertrages Ansprüche auf einen wirklichen Anteil am Kurrecht zu erheben, von vornherein der reichsgesetzliche Boden entzogen. War die Bestimmung jenes Vertrages über das Kurrecht mit der reichsgesetzlichen Regelung desselben wohl in Einklang zu bringen, wenn man sie auf eine nach außen gar nicht hervortretende, den Inhaber des Kurrechts nur privatim bindende Zustimmung Ludwigs des Älteren deutete, so stand dieselbe doch in Widerspruch mit der durch den Wahleid der Goldenen Bulle geforderten vollen Unabhängigkeit der Kurstimme. Doch lag vielleicht eine so strenge Interpretation der Auffassung jener Zeit fern, und außerdem konnte man über diesen Widerspruch leichter

Digitized by Google

hinwegsehen, weil Ludwigs des Älteren Recht mit seinem Tode erlosch; wie es denn ja auch in Wirklichkeit bei seinen Lebzeiten zu keiner Königswahl mehr gekommen ist.

So war die Frage, welche der Kaiser bei Eröffnung des Nürnberger Tages gestellt hatte, wer unter den Laien Kurfürst sei, vollständig entschieden, und zwar nach einem Prinzip entschieden, welches Karl selbst schon seit längerer Zeit bei seinen Bestrebungen, jene Frage ihrer Lösung entgegenzuführen, praktisch betätigt hatte, daß nämlich nur der das Kurrecht haben solle, der das Fürstentum, auf welchem die Kur beruhe, rechtmäßig besitze. Dieses Prinzip lag der Anerkennung des alleinigen Kurrechts Ruprechts I. am 22. Mai 1354, und ebenso der wahrscheinlich schon früher ergangenen und am 3. Dezember 1355 nur wiederholten Anerkennung Ludwigs des Römers zu Grunde. Für die Entscheidung über die streitige sächsische Kur konnte Karl nicht in gleicher Weise den Besitz des Kurlandes entscheiden lassen, weil hier ja gerade streitig war, welcher Teil der sächsischen Länder als Träger des Kurrechts zu gelten habe. Karl erkannte das Haupt der Wittenberger Linie, Herzog Rudolf den Älteren, der ihn selbst und seinen Großvater gewählt hatte, als rechtmäßigen Inhaber der Erzmarschallwürde und des sächsischen Kurrechts, und damit zugleich das Gebiet des Herzogtums Sachsen-Wittenberg als das sächsische Kurland an.

Es war ein Beweis von Karls staatsmännischem Scharfblick, und ich möchte fast sagen, historischem Instinkt, daß er die ursprüngliche Grundlage, auf welcher einst die Theorie den Gedanken vom weltlichen Kurrecht aufgebaut hatte, in voller Reinheit wieder zur Anerkennung zu bringen suchte. Die im Sachsenspiegel ausgeführte Theorie gründete das weltliche Kurrecht auf das Erzamt und dieses auf das Fürstentum, welches somit die Grundlage für beides bildete. Diese Grundlage war aber mehr und mehr in Vergessenheit geraten, indem die kurfürstlichen Geschlechter sich gewöhnten, wie das Fürstentum, so auch Erzamt und Kurrecht als einen Gesamtbesitz ihres Hauses anzusehen, über welchen sie im wesentlichen frei wie über Privateigentum verfügen könnten. Die Schicksale, welchen die pfälzische und die brandenburgische Stimme durch die Hausverträge der Wittelsbacher ausgesetzt worden waren, zeigten, welche Gefahren aus einer solchen Behandlungsweise dem Kurrecht er-

Digitized by Google

wuchsen. Es konnte von seiner territorialen Grundlage gänzlich abgedrängt und zu einem rein persönlichen Vorrechte werden, und wer wie Karl in den Kurfürsten die Grundfesten und die Säulen des Reichs erblickte, der vermochte die Gefahr zu würdigen, welche dem Kurfürstentum drohte, wenn es von der sicheren territorialen Grundlage losgelöst wurde. Es entsprach seinen auf die Konsolidierung der kurfürstlichen Gewalt gerichteten Bestrebungen, wenn Karl, nachdem er als allein berechtigte Inhaber der weltlichen Kurstimmen je einen Fürsten, und zwar immer denjenigen, der im Besitze des Fürstentums und des Erzamtes war, auf welchem nach der hergebrachten Rechtsanschauung die einzelnen Kurstimmen ruhten, anerkannt hatte, darauf bedacht war, die Zersplitterung der kurfürstlichen Gewalten auch für die Zukunft zu verhüten. Zuerst ordnete er in den mehrerwähnten Privilegien für Sachsen vom August und Oktober 1355 die Individualsuccession in das Kurrecht nach dem Prinzip der Primogeniturfolge an; doch durften wir vermuten[1]), daß den fraglichen Bestimmungen bereits ein allgemeines Formular zugrunde lag, nach welchem allen weltlichen Kurfürsten derartige Successionsprivilegien erteilt werden sollten. Statt dessen erfolgte durch c. VII der Goldenen Bulle eine entsprechende gesetzliche Regelung für die Kurfürstentümer überhaupt.

Damit war nun aber zunächst nur die Zersplitterung des eigentlichen Kurrechts, von „ius, vox et potestas eligendi Romanorum regem“, unter mehrere Erben verhütet, nicht auch die der kurfürstlichen Gebiete, und ebensowenig die völlige Loslösung des Kurrechts von der für die Gegenwart wiederhergestellten territorialen Grundlage. Hier klaffte eine Lücke in dem Gesetze, auf welche man aber erst aufmerksam wurde, nachdem das Nürnberger Gesetzbuch zur Publikation am 6. oder 7. Januar fertiggestellt war. Ob nun die Wahrnehmung dieser Lücke die Veranlassung gab zu der Urteilfindung über die pfälzische und die brandenburgische Kur am 7. Januar, oder ob umgekehrt die Lücke erst bei Gelegenheit der Urteilfindung entdeckt wurde, müssen wir dahingestellt sein lassen. Jedenfalls wurden die Weistümer formell die Grundlage für das Nach-

[1]) S. oben S. 44 f.

tragskapitel XX der Goldenen Bulle, durch welches für alle Kurfürstentümer die dauernde Untrennbarkeit der Kurrechte von den Kurlanden festgesetzt wurde.

Von besonderem Interesse ist die Grundlage, auf welcher der Kaiser die gesetzliche Konsolidierung der kurfürstlichen Gewalt vollendete. Zu der Zeit, als das Kurfürstenkollegium zum Abschluß kam, nach der Mitte des 13. Jahrhunderts, galt als wichtigstes Organ für die Feststellung des gesamten Reichsrechts der Reichshof, die curia regis, d. h. die am Hofe des Königs unter dessen Vorsitz oder dem seines Vertreters versammelten Fürsten und Großen; so wurden von diesem Reichshofe wohl auch alle etwa über das Recht der Kurfürsten auftauchenden Fragen entschieden. Eine Zeitlang schien es danach, als ob die päpstliche Kurie in Fragen des Kurrechts zur entscheidenden Instanz werden sollte, bis dann die Ereignisse des Jahres 1338 den Zusammenschluß der Kurfürsten zu einer Genossenschaft herbeiführten, welche kraft eigenen Rechts die Wahrung der Ehre und der Rechte des Reichs und der Kurfürsten beanspruchte. Dieser sog. Kurverein von Rense bedeutete den prinzipiellen Ausschluß der päpstlichen Kurie von der Entscheidung über Fragen des Kurrechts und schloß ebenso die freie Verfügung über Kurrechte durch Hausverträge der kurfürstlichen Familien aus. Unter stillschweigender Anerkennung des auf dem Boden des Kurvereins stehenden Kaisers entwickelten jetzt die Kurfürsten das Admissionsrecht, d. h. das Recht, über die Zulassung einer Person zur Teilnahme an den Beratungen und Abstimmungen ihres Kollegiums und somit über deren Anerkennung als Kurfürst zu beschließen, und brachten mit Hilfe dieses Rechtes den Grundsatz zu Geltung, daß es nur sieben Kurfürsten geben, und infolgedessen für jede Kur nur eine Person als Kurfürst zuzulassen und anzuerkennen sei. Die neue kurfürstliche Autonomie in Fragen des Kurrechts kommt seit August 1338 in einer Anzahl kurfürstlicher Urkunden zum Ausdruck, die sich auf die Regelung des pfälzischen Kurrechts beziehen.

Karl IV. hat dann entsprechend seiner auf Stärkung der Stellung der Kurfürsten überhaupt gerichteten Tendenz die kurfürstliche Autonomie noch weiter befestigt. Schon bei Gelegenheit einer am 3. Dezember 1353 vor ihm im Hofgericht zu

Speier gepflogenen Verhandlung[1]) erkannte er an, daß die Kurfürsten allein befugt seien, über Fragen, die ihre Rechte betreffen, zu entscheiden. Der Rheinpfalzgraf Ruprecht behauptete in jener Verhandlung, daß er als Kurfürst das Recht der ausschließlichen Gerichtsbarkeit in Klagen gegen seine Vasallen besitze, und berief sich dafür auf ein Urteil der Kurfürsten. Karl, der als Kurfürst selbst Partei in dieser Sache war, gab den Vorsitz an seinen Hofrichter ab, indem er ihm den Gerichtsstab übergab, und zog sich dann mit den übrigen Kurfürsten zu einer Beratung zurück. Auf Grund des von den Kurfürsten gefundenen Weistums, daß wirklich allen Kurfürsten jenes vom Pfalzgrafen beanspruchte Recht zustehe, verkündete dann der König das Urteil.

Wenn Karl IV. trotzdem die Anerkennung des Kurrechts Ruprechts I., Rudolfs von Sachsen und Ludwigs des Römers zunächst durch Erteilung von Privilegien vollzog, so ist das nicht unvereinbar mit der Anerkennung der kurfürstlichen Autonomie, der gegenüber dem Könige auf Grund seines allgemeinen Rechtes auf Gesetzgebung und Privilegienerteilung ein bis zu einem gewissen Grade konkurrierendes Recht zustand. Die Anerkennung eines Kurfürsten durch königliches Privileg mußte bei der Stellung, die dem Könige in der Reichsverfassung immer noch zukam, einen sehr hohen Wert haben, sie konnte von ausschlaggebender Bedeutung sein; zur Durchführung des dadurch begründeten Rechtes aber bedurfte es der Anerkennung und Zulassung durch das Kurfürstenkollegium selbst. Das gilt für die Zeit Karls IV. schon genau so, wie es um das Jahr 1700 galt. Die Ergänzung der Verfügung des Königs konnte nun in der auch für andere Reichsangelegenheiten üblichen Weise durch Willebriefe der Kurfürsten erfolgen, und solche hat denn auch Karl IV. bei seiner Anerkennung des Kurrechtes Ruprechts I. zu beschaffen gesucht und zum Teil vielleicht auch erlangt. Das gleiche Verfahren scheint er auch noch bei Erteilung der Privilegien über die sächsische Kur bis zum 29. Dezember 1355 geplant zu haben; wie wir das aus dem Umstande schließen dürfen, daß Karl der an jenem Tage ausgestellten Ausfertigung dieser Privilegien gleich seinen Konsens als König

[1]) Urkunden Nr. 6.

Digitized

von Böhmen und Kurfürſt hinzufügte, was entſprechende Willebriefe der andern Kurfürſten vorausſetzt. Zur Ausſtellung dieſer Willebriefe iſt es aber anſcheinend nicht mehr gekommen. Hierfür ſpricht ſchon der Umſtand, daß kein einziger ſolcher Willebrief erhalten iſt, mehr aber noch, daß jene Urkunde Gerlachs von Mainz vom 2. Januar 1356 bezeugt, daß über das Kurrecht des Herzogs Rudolf von Sachſen von Kaiſer und Kurfürſten ein Weistum gefunden wurde, welches ſich inhaltlich faſt ganz mit dem Privileg deckte. Mehr oder weniger gleichlautende Urkunden ſtellten dann auch die Kurfürſten von Köln, Trier und Brandenburg am 8. und 9. Januar aus. Eine entſprechende Urkunde des Pfalzgrafen Ruprecht I. iſt vielleicht nur nicht überliefert. Offenbar ſollte der Geſamtwillensakt des Kurfürſtenkollegiums und deſſen Beurkundung durch die einzelnen Kurfürſten die Zuſtimmung mittels der Willebriefe erſetzen. Als es weiter galt, auch das Kurrecht Ruprechts I. und Ludwigs des Römers nochmals anzuerkennen, verzichtete der Kaiſer ganz auf die Ausſtellung neuer Privilegien und begnügte ſich, an dem Akte der Urteilfindung über das Kurrecht der beiden Fürſten im Kreiſe der Kurfürſten teilzunehmen und wie dieſe das Urteil zu beurkunden. Hier iſt alſo das von Kaiſer und Kurfürſten gefundene und beurkundete Weistum ganz an die Stelle von Privileg und Willebriefen getreten. Sehen wir dann, wie der Kaiſer gleichzeitig mit jenen beiden Weistümern für Pfalz und Brandenburg am 7. Januar ſich die Rechte des Böhmenkönigs in Hinſicht ſeiner Landeshoheit durch ein Weistum der Kurfürſten beſtätigen und dasſelbe von ihnen beurkunden ließ, ſo kann es nicht zweifelhaft ſein, daß Karl dieſe neue Form der Anerkennung für den geeignetſten Ausdruck der kurfürſtlichen Autonomie hielt.

Karl IV. hat die Kurfürſtenweistümer und ihre Anwendung zur Entſcheidung wichtiger Fragen des Reichsrechts und ſpeziell des Rechts der Kurfürſten nicht erſt erfunden. Ja, dürfen wir den Worten des Renſer Weistums trauen, und ich ſehe keinen Grund zu Zweifeln, ſo war die Weistumfindung im Kurfürſtenkolleg ſchon vor dem Abſchluß des Kurvereins von Renſe im Juni 1338 Sitte.[1]) Es entſpricht aber Karls An-

[1]) Prout moris est ipsorum principum, diffinitive dixerunt, iudicaverunt et diffiniendo pronunciaverunt.

ſchauungen von der Bedeutung der Kurfürſten und von der Stellung des Kurfürſtenkollegs in der Reichsverfaſſung, daß er die Kurfürſtenweistümer, gewiß die denkbar feierlichſte Form der Bekundung des Geſamtwillens der Kurfürſten, in Anwendung brachte, als es ſich darum handelte, die wichtigſten Fragen des Kurrechts entſcheiden zu laſſen, um auf der Grundlage dieſer Entſcheidungen die Kodifikation des Kurrechtes in der Goldenen Bulle zu errichten.

Nachdem die feierliche Verkündigung des Nürnberger Geſetzbuches am 10. Januar 1356 erfolgt war, wurde der Reichstag vielleicht formell geſchloſſen, die Verſammlung aber nicht entlaſſen. Wie wir ſahen, urkundeten der Kaiſer und die Kurfürſten noch am 12. Januar[1]), und erſterer nochmals am 13. Januar zu Gunſten des Straßburger Biſchofs zu Nürnberg. Am 12. Januar ſcheint der Kaiſer durch ein Gaſtmahl die Reihe der Feſtlichkeiten geſchloſſen zu haben; wenigſtens bezeugt das Trierer Rechnungsbuch, daß Erzbiſchof Boemund durch eine Einladung des Kaiſers zum Aufſchub ſeiner bereits für dieſen Tag angeſetzten Abreiſe genötigt wurde.[2]) Am 13. Januar verließ Karl die Stadt und begab ſich nach Sulzbach, wo er einige Zeit verweilte und eine Anzahl Urkunden ausſtellte, welche noch im Zuſammenhange mit der Nürnberger Geſetzgebung ſtanden.

Aus c. XII der Goldenen Bulle erfuhren wir, daß der Kaiſer urſprünglich beabſichtigte, bereits vier Wochen nach Oſtern zu Metz eine Verſammlung mit den Kurfürſten und wohl auch mit anderen Reichsſtänden abzuhalten. Ob aber ſchon in Nürnberg in Ausſicht genommen war, das Geſetzbuch in Metz zu ergänzen, wiſſen wir nicht und müſſen wir bezweifeln. Nicht dafür ſpricht jedenfalls das Weistum vom 6. Dezember 1355 über die Pferde, welche die Fürſten beim Empfang ihrer Lehen geritten hatten. Wenn dieſes Weistum auch ſpäter als

[1]) Urkunden Nr. 25 und 26 A und B, die Willebriefe Karls und Rudolfs. Über die übrigen Willebriefe, unter denen derjenige Boemunds fehlt, vgl. die Anmerkung zu 26, Teil II, S. 103.

[2]) Feria tertia XII. Ianuarii premiserat dominus zur Nuwenstatt, ubi intendebat pernoctare. Sed imperator invitabat eum mane; et mansit tota die et mane sequente. Feria quarta XIII. Ianuarii comedit dominus offam mane et recessit a Nurenberg uſw.

Grundlage für eine Bestimmung eines der Metzer Zusätze diente (c. XXX, § 4), so darf man daraus doch nicht schließen, daß es auch von vornherein zum Zweck der Ergänzung des Gesetzes gefunden wurde. Dürfte doch am 6. Dezember 1355 die Herstellung einer Kodifikation der kurfürstlichen Rechte, in der eine solche Bestimmung hätte Platz finden können, den Beteiligten noch ferngelegen haben.

Erst am 17. November kam der Kaiser nach Metz[1]), nachdem die Einberufung der Versammlung mehrfach hatte verschoben werden müssen. Zugleich mit ihm kam Boemund von Trier, und wahrscheinlich auch die drei weltlichen Kurfürsten. Seit dem 24. November sind diese vier urkundlich dort nachweisbar, während die Erzbischöfe von Mainz und Köln am 26. noch erwartet wurden[2]) und erst in der ersten Hälfte des folgenden Monats eingetroffen zu sein scheinen. Nunmehr hatte der Kaiser eine Versammlung der Kurfürsten um sich vereinigt, wie er sie im Interesse des Reichs in Nürnberg geplant hatte; er benutzte sie jetzt zunächst, um sein böhmisches Kurrecht zu wahren. Während er auf dem Nürnberger Tage durch eine Reihe von gesetzlichen Bestimmungen das Recht der Kurfürsten im allgemeinen und einzelner im besonderen gesichert und das Kurrecht der weltlichen Kurfürsten noch durch besondere Beurkundungen hatte sicherstellen lassen, war ihm nicht der Gedanke gekommen, die alten Zweifel an dem böhmischen Kurrecht durch das Gesetz oder durch eine Feststellung der Kurfürsten ausdrücklich zu beseitigen. Seitdem aber müssen ihm neue Zweifel an der Gleichberechtigung des Böhmenkönigs mit den anderen Kurfürsten in bezug auf die Königswahl oder die Behauptung, welche damals in der Literatur mehrfach hervortrat, daß der König von Böhmen überhaupt nicht Kurfürst sei, bekannt geworden sein, und das muß ihn veranlaßt haben, sich am 11. Dezember von den sechs anderen Kurfürsten gleichlautende Urkunden in deutscher und lateinischer Sprache über die völlige Gleichberechtigung des böhmischen Kurrechts ausstellen zu lassen.[3])

---

[1]) Über den Empfang vgl. Böhmer-Huber Nr. 2519a; Werunsky, Bd. III, S. 150f.

[2]) Vgl. das Schreiben der Frankfurter Ratsboten von diesem Tage bei Winkelmann, Acta imperii II, Nr. 1197, S. 857.

[3]) S. Urkunden Nr. 30 und den Exkurs über das böhmische Kurrecht.

Digitized by Google

Diese Beurkundung liegt ganz in der Richtung der Nürnberger Gesetzgebung; doch mochte der Kaiser auf eine ausdrückliche Zurückweisung jener Zweifel in einem Nachtragsgesetze wohl schon deshalb verzichten, weil dadurch ihrer Fortdauer erst recht hätte Vorschub geleistet werden können.

Was nun die Entstehung der zu Metz dem Nürnberger Gesetzbuch hinzugefügten Kapitel XXIV—XXXI betrifft, so fehlt es hier ganz an Urkunden, welche es uns ermöglichten, wie bei den Nürnberger Satzungen die Entstehungsgeschichte derselben einigermaßen aufzuhellen. Da ferner auch hier die zeitgenössischen Berichte, die nur ganz vereinzelt der Metzer Gesetzgebung kurz gedenken, völlig versagen, so sind wir allein auf den Text der Kapitel angewiesen, der immerhin einige Schlüsse auf die Entstehung derselben zuläßt.

Sehen wir ab von c. XXV, so erwecken alle einzelnen Gesetze den Eindruck, als seien sie nicht lange vor der Publikation entstanden. Kapitel XXIV ist so flüchtig aus zwei Gesetzen des Codex Justinianus zurechtgemacht und nur ganz äußerlich und unvollkommen den damaligen Verhältnissen angepaßt, daß man den Eindruck gewinnt, daß hier nicht das Ergebnis sorgfältiger Überlegung und eingehender Beratung, sondern eiligster Anfertigung vorliegt. Eine Gruppe von Bestimmungen, die sich auf das Zeremoniell bei Abhaltung großer Reichsfeste und die hierbei sowie bei Belehnungen der Fürsten den Reichshofbeamten zustehenden Einkünfte bezieht, c. XXVI—XXX, ist gewiß nicht lange vor den Festlichkeiten zu Metz zum Zweck der Einreihung in das Gesetzbuch unter Verwendung bereits vorhandener, ursprünglich selbständiger Verordnungen, c. XXVII und XXX, hergestellt worden. Es dürfte das erst geschehen sein, als man den Plan zur Abhaltung jener Festlichkeiten gefaßt hatte. Das den Schluß bildende c. XXXI scheint aber erst kurz vor Abschluß der ganzen Goldenen Bulle verfaßt zu sein. Es enthält die Verordnung über den Sprachunterricht der Kurprinzen, die in eine Linie gehört mit der ebenfalls auf die Sicherung der Geschäftsfähigkeit der Mitglieder des Kurfürstenkollegiums gerichteten Bestimmung über den Ausschluß der Regierungsunfähigen von der Kurwürde in c. XXV. An den Schluß kann die Verordnung nur gestellt sein, weil sie erst nach Zusammenstellung der übrigen Gesetze entstanden war;

Digitized by Google

denn inhaltlich hätte sie zu c. XXV gehört, nicht aber hinter die so ganz heterogene Dinge enthaltenden Kapitel XXVI—XXX.

Eine sehr wichtige und sachgemäße Ergänzung zu den in c. VII und XX getroffenen Anordnungen für die Konsolidation der Kurfürstentümer enthält c. XXV. Es macht ganz den Eindruck eines gut vorbereiteten Gesetzes, in welchem wir vielleicht das älteste der für die Ergänzung des Nürnberger Gesetzbuches bestimmten Stücke erblicken dürfen.

Über den Akt der Publikation der Metzer Gesetze berichtet die Notiz, welche sich im böhmischen und von anderer Hand nachgetragen auch im Mainzer Exemplar der Goldenen Bulle vor c. XXIV findet und folgenden Wortlaut hat[1]): Infrascripte leges promulgate sunt in curia Metensi per dominum Karolum quartum Romanorum imperatorem et Boemie regem augustum, anno Domini millesimo trecentesimo quinquagesimo sexto, in die nativitatis Christi, assistentibus sibi omnibus sacri Romani imperii electoribus, presentibus dominis venerabili in Christo patre domino T(alayrandio) episcopo Albanensi sancte Romane ecclesie cardinali ac Karolo regis Francie primogenito Normandie duci illustri ac delphino Wiennensi.

Die Notiz gehört nicht eigentlich dem Texte des Gesetzes selbst an, hat aber doch den Charakter einer amtlichen Nachricht. Ihre Herkunft dürfte in der kaiserlichen oder in der mainzischen Kanzlei zu suchen sein. Wir erfahren hier, daß die Gesetze auf dem Hofe zu Metz am Weihnachtstage 1356 vom Kaiser unter Mitwirkung der Kurfürsten und in Gegenwart des Kardinallegaten und des Herzogs von der Normandie und Delphins von Vienne, Karl, ältesten Sohnes des Königs von Frankreich, veröffentlicht waren. Ebensowenig wie bei der Publikation des Nürnberger Gesetzbuches wird uns hier berichtet, ob die Gesetze durch Verlesen bekanntgemacht wurden, da der gewählte Ausdruck promulgate sunt keinerlei Schluß in dieser Richtung zuläßt. In dem am 17. März 1363 den Burggrafen von Nürnberg über ihre Erhebung in den Reichs-

[1]) Sie findet sich auch in dem 1366 ausgefertigten Frankfurter Text und ist hier offenbar aus derselben Vorlage wie in B entnommen. Jedoch fehlt hier (in F) das Tagesdatum, welches in B irrtümlich vom Jahresdatum getrennt und an das Ende der Notiz gesetzt war, gänzlich.

Digitized by Google

fürstenstand ausgestellten Privileg[1]) wird die Goldene Bulle bezeichnet als das geseczze, das wir vormals zu Metz mit der fursten rat gemachet, vorschriben und vorsigelt haben. In der lateinischen Ausfertigung heißt es entsprechend: lege imperiali seu statuto, quam vel quod pridem in civitate nostra Metensi de consilio principum fecimus et conscribi atque sigillari mandavimus. Da keins der erhaltenen Exemplare einen Vermerk über eine zu Metz vorgenommene Beratung, Ausfertigung und Besiegelung der Goldenen Bulle enthält, so muß der Verfasser dieser Privilegientexte hier aus seiner eigenen oder seines Auftraggebers Kenntnis berichtet haben. Dadurch aber wird sehr wahrscheinlich, daß zu Metz eine eigentliche Verkündigung, d. h. eine Verlesung des ganzen Textes nicht stattgefunden hat, da dies der Verfasser wohl ebenso erwähnt haben würde wie die Beratung, Aufzeichnung und Besiegelung. Allzugroßes Gewicht freilich dürfen wir dem Bericht dieser Privilegien über unser Gesetz nicht beilegen, da sie in ihren Angaben, wie wir später sehen werden, zwei grobe Mißverständnisse enthalten.

Im Gegensatz zu allen übrigen chronikalischen Quellen, welche zum Teil sehr ausführlich von den prunkvollen Festlichkeiten des Weihnachtstages 1356 erzählen, berichtet nur eine von der Gesetzespublikation.[2]) Es ist Lewolds von Northof Chronik der Grafen von der Mark[3]), wo es heißt: ibidem (auf dem Metzer Tage) imperator fecit publicari multas constitutiones per se ipsum editas. Hier wird gesagt, der Kaiser habe die von ihm gegebenen Gesetze dort veröffentlichen lassen. Das sieht fast so aus, als sollte das heißen, die Gesetze seien zu Metz öffentlich bekanntgemacht, also entweder durch Anschlag oder durch Verlesung im Wortlaut publiziert. Wir dürfen aber auch diesen Worten nicht den Charakter eines selbständigen Berichtes eines Augenzeugen beilegen, denn Lewold

---

[1]) Böhmer-Huber Nr. 3934; Monumenta Zollerana IV, Nr. 1 und 2, S. 1 ff.

[2]) Die kurze Notiz Philippes de Vigneulles: Ledit jour de noel à Mets ledit empereur, presens les eslecteurs, fist publier la bulle d'or kann eben dieses letzten Ausdrucks wegen nicht aus einer gleichzeitigen Quelle stammen. (Vgl. Huguenin, Chroniques de Metz, S. 99.)

[3]) Ed. Troß (1859) S. 216; vgl. Levison, Neues Archiv Bd. 32, S. 394.

war allem Anschein nach nicht in Metz anwesend, sondern schöpfte seine Kenntnis wohl hauptsächlich aus einem Exemplar der Goldenen Bulle. Daß ihm ein solches vorlag, stellen seine eigenen Angaben ganz außer Zweifel; er teilt nicht nur den genauen Wortlaut des c. XVII mit, sondern bemerkt auch, daß das ganze Gesetz mit den Worten In nomine domini Amen usw. bis Ad perpetuam rei memoriam beginne und nach vielen andern Bestimmungen die von ihm mitgeteilte Stelle enthalte. Demnach hat er selbst ein Exemplar der Goldenen Bulle gesehen und benutzt. Aus dem Inhalte desselben hätte er dann auch Zutreffendes über Ort und Zeit der Publikation der Gesetze erfahren können.

Dieser Tatsache gegenüber ist nun doppelt merkwürdig, daß Lewold die ganze Goldene Bulle und insbesondere auch das c. XVII für das Ergebnis des Metzer Reichstages hält. Aus dem Exemplare allein konnte er kaum diese Anschauung gewinnen. War es ein solches, welches die Überschrift des Metzer Teils enthielt, so mußte er aus ihm doch ersehen, daß c. XVII nicht zu den zu Metz entstandenen Stücken gehörte; war es aber ein Exemplar, welches jene auf die Metzer Zusätze bezügliche Überschrift nicht enthielt, so konnte er daraus gar nichts von einer Gesetzgebung zu Metz erfahren.

Die Sache dürfte sich am einfachsten so erklären:

Lewold sah das Exemplar wohl in einer kurfürstlichen Kanzlei, vielleicht in der kölnischen; denn zu der Zeit, wo er schrieb, waren kaum schon andere Ausfertigungen, als die, welche die Kurfürsten sich auf dem Metzer Tage hatten besiegeln lassen, vorhanden. Diese Exemplare aber, soweit sie für den Chronisten erreichbar gewesen sein dürften, sind die uns noch heute erhaltenen C, M, P und T. Jedes von ihnen aber ist in einem Zuge von einer Hand geschrieben, so daß äußerlich ein Unterschied zwischen dem Nürnberger Gesetzbuch und den Metzer Zusätzen nicht hervortritt. Die Texte können also erst auf dem Metzer Tage, jedenfalls nicht früher geschrieben und besiegelt sein. Wenn nun dem Verfasser der Chronik ein solches Exemplar bald nach dem Metzer Tage gezeigt wurde mit dem Bemerken, daß dieses Exemplar auf dem Metzer Tage geschrieben und besiegelt sei, so konnte er leicht in den Irrtum verfallen, daß das ganze Gesetz und also das ihn besonders

Digitized by Google

intereſſierende Kapitel De diffidacionibus erſt auf dem Reichstage zu Metz erlaſſen ſei.

Iſt ſo der Bericht Lewolds nicht geeignet, eine feierliche mündliche Verkündigung des Textes der geſamten Goldenen Bulle zu bezeugen, ſo kann er doch die Gründe verſtärken, die für die Annahme einer ſchriftlichen Geſamtpublikation der Nürnberger und Metzer Geſetze ſprechen. Für eine ſolche Publikation ſpricht vor allem die eben charakteriſierte äußere Beſchaffenheit der uns überlieferten vier kurfürſtlichen Exemplare. Sie zeigen, daß nach Bekanntgabe der Metzer Geſetze Abſchriften der ganzen Geſetzgebung durch Beſiegelung mit der Goldbulle des Kaiſers zu authentiſchen Exemplaren gemacht wurden. Daß dies auf dem Reichstage zu Metz und nicht erſt ſpäter geſchah, iſt gewiß an ſich wahrſcheinlich genug, wird aber wenigſtens für das eine Exemplar, welches Lewold von Northof bald nach dem Metzer Tage benutzt haben muß, faſt zur Gewißheit gemacht.[1]) Damit ſtimmt denn auch, was die Privilegien für die Burggrafen von Nürnberg beſagen. Nach den oben mitgeteilten Stellen ſollen die Geſetze, darunter auch das ſpeziell genannte Kapitel über das Bergregal, c. IX, welches zu Nürnberg entſtanden war, zu Metz geſchrieben und beſiegelt ſein. Die Publikation dürfte alſo in der Vorlegung eines Exemplars des ganzen Geſetzgebungswerkes in feierlicher Verſammlung und in der Ermöglichung der Herſtellung von Abſchriften und deren Beſiegelung beſtanden haben. Das iſt eine nach unſern Begriffen ſehr beſchränkte Publikation, die aber doch ſchon hinausging über das, was in dieſer Hinſicht zu Nürnberg geſchehen zu ſein ſcheint. Dort ſcheint man ſich mit der Vorlegung des fertigen Geſetzbuches im weſentlichen begnügt zu haben; wenigſtens haben wir keine Spur davon, daß Abſchriften für die Kurfürſten damals entnommen wurden, und was wir aus der Tatſache der Erteilung der beiden Privilegien für die Kölner Kirche und aus der Beſchaffenheit dieſer Privilegien ſchließen konnten, ſpricht geradezu gegen die Entnahme ſolcher Abſchriften und deren Beglaubigung durch Anhängung des kaiſerlichen Siegels.

Welches Exemplar bei der feierlichen Promulgation der

---

[1]) Der Abſchluß von Lewolds Chronik fällt in den Beginn des Jahres 1358; vgl. Fittig, Levold von Northof, Bonner Diſſertation 1906, S. 13; Leviſon, Neues Archiv Bd. 32, S. 390.

Gesetze zu Metz gebraucht wurde, wissen wir nicht. Daß es aber nicht, wie Harnack glaubte, die jetzt in dem sog. böhmischen Exemplar befindliche Abschrift der Metzer Gesetze B 2 gewesen sein kann, hat Th. Lindner[1]) überzeugend dargetan. Unabhängig davon ist die Frage nach der Vorlage der kurfürstlichen Exemplare. Für die Metzer Zusatzkapitel ist uns kein Text überliefert, der hierfür in Frage kommen könnte. Für den Nürnberger Teil kann in Betracht kommen einerseits der ursprüngliche Bestandteil des böhmischen Exemplars B 1, andererseits der nur erschlossene Text des zur Herstellung der beiden Kölner Privilegien benutzten Kanzleiexemplars.

Zwei der kurfürstlichen Exemplare, das Mainzer M und das Pfälzer P, stehen B 1 näher, mit dem sie namentlich einige auffallende Fehler gemein haben, welche die beiden andern kurfürstlichen Exemplare, das Kölner C und das Trierer T, vermeiden.[2]) Aber aus B 1 selbst können M und P nicht abgeleitet sein, da sie im einzelnen doch zu oft von diesem Texte abweichen. Aus den durch diese Sachlage sich ergebenden Schwierigkeiten bleibt als einziger Ausweg wohl nur die Annahme, daß für M und P einerseits und für C und T andererseits zwei verschiedene in der kaiserlichen Kanzlei vorhandene Exemplare als Vorlage benutzt seien. Eins dieser Exemplare muß dann B 1 näher gestanden haben und kann auch dessen Vorlage gewesen sein; das andere mag dagegen zugleich die Vorlage von C und T sowie der Kölner Privilegien gebildet haben. Beide Exemplare könnten etwa im Verhältnis von Konzept und Reinschrift zueinander gestanden haben, wobei man dann wohl am ehesten die Vorlage von B, P und M als die Reinschrift, die andere als Konzept ansehen könnte.

Für den Metzer Teil der Goldenen Bulle dürften ebenfalls zwei verschiedene Vorlagen für die Herstellung der kurfürstlichen Exemplare benutzt sein. Wie schon früher erwähnt wurde,

---

[1]) Mitt. d. Inst. f. österr. GF. Bd. 5, S. 123 ff.

[2]) Dafür nur einige Beispiele: In der Pönalklausel des c. XVI haben C und T die zwar verstümmelte, aber der ursprünglichen Fassung am nächsten stehende Lesart centum marcarum, wo B mit den übrigen die Korrektur centum marcas bietet. Im Proömium haben nur C und T das unentbehrliche quod vor velut serpens, ebenso in c. XIX das richtige eam statt eciam.

Digitized by Google

enthält nur M die jetzt als § 3 des c. XXIX gezählte Bestimmung an ihrem ursprünglichen Platze am Ende von c. XXX. Vielleicht ist M nach dem Konzept geschrieben, während den übrigen Exemplaren eine in bezug auf die Stellung jener Bestimmung veränderte Reinschrift zugrunde gelegt sein mag. Weder die eine noch die andere dieser Vorlagen aber dürfte die Überschrift der Metzer Gesetze enthalten haben, welche sich in M sowie in B 2 und in F findet. Sie wurde wohl erst zum Behuf jener Sonderausfertigung der Metzer Gesetze verfaßt, auf der sowohl B 2 als auch der Metzer Teil von F beruhen. Wohl erst bei dieser Gelegenheit wurde die Überschrift auch in ein Kanzleiexemplar eingetragen, aus dem sie dann nachträglich dem Mainzer Exemplar eingefügt wurde und auch in die private abschriftliche Überlieferung gelangte, die zum Teil auf einem solchen Exemplar zu beruhen scheint.

Die Fehlerhaftigkeit aller durch Besiegelung in der kaiserlichen Kanzlei beglaubigten authentischen Exemplare und der daraus zu erschließende Zustand der in der Kanzlei selbst hergestellten und der Vervielfältigung zu Grunde gelegten Texte zeugen von einem hohen Grade von Sorglosigkeit. Diese Sorglosigkeit macht sich in besonders auffälliger Weise bemerkbar in dem Mangel an Ordnung und Geschlossenheit, den die Goldene Bulle nach Hinzufügung der Metzer Zusätze aufweist. Sehen wir von dem Fehlen des Rubrikenverzeichnisses in C, P und T ab, so beginnt das Gesetz mit dem Nürnberger Gesetzbuche in unveränderter Gestalt, dem dann die Metzer Kapitel mit oder ohne jene besondere Überschrift angefügt sind, ohne daß man daran gedacht hätte, sie auch äußerlich in eine organische Verbindung mit dem älteren Teile zu bringen. Auf die Hexameter folgt also das Kapitelverzeichnis, welches sich aber nur über den Nürnberger Teil erstreckt, darauf das Proömium, das gleichfalls nur zu dem Nürnberger Gesetzbuch gehört. Dann folgen die 23 Kapitel selbst. Während aber das Rubrikenverzeichnis die einzelnen Kapitelrubriken fortlaufend beziffert, hören die Kapitelzahlen im Texte selbst mit Kapitel XII auf, so daß die übrigen Kapitel nur Überschriften ohne Bezifferung tragen. Die ganz äußerlich angehängten Metzer Zusätze aber tragen weder Kapitelzahlen, noch auch, von zwei zufälligen Ausnahmen abgesehen, Überschriften.

Aus den vorstehenden Ausführungen in Verbindung mit den weiter oben S. 145 ff. gegebenen folgt, daß nicht nur keins der überlieferten durch Besiegelung ausgefertigten Exemplare als das eigentliche Original der Goldenen Bulle gelten kann, sondern auch, daß weder zu Nürnberg noch zu Metz irgendein Text vorhanden war, der auch nur in dem Sinne die Bedeutung eines Originals gehabt hätte, daß er offiziell als der allein maßgebende angesehen und als solcher in der kaiserlichen Kanzlei bei Abschriften und Neuausfertigungen zu Grunde gelegt wäre. Mindestens zwei verschiedene Texte wurden zur Herstellung des sog. Böhmischen, der vier kurfürstlichen Exemplare und der Kölner Privilegien verwendet. Erst im März 1358 können wir die Benutzung von B in der Reichskanzlei nachweisen und zwar bei Ausfertigung eines Privilegs über die Gerichtshoheit der Bischöfe von Straßburg. Seitdem scheint dieses Exemplar die Bedeutung eines offiziellen Exemplars der kaiserlichen Kanzlei behalten zu haben, wie seine Benutzung zu den Neuausfertigungen für Frankfurt im Jahre 1366 und später für Nürnberg zeigt.

Seit dem 18. Jahrhundert hat man mit besonderem Eifer nach dem Verfasser der Goldenen Bulle geforscht. Ein Resultat aber konnten diese Nachforschungen nicht haben, weil es einen Verfasser des Gesetzes im eigentlichen Sinne nicht gegeben hat. Friedjung hat S. 86 die richtige Antwort auf die Frage nach dem Verfasser gegeben, indem er betonte, daß Karl IV. selbst der Urheber der Grundgedanken des Gesetzes gewesen sei, sich aber zur Abfassung der einzelnen Urkunden, aus denen das Gesetz zusammengestellt ist, des ihm in seiner Kanzlei zur Verfügung stehenden geschulten Personals in gleicher Weise bedient haben werde, wie zur Herstellung seiner Urkunden überhaupt.

Wenn Friedjung ausdrücklich ablehnt, die Namen einzelner in der Kanzlei tätiger Männer in Verbindung mit dem Gesetze zu bringen und darauf verzichtet, feststellen zu wollen, welchen Anteil etwa einzelne von ihnen an dem Werke gehabt haben, so dürfte er sich damit auf den Standpunkt gestellt haben, der vorläufig der allein mögliche ist; solange nämlich es noch nicht gelungen ist, die Diktate der einzelnen Notare zu unterscheiden.

Digitized by Google

Schon ein Jahr nach dem Erscheinen der Ausführungen Friedjungs hat aber Nerger S. 35 eine Vermutung Palackys wieder aufgenommen, nach welcher Karls Hofkanzler, Johann von Neumarkt, Bischof von Leitomischl, der Verfasser der Goldenen Bulle sein sollte. Später hat dann Konrad Burdach S. 31 den Kanzler als Mitarbeiter an dem Gesetze, „mindestens als stilistischen Redaktor" bezeichnet und ihm S. 38 mit Bestimmtheit die Autorschaft der vorangestellten Hexameter und der poetisierenden philosophisch-staatsrechtlichen Einleitung zugeschrieben. Im Anschluß daran hat endlich Oskar Hahn S. 52 ihn als Verfasser nicht nur der Einleitung, sondern auch noch einer Anzahl weiterer Stücke der Goldenen Bulle hingestellt. Es sind das die Kapitel VII, XII, XXV und XXXI, sowie vielleicht noch XX. Sie alle sollen sich durch einen gleichartigen Stil, durch ein mehr humanistisches Gepräge vor den übrigen den gewöhnlichen mittelalterlichen Urkundenstil aufweisenden Kapiteln auszeichnen. Doch dürfte auch diese Annahme nicht nur unerweislich, sondern auch wenig wahrscheinlich sein. Wenn auch heutzutage vielfach die Neigung hervortritt, die geistige Bedeutung der Mitglieder der Kanzlei Karls IV. etwas reichlich hoch einzuschätzen, so war doch wohl der Hofkanzler nicht der einzige humanistisch Gebildete in der Kanzlei. Um seine Verfasserschaft zu stützen, wäre es nötig, durch eine sorgfältige Stilvergleichung eine nähere Verwandtschaft jener mehr humanistisch gefärbten Kapitel mit dem Stil gerade des Johann von Neumarkt zu erweisen. An sich spricht eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür, daß der wirkliche Leiter der Kanzlei an einem Gesetze, welches in der Kanzlei, wenn auch nicht durchweg verfaßt, so doch in ihr zusammengesetzt wurde, nicht ohne jeden Anteil war. Sehr groß aber kann dieser Anteil kaum gewesen sein. Das Gesetz ist kompiliert, wie wir sahen, aus einer Reihe ursprünglich verschiedener Bestandteile, die zum größten Teile nicht von vornherein für die aus ihnen zusammengesetzte größere Kodifikation bestimmt waren. Ein Grund zu der Annahme, daß sie gerade vom Kanzler selbst verfaßt sein sollten, ist nicht ersichtlich; bei mehreren der Stücke aber, welche erst eigens zum Zweck der Kodifikation verfaßt wurden, besteht die begründete Vermutung, daß sie nicht in der kaiserlichen Kanzlei abgefaßt sind, wie c. I, II, XVI und XVII. Liegt sonach kaum ein Anlaß zu der

Vermutung vor, daß Johann von Neumarkt einen hervorragenden Anteil an der Abfassung des Gesetzes selbst habe, geschweige denn dafür, daß man ihn auch im allerbeschränktesten Sinne als dessen Verfasser betrachten könnte, so bliebe doch die Möglichkeit, ihn als Verfasser des Proömiums und der vorangehenden Hexameter anzusehen. Sollte aber der Hofkanzler selbst im Drange der Reichsgeschäfte nichts Besseres zu tun gehabt haben, als Bibelstellen und Reminiszenzen aus antiken Schriftstellern zu einer Arenga zu verarbeiten und Hexameter aus allerlei Lesefrüchten zusammenzustoppeln?

Ich glaube aber auch einen Grund anführen zu können, der direkt gegen die Annahme spricht, daß Johann das Gesetzgebungswerk auch nur mit besonderer Teilnahme und Aufmerksamkeit begleitet habe.

Die feierliche und sehr ausführliche Urkunde Karls IV. vom 17. März 1363 über die Erhebung der Burggrafen von Nürnberg in den Reichsfürstenstand enthält zwei grobe Irrtümer in betreff der Goldenen Bulle. Es wird darin Bezug genommen auf die Verleihung des Bergregals in c. IX des Gesetzes. Dabei wird aber nicht nur, wie schon oben in einem andern Zusammenhange erwähnt wurde, diese bereits zu Nürnberg ergangene Bestimmung als erst zu Metz erlassen bezeichnet, sondern auch, was noch mehr ins Gewicht fällt, ihr Inhalt gänzlich mißverstanden. Während das Gesetz selbst bestimmt, daß alle Kurfürsten im Besitz des Bergregals sein sollen, legt der Verfasser der Urkunde von 1363 ihr fälschlich den Sinn unter, daß allein die Kurfürsten dieses Recht genießen sollten. Es heißt in der fraglichen Stelle: non obstante lege imperiali seu statuto, quam vel quod pridem in civitate nostra Metensi de consilio principum fecimus et conscribi atque sigillari mandavimus, videlicet quod nulli liceat montanorum vel minere prorsus habere dominium, nisi dumtaxat principibus electoribus, sicut eiusdem legis ac statuti condicio plenius declaravit. Rekognosziert hat die Urkunde Johann von Neumarkt. Da nun aber wohl anzunehmen ist, daß er die von ihm rekognoszierte Urkunde auch gelesen hat, so müssen wir schließen, daß ihm der doppelte grobe Irrtum bezüglich der Goldenen Bulle nicht aufgefallen ist; was doch notwendig hätte geschehen müssen, wenn er irgendwie näher beteiligt

geweſen wäre, als vor ſieben Jahren das Geſetz erlaſſen worden war.[1])

Die feierliche Verkündigung der ganzen Goldenen Bulle am Weihnachtstage 1356 zu Metz, welche das Geſetzgebungswerk zum Abſchluß brachte, und die im Urteile der Nachwelt als das Ereignis galt, welches dem Metzer Reichstage ſeine eigentliche Bedeutung verlieh, wurde, wie wir ſchon in der Einleitung hervorhoben, von den Zeitgenoſſen kaum beachtet, jedenfalls weit weniger als die übrigen feierlichen Handlungen jenes feſtlichen Tages. Ihnen ſtand im Mittelpunkt des Intereſſes das große öffentliche Prunkmahl, welches der Kaiſer unter freiem Himmel auf dem Champ-à-Seille abhielt[2]), an dem außer den Ständen des Reichs auch die Kaiſerin, der Kardinallegat, ſowie die beiden Söhne des Königs von Frankreich teilnahmen, und bei welchem die weltlichen Kurfürſten nach altem, durch die Goldene Bulle von neuem normiertem Brauche hoch zu Roß die Erzämter verrichteten, in ihrer Mitte Herzog Wenzel von Brabant, des Kaiſers Bruder, durch den dieſer ſich als König von Böhmen in der Ausübung des Schenkenamtes vertreten ließ.[3]) Ob die Publikation des Geſetzes vor oder nach dem Feſtmahle ſtattfand, wiſſen wir nicht; jedenfalls aber ſchloſſen ſich an dasſelbe eine Anzahl feierlicher Belehnungen von Reichsfürſten an, ſo die des Herzogs von Sachſen, des Herzogs Wenzel von Brabant und des Herzogs Karl von der Normandie als Delphin von Vienne.

---

[1]) Nicht ernſt zu nehmen iſt die von Oskar Hahn S. 45 ausgeſprochene Vermutung, daß ein Italiener an der Abfaſſung der Goldenen Bulle beteiligt war. Wunderlicherweiſe gründet er dieſe Annahme auf das Vorkommen folgender Ausdrücke im Text: originarie; qui in partibus Alamanie pfalburgerii consueverunt appellari; statera; bassior; acervus avenae; assunt; cuppa, ſowie auf die Erwähnung der Miſchung von Waſſer und Wein, und auch die Anführung der Mediolanensis corona.

[2]) Die Lokalität iſt gleichmäßig bezeugt durch das Trierer Rechnungsbuch und durch Philippe de Vigneulles, bei Huguenin S. 98. Auf dem bis zum 18. Jahrhundert freien Platze ſteht heute die K. Ludwigs-Kaſerne. Vgl. R. Salomon, N. Archiv Bd. 33, Heft 2.

[3]) Beneš ed. Emler, Fontes rerum Bohemicarum IV, S. 526: dux Luczemburgensis representans personam regis Boemie, qui est archipincerna. Vgl. Philippe de Vigneulles a. a. O.: ledit duc de Braban, faisant l'office pour le roy de Boheme.

Digitized by Google

Die Belehnung Herzog Rudolfs des Jüngeren mit dem Herzogtum und der Pfalz zu Sachsen gab Anlaß zur Ausstellung einer neuen feierlichen Urkunde am 27. Dezember, welche gewissermaßen als Schlußstein der auf die Sicherung des Kurrechtes der Wittenberger Herzöge gerichteten Maßregeln des Kaisers angesehen werden kann und unter dem Namen der Goldenen Bulle für Sachsen stets als eine der wichtigsten Grundlagen des sächsischen Kurrechts gegolten hat.[1]) Von den zahlreichen oben S. 153 besprochenen dem sächsischen Kurrecht gewidmeten Urkunden, die vor und auf dem Nürnberger Tage ausgestellt waren, unterscheidet sich diese neue Urkunde u. a. durch die Hervorhebung des Umstandes, daß Herzog Rudolf auf dem am Tage seiner Belehnung abgehaltenen feierlichen Hofe als Erzmarschall des Reiches das Marschallamt in der herkömmlichen Weise wirklich ausgeübt habe. Wir dürfen hierin wohl eine Hindeutung auf den damals aufs neue ausgebrochenen Streit um das Recht zum Tragen des Reichsschwertes erblicken. Der Kaiser war seinem Bruder Wenzel, der dem Sachsenherzog dieses Recht streitig machte, durch eine Urkunde[2]) vom gleichen Datum wie die Goldene Bulle für Sachsen weiter entgegengekommen, als sich mit dem eben verkündeten Reichsgesetz zu vertragen schien, und konnte nun dem Sachsen die Aufnahme des auf die Ausübung des Schwertträgeramtes anspielenden Passus nicht wohl verweigern. Eine Bekräftigung der Urkunde durch Willebriefe der Kurfürsten, die nur als Zeugen darin genannt werden, unterblieb; doch erwirkte Rudolf von Sachsen am 2. Januar 1357 noch eine Ausfertigung derselben Urkunde, und zwar in deutscher Sprache.[3]) Damit war die Reihe der gesetzgeberischen Akte abgeschlossen, durch welche Karl IV. gemäß seinem am 25. November 1355 verkündigten Programm feststellen wollte, wer unter den Laien Kurfürst sei. So begleiteten die auf Schaffung einer sicheren Grundlage für die Kodifikation gerichteten Maßregeln diese selbst bis über deren Abschluß hinaus.

Die Festlichkeiten am Weihnachtstage bildeten den Höhepunkt des Reichstages. Noch vor Neujahr reisten der Kardinal

[1]) Urkunden Nr. 31. [2]) Urkunden Nr. 32.

[3]) Diese noch ungedruckte Ausfertigung fehlt auch bei Böhmer-Huber; Orig. Dresden Hauptstaatsarchiv Nr. 3428a.

Digitized by Google

und die französischen Prinzen ab. Der eigentliche Schluß des Reichstages fand vielleicht, wie das ja auch für den vorjährigen ursprünglich geplant war, am Epiphaniastage statt. Am folgenden Tage, dem 7. Januar, verließ der Kaiser mit Erzbischof Boemund die Stadt Metz. Sie begaben sich zunächst zu Schiff nach Diedenhofen, wohin die Pferde vorausgeschickt waren. Wenn eine spätere Quelle zu berichten weiß, daß die Herren für ihre Person den Wasserweg wählten, weil sie auf dem Landwege für ihre Sicherheit fürchteten, so fällt uns schwer das zu glauben. Der Gegensatz zwischen dem eben noch in der Fülle der Gewalt und Herrlichkeit des Reiches thronenden und Gesetze gebenden und dem jetzt die offene Landstraße scheuenden Kaiser erscheint gar zu grell. Doch mochten die schweren Wirren, welche die Stadt bei des Kaisers Abreise erfüllten, Anlaß zu besonderer Vorsicht bieten; zumal Karl in diese inneren Kämpfe in wenig glücklicher Weise eingegriffen hatte.

Digitized by Google

Drittes Kapitel.

Die Bedeutung der Goldenen Bulle.

Wenn wir die Bedeutung unseres Gesetzes erkennen wollen, so gilt es zuerst die Absicht des Gesetzgebers festzustellen, die Beweggründe, die ihn zu der Gesetzgebung veranlaßten, die Ziele, die er mit ihr verfolgte. Doch ist zunächst noch eine Vorfrage zu beantworten, die nämlich, ob denn in der Goldenen Bulle überhaupt der einheitliche Wille eines Gesetzgebers zum Ausdruck kommt, oder ob sie nicht, wie man wohl gemeint hat, das Produkt eines Kompromisses zwischen entgegengesetzten oder doch stark divergierenden Tendenzen des Kaisers und der Kurfürsten ist.

Die Kritik, welche von dieser letzteren Anschauung aus an einzelnen Bestimmungen des Gesetzes geübt worden ist, haben wir oben bei der Besprechung der cc. V und XII sowie bei der Erörterung des Zustandekommens der Gesetze zurückgewiesen und können uns hier darauf beschränken, nochmals hervorzuheben, wie sehr der Gedanke eines Kompromisses als der Grundlage des Gesetzes dessen ganzer Tendenz und den Umständen, unter denen es entstand, widerspricht. Während der ganzen Zeit, in der die Goldene Bulle entstand, finden wir den Kaiser in vollster Eintracht mit den Kurfürsten, die ihm meist zu Dank verpflichtet waren. Mehrfach spricht der Kaiser in dem Gesetze aus, daß er die Stellung der Kurfürsten, in denen er die Säulen des Reiches erblickt, stärken und erhöhen wolle, und der Inhalt bestätigt durchaus die Aufrichtigkeit dieser Gesinnung. Überall finden wir Bestimmungen zu ihren Gunsten, dagegen keine einzige, in welcher ein unbefangener Beurteiler den Versuch erblicken könnte, die Stellung der Kurfürsten herabzudrücken, die des

Kaisers auf ihre Kosten zu stärken. Dem gegenüber wäre es geradezu widersinnig, wollten wir annehmen, der Kaiser habe nur widerwillig das eine oder andere sich von den Kurfürsten abringen lassen, oder jene hätten Forderungen gestellt, die der Kaiser zwar nicht verweigern konnte, aber so verklausulierte, daß das Gewährte unbrauchbar wurde. Für ein solches Markten und Feilschen, Fordern und Ertrotzen auf der einen Seite, erzwungenes, hinterhaltiges Nachgeben auf der andern boten die Verhältnisse keinen Raum. Wohl mögen die Kurfürsten insgesamt oder einzelne von ihnen ihre Wünsche zum Ausdruck und zur Anerkennung gebracht haben, keinesfalls aber liefen ihre Bestrebungen denen des Kaisers entgegen, sondern in der Richtung auf das gleiche Ziel. Nicht ein Spiel widerstrebender Kräfte hat das Gesetz geschaffen, sondern der Wille des Kaisers unter bereitwilligster Zustimmung der durch dasselbe so stark geförderten Kurfürsten. Die Initiative der Gesetzgebung im ganzen und ihrer wesentlichsten Teile lag durchaus beim Kaiser; er ist als der Gesetzgeber im eigentlichsten und vollsten Sinne anzusehen.

Über die Ziele seiner Gesetzgebung hat sich Karl IV. bei Eröffnung des Nürnberger Reichstages und in der Einleitung, sowie wiederholt im Texte der Goldenen Bulle deutlich ausgesprochen. Er wollte die Wohlfahrt des Reiches fördern durch Sicherung einhelliger Königswahlen für alle Zeiten, durch Förderung der Einigkeit unter den Kurfürsten und ihrer Machtstellung, sowie ihrer Interessen überhaupt, endlich durch Sicherung der Ordnung und des Friedens im Reiche. Gewiß müssen wir uns hüten, alle offiziellen Äußerungen über die Beweggründe und Absichten politischer Maßregeln mittelalterlicher Politiker und zumal die meist in der Kanzlei geschmiedeten phrasenhaften Begründungen des Inhalts öffentlicher Urkunden für bare Münze zu nehmen; doch sind diese Äußerungen keineswegs immer belanglos. Die von Karl bei der Reichstagseröffnung und in der Goldenen Bulle angegebenen Absichten und Motive stimmen so vollkommen mit dem Inhalt des Gesetzes überein, daß wir gar keinen Grund haben, der Gesetzgebung andere Absichten als die ausgesprochenen unterzulegen. Und doch ist man seit den Zeiten Johann Peter von Ludewigs nicht müde geworden, immer wieder nach den eigentlichen Absichten des Gesetzgebers zu suchen.

Digitized by Google

Es wäre zwecklos, alle in dieser Hinsicht geäußerten Meinungen hier zusammenzustellen, und wir können uns damit begnügen, einige Vermutungen über Karls IV. Motive zu widerlegen, die nach der ganzen Sinnesart des Kaisers an sich nahe liegend erscheinen könnten.

Am ehesten wird man geneigt sein, bei Karl IV. dynastische Beweggründe für seine Handlungen vorauszusetzen, und zwar in erster Linie Absichten, die auf die Befestigung und Erweiterung seiner Hausmacht und insonderheit auf die Vergrößerung seines böhmischen Reiches und die Befestigung des böhmischen Königtums gerichtet waren. Wenn aber neuerdings die Sache so dargestellt ist, als wäre die Goldene Bulle in erster Linie mit Rücksicht auf Böhmen erlassen, und wären nur nebenbei auch einige Bestimmungen durch die Kurfürsten hineingekommen, welche das ganze Reich betrafen, so bedarf das kaum einer ernstlichen Widerlegung. Wohl wurde, wie wir sahen, den cc. VIII—X der Entwurf eines Privilegs über die Landeshoheit des Königs von Böhmen zu Grunde gelegt; doch wurde daraus bei der Aufnahme in das Gesetz ein Privileg über die Landeshoheit aller Kurfürsten, welche sich aber der meisten darin anerkannten Rechte schon vorher erfreut hatten. Wird dem König von Böhmen eine in einer Richtung etwas selbständigere Gerichtsgewalt verliehen, als den übrigen Kurfürsten, so hängt das mit der von jeher größeren Selbständigkeit Böhmens zusammen, und wenn in bezug auf die äußerliche Ehrenstellung dem Böhmen der erste Platz unter den weltlichen Kurfürsten zugesichert wird, so begründet das der Gesetzgeber ausdrücklich mit dem Besitz der Königskrone. Im übrigen tritt der Böhmenkönig in der Goldenen Bulle keineswegs besonders stark hervor, und geradezu lächerlich müßte es erscheinen, wenn wegen der wenigen politischen und Ehrenrechte, die dem Böhmenkönige eingeräumt werden, das ganze umfang- und inhaltreiche Gesetzgebungswerk in Szene gesetzt sein sollte.

Ganz ausgeschlossen ist auch die Annahme, daß Karl IV. durch die Goldene Bulle dynastische Ziele in bezug auf die Erhaltung der deutschen Krone in seinem Hause verfolgen wollte. Ein unbrauchbareres Mittel zur Durchführung solcher Pläne hätte Karl gar nicht ersinnen können. Die Wahlordnung, die Konsolidation der Kurfürstentümer, das Schweigen des Gesetzes

Digitized by Google

von jeder andern Art der Schaffung eines Königs als durch die freie Wahl der Kurfürsten, der Text des Wahleides und insbesondere die Ankündigung des Zweckes des Gesetzes in dem Prooemium des Nürnberger Gesetzbuches und in der Proposition des Kaisers bei Eröffnung des Nürnberger Tages im November 1355 sprechen deutlich dafür, daß dem Kaiser damals der Gedanke an eine Wahl eines Sohnes des regierenden Königs oder Kaisers bei dessen Lebzeiten gar nicht in den Sinn gekommen ist. Nicht nur, daß die Goldene Bulle eine Wahl vivente imperatore nicht erwähnt; sie läßt dafür gar keinen Raum. Eine zwiespältige Wahl war im Falle einer Designation ja gar nicht denkbar; und doch wird als der Hauptzweck der Gesetzgebung die Sicherung der einhelligen Wahl hingestellt. Im Wahleide versprechen die Wähler dem christlichen Volke ein weltliches Haupt, temporale caput, zu geben, und entsprechend gibt auch c. II, § 3 als Ziel die Wahl eines temporale caput mundi an; das aber kam nicht in Betracht, wenn die Christenheit schon im Kaiser ein solches Haupt besaß. Auf eine Königswahl vivente imperatore ist die Goldene Bulle so wenig eingerichtet, daß man es begreift, wenn auf dem Reichs- und Wahltage von 1486 die Ansicht auftaucht, daß die Goldene Bulle in einem solchen Falle überhaupt keine Geltung habe.[1]) Ferner versprechen die Wähler eidlich, daß sie wählen wollen nach freiem Ermessen absque omni pacto, wodurch bei strenger Interpretation die Wahl eines designierten Nachfolgers ausgeschlossen war. Man hat wohl angenommen, daß die Goldene Bulle überhaupt allein auf den Fall Rücksicht nähme, daß die Königswahl infolge des Todes eines Königs oder Kaisers nötig wurde. Dagegen hat M. G. Schmidt (S. 3) mit Recht geltend gemacht, daß das Wahlausschreiben in c. XVIII und das Prokuratorium in c. XIX die Notwendigkeit der Wahl aus verschiedenen rechtmäßigen Gründen herleiten, indem dort die Wahl bezeichnet wird als electio que ex rationabilibus causis imminet. Demgegenüber kann denn freilich die Bestimmung in c. I, § 16, nach welcher der Erzbischof von Mainz innerhalb 6 Wochen nach dem Bekanntwerden des Todes des Königs die Wahlausschreiben erlassen soll, nur die Bedeutung einer für den Normalfall berechneten Anordnung

[1]) Ulmann in Forschungen zur Dtsch. Gesch. Bd. 22, S. 151.

Digitized by Google

haben. Die Ereigniſſe der Regierungszeit Ludwigs des Bayern und die Umſtände, unter denen Karls eigene Wahl erfolgte, mochten es nahe legen, neben dem gewöhnlichen Falle auch andere Fälle der Thronerledigung, etwa durch Abdankung oder Abſetzung, in Betracht zu ziehen und ſomit eine Mehrzahl von rationabiles causae für eine Königswahl anzuerkennen. An eine Königswahl vivente imperatore aber zu denken, bot weder die Vergangenheit ſeit mehr als einem Jahrhundert noch auch die Gegenwart Anlaß. Der letzte Fall der Art war die Wahl Konrads IV. im Jahre 1237 geweſen, und ſeitdem hatte man nur noch einige Male eine ſolche für eine ferne Zukunft geplant. Karl IV. aber hatte zurzeit keinen männlichen Leibeserben, durch den ihm der Gedanke an eine künftige Deſignation hätte näher gerückt ſein können.

Nur in einer Beſtimmung der Goldenen Bulle könnte man die Vorbereitung eines derartigen fernen Zukunftsplanes erblicken: in der Feſtſetzung in c. II, § 5, wonach ein Kurfürſt für ſeine eigene Wahl ſelbſt die ausſchlaggebende Stimme abgeben konnte. Sollte der Kaiſer hier an die Möglichkeit gedacht haben, daß ein künftiger Erbe der böhmiſchen Krone mit Hilfe dieſer Beſtimmung ſeine eigene Wahl zum deutſchen König durchſetzen könnte? Das iſt vielleicht möglich, kaum aber ſehr wahrſcheinlich. Jedenfalls konnte die Beſtimmung jedem andern weltlichen Kurfürſten ebenſogut zu Nutze kommen, wie dem Böhmenkönig, und iſt ja gleich bei der zweiten Wahl nach der Goldenen Bulle vom Pfalzgrafen Ruprecht für ſeine eigene Wahl ausgenutzt worden. Ein Grund, das eigentliche Motiv des Geſetzgebers in dynaſtiſchen Abſichten zu ſuchen, kann alſo auch hier nicht gefunden werden.

Wie wenig die Goldene Bulle ſeinen dynaſtiſchen Plänen günſtig war, hat Karl IV. ſelbſt ſpäter erfahren. Um die Wahl ſeines Sohnes Wenzel durchzuſetzen, ſah er ſich genötigt, die Beſtimmung des Geſetzes über Frankfurt als geſetzlichen Wahlort ausdrücklich aufzuheben[1]), und als es ſich um die Erwerbung der Mark Brandenburg handelte, mußte er ſein eigenes Geſetz durchlöchern oder doch bei Seite ſchieben.[2]) Denn wenn

[1]) Reichstagsakten I, Nr. 5, S. 22.

[2]) Böhmer-Huber Nr. 5220.

er im Vertrage von Fürstenwalde die Mark für sich und sein Haus erwarb, durch einen Nebenvertrag aber dem letzten Wittelsbacher Markgrafen für dessen Lebensdauer den Besitz des Kurrechts und Erzkämmereramtes überließ, so verstieß er damit jedenfalls gegen den Geist des Gesetzes, wenn man allenfalls auch den Wortlaut des c. XX so deuten konnte, daß zwar niemand das Kurrecht in Anspruch nehmen dürfe, der nicht zuvor das Kurland erlangt habe, daß hingegen wohl der Besitzer des Kurlandes auf das Kurrecht verzichten könne.

Sind somit egoistische und dynastische Absichten nicht die Motive der Gesetzgebung gewesen, so hindert uns nichts, ja es erweist sich als unbedingt nötig, daß wir die offiziell angegebenen Beweggründe auch als die wirklichen anerkennen. Das Wohl des Reiches ist das Ziel des Gesetzgebers. Er will es fördern, indem er durch gesetzliche Festlegung des Majoritätsprinzips und die Schaffung von Garantien für dessen wirksame Durchführung das Reich vor zwiespältigen Königswahlen und damit vor einem Doppelkönigtum bewahren will, dessen verderbliche Wirkungen er selbst in den Anfängen seiner Regierung genügend erfahren hatte. Durch Abschließung des Kurfürstenkollegiums und Sicherung seines Bestandes wollte er die feste Basis für die Königswahl schaffen. Die Kurfürsten aber waren nicht nur die Schöpfer des Königs, sie waren auch seine festesten Stützen, sein höchster Rat und sein wichtigstes Organ für die Regierung des Reichs. Durch Sicherung und Erhöhung ihres Ansehns und ihrer Rechte, sowie durch eine Einrichtung, die ihnen die Möglichkeit regelmäßiger Teilnahme an den Reichsgeschäften geben sollte, wollte der Gesetzgeber die Säulen des Reiches befestigen. Aber auch die Bestimmungen, die sich nicht auf den Hauptinhalt der Goldenen Bulle, Königswahl und Kurfürstentum, beziehen, sind sämtlich auf Ordnung und Frieden im Reiche gerichtet. Das liegt auf der Hand bei den Kapiteln XIV und XVII, die sich mit dem Fehderecht und ungerechten Zöllen und Geleiten befassen. Ebenso wird man von vornherein geneigt sein, c. XV als ein im Interesse der Ruhe und Ordnung im Reiche erlassenes Gesetz zu betrachten, wenn hier auch eine gewisse Tendenz gegen die Städte und die kleineren Glieder des Reiches zu Gunsten der höheren Stände sich geltend zu machen scheint. Als geradezu städtefeindlich hat man mit einem gewissen Recht das Pfal-

bürgergesetz in c. XVI charakterisiert. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß im Pfalbürgertum eine unverkennbare Gefahr für die wohlerworbenen Rechte zahlreicher und wichtiger Glieder des Reiches und eine Quelle steter Fehden und Wirren lag. Auch hatte die Reichsgewalt seit dem Auftauchen des Pfalbürgertums stets in gleicher Weise gegen dasselbe Stellung genommen wie die Goldene Bulle, so daß man aus dieser Stellungnahme unserm Gesetzgeber keinen Vorwurf machen und jedenfalls nicht daraus folgern darf, daß der Kaiser nicht auch hier geglaubt habe, das Wohl des Reiches zu fördern.

Wie aber stimmt die Tatsache, daß Karl IV. sein großes Gesetz allein zum Wohle des Reiches, ohne verborgene Nebenabsichten, lediglich aus uneigennützigen Beweggründen gegeben hat, zu dem Bilde, welches wir uns sonst von der Persönlichkeit dieses Herrschers zu machen pflegen? Er gilt doch allgemein als der kühle Realpolitiker, der mehr seinem Verstande als idealen Wallungen folgt, und wenn er ein ideales Streben zeigt, dies mehr der Religion und Kirche, der Kunst und Wissenschaft und insonderheit der Macht und Größe seines Hauses und seines böhmischen Erbreiches als dem Kaisertum und dem heiligen römischen Reiche zuwendet. Gewiß ist das Bild Karls in dieser Weise richtig gezeichnet. Oft genug hat er namentlich dem Interesse seines Hauses das des Reiches nachgesetzt. Doch hat Karl nicht nur in der Goldenen Bulle, sondern auch sonst gelegentlich gezeigt, daß er für das Ansehen und die Würde des Reiches Verständnis und Interesse besaß, so namentlich bei der Erörterung der gefälschten österreichischen Privilegien im Jahre 1360[1]), wo er, ohne von der Fälschung etwas zu ahnen, mit viel Takt und Würde die Anmaßung des herzoglichen Fälschers zurückwies. Zur Zeit aber, als er seine Gesetzgebung plante und ausführte, mögen noch besondere Gründe mitgewirkt haben, seinen Geist in eine mehr ideale Richtung zu treiben. Auf eine Natur wie die seine, in der dem nüchtern praktischen Verstande ein starker mystisch-religiöser Zug die Wage hielt, mußte die Übertragung der höchsten Würde der Christenheit durch die Kaiserkrönung einen starken Eindruck machen und neben dem Bewußtsein von der Höhe und Heiligkeit der kaiser-

[1]) Vgl. Steinherz in Mitteil. des Inst. Bd. 9, S. 63 ff.

Digitized by Google

lichen Würde auch ein gesteigertes Gefühl von den Pflichten gegenüber dem Reiche erzeugen. Aus solchen Vorstellungen und Stimmungen heraus würde sich leicht der Entschluß erklären, durch ein Gesetz über die Königswahl und eine Anzahl anderer Gesetze die Wohlfahrt des Reiches ohne jeden Hintergedanken und ohne Nebenabsichten zu fördern. Verliert bei einer solchen, wie ich meine, durch die Tatsachen gebotenen Auffassung Karl IV. als Politiker, so gewinnt er um so mehr als Mensch und als Träger der deutschen Krone. Freilich hat jene ideale auf das Wohl des Reiches gerichtete Stimmung den Kaiser nicht dauernd in gleicher Weise beherrscht; sie hielt aber doch so lange an, daß das ganze Gesetz in dem gleichen Geiste vollendet werden konnte, in dem es begonnen war. Ist gewiß vor allem der Umstand, daß die Goldene Bulle die ständischen Grundlagen der Reichsverfassung rückhaltlos anerkennt, als der Grund für die Lebenskraft des Gesetzes anzusehen, da es eben diese Grundlage war, auf welcher allein noch weitergebaut werden konnte; so möchten wir doch auch der von selbstsüchtigen Motiven freien, rein auf das Reichswohl gerichteten Tendenz des Gesetzes einen Anteil an dessen Lebenskraft zuschreiben. Die Reinheit seiner Tendenz bot keine Angriffspunkte dar; man mußte dieselbe als berechtigt anerkennen, so lange man den Reichsgedanken selbst festhielt.

Messen wir die Ziele und Absichten des Gesetzgebers der Goldenen Bulle an den Gedanken, welche Kaiser Ludwig und die Kurfürsten zu Rense, Frankfurt und Koblenz im Sommer 1338 zum Ausdruck brachten, so hat Karl IV. den Gedanken der Majoritätswahl aufgenommen, gesetzlich fixiert und seine ungehinderte Durchführung durch eine Reihe von Vorschriften gesichert. Aufgegeben dagegen hat Karl den 1338 ausgesprochenen Gedanken, daß der von den Kurfürsten Gewählte durch diese Wahl allein bereits nicht nur König, sondern auch Kaiser, verus et legitimus imperator werde. Er bringt an zahlreichen Stellen des Gesetzes den älteren und historisch besser begründeten Gedanken zum Ausdruck, daß der von den Kurfürsten Gewählte durch die Wahl römischer König mit dem Anspruch auf die Erhebung zum Kaiser werde, durch die Verwendung der älteren Formel: rex Romanorum in imperatorem promovendus.[1])

[1]) Z. B. in der Decretale Venerabilem von 1202, MG. Const. II, Nr. 398, S. 505, l. 25.

Wie aber stellte sich Karl zu dem 1338 besonders betonten Anspruch, daß der rechtmäßig von den Kurfürsten Erwählte nicht der Approbation und Konfirmation des Papstes bedürfe? Eine Approbation oder Konfirmation von seiten des Papstes, dessen überhaupt in dem ganzen Gesetze keine Erwähnung geschieht, wird weder anerkannt noch abgelehnt. Darf man aus diesem Schweigen, wie das in älterer und neuer Zeit meist geschehen ist, folgern, daß Karl IV. damit die päpstlichen Ansprüche habe zurückweisen wollen?

Eine gegen die Kurie gerichtete feindliche Spitze hat man unserm Gesetze schon frühzeitig zugeschrieben. Ja, wenn wir die Darstellung Olenschlagers [1]) für begründet halten dürften, so hätte schon Papst Innocenz VI. nicht lange nach Erlaß der Goldenen Bulle sich über die Verletzung der päpstlichen Rechte bezüglich der Approbation und des Reichsvikariats bei dem Kaiser beschwert. Aus den hierfür angeführten Literaturangaben aber scheint sich nur so viel zu ergeben, daß schon seit dem 15. Jahrhundert manche Kanonisten der Goldenen Bulle eine gegen die päpstlichen Ansprüche gerichtete Tendenz zugeschrieben haben; während alles übrige auf Mißverständnissen und freier Kombination beruhen dürfte.

Einen Anspruch der Kurie hat Karl IV. in seinem Gesetze unzweifelhaft bei Seite geschoben, den auf die Verwesung des Reiches durch den Papst während der Thronerledigung, wenigstens soweit Deutschland in Betracht kommt. Nehmen wir an, daß die beiden Sprengel, welche in c. V der Goldenen Bulle für die Reichsverweserschaft des Pfalzgrafen und des Sachsenherzogs in etwas allzu summarischer Weise abgegrenzt werden, das gesamte Gebiet des deutschen Reiches umfassen sollen, und diese Annahme ist gewiß zutreffend, so bleibt für die Ausübung von Regierungsrechten durch den Papst, wie sie seit der Mitte des 13. Jahrhunderts beansprucht und zum Teil auch geübt waren, in Deutschland kein Raum. Daß Karl diese Wirkung seines Gesetzes ganz übersehen haben sollte, ist nicht wahrscheinlich; sicher aber war nicht sie ihm die Hauptsache, sondern die Anerkennung der Rechte der beiden Kurfürsten. Inwieweit die Nebenwirkung auf das päpstliche Reichsvikariat mitbestimmend

[1]) Neue Erläuterung der Guldenen Bulle 403 f.

Digitized by Google

gewesen sein könnte für die gesetzliche Anerkennung der entgegenstehenden Rechte der beiden Fürsten, müssen wir unentschieden lassen. Die Tatsache, daß das päpstliche Reichsvikariat in Deutschland durch die Goldene Bulle reichsgesetzlich, wenn auch ohne ausdrückliche Erwähnung beseitigt ist, bleibt bestehen.

Anders liegt die Sache bezüglich des Approbationsrechtes. Das Gesetz enthält keine Bestimmung, mit welcher das Bestehen eines Approbationsrechtes geradezu unvereinbar wäre. Wohl hat man auf die Bestimmung in c. II, § 4 hingewiesen, wonach der zum König Erwählte sogleich nach Vollzug der Wahl, bevor er kraft der Reichsgewalt sich mit andern Regierungshandlungen befaßt, peracta statim electione huiusmodi, priusquam in aliquibus causis aliis sive negociis virtute sacri imperii administret, unter königlichem Siegel alle Rechte und Privilegien der Kurfürsten bestätigen soll. Die Stelle soll ergeben, daß nach der Goldenen Bulle der Gewählte ohne vorhergehende Approbation Regierungshandlungen vornehmen dürfe. Gewiß läßt das statim keinen Raum für eine Approbation vor der Privilegienbestätigung; doch könnte die Approbation ja noch vor den übrigen Regierungshandlungen stattfinden. Eine prinzipielle Bedeutung aber hat die Stelle insofern, als sie voraussetzt, daß der erwählte König schon vor der Krönung Urkunden unter dem königlichen Siegel ausstellen kann. Es kann das um so weniger ohne bestimmte Absicht des Gesetzgebers angeordnet sein, als nicht nur Karls Großvater, Heinrich VII.[1]), sondern auch er selbst[2]) vor seiner Krönung sich des römischen Königssiegels nicht bedient hat. Wenn demgegenüber hier wie etwas ganz Selbstverständliches beiläufig erwähnt wird, daß der König sofort mit dem königlichen Siegel urkunden solle, so ist das doch wohl nicht ohne bestimmte Absicht geschehen. Damit war, wenn auch beiläufig, so doch nicht minder deutlich zum Ausdruck gebracht, daß der deutsche König gleich nach der Wahl Urkunden unter dem Siegel eines römischen Königs ausstellen solle, und nicht erst wie Karl IV. und sein Großvater nach der Königskrönung.[3]) Mit der päpstlichen Approbation hat die Bestimmung gar nichts zu schaffen.

[1]) Böhmer, Regesten 1246—1313, S. 256, vgl. 258, Nr. 6.

[2]) Lindner, Urkundenwesen S. 45 f.

[3]) Übrigens irrt M. G. Schmidt, wenn er S. 5 meint, Wenzel habe

Digitized by Google

Der Gesetzgeber hat sein Hauptthema, die Schaffung einer Wahlordnung zum Zweck der Sicherung einhelliger und unzweifelhafter Königswahlen, so abgegrenzt, daß eine Notwendigkeit des Eingehens auf die Approbationsfrage nicht vorlag, ja kaum auch nur ein näher liegender Anlaß dazu sich darbot. Soviel aber ist zuzugeben, daß es auffällig ist, daß der Kaiser sein Thema gerade so und nicht anders begrenzte. Er, der als Geschöpf der Kurie den deutschen Thron bestieg, als rex Romanorum seu clericorum, wie Wilhelm von Occam höhnte, er, der so vielen demütigenden Bedingungen der Kurie sich hatte unterwerfen müssen, dem namentlich mit den Forderungen bezüglich der Approbation und Konfirmation die Erlangung der deutschen Krone so sehr erschwert wurde, er mußte aller dieser päpstlichen Forderungen gedenken, wenn er daran ging, eine neue Ordnung zu schaffen für die Königswahl. Er konnte nicht vergessen, daß für ihn der Weg zum Throne über Avignon gegangen war, und mußte erwarten, daß die Kurie von seinem Nachfolger verlangen würde, denselben Weg zu gehen. Sollte er die Forderungen der Kurie in dem Gesetze anerkennen oder doch berücksichtigen, oder sollte er sie zurückweisen? Es ist begreiflich, daß Karl sich weder zu dem einen noch zu dem andern entschließen mochte und daher lieber jedem Anlaß, von diesen Dingen zu handeln, vorsichtig aus dem Wege ging. Daher schloß er seine Bestimmungen mit dem Vollzug der Wahl in der Hauptsache ab. Nur zu Gunsten der Privilegienbestätigung für die Kurfürsten wird eine Ausnahme gemacht. Von allen folgenden Handlungen ist nicht die Rede, weder von der Königskrönung, abgesehen von gelegentlicher Erwähnung, noch von der Kaiserkrönung, weder von der Annahme der Wahl durch den Gewählten, noch von den Wahldekreten der Kurfürsten. Damit aber fiel jeder Anlaß fort, auf die heikle Frage der päpstlichen Forderungen einzugehen. Ist sonach ein Schluß ex silentio wohl statthaft, so ist es doch nur der, daß Karl IV. mit seinem Schweigen über den Papst und seine Ansprüche nur das bezweckte, was er in Wirklichkeit tat: er wollte eine Stellung-

---

gleich nach der Wahl den vollen Königstitel angenommen. Er nannte sich vor der Krönung ganz wie einst sein Vater und Urgroßvater nur rex electus. Vgl. z. B. Reichstagsakten I, Nr. 77, 78.

nahme zu diesen Ansprüchen vermeiden, die ganze schwierige Sache in suspenso lassen.

Ein anderer Schluß aus dem Schweigen des Gesetzes über die Ansprüche der Kurie als dieser ist unberechtigt, insbesondere der, den man seit Jahrhunderten gezogen hat, daß der Gesetzgeber durch sein Schweigen diese Ansprüche habe ablehnen wollen oder gar gesetzlich ausgeschlossen habe. Sein Gesetz ordnete eingehend nur solche Vorgänge, bei denen päpstliche Ansprüche oder Eingriffe gar nicht in Frage kamen; während er alle diejenigen Angelegenheiten, bei denen solche Ansprüche geltend gemacht waren und werden konnten, gar nicht berührte. Daher läßt denn auch die Goldene Bulle völlig freien Raum für die Betätigung kurialer Ansprüche. Die Kurfürsten konnten in ihren Wahldekreten, wenn sie wollten, den Papst um die Approbation und Konfirmation des von ihnen Gewählten bitten, sie konnten die Krönung bis nach erfolgter Approbation aufschieben, da eine Frist für die Krönung im Gesetz nicht gegeben war. Der Gewählte wurde durch keine Vorschrift des Gesetzes verhindert, die Regierungshandlungen bis nach erfolgter Krönung oder Approbation aufzuschieben, abgesehen von der Bestätigung der kurfürstlichen Privilegien. Er konnte sich auch jeder beliebigen Bedingung für die Erlangung der Kaiserkrone unterwerfen, ohne daß er sich für eine Weigerung auf irgendeinen Satz der Goldenen Bulle hätte berufen können. Das Schweigen der Goldenen Bulle über die Ansprüche der Kurie aber als Ausdruck eines prinzipiellen Ausschlusses päpstlicher Einmischung in die Königswahl zu betrachten, ist um so weniger zulässig, als Karl IV. bei der ersten und einzigen Gelegenheit, wo er diesen Standpunkt hätte vertreten können, nicht im mindesten daran gedacht hat.

Merkwürdigerweise hat man geglaubt, aus den überlieferten Aktenstücken herauslesen zu können, daß Karl bei Wenzels Wahl den vermeintlichen Grundsatz der Goldenen Bulle von der Freiheit und Unabhängigkeit der deutschen Königswahl von päpstlicher Einwirkung durchaus gewahrt habe, während die Quellen doch gerade das Gegenteil deutlich ergeben.[1]) Nicht genug, daß er der Kurie gegenüber der Wahl Wenzels genau

[1]) Für das folgende vgl. Reichstagsakten I, Nr. 60 ff.

dieſelbe Stellung einräumte, die ſie ſeiner eigenen gegenüber eingenommen hatte, indem er Wenzel zu all den demütigenden Verſprechungen eidlich verpflichten ließ, die er ſelbſt ſeinerzeit beſchworen hatte, und um die Analogie völlig herzuſtellen, ſelbſt jetzt die Eide leiſtete, welche damals ſein Vater König Johann geſchworen hatte: er hat noch über die alten Zugeſtändniſſe hinaus ein neues wichtiges Recht inbezug auf die Königswahl dem Papſte prinzipiell zugeſtanden, nämlich das, daß vivente imperatore ein König nur mit Genehmigung des Papſtes gewählt werden dürfe; ja er und Wenzel mußten ſich verpflichten, während ihres Kaiſertums eine ſolche Wahl, wenn die Kurfürſten ſie vornehmen wollten, auf jede Weiſe zu verhindern. Wenn M. G. Schmidt (S. 8) einwendet, es handle ſich hier mehr um das Kaiſertum als um das Königtum, ſo iſt das kaum verſtändlich, da hier doch allein die Wahl eines deutſchen Königs, nicht ſeine Erhebung zum Kaiſer in Betracht kommt. Allerdings hat Karl die Genehmigung zur Vornahme der Wahl Wenzels nicht vor der Wahl formell nachgeſucht, ſondern, wie das Weizſäcker wohl unzweifelhaft erwieſen hat, ein ſolches Geſuch erſt nachträglich unter falſchem Datum ausgeſtellt.[1]) Wenn aber der Kaiſer aus irgendwelchen Gründen ein ſolches Geſuch vor der Wahl nicht ausſtellen wollte oder konnte, ſo bringt er gerade dadurch, daß er nachträglich auf Verlangen des Papſtes ſich dazu verſteht, es unter einem falſchen, mehrere Monate vor der wirklichen Wahl liegenden Datum auszufertigen, in ſchärfſter Weiſe zum Ausdruck, daß er anerkennt, zur Einholung der päpſtlichen Genehmigung verpflichtet geweſen zu ſein. Nachdem Wenzels Wahl ohne die päpſtliche Genehmigung einmal erfolgt war, hatte das Geſuch keinerlei aktuelle Bedeutung mehr. Deſto deutlicher tritt ſeine prinzipielle Bedeutung hervor.

Nur eine Forderung Gregors XI. hat Karl weder erfüllt noch nachträglich als berechtigt anerkannt, nämlich das Verlangen, daß der neu gewählte König vor Einholung der päpſtlichen Approbation und Konfirmation weder die Königskrone empfangen noch die königliche Gewalt ausüben dürfe, welches uns zuerſt entgegentritt in einem Schreiben Gregors an den

[1]) Reichstagsakten I, Nr. 87.

Digitized by Google

Kaiſer vom 4. Mai 1376.[1]) Die Forderung erregte den Unwillen der Kurfürſten, die ihre Freiheit und die Rechte des Reiches bedroht ſahen.[2]) Sie wollten zunächſt zwiſchen Wahl und Krönung keine Geſandtſchaft an den Papſt ſchicken und ließen ſich nur mit Widerſtreben herbei, ein Wahldekret ohne Bitte um Approbation, nur mit der Bitte, Wenzel dereinſt die Kaiſerkrone zu erteilen, auszuſtellen. Wenn Karl von dieſem Dekret durch den Probſt Audibert von Pignans entſchuldigend dem Papſte melden läßt, es ſei ſo, wie er es habe erlangen können, nicht wie er es gewollt hätte, in forma qua potuit et non ut voluit, ſo iſt das wohl kennzeichnend für Karls Verhalten überhaupt. Er hätte ein ſchlechterer Politiker ſein müſſen, als er war, wenn er nicht die Oppoſition der Kurfürſten benutzt hätte, um ſeine Stellung gegenüber der Kurie zu ſtärken. Er ließ ſich wohl nicht ungern von jener Strömung tragen und die Krönung Wenzels zu Aachen vornehmen, ohne daß zuvor die Approbation und Konfirmation von Gregor erteilt wäre. Dem Papſte gegenüber aber konnte er ſich den Anſchein geben, als ob er nur widerſtrebend ſich dem Willen der Kurfürſten füge. Hätte der Kaiſer die Forderung zurückgewieſen, ſo könnte man darin die Behauptung des Standpunktes erblicken, welchen man meiſt als den der Goldenen Bulle anſieht. Indem er aber die Verantwortung für die Nichterfüllung der Forderungen Gregors den Kurfürſten zuſchob, können wir ihn auch hier nicht als den Verfechter der Reichsrechte gegenüber den Übergriffen der Kurie anerkennen, der er in Hinſicht der Königswahl ſo große Zugeſtändniſſe zu machen ſich bereit finden ließ.

Nach all dem können wir nur feſthalten, daß Karl IV. weder in der Goldenen Bulle die Einwirkung des Papſtes bei der Übertragung der deutſchen Königswürde prinzipiell ausgeſchloſſen hat oder auch nur ausſchließen wollte, noch auch bei der einzigen Gelegenheit, wo er dies hätte tun können, bei

[1]) Reichstagsakten I, Nr. 61: cum non approbata persona electi et confirmatione electionis non secuta electus ipse coronari non debeat nec actus regius vigore electionis huiusmodi in eo vel per eum valeat exerceri. Inbezug auf administratio hatte bereits Bonifaz VIII. die gleiche Forderung erhoben: MG. Const. IV, S. 87, l. 10ff.

[2]) Reichstagsakten I, Nr. 64: negaverunt tradere decreta et litteras suas super electione, pretendentes quod fiebat contra libertatem electorum et iura imperii.

Wenzels Wahl, den Versuch gemacht hat, ein solches Prinzip zur Geltung und Anerkennung zu bringen. Überhaupt entsprach es nicht Karls Neigungen, prinzipielle Entscheidungen herbeizuführen; am wenigsten aber lag es in seiner Geistesrichtung, den Papst und die Kurie grundsätzlich von jeder Einwirkung auf die deutschen Dinge ausschließen zu wollen. Am deutlichsten zeigt das vielleicht neben seinem Verhalten bei der Wahl Wenzels das Mittel, durch welches er seinen Streit mit den Wittelsbachern um die Mark Brandenburg zur Entscheidung zu bringen gedachte. Nachdem die Wittelsbacher verschiedene Vorschläge Karls zu schiedsrichterlicher Entscheidung zurückgewiesen hatten, ersuchte er den Papst, die Kurfürsten oder deren Majorität durch apostolische Briefe unter Androhung der Exkommunikation zur Entscheidung der Streitsache durch ihren Urteilsspruch aufzufordern.[1]) Gewiß erkannte auch hier Karl gemäß seinem früheren Verhalten die Kurfürsten als zuständig an, Fragen, welche das Kurrecht betrafen, durch Urteil zu entscheiden, doch war es wohl unerhört, daß der Kaiser das zuständige Organ des Reichs mit Hilfe der geistlichen Gewalt des Papstes zwingen wollte, in Tätigkeit zu treten. Ein derartiger schwerer Eingriff in die inneren Angelegenheiten des Reichs war bisher kaum von einem Papste unternommen worden, sicher aber hatte bisher noch kein deutscher Herrscher den Versuch gemacht, einen solchen Eingriff selbst herbeizuführen.

Wenden wir uns nunmehr von den allgemeineren politischen Tendenzen der Gesetzgebung zu den Einzelheiten der Verfassung, welche der Gesetzgeber durch die Goldene Bulle zu regeln beabsichtigte, so steht da im Vordergrunde des Interesses die Frage: inwiefern wollte Karl IV. durch sein Gesetz eine neue Form der Königswahl schaffen, oder beabsichtigte er lediglich die vorhandene durch ihre Kodifikation zu befestigen? Die Formen der Königswahl finden wir seit der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts im steten Fluß, und erst nach der Goldenen Bulle tritt eine neue deutlich hervor, die sich bald fest abschließt und dauernd im Reiche bis zu dessen Ende behauptet. Gewöhnlich führt man diese Form auf die Goldene Bulle selbst zurück. Doch bedarf

[1]) (Riedel) Erwerbung der Mark Brandenburg durch das Luxemburgsche Haus, v. Kamptz gewidmet. Berlin 1840, S. 36.

die Frage, ob Karl IV. überhaupt eine Reform des eigentlichen Wahlverfahrens durch sein Gesetz beabsichtigte und in Wirklichkeit auch einführte, einer neuen und eingehenden Prüfung.

Da sich in dem Gesetze selbst ausdrückliche Anordnungen in dieser Richtung nicht finden, so sind wir genötigt, die Formen, in denen sich die der Goldenen Bulle unmittelbar vorhergehenden Königswahlen vollzogen, mit denen der nächsten ihr folgenden Wahlen, sowie mit den in dem Gesetze selbst vorausgesetzten oder angeordneten Wahlformen zu vergleichen, um daraus Schlüsse auf die Stellung der Goldenen Bulle in der Entwicklung der Formen des Königswahlrechts zu gewinnen.

Die letzten Wahlen vor dem Erlaß der Goldenen Bulle, über deren Formen wir eingehendere Mitteilungen erhalten, sind die der Jahre 1308 und 1314, da wir über den Hergang bei der Wahl Karls IV. selbst gar nichts Genaueres erfahren, und die Vorgänge bei der Wahl des Gegenkönigs Günther sich als tastende Versuche, unter den ungewöhnlichen Verhältnissen neue Formen zu finden, darstellen, wobei vielleicht auch der Mangel an Sachkunde der beteiligten Wähler mit in Betracht kommt.

Wir stellen im folgenden zunächst zusammen, was die Wahldekrete von 1308 und 1314 über die Wahlhandlung im engeren Sinne berichten.

1. Wahldekret für Heinrich VII. (1308)[1]: Et demum post tractatus prehabitos . . . . . in illustrem virum Henricum comitem . . . . . nostrum intuitum divina disponente clementia convertentes, ego Baldewinus Treverensis archiepiscopus pro me et nomine meo, prefatus Henricus Coloniensis archiepiscopus pro se et nomine suo ac iam dictus archiepiscopus Maguntinensis pro se et nomine suo, ego vero Rodolphus dux Bawarie pro me et nomine meo, ego quidem Rodolphus dux Saxonie pro me et nomine meo similiter et ego Waldemarus marchio Brandenburgensis prenarratus pro me . . . . . votis nostris et aliorum coelectorum nostrorum predictorum per Coloniensem archiepiscopum predictum vice et ex mandato speciali omnium nostrorum coelectorum predictorum diligenter inquisitis, nos et dicti alii coelectores nostri omnes et singuli . . . . . consensimus concorditer in eundem comitem

[1]) MG. Const. IV, Nr. 262, S. 229.

Digitized by Google

et ipsum nominavimus quilibet nostrum pro se, nullo penitus ut premittitur discrepante, in Romanorum regem eligendum et in futurum imperatorem promovendum . . . . . Quibus sic peractis ego Rodolphus comes palatinus Reni predictus de mandato et voluntate speciali coelectorum meorum . . . . . eundem Henricum . . . . . elegi sollempniter in hunc modum. Es folgt der Kürſpruch, in welchem über den Wahlvorgang nochmals kürzer berichtet wird, tractatus und conversio intuitus aber nicht mehr erwähnt werden.

2. Wahldekret für Ludwig den Bayern (1314)[1]: Et demum post tractatus prehabitos . . . . . in illustrem virum Ludovicum comitem palatinum Reni, ducem Bavarie . . . . . nostrum intuitum divina disponente clementia convertentes, nos Petrus Moguntinensis archiepiscopus pro nobis et nomine nostro, prefatus vero dominus Baldewinus Trevirensis archiepiscopus pro se et nomine suo, nos vero Iohannes Bohemie et Polonie rex, Waldemarus marchio Brandenburgensis, et Iohannes dux Saxonie predicti quilibet nostrum pro se et nomine suo votis nostris per dominum Moguntinum archiepiscopum antedictum vice sua et nostra et ex speciali mandato suo et nostro diligenter inquisitis, nos electores predicti . . . . . consensimus concorditer in eundem Ludovicum et ipsum nominavimus quilibet nostrum pro se, nullo penitus discrepante, in Romanorum regem eligendum in imperatorem postmodum promovendum . . . . . Quibus sic peractis ego Petrus Moguntinensis archiepiscopus de mandato speciali et voluntate mea et meorum coelectorum predictorum, eundem Ludovicum . . . . . elegi sollempniter in hunc modum. Es folgt der Kürſpruch wie oben.

3. Wahldekret für Friedrich von Öſterreich (1314)[2]: Post multos tractatus . . . . . in illustrem principem dominum Fridericum ducem Austrie . . . . . divina favente clemencia consensimus et in ipsum vota nostra direximus ipsumque nominavimus eligendum in regem Romanorum in imperatorem promovendum sub forma infrascripta:

Nos Heinricus dei gracia Boemie et Polonie rex dux Karinthie consentimus in illustrem principem dominum Fri-

[1]) Olenſchlager, Staatsgeſchichte, UB. S. 68.

[2]) Urkunden Nr. 1.

Digitized by Google

dericum ducem Austrie . . . . . ipsumque nominamus eligendum in regem Romanorum in imperatorem promovendum.

Nos Růdolfus comes palatinus Reni dux Bawarie nomine nostro ac reverendi in Christo patris domini Heinrici Coloniensis archiepiscopi sacri imperii per Italiam archicancellarii, habentes super hoc ab ipso domino archiepiscopo plenam et liberam potestatem, consentimus in illustrem principem dominum Fridericum ducem Austrie . . . . . ipsumque nomine quo supra nominamus eligendum in regem Romanorum in imperatorem promovendum.

Nos Růdolfus dux Saxonie consentimus in illustrem principem dominum Fridericum ducem Austrie . . . . ipsumque nominamus eligendum in regem Romanorum in imperatorem promovendum.

Quibus legittime sic peractis nos Růdolfus comes Palatinus predictus de voluntate et mandato speciali dictorum coelectorum nostrorum et cuiuslibet eorumdem dominum Fridericum ducem Austrie . . . . . elegimus in hunc modum. Es folgt der Kürſpruch.

Mit voller Deutlichkeit ergibt ſich aus den genau übereinſtimmenden Berichten der Wahldekrete für Heinrich und Ludwig, daß man drei verſchiedene Akte unterſchied: 1. die beratenden Verhandlungen, tractatus, deliberatio, deren Reſultat iſt, daß die Verſammelten eine beſtimmte Perſon als Kandidaten ins Auge faſſen (intuitum convertere in N.); 2. Abſtimmung über den zu Wählenden (inquisitio votorum) mit dem Reſultat der Nominatio; 3. die feierliche Kur in der Form der electio per unum, die uns zum erſten Male deutlich bei der Wahl Rudolfs von Habsburg entgegentritt und in der Weiſe vorgenommen wurde, daß nach der Einigung der Wähler über die Perſon des zu Kürenden alle Wähler auf einen unter ihnen kompromittierten und dieſem dann Auftrag und Vollmacht gaben, die feierliche Kur in ſeinem und ihrer aller Namen zu vollziehen. Nicht erwähnt wird in dem Dekret für Friedrich die conversio intuitus, ſo daß hier die Vereinigung aller Stimmen (vota) auf den Kandidaten als das unmittelbare Ergebnis der Verhandlungen erſcheint. In Wahrheit wurde damit nur ein minder wichtiges, weil ſelbſtverſtändliches Zwiſchenglied, ausgeſchaltet. Die Beratungen hatten ſelbſtverſtändlich nur den Zweck, eine

Einigung über die Person des zu Wählenden herbeizuführen, und konnten erst beendigt werden, wenn diese Einigung erfolgt war. Das Ergebnis konnte definitiv erst festgestellt werden durch die Abstimmung; doch konnte man, da die Einhelligkeit der an einem und demselben Wahlakte teilnehmenden Wähler trotz des Majoritätsprinzips erforderlich oder doch wünschenswert erschien, erst dann mit Erfolg zur Abstimmung schreiten, wenn eine Einigung wirklich erzielt war. Diese formlose Einigung auf einen Kandidaten wird mit den Worten intuitum convertere in bezeichnet. Sie ist die Voraussetzung für die Feststellung des Ergebnisses der Verhandlungen durch eine feierliche Abstimmung. Es mag darauf hingewiesen werden, daß diese selbstverständliche Vorbedingung für die Abstimmung auch in den kurzen Wiederholungen der Berichte über die Wahlvorgänge, welche im Kürspruch enthalten sind, auch in den Fällen, wo im Texte des Wahldekrets selbst der conversio intuitus Erwähnung geschieht, nicht genannt wird. So bleiben als wesentliche, notwendige und deshalb in feierlicher Form vollzogene Handlungen übrig die Nominatio und die Electio.

Was nun unsere Wahldekrete über die electio per unum berichten, stimmt völlig mit dem überein, was wir bereits aus der Urkunde Rudolfs von Habsburg vom 15. Mai 1275[1]) über dessen eigene Wahl wissen. Für die Nominatio dagegen sind diese Dekrete fast unsere einzigen Quellen. Schon aus den ganz gleichförmig gefaßten Berichten über die Nominatio in den Dekreten über die Wahlen Heinrichs und Ludwigs, in welchen im Perfekt erzählt wird, daß die einzelnen Kurfürsten teils für sich allein, teils zugleich im Namen und Auftrag abwesender Kollegen auf den Kandidaten übereingekommen seien und ihn als den zu Kiesenden genannt hätten: Ego N . . . . . et ego N . . . . . consensimus in N . . . et eum nominavimus in regem Romanorum eligendum geht deutlich hervor, daß jeder einzelne die Nominatio durch eine feierliche Erklärung vollzog, die er auf die vorgängige inquisitio votorum abgab. Noch deutlicher wird das aber durch das in dieser Hinsicht abweichend gefaßte Dekret über die Wahl Friedrichs. Hier werden die auf die Abfragung der Stimmen abgegebenen Erklärungen der einzelnen

[1]) MG. Const. III, Nr. 83, S. 71.

Digitized by Google

Wähler im Wortlaut eingefügt. Diese lauten übereinstimmend: Nos N .... consentimus ... et nominamus usw. Demnach bestand die nach ihrem wesentlichsten Teile meist kurz als Nominatio bezeichnete Handlung aus einer kombinierten Erklärung über das consentire und nominare, welche jeder Wähler einzeln auf die Aufforderung, sein Votum abzugeben, aussprach. Lassen wir die mehr nebensächliche Erklärung über das consentire, welche den Zweck hatte, die Einhelligkeit der Wähler recht evident zu machen, beiseite, so können wir sagen: die Nominatio war das Resultat der Abstimmung. Die in Form der Abstimmung vollzogene Nominatio stellte fest, wer durch den einen Beauftragten im Namen aller zum Könige zu kiesen sei. Die Abstimmung ist also nicht die Form der Electio, sondern der Nominatio.

Im deutlichsten Gegensatz zu diesen bei den letzten Wahlen vor 1346 erkennbaren Formen stehen nun die Formen, welche die auf die Goldene Bulle folgenden Wahlen aufweisen. Die von der Electio getrennte Nominatio begegnet uns nur noch in abgeblaßter Bedeutung einmal bei der Wahl Wenzels im Jahre 1376, um dann gänzlich zu verschwinden. Die electio per unum kommt nicht mehr vor; sie wird ersetzt durch eine feierliche Abstimmung, welche jetzt die Form des feierlichen konstitutiven und die ganze Wahl abschließenden Aktes bildet.

Über die Wahl Wenzels hat eingehend und, wie ich trotz der von M. G. Schmidt erhobenen Einwendungen meine, in allen wesentlichen Punkten richtig Weizsäcker[1]) gehandelt. Er hat ausgeführt, wie der Kaiser zuerst den Wünschen der Kurfürsten von Trier und Köln nachgebend die Wahlversammlung nach Rense einberufen ließ, wie er dann aber doch bewirkte, daß man sich dort mit einer Vorberatung begnügte, durch welche beschlossen wurde, die Wahl Wenzels einige Tage später an dem gesetzlichen Wahlorte zu Frankfurt vorzunehmen. Diesen zu Rense vorgenommenen Akt bezeichnete der Kaiser in seiner Mitteilung an die Stadt Frankfurt über die bevorstehende Wahl mit dem deutschen Ausdruck für nominare „nennen".[2]) In Frankfurt aber ließ er die mit der Nominatio endigenden Renser

[1]) Rense als Wahlort S. 26 ff.

[2]) Reichstagsakten I, Nr. 44, S. 71.

Digitized by Google

Verhandlungen nochmals in förmlicher Weise wiederholen, so daß in den längeren Schreiben über die Wahl an den Papst Kaiser und Kurfürsten erklären konnten, daß nach Vorverhandlungen zu Rense Wenzels Nominatio und darauf folgende Electio zu Frankfurt stattgefunden habe.[1]) Hier werden deutlich als zwei gesonderte Wahlakte Nominatio und Electio unterschieden, und zwar zum letzten Mal. Wenn wir nun aber die in jenen Schreiben an den Papst enthaltenen Nachrichten über die Wahl verbinden mit der in einem über die Wahl aufgenommenen Notariatsinstrument[2]), so ergibt sich mit voller Gewißheit, daß Nominatio und Electio hier nicht dasselbe sind, was wir unter diesen Namen 1308 und 1314 kennen lernten. Vor allem findet sich hier keine Spur von einem feierlichen Kürspruch, am wenigsten von einer electio per unum. Das Notariatsinstrument hätte über eine so augenfällige Handlung nicht stillschweigend hinweggehen können, zumal es sonst sehr sorgfältig die einzelnen Vorgänge verzeichnet. Ganz deutlich ist, daß die Wahl durch die Stimmabgabe schloß, daß eben durch die Abstimmung die Electio vollzogen wurde. Dann aber muß die vorhergegangene Nominatio unter den vorhergegangenen Verhandlungen mit begriffen sein. Von einer ersten Abstimmung zum Zweck der Nominatio erfahren wir nichts, und wenn sie stattgefunden haben sollte, so ist deutlich, daß sie für den Wahlvorgang nicht von Bedeutung war, während die der Nominatio folgende Abstimmung der entscheidende und konstitutive, also der eigentliche Wahlakt war. Da den Wählern nach den vorausgegangenen Verhandlungen die Person des zu Wählenden nicht mehr zweifelhaft sein konnte, so war es nicht verwunderlich, wenn sie nach feierlicher Anrufung des heiligen Geistes von diesem gewissermaßen inspiriert den Namen des Kandidaten nannten als den, der zu wählen sei, und daß sie sich sehr bald auf diese Person einigten. Darauf konnte man dann gleich zur Wahl schreiten. Diese Wahl oder Kur, Electio, findet lediglich durch feierliche Abstimmung statt.

Von 1314 bis 1376 hat sich also der Hergang der Wahl völlig verschoben, die alten Bezeichnungen sind geblieben; Form

---

[1]) Ebenda S. 125, Zeile 5 ff., S. 121, Zeile 10 ff.

[2]) Ebenda Nr. 45, S. 71 ff.

Digitized by Google

und Bedeutung der durch die Namen bezeichneten Vorgänge sind aber stark verändert. Die Abstimmung führt nicht mehr zur Nominatio, sondern unmittelbar zur Electio, ja sie bildet selbst den Akt der Electio. Die Nominatio aber liegt jetzt vor der entscheidenden Abstimmung und ist zu einem wahrscheinlich formlosen und wenig bedeutenden Akte herabgesunken, der eine vorläufige Vereinigung der Wähler darstellte oder eine solche vielleicht auch nur einleitete.

Steht es sonach fest, daß 1314 noch die Nominatio in der Form der Abstimmung, die Kur in der Form der electio per unum stattfand, 1376 aber die Electio in der Form der Abstimmung vorgenommen wurde, der eine anscheinend formlose, jedenfalls nicht als feierliche Stimmabgabe gestaltete Nominatio voraufging, unter Fortfall der electio per unum, so entsteht die Frage: wann hat diese tief eingreifende Änderung des Wahlverfahrens sich vollzogen?

Dreierlei Möglichkeiten dürften in Betracht kommen. Die Änderung kann eingetreten sein bei der Wahl Karls im Jahre 1346, oder erst bei Wenzels Wahl, oder sie kann auf dem Wege der Gesetzgebung durch die Goldene Bulle eingeführt sein.[1])

Es herrschte bisher ganz allgemein die Ansicht, daß die Goldene Bulle eine Reform des eigentlichen Wahlverfahrens eingeführt habe, und ich selbst habe mich dieser Ansicht rückhaltlos angeschlossen. Sie hält aber bei eingehender Prüfung nicht Stand. Nirgends wird in dem Gesetze auch nur die leiseste Andeutung gemacht, daß ein neues Verfahren bei der Wahl eingeführt werden solle. In demjenigen Kapitel, welches von der Wahl handelt, c. II, wird von der Form, in welcher sich die Wahl selbst vollziehen soll, kein Wort gesagt. Alles wird als bekannt vorausgesetzt. Das wäre undenkbar, wenn die Goldene Bulle eine neue Form der Königswahl hätte begründen sollen. Ebensowenig findet sich in c. IV, wo die Abstimmung geschildert wird, eine Spur davon, daß hier etwas neues eingeführt werden, oder daß der Abstimmung eine neue Bedeutung beigelegt werden sollte. Gerade bei dieser Gelegenheit wird mehrfach darauf hingewiesen, daß die Anordnungen

---

[1]) Die Wahl Günthers kommt aus den oben S. 199 angeführten Gründen nicht in Frage.

des Gesetzes nur seit Alters Herkömmliches festhalten, wie die Abfragung der Stimmen durch den Erzbischof von Mainz, die Führung der ersten Stimme durch den Erzbischof von Trier und der ersten Stimme unter den Weltlichen durch den Böhmenkönig. Die electio per unum wird in der Goldenen Bulle nirgends erwähnt; doch hätte die Beseitigung dieses altherkömmlichen Instituts wohl nicht dadurch erfolgen können, daß der Gesetzgeber es mit Stillschweigen überging. Ist so durch die Art, in welcher der Form der Wahl, des eigentlichen Herganges derselben nur ganz beiläufig Erwähnung geschieht, ausgeschlossen, daß die Goldene Bulle eine Änderung des Wahlverfahrens eingeführt haben könnte, so bleibt doch die andere Frage zu beantworten, welche Wahlform das Gesetz als die herrschende voraussetzte, die alte oder die neue. Durch die Beantwortung dieser Frage wird dann zugleich entschieden, ob das neue Verfahren bei Gelegenheit der Wahl Karls oder bei der Wenzels eingeführt wurde.

Der Nominatio geschieht in der Goldenen Bulle nur Erwähnung in dem Formular für das Prokuratorium der Wahlgesandten, c. XIX. Hier wird dreimal die Nominatio neben der Electio genannt und deutlich von ihr als ein besonderer Akt unterschieden. Hier sieht es nun fast aus, als ob noch alles so vorausgesetzt würde, wie es bei den Wahlen von 1308 und 1314 gewesen war. Der Kurfürst bevollmächtigt seine Gesandten: ad tractandum . . . concordandum, conveniendum et concludendum de persona . . . habili . . . et eandem personam nominandum et in ipsam consenciendum ac eam in regem Romanorum . . . eligendum. Der Anschein, als ob hier noch ganz die Fortdauer der alten Ordnung vorausgesetzt würde, wird noch dadurch verstärkt, daß auch das consentire erwähnt wird. Bei näherer Betrachtung aber erregt gerade diese Erwähnung Verdacht. Es wird hier anders als in jenen Dekreten hinter das nominare gestellt. Ging aber das nominare wirklich dem consentire voran, so kann das nominare nicht mehr der entscheidende Akt, sondern nur noch ein unverbindlicher, vorbereitender Vorgang gewesen sein. Hätte man hier noch unter dem nominare das in feierlicher Abstimmung vollzogene „Nennen" des zu Wählenden verstanden, so wäre ein nachfolgendes consentire sinnlos gewesen. Es spricht also diese Stelle gerade

Digitized by Google

dafür, daß es sich hier nur noch um ein nicht durch Abstimmung erfolgendes, formloses und unverbindliches „Nennen" handelt, wie wir es bei der Wahl Wenzels kennen lernten. Nicht aber darf das Fehlen der Erwähnung der Stimmübertragung zum Behuf der electio per unum als Beweis dafür angesehen werden, daß diese Form der Kur damals nicht mehr üblich war, da auch in der vom Erzbischof Heinrich von Köln 1314 erteilten Wahlvollmacht nur schlechtweg die Electio neben der Nominatio genannt wird, während damals doch die electio per unum noch sicher in Gebrauch war.[1])

Ebensowenig wie das Prokuratorium gibt auch der eigentliche Text des Gesetzes einen völlig sicheren Anhalt für die Entscheidung unserer Frage. Doch ergibt sich auch hier eine gewisse Wahrscheinlichkeit für die Annahme, daß nicht mehr die ältere, sondern bereits die jüngere Wahlform als herrschend vorausgesetzt wurde. Freilich darf man auch hier nicht aus der Nichterwähnung der electio per unum folgern, daß es eine solche damals nicht mehr gegeben habe; denn an keiner Stelle will die Goldene Bulle eine Schilderung des ganzen Herganges geben. Wohl schildert sie in c. I die Vorbereitungen zur Wahl und in c. II die Vorgänge, welche den Wahlakt selbst einleiten, die feierliche Messe, den Wahleid der Kurfürsten und ihrer Bevollmächtigten und erwähnt die darauf folgenden Verhandlungen. Dann aber wird der Hergang der Wahl selbst nicht weiter verfolgt, sondern als bekannt vorausgesetzt. Erst in c. IV, § 2 wird in einem ganz anderen Zusammenhange gelegentlich der Festsetzung der Ehrenrechte der einzelnen Kurfürsten ein einzelner Teil der Wahlhandlung, die Abstimmung, erwähnt. Nachdem das schon früher in c. I, §§ 15 und 16 anerkannte Recht des Mainzers, zur Wahl zu berufen, noch einmal betont ist, wird sein Recht, die Abstimmung zu leiten, festgestellt, woran sich dann die Festsetzung der Reihenfolge der Stimmabgabe schließt. Auch an dieser Stelle hat der Gesetzgeber keineswegs die Absicht, den ganzen Hergang der Wahl zu beschreiben, sondern er will nur die Rangordnung und die Ehrenrechte, welche bei der Wahl in Frage kamen, regeln. Diese Dinge aber kamen beim Wahlakte selbst, wenn wir von der bereits vorher erörterten Anord-

[1]) Vgl. Urkunden Nr. 2.

Digitized by Google

nung der Sitze absehen, nur bei der Abstimmung in Frage. Ganz allein aus diesem Grunde wird die Reihenfolge der Stimmabgabe hier erörtert. Welche Bedeutung aber diese Abstimmung habe, wird nicht gesagt, und an sich bleibt die Frage unentschieden, ob es sich hier um eine Abstimmung behufs Nominatio oder um eine solche behufs Electio handelt. Wie unrichtig es wäre, wenn man aus dem Umstande, daß an die Darstellung der Abstimmung sich unmittelbar die Erwähnung der Erzämter der weltlichen Kurfürsten schließt, folgern wollte, daß der Wahlakt mit dieser Abstimmung schließen sollte, das ergibt sich aus folgender Beobachtung.

Nachdem im Eingang von c. IV, § 2 die Einladung zur Wahl erörtert ist, wird fortgefahren: Quibus omnibus (die eingeladenen Kurfürsten) seu hiis, qui poterunt et voluerint interesse, in electionis termino invicem congregatis, dictus archiepiscopus Maguntinensis et non alter eorundem coelectorum suorum vota singulariter habebit inquirere ordine subsequenti. Hier könnte der Wortlaut den Anschein erwecken, als ob unmittelbar, nachdem die Wähler sich versammelt haben, die Abfragung der Stimmen erfolgen sollte, während doch nach c. II zwischen dem Zusammentritt der Wähler und den Handlungen, bei denen eine Abstimmung stattfinden konnte, noch Messe, Wahleid und die Verhandlungen über die Wahl liegen sollten.

Ist so ein Schluß ex silentio nicht statthaft, so spricht doch mehr für die Annahme, daß die Abstimmung, um die es sich hier handelt, nicht der Nominatio, sondern der Kur selbst dient, der große Nachdruck, der auf diesen Vorgang gelegt wird. Das Recht, die Handlung zu leiten, die Reihenfolge der Stimmabgabe, insbesondere das Recht des Erzbischofs von Trier, die erste Stimme überhaupt, und das des Böhmenkönigs, die erste unter den Laien zu führen, endlich die Einholung der Stimme des die Abstimmung leitenden Mainzer Erzbischofs werden mit einem Nachdruck geregelt, der sich weit eher erklärt, wenn wir annehmen, daß es sich hier um den entscheidenden und abschließenden Wahlakt handelt und nicht um die Nominatio, welcher doch nur eine sekundäre Bedeutung innewohnt.

Gegen die Annahme, daß es sich in der Goldenen Bulle noch um die Abstimmung zum Zweck der Nominatio handele, scheint auch der Umstand zu sprechen, daß dem Erzbischof von

Digitized by Google

Trier die erste Stimme zuerkannt wird, während doch in früheren Zeiten und nach der herrschenden Ansicht auch noch im 13. Jahrhundert stets nur von einer ersten Stimme des Mainzer Erzbischofs bei der Königswahl die Rede ist.[1]) Wäre das richtig, so würde die Verschiedenheit der Stimmenfolge sich allerdings in dieser Richtung verwerten lassen, da seit Einführung der electio per unum die Nominatio der einzige Vorgang im Wahlverfahren war, bei dem eine Abstimmung im engeren oder weiteren Sinne überhaupt noch in Frage kommen konnte. Es bedarf aber die Frage nach dem Ursprung des trierischen Rechts der ersten Stimme noch einer näheren Untersuchung.

Auch in den Texten, welche den gebräuchlichsten Ausgaben des Sachsenspiegels zu Grunde liegen, wird in der bekannten Stelle des Landrechts über die Königswahl III, 57, 2 als erster an der Kur der Mainzer genannt, und erst nach ihm als zweiter und dritter der Trierer und der Kölner. Ganz ebenso nennt das Lehnrecht unter den Fürsten, welche den König zur Weihung nach Rom begleiten sollen, in 4, 2 an erster Stelle den Bischof von Mainz und an zweiter und dritter die von Trier und Köln. Dagegen nennen eine ganze Reihe von Handschriften, und darunter gerade eine Anzahl derjenigen, welche der Textform angehören, die allgemein als die ursprünglichste anerkannt ist, unter ihnen auch der von späteren Zusätzen und Änderungen noch ganz freie Quedlinburger Kodex, statt des Mainzers den Trierer an erster Stelle, und zwar an beiden Stellen gleichmäßig. Ich lasse die fraglichen Stellen im Wortlaute folgen, und zwar die erste in einem Umfange, der die Vergleichung mit einer anderen aus ihr abgeleiteten, die nachher anzuführen ist, ermöglicht.

Sachsenspiegel Landrecht (Cod. Quedl.) c. 147 (III, 57, 2): In des keyseres core sol die erste sin der biscoph von Trire; die andere die bischoph von Megenze, die dritte der bischoph von Colne. Under den leien is der erste in deme core der palanzgreve vonme Rine, des riches druzte; die andere die marschalk, der herzoge von Sassen; die dritte die kemerere, der markgreve von Brandenburch. Die

[1]) Harnack S. 15f., 68. Lindner, Hergang bei den deutschen Königswahlen (1899), S. 29.

schenke des riches, der küning von Beemen, der ne hat nichenen core, durch daz her nich dudisch nis . . . . . Die zu deme ersten an deme core benant sin, die ne sollen nicht kiesen nach irme mutwillen, wen, swene die vorsten alle zu küninge irwelet, den sollen se allererst bi namen kiesen.

Daſelbſt Lehnrecht c. 175 (4, 2): Swenne aber die Dudischen eynen kuning kiesen, unde her zu Rome varet zu der wiunge, so sint plichtich ses vorsten mit yme zu varene, die die ersten in des riches core sin: der bischop von Triere unde von Megenze unde von Colne unde [der] palanzgreve von dem Rine, der herzoge von Sassen unde der markreve von Brandeburch, durch daz deme pabese wizzelich si des kuninges redeliche core.

Die Urſprünglichkeit dieſer Anordnung aber wird nicht nur durch Alter und Anſehen der Handſchriftengruppe, welche ſie bietet, geſtützt, ſondern in ganz beſonders bemerkenswerter Weiſe durch eine andere Quelle, welche den Sachſenſpiegel an dieſer Stelle wie an anderen benutzt hat.[1]) In den von dem gewöhnlich als Albert von Stade bezeichneten Abt und ſpäteren Minoriten verfaßten Annalen iſt wahrſcheinlich noch in den vierziger Jahren des 13. Jahrhunderts die Stelle des Sachſenſpiegels über die Königswahl in lateiniſcher Umſchreibung wiedergegeben, wobei der Verfaſſer ſich der Textform bediente, welche den Trierer Erzbiſchof an die erſte Stelle ſetzte. Der Text der fraglichen Stelle lautet unter Auslaſſung des hier entbehrlichen folgendermaßen [2]):

Electio enim ad istos dinoscitur pertinere. Ex praetaxatione principum et consensu eligunt imperatorem Treverensis, Moguntinus et Coloniensis. Trevirensis enim, licet de Alemannia non sit, ratione antiquitatis eligit . . . . . Palatinus eligit, quia dapifer est, dux Saxoniae, quia marscalcus, et margravius de Brandenburg, quia camerarius. Rex Boemiae, qui pincerna est, non eligit, quia Teutonicus non est.

Etwa gleichzeitig findet ſich eine Aufzählung der Kurfürſten unter Voranſtellung des Trierers auch in den 1242 abgeſchloſſenen

---

[1]) Ficker, Entſtehungszeit des Sachſenſpiegels (1859), S. 66 ff.

[2]) Ann. Stad. ad a. 1240, MG. SS. XVI, 367.

Digitized by Google

Gesta episcoporum Leodiensium abbreviata, welche außerdem bemerkenswert ist wegen der Nennung Frankfurts als Wahlort, sowie wegen der an die Glosse des Henricus de Segusio erinnernden Bezeichnung des Böhmen als dux Boemie. Die Worte lauten [1]):

Rex apud Vadum-Franconis debet eligi; electores Treverensis, Maguntinus, Coloniensis archiepiscopus, marchio Brandenburgensis, dux Saxonie, comes palatinus Reni, dux Boemie.

Sonach ergibt sich aus der handschriftlichen Überlieferung des Sachsenspiegels in Verbindung mit der ältesten Entlehnung der von der Königswahl handelnden Stelle in den Stader Annalen, deren Anordnung noch durch die angeführte Stelle der Lütticher Bischofsgeschichte gestützt wird, daß Eike von Repgow den Erzbischof von Trier als ersten an der Kur bezeichnet hat; während die Texte, welche den Mainzer als ersten nennen, das Ergebnis späterer Umordnung enthalten.

Ob etwa Eike von Repgow selbst bei einer Revision seines Werkes oder ob ein wenig späterer Bearbeiter die Änderung zu Gunsten des Vorrangs des Erzbischofs von Mainz vorgenommen hat, müssen wir unentschieden lassen. Jedenfalls aber ist die spätere Fassung in der handschriftlichen Überlieferung des Sachsenspiegels zur Vorherrschaft gekommen und auch die Grundlage geworden für die beiden süddeutschen Bearbeitungen des Rechtsbuches. Von diesen aber erwarb sich der sog. Schwabenspiegel schnell ein so gewaltiges Ansehen, daß er der Ansicht von dem Vorrange des Mainzers die weiteste Verbreitung namentlich in Süddeutschland sichern mußte. Immerhin wurden auch im 14. Jahrhundert noch zahlreiche Handschriften hergestellt, welche den ursprünglichen Text überlieferten, und einen solchen benutzte auch der Verfasser des Rechtsbuches nach Distinktionen, welches demgemäß in der betreffenden Stelle, VI, 9, 4, die ursprüngliche Lehre Eikes von Repgow von dem Vorrecht Triers darbietet. Die Verbreitung aber, welche die ältere Lehre in der Literatur behielt, kann sehr wohl die Grundlage gebildet haben für Bestrebungen der Erzbischöfe von Trier, die sich seit dem Ende des 13. Jahrhunderts bemerkbar machen

[1]) MG. SS. XXV, 130.

Digitized by Google

und auf die tatsächliche Erwerbung von Rechten gerichtet sind, welche den Satz Eikes von Repgow, daß der Erzbischof von Trier der erste in des Kaisers Kur sei, rechtfertigen konnten.

Als erstes Ergebnis dieser Bestrebungen können wir das Gesamtdekret über die Wahl Albrechts I. vom 28. Juli 1298 betrachten.[1]) Hier wird Boemund von Trier unter den Ausstellern als erster genannt, Gerhard von Mainz erst an zweiter, Heinrich von Köln an dritter Stelle. Welche Umstände Gerhard von Mainz vermocht hatten, bei dieser Gelegenheit auf den ersten Platz zu verzichten, entzieht sich unsrer Kenntnis. Daß er aber dem Trierer Kollegen nicht dauernd den Vorrang zu überlassen gedachte, zeigt die Urkunde König Albrechts vom 23. September desselben Jahres[2]), durch welche ausdrücklich anerkannt wird, daß Erzbischof Gerhard und seine Nachfolger auf dem Mainzer Stuhl auf Grund des Erzkanzellariats durch Germanien unter allen Fürsten stets die ersten sein sollen: in ordine et honore processionis, sessionis, nominationis et scripture. Dem soll auch nicht entgegenstehen, daß in dem über die Königswahl Albrechts kürzlich ausgestellten Dekret Gerhard erst an zweiter Stelle hinter Boemund von Trier tam scriptura quam figura gestanden habe, was durch einen Irrtum geschehen sei. Wir erfahren hier nebenher, daß Boemund nicht nur in dem Dekret, sondern auch bei der Wahl selbst den ersten Platz behauptet hatte; denn der Ausdruck figura kann im Gegensatz zu scriptura wohl nur die Wahl selbst, ihre Formen, und zwar nicht nur die lokale Anordnung, sondern die ganze Ordnung des Herganges bedeuten.

Den von Boemund I. bei Albrechts Wahl errungenen Erfolg gänzlich wieder fahren zu lassen, scheint sein Nachfolger Balduin trotz der Beurkundung des Mainzer Vorranges keineswegs gewillt gewesen zu sein. Da nun andererseits auch der Mainzer sein gutes, durch König Albrecht so unumwunden anerkanntes Recht aufzugeben keinen Anlaß hatte, scheint Balduin bei der Wahl seines Bruders Heinrich im Jahre 1308 einen Ausweg gesucht zu haben, der es ermöglichte, den Anspruch des Mainzers auf die erste Stelle im Wahldekret zu umgehen, ohne

[1]) MG. Const. IV, Nr. 9, S. 8.
[2]) Ebenda Nr. 17, S. 15.

ihn direkt zu bestreiten. Er fand diesen Ausweg, indem er die Neuerung einführte, daß jeder der drei geistlichen Kurfürsten je ein Wahldekret mit den weltlichen Kurfürsten ausstellte.

Freilich ist uns von den drei über die Wahl Heinrichs VII. ausgestellten Wahldekreten nur eins, und zwar dasjenige, welches Balduin mit den weltlichen Wählern ausgestellt hat, überliefert, daß aber zwei entsprechende Dekrete der beiden andern Erzbischöfe vorhanden waren, dafür spricht deutlich die Analogie der Anzeigen der Wahl Ludwigs des Bayern im Jahre 1314. Über diese Wahl hat Balduin wieder allein mit den weltlichen Kurfürsten ein Dekret ausgestellt, genau in der gleichen Weise, ja unter Benutzung desselben Formulars wie im Jahre 1308. Genau dieselben Schwierigkeiten, welche bisher die Eigenart des Wahldekrets von 1308 den Forschern geboten hat, würde auch das ganz gleichartige Dekret Balduins und der weltlichen Kurfürsten von 1314 bieten, wenn uns nicht hier durch ein glücklicheres Schicksal eine durchaus entsprechende Urkunde erhalten wäre, die von dem andern an dem Wahlakte beteiligten geistlichen Kurfürsten, dem Mainzer, in Gemeinschaft mit den weltlichen Kollegen ausgestellt ist. Wie durch die Mainzer Ausfertigung diejenige Balduins von 1314 ihre notwendige Ergänzung und Erklärung findet, so setzt auch Balduins Dekret von 1308 eine entsprechende Ergänzung durch zwei Wahldekrete voraus, welche der Mainzer und der Kölner, jeder wie Balduin mit den weltlichen Kurfürsten, ausgestellt haben müssen. Daß in Wirklichkeit drei solche Wahldekrete im Jahre 1308 ausgefertigt sind, geht nun deutlich hervor aus dem Verzeichnis der in der guardaroba Heinrichs VII. aufbewahrten Dokumente, welches der Kammernotar Bernardus de Mercato verfaßt hat.[1]) Die dort erwähnten tria paria litterarum de electione domini in regem Romanorum können nur die drei Wahldekrete gewesen sein.[2])

In dem Wahldekret von 1308 findet sich zuerst in einem amtlichen Schriftstück die Bezeichnung eines Trierer Erzbischofs

[1]) MG. Const. IV, Nr. 1046, S. 1085.

[2]) Tria paria litterarum bezeichnet nach dem Sprachgebrauch der Zeit nur drei gleichartige Urkunden. Mit der oben gegebenen Erklärung erledigen sich die früher versuchten Deutungen; vgl. M. Krammer, Wahl und Einsetzung (Quellen und Studien I, 2), S. 109 f.

als Erzkanzler durch das Arelat und durch Gallien. Balduin, unter dessen maßgebendem Einflusse die Wahl seines Bruders sich vollzog, mag den neuen Modus der Ausfertigung von je einem Wahldekret durch jeden der geistlichen Kurfürsten mit der Gesamtheit der weltlichen durch den Hinweis auf die Erzkanzlerämter der drei Erzbischöfe begründet haben; der eigentliche Grund war ohne Zweifel die Umgehung des mainzischen Rechts auf die erste Stelle im Wahldekret. Damit war aber nach außen das Prävalieren des Mainzers überhaupt ziemlich verhüllt oder verdunkelt.

Die in der Garderobe des Kaisers aufbewahrten tria paria litterarum können nur die Originale gewesen sein. Das mag auffällig erscheinen, da doch die Dekrete von den Kurfürsten an den Papst gerichtete Schriftstücke waren. Aber auch im Jahre 1314 wurden die Wahldekrete beider Wählergruppen den Gewählten übergeben, und noch heute befinden sich die Wahldekrete für Ludwig den Bayern in München, die für Friedrich von Österreich in Wien. Freilich gab es zur Zeit der Doppelwahl von 1314 keinen Papst, so daß die Wahlanzeigen an den künftigen Papst adressiert werden mußten und vorläufig nicht an ihre Adresse befördert werden konnten; doch blieben die Schreiben ja auch noch nach Beendigung der Sedisvakanz in den Händen der Gewählten, wie der jetzige Aufbewahrungsort erweist. Vermutlich wurden also bei allen drei Wahlen die Originale der an den Papst gerichteten Anzeigen den Gewählten zu dem Zwecke übergeben, damit diese die Schreiben gewissermaßen als Beglaubigungsschreiben bei der persönlichen Nachsuchung der Kaiserkrönung überreichen sollten. Zu einer solchen Überreichung aber mangelte allen drei Gewählten die Gelegenheit.

Wie nun dem Papste vorläufige Mitteilung von dem Inhalt der Dekrete gemacht wurde oder doch gemacht werden konnte, zeigt der uns überlieferte Text des Wahldekrets von 1308. Hier liegt nicht eigentlich ein Wahldekret der Kurfürsten vor, sondern ein im Anschluß an den Text des Dekrets hergestelltes Notariatsinstrument über den Wahlakt. Dieses unter Benutzung des von Balduin von Trier mit den weltlichen Kurfürsten ausgefertigten Exemplars hergestellte Notariatsinstrument ist nun, soweit sich das heute beurteilen läßt, das einzige Exemplar einer Wahlanzeige gewesen, welches an die Kurie abgesandt

Digitized by Google

ist. Nur von diesem einen Schriftstück, dessen Original verloren ist, findet sich im Vatikan eine Abschrift, und zwar in Gestalt eines Notariatstransſumtes vom 11. August 1309.[1]) Wären damals mehrere gleichartige Schriftstücke zu Avignon vorhanden gewesen, so hätte man sicher auch die andern in das Transſumt aufnehmen lassen. Damit stimmt überein, daß der Papst in seinem Schreiben an den König vom 26. Juli 1309 nur von einem ihm zugestellten Wahldekret spricht.[2]) Da nun die Kurie niemals in den Besitz der drei Originale der Wahldekrete gekommen ist, so ergibt sich die merkwürdige Tatsache, daß sie von der Wahl Heinrichs VII. nur durch ein Schriftstück Kunde erhielt, an dessen Spitze unter den ausstellenden Kurfürsten der Erzbischof von Trier ganz so an erster Stelle genannt war, wie in dem Gesamtdekret über die vorhergehende Wahl. Ein Zufall kann natürlich nicht obwalten; vielmehr dürfen wir hier ein Ergebnis der Politik Balduins erblicken. Erst brach er dem durch König Albrecht bestätigten Rechte des Mainzer Kollegen auf die erste Stelle in scriptura die gegen Trier gerichtete Spitze ab, indem er an die Stelle des einen Gesamtdekrets drei der drei Erzkanzler setzte, dann ließ er gerade das von ihm ausgefertigte Exemplar, in welchem er in der Inscriptio an der Spitze aller Kurfürsten stand, bei der Anfertigung des zur Übersendung an den Papst bestimmten Notariatsinstruments zu Grunde legen. Damit hatte er dann im Jahre 1308 trotz der Urkunde Albrechts tatsächlich dasselbe erreicht, wie sein Vorgänger Boemund 1298.

Ungewiß bleibt, ob der Mainzer bei den Wahlen von 1308 und 1314 ein Recht der ersten Stimme übte oder auch nur beanspruchte. Wenn der Sachsenspiegel im ältesten Texte dem Trierer, in den späteren Texten dem Mainzer das Recht zuerkannte, der erste an der Kur zu sein, so bezog sich das auf die Abgabe des feierlichen Kürspruches. Nachdem dann aber seit dem Interregnum der Brauch Eingang gefunden hatte, daß nicht mehr jeder Wähler den Kürspruch tat, sondern ein von allen Beauftragter in aller Namen, konnte eine Rangordnung, wie sie der Sachsenspiegel bezüglich der Reihenfolge in der Ab-

[1]) MG. Const. IV, Nr. 301, S. 267.

[2]) Ebenda Nr. 298, S. 262.

Digitized by Google

gabe des Kürſpruchs ſtatuiert hatte, nur noch in der Stimmabgabe bei der Nominatio zum Ausdruck kommen. Darauf kann denn auch nur der Schwabenſpiegel die Rangordnung bezogen haben, womit auf das beſte ſtimmt, daß er im Gegenſatz zu ſeinem älteren Vorbilde geradezu von einer erſten, zweiten, dritten uſw. Stimme der Fürſten ſpricht.[1]) Auf die Reihenfolge der Stimmabgabe bei der Nominatio ſcheint es ſich auch zu beziehen, wenn König Albrecht in der mehrerwähnten Urkunde die Mainzer Erzbiſchöfe als primi in ordine et honore nominationis bezeichnet; obgleich hier die höhere Ehre auch etwa in dem Rechte, die Abſtimmung zu leiten, gefunden werden kann. Wenn die Goldene Bulle den Leiter der Abſtimmung die Stimme zuletzt abgeben läßt, ſo kann das ſehr wohl bereits früher üblich geweſen ſein. Dann aber könnte der Mainzer wohl 1308, nicht aber 1314 die erſte Stimme abgegeben haben. Denn während 1308 der Kölner die Inquisitio votorum vornahm, tat dies 1314 der Mainzer ſelbſt. Dann müßte aber Trier damals die erſte Stimme abgegeben haben, und damit wäre die geeignete Grundlage geſchaffen für Begründung und Ausbau eines trieriſchen Rechtes der erſten Stimme, wie es die Goldene Bulle geſetzlich anerkennt.

Die Gelegenheit dazu bot die Wahl Karls IV. am 11. Juli 1346 zu Renſe. Dieſe Wahl fand ebenſo wie die Heinrichs VII. ſtatt unter dem maßgebenden Einfluſſe Balduins von Trier. Wie dieſer damals für die Wahl ſeines Bruders mit Nachdruck eingetreten war, ſo war er jetzt die eigentlich leitende Perſönlichkeit bei der Wahl ſeines Großneffen, des Enkels Kaiſer Heinrichs. Ihm iſt auch ohne Zweifel die eigenartige, wohl berechnete Form der über die Wahl erſtatteten Anzeigen zuzuſchreiben. Von den uns überlieferten Wahldekreten iſt zuerſt das Balduins verfaßt. Dieſes bildete dann die Vorlage für dasjenige Johanns von Böhmen, und beide zuſammen diejenige der Dekrete Gerlachs von Mainz und Walrams von Köln.[2]) Sehen wir ab von einem in Walrams Dekret enthaltenen höchſt merkwürdigen Zuſatze mit einem Angriffe auf das Kurrecht des Königs von Böhmen, der aber in dieſem Zuſammenhange ohne Bedeutung

[1]) Schwabenſpiegel ed. Laßberg c. 130, Gengler c. 109.

[2]) Den Nachweis dieſes Sachverhalts wird die künftige Ausgabe in MG. Const. erbringen.

ist, so stimmen die vier Texte im wesentlichen überein und bieten also die von Balduin herrührende Fassung. Der gemeinsame Text der Wahldekrete von 1346 unterscheidet sich aber in sehr auffallender Weise von demjenigen, der ebenso unter Balduins Einflusse 1308 hergestellt und 1314 von Balduin und seinem Mainzer Kollegen im wesentlichen wiederholt wurde und auch die Grundlage bildete für das Wahldekret der Gegenpartei. Während nämlich der frühere Text den Wahlvorgang in seinen einzelnen Akten mit größter Genauigkeit schildert, gibt der von 1346 nicht nur keine wirkliche Schilderung des Herganges, sondern sucht offenbar denselben mit voller Absicht unter einer Fülle von zum Teil technischen Ausdrücken und Wendungen zu verhüllen. Läßt dieser Umstand schon vermuten, daß hier Neuerungen im Wahlverfahren vorsichtig verdeckt werden sollen, so läßt sich als eine solche Neuerung die Ausübung eines Rechtes der ersten Stimme durch den Trierer Erzbischof nachweisen.

Am Vorabend seiner Krönung, am 25. November, erteilte Karl IV. seinem Großoheim Balduin ein großes Sammelprivileg, wie dieser bereits zwei von Kaiser Ludwig erhalten hatte. Es enthielt eine große Zahl zum Teil älterer, zum Teil aber auch neuer Privilegien, unter den letzteren ein Privileg über das Recht, bei Königswahlen und bei allen andern Reichshandlungen der Kurfürsten die erste Stimme abzugeben.[1]) Wie fast stets in solchen Fällen wird das Recht als ein bereits seit Alters bestehendes, die Verleihung als eine bloße Bestätigung ausgegeben. Daß das Recht noch nicht alt war, bezeugt das große Privileg, welches Balduin von Trier 1330 von Ludwig dem Bayern sich hatte erteilen lassen, und welches für das Sammelprivileg von 1346 die unmittelbare Vorlage bildet, aber das Privileg über die erste Stimme noch nicht enthält. Balduin hat sich das Recht der ersten Stimme dann noch einmal wenige Tage vor seinem Tode von Karl IV. in einer besonderen Urkunde verbriefen lassen.[2])

Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die Anerkennung dieses trierischen Rechtes eine von den Gunstbezeu-

---

[1]) Urkunden Nr. 4. Über diese Sammelprivilegien vgl. R. Lüdicke im Neuen Archiv, Bd. 33, Heft 2.

[2]) Urkunden Nr. 7.

gungen war, die der Erzbischof von seinem Großneffen als Preis für sein Eintreten für dessen Wahl und Erhebung forderte. Nehmen wir nun dazu, daß eben bei dieser Wahl im Gegensatze zu den beiden vorhergegangenen, an denen Balduin beteiligt war, in dem von eben diesem an den Papst gerichteten Wahldekret, wie auch in den übrigen Mitteilungen der Kurfürsten über diese Wahl die Formen, in welchen sich dieselbe vollzog, mit augenscheinlicher Absicht verhüllt und nur in ganz allgemeinen Wendungen angedeutet werden, daß weder von einer electio per unum noch von der Nominatio und zu deren Behuf erfolgten Abstimmung die Rede ist, und daß weder die electio per unum noch die Abstimmung bei der Nominatio später jemals wieder begegnen, so können wir gar nicht umhin anzunehmen, daß es gerade Karls Wahl war, bei welcher neue Formen zur Anwendung kamen, die mit dem trierischen Anspruch auf die erste Stimme im Zusammenhange stehen.

Als die Wahl Karls zu Rense vollzogen werden sollte, wäre es das nächstliegende gewesen, sie in denselben Formen vorzunehmen, welche bei den letzten Wahlen im Jahre 1314 beobachtet waren. Da nun ohne Zweifel in der ganzen Wahlsache Balduin von Trier die leitende Persönlichkeit war, so wird er die Frage erwogen haben, wie weit bei der bevorstehenden Wahl die Vorgänge bei der letzten, an welcher er selbst teilgenommen hatte, wiederholt werden sollten. Bei dieser Wahl aber, derjenigen Ludwigs, waren die wichtigsten Funktionen dem Mainzer Erzbischof zugefallen. Dieser hatte die Protestatio verlesen, die Abstimmung geleitet und den Kürspruch getan.[1]) Es ist begreiflich, daß Balduin nicht geneigt war, dem eben erst zum Zweck der Wahl Karls ernannten Gerlach von Mainz eine solche hervorragende Stellung bei der Königswahl einzuräumen. Und doch war es nicht wohl möglich, ihm die meisten dieser Funktionen streitig zu machen. Die Leitung der Wahlhandlung stand ihm unzweifelhaft als Erzkanzler in Deutschland zu. Die erste Stimme bei der Nominatio blieb sein verbrieftes Recht[2]), wenn auch Balduin 1314 wahrscheinlich zuerst gestimmt hatte, und die Vollziehung der Electio konnte Mainz auf Grund

[1]) Olenschlager, Staatsgeschichte, U.-B., Nr. 26, S. 66 ff.
[2]) MG. Const. IV, Nr. 17, S. 15.

Digitized by Google

der Wahl von 1314 um so eher in Anspruch nehmen, als auch jetzt wie bei Ludwigs Wahl der Rheinpfalzgraf nicht teilnahm, der sonst wohl ein Gewohnheitsrecht hätte geltend machen können. Wollte Balduin seinem Erzstuhle einen besonderen Anteil an der Königswahl auf Kosten des Mainzers gewinnen, so mußte er von den Formen der früheren Wahlen ganz abgehen und sie durch neue ersetzen. Dieser Zweck war zu erreichen durch Beseitigung der electio per unum und deren Ersatz durch eine feierliche Abstimmung. Indem so die Abstimmung aus der Nominatio in die Electio verlegt wurde, fiel zugleich das mainzische Recht bezüglich der ersten Stimme hinweg, das sich ja gemäß dem Privileg von 1298 nur auf die Nominatio bezog. Dann aber konnte Balduin für Trier das Recht der ersten Stimme bei der Electio erwerben. Die Nominatio durch feierliche Abstimmung war bisher die Voraussetzung für die nachfolgende Electio gewesen; jetzt wurde sie eine nebensächliche formlose Handlung, in welcher das Recht, den Namen des Kandidaten auf Grund der vorhergegangenen Verhandlungen zuerst zu nennen oder zu verkündigen, ziemlich bedeutungslos erscheinen mußte. Wie aber mochte Balduin auf den Gedanken gekommen sein, für sich und seine Kirche das Recht der ersten Stimme bei der Electio zu beanspruchen? Auch nach der Goldenen Bulle bleibt die Vorstellung bestehen, daß die Majorität, welche zur feierlichen Electio schreitet, diese regelmäßig einstimmig vollzieht. Die Wahl sollte von der Majorität der sieben Kurfürsten, von dieser aber einstimmig vollzogen werden. So erhielt die erste Stimme bei der Electio eine ähnliche Bedeutung, wie sie zur Zeit der Vollziehung der Kur durch die einzelnen Wähler das Recht, zuerst den Kürspruch zu tun, gewährte. Einem ganz bedeutungslosen Ehrenvorrechte hätte Balduin kaum so großes Gewicht beigelegt. Vielleicht aber war es schon vorher üblich, daß bei Abstimmungen über andere Gegenstände im Kurfürstenkolleg der vorsitzende Mainzer zuerst den Trierer um seine Stimme fragte. Diesen Gedanken legt das Privileg Karls vom 25. November 1346 nahe, in welchem das Recht der ersten Stimme bezeichnet wird als Prerogativa prime vocis tam in electione regis Romanorum quam aliis negociis imperii per principes electores pertractandis. Das kann sehr wohl bedeuten, daß Trier die erste Stimme bei der

Königswahl ebenso haben soll, wie es dieselbe bei andern Reichshandlungen bereits seit alters besaß.[1])

Zu einer Änderung der Wahlform mochte aber auch außer dem trierischen Interesse ein anderes rein sachliches Motiv vorhanden sein. Bedenken wir, daß zwischen Karls Wahl und denen des Jahres 1314 der Kurverein zu Rense lag. Dieser hatte unter entscheidendem Einflusse Balduins die Wahl des Königs durch die Majorität der Kurfürsten als die einzige rechtmäßige Grundlage des Königtums erklärt. Dieses Majoritätsrecht nach außen hin deutlich zum Ausdruck zu bringen, war die bisherige Wahlform mit der electio per unum sehr wenig geeignet. Dagegen war die durch feierliche Stimmabgabe vollzogene Electio, bei welcher die Anzahl der Wähler im entscheidenden Akte selbst evident wurde, die geeignetste Form, um dem Majoritätsprinzip den deutlichsten Ausdruck zu verleihen.

Auch bei der früheren Wahlform gab es, wie wir sahen, eine Abstimmung; doch war diese durchaus nicht geeignet, die ausschlaggebende Bedeutung des Majoritätsprinzips nach außen genügend zum Ausdruck zu bringen. Denn einmal fand diese Abstimmung innerhalb des Verlaufes der Wahlhandlung zum Zweck einer vorbereitenden, nicht der abschließenden Handlung statt, ferner aber war jede Wirkung dieser Abstimmung nach außen dadurch ausgeschlossen, daß sie heimlich stattfand. Aus dem nachträglichen Wahldekret des Erzbischofs Heinrich von Köln über die Wahl Friedrichs des Schönen erfahren wir, daß die Abfragung der Stimmen bei der Wahl Friedrichs, entsprechend den kanonischen Vorschriften für Bischofswahlen, secrete et sigillatim, d. h. heimlich und einzeln erfolgt war. Man könnte einwenden, daß Heinrich von Köln bei der Wahl selbst nicht zugegen war, und somit sein Zeugnis gegenüber dem Schweigen des am Wahltage selbst ausgestellten Dekrets wertlos sei. Dagegen ist aber als entscheidend hervorzuheben, daß die übrigen Wähler jenen Zusatz über die Heimlichkeit der Abstimmung in Heinrichs Urkunde beanstandet haben würden, wenn er nicht dem tatsächlichen Vorgange entsprochen hätte. Selbst wenn man aber diesen Grund nicht gelten lassen wollte,

[1]) Dieses Recht der ersten Stimme bei allen Reichshandlungen hat Trier dann bis zum Ende des alten Reiches behalten; vgl. Rauch, Traktat über den Reichstag (Quellen und Studien I, 1), S. 59.

Digitized by Google

würde das Zeugnis Heinrichs von Köln von großem Gewicht bleiben, weil er die übliche Form der Abstimmung genau kennen mußte, da er selbst bei der Wahl des Jahres 1308 das Geschäft der Inquisitio votorum besorgt hatte.

Die Abstimmung dagegen, welche seit 1346 an die Stelle des Kürspruchs trat, kann ursprünglich nur als öffentliche gedacht sein. Darauf deutet die Abstimmungsordnung in c. IV der Goldenen Bulle, welche jedenfalls eher auf eine öffentliche als auf eine geheime Abstimmung paßt. Auch das Notariatsinstrument über Wenzels Wahl erweckt durchaus den Eindruck, als ob die Abstimmung öffentlich vorgenommen sei. Bei Ruprechts Wahl zu Rense war schon durch die Lokalität eine geheime Abstimmung so gut wie ausgeschlossen, und ebenso bei der ersten Wahl Sigmunds, die unter freiem Himmel hinter dem Chor der Bartholomäuskirche zu Frankfurt stattfand. Von einer heimlichen Abstimmung hören wir zum ersten Male wieder bei der Wahl Albrechts II. Die Neigung zur Heimlichkeit nahm dann schnell zu. Bei der Wahl von 1440 wird zum ersten Male berichtet, daß die Abstimmung nicht mehr in Gegenwart aller Wähler und ihrer Begleiter im Chor der Kirche vorgenommen wurde, sondern in der Liberei, in einem durch eine Tür verschlossenen Nebenraume des Chores, in welchen sich die Abstimmenden einzeln zu dem Mainzer Erzbischof zum Zweck der Stimmabgabe verfügten, ein Brauch, der dann dauernd in Übung blieb. Er kam auf in der Zeit, welcher die Heimlichkeit der Abstimmung als die höchste Gewähr für die Fernhaltung unlauterer Einflüsse von der Wahl galt. Suchte doch damals Nikolaus von Cues durch ein höchst verzwicktes, auf die unbedingte Heimlichkeit der Abstimmung abzielendes Verfahren bei der Königswahl die Grundlagen der Reichsverfassung zu reformieren.[1])

Ein Zweifel daran, daß die in der Goldenen Bulle vorausgesetzte und seitdem gebrauchte Wahlform mit dem trierischen Rechte der ersten Stimme zuerst bei Karls IV. Wahl zur Anwendung kam und auf die Initiative Balduins von Trier zurückzuführen ist, dürfte ausgeschlossen sein. In der Unbestimmtheit der Anzeigen über diese Wahl verschwinden die Einzelheiten

[1]) Concordantia catholica III, 37.

des Wahlvorganges, um nicht wieder in alter Weise zu erscheinen. Die Goldene Bulle und die ihr folgenden Wahlen zeigen die neuen Formen, welche Balduin damals der Königswahl für die ganze Folgezeit gegeben hatte.

Wie man aus dem Schweigen der Goldenen Bulle über das päpstliche Approbations- und Konfirmationsrecht gefolgert hat, der Gesetzgeber habe damit jenes Recht ausschließen wollen, so hat man einen entsprechenden Schluß ex silentio auch bezüglich der speziell erzkanzlerischen Rechte der drei geistlichen Kurfürsten gezogen. Es handelt sich dabei um jene Rechte der Erzkanzler inbezug auf die kaiserliche Kanzlei, welche ihnen zustehen sollten, wenn der Kaiser oder König sich in ihren Erzkanzellariaten befand oder für deren Gebiete Urkunden ausfertigte. Sie betrafen gewisse Aufsichtsrechte, die Ernennung und Absetzung des Kanzleipersonals, sowie die Kanzleieinkünfte. Urkundlich zuerkannt sind solche Rechte nachweisbar dem Mainzer Erzbischof durch Albrecht I.[1]), dem Kölner durch Heinrich VII.[2]), und dem Trierer durch Ludwig den Bayern.[3])

Aus dem Schweigen der Goldenen Bulle über diese Rechte hat man nun geschlossen, daß der Gesetzgeber ihnen die Anerkennung habe entziehen wollen. Sehr vorsichtig andeutend äußert sich Breßlau über diesen Punkt[4]): „Die Goldene Bulle, die sonst der Rechte der Kurfürsten so ausführlich gedenkt, redet in ihren ersten Kapiteln .... von Befugnissen der Erzkanzler in Bezug auf die Kanzlei gar nicht und erkennt ihnen in dem zweiten zu Metz publicierten Teil wohl gewisse Ehrenrechte zu, übergeht aber alle materiellen Befugnisse, von denen in den Privilegien die Rede war, mit beredtem Stillschweigen." Wohl im Anschluß an Breßlau spricht Burdach[5]) von dem „vielsagenden Schweigen" der Goldenen Bulle und knüpft daran sehr bestimmte, aber unzutreffende Behauptungen, welche neben dem

[1]) MG. Const. IV, Nr. 15, S. 14.

[2]) Ebenda Nr. 425, S. 370.

[3]) Winkelmann, Acta imp. II, Nr. 1115, S. 776. Erneuert am 3. Dezember 1314 und am 3. August 1332. Vgl. R. Lüdicke, Neues Archiv Bd. 33, Heft 2.

[4]) Urkundenlehre S. 392. Ähnlich schon Harnack S. 148.

[5]) Vom Mittelalter zur Reformation (1893), S. 48.

Digitized by Google

Fehlschluß aus dem Schweigen der Goldenen Bulle auf falschen Vorstellungen über den Zustand der Reichskanzlei bis auf Karl IV. beruhen. Wenn er meint, Karl habe die Reichskanzlei definitiv dem Einfluß der drei Erzkanzler entrückt, aus der klerikalen Sphäre in die einer Staatsbehörde, aus dem Zustand schwankenden Umherirrens in feste Verbindung mit dem Mittelpunkte des Reiches gebracht, indem er sie einem eigenen Hofkanzler unterstellte, so ist dem entgegenzuhalten, daß es einen Hofkanzler als Leiter der Kanzlei schon lange vor Karl IV. gab[1]), daß die Reichskanzlei auch unter dem Einfluß der drei Erzkanzler sich niemals an deren Höfen befand und also niemals mehr umherirrte, als der Mittelpunkt des Reiches selbst, der Hof des Königs, dem sie stets folgte, mit dem sie also immer schon in fester Verbindung stand. Was aber die klerikale Sphäre betrifft, aus der die Kanzlei durch Karl entfernt sein soll, so bestand eine solche vor wie nach der Goldenen Bulle insofern, als die eigentlichen Leiter Geistliche waren, während der Einfluß der Erzkanzler niemals in Wirklichkeit erheblich genug war, um etwa die Kanzlei in eine klerikale Sphäre bringen zu können. Die Hauptsache aber ist, daß Karl weder durch die Goldene Bulle noch sonst irgendwie die Absicht bekundet hat, die Beziehungen der Erzkanzler zur Reichskanzlei zu beseitigen.

Karl IV. hat in einer Reihe von Privilegien die erzkanzlerischen Rechte ausdrücklich anerkannt, welche den Erzbischöfen von seinen Vorgängern verbrieft waren. Zwar liegt für Gerlach von Mainz nur eine allgemeine Bestätigung aller Rechte vor; doch werden dabei die erzkanzlerischen, wenn auch nur im allgemeinen, so doch ausdrücklich genannt.[2]) Auch ist keineswegs ausgeschlossen, daß daneben noch ein besonderes Privileg erteilt wurde. Das von Heinrich VII. dem Kölner Erzbischof erteilte Privileg[3]), laut dessen dieser sich in der Wahrnehmung der erzkanzlerischen Pflichten und Rechte in Italien vertreten lassen konnte, hat Karl an seinem Krönungstage

---

[1]) Das hat auch Burdach in einer Berichtigung S. 134 nachträglich anerkannt. Leider sind Burdachs irrige Behauptungen zum Teil in die neuere Literatur übergegangen. Vgl. darüber R. Salomon, Deutsche Literaturzeitung, 1907, Sp. 805.

[2]) Breßlau, Urkundenlehre, S. 392.

[3]) S. oben S. 222.

Digitized by

1346 am 26. November erneuert.[1]) Die Erzkanzlerprivilegien für Trier endlich, welche Ludwig der Bayer dem Erzbischof Balduin erteilt hatte, bestätigte Karl IV. diesem seinem Großoheim selbst zweimal, am 25. November 1346[2]) und am 7. Januar 1354[3]), und ebenso dessen Nachfolger Boemund am 5. Januar 1356[4]), am Vorabend des ursprünglich für den Erlaß des Nürnberger Gesetzbuches bestimmten Tages, und endlich noch einmal dem Nachfolger Boemunds, Erzbischof Kuno, am 31. Mai 1376.[5]) Alle diese Bestätigungen, insbesondere aber die für Trier, dürften die Annahme ausschließen, daß Karl die erzkanzlerischen Rechte durch Nichterwähnung in der Goldenen Bulle hätte beseitigen wollen. Nicht nur, daß von diesen vier Bestätigungen eine erst nach Erlaß der Goldenen Bulle erfolgt ist, sondern mehr noch, daß die dritte ganz unmittelbar vor die Publikation des hier in Betracht kommenden Teiles des Gesetzes fällt, spricht deutlich dagegen. Wie wäre es denkbar, daß der Kaiser im vollen Einvernehmen mit den Kurfürsten ein Gesetz herstellen ließ, in welchem er die erzkanzlerischen Rechte der geistlichen Kurfürsten mit voller Absicht ignorierte, während er gleichzeitig einem der Kurfürsten diese Rechte feierlich bestätigte? Außerdem setzt die Goldene Bulle an verschiedenen Stellen das Bestehen erzkanzlerischer Rechte voraus. Zu verschiedenen Malen erwähnt das Gesetz die Erzkanzlersprengel, archicancellariatus, die doch unmöglich nur als die räumlichen Grundlagen für die wenigen Ehrenrechte, welche die Goldene Bulle ausdrücklich erwähnt, gedacht werden können. Ferner bezeichnet der Gesetzgeber in c. XXIX die Reichshofbeamten, unter denen der Hofkanzler genannt wird, als substituti officiales der Kurfürsten, denen diese nicht zur Zahlung von Gebühren verpflichtet sein könnten. Der Hofkanzler wird damit als ein Untergebener der Erzkanzler wenigstens indirekt charakterisiert. Hier wird demnach ein Verhältnis zwischen den Erzkanzlern und dem Hofkanzler vorausgesetzt, wie es nach den Erzkanzlerprivilegien

[1]) Böhmer-Huber Nr. 268.

[2]) Ebenda Nr. 264.

[3]) Lindner, Urkundenwesen S. 214, mit irrigem Datum. Böhmer-Huber Nr. 1729 = 6750, an letzter Stelle mit irrigem Datum nach Lindner.

[4]) Böhmer-Huber Nr. 6861. Vgl. Lüdicke a. a. O.

[5]) Ebenda Nr. 5588.

wenigstens theoretisch sein sollte. Das Schweigen der Goldenen Bulle von den erzkanzlerischen Rechten kann also höchstens die Bedeutung haben, daß der Gesetzgeber es vermeiden wollte, das Maß und den Umfang der Rechte ein für allemal gesetzlich festzulegen.

Ein gewisses Hindernis für eine Kodifikation der erzkanzlerischen Rechte mochte auch darin gefunden werden, daß diese nicht in völlig gleicher Weise jedem der drei Erzkanzler zustanden, und eine einheitliche Regulierung nicht durchführbar erscheinen mochte. Möglichenfalls, und das halte ich für das wahrscheinlichste, fand der Gesetzgeber gar keinen Anlaß, sich über den Inhalt der Rechte eines Erzkanzlers im Rahmen dieses Gesetzes zu äußern. In c. III und IV, wo von den Ehrenrechten der einzelnen Kurfürsten bei Hoftagen und Königswahlen gehandelt wird, war durchaus keine Gelegenheit, der Beziehungen der drei geistlichen Kurfürsten zur Reichskanzlei zu gedenken. Hier wie in den Metzer Zusätzen konnte man sich sehr wohl auf die bei festlichen Gelegenheiten nach außen hin erkennbaren Manifestationen der Beziehungen der Erzkanzler zur Reichskanzlei begnügen, diese Beziehungen selbst aber als interne Angelegenheiten unerwähnt lassen.

Freilich hat schon im Jahre 1406 König Ruprecht sich dem Erzbischof von Mainz gegenüber, als dieser gemäß den Privilegien seiner Kirche die ihm vorenthaltenen erzkanzlerischen Rechte in Anspruch nahm, für die Verweigerung dieser Rechte auf die Goldene Bulle gestützt.[1]) Es war lediglich das Schweigen der Goldenen Bulle, worauf Ruprecht sich berufen konnte, und dieses konnte unmöglich den positiven Bestimmungen der Mainzer Privilegien derogieren, zumal da Ruprecht selbst diese Rechte dem Mainzer im Jahre 1400 feierlich bestätigt hatte.[2]) Wenn dagegen der König behauptete, das Reich habe allzeit die Kanzlei besetzt, so entsprach das allerdings wohl den Tatsachen. Denn, so oft und deutlich auch den Erzkanzlern das Recht verliehen ist, den Hof- oder Vizekanzler und die übrigen Kanzleibeamten zu ernennen und abzusetzen, so sind die hierauf bezüglichen Bestimmungen in der Hauptsache stets tote Buchstaben geblieben.

---

[1]) Reichstagsakten VI, S. 33 f.

[2]) Ebenda IV, Nr. 209.

Digitized by Go

In der Theorie haben die Herrscher von Albrecht I. bis Karl IV. den Erzkanzlern das Recht, die Kanzlei zu besetzen, zugestanden, es in der Praxis aber fast durchweg selbst in der Hand behalten. An diesem Verhältnis hat auch die Goldene Bulle mit ihrem Schweigen über diesen Punkt nichts geändert, wie die beiden Erzkanzlerprivilegien für die Trierer Kirche beweisen, von denen das eine gleichzeitig mit dem Gesetzbuche, das andere noch zwanzig Jahre nach demselben ausgestellt ist.

Wir haben im vorstehenden feststellen können, daß der Gesetzgeber der Goldenen Bulle in einer Anzahl mehr oder weniger wesentlicher Punkte, entgegen der bisher herrschenden Anschauung, keine Neuerungen einführen wollte noch eingeführt hat. Das entspricht dem Charakter des ganzen Gesetzes, welches kein Reformgesetz ist, sondern im wesentlichen nur eine Kodifikation des geltenden Rechts. Der Kreis der sieben Kurfürsten als der ausschließlich berechtigten Wähler des Königs war genau seit 100 Jahren in der Praxis des Reichsrechts anerkannt und nach kurzem vorübergehendem Schwanken dauernd anerkannt geblieben. Seit der Zeit Rudolfs von Habsburg taucht der Gedanke der Majoritätswahl in dem Schwabenspiegel und in Urkunden auf und erlangt in den Kämpfen Ludwigs des Bayern mit der Kurie die Anerkennung der maßgebenden Faktoren des Reichs. Beides, die Anerkennung des Kurfürstenkollegiums und die Geltung des Majoritätsprinzips, ist in der Goldenen Bulle gesetzlich festgelegt worden. Was der Gesetzgeber diesen beiden Hauptgedanken neu hinzufügt, sind Anordnungen, welche lediglich den Zweck haben, den Bestand und das Recht der Wähler sowie die Durchführung der Majoritätswahl zu sichern. Nicht neu ist auch das Recht der Kurfürsten, an der Regierung und Verwaltung des Reiches Anteil zu nehmen, welches die Goldene Bulle voraussetzt und anerkennt; nur der Gedanke, dieses Recht in eine neue Form zu kleiden, gehört dem Gesetzgeber an. Nicht neu ist auch die Reichsverweserschaft des Pfalzgrafen bei Rhein und des Herzogs von Sachsen und ebensowenig des ersteren Gerichtsbarkeit über den König; neu höchstens zum Teil die Ausgestaltung im einzelnen. Dasselbe gilt von den Bestimmungen wegen des Fehderechts, der unrechtmäßigen Zölle und Geleite, der unerlaubten Bündnisse und der Pfalbürger.

Digitized by Google

Nirgends Reformen; überall nur Kodifikation. Daraus aber ergibt sich die Richtung, in der die Wirkungen des Gesetzes allein liegen konnten.

Nach Zweck und Inhalt konnte die Goldene Bulle nur in konservativer Richtung wirken. Sie mußte dazu beitragen, die herrschende Staatsform des Reiches zu erhalten, oder doch deren Fortentwicklung auf den gegenwärtigen Grundlagen begünstigen. Und in der Tat ist kaum daran zu zweifeln, daß die Goldene Bulle einen großen Anteil an dem dauernden Fortbestande der Grundlagen der Reichsverfassung gehabt hat. Wenn das heilige römische Reich bis zu seiner Auflösung ein Wahlreich seiner Form nach und zum Teil wenigstens dem Wesen nach geblieben ist, wenn die Kurfürsten dauernd die wichtigsten Organe der Reichsverfassung geblieben sind, so wäre das vielleicht auch ohne unser Gesetz so geworden; dieses aber hat eine Änderung der Grundlagen der Reichsverfassung seit seiner Anerkennung als ein Fundamentalgesetz des Reiches unmöglich gemacht. Diese ist erst im 16. Jahrhundert erfolgt und hat sich sehr langsam vorbereitet.

Die ganze Fassung des Gesetzes in ihrer Feierlichkeit, insbesondere die pomphafte Einleitung und nicht weniger die häufige und nachdrückliche Betonung der ewigen Dauer der Bestimmungen machen den Eindruck, daß der Gesetzgeber hier ein Werk von ganz hervorragender Bedeutung und dauernder Wirkung schaffen wollte. Der anspruchsvollen Form und der inneren Bedeutung des Gesetzes entsprach nun wenig die Beachtung, welche es in der Öffentlichkeit fand, wie das schon oben[1]) hervorgehoben wurde, und ebensowenig die Behandlung, die der Gesetzgeber selbst ihm angedeihen ließ. Nach unsern Anschauungen entspricht es schon wenig der Würde eines Gesetzes, wenn seine Bestimmungen zum Teil in Form von Privilegien einem Reichsstande verbrieft werden mit der Klausel, daß diese Vorschriften die Untertanen des Empfängers nicht nur wie alle Reichsuntertanen als allgemeines Gesetz binden sollen, sondern noch besonders als Privileg gegenüber dem Empfänger.[2])

[1]) S. 2 ff. [2]) Urkunden Nr. 27, Teil II, S. 104; Nr. 29, ebenda S. 112: non solum eo modo, quo hiisdem legibus universi sacri imperii subditi ligari noscuntur, verum eciam presentis nostri privilegii imperialis ac decreti virtute perpetuis temporibus teneantur.

Schwerer aber wiegt, daß Karl IV. sein eigenes Gesetz öfter durchlöchert und bei Seite geschoben, als anerkannt und durchgeführt hat. Nur einmal beruft er sich auf sein Gesetz, um eine Vorschrift desselben gegen einen Verletzer aufrecht zu erhalten, indem er am 25. Mai 1361 auf Klage des Herzogs Rudolf von Sachsen-Wittenberg den Herzog Erich von Sachsen-Lauenburg vorlud, sich zu verantworten, weil er sich gegen „unser keiserliches rechtbuch“ das Kurrecht und Erzamt angemaßt habe.[1]) Diesem einen Falle der Aufrechterhaltung des Gesetzes stehen aber drei andere gegenüber, in denen durch kaiserliche Urkunden die Geltung einzelner Bestimmungen der Goldenen Bulle außer Kraft gesetzt werden sollten.

Den ersten Fall dieser Art bietet die bereits mehrfach erwähnte Stelle des Reichsfürstenprivilegs für die Burggrafen von Nürnberg[2]) dar, in welcher eine freilich nur vermeintlich der Verleihung des Bergregals an die Burggrafen entgegenstehende Vorschrift der Goldenen Bulle hinsichtlich dieser Verleihung aufgehoben wird. Gerade die Leichtfertigkeit, mit der man hier eine Bestimmung des Gesetzes außer Kraft zu setzen bereit war, welche bei nur einigermaßen aufmerksamer Betrachtung gar nicht im Wege stand, ist charakteristisch für die geringe Scheu vor dem Gesetze. Mag es sich hier immerhin nur um eine Verfehlung eines kaiserlichen Rates oder eines Diktators der Reichskanzlei handeln, so zeigen zwei weitere Fälle, die nur auf Anordnungen des Kaisers selbst zurückgeführt werden können, wie wenig auch dieser Bedenken trug, sein für alle Zeiten gegebenes Gesetz um vorübergehender Zwecke und augenblicklicher Vorteile willen außer Kraft zu setzen. Am 10. August 1365 hob Karl IV. mit Zustimmung der Kurfürsten einer Anzahl elsässischer Reichsstädte gegenüber das in der Goldenen Bulle enthaltene Pfalbürgerverbot auf.[3]) Galt diese Aufhebung nur einer doch mehr nebensächlichen Anordnung des Gesetzes und war sie beschränkt auf die genannten Städte, so betraf der letzte Fall der Aufhebung des eigenen Gesetzes eine dem eigentlichen Kern der Goldenen Bulle angehörende Bestimmung. Zu den

[1]) Böhmer-Huber Nr. 3699; wiederholt 29. August d. J., Böhmer-Huber Nr. 3740. Beide Stücke bei Sudendorf, Registrum 2, 193 und 194.

[2]) S. oben S. 180.

[3]) Böhmer-Huber Nr. 4200.

Digitized by Google

Maßregeln, durch welche Karl die Zustimmung der Kurfürsten von Trier und Köln zur Wahl Wenzels erkaufen mußte, gehörte die Urkunde vom 11. November 1374, durch die er die früher mit Rat und Zustimmung der Kurfürsten erlassenen Gesetze und Ordnungen, nach welchen jede künftige Königswahl zu Frankfurt am Main vollzogen werden solle, widerrief, aufhob und vernichtete, angeblich zu dem Zwecke, daß die Wahl und Kur frei sei.[1]) Der Wortlaut der Urkunde ist so gefaßt, daß man allenfalls herauslesen konnte, daß nicht nur die Bestimmung über den Wahlort selbst, sondern auch alle übrigen im Zusammenhange mit ihr erlassenen Gesetze und Ordnungen widerrufen sein sollten. Ob diese Zweideutigkeit beabsichtigt war, können wir dahingestellt sein lassen; jedenfalls aber zeigt schon die unwahre und klägliche Begründung der Aufhebung, wie wenig bedenklich Karl IV. mit seinem eigenen Gesetz umsprang. Nehmen wir nun noch dazu Karls zweideutiges Verhalten in dem Streite über das Schwertträgeramt[2]) sowie sein schon oben charakterisiertes Verfahren bei der Erwerbung der Mark Brandenburg im Vertrage zu Fürstenwalde, so können wir nicht anders urteilen, als daß Karl IV. sein großes Gesetz, unzweifelhaft sein größtes Werk überhaupt, mit nur geringer Achtung behandelt hat, die im merkwürdigsten Gegensatze steht zu den idealen Beweggründen und dem freien Entschluß, aus denen es entstanden war.

Karls IV. Verhalten zu seinem eigenen Gesetze trägt wohl zum Teil die Schuld, daß es auch unter seinem Nachfolger ganz zurück- und erst bei Wenzels Absetzung und Ruprechts Wahl wieder hervortritt. Freilich wird auch hier in den offiziellen Schriftstücken über diese Vorgänge die Goldene Bulle nicht angeführt; wohl aber geschieht das in Berichten von Privatpersonen. Einer dieser Berichte ist verfaßt von dem pfälzischen Rat und Notar Sobernheim und darf wegen der Stellung des Verfassers Anspruch auf besondere Beachtung erheben. Es entspricht wohl den in der Umgebung Ruprechts und seiner Wähler, der drei geistlichen Kurfürsten, herrschenden Anschauungen, wenn er sich für die Rechtmäßigkeit der Wahl auf eine

---

[1]) Weizsäcker, Rense als Wahlort, S. 29.

[2]) Vgl. Exkurs I.

Vorschrift der Goldenen Bulle beruft. Geschieht das mit den Worten ut canit aurea bulla, so ist das vielleicht die älteste nachweisbare Stelle für die bald ganz ausschließlich gebrauchte Bezeichnung für Karls Reichsgesetz.[1]) Einige Jahre später berief sich König Ruprecht selbst auf die Goldene Bulle; jedoch irrtümlich und ohne diese Bezeichnung zu gebrauchen. Er bezeichnet das Gesetz als das „Buch mit der goldenen Bulle“[2]), genau so, wie es in der Frankfurter Ratsrechnung von 1366 genannt wird.[3])

Offiziell als Grundlage des Rechtes der Königswahl wurde die Goldene Bulle unter ihrem von nun an technischen Namen bei Gelegenheit der Frankfurter Doppelwahl von 1410 betrachtet. Beide Parteien beriefen sich für den rechtmäßigen Vollzug ihrer Wahl auf die Goldene Bulle, und eine im Auftrage der Partei Sigmunds ausgearbeitete Denkschrift besteht in der Hauptsache aus einer Interpretation der in Betracht kommenden Kapitel des Gesetzes (sog. Refutatio anonymi), die wiederum mit gelehrten glossenartigen Erläuterungen versehen wurde.[4]) Ist hier die Goldene Bulle zur Grundlage genommen für eine staatsrechtliche Deduktion, die praktisch-politischen Zwecken diente, so wurde sie etwa 50 Jahre später die Grundlage für eine theoretische Darstellung des Reichsstaatsrechts. Es war dies der berühmte Libellus de caesarea monarchia des Baseler Professors Peter von Andlau, verfaßt im Jahre 1460, dessen zweites Buch im wesentlichen eine systematische Bearbeitung und Erläuterung der betreffenden Partien der Goldenen Bulle bildet.

Das Werk Peters von Andlau steht ganz auf dem Boden des historisch entwickelten und gesetzlich fixierten Rechtes, abseits von der großen, das 15. Jahrhundert durchziehenden Bewegung, welche auf eine vollständige Reform der Reichsverfassung gerichtet war. Ihm mußte die Goldene Bulle, die Kodifikation eines sehr wesentlichen Teils der Reichsverfassung, als eine der wichtigsten Quellen, ja vielleicht als die wichtigste Grundlage des Reichsstaatsrechtes erscheinen; während die Vertreter der Reformbewegung naturgemäß mehr Interesse für die durch das

[1]) Reichstagsakten III, Nr. 231, S. 289.
[2]) Ebenda VI, Nr. 14, S. 53.
[3]) Harnack S. 176.
[4]) S. oben S. 24.

Digitized by Google

Gesetz nicht geregelten Seiten der Reichsverfassung hatten. Demgemäß nehmen denn die Reformpläne und Reformschriften von der Goldenen Bulle meist keine Notiz, wie die Reformation Kaiser Sigmunds, das Reichsreformprojekt von 1442[1]) und der sog. Abschied geistlicher Fürsten von ca. 1453.[2]) Eine Ausnahme macht aber Nikolaus von Cues in seiner dem Baseler Konzil vorgelegten Schrift De concordantia catholica, in deren drittem Buche er Vorschläge für die Umgestaltung der Reichsverfassung macht. Er lehnt sich an einzelnen Stellen offensichtlich an die Goldene Bulle an; so in c. 35, wo er von der Einführung jährlicher Zusammenkünfte der Kurfürsten und der Richter handelt. Die ganze Einrichtung ist im Anschluß an c. XII der Goldenen Bulle geplant, wie das namentlich der Vorschlag zeigt, daß die Versammlungen ohne großen Aufwand, absque pompa et gravibus expensis, stattfinden sollen, der an die bekannte Bestimmung jenes Kapitels erinnert, ferner in c. 36 und 37, wo die Eröffnung der Königswahl im Anschluß an c. II des Gesetzes geordnet wird, und namentlich das Formular des Wahleides engste Verwandtschaft mit dem der Goldenen Bulle zeigt.

Aus den gleichen Gründen wie in den Reformprojekten tritt auch in der Reformgesetzgebung die Goldene Bulle nicht stark hervor. Wohl wird gelegentlich eine ihrer Bestimmungen in Landfriedensgesetzen des 15. Jahrhunderts mit oder ohne ausdrückliche Nennung der Quelle wiederholt, auch wird in den Verhandlungen über die Reformgesetzgebung auf dem Wormser Reichstage im Jahre 1495 die Bedeutung des Appellationsprivilegs der Goldenen Bulle erörtert[3]), im Mittelpunkte des Interesses stehen aber andere Fragen, als die in dem Gesetze behandelten.

Eine Nachricht über einen Sessionsstreit auf dem Reichstage zu Konstanz im Jahre 1507 gibt Zeugnis davon, in wie hohem Ansehen die Goldene Bulle bei Kaiser und Fürsten damals

---

[1]) Vgl. R. Smend, Neues Archiv, Bd. 32, 746.

[2]) Ranke, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation, Bd. 6 (1873), S. 9 ff. Zur Datierung vgl. S. V.

[3]) Nach freundlicher Mitteilung von R. Smend, der nächstens über die später den Appellationsprivilegien der Goldenen Bulle beigelegte Bedeutung handeln wird.

Digitized by Google

ſtand, aber auch, daß die Kenntnis ihres Inhalts nicht immer mit dieſem Anſehen Schritt hielt. Am 6. Mai berichtet der kurbrandenburgiſche Rat Eitelwolf vom Stein in der Angelegenheit [1]): der König habe in der Verſammlung mitgeteilt, „er habe das recht Exemplar der Gulden Bullen funden in ſeinem Schatzkaſten." Er wolle es holen laſſen und „daraus des Stands halb, wes ſich ein jeglicher halten ſoll", mit Rat der Kurfürſten und Fürſten „ein Declaracion tun". Braunſchweig, mit dem der Berichterſtatter ſich „in Disputacion begeben", habe gemeint, „es werde ſich daraus erfolgen müſſen", daß Braunſchweig als einer der „vier Herzoge" vor den „vier Markgrafen" rangiere. Wir erfahren hieraus, daß Maximilian der Meinung war, aus dem „rechten Exemplar der Goldenen Bulle" müſſe ſich die Rangordnung der Fürſten feſtſtellen laſſen, zu welcher Annahme doch der Text des Geſetzes keinerlei Anhalt bot. Wenn dann aber der Braunſchweiger annahm, daß ſich aus dem Exemplar ergeben werde, daß der Herzog von Braunſchweig als einer der vier Herzoge den Vorrang vor den vier Markgrafen habe, ſo zeigt dies deutlich, daß er nicht an den Text der Goldenen Bulle dachte, ſondern an die ſeit dem Anfange des 15. Jahrhunderts viel verbreiteten ſog. Quaternionen. Dieſe finden in Handſchriften und alten Drucken ſich öfter in Verbindung mit der Goldenen Bulle [2]), und auf eine ſolche Überlieferung mochte Erich von Braunſchweig ſich berufen. Wahrſcheinlich enthielt auch das angebliche rechte Exemplar die Quaternionen im Anſchluß an den Text der Goldenen Bulle, denn ſonſt iſt die Annahme des Königs nicht leicht verſtändlich. Dadurch aber wird der Charakter jenes „rechten Exemplars" ziemlich verdächtig.

Das im Schatzkaſten des Königs auf Reiſen mitgeführte Exemplar, wenn auch nur vermeintlich das eigentliche Original der Goldenen Bulle, iſt recht bezeichnend für den hohen Wert, den Maximilian dieſem Reichsgeſetze beimaß. Die förmliche Anerkennung der Goldenen Bulle als wichtigſtes Reichsgeſetz fand ſtatt durch die Wahlkapitulation Karls V. vom 3. Juli 1519. Karl verpflichtet ſich in einem ihrer erſten Punkte (§ 2)

[1]) Nach einer von R. Smend freundlichſt zur Verfügung geſtellten Abſchrift aus Rep. X. 2 M. Nr. 9 des Geheimen Staatsarchivs zu Berlin.

[2]) Die älteſte Handſchrift, welche Hürbin, Peter von Andlau (1897), S. 224, anführt, ſtammt aus dem Jahre 1422.

zur Bestätigung und Aufrechterhaltung der Goldenen Bulle: „Wir sollen und wellen auch sonderlich die vorgemachten Guldin Bullen, Kuniglich Landfriden und ander des heiligen Reichs Ordnungen und Gesetz confirmiren, erneuen und, wo Not, dieselben mit Rat Unser und des Reichs Churfursten, Fursten und anderer Stende pesseren, wie zu jeder Zeit des Reichs Gelegenheit ervordern wirdet."

An dieser Stelle und ebenso in den nachfolgenden Wahlkapitulationen war die Möglichkeit offen gehalten, daß auf dem Wege der Reichsgesetzgebung die Goldene Bulle wie die andern Reichsgrundgesetze Abänderungen erfahren könnten. Unser Gesetz aber ist niemals formell abgeändert worden. Wohl aber ist sein Inhalt mehrfach durch jüngere Reichsgesetze oder durch die Gewalt der Tatsachen politischer Umwälzungen modifiziert oder ganz hinfällig geworden. In bezug auf Einzelheiten entstanden Zweifel, ob und wieweit Anordnungen der Goldenen Bulle den neueren Gesetzen und den veränderten Verhältnissen gegenüber noch in Geltung geblieben waren, so über die Fortdauer der Privilegia de non appellando gegenüber der Gründung des Reichskammergerichts im Jahre 1495.

Es liegt nicht im Plane dieser Arbeit, die Wirkungen der Goldenen Bulle hinsichtlich ihrer einzelnen Bestimmungen und der auf ihnen beruhenden Einrichtungen zu erforschen; vielmehr müssen wir uns damit begnügen, die Wirkungen festzustellen, welche das Gesetz im ganzen durch seinen wesentlichen Inhalt auf den Gang der deutschen Verfassungsentwicklung ausgeübt hat.

Das Hauptziel des Gesetzgebers, die Sicherung unzweifelhafter Wahlresultate bei den Königswahlen, ist, von einem einzigen Falle abgesehen, mit Hilfe des Gesetzes für die Dauer erreicht worden. Die Ausnahme bildet die Doppelwahl des Jahres 1410. Möglich wurde diese trotz der Goldenen Bulle und der allseitigen Anerkennung derselben als Grundlage des Rechtes der Königswahl infolge des gesetzwidrigen Verhaltens der Wähler beider Gruppen, durch doppelte Führung der brandenburgischen Kurstimme und endlich durch die nicht ganz unzweideutige Fassung der Bestimmung über die Selbstwahl in c. II, § 5.[1]) Auch das zweite Ziel des Gesetzgebers, die Siche-

[1]) Vgl. oben S. 18ff.

rung des Bestandes und der Bedeutung des Kurfürstenkollegs, wurde vollständig erreicht. Die Siebenzahl der Kurfürsten blieb fast drei Jahrhunderte unverändert fortbestehen und wurde auch noch 1648 trotz der Einrichtung einer achten Kur, die später wieder fortfallen sollte, prinzipiell festgehalten. Die Betätigung der Kurfürsten in den Reichsgeschäften auf regelmäßigen Kurfürstentagen, wie sie in c. XII der Goldenen Bulle geplant waren, hat nicht Eingang gefunden, doch haben die Kurfürsten dauernd die ihnen in dem Gesetze eingeräumte hervorragende Stellung in der Reichsverfassung behauptet und weiter befestigt. Sie bildeten seit der Organisierung der Reichsstände im Reichstage dessen obersten Rat und erweiterten ihre verfassungsmäßigen Rechte vermöge des ihnen in der Goldenen Bulle gewährleisteten Rechtes der Königswahl durch die Wahlkapitulationen.

Karl IV. hatte in seinem Gesetze die Stellung des Königs von Böhmen unter den Kurfürsten mit besonderem Nachdruck betont. Er hat aber dadurch nicht verhindern können, daß Böhmen sehr bald infolge von Umständen, die in ihrem Zusammenhange noch nicht näher untersucht sind, seinen Platz im Kurfürstenrate, abgesehen von der Beteiligung an den Königswahlen, gänzlich aufgab, so daß Jahrhunderte lang für die Teilnahme an den Reichsgeschäften nur sechs Kurfürsten in Betracht kamen. Erst nach Gründung einer achten und neunten Kur fand die förmliche Readmission Böhmens in den Kurfürstenrat statt (1708).

In ihrer doppelten Eigenschaft als Mitglieder des Königswahlkollegiums und des Kurfürstenrates haben die Kurfürsten durch die ihnen lange Zeit ausschließlich, später aber noch immer hauptsächlich zustehende Vereinbarung der Wahlkapitulationen sowie durch ihren überwiegenden Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches als dessen weitaus wichtigstes Organ neben dem Kaiser mehr noch als dieser die Geschicke des Reiches bestimmt, soweit und solange diese überhaupt noch von den eigenen Organen des Reiches bestimmt wurden. Immer seltener fielen seit dem 15. Jahrhundert die Interessen des Kaisers mit denen des Reiches zusammen, und das Kurfürstenkollegium wurde dann dem Kaiser gegenüber zum eigentlichen Vertreter des Reiches. Freilich haben auch Mitglieder des Kollegiums, namentlich die mächtigsten weltlichen Kurfürsten, nicht nur den

Digitized by

Interessen des Reiches entgegengewirkt, sondern sich dem Reichsgedanken selbst gleichgültig und feindselig gegenübergestellt; dennoch wird man sagen dürfen, daß das Kurfürstenkollegium im ganzen als der wichtigste Faktor für die Fortdauer der Reichsverfassung und des Reichsgedankens anzusehen ist. Ob die Fortdauer des Reiches und seiner Verfassung bis in die Zeit seiner inneren Zersetzung und Ohnmacht hinein für die weitere Entwicklung der Geschicke Deutschlands segensreich oder schädlich gewesen ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Oft ist in den letzten Zeiten des Reiches und vielleicht mehr noch nach seinem Zerfall gespottet worden über die verrotteten Zustände und die bloße Scheinexistenz des heiligen römischen Reiches. Andererseits haben sonst einsichtige Männer, wie der berühmte Publizist Pütter[1]), noch in den letzten Zeiten des Reiches die Bedeutung und die Dauerhaftigkeit seiner Verfassung stark überschätzt.

Wie immer man aber auch sonst zu dieser Frage Stellung nehmen mag, einen großen Erfolg, der auf die Entwicklung unserer Geschichte von bestimmendem Einfluß geworden ist, wird man der Fortdauer der Reichsverfassung bis in die Stürme der Revolution hinein zuerkennen müssen: das Reich war zu schwach, um diese Stürme zu überdauern; doch hat es den Gedanken der politischen Zusammengehörigkeit der deutschen Territorien bis dahin nicht ganz untergehen lassen und so seine Wiederbelebung in neuen Formen ermöglicht. Dürfen wir aber dem Kurfürstentume, dessen reichsgesetzliche Grundlage die Goldene Bulle bildete, einen wesentlichen Anteil an der Aufrechterhaltung des Reiches zuschreiben, so ist damit die geschichtlich bedeutsamste, dauernde Wirkung des Reichsgrundgesetzes Karls IV. gegeben.

Die Würdigung eines Gesetzes darf aber nicht allein von der Größe und Dauer seiner Erfolge abhängen. Zwar müssen die Voraussetzungen dazu in dem Gesetze selbst gegeben sein; ob sie aber in Wirklichkeit eintreten, hängt doch fast allein von der Gestaltung der politischen Verhältnisse ab. Eine gerechte Würdigung eines Gesetzes muß vor allem in Betracht ziehen,

---

[1]) In den Schlußworten seiner „Historischen Entwicklung der heutigen Staatsverfassung des Teutschen Reiches" (1788), III, 299.

Digitized by Google

ob unter den gegebenen Verhältniſſen der Zweck des Geſetzes als vernünftig und erſprießlich anzuſehen iſt, und ob die vom Geſetzgeber angewendeten Mittel zur Erreichung des Zweckes geeignet ſind.

Von den Zielen, welche man bisher dem Geſetzgeber der Goldenen Bulle zuſchrieb, haben wir uns genötigt geſehen, einige der am meiſten gerühmten zu ſtreichen. Zunächſt galt es, die uralte, aber irrige Meinung zurückzuweiſen, als hätte die Goldene Bulle die Eingriffe der Kurie in die deutſche Königswahl zurückweiſen und beſeitigen ſollen. Den Ruhmestitel eines Kämpfers für die Unabhängigkeit des deutſchen Königtums und Reiches gegenüber den Anmaßungen des Papſttums können wir alſo Karl IV. auf Grund dieſes Geſetzes ebenſowenig zuerkennen, wie auf Grund ſeines ſonſtigen Verhaltens. Auch die mehr nebenſächliche Abſicht, die Reichskanzlei von dem Einfluß der Erzkanzler zu befreien, oder gar ſie zu einer zentralen Staatsbehörde zu erheben oder dergleichen, konnten wir in dem Geſetze nicht erkennen. Für beide Zwecke wäre das vom Geſetzgeber angeblich gewählte Mittel, das völlige Schweigen von den angeblich bekämpften und beſeitigten Anſprüchen und Rechten durchaus ungeeignet geweſen. Selbſt den von eigentlich politiſchen Zielen fern abliegenden Zweck, dem Verfahren bei der Königswahl eine neue Geſtalt zu geben, hat Karl IV. mit der Goldenen Bulle nicht verfolgt. Es wird in ihr vielmehr ein bereits in allen weſentlichen Punkten feſtſtehendes Wahlverfahren vorausgeſetzt, welches nur noch in bezug auf Einzelheiten genauer geregelt wird. Die Goldene Bulle hat kein neues Wahlverfahren eingeführt, ſondern nur das bei Karls Wahl im Jahre 1346 durch Balduin von Trier neu geordnete Verfahren anerkannt und gewiſſermaßen kodifiziert.

Was der Kaiſer durch ſein Geſetz wirklich erſtrebte, war die Sicherung einhelliger und ſomit in ihren Ergebniſſen unzweifelhafter Königswahlen. Aus den ſchweren Wirren, in welche die Doppelwahl von 1314 das Reich geſtürzt hatte, und aus den Schwierigkeiten, die ihm ſelbſt in ſeinen erſten Regierungsjahren aus dem Doppelkönigtum erwachſen waren, hat Karl IV. wohl die zweifellos richtige Folgerung gezogen, daß die Verhütung von Doppelwahlen die notwendige Vorausſetzung ſei für eine gedeihliche Zukunft des Reiches. In der geſetzlichen

Festlegung des Majoritätsprinzips für alle künftigen Königswahlen erkannte er mit scharfem Blick das sicherste Mittel zur Verhütung von Doppelwahlen. Ebenso richtig erkannte er als notwendige Voraussetzung für die sichere Durchführung dieses Prinzips die feste Begrenzung des Kreises der Wähler und die Befestigung ihrer Stellung.

Dem richtig und klar aus den gegebenen Verhältnissen heraus erschlossenen Ziele dienen nun fast alle Bestimmungen des Gesetzes unmittelbar oder mittelbar in der zweckmäßigsten Weise. In allen wesentlichen und auch in fast allen nebensächlichen Bestimmungen zeugt die Goldene Bulle von ungewöhnlich großem praktischem Sinn und hoher politischer Einsicht. Geradezu ein Meisterwerk mittelalterlicher Gesetzgebungskunst bilden die Bestimmungen, durch welche die Einheitlichkeit und Festigkeit der einzelnen weltlichen Kurfürstentümer gesichert werden sollten. Die Bestimmungen über die Individualsuccession in die Kurfürstentümer nach der Primogeniturfolge im Zusammenhang mit der Festsetzung der Unlöslichkeit der Verbindung von Kuramt und Kurfürstentum sowie der Unteilbarkeit der kurfürstlichen Territorien dürfen wir getrost als eine hervorragende gesetzgeberische Leistung bezeichnen. Aber auch die dem gleichen Zwecke dienenden Anordnungen über Mündigkeit und Vormundschaft, über den Ausschluß Regierungsunfähiger von dem Kuramt und sogar die uns etwas wunderlich anmutende Verordnung über den Sprachunterricht der Kurprinzen zeugen von konsequenter Verfolgung eines als richtig erkannten Zieles auch in der Berücksichtigung von Einzelheiten. Derselbe praktische Sinn betätigt sich auch in anderen Teilen des Gesetzes, wie in den Anordnungen über das Geleit der Königswähler und die Vorbereitungen zur Wahl.

Nach alledem können wir unser Urteil über den Wert des Gesetzes dahin zusammenfassen: Der Gesetzgeber hat in der Goldenen Bulle ein Werk geschaffen, welches sich in gleich hohem Grade auszeichnet durch die klare Erfassung einer notwendigen gesetzgeberischen Aufgabe, wie durch die Zweckmäßigkeit der auf die Verfolgung der Ziele des Gesetzes gerichteten Anordnungen. Nehmen wir noch hinzu die fast beispiellose Reinheit der Motive, so dürfen wir der Goldenen Bulle die Bedeutung eines sehr hoch stehenden Gesetzgebungswerkes zuerkennen, ja in ihm viel-

Digitized by Google

leicht das an und für sich genommen beste unter den Gesetzen des heiligen römischen Reiches erblicken.

Bei der Würdigung der gesetzgeberischen Tat Karls IV. ist auch nicht außer Acht zu lassen, daß es an einem Vorbilde für ein solches Gesetz bisher gänzlich fehlte. Sehen wir von den in Privilegienform gegebenen staufischen Gesetzen über die Hoheitsrechte der Territorialherren ab, so beschränkte sich bisher die Reichsgesetzgebung im wesentlichen auf die Landfriedensgesetze, denen seit 1235 auch einzelne Bestimmungen über Verfassungseinrichtungen hinzugefügt wurden. Die sonstigen Erzeugnisse beschränkten sich auf Reichsweistümer und wenige Konstitutionen geringen Umfangs und meist von vorübergehender Bedeutung. Selbst dann aber, wenn grundlegende Einrichtungen in Frage kamen, wie in dem Weistum von Rense und dem Gesetz Licet iuris, so waren doch diese Beschlüsse durchweg aus dem Bedürfnis des Augenblicks erzeugt und nicht so sehr als dauernde Ordnungen gedacht, wie als politische Kampfmittel für die Gegenwart. Der Erlaß eines umfassenden Reichsgesetzes zur Ordnung von Einrichtungen, die als die wichtigsten Grundlagen der Reichsverfassung gelten müssen, nicht für die Not des Augenblicks, sondern für eine fernere Zukunft und für die Dauer berechnet, war ein schöpferischer Gedanke.

So verdient die Goldene Bulle, das älteste und vornehmste Reichsgrundgesetz, das hohe Ansehen, das sie stets genossen hat, und ebenso Karl IV. den Ruhm als größter deutscher Gesetzgeber des Mittelalters trotz der Einschränkungen, zu denen wir früheren Beurteilungen gegenüber uns genötigt sahen, im vollsten Maße.

Digitized by Google

Exkurs I.

Das Schwertträgeramt bis zur Goldenen Bulle.

(Zu S. 31.)

Waitz hat festgestellt, daß bis zur Mitte des 12. Jahrhunderts und noch in der nächstfolgenden Zeit eine feste Verbindung des Schwertträgeramtes mit dem Marschallamte nicht bestanden hat.[1]) Das Tragen des Reichsschwertes auf Hoftagen wurde in jedem Falle besonders einem der Fürsten aufgetragen. Dabei scheinen oft solche dazu gewählt worden zu sein, welche eben erst dem Könige gehuldigt hatten. Es scheint das Schwerttragen als hohe Ehre stark begehrt gewesen zu sein. Wenigstens erzählt Giselbert in seiner Chronik, daß auf dem berühmten Reichstage zu Mainz Pfingsten 1184 die mächtigsten Reichsfürsten dieses Amt für sich beansprucht hätten.[2]) Vielleicht aber hat hier der Chronist die Darstellung zur größeren Ehre des Grafen von Hennegau, der als Sieger aus dem angeblichen Wettbewerb hervorging, etwas gefärbt. Bei dieser Sachlage kommt wohl kaum in Betracht, daß unter den Bewerbern auch der Marschall des Reichs, der Herzog von Sachsen, genannt wird. Tatsächlich geübt hat dann derselbe Herzog Bernhard von Sachsen das Schwertträgeramt auf dem besonders durch Walthers von der Vogelweide Gedicht berühmt gewordenem Hoftage zu Magdeburg zu Weihnachten 1199.[3]) Vielleicht ist dies der Präzedenz-

---

[1]) S. Deutsche Verfassungsgeschichte VI², S. 335 und besonders Forschungen z. D. Gesch. Bd. 13, S. 216.

[2]) SS. XXI, S. 538 (Handausgabe S. 142 f.): Die autem sancto pentecostes ipse dominus Fredericus Romanorum imperator et eius uxor imperatrix cum magna et debita sollempnitate imperiales gestaverunt coronas . . . Cum autem in coronamento illo principes potentissimi gestamentum gladii imperialis de iure reclamarent, scilicet dux Boemie, qui in curia cum duobus militum milibus, et dux Austrie Lupoldus, miles probus et largus, cum 500 militibus, et Bernardus dux novus Saxonie factus cum 700 militibus, et Conrardus comes palatinus Reni, ipsius imperatoris frater, cum mille et pluribus militibus, et langravius Duringie, vir strenuus, imperatoris nepos, qui cum mille aut pluribus militibus erat, dominus imperator gladium illum comiti Hanoniensi commisit gestandum. Cui nemo contradixit, cum ipse vir magni nominis ubique terrarum esset, et in curia novus videretur, et in eadem curia principes multos haberet consanguineos prepotentes cum aliis nobilibus.

[3]) S. Gesta episcoporum Halberst., SS. XXIII, S. 115: Bernardus autem dux Saxonie, qui et ensem regium preferebat . . . Vgl. Reg. imp. V, 1, Nr. 32a.

Digitized by Google

fall, an welchen die Anschauung von dem Rechte des Marschalls auf jenes Amt anknüpfte.

In der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts finden wir von dieser Anschauung noch keine Spur. Die Quellen, welche das Marschallamt des Herzogs von Sachsen hervorheben, wie der Sachsenspiegel, die Chronik des Albert von Stade, der Kurfürstenspruch Reinmars von Zweter, wissen von dem Schwerttragen des Marschalls nichts. Deutlich ausgesprochen dagegen findet sich jene Verbindung im sog. Schwabenspiegel, Laßberg c. 130: der ... herzoge von Sahsen, des riches marschalc, der sol dem kunige sin swert tragen. Bei der noch nicht ganz beseitigten Unsicherheit über die Entstehungszeit des Rechtsbuches ist es aber fraglich, ob hier das erste Zeugnis für diese Verbindung vorliegt. Ist die Ansicht Fickers, wie das heute meist und wie ich glaube mit Recht angenommen wird, richtig, daß der sog. Schwabenspiegel in den ersten Jahren der Regierungszeit Rudolfs von Habsburg entstanden ist, so dürfte es noch ein etwas älteres Zeugnis geben in dem Memorialverse über die Kurfürsten, der zuerst in der Chronik des Martin von Troppau begegnet, und zwar in dem Teile des Werkes, welcher zwischen 1268 und 1271 verfaßt wurde.[1]) In diesen Versen wird in der Reihe der Kurfürsten nach dem Pfalzgrafen, der nur als Palatinus dapifer, und vor dem Brandenburger, der nur als Marchio prepositus camere bezeichnet wird, der Sachse genannt als dux portitor ensis. Hier ist an die Stelle der Bezeichnung als Marschall die des Schwertträgers getreten.

Vielleicht gehört noch ein weiteres Zeugnis für das Schwertträgeramt des Herzogs von Sachsen dem Ende des 13. Jahrhunderts an, nämlich die Determinatio compendiosa de iurisdictione imperii, wo es c. 13 in dem Berichte über die Einsetzung des Kurfürstenkollegiums heißt: dux Saxoniae, qui coram imperatore portat ensem.[2])

Freilich verging noch ungefähr ein halbes Jahrhundert, bevor sich die erste Spur einer Einwirkung dieser Theorie auf die Praxis findet, und noch später gelangte dieselbe zur reichsgesetzlichen Anerkennung. In dem ersten Falle, wo uns die Ausübung des Amtes nach langer Pause wieder entgegentritt, wird dasselbe von einem Beauftragten des Herzogs von Brabant verrichtet. Es geschah das auf der Reichsversammlung, welche Kaiser Ludwig Anfang September 1338 zu Koblenz unter Teilnahme König Edwards III. von England abhielt.[3]) Dieser Vorgang spielte sich vor den Augen des wie

[1]) SS. XXII, S. 466; vgl. die Anmerkung Holder-Eggers in Monumenta Erphesfurtensia, S. 610, Anm. 2; Werminghoff in Z. d. Savigny-Stiftung, Germ. Abt. Bd. 24, S. 380 ff., dazu N. Archiv Bd. 29, 538 f.

[2]) Theobald, Beiträge z. Gesch. Ludwigs d. B. (Beilage z. Jahresb. des Gymn. zu Mannheim 1897), S. 18, Anm. 5. S. auch oben S. 31.

[3]) Siehe die flandrische Chronik bei Böhmer, Fontes I, S. 191: Et deseure l'empereur estoit le sire de Kuck ou lieu du duc de Brabant en son estant, deux pieds plus hault que l'empereur ou environ, et là tenoit-il une espée toute nue en sa main. Die ebendaselbst von Böhmer angeführte Stelle des Henry Knyghton sagt nur, daß ein Ritter das Schwert gehalten habe, ohne den Herzog von Brabant und seinen Vertreter, den Herrn von Kuck, zu nennen.

Digitized by Google

alle Kurfürsten anwesenden Herzogs Rudolf von Sachsen ab, ohne daß wir von einem Widerspruch desselben hören. Erst zwei Jahre später auf dem Tage zu Frankfurt legt der Sachsenherzog am 6. September 1340 Protest ein dagegen, daß vordem der Herzog von Brabant vor Kaiser und Reich das Schwert tragen ließ, und nimmt das Recht des Schwerttragens für sich auf Grund des Marschallsamtes in Anspruch.[1]) Wenn er erklärt, daß er damals nicht widersprochen habe, weil er nicht gewußt hätte, daß der Herzog von Brabant das tun sollte, so klingt das bedenklich nach einer nachträglich erfundenen Ausrede. Zwar ist nicht ganz ausgeschlossen, daß der Herzog von Brabant noch in einem anderen Falle nach dem Koblenzer Tage das Amt durch einen Vertreter hat ausüben lassen. Dann aber wäre es noch weniger begreiflich, daß Herzog Rudolf so lange geschwiegen haben sollte zu wiederholter Usurpation eines von ihm beanspruchten Rechtes durch einen andern. Ich finde für das Verhalten des Sachsenherzogs keine andere Erklärung als die, daß er erst nachträglich auf das ihm von dem Schwabenspiegel zugeschriebene Recht aufmerksam geworden war.

Der Vorgang zu Frankfurt ist charakteristisch für die dilatorische Behandlung, welche man in jenen Zeiten staatsrechtlichen Streitfragen angedeihen zu lassen liebte. Herzog Rudolf protestierte gegen die Übung eines ihm zustehenden Rechtes durch einen andern, der Kaiser beurkundete diesen Protest, und das gleiche taten andere anwesende Fürsten, ohne daß irgendeine Entscheidung nach der einen oder der anderen Seite erfolgt wäre.

Die reichsgesetzliche Anerkennung des sächsischen Rechts erfolgte erst durch die Nürnberger Gesetze in den Kapiteln IV und XXII der Goldenen Bulle. Zwar wird in c. IV, § 3 nur gesagt, der Herzog von Sachsen solle bei Hoftagen das Marschallsamt ausüben (officium marescallatus exercebit)

[1]) Die bei Böhmer, Regesten Ludwigs d. B. Add. II, S. 327, Nr. 3085 verzeichnete, bisher ungedruckte Urkunde des Kaisers wird im II. Teil, Urkunden Nr. 3 mitgeteilt. Außer dieser im Gesamtarchiv des ernestinischen Hauses zu Weimar befindlichen Urkunde liegen dort noch zwei andere vom gleichen Tage, welche denselben Vorgang bezeugen. Die eine derselben ist vom Erzbischof Heinrich von Mainz, die andere vom Markgrafen Friedrich von Meißen ausgestellt. Beide Stücke waren bisher unbekannt und sind, nachdem Herr Archivdirektor Dr. Burkhardt die Güte hatte, mich auf dieselben aufmerksam zu machen, für den Apparat der Monumenta Germaniae abgeschrieben. Der Kaiser bezeugt in seiner Urkunde folgendes: (Herzog Rudolf v. Sachsen) tet uns kunt, umb daz swert, daz der hertzog von Brabant vor uns und dem rich tragen lie, daz er ze den selben zeiten nicht weste, daz er daz tragen solt, un da von widerret er sein nicht, daz er bei seinem ayd vor uns bereden wolt, und hat daz also vor uns widersprochen, da di vorgenant fürsten gagenwurtig gewesen sint, und spricht ouch unser vorgenannter öheim hertzog Rudolf, daz im das swert zu gehör ze tragen von sinem marschalchampt. In genau entsprechender Weise urkundet der Erzbischof von Mainz: daz ... Rudolf ... rete umb daz swerd, daz der hertzoge von Brabant tragen liez vor dem riche, das gehör ym zů, zů tragende, von rechtes wegin, und daz ers nicht wiederret hat, daz ist dar ümb, daz er is nicht enwiste, und gehorte zů sime marschalkampte ... Fast wörtlich gleichlautend ist die Urkunde des Markgrafen: ... das sulle er tragen von rechtis wegin, unde das er iz nicht widirredit hat, das sprichit er da von, das er is nicht weste, unde gehore czů sime marschalk ampte.

Digitized by Google

und zwar, wie herkömmlich sei (ut solitum est); doch ist diese Stelle sonst im Anschluß an c. 130 des Schwabenspiegels verfaßt, und dort heißt es von dem Herzoge: er sol dem künge sin swert tragen. Ganz ausdrücklich aber bestimmt c. XXII, daß der Herzog von Sachsen bei feierlichen Aufzügen des Kaisers diesem das Schwert vorzutragen habe. Es schien damit jeder Zweifel für die Zukunft ausgeschlossen zu sein; zumal diese Bestimmung unter ausdrücklicher Verweisung auf c. XXII im zweiten Teile der Goldenen Bulle anerkannt wurde.

Dennoch war der Streit um das Schwerttragen noch nicht beendigt. Er brach vielmehr an demselben Tage, an welchem die feierliche Verkündigung der ganzen Goldenen Bulle stattfand, ja noch vor derselben von neuem aus.[1]) Die Publikation der Gesetze erfolgte zu Metz am Weihnachtstage 1356 bei Gelegenheit jenes großen, oft erwähnten Festes. Am Morgen des Festtages wurde der Kaiser von den Kurfürsten und Fürsten im festlichen Zuge, wie das auch die Goldene Bulle vorschrieb, von der Kathedrale, wo ein feierliches Hochamt stattgefunden hatte, zu dem im Freien für das Fest hergerichteten Platze geleitet. Schon bei der Ordnung dieses Zuges dürfte der Herzog Wenzel von Brabant dem Sachsenherzog Rudolf II. das diesem durch das neue Gesetz zuerkannte Recht des Schwerttragens bestritten und für sich in Anspruch genommen haben. Der Sachse behauptete wohl unter dem Beistande der übrigen Kurfürsten und gewiß nicht ohne Zustimmung des Kaisers seinen Platz, trug das Schwert im Zuge und hielt es bei Tische. In merkwürdiger Weise aber wurde zwei Tage später Herzog Wenzel über seinen Mißerfolg vom Kaiser getröstet. Dieser erklärte in einer feierlichen Urkunde, daß dem Herzog Wenzel und dem Herzogtum Brabant der Umstand, daß der Sachsenherzog am Weihnachtstage das Schwert getragen habe, nicht präjudizieren solle. Besonders merkwürdig aber erscheint die hinzugefügte Begründung, daß dem Herzog Wenzel jener Vorgang deshalb nicht schädlich sein solle, weil er zurzeit mit dem Herzogtum Brabant und der Markgrafschaft, worauf er seinen Anspruch gründete, noch nicht förmlich belehnt gewesen sei. Das gleicht sicher mehr einer verhüllten Anerkennung der brabantischen Ansprüche als einer Abweisung, zumal inzwischen noch am Weihnachstage selbst die Belehnung Wenzels erfolgt war.

Wie aber erklärt sich jenes zweideutige Verhalten des Kaisers? Wie die Möglichkeit, daß trotz der unmittelbar vorausgegangenen gesetzlichen Anerkennung des sächsischen Rechtes dasselbe so bald wieder in Frage gestellt werden konnte?

Versuchen wir zuerst die zweite Frage zu beantworten. In c. XXVII handelt die Goldene Bulle eingehend von den Diensten der Erzbeamten bei der Festtafel des Kaisers; dabei geschieht aber des Haltens des Schwertes bei Tische mit keiner Silbe Erwähnung, wie dies denn überhaupt bei Sitzungen des Kaisers und der Kurfürsten, sei es zu Rat, zu Gericht oder

[1]) Unsre Hauptquelle über diesen neuen Streit ist die weiter unten erwähnte Urkunde Karls für Herzog Wenzel vom 27. Dezember 1356, welche Urkunden Nr. 32 nach dem Original gedruckt ist. Vgl. Böhmer-Huber Nr. 2562.

Digitized by Google

bei Tisch, in der Goldenen Bulle nirgends erwähnt wird. Diese Lücke mochte von Wenzel benutzt werden, um den Hebel für seine ehrgeizigen Pläne einzusetzen. Von dem Anspruch auf die tentio ensis in sessione, in consilio, ante tribunal seu circa mensam war dann nur noch ein kleiner Schritt bis zur Forderung des ganzen Schwertträgeramtes. Herzog Wenzel war vom Kaiser als König von Böhmen mit seiner Vertretung in der Ausübung des Erzschenkenamtes beauftragt worden und übte dasselbe wie ein Kurfürst auf dem Tage zu Metz. Da mochte ihm der Wunsch nahetreten, ein ähnliches Ehrenamt dauernd mit seinem Herzogtum zu verbinden, und daß dabei seine Absichten sich gerade auf das Schwertträgeramt richteten, erklärt sich aus der Tatsache, daß der Herzog von Brabant dieses Amt 1338 zu Koblenz geübt hatte.

Das Verhalten des Kaisers aber erklärt sich wohl aus dem doppelten Wunsche, dem Bruder gefällig zu sein und sein Streben nach Befestigung der luxemburgischen Hausmacht zu unterstützen, andererseits aber die Kurfürsten in ihren Rechten zu schützen. Der Anspruch des Bruders auf das Halten des Schwertes konnte durch die früheren Vorgänge begründet erscheinen und war durch die Goldene Bulle nicht ausgeschlossen, welche eben nur vom Tragen des Schwertes handelte. Ja es konnte nach c. XXVII wenigstens die tentio ensis circa mensam durch den Sachsenherzog geradezu als ausgeschlossen erscheinen, da jenes Kapitel und das folgende trotz der sonst so eingehenden Darstellung des Tafelzeremoniells und der Funktionen des Sachsenherzogs davon schweigen. Eine Entscheidung des bei dem Feste selbst ausgebrochenen Streites war im Augenblick gewiß unmöglich, und so tat Karl, was allein möglich scheinen mochte: er entschied, daß der Sachse das Schwert tragen und halten sollte, während er dem Bruder zusicherte, daß dies etwaigen Rechten desselben nicht schädlich sein solle. Hier war kaum eine andere als diese dilatorische Behandlung möglich.

Herzog Rudolf von Sachsen hatte alle Ursache, mit den bisherigen Ergebnissen des Metzer Tages zufrieden zu sein. Das in erster Linie in seinem Interesse erlassene c. XXX der Goldenen Bulle hatte ihm die Freiheit von der Lehnstaxe und die Erträge aus den Belehnungen anderer Fürsten gebracht, und in dem Streit über das Schwerttragen hatte er doch gegenüber den Ansprüchen Herzog Wenzels durchgesetzt, daß ihm die Ausübung der Funktionen des Schwertträgers zugestanden wurde. Auch daß der Kaiser seinem Bruder zum Trost über seine Zurückweisung eine Vorbehaltserklärung ausstellte, konnte an sich dem Herzog noch kaum als eine Beeinträchtigung seiner Rechte erscheinen. Schon aber die Fassung der Erklärung, welche fast wie eine Anerkennung der Ansprüche des Brabanters klang, mußte den Herzog stutzig machen, und mehr noch die große Feierlichkeit der Beurkundung der Erklärung, welche nicht nur durch den Kaiser, sondern auch in gleichlautenden Urkunden durch die Kurfürsten erfolgte.[1]) Mit dieser Beurkundung, an welcher sich der Sachsenherzog natürlich nicht beteiligte, scheint sich aber Herzog Wenzel noch nicht begnügt zu haben; denn schon am 5. Januar ließ der Kaiser seine Erklärung vom 27. Dezember nochmals

[1]) Böhmer-Huber, Reichssachen Nr. 276; vgl. Nr. 2562.

Digitized by Google

ausfertigen und von den Kurfürsten besiegeln.[1]) Zu welchem Zwecke diese Wiederholung[2]) stattfand, wissen wir nicht; doch war sie wohl der Anlaß, daß Rudolf von Sachsen, den der Eifer für die Sicherung der Rechte seines Gegners besorgt machen mußte, sich am 7. Januar nun wieder seinerseits von Karl eine Erklärung beurkunden ließ, daß auch ihm die Erklärung bezüglich der Rechte des Herzogs Wenzel an seinen Rechten nicht schädlich sein solle.[3])

Dieses wunderliche Hinundwieder von Schadloserklärungen hatte dann wirklich die Folge, daß dadurch das wenigstens bezüglich des Vortragens des Reichsschwertes im feierlichen Zuge durch die Goldene Bulle ganz zweifellos festgestellte Recht des Sachsenherzogs so verdunkelt wurde, daß bei der Wiederholung des Streites im Jahre 1376 der Nachfolger Rudolfs des Jüngeren, Herzog Wenzel von Sachsen, nicht zur Ausübung jenes Amtes zugelassen wurde. Als damals bei der Krönung König Wenzels am 6. Juli Herzog Wenzel von Brabant dem Sachsenherzog wiederum das Schwertträgeramt streitig machte, wurde eine prinzipielle Entscheidung wieder nicht getroffen; vielmehr bestimmte der Kaiser, daß in diesem Falle weder Wenzel von Sachsen noch Wenzel von Brabant, sondern sein Sohn Sigmund das Schwert vortragen sollte.[4])

Die Geschichte des Schwertträgeramtes weiter zu verfolgen, ist nicht unsere Aufgabe; doch sei noch bemerkt, daß seit dem 15. Jahrhundert das Recht des Sachsen auf das volle Schwertamt wohl unter der Einwirkung der Goldenen Bulle zur allseitigen Anerkennung gelangte.

---

[1]) Böhmer-Huber Nr. 2387.

[2]) Durch diese Urkunde wurde nicht etwa, wie Pelzel S. 553 angibt, und Nerger mit irriger Ansetzung zum 1. Januar S. 33 Anm. 5 wiederholt, der Streit dahin entschieden, daß auf Hoftagen im Arelat der Brabanter das Schwert tragen solle. Davon steht in unserer Urkunde, die Pelzel nach Lünigs Reichsarchiv zitiert, nichts, und es bleibt vorläufig unerklärt, worauf Pelzel seine Angabe gründet.

[3]) Urkunden Nr. 34.

[4]) Böhmer-Huber Nr. 5636b.

Digitized by Google

Exkurs II.

Die Anschauungen des 14. und 15. Jahrhunderts über das böhmische Kurrecht.

(Zu S. 170ff.)

Die Worte, welche Henricus de Segusio als Cardinalis Hostiensis vielleicht in Erinnerung an Anschauungen, die ihm im Anfang des Jahres 1252 zu Braunschweig in der Umgebung König Wilhelms bekannt geworden sein mochten, in sein Glossenwerk zu einer Stelle der Dekretale Venerabilem eintrug, und welche im Anschluß an eine Aufzählung der Kurfürsten vom Könige von Böhmen besagen: Et septimus est dux Bohemie, qui modo est rex. Sed iste secundum quosdam non est necessarius, nisi quando alii discordant; nec istud ius habuit ab antiquo, sed de facto hoc hodie tenet, haben lange Zeit nachgewirkt. Haben sie vielleicht schon im 13. Jahrhundert mit dazu beigetragen, daß das Kurrecht des Böhmenkönigs eine Zeitlang durch die konkurrierenden Ansprüche des Herzogs Heinrich von Niederbayern zurückgedrängt werden konnte, so sind sie jedenfalls im 14. und 15. Jahrhundert die Grundlage geworden für die weitere Verbreitung und Ausgestaltung der sog. Obmannstheorie. Einige der in Betracht kommenden Quellenstellen hat Georg Waitz[1]) zusammengestellt; doch kann diese Sammlung durch eine Anzahl zum Teil besonders bedeutsamer Stellen wesentlich ergänzt werden. Ich stelle daher das gesamte Material, soweit es mir bekannt geworden ist, hier nochmals zusammen.

Die älteste literarische Verwertung unserer Glosse findet sich in der Glosse zum Liber Sextus, welche Johannes Andreä nach der Annahme v. Schultes etwa um das Jahr 1305 verfaßt hat. Die Glosse gehört zu der gegen Friedrich II. erlassenen Depositionsbulle: c. Ad apostolice in VIto de sent. et re judic. (II, 14, 2), und lautet an der in Betracht kommenden Stelle: et rex Bohemie olim dux. Et dicunt quidam, quod rex Bohemie de necessitate vocandus non est, nisi cum alii discordant, nec istud ius habuit ab antiquo, sed hodie de facto tenet. Et hoc per Host(iensem) de elect. Venerabilem. Johannes Andreä gibt fast genau den Text des von ihm zitierten Hostiensis wieder mit nur einer bemerkenswerten Änderung, indem er statt necessarius non est sagt: de necessitate vocandus non est. Er zieht damit einen Schluß aus der Angabe seiner Quelle, den andere Benutzer derselben wenigstens nicht ausdrücklich gezogen haben.

[1]) Forschungen zur deutschen Geschichte Bd. 13, S. 209.

Digitized by Google

Unter Berufung auf die Gloſſe des Johannes Andreä, aber ohne ſich an ſeine Formulierung anzuſchließen, behandelt die Landrechtsgloſſe des Sachſenſpiegels die Lehre von der Obmannſchaft des Königs von Böhmen. Wegen der Ungewißheit über die urſprüngliche Faſſung der Buchſchen Gloſſe, die wahrſcheinlich um das Jahr 1330 verfaßt wurde, und wegen der völligen Unzulänglichkeit der Homeyerſchen Gloſſenauszüge laſſe ich hier zwei verſchiedene Faſſungen der fraglichen Gloſſe nach Berliner Handſchriften folgen[1]), von denen die eine dem Kölner Druck von 1480, der nach Homeyer, 2. Aufl. S. 54, die Buchſche Gloſſe in nahezu reiner Geſtalt enthält, ziemlich nahe ſteht, während die andere wohl kaum urſprünglich ſein dürfte, jedoch ihrer Eigenart wegen beſondere Beachtung verdient.

A. Ms. Berol. Germ. fol. 284, f. 202: „Dy koningh van Behemen hebbet neyne kor, dar umme dat he undudisch was.“ Aver he het nů kore, dar umme dat he dudisch is. Wen war eyn ding vorgeyt, dar eyn sake van kompt, so vorgeit dy sake met, dar id van quam. ff De re. jur. l. Cum pril. (Dig. 50, 17, 178) et C. De leg. et const., l. Non dubium (Cod. 1, 14, 5). Segge, he hebbe dar umme neynen kor, wan dy korvorsten over eyn dragen. Koren aver dri up eyne syde und dri up dy ander syde, so muste he under den twen koren eynen kysen, ut in glo. Jo. An. Extra De sen. et re jud. c. Ad aplice super v. illi. (Die Worte koren aver dri ſind von anderer ungefähr gleichzeitiger Hand geſtrichen und ſtatt ihrer iſt am Rande mit hellerer Tinte notiert: sunder he is eyn middelman, alse wan dri korforsten.)

B. Ms. Berol. Germ. fol. 11, f. 225: „Dy konung van Bemen, desse konung het neynen kor, dorch dat he nicht dudesch en is.“ Wen he nu dudesch is geworden, het he nu den kor? Segge neyn! Wen he is eyn myddelman. Also wen dry up eynen kisen unde dry up den anderen kysen twyerleie lude, so mut he dar under eynen kisen, ut De re iudicata ad aplice in glo. super v. illi.

Die erſte der beiden Faſſungen ſcheint in ſich widerſpruchsvoll zu ſein. Erſt wird das Kurrecht des Königs von Böhmen ſchlechtweg anerkannt, weil der Grund, aus dem ihn der Sachſenſpiegel ausgeſchloſſen habe, fortgefallen ſei, und zwar geſchieht das unter Berufung auf einen Satz der Digeſten. Dann aber wird das Kurrecht gleich wieder auf eine Obmannſchaft beſchränkt. Die zweite Faſſung dagegen iſt durchaus in ſich geſchloſſen. Auch jetzt habe der Böhme keine Kur, obwohl er deutſch ſei; vielmehr ſei er ein Mittelmann. Beide Faſſungen aber ſtimmen darin überein, daß ſie die Geltung des Majoritätsprinzips vorausſetzen, wie das die Betonung der Stimmengleichheit zeigt. Auch darin ſtimmen beide gegen ihre Vorlage überein, daß ſie von der Berufung nicht ſprechen.

Nicht viel jünger als die Buchſche Gloſſe iſt eine Notiz Johanns von Viktring, der ſeine Chronik bis 1341 fortführte und bei der Erwähnung des Nürnberger Reichstages von 1298 bemerkt: Rex Bohemie non elector

[1]) Die Sachſenſpiegelhandſchriften der Königlichen Bibliothek hat Herr Dr. Salomon für mich durchgeſehen und exzerpiert.

Digitized by Google

reputatur, sed, dissensio eligentium si evenerit, arbitrator, et pars, cui innititur, valentior estimatur.[1]) Die Vorgänge auf dem Nürnberger Reichstage, auf welchem König Wenzel von Böhmen das Erzschenkenamt im Schmuck seiner Königskrone verrichtete, gaben sicher keinerlei Anlaß, ihm das eigentliche Kurrecht ab- und ein Obmannsrecht bei zwiespältigen Wahlen zuzusprechen. An zwei anderen Stellen wird ebenso ohne ersichtlichen Anlaß bei Gelegenheit der Wahl Ludwigs des Bayern von der Obmannschaft des Böhmen berichtet.

Anscheinend die ältere der beiden Nachrichten findet sich in einer italienischen Quelle, der Chronik des Ferretus Vicentinus (gest. nach 1330), wo es im Anschluß an die Darstellung der Wahl von 1314 heißt[2]): cum ergo regis augusti decernendi facultate fungentes paribus voti iudiciis convenissent, neutrique maior vocum numerus favorem adderet, restabat septimus Bohemie regis assensus, qui, quotiens dissides paribus sex votis auctores invenit, lege vetusta, cui potius cadat, disparitate vocum exigitur. His denique sive fatorum instinctu, seu mole criminum expiandorum urgente, nequaquam sibi compatientibus, rex Bohemie necessario poscitur.

Die andere Stelle findet sich in dem 1355 beendeten Liber de rebus memorabilioribus des Heinrich von Herford, wo es nach dem Bericht über Ludwigs Wahl heißt[3]): vox etiam regis Bohemorum, ut dicunt, locum hic non habuit. Cuius dignitas est, electores in partes equales divisos concordare, numerum vocum unius partis per vocem suam maiorando et per hoc electionem perficiendo. Consuetudo enim regni a temporibus antiquissimis habita docet, ut dictum est, quod, qui quatuor voces habet, electionem habet perfectam.

Beide Berichte stimmen darin überein, daß sie in der Obmannschaft des Böhmen altes Recht erblicken, und ebenso darin, daß sie angeben, daß diese Obmannschaft bei der Wahl Ludwigs in Tätigkeit getreten sei und den Ausschlag gegeben habe. Erscheint uns diese Übereinstimmung merkwürdig, weil das, was wir sonst von der Doppelwahl von 1314 wissen, keinen Anhaltspunkt für die Berechtigung dieser Angaben zu bieten scheint, so haben wir doch auch ein Zeugnis dafür, daß die gleiche Auffassung in bezug auf beide Punkte gegen Ende der Regierungszeit Ludwigs des Bayern in den maßgebenden Kreisen des Reiches offiziell anerkannt wurde. Über die von Ludwig dem Bayern angenommenen Bedingungen für seine Aussöhnung mit der Kurie verhandelten die Reichsstände im Spätsommer 1344 zu Köln, Frankfurt und Bacharach. In einer Aufzeichnung eines Straßburger Ratsboten über diese Verhandlungen wird nun ausgeführt, daß Ludwig zur Zeit der gegen ihn gerichteten Prozesse Johanns XXII. rechtmäßiger König gewesen sei, denn es sei eine alte und feststehende, durch Spruch der Fürsten anerkannte Gewohnheit im Reich, daß nicht nur ein einhellig erwählter, sondern auch ein in Zwiespalt von der Majorität der Kurfürsten erwählter König rechtmäßig erwählt sei, und daß bei zwie-

[1]) Böhmer, Fontes I, S. 340.

[2]) Muratori, SS. IX, 1169. [3]) ed. Potthast S. 231.

Digitized by Google

spältiger Wahl derjenige der rechtmäßig Erwählte sei, dem die Stimme des Böhmenkönigs zugefallen sei Die entscheidenden Worte lauten[1]): gemein offen und unzerbrochen gwonheit, als die fursten sprechent, die also ist, daz ein erwelter kunig niht allein einmüeticlich, auch in zwaiung von dem merern tail, und wer, daz zwen in misshelung von glichen tailen erwelt wurden, der, dez tail der kunig von Pehaim zugestunt, daz sich der nennen mag und sol einen kunig und daz der administriren sol in dem reich und kejsertum. Diese Worte sind kaum anders als mit K. Müller[2]) auf ein Weistum zu deuten, durch welches damals wahrscheinlich zu Köln die Fürsten oder vielmehr die Kurfürsten das Renser Weistum ergänzt hatten. Hatte jenes die Wahl auch des in Zwiespalt gekorenen Königs für gültig erklärt, wenn nur die Wahl mit der Majorität der Kurstimmen erfolgt war, so fügte das neue Weistum hinzu, daß bei Stimmengleichheit der Böhmenkönig den Ausschlag gäbe. Damit hätte denn die Obmannstheorie reichsrechtliche Anerkennung gefunden.

Warum aber hielten die Fürsten es für nötig, auf die Obmannschaft des Königs von Böhmen zurückzugreifen? Noch in der Sachsenhäuser Appellation vom Jahre 1324 hatte König Ludwig behauptet, er sei nicht nur durch die Mehrheit der Kurfürsten, sondern durch deren Zweidrittelmajorität gewählt. Diese Ansicht konnte in den Kreisen der Kurfürsten im Jahre 1344 nicht mehr anerkannt werden; denn von den Wählern Ludwigs konnte ihnen der Herzog Johann von Sachsen-Lauenburg jetzt nicht mehr als rechtmäßiger Kurfürst gelten, nachdem die Wittenberger Linie im rechtmäßigen Besitz der sächsischen Kurstimme anerkannt war. So blieben aber immer noch vier von den für Ludwig abgegebenen Stimmen als vollberechtigt anerkannte übrig: Mainz, Trier, Brandenburg und Böhmen, und somit war doch Ludwig von der erforderlichen Majorität von vier Stimmen gewählt. Wenn man nun dennoch für nötig hielt, den Satz aufzustellen, daß bei Stimmengleichheit derjenige als rechtmäßig erwählter König gelten sollte, zu dessen Partei der König von Böhmen hinzutrete, um mit diesem Satze die Rechtmäßigkeit der Wahl Ludwigs zu beweisen, so kann dem nur eine veränderte Ansicht über die Bedeutung des böhmischen Kurrechtes zu Grunde liegen. Es kann wohl nur der Zusammenschluß der sechs Kurfürsten zu dem sog. Kurverein von Rense im Jahre 1338 gewesen sein, was die Anschauung begründen konnte, daß diese sechs allein ohne den König von Böhmen das eigentliche Kurkollegium bildeten. Freilich hat König Johann bei seiner Aussöhnung mit Kaiser Ludwig sofort Gelegenheit gehabt, seine Qualität als Kurfürst durch einen Willebrief zu einer Erklärung des Kaisers über das pfälzische Kurrecht zu betätigen[3]), doch mag sehr wohl die Majorität der übrigen Kurfürsten, die ja sämtlich an den Renser Beschlüssen persönlich beteiligt gewesen waren, noch 1344 an der darin ausgesprochenen Anschauung festgehalten und ihr in jenem neuen Weistum nochmals Ausdruck gegeben haben.

---

[1]) F. von Weech, Ludwig d. B. und König Johann, S. 127.

[2]) Der Kampf Ludwigs d. B. II, 200.

[3]) Vgl. Urkunde vom 18. März 1339, inseriert in Urkunden Nr. 8.

Digitized by Google

Es sei hier noch darauf hingewiesen, daß auch das Rechtsbuch nach Distinktionen diese Theorie zum Ausdruck bringt, freilich in einer eigentümlichen Form, VI, 9, 4[1]): Ab sich abir dy phaffen unde leygen czweygen, so sal derselbe koning von Bemen eyn obirman sin czu scheyden, daz sy des eyntrechtig werden. Was dann in VI, 9, 6 von der Wahl des Königs zu Frankfurt unter wunderlichen Entstellungen gesagt und über eine Bestätigung der Wahl durch Urteile der Kurfürsten zu Rense hinzugefügt wird, ist am wahrscheinlichsten auf die Wahl Ludwigs und das Renser Weistum von 1338 zurückzuführen, so daß auch dieses Zeugnis auf die Zeit König Ludwigs zurückgehen dürfte.

War damit dem Böhmen ein Recht gegeben, welches seiner Stimme ein besonderes Gewicht zu verleihen schien, so konnte diese besondere Stellung doch auch in einer anderen Weise aufgefaßt werden, und zwar so, wie schon der Hostiensis dieselbe aufgefaßt hatte, indem er betonte, daß der Böhme nicht notwendig zu einer Königswahl sei, außer in dem einen Falle, der voraussichtlich doch nicht allzu häufig eintreten konnte. Damit aber war die Gefahr nahegerückt, daß das böhmische Kurrecht allmählich außer Geltung gesetzt werden könnte; und in der Tat ist der Satz des Hostiensis schon frühzeitig so gedeutet worden, daß der König von Böhmen überhaupt kein Kurfürst sei. Dies hatten schon die Glosse des Sachsenspiegels (B.) und Johann von Viktring getan, und auch die Art, wie Heinrich von Herford der böhmischen Stimme gedenkt, zeigt, daß er eine ähnliche Auffassung hatte. In scharfer Weise aber kommt diese Meinung zum Ausdruck in dem Wahldekret des Erzbischofs Walram von Köln über die Wahl Karls IV. Die im vollen Wortlaut bisher noch nicht veröffentlichte Urkunde berichtet, die Wahl sei vorgenommen worden XI. die mensis Iulii, ad quem diem et locum reverendus pater dominus Gerlacus .. archiepiscopus Maguntinus, prout hoc ad ipsum de antiqua consuetudine dinoscitur pertinere, omnes principes et singulos, qui debuerunt, potuerunt et voluerunt commode interesse, fecerat evocari, dicto domino Gerlaco Maguntin(ensi), reverendo patre domino Baldwino Treveren(si) .. archiepiscopis et me ac illustri principe Rodolpho duce Saxonie .. electoribus presentibus, ceteris, si qui fueri[n]t, coelectoribus nostris absentibus et sufficienter expectatis, apud quos quidem presentes pro hoc tempore ius et potestas eligendi regem Roman(orum) integre residebat, illustri principe domino Iohanne rege Boemie, qui tunc aderat, ad nostrum accito consilium.[2])

Hier wird deutlich unterschieden zwischen den Kurfürsten einerseits und dem Könige von Böhmen andererseits. Zur Wahl geladen und erschienen sind der Mainzer, der Trierer, der Herzog Rudolf von Sachsen und Walram; die übrigen electores sind ausgeblieben; da sie aber auch, nachdem man angemessene Zeit auf sie gewartet hat, nicht erschienen sind, ist

[1]) ed. Ortloff S. 520.

[2]) Aus dem Apparat der Monumenta Germaniae. Vgl. Riezler, Vatikanische Akten, Nr. 2288, und den wenig glücklichen neueren Auszug bei Sauerland, Urkunden und Regesten zur Geschichte der Rheinlande, III, Nr. 588, S. 230.

Digitized by Google

das gesamte Wahlrecht auf jene vier übergegangen. Diese ziehen nun den König Johann und andere Fürsten zur Beratung heran und schreiten zur Wahl. Dem Könige wird hier also ganz bestimmt die Qualität als elector abgesprochen. Das Gewicht dieser Stelle wird noch dadurch wesentlich erhöht, daß sie sich als ein Einschiebsel in das im übrigen benutzte Formular der Schreiben der anderen Kurfürsten erweist. Walrams Darstellung gewinnt dadurch den Charakter einer Berichtigung der Wahlanzeigen der anderen und darf so wohl Anspruch auf Glaubwürdigkeit machen. Der Vorgang zu Rense muß zu Walrams Unterscheidung irgendwelchen Anlaß geboten haben.

Zur ausdrücklichen Hervorhebung aber des Unterschiedes zwischen dem Böhmenkönige und den eigentlichen Kurfürsten mag ihn neben politischen Motiven die Erinnerung an den Renser Kurverein sowie an das Weistum über die Obmannschaft des Böhmen bewogen haben. War er doch an dem Vorgange von 1338 zu Rense und wahrscheinlich auch an dem Spruch von 1344, der zu Köln erfolgt zu sein scheint, persönlich beteiligt.

Weitere Verbreitung scheint die Obmannstheorie durch einen Traktat De coronatione imperatoris erlangt zu haben, der uns in seiner originalen Gestalt nicht überliefert ist, sondern nur in einer zwiefachen Bearbeitung. Die eine ist erhalten in zwei Handschriften, einer Münchener und einer Fuldaer, die beide dem 14. Jahrhundert angehören. Diese Bearbeitung ist von A. Werminghoff[1]) nach beiden Handschriften herausgegeben, nachdem schon früher Waitz den für uns in Betracht kommenden Satz nach der Münchener Handschrift an dem oben angeführten Orte hatte abdrucken lassen. Von einer anderen Form dieses Traktats, die im allgemeinen der ursprünglichen Gestalt näher steht, aber doch wohl in einzelnen Punkten von ihr abweicht, bietet die jetzt von Holder-Egger in den Scriptores rerum Germanicarum zuerst herausgegebene Chronik des Albertus de Bezanis, der gegen Ende der Regierungszeit Karls IV. schrieb, umfangreiche Stellen. Entstanden ist der Traktat wohl, wie schon Waitz vermutete, in Italien, und zwar nicht vor der Zeit Johanns XXII., wahrscheinlich aber erst nach der Kaiserkrönung Karls IV.

In der zuerst genannten Form des Traktats lautet die fragliche Stelle nach der hier den besseren Text bietenden Münchener Handschrift bei Waitz S. 208, Anm. 2: In casu tamen discordie et in quo predicti electores (d. h. die vorher genannten sechs Kurfürsten ohne den König von Böhmen) non concordarent, septimus est rex Boemie, qui olim dux erat. Bei Albertus de Bezanis aber lautet die entsprechende Stelle S. 4 fast genau wie in der oben besprochenen Glosse des Johannes Andreä, die schon Werminghoff zur Erläuterung der anderen Fassung herangezogen hat: ... et rege Boemie olim duce ... Dicunt quidam, quod rex Boemie de necessitate vocandus non est, nisi et alii discordant, nec istud ius habuit ab antiquo, sed hodie de facto tenet.

Wurde durch die Wiederholung der Glosse des Johannes Andreä in diesem Traktat das Recht des Königs von Böhmen, zu jeder Königswahl

[1]) Zeitschrift der Savigny-Stiftung, Germ. Abt., Bd. 24, S. 380 ff.

Digitized by Google

wie jeder andere Kurfürst berufen zu werden, aufs neue in Frage gestellt, so wurde etwa gleichzeitig das Recht auf die Berufung von der höchsten Stelle des Reiches zur Erörterung gebracht.

In einer Reihe von Urkunden vom 11. Dezember 1356, welche den Zweck hatten, Angriffe auf das böhmische Kurrecht zurückzuweisen, finden wir mit besonderem Nachdruck betont, daß der Böhmenkönig das Recht habe, wie jeder andere Kurfürst zu allen Wahltagen berufen zu werden. Es ist natürlich, daß Karl IV., in dessen Kanzlei diese Urkunden verfaßt waren, von einer solchen Formulierung des Obmannsrechtes, wie es die Quelle des Albertus de Bezanis aus Johannes Andreä übernommen hatte, nichts wissen wollte. Ob je ein König von Böhmen die Obmannstheorie anerkannt hat, wissen wir nicht. Doch ist nicht unwahrscheinlich, daß König Johann die Form, in welcher dieselbe in dem Weistum von 1344 zum Ausdruck kam, gern anerkannte. Wurde doch hierdurch der böhmischen Kurstimme im Grunde nur ein ganz besonderes Gewicht beigelegt. Weit entfernt dagegen wird er von einem Verzicht auf seine Eigenschaft als Kurfürst gewesen sein, wie sie ihm von der Landrechtsglosse, von Johann von Viktring und Walram von Köln abgesprochen wurde. Noch kurz vor seinem Tode hat er bei der Wahl seines Sohnes das Kurrecht in Anspruch genommen und ist in dessen Besitz auch von den Kurfürsten, wohl mit einziger Ausnahme Walrams von Köln, anerkannt worden. Auch Karl IV. hielt nicht nur an dem ihm als König von Böhmen zustehenden Kurrecht fest, sondern hob seine Eigenschaft als Kurfürst trotz der Personalunion zwischen Böhmen und dem Reich, oder wohl gerade wegen derselben besonders stark hervor. Es zeigen dies namentlich die Konsenserklärungen und die Willebriefe, die er als König von Böhmen zu solchen Verleihungen gab, welche er als römischer König erteilt hatte, sowie auch namentlich einige Wendungen der Einleitung und des Textes der Goldenen Bulle. Fast scheint es, als ob Karl bis zum Jahre 1356 überhaupt von den Versuchen, das böhmische Kurrecht zu leugnen oder doch zu beschränken, nichts erfahren hätte. Er bestätigte 1348 die Urkunden, durch welche König Rudolf 1289 und 1290 den uneingeschränkten Besitz des Kurrechts dem König von Böhmen und seinen Nachfolgern bezeugt hatte, ohne irgendwelchen Zusatz[1]), und in der Goldenen Bulle hob er das Kurrecht des Königs von Böhmen zwar mehrfach besonders hervor, doch stets nur so, daß dieses Recht als etwas Altbegründetes und Unzweifelhaftes erscheint. Es galt ihm als etwas so Selbstverständliches, daß er, während sich die andern weltlichen Kurfürsten Weistümer beurkunden ließen, durch welche ihr Kurrecht sichergestellt werden sollte, sich damit begnügte, sich von den Kurfürsten die Landeshoheit der Könige von Böhmen verbriefen zu lassen. Nach Schluß des Nürnberger Reichstages aber muß Karl Kunde von Anfechtungen des böhmischen Kurrechts erhalten haben.

Dies bezeugen die schon oben erwähnten Urkunden vom 11. Dezember 1356. Es sind das sechs Paar gleichlautende Urkunden, durch welche die übrigen sechs Kurfürsten ihrem Mitkurfürsten, dem Kaiser, als König von

[1]) Böhmer-Huber Nr. 646. 647.

Digitized by Google

Böhmen den rechtmäßigen Besitz eines gleichen Kurrechts, wie sie selbst haben, bestätigen.[1]) Jeder der Kurfürsten hat eine lateinische und eine deutsche Ausfertigung ausgestellt. Deutlich zeigt aber Schrift und Orthographie sowie die ganze Ausstattung der sämtlich im Original erhaltenen Urkunden, daß ihre Herstellung nicht in den eigenen Kanzleien der Aussteller, sondern in der des Empfängers erfolgt ist. Karl selbst hat also unzweifelhaft die Ausstellung der Urkunden veranlaßt. Die Ausfertigungen waren vielleicht schon von langer Hand vorbereitet, wofür der Umstand sprechen dürfte, daß die Datierung sich in den meisten Stücken deutlich als nachgetragen erkennen läßt. Die Stücke wurden am Ausstellungstage, dem 11. Dezember, zu Metz den Kurfürsten offenbar fertig vorgelegt und von ihnen besiegelt.

In der Arenga dieser Urkunden wird nun darüber geklagt, daß das unzweifelhafte, uralte böhmische Kurrecht von bösen Menschen, die als Kinder der Finsternis bezeichnet werden, in Frage gestellt werde. Diesen gegenüber soll die Urkunde das Recht noch einmal sicherstellen. Indem nun die Kurfürsten erklären, daß der König von Böhmen bei der Wahl eines römischen Königs ganz das gleiche Recht besitze wie sie selbst, heben sie mit besonderem Nachdruck hervor, daß er auch in jedem Falle einer Königswahl zu derselben berufen werden müsse: ita videlicet, ut, quocienscumque casus talis eleccionis emerserit ... rex Boemie ... ad celebracionem eleccionis ipsius solempniter vocari debeat, oder wie es in den deutschen Ausfertigungen heißt: daz man den kunig zu Beheim ... zu derselben kure erberlichen ruffen sol. Dies dürfte demnach der Punkt gewesen sein, in betreff dessen sich Zweifel erhoben hatten; man muß behauptet haben, daß es nicht nötig sei, den König von Böhmen zu jeder Wahl zu laden. Aus dem leidenschaftlichen Tone der Einleitung möchte man schließen, daß es sich hier um die Abwehr eines Angriffs handele, der von einem gefährlichen politischen Gegner ausging. Leider aber findet sich, soviel ich sehen kann, keinerlei Anhalt für Vermutungen in dieser Richtung. Ja die politischen Verhältnisse des Jahres 1356 machen eine solche Annahme überhaupt wenig wahrscheinlich. Dagegen ist es nicht unwahrscheinlich, daß der Kaiser durch jene Urkunden literarische Angriffe auf das böhmische Kurrecht zurückweisen wollte. Wir haben ja eine ganze Reihe von Literaturwerken kennen gelernt, die solche Angriffe enthielten und zur Zeit Karls IV. oder nicht lange vor dessen Regierungsantritt verfaßt waren. Hier möchte ich nun aber für besonders wahrscheinlich halten, daß es gerade der von Albertus de Bezanis benutzte Traktat gewesen ist, der den Anlaß zur Abwehr gab. Erneuerte er doch die seinerzeit von Johannes Andreä ausgesprochene Meinung, daß der König von Böhmen nicht zur Königswahl berufen zu werden brauche.

In den Metzer Zusatzkapiteln zur Goldenen Bulle ist der Kaiser nicht wieder auf die Sache zurückgekommen; endgültig erledigt war sie jedoch mit den Urkunden vom 11. Dezember 1356 keineswegs, wie das die von Waitz angeführten Verse des Meistersingers Muskatblüt, der noch um 1437 dichtete, zeigen:

[1]) Urkunden Nr. 30.

Digitized by Google

Ses sint der heubt, den sin erleubt
Die kur mit grossen eren.
Ein kunyng von Behem ist oberman. Die selbig kron
Lyt schwerlich krang. Hoirt myn gesang
Und myne swache lere.
Dry geistlich sint, ich wol befind,
Dry werenclich, den doch daz rich
Ist mechtenclich befollen. — —
Trier, Mentz, Cullen, das sint die dri.
Ein furste uß Sassen landen,
Paltz, Brandenberg sint ouch daby.
Es stet in yren handen
Daz Römsch rich geweldenclich
Eynen kunyg darin zu setzen.
Abe si da ynne eyn tweidracht han, so ist oberman
Ein kunyng genant uß Behemer lant,
Den nymant mach geletzen.

Ferner kommt hier in Betracht der Libellus de caesarea monarchia, den der Baseler Professor Peter von Andlau im Jahre 1460 verfaßte. Hier heißt es, nachdem bis dahin die Königswahl ganz nach der Goldenen Bulle dargestellt ist, abweichend von derselben, Buch II, Titel II: De conswetudine tamen rex Bohemie ad eleccionem non vocatur, nisi cum vota aliorum sunt equalia numero, et sic hodie practicatur. Quod verum, dummodo persistat in unione sancte matris ecclesie; alioquin si duo electi paria vota haberent, ad papam recurrendum esset, qui unum ex illis, quem vellet, eligere posset, et dicit glo. in c. ad apostolice, de re judi. libro VI°, quod illud ius non habuit rex Bohemie ab antiquo.

Diese Stelle, welche sich unmittelbar an die aus der Goldenen Bulle c. IV, § 2 wiederholte Abstimmungsordnung anschließt, berichtet also zunächst über eine Gewohnheit, nach welcher der König von Böhmen nur im Falle einer zwiespältigen Wahl, bei der die übrigen Stimmen gleich verteilt sind, als Obmann berufen werden soll. Darauf folgt das durch den Druck hervorgehobene Zeugnis, daß dies zurzeit wirklich so gehalten werde, woran sich dann die weitere Beschränkung des böhmischen Wahlrechts auf rechtgläubige Könige anschließt.

Sehen wir von dem hervorgehobenen Satze ab, so beruht der erste Satz jedenfalls hauptsächlich auf der gleich darauf ausdrücklich angeführten Glosse des Johannes Andreä. Der folgende Satz aber erklärt sich aus den Zeitverhältnissen, unter denen Peter im Jahre 1460 schrieb. Im Besitz der böhmischen Krone war seit 1458 Georg Podiebrad, ein Ketzer, und ein solcher mußte nach den im Reiche herrschenden Anschauungen von jeder Teilnahme an der Königswahl, zumal von einer so wichtigen Funktion, ausgeschlossen werden. Wie aber erklären sich die Worte: et sic hodie practicatur? Einer älteren Vorlage können sie natürlich nicht entnommen sein. Andererseits können sie auch nicht im Jahre 1460 geschrieben sein;

Digitized by Google

denn von einer Königswahl war damals keine Rede, und seit der letzten Wahl waren bereits 20 Jahre verflossen. Unmöglich konnte damals irgend jemand behaupten, daß heute, auch wenn man dem Worte die weiteste Bedeutung beilegen wollte, irgend etwas bei der Königswahl so oder so gehandhabt werde. Und selbst wenn man das „heute" auf eine Erinnerung an die letzte Wahl, an die von 1440, beziehen wollte, so böten die Vorgänge bei dieser Wahl keinerlei Anlaß zu jener Behauptung, denn damals war der Inhaber der böhmischen Kurstimme geladen, und die böhmischen Stände schickten an Stelle des zurzeit fehlenden Königs eine Wahlgesandtschaft zum Wahltage nach Frankfurt, welche sich nach einigen Zwischenfällen an der Wahl Friedrichs III. beteiligte. Jene Worte aber können nicht nur unmöglich im Jahre 1460 geschrieben sein: sie können überhaupt nicht ursprünglich in einem Zuge mit den sie umgebenden Sätzen geschrieben sein, da sie ganz und gar nicht in deren Zusammenhang passen, sondern denselben in auffallender Weise stören. Der vorhergehende Satz, auf den sich die Worte beziehen, spricht zweierlei aus: die Nichtberufung des Böhmen als Regel und die Berufung als Ausnahme, wenn die Stimmen der übrigen Kurfürsten geteilt sind. Es ist nun wohl ohne weiteres klar, daß sich das sic practicatur nur auf die Regel, nicht auf die Ausnahme, der Ladung zur Entscheidung einer zwiespältigen Wahl, einen Fall, der noch nie eingetreten war, beziehen kann. Dann aber stört der Satz den Zusammenhang, da das fragliche Quod nicht an die Regel, sondern allein an die Ausnahme anknüpft: ein ketzerischer König soll auch in dem Ausnahmefalle nicht berufen werden. Die fraglichen Worte, die sich nicht organisch in den Zusammenhang fügen, können nur ein späterer Zusatz sein, etwa eine Randglosse, sei es des Verfassers selbst oder eines Lesers. Dafür spricht auch die glossenartige Fassung, welche mit dem Stil der übrigen Sätze nicht im Einklang steht.

Auch die Entstehungszeit des Zusatzes läßt sich mit Sicherheit bestimmen. Vor 1490 muß er entstanden sein, da die älteste Handschrift in diesem Jahre bereits vorhanden war. Zwischen 1460 und 1490 aber ist nur einmal der Fall eingetreten, daß der Böhmenkönig nicht zu einer Wahl geladen wurde. Es geschah das bei Gelegenheit der einzigen in diesen Zeitraum fallenden Königswahl, der Maximilians im Jahre 1486. Damals wählten die zu Frankfurt um den Kaiser auf einem Reichstage versammelten Kurfürsten, ohne den König von Böhmen, der an dem Tage nicht teilnahm, zur Wahl zu laden, des Kaisers Sohn Maximilian zum römischen König. Dies ist überhaupt der einzige sichere Fall, daß die böhmische Kur bei der Berufung zur Königswahl nicht berücksichtigt war; und dieser Fall allein kann Anlaß gegeben haben zu der Bemerkung: et sic hodie practicatur.

Besonders nahe lag es aus diesem Anlaß, eine solche Bemerkung etwa am Rande einer Handschrift des Werkes hinzuzufügen, weil die Ausschließung des Königs Wladislaw von Böhmen von der Königswahl größeres Aufsehen erregte. Der König nahm die Nichtbeachtung seines guten Rechtes nicht ruhig hin, sondern erhob energisch Einspruch und drohte sogar mit Krieg, wenn man sein Recht nicht anerkennen, gegen die Wiederholung

Digitized by Google

einer solchen Nichtbeachtung sichern und andere Forderungen zur Sühne des Vorgegangenen erfüllen wolle. Erst nach längeren Verhandlungen kam die Sache durch Ausstellung von Sicherheitsbriefen der Kurfürsten im Jahre 1489 zu einem die böhmischen Rechte vollständig sichernden Abschluß.[1] Jedenfalls nicht nach diesem Abschlusse kann jene Bemerkung verfaßt sein. Hiermit waren die Zweifel an der vollen Gleichberechtigung der böhmischen Stimme bei der Königswahl im wesentlichen für alle Zukunft beseitigt, wenn auch noch hier und da in der Literatur eine vereinzelte Reminiszenz daran auftaucht.[2]

Anmerkung.

(Vgl. unten Anm. 1.)

Über die Streitigkeiten, die sich an die Ausschließung Böhmens von der Wahl Maximilians I. anschlossen, handelt ausführlich H. Ulmann in den Forschungen zur deutschen Geschichte, Bd. 22, S. 150ff., der jedoch die den Zwist abschließenden Urkunden von 1489 als außerhalb des Rahmens seiner Aufgabe liegend nicht berücksichtigt. Es sind dies erstens die von den sechs Kurfürsten gemeinsam ausgestellte Urkunde bei Lünig, Reichsarchiv P. spec. Cont. I. Erste Fortf. (= Bd. VIb), S. 90, zweitens die des Kurfürsten von Sachsen bei Müller, Reichstagstheatrum unter Maximilian I., 1. Vorst., S. 22, und drittens Wladislaws Gegenurkunde, ebenda S. 23. Die von F. von Schulte, Deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte (1892), S. 302, Anm. 7 ausgesprochene Meinung, daß auf Grund der beiden ersten Urkunden „Böhmens Teilnahme an der Königswahl stets mit 500 Mark Goldes abgekauft werden" konnte, ist irrig. Daß die Kurfürsten nicht die Absicht hatten, für die Zukunft eine solche Möglichkeit der Ausschließung Böhmens zu schaffen, ergibt sich aus ihrem, bei Müller, Reichstagstheatrum unter Friedrich V., 6. Vorst., Kap. 36, § 4 (S. 155) mitgeteilten Schreiben an den Kaiser vom Frankfurter Tage 1488: . . uſs bevehle ewer keys. gnaden hat der . . . erzbischoff zu Meinz . . uns zugeschickt ewer keyserl. majestät schreyben . . . auch antwort ewer keyserlichen gnaden, den durchlauchtigsten . . könig und die cron zu Böheim berüren, uf die vier vorgeschlagen stück: nemlich zuerst ein declaration zu thun der freyheit etc. vormals fürgeschlagen, das ander, hinfür dhein wahle eins Röm. königs ausserhalb erforderung eines königs zu Böheim zu gescheen . . . . Nu aber ewer keys. gnade

[1] S. darüber die von R. Salomon verfaßte Anmerkung am Schluß dieses Exkurses.

[2] So bei Egnatius († 1553): Romanorum principum liber III (1534), S. 482: hi (die sechs Kurfürsten) si discordes fuerint, Boemiae regem cooptanto, nach Waitz a. a. O., S. 202. Im Anschluß an diese Stelle ist das bekannte, bei Goldast, Const. imp. III, S. 371 gedruckte angebliche Gesetz Ottos IV. über die Königswahl entstanden.

Digitized by Google

. . . unsers rats begehren, den wollen wir ewern keys. gnaden . . nit verhalten, und anfangs berüren die erpietung einer declaration etc., lassen wir es an demselben stück uf ewer gnaden antwort besteen; bedünckt uns wol füglich und ziemlicher massen zu tun sein, ob auch unser fründ, der könig von Böheim, willigung und unser besundere beybriff solcher declaration haben wolt, das sin wir ziemlicher wyse zu geben erpütig, und uss derselben declaration, bedünckt uns, entsprieſst das ander stück der fürgeschlagen mittel, und würde domit die cron zu Beheim versehen, also dass nit noit were, von demselben stück insunderheit handeln oder versehung zu thun, wann die declaration würde das nach ir ziehen ..... und raten auch mit besonderem vliss untertheniglich bittende, ewer keys. maj. wolle durch megeliche wege vliss fürkeren, damit sulich irrung, gescheh(en) von der Röm. königl. wale ursach, hingelegt oder, ob das izt nit sein möchte, in ruhe und anstand gestelt werde, beswerung, so dem h. reich oder sinen gelidern entsteen möchte, zu verhüten.

Berichtigung.

Zu S. 8: Maiers Annahme, daß Metz zum trieriſchen Archikanzellariat gehöre, war ganz richtig. Vgl. Breßlau, Urkundenlehre, S. 385; Huber, Regeſten, S. XXXVIII.

Weimar. — Hof-Buchdruckerei.

Digitized by Google

Verlag von Hermann Böhlaus Nachfolgern in Weimar.

Quellen und Studien
zur
Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches
in Mittelalter und Neuzeit.

Herausgegeben
von
Karl Zeumer.

Erster Band.

Einzelpreis ℳ 16.60. Subskriptionspreis ℳ 13.40

Inhalt.

1. Heft: Karl Rauch, Traktat über den Reichstag im 16. Jahrhundert. Eine offiziöse Darstellung aus der Kurmainzischen Kanzlei. VIII u. 122 Seiten. ℳ 4.20. Subskriptionspreis ℳ 3.40.

2. Heft: Mario Krammer, Wahl und Einsetzung des Deutschen Königs im Verhältnis zu einander. XIV u. 112 Seiten. ℳ 4.—. Subskriptionspreis ℳ 3.20.

3. Heft: Wilhelm Kisky, Die Domkapitel der geistlichen Kurfürsten in ihrer persönlichen Zusammensetzung im vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert. Gekrönte Preisschrift. X u. 197 Seiten. ℳ 5.40. Subskriptionspreis ℳ 4.40.

4. Heft: Hermann Rudorff, Zur Erklärung des Wormser Konkordats. VIII u. 66 Seiten. ℳ 3.—. Subskriptionspreis ℳ 2.40.

Für den Dritten Band der Quellen und Studien befindet sich in Vorbereitung:

1. Heft: Rudolf Smend, Das Reichskammergericht. Erster Teil: Geschichte und Verfassung.

Digitized by Google

Verlag von Hermann Böhlaus Nachfolgern in Weimar.

Zeitschrift für Rechtsgeschichte.

13 Bände mit Namen- und Sachregister 1862—1880. ℳ 123,30.

Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte

Begründet von
G. Bruns, P. v. Roth, H. Böhlau, A. Pernice.

Herausgegeben von
E. I. Bekker, L. Mitteis, R. Schröder, H. Brunner, U. Stutz.

Band I—XXVIII. 1880—1907. gr. 8°. ℳ 487.40
(Germanistische Abteilung ℳ 228,60. Romanistische Abteilung ℳ 258.80.)

Die
Appellation König Ludwigs des Baiern von 1324
in ursprünglicher Gestalt herausgegeben von J. Schwalm.

Mit drei Lichtdrucktafeln. 32 Seiten groß Quart. Kartoniert ℳ 6.—.

Der
Traktat des Laurentius de Somercote
Kanonikus von Chichester
über die Vornahme von Bischofswahlen
entstanden im Jahre 1254
herausgegeben und erläutert von
Dr. **Alfred von Wretschko**

56 S. gr. 8°. ℳ 2,40.

Jaekel, Hugo, **Forschungen zur Altfriesischen Geschichte und Ständeverfassung.** Sonderdr. a. d. Ztschr. d. Savigny-Stiftung f. Rechtsgeschichte Bd. XXVIII. Germanist. Abt. VIII u. 232 S. ℳ 6—

Rietschel, Siegfried, **Untersuchungen zur Geschichte der germanischen Hundertschaft.** I. Teil: Die skandinavische und angelsächsische Hundertschaft. Sonderdr. a. d. Ztschr. d. Savigny-Stiftung f. Rechtsgeschichte Bd. XXVIII. Germanist. Abt. 95 S. gr. 8. ℳ 2,40

Weimar. — Hof-Buchdruckerei.

Digitized by Google

Quellen und Studien
zur
Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches
in Mittelalter und Neuzeit.
Herausgegeben
von
Band II. Karl Zeumer. Heft 2.

Die Goldene Bulle Kaiser Karls IV.

Von

Karl Zeumer.

Zweiter Teil:

Text der Goldenen Bulle
und Urkunden zu ihrer Geschichte und Erläuterung.

Weimar
Hermann Böhlaus Nachfolger
1908.

Digitized by Google

Die Quellen und Studien erscheinen in zwangloser Folge in Heften von etwa 3—10 Bogen. Jedes Heft enthält die Arbeit eines Verfassers, bildet ein selbständiges Ganzes, erscheint unter besonderem Titel mit besonderer Seitenzählung und ist einzeln käuflich. Nach dem Erscheinen einer Anzahl Hefte im Gesamtumfange von etwa 30 Bogen werden diese zu einem Bande zusammengefaßt, indem dem letzten Hefte ein Bandtitel und Inhaltsverzeichnis beigegeben wird. Anfragen wegen Aufnahme von Arbeiten sowie Manuskriptsendungen sind zu richten an den Herausgeber, Universitätsprofessor Dr. Karl Zeumer, Steglitz bei Berlin, Grunewaldstraße 27.

Der Herausgeber. Die Verlagsbuchhandlung.

Mit diesem zweiten Hefte ist der zweite Band vollständig. Bandtitel und Inhaltsverzeichnis des zweiten Bandes stehen vor dem ersten Hefte.

Das gleichzeitig erscheinende Erste Heft enthält:

Karl Zeumer, **Die Goldene Bulle Kaiser Karls IV.** Erster Teil: Entstehung und Bedeutung der Goldenen Bulle. XV u. 256 S.

Einzelpreis ℳ 8.40
Subskriptionspreis ℳ 7.—

☞ **Allen Beziehern, die sich bei Erscheinen des ersten Heftes eines Bandes zur Abnahme aller folgenden (desselben Bandes) verpflichten, wird für jedes einzelne Heft ein ermässigter Preis eingeräumt, der um 15—20% niedriger ist als der Einzelpreis.**

Digitized by Google

Karl Zeumer,

Die Goldene Bulle Kaiser Karls IV.

Zweiter Teil.

(Quellen und Studien Band II, Heft 2.)

Digitized

Quellen und Studien

zur

Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches

in

Mittelalter und Neuzeit.

Herausgegeben

von

Karl Zeumer.

Band II, Heft 2.

Zeumer, Die Goldene Bulle Kaiser Karls IV.

Zweiter Teil.

Weimar

Hermann Böhlaus Nachfolger

1908

Digitized by Google

Die Goldene Bulle Kaiser Karls IV.

Von

Karl Zeumer.

Zweiter Teil:

Text der Goldenen Bulle
und Urkunden zu ihrer Geschichte und Erläuterung.

Weimar
Hermann Böhlaus Nachfolger
1908

Digitized by Google

Vorwort.

Nachdem die ursprüngliche Absicht, den Text der Goldenen Bulle nebst wenigen Urkunden der Abhandlung als Anhang anzufügen, aufgegeben war, ergab sich die Möglichkeit, den Gesetzestext mit einem bescheidenen Apparat von Anmerkungen und Varianten auszustatten und auch die Urkundenbeigabe zu einer etwas größeren Sammlung zu erweitern. Über den Abdruck des Gesetzes selbst, seine Bedeutung und seine Grundlagen habe ich in der vorangestellten Vorbemerkung das Nötige mitgeteilt. Zu den Urkunden sei hier noch folgendes bemerkt. Die Sammlung erhebt nicht den Anspruch, ein annähernd vollständiges Urkundenbuch zur Goldenen Bulle zu sein. Nur die allerwichtigsten für die Entstehung und Erläuterung des Gesetzes und namentlich die für die Textkritik desselben in Betracht kommenden Stücke sind allein aus sachlichen Gründen aufgenommen, während außerdem nur noch solche ihres Inhalts wegen in Betracht kommenden Stücke Aufnahme fanden, die bisher noch gar nicht oder doch nur ungenügend oder an schwer zugänglichen Orten gedruckt waren. In allen Fällen ist dem Abdruck die beste Überlieferung zugrunde gelegt. Die meisten Stücke konnten nach den Originalen gegeben werden; wo das Original fehlte, wurde der Text mit Hilfe der gesamten sekundären Überlieferung nach kritischen Grundsätzen hergestellt. Mit älteren Drucken mußte ich mich in zwei Fällen begnügen, wo deren handschriftliche Vorlage verloren war. In zwei anderen Fällen (Nr. 11 und 14) aber, wo die handschriftliche Vorlage des benutzten Druckes noch vorhanden war, habe ich mich doch mit der Benutzung des Druckes begnügt, weil von der Heranziehung der Vorlage nichts zu hoffen war.

Zur Beschaffung des weitverstreuten Materials für diesen Teil haben außer dem Apparat der Monumenta Germaniae

Digitized by Google

historica eine Anzahl Archivverwaltungen, sowie einzelne Gelehrte beigetragen. Für die Übersendung von Urkunden, die Anfertigung von Abschriften solcher Stücke, welche nicht versandt werden konnten, sowie für mancherlei Auskünfte bin ich zu großem Danke den hohen Direktionen und Vorständen folgender Archive verpflichtet: des K. K. Haus-, Hof- und Staatsarchivs zu Wien, des Böhmischen Landesarchivs zu Prag, des Königlich Bayerischen Geheimen Staatsarchivs und des Königlich Bayerischen allgemeinen Reichsarchivs in München, des Königlichen Kreisarchivs zu Würzburg, des Königlich Sächsischen Hauptstaatsarchivs zu Dresden, des Großherzoglichen und Herzoglichen Gesamtarchivs des Sächsisch-Ernestinischen Hauses zu Weimar, des Kaiserlichen Bezirksarchivs zu Straßburg und des Stadtarchivs daselbst, der Königlich Preußischen Staatsarchive zu Düsseldorf und Koblenz. Durch Herstellung von Abschriften und Kollationen, sowie durch freundliche Mitteilungen verschiedener Art haben mich außerdem verpflichtet die Herren Professor Dr. Harry Breßlau in Straßburg, Dr. A. Hessel in Straßburg, Dr. Hans Hirsch in Wien, Dr. Fritz Kern in Stuttgart, Dr. Ivo Luntz in Wien, Privatdozent Dr. Karl Rauch in Breslau, Geh. Regierungsrat Professor Dr. Goswin Freiherr von der Ropp in Marburg, Dr. Richard Salomon in Berlin und Dr. V. Samanek in Wien. Bei der Herstellung des Textes der Goldenen Bulle stand mir Herr Dr. Karl Rauch, bei der Bearbeitung der Anmerkungen Herr Dr. Max Rintelen, außer ihnen bei der Bearbeitung der Urkunden die Herren Dr. Dr. Fritz Kern, Reinhard Lüdicke und Richard Salomon zur Seite. Neben dem letztgenannten lieh mir bei der Korrektur in gewohnter Weise mein lieber Freund, Herr Archivrat Dr. Arnold, die kräftigste Unterstützung. Allen genannten Förderern und Helfern spreche ich meinen aufrichtigsten Dank aus. Die mir persönlich zur Verfügung gestellten Materialien sind nach ihrer Benutzung für die vorliegende Arbeit sämtlich dem Apparat der Monumenta Germaniae einverleibt.

Es sei noch bemerkt, daß die Textbogen dieses Teiles früher gedruckt sind als die des ersten Teiles, in welchem wiederholt auf Seitenzahlen des zweiten Teiles verwiesen werden mußte.

Steglitz bei Berlin, den 22. Dezember 1907.

Karl Zeumer.

Digitized by Google

Inhaltsübersicht.

Seite

Vorwort V

I. Text der Goldenen Bulle 1

Vorbemerkung 1

A. Das Nürnberger Gesetzbuch vom 10. Januar 1356 5

B. Die Metzer Gesetze vom 25. Dezember 1356 39

II. Urkunden zur Geschichte und Erläuterung der Goldenen Bulle 49

1. Wahldekret für Friedrich den Schönen. 1314, Okt. 19. . . 49
2. Erklärung Heinrichs von Köln über Wahl und Krönung Friedrichs des Schönen 1314, Nov. 28. 53
3. Urkunde Ludwigs d. B. über das Schwertträgeramt. 1340, Sept. 6. 56
4. Privileg Karls IV. für Trier über das Recht der ersten Stimme. 1346, Nov. 25. 57
5. Privileg Karls IV. über das Schenkenamt des Königs von Böhmen. 1348, April 7. 58
6. Hofgerichtsurkunde Karls IV. über ein Kurfürstenweistum, betreffend die kurfürstliche Gerichtshoheit. 1353, Dez. 3. 60
7. Privileg Karls IV. für Trier über das Recht der ersten Stimme. 1354, Jan. 8. 62
8. Karls IV. Transsumpt einer Urkunde seines Vaters über die pfälzische Kur. 1354, Mai 22. 64
9. Privileg Karls IV. für Ruprecht I. über die pfälzische Kur. 1354, Mai 22. 65
10. Privileg Karls IV. für Rudolf den Älteren über die sächsische Kur. 1355, Okt. 6. 66
11. Vollmacht Rudolfs des Älteren zu seiner Vertretung auf dem Nürnberger Reichstage. 1355, Okt. 28. 70
12. Bericht der Straßburger Ratsboten vom Nürnberger Reichstage. 1355, Nov. 29. 70
13. Karls IV. Privilegienbestätigung für Ludwig den Römer. 1355, Dez. 3. 71
14. Lehnsrevers Ludwigs des Römers. 1355, Dez. 3. 74
15. Weistum über ein Recht des Reichsmarschalls. 1355, Dez. 6. 75
16. Brief Gerlachs von Mainz an zwei päpstliche Kurialen. 1355, Dez. 12. 76
17. Karls IV. Willebrief zu seiner Urkunde über die pfälzische Kur. 1355, Dez. 27. 76
18. Privileg Karls IV. für Rudolf den Älteren über die sächsische Kur. 1355, Dez. 29. 79

Digitized

Seite

19. Urkunde Gerlachs von Mainz über ein Kurfürstenweistum, betreffend die sächsische Kur. 1356, Jan. 2. 82
20. Urkunde Gerlachs von Mainz über die Rechte des Königs von Böhmen. 1356, Jan. 7. 86
21. Urkunde Karls IV. über ein Kurfürstenweistum, betreffend die pfälzische Kur. 1356, Jan. 7. 88
22. Urkunde Rudolfs des Jüngeren über ein Kurfürstenweistum, betreffend die brandenburgische Kur. 1356, Jan. 7. . 90
23. Urkunde Karls IV. über Erhöhung einer Pfandsumme zu Gunsten des Bischofs Johann von Straßburg. 1356, Jan. 7. 92
24. Urkunde Boemunds von Trier über ein Kurfürstenweistum, betreffend die sächsische Kur. 1356, Jan. 7. 95
25. Pfalbürgerprivilegien Karls IV. für Johann von Straßburg. 1356, Jan. 8. und 12. 96
26. Willebriefe Karls IV. und Rudolfs von Sachsen zum Pfalbürgerprivileg vom 12. Januar. 1356, Jan. 12. 100
27. Privileg Karls IV. für den Erzbischof Wilhelm von Köln. 1356, Jan. 25. 103
28. Verkündigung des Pfalbürgergesetzes an die Stadt Straßburg. 1356, Febr. 1. 109
29. Privileg Karls IV. für den Erzbischof Wilhelm von Köln. 1356, Febr. 2. 111
30. Urkunde Rudolfs des Jüngern über das Kurrecht des Königs von Böhmen. 1356, Dez. 11. 114
    A. Lateinische Fassung 114
    B. Deutsche Fassung 116
31. Karls IV. sog. Goldene Bulle für Sachsen. 1356, Dez. 27. 118
32. Erklärung Karls IV. über das Schwertträgeramt für Wenzel von Brabant. 1356, Dez. 27. 124
33. Pfalbürgerprivileg Karls IV. für Abt Heinrich von Fulda. 1357, Jan. 6. 125
34. Erklärung Karls IV. über das Schwertträgeramt für Rudolf von Sachsen. 1357, Jan. 7. 128
35. Privileg Karls IV. über die Gerichtshoheit des Bischofs von Straßburg. 1358, März 3. 129

Nachträge 134
1. Zur Vorbemerkung S. 1 ff. und zu S. 39 134
2. Zu Anmerkung 2 auf S. 46 135

Digitized by Google

I.

Text der Goldenen Bulle.

Vorbemerkung.

Für den folgenden Abdruck der Goldenen Bulle sind nur die Originalausfertigungen und eine Anzahl von Urkunden, welche Teile des Gesetzes enthalten, herangezogen, nicht auch die abschriftliche Überlieferung, deren Verwertung für die abschließende Ausgabe in den Monumenta Germaniae unbedingt nötig sein wird.

Von den Originalausfertigungen sind bekanntlich sieben Exemplare erhalten, von denen drei den geistlichen Kurfürsten, eins dem Rheinpfalzgrafen und eins Karl IV. entweder als König von Böhmen oder als Kaiser angehörten. Während diese fünf Exemplare teils noch vor dem Metzer Reichstage (Dezember 1356), teils auf diesem selbst oder kurze Zeit danach entstanden sind, sind zwei weitere Exemplare erst viel später ausgefertigt worden. Es sind dies die den Reichsstädten Frankfurt und Nürnberg gehörigen Originale.

Auf eine Beschreibung der Exemplare kann ich verzichten im Hinblick auf die ausführliche Darstellung bei O. Harnack, Das Kurfürstencollegium bis zur Mitte des vierzehnten Jahrhunderts, Gießen 1883, S. 158 ff., die aber zum Teil durch Th. Lindner, Die goldene Bulle und ihre Originalausfertigungen, Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung Bd. 5, S. 96 ff., erheblich berichtigt ist.

Es mögen nunmehr die einzelnen Originale in alphabetischer Reihenfolge nach den von Harnack eingeführten Siglen unter Angabe des von mir benutzten Materials aufgezählt werden.

Digitized by Google

B. Das sog. böhmische Exemplar im Haus-, Hof- und Staatsarchiv zu Wien. In diesem Exemplar sind zwei ursprünglich ganz verschiedene Bestandteile vereinigt. Ursprünglich enthielt es nur das zu Nürnberg am 10. Januar 1356 publizierte Gesetzbuch. Diesen Teil bezeichnen wir als B 1. Erst viel später und nicht etwa schon zur Zeit des Metzer Reichstages — wir schließen uns hier den Ausführungen Lindners an — wurden dem Exemplar die Metzer Zusatzgesetze eingeheftet: B 2. Es kann das nicht vor dem Jahre 1366 geschehen sein, weil das damals ausgefertigte Exemplar der Stadt Frankfurt zwar für das Nürnberger Gesetzbuch B 1 als Vorlage benutzt hat, nicht aber für die Metzer Gesetze B 2, sondern einen anderen den übrigen Exemplaren näherstehenden Text. — Neben dem Texte bei Harnack wurde eine Nachvergleichung einer größeren Anzahl ausgewählter Stellen benutzt, welche K. Rauch auf meinen Wunsch im Januar 1906 zu Wien ausführte. Es wurden alle diejenigen Stellen nachgeprüft, an welchen Harnacks Angaben, abgesehen von den schon früher in der Literatur berichtigten Irrtümern, noch Anlaß zu Bedenken boten, und zwar namentlich solche, an denen B 1 der übrigen Überlieferung mit eigentümlichen Lesarten gegenüberzustehen schien. Dabei ergab sich das überraschende Resultat, daß die große Mehrzahl der von der übrigen Überlieferung erheblich abweichenden angeblichen Lesarten sich nicht in B 1, sondern nur in Harnacks Druck fanden. Die wichtigsten Beispiele mögen hier angeführt werden. Der Druck bietet I, 15: nuncios statt nuncios suos; II, 1: decantari statt decantari ad finem; ebenda: familia ibi statt familia tunc ibi; III, Rubr.: episcoporum statt archiepiscoporum; IV, 2: congregatis statt invicem congregatis; VIII: vel comparentem statt vel non comparentem; X: illustribus statt illustris memorie; XII: providentie statt providentie sue; XIV: contra hec statt contra hoc; ebenda: eo ipso statt ipso facto; XV: Et personam statt Personam; XVI: et continue et vere statt continue et vere; ebenda: privilegiis consuetudinibus statt privilegiis vel consuetudinibus; ebenda: in preteritum statt in preterito; XIX: liceat statt licite; ebenda: loco et nomine nostro statt loco et nomine nostris; XX: feudis et dominis statt feudis et dominio.

Digitized by Google

C. Das Kölner Exemplar in der großherzoglichen Bibliothek zu Darmstadt. Nach Kollation von Edm. Stengel im Apparat der Mon. Germ.

F. Das Exemplar der Stadt Frankfurt im Stadtarchiv daselbst. Neben den Angaben Harnacks wurden für diesen Text dessen Abdrücke bei Olenschlager, Neue Erläuterung der Guldenen Bulle, Frankf. u. Leipzig 1766, und in der Kurzen Nachricht von der Güldenen Bulle, Frankfurt 1782, herangezogen. Das Exemplar ist in dem ursprünglichen Teile des Gesetzes eine Abschrift aus B 1, doch ohne den Zusatz zu c. XI. Es wurde 1366 von der Stadt aus der kaiserlichen Kanzlei erworben.

M. Das Mainzer Exemplar im Haus-, Hof- und Staatsarchiv zu Wien. Nach Vergleichung ausgewählter Stellen von K. Rauch und einer anderen von F. Vigener im Apparat der Mon. Germ.

N. Das Nürnberger Exemplar im Reichsarchiv zu München. Abschrift aus B, ausgefertigt zwischen 1366 und 1378; vgl. Lindner S. 111 f. Nach Kollation von Edm. Stengel im Apparat der Mon. Germ.

P. Das Pfälzer Exemplar im Geheimen Staatsarchiv zu München. Nach Vergleichung von F. Vigener im Apparat der Mon. Germ.

T. Das Trierer Exemplar im Staatsarchiv zu Stuttgart. Nach Kollation von F. Kern im Apparat der Mon. Germ.

Außer diesen Originalausfertigungen sind noch Urkunden benutzt, welche einzelne Kapitel enthalten, aber keines der vorhandenen Exemplare als Vorlage gehabt haben. Es ist das einmal jene Gruppe von Urkunden, welche c. XVI in einer besonderen selbständigen Überlieferung darbieten, die entweder auf das wahrscheinlich von Bischof Johann von Straßburg selbst herrührende Konzept des Kapitels oder auf das nicht erhaltene bei der Publikation zu Nürnberg benutzte Original oder dessen Konzept zurückgeht:

Arg. 1 = Privileg wegen der Pfahlbürger vom 8. Januar 1356, Urkunden Nr. 25 (1).

Arg. 2 = Wiederholung desselben Privilegs vom 12. Januar, Urkunden Nr. 25 (2).

Arg. 3 = Verkündigung des Pfahlbürgergesetzes an die Stadt Straßburg vom 1. Februar, Urkunden Nr. 28.

Digitized by Google

Ferner die Privilegien für Erzbischof Wilhelm von Köln:
Col. 1 = Privileg vom 25. Januar, Urkunden Nr. 27.
Col. 2 = Privileg vom 2. Februar, Urkunden Nr. 29.

Der Text des Gesetzes ist in der Weise hergestellt, daß von untereinander abweichenden Lesarten diejenige aufgenommen wurde, welche aus Gründen der äußeren oder inneren Kritik, d. h. wegen der Zahl und Zuverlässigkeit der die Lesarten stützenden Texte oder wegen des durch den Zusammenhang geforderten Sinnes als die bessere erschien. Da wo irgendwelche Zweifel obwalten konnten, welche Lesarten etwa den Vorzug verdienten, wurden alle in Betracht kommenden im Varianten-Apparat angeführt. Offenbar falsche Lesarten einzelner Texte und einzelner Textgruppen, namentlich einfache Flüchtigkeitsfehler der Schreiber wurden dem Zwecke dieses Abdrucks gemäß nicht berücksichtigt. Die Orthographie wurde normalisiert. Dabei wurde stets -cia, -cie, -cio, -ciu statt -tia, -tie usw., dagegen nie cc statt ct gesetzt. Stets wurde littera, tamquam, quamquam, -cumque und stets adicere, subicere usw. gedruckt.

Die Kapitel sind in der jetzt üblichen Weise gezählt und mit römischen Ziffern vor den Überschriften versehen. Wo keines der Originale solche Ziffern bietet, sind sie im Druck in eckige Klammern gesetzt. Bemerkt sei noch, daß diese Ziffern, soweit sie sich überhaupt finden, in B und T hinter der Kapitelüberschrift stehen, in M am Rande nachgetragen sind.

Die sachlichen Anmerkungen beschränken sich in der Hauptsache auf Nachweise von Quellen und Parallelstellen. Nur ausnahmsweise ist Literatur angeführt. Da im ersten Teile dieser Arbeit von sämtlichen Kapiteln der Goldenen Bulle eingehend gehandelt ist, hielt ich es für überflüssig, überhaupt auf jene Ausführungen zu verweisen, zumal ein Verzeichnis das Auffinden derjenigen Stellen, an welchen von den einzelnen Kapiteln gehandelt ist, erleichtern wird.

Digitized by Google

A. Das Nürnberger Gesetzbuch vom 10. Januar 1356.

Omnipotens[1]) eterne Deus, spes unica mundi,
Qui celi fabricator ades, qui conditor orbis,
Tu populi memor esto tui. Sic mitis ab alto
Prospice, ne gressum faciat, ubi regnat Erinis,
Imperat Allecto, leges dictante Megera;
Sed pocius virtute tui, quem diligis, huius
Cesaris insignis Karoli, Deus alme, ministra,
Ut valeat ductore pio per amena virecta
Florentum semper nemorum sedesque beatas
Ad latices intrare pios, ubi semina vite
Divinis animantur aquis et fonte superno
Letificata seges spinis mundatur ademptis,
Ut messis queat esse Dei mercisque future
Maxima centenum cumulare per horrea fructum.

Cap.[a] I. Qualis esse debeat conductus electorum et a quibus.
II. De electione regis Romanorum.
III. De sessione Treverensis Coloniensis et Maguntinensis archiepiscoporum.
IV. De principibus electoribus in communi.
V. De iure comitis Palatini et eciam Saxonie ducis.
VI. De comparacione principum electorum ad alios principes communes.
VII. De successione principum.
VIII. De regis Boemie et regnicolarum eius immunitate.
IX. De auri argenti et aliarum specierum mineris.

a) Das folgende Regiſter nach B. F. N. M.

1) V. 1. 2. 8 (Schluß). 9—14 = Sedulius, Carmen paschale (ed. Huemer) I, 60. 61. 53—59.

Digitized by

Cap. X. De monetis.
XI. De immunitate principum electorum.
XII. De congregacione principum.
XIII. De revocacione privilegiorum.
XIV. De hiis, quibus ut indignis auferuntur bona feudalia.
XV. De conspiracionibus.
XVI. De pfalburgeriis.
XVII. De diffidacionibus.
XVIII. Littera intimacionis.
XIX. Forma procuratorii mittendi per eum principem electorem, qui nuncios suos ad electionem faciendam duxerit destinandum.
XX. De unione principatuum electorum et iurium eis connexorum.
XXI. De ordine processionis inter archiepiscopos[a].

In nomine sancte et individue Trinitatis feliciter amen. Karolus quartus divina favente clemencia Romanorum imperator semper augustus et Boemie rex. Ad perpetuam rei memoriam. Omne [1]) regnum in se ipsum divisum desolabitur; nam [2]) principes eius facti sunt socii furum, ob quod Dominus [3]) miscuit in medio eorum spiritum vertiginis, ut palpent [4]) in meridie sicut in tenebris, et candelabra [5]) eorum movit de loco suo, ut ceci [6]) sint et duces cecorum; et qui ambulant [7]) in tenebris, offendunt et ceci mente scelera perpetrant, que in divisione contingunt. Dic, Superbia, quomodo in Lucifero regnasses, si Divisionem auxiliatricem non habuisses? Dic, Sathan invide, quomodo Adam de paradiso eiecisses, nisi eum ab obediencia divisisses? Dic, Luxuria, quomodo Troyam destruxisses, nisi Helenam a viro suo divisisses? Dic, Ira, quomodo Romanam rem publicam

[a]) M fügt noch hinzu: XXII. De benedictionibus archiepiscoporum in presencia imperatoris.

[1]) Omne — desolabitur Ev. Luc. 11, 17.
[2]) principes — socii furum Isaias 1, 23.
[3]) Dominus — vertiginis Is. 19, 14.
[4]) palpent — tenebris Deut. 28, 29; cf. Iob 5, 14; 12, 25.
[5]) candelabra — suo Apoc. 2, 5.
[6]) ceci — cecorum Matth. 15, 14.
[7]) ambulant in tenebris Is. 50, 10; cf. Ioh. 11, 10.

Digitized by Google

destruxisses, nisi in divisione Pompeium et Iulium sevientibus gladiis ad intestina prelia concitasses? Tu quidem, Invidia, christianum imperium, a Deo ad instar sancte et individue Trinitatis fide, spe et caritate, virtutibus theologicis, roboratum, cuius fundamentum super christianissimo regno feliciter stabilitur, antiquo veneno, quod[a] velut serpens in palmites imperiales et membra eius propinquiora impio scelere vomuisti, ut concussis columpnis totum edificium ruine subiceres, divisionem inter septem electores sacri imperii, per quos velut septem candelabra lucencia in unitate Spiritus septiformis[1]) sacrum illuminari debet imperium, multociens posuisti. Sane cum ex officio, quo cesarea dignitate potimur, futuris divisionum et dissensionum periculis inter electores ipsos, de quorum numero ut rex Boemie esse dinoscimur, racione duplici, tam ex imperio quam electionis iure quo fungimur, occurrere teneamur, infrascriptas leges ad unitatem inter electores fovendam et electionem unanimem inducendam ac detestande divisioni predicte variisque periculis ex ea sequentibus aditum precludendum in solempni curia nostra Nurembergensi, assidentibus nobis omnibus principibus electoribus ecclesiasticis et secularibus ac aliorum principum, comitum, baronum, procerum, nobilium et civitatum multitudine numerosa, in solio maiestatis cesaree, imperialibus infulis, insigniis et dyademate decorati, matura deliberacione previa, de imperialis potestatis plenitudine edidimus, statuimus et duximus sancciendas sub anno Domini millesimo trecentesimo quinquagesimo sexto, indictione nona, IIII. Id. Ianuarii, regnorum nostrorum anno decimo, imperii vero primo.

Cap. I. Qualis esse debeat conductus electorum et a quibus.

1. Decernimus et presenti edicto imperiali perpetuo valituro sanccimus ex certa sciencia et de imperialis plenitudine potestatis, ut, quocienscumque et quandocumque futuris temporibus necessitas sive casus electionis regis Romanorum in imperatorem promovendi emerserit, et principes electores

[a]) quod nur in C. T.

[1]) Vgl. Du Cange s. v. spiritus septiformis.

Digitized by

ad electionem huiusmodi iuxta antiquam laudabilem consuetudinem habuerint proficisci, unusquisque princeps elector, si et quando super hoc fuerit requisitus, quoslibet principes coelectores suos vel ipsorum nuncios, quos ad electionem ipsam transmiserint, per terras, territoria et loca sua et eciam ultra, sicut longius poterit, conducere teneatur et eis absque dolo prestare conductum versus civitatem, in qua talis electio fuerit celebranda, et ab illa eciam redeundo, sub pena periurii ac perdicionis, pro illa dumtaxat vice, sue vocis, quam in electione huiusmodi fuerat habiturus; quas quidem penas eos vel eum, qui in prestando memorato conductu rebelles seu rebellem, negligentes vel negligentem se prebuerint, eo ipso decernimus incidisse.

2. Statuimus insuper et mandamus universis aliis principibus feuda a sacro imperio Romano tenentibus, quocumque nomine censeantur, necnon comitibus, baronibus, militibus, clientibus, nobilibus et ignobilibus, civibus et communitatibus castrorum, civitatum et locorum sacri imperii universis, ut eodem tempore, dum videlicet regis Romanorum in imperatorem promovendi electio celebranda occurrerit, unumquemque principem electorem ab ipsis vel eorum aliquo conductum huiusmodi postulantem vel eiusdem nuncios, quos ad electionem ipsam direxerit, ut prefertur, per territoria sua et alias, quanto possint remocius, absque dolo modo predicto conducant. Si qui vero huic nostre constitucioni contraire presumpserint, subscriptas ipso facto penas incurrant. Omnes quidem principes et comites, barones, nobiles, milites et clientes et universi nobiles contrarium facientes reatum periurii et privacionem omnium feudorum, que a sacro Romano imperio et a quibuscumque aliis obtinent, et eciam omnium possessionum suarum a quocumque habitarum incurrant. Omnes quoque cives et communitates contra premissa facere presumentes similiter sint periuri et nichilominus universis suis iuribus, libertatibus, privilegiis et graciis a sacro obtentis imperio sint omnino privati et cum personis et bonis suis omnibus bannum et proscripcionem imperialem incurrant. Et eosdem, quos ipso facto exnunc prout extunc omni iure privamus, deinceps cuilibet hominum auctoritate propria et sine iudicio seu invocacione magistratus cuiuslibet impune

Digitized by Google

licebit invadere, nullamque penam propter hoc invadens ipsos debebit ab imperio aut quovis alio formidare, presertim cum contra rem publicam et sacri statum ac dignitatem imperii ac eciam contra honorem proprium et salutem tante rei temerarii neglectores tamquam rebelles inobedientes et perfidi infideliter et perverse agere convincantur.

3. Decernentes insuper et mandantes, ut omnium civitatum cives et communia iam dictis principibus electoribus et eorum cuilibet hoc poscenti eorumque nunciis victualia in communi precio atque cursu pro suis seu nunciorum predictorum hominumque suorum necessitatibus, dum ad predictam civitatem causa celebrande electionis predicte accesserint, et eciam dum discesserint ab eadem, vendere seu vendi facere teneantur, nullam in premissis fraudem quomodolibet adhibendo; alioquin contrarium facientes penas illas volumus ipso facto incurrere, quas in precedentibus contra cives et communitates duximus promulgandas. Quisquis insuper ex principibus, comitibus, baronibus, militibus, clientibus, nobilibus seu ignobilibus, civibus seu communitatibus civitatum principi electori ad electionem de rege Romanorum celebrandam eunti vel ab ipsa denuo redeunti hostiles custodias tendere seu insidias parare presumpserit aut ipsos vel eorum aliquem in sua vel suorum personis aut rebus invadere vel turbare seu ipsorum vel alicuius eorum nuncios antedictos, sive conductum petierint, sive eciam non duxerint exigendum, hunc una cum universis malicie sue complicibus ipso facto supradictas penas decernimus incurrisse; ita videlicet, quod quevis persona penam incidat sive penas, quas iuxta premissa pro qualitate personarum duximus infligendas.

4. Si vero aliquis princeps elector cum aliquo suo coelectore inimicicias gereret et inter eos quecumque contencio, controversia seu dissensio verteretur, hiis nequaquam obstantibus alter alterum vel alterius nuncios ad electionem huiusmodi destinandos premisso modo conducere sit astrictus sub pena periurii ac perdicionis, ea vice dumtaxat, sue vocis in electione, ut superius est expressum.

5. Si qui vero alii principes, comites, barones, milites, clientes, nobiles vel ignobiles, cives vel communia civitatum cum aliquo principe electore vel pluribus ex eisdem adversam

Digitized by Google

gererent voluntatem, seu quevis discordia inter ipsos ad invicem vel guerra sive dissensio verteretur, nichilominus omni contradictione et dolo cessantibus principi electori vel principibus seu eius vel ipsorum nunciis ad electionem huiusmodi destinandis et redeuntibus ab eadem talem debeant prestare conductum, prout singuli penas iam dictas, per nos videlicet in se latas, voluerint evitare, quas eos qui secus fecerint incurrisse decernimus eo ipso. Ad premissorum autem omnium firmitatem et certitudinem ampliorem iubemus et volumus, ut universi principes electores et ceteri principes necnon comites, barones, nobiles, civitates seu ipsarum communitates premissa omnia litteris et iuramentis suis firmare et ad ea bona fide ac sine dolo implenda efficaciter se debeant obligare. Quicumque vero litteras huiusmodi dare renuerit, penas illas ipso facto incidat, quas pro personarum condicione per premissa singulis duximus infligendas.

6. Si quis autem princeps elector aliusve princeps cuiuscumque condicionis aut status, feudum vel feuda a sacro tenens imperio, aut comes, baro vel nobilis seu successores talium vel heredes supra et infra scriptas imperiales nostras constituciones et leges adimplere noluerit aut eis contraire presumpserit, si quidem talis princeps elector extiterit, extunc ceteri sui coelectores a suo ipsum deinceps excludant consorcio, ipseque voce electionis et aliorum principum electorum loco, dignitate careat atque iure, nec investiatur de feudis, que a sacro imperio visus fuerit obtinere. Alius vero princeps aut vir nobilis, ut prefertur, in has nostras leges committens similiter non investiatur de feudis, que a sacro imperio vel alias obtinet a quocumque, et nichilominus omnes penas premissas suam concernentes personam incidat eo ipso.

7. Quamvis autem universos principes, comites, barones, nobiles, milites, clientes, civitates quoque et communitates illarum ad prestandum cuilibet principi electori vel eius nunciis prefatum conductum, ut predicitur, indistincte velimus et decreverimus obligari, nichilominus eorum cuilibet singulares conductus et conductores pro regionum et locorum adiacencia cuilibet magis aptos duximus designandos, ut statim per sequencia plenius apparebit.

Digitized by Google

8. Primo namque regem Boemie sacri imperii archipincernam conducent archiepiscopus Maguntinensis, Bambergensis et Herbipolensis episcopi, burgravii Nurembergenses; item illi de Hohenloch, de Wertheim, de Brunecke et de Hanow; item civitates Nuremberg, Rotemburg et Windesheim.

9. Deinde archiepiscopum Coloniensem sacri imperii per Italiam archicancellarium conducent et conducere tenebuntur Maguntinensis et Treverensis archiepiscopi, comes palatinus Reni, lantgravius Hassie; item de Katzenellebogen, de Nassow, de Dietz comites; item de Isemburg, de Westerburg, de Runkel, de Limpurg et Falkenstein; item civitates Wetflaria, Geilnhusen et Fridberg.

10. Item archiepiscopum Treverensem sacri imperii per Galliam et regnum Arelatense archicancellarium conducent archiepiscopus Maguntinensis, comes palatinus Reni; item de Spanheim, de Veldencz comites; item Ruhgraven, Wildegraven, de Nassow, de Isemburg, de Westerburg, de Runkel, de Limpurg, de Dietz, de Katzenellebogen, de Eppenstein, de Falkenstein; item civitas Maguntinensis.

11. Deinde comitem palatinum Reni sacri imperii archidapiferum conducere debebit archiepiscopus Maguntinensis.

12. Ducem vero Saxonie sacri imperii archimarescallum tenebitur conducere rex Boemie, Maguntinensis et Magdeburgensis archiepiscopi; item Bambergensis et Herbipolensis episcopi, marchio Misnensis, lantgravius Hassie; item Fuldensis et Hersfeldensis abbates, burgravii Nurembergenses; item illi de Hohenloch, de Wertheim, de Brunecke, de Hanow, de Falkenstein; item civitates Erfordia, Molhusen, Nuremberg, Rotemburg et Windesheim. Et hii omnes proxime nominati marchionem Brandemburgensem sacri imperii archicamerarium similiter conducere tenebuntur.

13. Volumus autem et expresse statuimus, ut unusquisque princeps elector, qui talem voluerit habere conductum, hiis, a quibus ipsum postulare decreverit, hoc ipsum adeo tempestive viamque, qua fuerit transiturus, insinuet et talem conductum exposcat, ut illi, qui ad conductum huiusmodi impendendum deputati et taliter fuerint requisiti, ad hoc oportune se valeant et comode preparare.

14. Premissas vero constituciones circa materiam conductus editas ita sane debere declaramus intelligi, ut unusquisque superius nominatus vel forsitan non expressus, a quo in casu premisso conductum requiri contigerit, ad prestandum ipsum per suas dumtaxat terras et territoria ac eciam ultra, quanto potest remocius, absque dolo sub penis contentis sit astrictus.

15. Preterea statuimus et eciam ordinamus, ut archiepiscopus Maguntinensis, qui fuerit pro tempore, singulis principibus coelectoribus suis ecclesiasticis et secularibus electionem eandem per suos nuncios patentibus debeat litteris intimare; in quibus quidem litteris talis dies et terminus exprimatur, infra quem eedem littere ad singulos eosdem principes verisimiliter possint pervenire. Huiusmodi vero littere continebunt, ut a die in litteris ipsis expressa infra tres menses continuos omnes et singuli principes electores Frankenfurd super Moganum esse debeant constituti vel suos legales ad eundem terminum atque locum nuncios destinare cum plena et omnimoda potestate suisque patentibus litteris maiori cuiuslibet eorum sigillo signatis ad eligendum Romanorum regem in cesarem promovendum. Qualiter autem et sub qua forma tales littere confici debeant, et que in eis solempnitas debeat immutabiliter observari, et in qua forma et modo principes electores nuncios suos ad electionem huiusmodi destinandos ac potestatem, mandatum seu procuratoria ordinare debuerint, ad finem presentis libri [1]) conscriptum invenitur clarius et expressum, et eandem formam illic traditam mandamus et de imperialis potestatis plenitudine usque quaque decernimus observari.

16. Cum autem ad hoc perventum fuerit, quod de imperatoris vel regis Romanorum obitu in diocesi Maguntina constiterit, extunc infra unum mensem a die noticie obitus huiusmodi continue numerandum singulis principibus electoribus obitum ipsum et intimacionem, de quibus premittitur, per archiepiscopum Maguntinensem iubemus et decernimus suis patentibus litteris declarari. Quod si idem archiepiscopus in execucione et intimacione huiusmodi negligens aut remissus

[1]) S. unten XVIII. XIX.

Digitized by Google

fortassis existeret, extunc iidem principes motu proprio eciam non vocati pro fidei sue virtute, qua sacrum prosequi tenentur imperium, post hoc infra tres menses, sicut in constitucione supra proxime posita continetur, in civitate Frankenford sepedicta conveniant electuri regem Romanorum in cesarem promovendum.

17. Debet autem unusquisque princeps elector vel sui nuncii predictam civitatem Frankenford cum ducentis equitaturis tantummodo prefate electionis tempore introire, in quorum numero quinquaginta tantum armatos vel pauciores introducere secum poterit, sed non plures.

18. Princeps vero elector ad electionem huiusmodi vocatus et requisitus et ad ipsam non veniens, vel legales nuncios cum litteris patentibus, sigillo suo maiori sigillatis plenamque et liberam ac omnimodam potestatem continentibus, ad eligendum Romanorum regem futurum imperatorem non dirigens, aut veniens aut huiusmodi nuncios forte transmittens, si postea princeps ipse aut predicti nuncii a predicto electionis loco recederent, rege Romanorum futuro cesare non electo nec ad premissa procuratore legitimo substituto solempniter et relicto, electionis voce seu iure, quod in eadem electione habuit et tali modo deseruit, careat ea vice.[1])

19. Iniungimus autem civibus de Frankenford et mandamus, ut ipsi universos principes electores in genere et quemlibet eorum ab invasione alterius, si quid inter eos adversitatis emergeret, et eciam ab omni homine cum omnibus eorum hominibus, quos ipsi et eorum quilibet in prefato ducentorum equorum suorum numero ad prefatam duxerint civitatem, in virtute iuramenti, quod super hoc ipsos ad sancta prestare statuimus, fideli studio et solerti diligencia protegant et defendant; alioquin periurii reatum incurrant et nichilominus omnia iura sua, libertates, privilegia, gracias et indulta, que a sacro obtinere noscuntur imperio, omnino amittant bannumque imperiale cum personis et bonis suis omnibus incidant eo ipso; et liceat extunc omni homini auctoritate propria ac sine iudicio cives eosdem, quos eo casu exnunc prout extunc omni iure privamus, tamquam

[1]) Vgl. c. 3, § 1 in VI. de electione I, 6.

Digitized by Google

proditores, infideles et rebelles imperii impune invadere; ita quod invadentes huiusmodi penam quamcumque a sacro imperio vel quovis alio nequaquam debeant formidare.[1])

20. Cives insuper antedicti de Frankenford per omne tempus illud, quo super electione sepedicta tractari et agi contigerit, neminem in prefatam civitatem, cuiuscumque dignitatis, condicionis vel status extiterit, intromittant vel intrare quovis modo permittant, principibus electoribus et eorum nunciis et procuratoribus antedictis dumtaxat exceptis, quorum quilibet cum ducentis equis debebit, ut predicitur, intromitti. Si vero post ipsorum principum electorum introitum seu in ipsorum presencia in prefata civitate aliquem reperiri contigerit, illius exitum cives ipsi debebunt absque mora et cum effectu protinus ordinare sub omnibus penis contra ipsos superius promulgatis ac eciam in virtute iuramenti, quod cives ipsi de Frankenford super eo virtute presentis constitucionis prestare debebunt ad sancta, ut in precedentibus est expressum.

Cap. II. De electione Romanorum regis.

1. Postquam autem sepedicti electores seu nuncii civitatem Frankenfordensem ingressi fuerint, statim sequenti die diluculo in ecclesia sancti Bartholomei apostoli ibidem in omnium suorum presencia missam de Sancto spiritu faciant decantari ad finem, ut ipse Sanctus spiritus corda ipsorum illustret et eorum sensibus lumen sue virtutis infundat, quatenus ipsi suo fulti presidio hominem iustum, bonum et utilem eligere valeant in regem Romanorum futurumque cesarem ac pro salute populi christiani. Peracta quoque missa huiusmodi, omnes illi electores seu nuncii accedant ad altare, in quo missa eadem extitit celebrata, ubi principes electores ecclesiastici coram ewangelio beati Iohannis ‚In principio erat verbum', quod illic ante ipsos poni debebit, manus suas pectori cum reverencia superponant, seculares vero principes electores dictum ewangelium corporaliter manibus suis tangant; qui omnes cum tota ipsorum familia tunc ibi debebunt inermes assistere. Et archiepiscopus

[1]) Vgl. c. 3, § 3 in VI. de electione I, 6.

Digitized by Google

Maguntinensis formam iuramenti eis dabit et una cum ipsis, et ipsi vel absencium nuncii una cum eo iuramentum prestabunt vulgariter in hunc modum:

2. ‚Ego archiepiscopus Maguntinensis sacri imperii per Germaniam archicancellarius ac princeps elector iuro ad hec sancta Dei ewangelia hic presencialiter coram me posita, quod ego per fidem, qua Deo et sacro Romano imperio sum astrictus, secundum omnem discrecionem et intellectum meum cum Dei adiutorio eligere volo temporale caput populo christiano, id est regem Romanorum in cesarem promovendum, qui ad hoc existat idoneus, in quantum discrecio et sensus mei me dirigunt, et secundum fidem predictam, vocemque meam et votum seu electionem prefatam dabo absque omni pacto, stipendio, precio vel promisso seu quocumque modo talia valeant appellari. Sic me Deus adiuvet et omnes sancti'.[1])

3. Prestito denique per electores seu nuncios in forma et modo predictis huiusmodi iuramento, ad electionem procedant nec amodo de iam dicta civitate Frankenford separentur, nisi prius maior pars ipsorum temporale caput mundo elegerit seu populo christiano, regem videlicet Romanorum in cesarem promovendum. Quod si facere distulerint infra triginta dies, a die prestiti iuramenti prefati continuo numerandos, extunc transactis eisdem triginta diebus amodo panem manducent et aquam et nullatenus civitatem exeant antedictam, nisi prius per ipsos vel maiorem partem ipsorum rector seu temporale caput fidelium electum fuerit, ut prefertur.[2])

4. Postquam autem in eodem loco ipsi vel pars eorum maior numero elegerit, talis electio perinde haberi et reputari debebit, ac si foret ab ipsis omnibus nemine discrepante concorditer celebrata. Sique per tempus aliquod morari, abesse et tardare contingeret aliquem de electoribus seu nunciis antedictis, dum tamen veniret, antequam predicta esset electio celebrata, hunc ad electionem ipsam in eo statu admitti debere decernimus, in quo ipsa adventus sui tempore

[1]) Vgl. zu vorstehendem Eide Schwabenspiegel Landrecht 130 ed. Laßberg, 109 ed. Gengler.

[2]) Vgl. c. 3, § 1 in VI. de elect. I, 6.

Digitized by Google

consistebat.[1]) Et quia de antiqua approbata et laudabili consuetudine inconvulse quod subscribitur semper extitit hactenus observatum, ideoque et nos constituimus et de imperialis decernimus plenitudine potestatis, quod is, qui modo premisso in regem fuerit Romanorum electus, peracta statim electione huiusmodi, priusquam in aliquibus causis aliis sive negociis virtute sacri imperii administret, universis et singulis principibus electoribus ecclesiasticis et secularibus, qui propinquiora sacri imperii membra esse noscuntur, omnia ipsorum privilegia, litteras, iura, libertates et concessiones, antiquas consuetudines et eciam dignitates, et quicquid ipsi ab imperio usque in diem electionis sue obtinuerunt et possederunt, absque dilacione et contradictione confirmare et approbare debeat per suas litteras et sigilla ipsisque premissa omnia innovare, postquam imperialibus fuerit infulis coronatus. Confirmacionem autem huiusmodi electus ipse cuilibet principi electori in specie primo suo nomine regali faciet et deinde sub imperiali titulo innovabit, et in hiis ipsos principes omnes in genere et quemlibet eorum in specie nullatenus impedire, sed pocius absque dolo graciose tenebitur promovere.

5. In[2]) casu denique, quo tres principes electores presentes seu absencium nuncii quartum ex se seu ipsorum consorcio, videlicet principem electorem, presentem vel absentem in regem Romanorum eligerent, vocem illius electi, si presens affuerit, aut nunciorum ipsius, si eum abesse contingeret, plenum vigorem habere et eligencium augere numerum partemque maiorem decernimus constituere ad instar ceterorum principum electorum.

Cap. III. De sessione Treverensis, Coloniensis et Maguntinensis archiepiscoporum.

In nomine sancte et individue Trinitatis feliciter amen. Karolus quartus divina favente clemencia Romanorum imperator semper augustus et Boemie rex. Ad perpetuam rei memoriam.

---

[1]) Vgl. c. 3, § 1 in VI. de elect. I, 6.

[2]) Vgl. c. 33. X. de elect. I, 6.

Digitized by

Decor et gloria sacrosancti Romani imperii et honor cesareus et rei publice grata compendia venerabilium et illustrium principum electorum concordi voluntate foventur, qui velut columpne proceres sacrum edificium circumspecte prudencie solerti pietate sustentant, quorum presidio dextra imperialis potencie roboratur, et quanto mutui favoris ampliori benignitate stringuntur, tanto uberioris pacis et tranquillitatis commoda feliciter profluunt populo christiano.

Ut igitur inter venerabiles Maguntinensem, Coloniensem necnon Treverensem archiepiscopos sacri imperii principes electores omnium licium et suspectuum [materie][a], que et qui de prioritate seu dignitate sessionum suarum in curiis imperialibus et regalibus suboriri valerent in posterum, perpetuis inantea temporibus amputentur, et ipsi in cordis et animorum quieta condicione manentes de oportunitatibus sacri imperii concordi favore et virtuose dilectionis studio conveniencius meditari valeant pro consolacione populi christiani, habita deliberacione cum omnibus principibus electoribus, tam ecclesiasticis quam secularibus, et de ipsorum consilio decernimus et de imperatorie potestatis plenitudine hac edictali lege perpetuo valitura sanccimus, quod supradicti venerabiles archiepiscopi, Treverensis videlicet ex opposito et lineari directione versus imperatoris faciem, Maguntinensis vero in suis diocesi et provincia et extra provinciam suam in toto cancellariatu suo Germanico, provincia Coloniensi dumtaxat excepta, et demum Coloniensis in suis diocesi et provincia et extra provinciam suam in tota Italia et Gallia in dextro latere Romanorum cesaris sedere possint, valeant et debeant in omnibus publicis actibus imperialibus, puta iudiciis, collacionibus feudorum et in refectionibus mensarum ac eciam in consiliis et omnibus aliis agendis, propter que contingit seu continget eos pro honore seu utilitate imperiali tractandis mutuo convenire. Et hunc modum sessionis sub omni eo ordine, sicut expressatur superius, ad predictorum Coloniensis, Treverensis, Maguntini archiepiscoporum successores perpetuo extendi volumus, ut nullo umquam tempore super hiis quevis dubietas generetur.

---

[a]) nur in T nachträglich eingefügt.

Cap. IV. De principibus electoribus in communi.

1. Statuimus insuper, ut, quocienscumque imperialem curiam exnunc inantea celebrari contigerit, in qualibet sessione, videlicet tam in consilio quam in mensa et locis aliis quibuscumque, ubi imperatorem vel regem Romanorum cum principibus electoribus sedere contigerit, a dextro latere imperatoris vel regis Romanorum immediate post archiepiscopum Maguntinensem vel Coloniensem, illum videlicet, quem tunc temporis pro qualitate locorum et varietate provinciarum iuxta privilegii sui tenorem dicto lateri dextro imperatoris assidere contigerit, rex Boemie, cum sit princeps coronatus et unctus, primum et post eum continuo comes palatinus Reni secundum sedendi loca debeant obtinere; ad sinistram vero partem immediate post illum, quem ex predictis archiepiscopis in latere sinistro sedere continget, primum locum dux Saxonie et post eum marchio Brandemburgensis alterum obtinebit.

2. Ceterum quociens et quando deinceps sacrum vacare continget imperium, extunc Maguntinensis archiepiscopus potestatem habebit, sicut potestatem habuisse dinoscitur ab antiquo, ceteros principes antedictos suos in dicta electione consortes litteratorie convocandi, quibus omnibus seu hiis, qui poterunt et voluerint interesse, in electionis termino invicem congregatis, dictus archiepiscopus Maguntinensis et non alter eorundem coelectorum suorum vota singulariter habebit inquirere ordine subsequenti: primo quidem interrogabit a Treverensi archiepiscopo, cui primam vocem competere declaramus, sicut invenimus hactenus competisse[1]), secundo a

[1]) Der Sachſenſpiegel weiſt in der ſpäteren Textform dem Mainzer Erzbiſchof die erſte Stimme zu; doch nennen die Quedlinburger Handſchrift und andere, welche den urſprünglichen Text bieten, den Trierer an erſter Stelle; Sachſenſpiegel Landrecht III, 57: In des keyseres kore sol die erste sin der biscoph von Trire, und entſprechend Lehnrecht Art. 4. Ebenſo ſtellen auch die Annales Stadenses, MG. SS. XVI, 367, die Gesta episc. Leodiens. abbreviata (1242), MG. SS. XXV, 130 und die Descriptio Theutoniae, MG. SS. XVII, 238, nicht den Mainzer, ſondern den Trierer an die erſte Stelle. Beſtätigt wurde den Erzbiſchöfen von Trier das Recht der erſten Stimme durch drei Privilegien Karls IV. von 1346, Nov. 25., Urkunden Nr. 4, von 1354, Jan. 8., Urkunden Nr. 7 und von 1356, Jan. 5., Böhmer-Huber Nr. 6861.

Digitized by Google

Coloniensi archiepiscopo, cui competit dignitas necnon officium Romanorum regi primum diadema regium imponendi, tercio a rege Boemie, qui inter electores laicos ex regie dignitatis fastigio iure et merito obtinet primaciam, quarto a comite palatino Reni, quinto a duce Saxonie, sexto a marchione Brandemburgensi; horum omnium vota premisso iam ordine dictus archiepiscopus Maguntinensis perquiret. Quo facto dicti principes sui consortes ipsum vice versa requirent, ut et ipse intencionem suam exprimat et ipsis aperiat votum suum.

3. Preterea[1]) in celebracione imperialis curie marchio Brandemburgensis aquam lavandis imperatoris vel regis Romanorum manibus ministrabit; primum vero potum rex Boemie, quem tamen sub corona regali iuxta privilegiorum regni sui continenciam, nisi libera voluntate voluerit, non tenebitur ministrare[2]); comes eciam Palatinus cibum afferre tenebitur, et dux Saxonie marescallatus officium exercebit, ut solitum est fieri ab antiquo.

Cap. V. De iure comitis Palatini et eciam Saxonie ducis.

1. Quociens insuper, ut premittitur, sacrum vacare continget imperium, illustris comes palatinus Reni sacri imperii archidapifer ad manus futuri regis Romanorum in partibus Reni et Swevie et in iure Franconico racione principatus seu comitatus Palatini privilegio esse debet provisor ipsius imperii cum potestate iudicia exercendi, ad beneficia ecclesiastica presentandi, recolligendi redditus et proventus et investiendi de feudis, iuramenta fidelitatis vice et nomine sacri imperii recipiendi, que tamen per regem Romanorum postea electum suo tempore omnia innovari et de novo sibi iuramenta ipsa prestari debebunt; feudis principum dumtaxat exceptis et illis, que vanlehen vulgariter appellantur, quorum investituram et collacionem soli imperatori vel regi Romanorum specialiter

[1]) Vgl. Schwabenspiegel Landrecht 130 ed. Laßberg, 109 ed. Gengler.

[2]) S. Privileg König Albrechts vom 17. November 1298, MG. Const. IV, Nr. 35, S. 31 und die Erneuerung Karls IV. vom 7. April 1348, Urkunden Nr. 5.

Digitized by Google

reservamus.[1]) Ipse tamen comes Palatinus omne genus alienacionis seu obligacionis rerum imperialium huiusmodi provisionis tempore expresse sibi noverit interdictum. Et eodem iure provisionis illustrem ducem Saxonie sacri imperii archimarescallum frui volumus in illis locis, ubi Saxonica iura servantur, sub omnibus modis et condicionibus, sicut superius est expressum.

2. Et quamvis imperator sive rex Romanorum super causis, pro quibus impetitus fuerit, habeat, sicut ex consuetudine introductum dicitur, coram comite palatino Reni sacri imperii archidapifero electore principe respondere, illud tamen iudicium comes ipse Palatinus non alibi preterquam in imperiali curia, ubi imperator seu Romanorum rex presens extiterit, poterit exercere.[2])

Cap. VI. De comparacione principum electorum ad alios principes communes.

Decernimus, ut in celebracione imperialis curie, quocienscumque illam deinceps perpetuo celebrari contigerit, antedicti principes electores ecclesiastici et seculares iuxta prescriptum ordinem atque modum a dextris et a sinistris immutabiliter teneant loca sua, eisque vel eorum alicui in quibuscumque actibus ad curiam ipsam spectantibus eundo, sedendo vel stando nullus princeps alius, cuiuscumque status, dignitatis, preeminencie vel condicionis existat, ullatenus preferatur, eo signanter expresso, quod nominatim rex Boemie in celebracione curiarum huiusmodi in omnibus et singulis actibus[a]

[a]) locis et actibus B.

[1]) Vgl. vor allem Schwabenspiegel Lehenrecht 147 (ed. Laßberg); außerdem Urkunde des Pfalzgrafen Ludwig vom 28. Mai 1267, MG. Const. II, Nr. 464, S. 637; Urkunde Rudolfs von Habsburg, ohne Datum (1276—1281), MG. Const. III, Nr. 121, S. 115; Ludwigs d. B. Sachsenhäuser Appellation vom 22. Mai 1324 c. 27, bei J. Schwalm, Die Appellation König Ludwigs d. B. von 1324 in ursprünglicher Gestalt (Weimar 1906) S. 25 (auch in meiner Quellensammlung S. 153, c. 8).

[2]) Vgl. Schwabenspiegel Lehenrecht 147 und 41 letzter Absatz; Landrecht 121c (ed. Laßberg); vgl. auch daselbst 128 und 124. Siehe auch Sachsenspiegel III, 52, 3 und 54, 4 und Statuta curie Nürenberg celebrate 1274 Nov. 19., MG. Const. III, Nr. 72, S. 59.

Digitized by Google

antedictis quemcumque regem alium, quacumque eciam singulari dignitatis prerogativa fulgentem, quem quovis casu seu causa venire vel adesse forte contigerit, immutabiliter antecedat.

Cap. VII. De successione principum.

1. Inter solicitudines illas innumeras, quibus pro felici statu sacri imperii, cui auctore Domino feliciter presidemus, cor nostrum cotidie fatigatur, ad hoc precipue meditacio nostra dirigitur, qualiter desiderata et salubris semper unio inter sacri imperii principes electores iugiter vigeat et eorum corda in sincere caritatis concordia conserventur, quorum providencia suo tempore orbi fluctuanti tanto celerius tantoque facilius subvenitur, quanto inter eos nullus error surrepserit et purior fuerit caritas custodita, obscuritate succisa et iure cuiuslibet dilucide declarato. Sane generaliter longe lateque est publicum et quasi per totum orbem notorie manifestum, illustres regem Boemie necnon comitem palatinum Reni, ducem Saxonie et marchionem Brandemburgensem virtute regni et principatuum suorum in electione regis Romanorum in cesarem promovendi cum ceteris principibus ecclesiasticis suis coelectoribus ius, vocem et locum habere et una cum ipsis censeri et esse veros et legitimos sacri imperii principes electores. Ne inter eorundem principum secularium electorum filios super iure, voce et potestate prefata futuris temporibus scandalorum et dissensionum possit materia suscitari, et sic bonum commune periculosis dilacionibus impediri, futuris auctore Deo cupientes periculis salubriter obviare, statuimus et imperiali auctoritate presenti lege perpetuis temporibus valitura decernimus, ut, postquam iidem principes electores seculares et eorum quilibet esse desierit, ius, vox et potestas electionis huiusmodi ad filium primogenitum legitimum laicum, illo vero non extante, ad eiusdem primogeniti primogenitum similiter laicum libere et sine contradictione cuiuspiam devolvatur. Si vero primogenitus huiusmodi absque heredibus masculis legitimis laicis ab hac luce migraret, virtute presentis imperialis edicti ius, vox et potestas electionis predicte ad seniorem fratrem laicum per veram paternalem lineam descendentem et deinceps ad illius primo-

Digitized by Google

genitum laicum devolvatur, et talis successio in primogenitis et heredibus principum eorundem in iure, voce et potestate premissis perpetuis temporibus observetur[1]); ea tamen condicione et modo, ut, si principem electorem seu eius primogenitum aut filium seniorem laicum mori et heredes masculos legitimos laicos defectum etatis pacientes relinquere contingeret, tunc frater senior eiusdem primogeniti tutor eorum et administrator existat, donec senior ex eis legitimam etatem attigerit, quam in principe electore decem et octo annos completos censeri volumus et statuimus perpetuo et haberi; quam dum exegerit, ius, vocem et potestatem et omnia ab ipsis dependencia tutor ipse sibi totaliter cum officio teneatur protinus assignare.

2. Si vero aliquem ex huiusmodi principatibus ipsorum imperio sacro vacare contingeret, tunc imperator seu rex Romanorum, qui pro tempore fuerit, de ipso providere debebit et poterit, tamquam de re ad se et imperium legitime devoluta, salvis semper privilegiis, iuribus et consuetudinibus regni nostri Boemie super electione regis in casu vacacionis per regnicolas, qui ius habent eligendi regem Boemie, facienda iuxta continenciam eorundem privilegiorum [2]) et observatam consuetudinem diuturnam a divis Romanorum inperatoribus sive regibus obtentorum, quibus ex huiusmodi sanctione imperiali in nullo preiudicari volumus, imo ipsa decernimus nunc et perpetuis futuris temporibus in omni suo tenore et forma indubiam tenere roboris firmitatem.

Cap. VIII. De regis Boemie et regnicolarum eius immunitate.[3])

Cum per divos Romanorum imperatores et reges, predecessores nostros, illustribus Boemie regibus, progenitoribus

[1]) Vgl. Karls IV. Privileg für Rudolf d. Ä. von Sachsen vom 6. Oktober 1355, Urkunden Nr. 10.

[2]) S. Karls IV. Privileg vom 7. April 1348, Codex dipl. Moraviae VII, p. 555 (Böhmer-Huber Nr. 643).

[3]) Die Vorlage zu diesem Kapitel und den beiden folgenden bildet der Entwurf eines Privilegs für Böhmen, welcher auch einem Weistum der Kurfürsten vom 7. Januar 1356 (s. die Urkunde Gerlachs von Mainz von diesem Tage, Urkunden Nr. 20) zugrunde gelegt ist. Vgl. außerdem zu den

et predecessoribus nostris, necnon regno Boemie eiusdemque regni corone olim concessum fuerit graciosius et indultum sitque in regno eodem a tempore, cuius contrarii hodie non existit memoria, consuetudine laudabili inconvulse servata diuturnitate temporum et prescripta moribus utencium sine contradictionis aut interrupcionis obstaculo introductum, quod nullus princeps, baro, nobilis, miles, cliens, burgensis, civis, nulla denique persona eiusdem regni et pertinenciarum eius ubicumque consistencium, cuiuscumque status, dignitatis, preminencie vel condicionis existat, ad cuiuscumque actoris instanciam extra regnum ipsum ad quodcumque tribunal seu alterius preterquam regis Boemie et iudicum regalis curie sue iudicium citari potuerit sive trahi nec vocari debeat perpetuis inantea temporibus sive possit: ideoque privilegium, consuetudinem et indultum huiusmodi auctoritate imperiali et de imperialis potestatis plenitudine ex certa sciencia innovantes et eciam confirmantes hac presenti nostra constitucione imperiali perpetuis temporibus valitura statuimus, ut, si contra privilegium, consuetudinem vel indultum prefatum quispiam predictorum, puta princeps, baro, nobilis, miles, cliens, civis, burgensis seu rusticus aut alia quecumque persona premissa ad cuiuscumque tribunal extra regnum predictum Boemie in quacumque causa criminali, civili vel mixta[1]) seu super quocumque negocio citatus fuerit quocumque tempore vel citata, comparere vel in iudicio respondere minime

drei Kapiteln Karls IV. Urkunde über die Vereinigung der sog. Oberpfalz mit dem Königreich Böhmen vom 5. April 1355, Olenschlager, Neue Erläuterung der Guldenen Bulle, UB. Nr. 27, S. 76—80; ferner zu Cap. VIII und XI folgende Privilegien für die Trierer Kirche: das Privilegium de non evocando, Böhmer, Regesten Ludwigs d. B. Nr. 1489 von 1332, Aug. 23. (Sammelprivileg), wiederholt Böhmer-Huber Nr. 270 von 1346, Nov. 25. (im Sammelprivileg), B.-H. Nr. 285 von 1346, Dez. 2., B.-H. Nr. 1732 von 1354, Jan. 8., B.-H. Nr. 6861 von 1356, Jan. 5. (Sammelprivileg; von den drei letztgenannten Abschriften im Apparat der Mon. Germ.); sowie das Kurfürstenweistum von 1353, Dez. 3., Urkunden Nr. 6.

[1]) Vgl. die in voriger Anmerkung angeführte Inkorporationsurkunde: pro quacumque causa civili, criminali seu mixta, und entsprechend B.-H. Nr. 6861 sowie B.-H. Nr. 1724 von 1354, Jan. 8. Siehe auch Richtsteig Landrechts cap. 5: Wete, dat alle clagen sin drierleie. De erste clage is borgerlik ..... De ander is pinlik. De drudde clage het en vormischede clage.

Digitized by Google

teneatur. Quodsi adversus huiusmodi non comparentes vel comparentem a quocumque iudice, cuiuscumque auctoritatis existat, extra regnum ipsum Boemie constituto iudicialiter procedi, processus fieri seu sentencias interlocutorias vel non diffinitivas, unam vel plures, in quibuscumque prenominatis causis sive negociis quovis modo ferri et promulgari continget, auctoritate premissa de plenitudine insuper antedicte imperatorie potestatis citaciones, precepta, processus et sentencias huiusmodi necnon execuciones et omnia, que ex eis vel aliquo eorum quomodolibet sequi, attemptari possent vel fieri, irritamus penitus et cassamus. Adicientes expresse et edicto imperiali perpetuo valituro eadem auctoritate et de premisse potestatis plenitudine decernentes, ut, quemadmodum in predicto regno Boemie a tempore, cuius contrarii non habetur memoria, iugiter observatum existit, ita nulli prorsus principi, baroni, nobili, militi, clienti, civi, burgensi seu rustico, nulli demum persone seu incole regni Boemie sepedicti, cuiuscumque status, preminencie, dignitatis vel condicionis existant vel existat, a quibuscumque processibus, sentenciis interlocutoriis vel diffinitivis sive preceptis regis Boemie aut quorumcumque suorum iudicum necnon execucionibus eorundem contra se in regali iudicio seu coram regis regni seu predictorum iudicum tribunalibus factis aut latis, habitis vel ferendis inantea seu fiendis liceat ad quodcumque aliud iudicium appellare. Provocaciones quoque seu appellaciones huiusmodi, si quas contra hoc interponi contigerit, eo ipso viribus non subsistant, et appellantes ipsi penam perdicionis causarum ipso facto se noverint incurrisse.

Cap. IX. De auri, argenti et aliarum specierum mineris.

Presenti[1]) constitucione imperpetuum valitura statuimus ac de certa sciencia declaramus, quod successores nostri Boemie reges necnon[2]) universi et singuli principes

[1]) Vgl. B.-H. Nr. 270 und Nr. 1735 von 1334 Jan. 8. (Abschrift im Apparat der Mon. Germ.). Vgl. S. 22 Anm. 3.

[2]) Durch Sperrdruck sind in diesem und dem folgenden Kapitel diejenigen Worte hervorgehoben, welche dem Privilegienentwurf für Böhmen

Digitized by Google

electores ecclesiastici et seculares, qui perpetuo fuerint, universas auri et argenti fodinas atque mineras stanni, cupri, ferri, plumbi et alterius cuiuscumque generis metalli ac eciam salis tam inventas quam inveniendas in posterum quibuscumque temporibus in regno predicto ac terris et pertinenciis eidem regno subiectis, necnon supradicti principes in principatibus, terris, dominiis et pertinenciis suis tenere iuste possint et legitime possidere cum omnibus iuribus, nullo prorsus excepto, prout possunt seu consueverunt talia possideri, necnon Iudeos habere, thelonea in preterito statuta et indicta percipere, quodque progenitores nostri reges Boemie felicis memorie ipsique principes electores ac progenitores et predecessores eorum legitime potuerint usque in presens, sicut hoc antiqua laudabili et approbata consuetudine diuturnique ac longissimi temporis cursu prescripta noscitur observatum.

Cap. X. De monetis.

Statuimus preterea, ut regi Boemie successori nostro, qui fuerit pro tempore, sicut constat ab antiquo illustris memorie Boemie regibus nostris predecessoribus licuisse et in possessione pacifica continua ipsos fuisse iuris subsequentis: videlicet monetas auri et argenti in omni loco et parte regni sui et subditarum ei terrarum et pertinenciarum omnium, ubi rex ipse decreverit sibique placuerit, cudi facere et mandare sub omni modo et forma in regno ipso Boemie in hiis ad hec usque tempora observatis; quodque futuris perpetuo Boemie regibus, hac nostra imperiali constitucione et gracia perpetuo valituris, a quibuscumque principibus, magnatibus, comitibus ac personis aliis quascumque terras, castra, possessiones, predia sive bona liceat emere, comparare seu in donum vel donacionem ex quacumque causa aut in obligacionem recipere sub talium terrarum, castrorum, possessionum, prediorum seu bonorum condicione consueta, ut videlicet propria recipiantur vel comparentur ut propria, libera velut libera, et ea, que dependent in feudum, similiter

---

(ſ. S. 22 Anm. 3) hinzugefügt ſind, um deſſen Beſtimmungen auf alle Kurfürſten auszudehnen.

Digitized by

emantur in feudum, seu comparata taliter teneantur; ita tamen, quod ipsi reges Boemie de hiis, que hoc modo comparaverint vel receperint et regno Boemie duxerint applicanda, ad pristina ac consueta iura de talibus sacro explenda et reddenda imperio sint astricti. Presentem nichilominus constitucionem et graciam virtute presentis legis nostre imperialis ad universos principes electores tam ecclesiasticos quam seculares, successores et legitimos heredes ipsorum plene extendi volumus sub omnibus modis et condicionibus, ut prefertur.

Cap. XI. De immunitate principum electorum.

Statuimus[1]) eciam, ut nulli comites, barones, nobiles, feudales, vasalli, castrenses, milites, clientes, cives, burgenses, nulle quoque persone Coloniensi, Maguntinensi et Treverensi ecclesiis subiecti vel subiecte, cuiuscumque status, condicionis vel dignitatis existant, ad cuiuscumque actoris instanciam extra territorium et terminos ac limites earundem ecclesiarum et pertinenciarum suarum ad quodcumque aliud tribunal seu cuiusvis alterius preterquam archiepiscoporum Maguntinensis, Treverensis et Coloniensis et iudicum suorum iudicium citari potuerint temporibus retroactis vel trahi seu vocari debeant perpetuis inantea temporibus sive possint, sicut preteritis invenimus temporibus observatum. Quod si contra presens edictum nostrum predictos ecclesiarum Treverensis, Maguntinensis seu Coloniensis subditos vel eorum aliquem seu aliquos ad cuiuscumque instanciam seu ad cuiuscumque tribunal pro quacumque causa criminali, civili vel mixta seu quocumque negocio extra territorium, limites seu terminos dictarum ecclesiarum vel alicuius earum citari contingeret, comparere vel respondere minime teneantur, et citacio ac processus et sentencie interlocutorie vel diffinitive contra non venientes a talibus iudiciis extraneis late vel facte, fiende vel ferende necnon precepta et premissorum execuciones et omnia, que ex eis vel aliquo eorum quomodolibet sequi, attemptari possent vel fieri, irrita decernimus eo ipso. Adi-

[1]) Vgl. oben Kapitel VIII und S. 22 Anm. 3.

Digitized by Google

cientes expresse, quod nulli comiti, baroni, nobili, feudali, vasallo, castrensi, militi, clienti, civi, rustico, nulli demum persone ecclesiis huiusmodi subiecte seu eius incole, cuiuscumque status, dignitatis vel condicionis existant, a processibus, sentenciis interlocutoriis et diffinitivis sive preceptis archiepiscoporum et ecclesiarum huiusmodi vel suorum officiatorum temporalium aut execucionibus eorundem contra se in archiepiscopali seu officiatorum predictorum iudicio factis aut latis, habitis vel ferendis inantea seu fiendis ad quodcumque tribunal aliud liceat appellare, quamdiu in archiepiscoporum predictorum et suorum iudicio querulantibus non fuerit iusticia denegata. Appellaciones contra hoc factas non recipi statuimus cassasque et irritas nunciamus. In defectu vero iusticie predictis omnibus ad imperialem dumtaxat curiam et tribunal seu iudicis immediate in imperiali curia pro tempore presidentis audienciam, et eciam eo casu non ad quemvis alium iudicem, sive ordinarium sive eciam delegatum, hiis, quibus denegata fuerit iusticia, liceat appellare. Quicquid vero contra premissa factum fuerit, sit irritum eo ipso. Eandem constitucionem virtute presentis legis nostre imperialis ad illustres comitem palatinum Reni, ducem Saxonie et marchionem Brandemburgensem principes electores seculares sive laicos, heredes, successores et subditos eorum plene extendi volumus sub omnibus modis et condicionibus, ut prefertur.

Späterer Zuſatz Karls IV.[1]): Hanc autem legem propter quedam dubia, que ex ea suborta fuerunt, de illis dumtaxat feudalibus, vasallis et subditis debere declaramus intelligi, qui feuda, bona et possessiones a principibus electoribus ecclesiasticis et secularibus dependentes, que de temporali ipsorum iurisdictione consistunt, obtinere noscuntur et actualiter ac realiter resident in eisdem. Si vero tales electorum principum vasalli et homines ab aliis eciam archiepiscopis, episcopis sive principibus similia feuda possident et larem fovent in illis, extunc, si iidem archiepiscopi, episcopi vel principes ab imperio bannum habent et privilegium duella coram se agi permittere, apud illos agatur de talibus; alioquin ad imperialis curie iudicis examen super hiis decernimus recurrendum.

---

[1]) Der Zuſatz iſt in B von gleichzeitiger Hand jedenfalls vor dem 3. März 1358 an den Rand geſchrieben; ſ. Urkunden Nr. 35, und dazu Zeitſchrift d. Savigny-Stift., germ. Abt. XXIII, S. 264 ff.

Digitized by Google

Cap. XII. De congregacione principum.

Inter illas multiplices rei publice curas, quibus assidue mens nostra distrahitur, multa consideracione necessarium fore prospexit nostra sublimitas, ut sacri imperii principes electores ad tractandum de ipsius imperii orbisque salute frequencius solito congregentur, qui solide bases imperii et columpne immobiles, quemadmodum per longinquas ad invicem terrarum consistunt distancias, ita de incumbentibus regionum sibi cognitarum defectibus referre simul et conferre noverunt sanisque providencie sue consiliis non ignorant accomodis talium reformacionibus salubriter opem dare. Hinc est, quod in solempni curia nostra, in Nuremberg cum venerabilibus ecclesiasticis et illustribus secularibus principibus electoribus et multis aliis principibus et proceribus per nostram celsitudinem celebrata, habita cum eisdem principibus electoribus deliberacione et de ipsorum consilio pro bono et salute communi cum dictis principibus electoribus tam ecclesiasticis quam secularibus duximus ordinandum: quod iidem principes electores de cetero per singulos annos semel, transactis a festo Pasche resurrectionis dominice quatuor septimanis continue numerandis, in aliqua civitatum sacri imperii personaliter congregentur, et ad idem tempus proxime affuturum seu anno presenti colloquium seu curia et congregacio huiusmodi in civitate nostra imperiali Metensi per nos et eosdem principes celebretur, ac tunc et deinceps die quolibet congregacionis huiusmodi locus per nos, quo sequenti anno conveniant, ipsorum consilio statuatur, hac nostra ordinacione ad nostrum et ipsorum dumtaxat beneplacitum duratura. Qua durante ipsos sub nostro imperiali conductu recipimus ad dictam curiam accedendo, stando et eciam recedendo. Preterea ne tractatus communis salutis et pacis per tractum et moram solacii seu excessivam frequentacionem convivii retardetur, ut aliquando fieri est consuetum, concordi voluntate duximus ordinandum, ut deinceps curia seu congregacione prefata durante generales omnium principum celebrare alicui non liceat invitatas, particulares vero, que agendorum expedicionem non impediant, cum moderamine sint permisse.

Digitized by Google

[Cap. XIII.] De revocacione privilegiorum.

Preterea statuimus et hoc imperiali perpetuo sanccimus edicto, quod universa privilegia et littere quibuscumque personis, cuiuscumque status, preminencie vel dignitatis existant, seu civitatum, opidorum et quorumlibet locorum universitatibus super quibuscumque iuribus, graciis, emunitatibus, consuetudinibus seu rebus aliis eciam proprio motu seu alias a nobis vel recolende memorie divis Romanorum imperatoribus et regibus predecessoribus nostris sub quibuscumque verborum tenoribus concessa et concesse seu a nobis vel successoribus nostris, Romanorum imperatoribus et regibus, futuris temporibus concedenda seu eciam concedende non debeant aut possint libertatibus, iurisdictionibus, iuribus, honoribus seu dominiis principum electorum sacri imperii ecclesiasticorum et secularium aut alicuius ipsorum in aliquo penitus derogare, eciam si in talibus privilegiis et litteris quarumlibet personarum, cuiuscumque preminencie, dignitatis aut status extiterint, ut prefertur, seu universitatum huiusmodi expresse cautum sit vel fuerit in futurum, quod revocabilia seu revocabiles esse non debeant, nisi de ipsis et toto in eis comprehenso tenore in tali revocacione fieret de verbo ad verbum seriatim mencio specialis.[1]) Huiusmodi namque privilegia et litteras, si et in quantum libertatibus, iurisdictionibus, iuribus, honoribus seu dominiis, que superius exprimuntur, dictorum principum electorum aut alicuius ipsorum derogare vel obviare censentur in aliquo, quoad hoc revocamus ex certa sciencia et cassamus revocataque et revocatas intelligi, reputari et haberi decernimus de plenitudine imperatorie potestatis.

[Cap. XIV.] De hiis, quibus ut indignis auferuntur bona feudalia.

In plerisque partibus vasalli et feudotarii dominorum feuda seu beneficia, que a dominis ipsis obtinent, intempestive verbaliter et in fraude renunciant seu resignant eadem et

[1]) Vgl. Karls IV. Privileg für die Stadt Köln vom 8. Dezember 1355, Lacomblet, Niederrheinisches Urkundenbuch III, Nr. 547, S. 456.

Digitized by Google

facta resignacione huiusmodi dominos ipsos maliciose diffidant suasque inimicicias eis denunciant dampna ipsis subsequenter gravia inferendo et beneficia seu feuda sic relicta pretextu guerre seu inimicicie iterum invadunt et occupant ac detinent occupata. Eapropter presenti constitucione in perpetuum valitura sanccimus, quod talis resignacio seu renunciacio haberi debeat pro non facta, nisi libere et realiter facta fuerit per eosdem, ita quod possessio beneficiorum et feudorum huiusmodi dominis ipsis corporaliter et realiter assignetur, in tantum, quod nullo unquam tempore diffidantes ipsi in bonis, feudis seu beneficiis resignatis dominos ipsos perturbent per se vel alios aut molestent nec ad hoc consilium prestent, auxilium vel favorem. Contrarium faciens seu dominos suos in beneficiis et feudis resignatis vel non resignatis invadens quomodolibet vel perturbans vel dampna in ipsis inferens seu consilium, auxilium prestans talia facientibus vel favorem feuda et beneficia huiusmodi eo ipso amittat, infamis existat et banno imperiali subiaceat, et nullus ad feuda vel beneficia huiusmodi pateat ei de cetero quocumque tempore aditus vel regressus, nec de novo concedi sibi valeant ullo modo, et facta eis contra hoc[a] illorum concessio seu investitura secuta viribus non subsistat. Postremo omnes penas predictas illos vel illum, qui predicta resignacione non facta contra dominos suos fraudulenter agentes vel agens scienter eos invaserint vel invaserit, diffidacione quacumque previa vel obmissa, vigore presentis sanccionis incurrere decernimus ipso facto.

[Cap. XV.] De conspiracionibus.

Detestandas preterea et sacris legibus reprobatas conspiraciones et conventiculas[1]) seu colligaciones illicitas in civitatibus et extra vel inter civitatem et civitatem, inter personam et personam sive inter personam et civitatem pre-

[a]) ac M. T. C. Col. 2.

[1]) Vgl. den Ronkaliſchen Landfrieden von 1158, MG. Const. I, Nr. 176, c. 6, p. 246, dem die Stelle conventiculas — parentele faſt wörtlich entlehnt iſt. Vgl. außerdem hierzu und zu dem folgenden Karls IV. Privileg für den Erzbiſchof von Köln vom 18. Dezember 1353, Lacomblet III, Nr. 591, S. 496 (Böhmer-Huber Nr. 1685).

Digitized by Google

textu parentele seu recepcionis in cives vel alterius cuiuscumque coloris coniuraciones, insuper et confederaciones et pacta necnon et consuetudinem circa huiusmodi introductam, quam censemus pocius corruptelam, reprobamus, dampnamus et ex certa sciencia irritamus, quas civitates seu persone cuiuscumque dignitatis, condicionis aut status sive inter se sive cum aliis absque auctoritate dominorum, quorum subditi vel ministeriales seu in quorum districtu consistunt, eisdem dominis nominatim non exceptis fecerunt hactenus et facere presumpserint in futuro, sicut eas per sacras divorum augustorum predecessorum nostrorum leges prohibitas non ambigitur et cassatas; illis confederacionibus et ligis dumtaxat exceptis, quas principes et civitates ac alii super generali pace provinciarum atque terrarum inter se firmasse noscuntur; illas enim nostre declaracioni specialiter reservantes in suo decernimus vigore manere, donec de hiis aliud duxerimus ordinandum. Personam singularem, que de cetero contra tenorem presentis constitucionis nostre et legis antique super hoc edite confederaciones, colligaciones, conspiraciones et pacta huiusmodi inire presumpserit, ultra penam legis eiusdem notam infamie et penam decem librarum auri, civitatem vero vel universitatem in hanc legem nostram similiter committentem centum librarum auri necnon amissionis et privacionis libertatum et privilegiorum imperialium penas incurrere decernimus eo ipso, medietate pene huiusmodi pecuniarie fisco imperiali, reliqua vero domino districtus, in cuius preiudicium facte fuerint, applicanda.

[Cap. XVI.] De pfalburgeriis.

Ceterum quia nonnulli cives et subditi principum, baronum et aliorum hominum, sicuti frequens ad nos querela perduxit, iugum originarie subiectionis querentes abicere, ymo ausu temerario contempnentes, in aliarum civitatum cives recipi se procurant et frequencius in preterito procurarunt et nichilominus in priorum dominorum, quos tali fraude presumpserunt vel presumunt deserere, terris, civitatibus, opidis et villis corporaliter residentes civitatum, ad quas hoc modo se transferunt, libertatibus gaudere et ab eis defensari contendunt, qui in partibus Alamannie pfalburgerii consueverunt

Digitized by Google

vulgariter appellari, quoniam igitur patrocinari non debent alicui fraus et dolus, de imperatorie potestatis plenitudine, omnium principum electorum ecclesiasticorum et secularium sano accedente consilio, ex certa sciencia statuimus et presenti lege perpetuo valitura sanccimus: quod predicti cives et subditi eis quibus subsunt taliter illudentes in omnibus terris, locis et provinciis sacri imperii a presenti die imposterum civitatum, in quarum cives tali fraude recipi se[a] procurant vel hactenus procurarunt, iuribus et libertatibus in nullo pociantur, nisi ad huiusmodi civitates corporaliter et realiter transeuntes ibique larem foventes continue et vere, ac non ficte residenciam facientes debita onera et municipalia subeant munera in eisdem. Si qui[b] vero contra presentis nostre legis tenorem recepti sunt vel fuerint in futurum, illorum recepcio omni careat firmitate, et recepti, cuiuscumque condicionis, dignitatis aut status existant, in nullo casu penitus sive causa civitatum, ad quas recipi se procurant, iuribus vel libertatibus gaudeant quomodolibet vel fruantur, non obstantibus quibuscumque iuribus, privilegiis vel consuetudinibus observatis quantocumque tempore et obtentis, quas et que, in quantum presenti nostre legi obviant, presentibus ex certa sciencia revocamus de predicte imperialis plenitudine potestatis omnique carere decernimus robore firmitatis, circa premissa omnia principum, dominorum et aliorum hominum, quos taliter deseri contigit et continget in posterum, iuribus circa personas et bona subditorum quorumcumque ipsos sepedicto modo deserencium semper salvis. Hos nichilominus, qui sepedictos cives et subditos alienos recipere contra presentis nostre legis disposicionem presumpserint vel recipere in preterito presumpserunt, si eos omnino non dimiserint infra mensem post intimacionem presencium eis factam. penam centum marcarum[c] auri puri pro transgressione huiusmodi tociens, quociens deinceps factum fuerit, incurrere decernentes, quarum medietas imperiali fisco nostro, reliqua vero dominis illorum, qui recepti fuerint, irremissibiliter applicetur.

---

[a]) recipisse Arg. 1. 3. [b]) quis Arg. 1. 2. 3. [c]) penam centum marcarum nur in Arg. 1. 2. 3; centum marcarum C. T; centum marcas b e übrigen.

Digitized by

[Cap. XVII.] De diffidacionibus.

Eos, qui de cetero adversus aliquos iustam diffidacionis causam se habere fingentes ipsos in locis, ubi domicilia non obtinent aut ea communiter non inhabitant, intempestive diffidant, declaramus dampna quecumque per incendia, spolia vel rapinas diffidatis ipsis cum honore suo inferre non posse. Et quia patrocinari non debent alicui fraus et dolus, presenti constitucione imperpetuum valitura sanccimus, diffidantes[a] huiusmodi quibuscumque dominis aut personis, cum quibus aliqui fuerint in societate, familiaritate vel honesta quavis amicicia conversati, sic factas vel fiendas in posterum non valere, nec licere pretextu diffidacionis cuiuslibet quempiam invadi per incendia, spolia vel rapinas, nisi diffidacio per tres dies naturales ipsi diffidando personaliter vel in loco, quo habitare consuevit, publice fuerit intimata possitque de intimacione huiusmodi per testes idoneos fieri plena fides. Quisquis secus quempiam diffidare et invadere modo premisso presumpserit, infamiam eo ipso incurrat, ac si nulla diffidacio facta esset; quem eciam tamquam proditorem per quoscumque iudices penis legalibus statuimus castigari.

Prohibemus eciam et dampnamus universas et singulas guerras et lites iniustas, cuncta quoque iniusta incendia, spolia et rapinas, indebita et inconsueta thelonea et conductus et exactiones pro ipsis conductibus extorqueri consuetas sub penis, quibus sacre leges premissa et eorum quodlibet sancciunt punienda.

[Cap. XVIII.] Littera intimacionis.

Vobis[1]) illustri et magnifico principi domino marchioni Brandemburgensi sacri imperii archicamerario coelectori et amico nostro carissimo electionem Romanorum regis, que ex

[a]) nur T verbessert richtig diffidaciones.

[1]) Vgl. die Wahlausschreiben von 1291, Nov. 7. und Dez 7, MG. Const. III, Nr. 468. 469, S. 455 ff.; von 1314, Juni 5, Olenschlager, Staatsgeschichte, UB. Nr. 22, S. 61 und Kindlinger, Sammlung merkwürdiger Nachrichten S. 60 (Böhmer, Reg. Ludwigs d. B., Reichssachen Nr. 18); von 1346, Mai 20, Kindlinger a. a. O. S. 65 (Böhmer-Huber, Reichssachen Nr. 1) und von 1348, Dez. 30, Würdtwein, Subsidia VI, 253 (Böhmer-Huber, Reichssachen Nr. 67).

Digitized by Google

racionabilibus causis imminet facienda, presentibus intimamus vosque ex officii nostri debito ad electionem prefatam rite vocamus, quatenus a die tali etc. infra tres menses continuo computandos per vos seu nuncios aut procuratores vestros unum vel plures sufficiens mandatum habentes ad locum debitum iuxta formam sacrarum legum super hoc editarum venire curetis, deliberaturi, tractaturi et concordaturi cum aliis comprincipibus et coelectoribus vestris et nostris de electione futuri regis Romanorum in imperatorem postmodum favente Domino promovendi, in eodem mansuri usque ad plenam consummacionem electionis huiusmodi et alias facturi et processuri, prout in sacris legibus super hoc deliberate editis invenitur expressum. Alias, non obstante vestra seu vestrorum absencia, in premissis una cum aliis comprincipibus et coelectoribus nostris, prout legum ipsarum sanccivit auctoritas, finaliter procedemus.

[Cap. XIX.] Forma procuratorii mittendi per eum principem electorem, qui nuncios suos ad electionem faciendam duxerit destinandum.

Nos[1]) talis Dei gracia etc. sacri imperii etc. Notum facimus tenore presencium universis, quod, cum electio Romanorum regis ex racionabilibus causis imminet facienda, nos de honore et statu sacri imperii solicitudine debita intendere cupientes, ne tam gravibus dispendiis periculose subiaceat, de fide et circumspectionis industria dilectorum nobis . . et . . fidelium nostrorum obtinentes utique presumpcionis indubie fiduciam singularem, ipsos et quemlibet eorum in[2]) solidum, ita quod non sit melior condicio occupantis sed quod per unum (eorum) inceptum fuerit, per alium finiri valeat et licite terminari, omni iure, modo et forma, quibus melius et efficacius possumus seu valemus, nostros veros et legitimos procuratores et nuncios speciales facimus, constitui-

[1]) Vgl. die Wahlprokuratorien von 1314, Mai 15. und Oktober 15, Olenschlager, Staatsgeschichte, UB. Nr. 21, S. 60 und Nr. 24, S. 62 (Böhmer, Reg. Ludwigs d. B., Reichssachen Nr. 17 und 35), aber auch das allgemeine Formular für Prokuratorien bei Johann von Bologna, Summa III, 3 f., Quellen und Erörterungen z. bayer. u. deutschen Gesch. IX, 2, S. 617 f.

[2]) in solidum — occupantis Dig. III, 3, 32; vgl. das. XLII, 1, 19.

Digitized by Goog

mus et ordinamus ad tractandum ubilibet una cum aliis comprincipibus et coelectoribus nostris tam ecclesiasticis quam secularibus et cum ipsis concordandum, conveniendum et concludendum de persona quacumque habili ac idonea in regem Romanorum eligenda et ipsis tractatibus super electione talis persone habendis pro nobis loco et nomine nostris interessendum, tractandum et deliberandum necnon vice et nomine nostris eandem personam nominandum et in ipsam consenciendum ac eam[a] in regem Romanorum, promovendum ad sacrum imperium, eligendum ac in animam nostram prestandum, quodcumque iuramentum necessarium, debitum seu consuetum fuerit circa premissa et quodlibet premissorum, alium vel alios procuratores in solidum substituendum et revocandum et omnia et singula faciendum, que in premissis et circa premissa eciam usque ad consumacionem tractatuum, nominacionis, deliberacionis et electionis huiusmodi de presenti faciende necessaria aut utilia fuerint seu eciam quomodolibet oportuna, eciam si premissa vel eorum quodlibet mandatum exigant speciale, eciam si maiora vel magis singularia fuerint supradictis, et que nosmet ipsi facere possemus, si huiusmodi tractatuum, deliberacionis, nominacionis et electionis future negociis presentes et personaliter adessemus, gratum et ratum habentes et habere volentes et nos perpetuo habituros firmiter promittentes, quicquid per antedictos procuratores seu nuncios nostros necnon substitutos aut substituendos ab ipsis seu eorum altero in premissis seu premissorum quolibet actum, gestum seu factum fuerit aut quomodolibet ordinatum.

[Cap. XX.] De unione principatuum electorum et iurium eis connexorum.

Cum[1]) universi et singuli principatus, quorum virtute seculares principes electores ius et vocem in electione regis Romanorum in cesarem promovendi obtinere noscuntur, cum iure huiusmodi necnon officiis, dignitatibus et iuribus aliis eis

[a]) So T. C; die übrigen eciam.

[1]) Vgl. die Weistümer für Pfalz und Brandenburg vom 7. Januar 1356, insbesondere ersteres, Urkunden Nr. 21. 22.

Digitized by Google

et cuilibet eorum annexis et dependentibus ab eisdem adeo coniuncti et inseparabiliter sint uniti, quod ius, vox, officium et dignitas, alia quoque iura ad quemlibet principatuum eorundem spectancia cadere non possint in alium preter illum, qui principatum ipsum cum terra, vasallagiis, feudis et dominio ac eius pertinenciis universis dinoscitur possidere, presenti edicto imperiali perpetuo valituro sanccimus, unumquemque principatuum predictorum cum iure et voce electionis ac officio ceterisque omnibus dignitatibus, iuribus et pertinenciis ad ipsum spectantibus ita perseverare et esse debere unitum perpetuis temporibus indivisibiliter et coniunctum, quod possessor principatus cuiuslibet eciam iuris, vocis, officii, dignitatis et pertinenciarum omnium ad illum spectancium quieta debeat et libera possessione gaudere ac princeps elector ab omnibus reputari ipseque et nemo alius per ceteros principes electores ad electionem et omnes actus alios pro sacri imperii honore vel oportunitate gerendos omni tempore assumi sine contradictione qualibet et admitti, nec aliquod premissorum ab altero, cum sint et esse debeant inseparabilia, dividi vel ullo tempore debeat separari aut in iudicio vel extra divisim repeti valeat aut evinci vel eciam per sentenciam separari, nec aliquis unum sine alio impetens audiatur. Quod si per errorem vel alias auditus quis fuerit, aut processus, iudicium, sentencia vel aliquid huiuscemodi contra presentem disposicionem nostram emanaverit seu quomodolibet attemptari contigerit, hoc totum et omnia ex hiis et quolibet eorum sequencia eo ipso viribus non subsistant.

[Cap. XXI.] De ordine processionis inter archiepiscopos.

Quoniam autem superius in principio constitucionum nostrarum presencium circa ordinem sessionis ecclesiasticorum principum electorum in consilio et in mensa et alias, quociens imperialem curiam celebrari seu principes electores deinceps cum imperatore vel rege Romanorum congregari contigerit, sufficienter duximus providendum[1]), super qua priscis audivimus temporibus pluries disceptatum, expedire credimus

[1]) Siehe oben III.

Digitized by Google

eciam processionis et deambulacionis inter eos ordinem diffinire. Quapropter hoc perpetuo imperiali edicto decernimus, ut, quocienscumque in congregacione imperatoris vel regis Romanorum et principum predictorum imperatore vel rege ipso deambulante insignia ante faciem suam portari contigerit, archiepiscopus Treverensis in directa dyametrali linea ante imperatorem vel regem transeat, illique soli medii inter eos ambulent, quos imperialia vel regalia continget insignia deportare. Dum autem imperator vel rex absque insigniis eisdem incesserit, extunc idem archiepiscopus imperatorem vel regem prefato modo precedat, ita quod nemo penitus inter eos medius habeatur, aliis duobus archiepiscopis electoribus loca sua iuxta distinctionem provinciarum suarum circa sessionem superius declaratam eciam circa processionem perpetuo servaturis.

[Cap. XXII.] De ordine processionis principum electorum, et per quos insignia deportentur.

Ad declarandum autem in imperatoris vel regis Romanorum deambulantis presencia processionis ordinem principum electorum, de qua supra fecimus mencionem [1]), statuimus, ut, quocienscumque in celebracione imperialis curie principes electores cum imperatore vel rege Romanorum in quibuscumque actibus vel solempnitatibus processionaliter ambulare contigerit et imperialia vel regalia debuerint insignia deportari, dux Saxonie imperialem seu regalem ensem deferens imperatorem seu regem immediate precedat et inter illum et archiepiscopum Treverensem medius habeatur; comes vero Palatinus pomum imperiale portans a latere dextro et marchio Brandemburgensis sceptrum deferens a sinistro latere ipsius ducis Saxonie lineariter gradiantur; rex autem Boemie imperatorem seu regem ipsum immediate nullo interveniente sequatur.

[Cap. XXIII.] De benedictionibus archiepiscoporum in presencia imperatoris.

Quociens insuper in imperatoris vel regis Romanorum presencia missarum solempnia celebrari ac Maguntinensem,

[1]) Siehe XXI.

Digitized by Google

Treverensem et Coloniensem archiepiscopos vel duos ex eis adesse contigerit, in confessione, que ante missam dici consuevit, ac in porrectione ewangelii osculandi et pace post Agnus Dei portanda necnon et in benedictionibus post finita missarum solempnia ac eciam ante mensam faciendis et in graciis post cibum acceptum agendis is inter eos ordo servetur, prout de ipsorum consilio duximus ordinandum: quod prima die hec omnia et singula a primo, secunda die a secundo, tercia vero a tercio peragantur. Primum autem vel secundum seu tercium hoc casu, secundum, quod prius vel posterius quilibet eorum consecratus existit, debere intelligi declaramus. Et ut se invicem honore condigno ac decenti preveniant et exemplum aliis prebeant invicem honorandi, is, quem circa premissa ordo tetigerit, ad hec alterum connivencia et caritativa inclinacione invitet et tunc demum ad premissa procedat seu quodlibet premissorum.

Digitized by Google

B. Die Metzer Gesetze vom 25. Dezember 1356.

Infrascripte[a] *leges promulgate sunt in curia Metensi per dominum Karolum quartum Romanorum imperatorem et Boemie regem augustum, anno Domini millesimo trecentesimo quinquagesimo sexto, in*[b] *die nativitatis Christi, assistentibus sibi omnibus sacri Romani imperii electoribus, presentibus dominis venerabili in Christo patre domino T(alayrando) episcopo Albanensi sancte Romane ecclesie cardinali ac Karolo regis Francie primogenito Normandie duci*[c] *illustri ac delphino Wiennensi.*

[Cap. XXIV.]

Si[1]) quis cum principibus, militibus vel privatis, seu quibuscumque personis plebeis eciam scelestam factionem aut factionis ipsius inierit sacramentum vel dederit de nece venerabilium et illustrium nostrorum et sacri Romani imperii tam ecclesiasticorum quam secularium principum electorum seu alterius eorundem (nam et ipsi pars corporis nostri sunt; eadem enim severitate voluntatem sceleris qua effectum puniri iura voluerunt): ipse quidem utpote maiestatis reus gladio feriatur, bonis eius omnibus fisco nostro addictis; filii vero eius, quibus vitam imperiali specialiter lenitate concedimus (paterno enim deberent perire supplicio, in quibus paterni, hoc est hereditarii criminis metuuntur exempla), a materna vel avita, omni eciam proximorum hereditate et successione habeantur alieni, testamentis extraneorum nihil capiant, sint perpetuo egentes et pauperes, infamia eos paterna semper comitetur, ad nullum unquam honorem, nulla prorsus sacramenta perveniant, sint postremo tales, ut hiis perpetua egestate

a) Diese Überschrift fehlt in C. P. T. b) Die Worte in — Christi hier nur in M; in B. N am Ende der Überschrift; fehlen ganz in F.
c) So B. M. N.

1) Das in petit Gedruckte ist aus Cod. Iust. IX, 8, 5 entnommen.

Digitized by Google

sordentibus sit et mors solacium et vita supplicium; denique iubemus eos esse notabiles sine venia, qui pro talibus unquam apud nos intervenire temptaverint. Ad filias sane eorum, quolibet numero fuerint, Falcidiam tantum ex bonis matris, sive testata sive intestata defecerit, volumus pervenire, ut habeant mediocrem pocius filie alimoniam, quam integrum emolumentum ac nomen heredis consequantur; mitior enim circa eas debet esse sentencia, quas pro infirmitate sexus minus ausuras esse confidimus. Emancipaciones[a] quoque, que a predictis sive in filios, post legem dumtaxat latam, sive in filias fuerit collata, non valeat; dotes, donaciones quorumlibet[b], postremo item alienaciones, quas ex eo tempore qualibet fraude vel iure factas esse constiterit, quo primum memorati de ineunda factione ac societate cogitaverint, nullius statuimus esse momenti. Uxores sane predictorum recuperata dote (si in ea condicione fuerint, ut, que a viris titulo donacionis acceperunt, filiis debeant reservare) tempore, quo usufructus absumitur, omnia ea fisco nostro se relicturas esse cognoscant, que iuxta legem filiis debebantur. Falcidia eciam ex hiis rebus filiabus tantum, non eciam filiis deputetur. Id quod de predictis eorumque filiis cavimus, eciam de satellitibus, consciis ac ministris filiisque eorum simili severitate censemus. Sane si quis ex hiis in exordio inite factionis studio vere laudis accensus ipse prodiderit factionem, et premio a nobis et honore donabitur; is vero, qui usus fuerit factione, si vel sero, tamen incognita adhuc consiliorum archana patefecerit, absolucione tantum ac venia dignus habebitur. Statuimus insuper, ut, si quid contra predictos principes electores ecclesiasticos vel seculares commissum dicatur, eciam post mortem rei id crimen instaurari posse. In hoc item crimine, quod ad lesam in principibus electoribus suis maiestatem pertinet, eciam in caput domini servi torquentur. Volumus insuper et presenti imperiali sanccimus edicto, ut[1]) eciam post mortem nocencium hoc crimen inchoari possit, ut convicto mortuo memoria eius dampnetur et bona eius successoribus eius eripiantur; nam ex quo sceleratissimum quis ceperit consilium, exinde quodammodo sua mente punitus

[a]) So ſtatt emancipacio der Vorlage die geſamte Überlieferung. Dem falſchen Plural entſprechend haben die Exemplare z. T. auch im folgenden geändert. [b]) quarumlibet C; quarumlibet rerum die Vorlage.

[1]) Das im folgenden in petit Gedruckte iſt aus Cod. Iust. IX, 8, 6 entnommen.

Digitized by Google

est. Porro ex quo quis tale crimen contraxit, neque alienare neque manumittere eum posse nec ei solvere iure debitorem decernimus. In hac causa in caput domini servos torqueri statuimus, id est propter causam factionis dampnande contra principes electores ecclesiasticos et seculares, ut premittitur. Et si decesserit quis, propter incertam personam successoris bona observentur, si in causa huismodi fuisse mortuus arguatur.

[Cap. XXV.]

Si ceteros principatus congruit in sua integritate servari, ut corroboretur iusticia et subiecti fideles pace gaudeant et quiete, multo magis magnifici principatus, dominia, honores et iura electorum principum debent illesa servari (nam ubi maius incumbit periculum, maius debet remedium adhiberi), ne columpnis ruentibus basis tocius edificii collidatur. Decernimus igitur et hoc perpetuis temporibus valituro imperiali sanccimus edicto, quod exnunc inantea perpetuis futuris temporibus insignes et magnifici principatus, videlicet regnum Boemie, comitatus palatinus Reni, ducatus Saxonie et marchionatus Brandemburgensis, terre, districtus, homagia seu vasallagia et alia quevis ad ipsa spectancia scindi, dividi seu quavis condicione dimembrari non debeant, sed, ut pocius in sua perfecta integritate perpetua maneant, primogenitus filius succedat in eis, sibique soli ius et dominium competat, nisi forsitan mente captus, fatuus seu alterius famosi et notabilis defectus existeret, propter quem non deberet seu posset hominibus principari. In quo casu inhibita sibi successione secundogenitum, si fuerit in ea progenie, seu alium seniorem fratrem vel consanguineum laicum, qui paterno stipiti in descendenti recta linea proximior fuerit, volumus successurum; qui tamen apud alios fratres et sorores se clementem et pium exhibebit, continuo iuxta datam sibi a Deo graciam et iuxta suum beneplacitum et ipsius patrimonii facultates, divisione, scissione seu dimembracione principatus et pertinenciarum eius sibi modis omnibus interdicta.

[Cap. XXVI.]

1. Die, qua solempnis curia imperialis vel regia fuerit celebranda, venient circa horam primam principes electores

Digitized by Google

ecclesiastici et seculares ad domum habitacionis imperialis sive regalis, et ibi imperator vel rex ipse omnibus insigniis imperialibus induetur, et ascensis equis omnes vadant cum imperatore vel rege ad locum sessionis aptate, et ibit quilibet eorum in ordine et modo supra in lege de ordine processionis ipsorum principum electorum plenius diffinito.[1]) Portabit eciam archicancellarius, in cuius archicancellariatu hec fuerint, super baculo argenteo omnia sigilla et typaria imperialia sive regalia. Seculares vero principes electores sceptrum, pomum et ensem, secundum quod superius exprimitur, deportabunt. Portabuntur eciam immediate ante archiepiscopum Treverensem suo loco transeuntem primo Aquisgranensis, secundo Mediolanensis corona, et hoc ante imperatorem dumtaxat, qui iam imperialibus infulis est decoratus, quas gestabunt aliqui principes inferiores ad hoc per imperatorem iuxta placitum deputandi.

2. Imperatrix eciam vel regina Romanorum suis augustalibus amicta insigniis post regem vel imperatorem Romanorum et eciam post regem Boemie, qui imperatorem immediate subsequitur[2]), competentis spacii intervallo, suis associata proceribus suisque comitata virginibus, ad locum sessionis procedat.

[Cap. XXVII.] De officiis principum electorum in solempnibus curiis imperatorum vel regum Romanorum.

Statuimus, ut, quandocumque imperator vel rex Romanorum solempnes curias suas celebraverit, in quibus principes electores sua deservire seu exercere debent officia, subscriptus in hiis ordo servetur:

1. Primo enim, imperatore vel rege ipso in sede regia sive solio imperiali sedente, dux Saxonie officium suum agat hoc modo: ponetur enim ante edificium sessionis imperialis vel regie acervus avene tante altitudinis, quod pertingat usque ad pectus vel antelam equi, super quo sedebit ipse dux, et habebit in manu baculum argenteum et mensuram argenteam, que simul faciant in pondere duodecim marcas

[1]) Siehe oben XXI. XXII. [2]) Siehe oben VI.

Digitized by Google

argenti, et sedens super equo primo mensuram eandem de avena plenam accipiet et famulo primitus venienti ministrabit eandem. Quo facto figendo baculum in avenam recedet, et vicemarescallus eius, puta de Papenheim, accedens vel eo absente marescallus curie ulterius avenam ipsam distribuet.

2. Ingresso vero imperatore vel rege ad mensam, principes electores ecclesiastici, videlicet archiepiscopi, stantes ante mensam cum ceteris prelatis benedicent eandem secundum ordinem, qui circa hec eis in superioribus est prescriptus[1]); et benedictione completa iidem archiepiscopi omnes, si assunt, alioquin duo vel unus sigilla ac typaria imperialia sive regalia a cancellario curie recipient eoque, in cuius archicancellariatu curiam ipsam celebrari continget, in medio procedente et aliis duobus ex alterutro latere sibi iunctis sigilla et typaria ipsa, omnes quidem baculum, in quo suspensa fuerint, manibus contingentes ea portabunt et ante imperatorem vel regem reverenter ponent in mensa, imperator vero sive rex eadem ipsis statim restituet, et in cuius archicancellariatu hoc fuerit, ut prefertur, is maius sigillum collo appensum usque ad finem mense gestabit et deinceps, donec ad hospicium suum perveniat ab imperiali sive regali curia equitando.

Baculus vero, de quo premittitur, esse debebit argenteus, duodecim marcas argenti habens in pondere, cuius tam argenti quam precii partem terciam unusquisque archiepiscoporum ipsorum persolvet; et baculus ipse protinus una cum sigillis et typariis debet cancellario imperialis curie assignari in usus suos beneplacitos convertendus. Postquam autem is, quem ordo tetigerit, portando sigillum maius ab imperiali curia ad hospicium suum redierit, ut prefertur, statim sigillum ipsum per aliquem de suis familiaribus predicto imperialis curie cancellario remittet super equo, quem iuxta proprie dignitatis decenciam et amorem, quem ad cancellarium curie gesserit, ipsi cancellario tenebitur elargiri.

3. Deinde marchio Brandemburgensis archicamerarius accedat super equo, habens argenteas pelves cum aqua in manibus ponderis duodecim marcarum argenti et pulchrum

[1]) Siehe oben XXIII.

Digitized by Google

manutergium, et descendens ab equo dabit aquam imperatori vel regi Romanorum manibus abluendis.

4. Comes palatinus Reni intrabit similiter super equo, habens in manibus quatuor scutellas argenteas cibis impletas, quarum quelibet tres marcas habeat in statera, et descendens ab equo portabit et ponet ante imperatorem vel regem in mensa.

5. Post hec rex Boemie archipincerna veniat similiter super equo, portans in manibus cuppam seu cyfum argenteum ponderis duodecim marcarum coopertum, vino et aqua permixtim impletum, et descendens de equo cyphum ipsum imperatori vel regi Romanorum porriget ad bibendum.

6. Sicut autem hactenus observatum fuisse comperimus, ita statuimus, ut peractis per principes electores seculares predictis eorum officiis ille de Falkenstein subcamerarius equum et pelves marchionis Brandemburgensis pro se recipiat, magister coquine de Nortemberg equum et scutellas comitis Palatini, vicepincerna de Lymburg equum et cyphum regis Boemie, vicemarescallus de Papenheim equum, baculum et mensuram predictam ducis Saxonie, si tamen ipsi in tali imperiali seu regali curia presentes existant et eorum quilibet in officio suo ministret; si vero ipsi vel eorum aliqui a prefata curia se duxerint absentandos, extunc imperialis vel regalis curie cotidiani ministri vice absencium, puta quilibet in loco eius absentis, cui in vocabulo seu officio communicat, sicut geret officium, sic tollat in premissis et fructum.

[Cap. XXVIII.]

1. Imperialis insuper mensa vel regia sic debet aptari, ut ultra alias aule tabulas sive mensas in altitudine sex pedum sit alcius elevata, in qua preter imperatorem Romanorum dumtaxat vel regem die solempnis curie nemo penitus collocetur. Sedes vero et mensa imperatricis sive regine parabitur a latere in aula, ita quod ipsa mensa tribus pedibus imperiali sive regali mensa sit bassior et totidem pedibus eminencior supra sedes principum electorum, qui principes suas inter se in una eademque altitudine sedes habebunt et mensas. Infra sessionem imperialem mense pro septem

Digitized by Google

principibus electoribus ecclesiasticis et secularibus preparentur, tres videlicet a dextris et tres alie a sinistris et septima directe versus faciem imperatoris vel regis, sicut superius in capitulo de sessionibus et ordine principum electorum per nos est clarius diffinitum; ita eciam, quod nullus alius, cuiuscumque dignitatis vel status existat, sedeat inter ipsos vel ad mensas eorum.

2. Non liceat autem alicui predictorum secularium principum electorum peracto officii sui debito se locare ad mensam sibi paratam, donec alicui suorum conprincipum electorum eius officium restat agendum; sed cum aliquis eorum vel aliqui ministerium suum expleverint, ad preparatas sibi mensas transeant et iuxta illas stando expectent, donec ceteri ministeria sua expleverint supradicta, et tunc demum omnes et singuli pariter ad mensas sibi positas se locabunt.

[Cap. XXIX.]

1. Invenimus eciam ex clarissimis relatibus et tradicionibus antiquorum, illud a tempore, cuius contrarii iam non habetur memoria, per eos, qui nos precesserunt feliciter, esse iugiter observatum, ut regis Romanorum futuri imperatoris in civitate Frankenfordie celebraretur electio et prima coronacio Aquisgrani et in opido Nuremberg prima sua regalis curia haberetur; quapropter certis ex causis eciam futuris premissa servari debere temporibus declaramus, nisi premissis omnibus seu eorum alicui impedimentum legittimum obviaret.

2. Quandocumque insuper aliquis princeps elector ecclesiasticus vel eciam secularis iusto impedimento detentus ad imperialem curiam vocatus venire non valens nunciam vel procuratorem cuiuscumque dignitatis vel status transmiserit, missus ipse, licet loco mittentis iuxta datum sibi ab eo mandatum admitti debeat, in mensa tamen vel sede, que illi, qui ipsum transmittit, deputata fuerit, non sedebit.

3. Preterea[a] consummatis hiis, que in imperiali qualibet curia sive regali fuerint pro tempore disponenda, recipiet magister curie pro se totum edificium seu ligneum appara-

---

[a]) Dieſer Abſatz ſteht in M am Schluß von c. XXX.

Digitized by Google

tum imperialis sive regie sessionis, ubi sederit imperator vel rex Romanorum cum principibus electoribus ad celebrandas solempnes curias vel feuda, sicut premittitur[1]), principibus conferenda.

[Cap. XXX.] De iuribus officialium, dum principes feuda sua ab imperatore vel rege Romanorum recipiunt.

1. Decernimus hoc imperiali edicto, ut principes electores ecclesiastici et seculares, dum feuda sua sive regalia ab imperatore vel rege recipiunt, ad dandum vel solvendum aliquid nulli penitus sint astricti; nam pecunia, que tali pretextu persolvitur, officiatis debetur. Cum ergo ipsi principes electores cunctis imperialis curie presint officiis, suos eciam habentes in officiis huiusmodi substitutos, datos ad hoc a Roman(orum) principibus et dotatos, videretur absurdum, quod substituti officiales a suis superioribus quocumque quesito colore encenia postularent, nisi forte ipsi principes electores sponte et liberaliter hiis aliquid largirentur.

2. Porro ceteri principes imperii ecclesiastici vel seculares, dum predicto modo eorum aliquis feuda sua ab imperatore Romanorum suscipit vel a rege, dabit officialibus imperialis sive regalis curie sexaginta tres marcas argenti cum uno fertone[2]), nisi eorum aliquis privilegio seu indulto imperiali vel regali tueri se posset et probare se solutum vel

---

[1]) Verweist auf den Inhalt des folgenden Kapitels, dessen Schluß dieser Absatz ursprünglich bilden sollte. Vgl. S. 45 n. a.

[2]) Vgl. Urkunde Gregors IX. vom 10. Mai 1230, Wilmans, Westfäl. UB. IV, Nr. 175, S. 116: quondam frater Hermannus Hoter ... O(livero) Sabinensi episcopo, tunc Padeburnensi, sexaginta quinque marcas et fertonem argenti apud Sanctum Germanum in recepcione regalium liberaliter mutuavit; Rudolfs I. Verfügung zu Gunsten der Äbtissin von Remiremont vom 28. Juli 1290, MG. Const. III, Nr. 434, S. 421: cum abatissa Romaricensis post novam suam creacionem sua regalia ..... a nobis petere et recipere et tunc temporis sexaginta quinque marchas cum fertone officialibus nostre curie persolvere teneatur .....; Revers des Bischofs Gottfried von Minden vom 7. Oktober 1309, MG. Const. IV, Nr. 333, S. 287 f.: recognoscimus ....., quod honorabili domino cancellario pro iure curie domini regis racione regalium nostrorum, que ab ipso adepti sumus, quinquaginta octo marcas et unum fertonem examinati argenti ..... solvere tenebimur.

Digitized by Google

exemptum a talibus aut eciam aliis quibuscumque, que solvi in suscepcione feudorum huiusmodi consuevissent. Predictarum insuper sexaginta trium marcarum et fertonis divisionem faciet magister curie imperialis sive regalis hoc modo: primo enim decem marcas pro semet ipso reservans dabit cancellario imperialis sive regalis curie decem marcas, magistris notariis dictatoribus tres marcas et sigillatori pro cera et pergameno unum fertonem, ita videlicet, quod cancellarius et notarii principi recipienti feudum non ad aliud quam ad dandum sibi testimonialem recepti feudi seu simplicis investiture litteram sint astricti.

3. Item dabit magister curie pincerne de Lymburg de prefata pecunia decem marcas, magistro coquine de Nortemberg decem marcas, vicemarescallo de Papenheim decem marcas et camerario de Falkenstein decem marcas; tali tamen condicione, si ipsi et eorum quilibet in huiusmodi curiis solempnibus presencialiter assunt in suis officiis ministrando. Si vero ipsi vel aliqui eorum absentes fuerint, extunc officiales imperialis sive regalis curie, qui talibus presunt officiis, eorum, quorum supplent absenciam, singuli singulorum, sicut vicem nomenque et laborem sufferunt, sic lucrum et commoda reportabunt.

4. Dum[1]) autem princeps aliquis equo vel alteri bestie insidens feuda sua ab imperatore recipit vel rege, equus ille seu bestia, cuiuscumque speciei sit, debetur superiori marescallo, id est duci Saxonie, si presens affuerit, alioquin illi de Papenheim eius vicemarescallo aut illo absente imperialis sive regalis curie marescallo.

[Cap. XXXI.]

Cum sacri Romani celsitudo imperii diversarum nacionum moribus, vita et ydiomate distinctarum leges habeat et gubernacula moderari, dignum est et cunctorum sapientum iudicio censetur expediens, quod electores principes, ipsius imperii columpne et latera, diversorum ydiomatum et lingwarum differenciis instruantur, ut plures intelligant et intelligantur

[1]) Vgl. das Weistum des Pfalzgrafen Ruprecht I. vom 6. Dezember 1355, Urkunden Nr. 15.

Digitized by

a pluribus, qui plurimorum necessitatibus relevandis cesaree sublimitati assistunt in partem sollicitudinis constituti. Quapropter statuimus, ut illustrium principum, puta regis Boemie, comitis palatini Reni, ducis Saxonie et marchionis Brandemburgensis electorum filii vel heredes et successores, cum verisimiliter Theutonicum ydioma sibi naturaliter inditum scire presumantur et ab infancia didicisse, incipiendo a septimo etatis sue anno in gramatica, Italica ac Sclavica lingwis instruantur, ita quod infra quartum decimum etatis annum existant in talibus iuxta datam sibi a Deo graciam eruditi; cum illud non solum utile, imo ex causis premissis summe necessarium habeatur, eo quod ille lingwe ut plurimum ad usum et necessitatem sacri imperii frequentari sint solite et in hiis plus ardua ipsius imperii negocia ventilentur. Hunc autem proficiendi modum in premissis ponimus observandum, ut relinquatur opcioni parentum: in[a] filios, si quos habuerint, seu proximos, quos in principatibus sibi credunt verisimiliter successuros, ad loca dirigant, in quibus de huiusmodi possint lingwagiis edoceri, vel in propriis domibus pedagogos instructores et pueros consocios in hiis peritos eis adiungant, quorum conversacione pariter et doctrina in lingwis ipsis valeant erudiri.

---

a) So die Überlieferung, vielleicht für ursprüngliches ut.

Digitized by Google

II.

Urkunden zur Geschichte und Erläuterung der Goldenen Bulle.

1.

König Heinrich von Böhmen, Pfalzgraf Rudolf und Herzog Rudolf von Sachsen zeigen dem künftigen Papste die Wahl Herzog Friedrichs von Österreich zum römischen König an. — Frankfurt 1314, Oktober 19.

Sanctissimo in Christo patri ac domino sacrosancte Romane ac universalis ecclesie summo pontifici futuro Heinricus dei gracia Boemie et Polonie rex dux Karinthie, Růdolfus comes palatinus Reni dux Bawarie et Růdolfus dux Saxonie, Angarie, Westfalie, comes in Brene et burcgravius in Magdeburg, sacri imperii principes ac electores Romanorum regis in imperatorem promovendi devotissima pedum oscula beatorum. Vacante nuper sacro imperio per mortem clare memorie domini Heinrici quondam Romanorum imperatoris incliti sub anno Domini millesimo trecentesimo tertiodecimo, dieque certa, videlicet crastino beati Luce ewangeliste quod fuit XIIII° Kalen. Novembris, sub anno domini millesimo trecentesimo quartodecimo ad eligendum Romanorum regem in futurum imperatorem promovendum apud Frankenfurd locum solitum et consuetum per nos et alios conprincipes et coelectores nostros ius una nobiscum in electione Romanorum regis habentes peremptorie statuta seu prefixa, nobisque rege Boemie, Růdolfo comite Palatino duce Bawarie necnon Růdolfo duce Saxonie predictis convenientibus die et loco prefinitis ad electionem futuri regis

Digitized by Google

Romanorum celebrandam, ac reverendo in Christo patre domino Heinrico Coloniensi archiepiscopo sacri imperii per Italiam archicancellario, conprincipe et coelectore nostro, dicto crastino ad predictum locum Frankenfûrd ex certis et legittimis causis convenire nobiscum in huiusmodi electionis negocio nequeunte, ipse pater et dominus noster archiepiscopus nobis Rûdolfo comiti Palatino predicto quoad dicte electionis negocium commisit totaliter vices suas, dans nobis plenam, generalem et liberam potestatem nominandi et eligendi vice ac nomine ipsius personam ydoneam in regem Romanorum in imperatorem promovendum, prout in ipsius patris et domini procuratorio super hoc habito plenius continetur. Nobis placuit ipsa die in ipso[a] loco procedere ad electionem regis Romanorum in imperatorem promovendi, prout ipse terminus requirebat. Tandem cum alii conprincipes et coelectores nostri dicta die et loco predicto per nos diucius expectati in eiusdem electionis negocio ad huiusmodi electionem celebrandam venire seu procedere nobiscum minime curaverint et sic quoad dicte electionis negocium de iure alienos se fecerunt, reverendus pater et dominus Heinricus Gurcensis episcopus mandato a nobis specialiter sibi facto vice et nomine nostrum omnium et singulorum protestacionem quandam legit et publicavit in hunc modum: Nos Heinricus dei gracia Boemie et Polonie rex dux Karinthie, Rûdolfus comes palatinus Reni dux Bawarie necnon Rûdolfus dux Saxonie, principes sacri imperii ac electores Romanorum regis in imperatorem promovendi, nomine nostro et vice et nomine reverendi in Christo patris domini Heinrici Coloniensis archiepiscopi sacri imperii per Italiam archicancellarii, conprincipis nostri, monemus omnes excommunicatos, suspensos et interdictos necnon quoscumque alios, qui de iure aut consuetudine interesse in ipso electionis negocio non debent, quod recedant nos eligere libere permittentes, protestantes, quod non est nostra intentio tales admittere tamquam ius in electione habentes aut procedere vel eligere cum eisdem. Immo volumus, quod voces talium, si qui reperientur interfuisse, postea nulli prestent suffragium nec afferant[b] alicui

---

[a]) dicto B. [b]) So B; afferat A.

Digitized by Google

nocumentum et prorsus pro non receptis sive pro non habitis habeantur. Qua protestatione premissa et post multos tractatus varios et multiplices consideratis sollicite et diligenter circumstanciis, conditionibus et statu personarum diversarum[a], per quas regno vacanti posset salubrius provideri, tandem in illustrem principem dominum Fridericum ducem Austrie et Styrie, virum utique katholicum, ortodoxe fidei fervidum zelatorem, strennuum et sagacem, conversacionibus et moribus non modicum ornatum, devotum et humilem, de Romanorum regum prosapia oriundum, sacri imperii gubernacula regere magnifice et iura ipsius manutenere potentem necnon reipublice preesse utiliter et prodesse valentem, in omni morum honestate perspicuum et preclarum, affabilem, benignum et mansuetum ac in aliis agibilibus pro regimine reipublice plurimum circumspectum, divina favente clemencia consensimus et in ipsum vota nostra direximus ipsumque nominavimus eligendum in regem Romanorum in imperatorem promovendum sub forma infrascripta: Nos Heinricus dei gracia Boemie et Polonie rex dux Karinthie consentimus in illustrem principem dominum Fridericum ducem Austrie et Styrie ipsumque nominamus eligendum in regem Romanorum in imperatorem promovendum. Nos Růdolfus comes palatinus Reni dux Bawarie nomine nostro ac[b] reverendi in Christo patris domini Heinrici Coloniensis archiepiscopi sacri imperii per Italiam archicancellarii, habentes super hoc ab ipso domino archiepiscopo plenam et liberam potestatem, consentimus in illustrem principem dominum Fridericum ducem Austrie et Styrie ipsumque nomine quo supra nominamus eligendum in regem Romanorum in imperatorem promovendum. Nos Růdolfus dux Saxonie consentimus in illustrem principem dominum Fridericum ducem Austrie et Styrie ipsumque nominamus eligendum in regem Romanorum in imperatorem promovendum. Quibus legittime sic peractis nos Růdolfus comes Palatinus predictus de voluntate et mandato speciali dictorum coelectorum nostrorum et cuiuslibet eorumdem dominum Fridericum ducem Austrie et Styrie elegimus in hunc modum: In nomine patris et filii et spiritus

---

a) Folgt Rasur in B. b) nomine et vice fügt hinzu B.

sancti. Cum vacante regno seu Romano imperio per mortem clare memorie domini Heinrici quondam Romanorum imperatoris incliti, vocatis qui fuerant evocandi super electione regis Romanorum facienda, dies certa apud Frankenfûrd esset ad hoc prefixa, placuit nobis et dictis coelectoribus nostris iuxta ipsius diei prefixionem factam ad electionem procedere futuri regis Romanorum, aliis coelectoribus nostris ipsa die diucius expectatis et legittime eligere nobiscum non curantibus, inquisitis votis nostris et dictorum coelectorum nostrorum in ipsa electione, apparet nos, apud quos tunc resedit potestas seu ius eligendi personam ydoneam in regem Romanorum, concorditer direxisse vota nostra in illustrem principem dominum Fridericum ducem Austrie et Styrie in eundem consentiendo et ipsum nominando in Romanorum regem in imperatorem promovendum. Idcirco nos Rûdolfus comes Palatinus predictus vice nostra et domini Heinrici Coloniensis archiepiscopi predicti ac aliorum dictorum coelectorum nostrorum nobiscum consenciencium in hac parte ex potestate nobis tradita et concessa ab eisdem, invocata spiritus sancti gracia, dominum Fridericum ducem Austrie et Styrie predictum eligimus in regem Romanorum in imperatorem promovendum, in advocatum sacrosancte Romane ac universalis ecclesie ac defensorem pauperum, viduarum, pupillorum et orphanorum, qui electus huiusmodi electioni canonice de se facte divine nolens resistere voluntati interpellatus super hoc a nobis cum diligencia magna consensit. Quapropter sanctitati vestre cum devocione qua decet voce unanimi supplicamus, ut ipsum dominum Fridericum sic devote et canonice electum paternis pietatis vestre brachiis amplectentes electionem huiusmodi canonicam de ipso a nobis factam solita clementia approbare, ipsum inungere et consecrare sibique de sacrosanctis manibus vestris sacri imperii dyadema dignemini favorabiliter impartiri loco et tempore oportunis. Ceterum, ut beatitudo vestra cognoscat evidencius premissa omnia vera esse, presens electionis nostre decretum sanctitati vestre transmittimus cum sigillorum nostrorum, videlicet Rûdolfi comitis palatini Reni ducis Bawarie necnon Rûdolfi ducis Saxonie predictorum appensione ex certa sciencia roboratum. Nos vero Heinricus dei gracia Boemie et Polonie

Digitized by Google

rex dux Karinthie, quia sigillum nostrum hac vice penes nos non habuimus, sigillis predictorum .. ducum Bawarie et Saxonie usi sumus et contenti in testimonium et evidenciam omnium premissorum.

Actum et datum loco die et anno predictis.

Zwei Originalausfertigungen im Haus-, Hof- und Staatsarchiv zu Wien: A und B. Nach Abschrift von Ivo Luntz. A mit 3 Siegelschnitten: im ersten die Schnur des Siegels Erzbischof Heinrichs von Köln, mittels welcher das Exemplar A der folgenden Urkunde angehängt ist; im zweiten und dritten die Siegel des Pfalzgrafen und des Herzogs von Sachsen an rot und grüner Seidenschnur. B ebenfalls mit 3 Siegelschnitten: der erste unbenützt; im zweiten und dritten an rot und grüner Seidenschnur die Siegel des Pfalzgrafen und des Herzogs von Sachsen; mittels der Schnur des ersteren Siegels ist Exemplar B der folgenden Urkunde angehängt. Beide Ausfertigungen dieser längeren Fassung des Wahldekretes sind von gleicher Hand geschrieben. (Die kürzere Fassung bei K. Müller, Der Kampf Ludwigs d. B. mit der röm. Curie I, S. 383 ff.) — Reg. Ludwigs d. B., Reichssachen Nr. 38.

2.

Erzbischof Heinrich von Köln zeigt dem künftigen Papste an, daß er den Pfalzgrafen Rudolf zur Wahl des Herzogs Friedrich von Österreich bevollmächtigt habe, und bittet um Anerkennung dieser Wahl und der von ihm vollzogenen Krönung. — 1314, November 28.

Sanctissimo in Christo patri ac domino sacrosancte[a] Romane ac universalis ecclesie summo pontifici futuro Heinricus dei et[b] sedis apostolice gracia sancte Coloniensis ecclesie archiepiscopus sacri imperii per Italiam archicancellarius devota pedum oscula beatorum. Cum nuper per mortem dive recordacionis quondam domini Henrici[c] Romanorum imperatoris vacante Romano imperio dies certa, crastinum videlicet festivitatis beati Luce ewangeliste preteritum quod fuit XIIII[o] Kalen. Novembris, sub anno Domini millesimo trecentesimo quartodecimo ad eligendum Romanorum regem in futurum imperatorem promovendum fuisset apud Frankenfurd [locum[d] ad hoc solitum et consuetum] peremptorie pre-

a) domino .. sacrosancte B. b) et sedis ap. fehlt B. c) Heinrici B. d) locum — consuetum fehlt A.

Digitized by Google

fixa per me[a] et alios comprincipes[b] et coelectores meos ius una mecum in electione Romanorum regis habentes michique propter inimicicias, quas[c] reverendus in Christo pater dominus Baldewinus Treverensis ecclesie archiepiscopus et spectabilis Iohannes comes Lutzelenburgensis, dicti domini imperatoris primogenitus, cum ipsorum fautoribus et complicibus contra me habuerunt et habent, securus ad predictum locum Frankenford[d] non pateret accessus, adeo quod non possemus absque rerum et corporis periculo ad eundem locum Frankenfurd[d] termino supradicto venire et interesse ad electionem futuri regis Romanorum sicut premittitur celebrandam, ego nolens ius michi nomine ecclesie mee in electione predicta competens negligere illa vice et, ne michi aut ecclesie mee aliquod quomodolibet ad presens vel in posterum generari posset preiudicium in hac parte, illustrem dominum Rudolphum[e] comitem palatinum Reni ducem Bawarie, comprincipem[f] et coelectorem meum[g] ac fidelem ecclesie mee, feci et constitui meum certum et specialem procuratorem sibique quoad predicte electionis tunc instantis negocium commisi totaliter vices meas, dans eidem plenam, generalem et liberam potestatem vice et nomine meo nominandi et eligendi personam idoneam in regem Romanorum in imperatorem promovendum ac iurandi in animam meam, si opus foret, iuxta formam generalis concilii, quod ego legitimo impedimento, de quo premittitur, tenerer, et quod crederem eodem impedimento adhuc me teneri in termino supradicto, quodque tunc essem in loco, de quo electores absentes vocari debent ad ipsius electionis negocium, et nichilominus alia omnia et singula meo nomine faciendi, que per me, si presens essem, facere in ipso[h] electionis negocio possem vel quomodolibet expedire. Qui Rudolphus[i] comes Palatinus predictus huiusmodi procurationis mee mandatum et vices meas sibi in hac parte commissas in se sponte suscipiens suo et meo nomine una cum

---

[a]) nos — nostros — nobiscum und ſo immer Plural ſtatt Singular B. [b]) conprincipes B. [c]) quas reverendi in Christo patres et domini . . Moguntinensis et . . Treverensis ecclesiarum archiepiscopi et nobilis vir Gerhardus comes Iuliacensis cum ipsorum fautoribus uſw. B. [d]) Frankenfûrd B. [e]) Rûdolfum B. [f]) conprincipem B. [g]) nostrum fecimus et constituimus nostrum certum B. [h]) ipsius B. [i]) dominus Rûdolfus B.

Digitized by Google

aliis conprincipibus et coelectoribus meis, apud quos illa vice dicta resedit electio, scrutatis prius secrete et sigillatim singulorum votis et eisdem postmodum publicatis, potestate sibi ab eisdem coelectoribus meis tradita illustrem principem dominum Fridericum ducem Austrie et Styrie, virum katholicum et omnibus bonis condicionibus, que tanto regimini, sicut est Romanum imperium, conveniunt, excellenter pre aliis principibus adornatum, suo ac meo et aliorum coelectorum meorum mecum in hac parte consenciencium nomine ex potestate sibi ab eisdem tunc tradita et concessa, invocata sancti spiritus gracia, termino et loco antedictis elegit in regem Romanorum in imperatorem postmodum promovendum. Qui sic electus divine nolens resistere voluntati huiusmodi canonice electioni de se facte super hoc ab eisdem cum magna diligentia interpellatus consensit et deinde per me, cui[a] hoc secundum habitam hactenus a tempore, cuius non est memoria, observanciam et ex indulto sedis apostolice nomine Coloniensis ecclesie competit, die certa, que fuit festum beate Katherine nuper preteritum, ad hoc statuta et proclamatione, sicut iuris est, premissa in regem Romanorum extitit inunctus et cum sollempnitate debita regali dyademate[b] coronatus. Que omnia et singula ex decreto electionis predicte domini Rudolphi[c] comitis palatini Reni predicti et domini[d] Rûdolfi ducis Saxonie, coelectorum meorum, sigillis suo et aliorum cum eis consenciencium nomine sigillato, cui eciam cum meo sigillo presens mea supplicacio est annexa, et per instrumenta de mandato predicto comiti Palatino a me dato et de inunctione et coronacione predictis conscripta et in formam publicam redacta lucide demonstrantur. Quapropter sanctitati vestre humiliter supplico, quatinus electionem supradictam de predicto domino Friderico Christiane fidei fervido zelatore tam canonice factam et coronacionem meam exigente iusticia subsecutam ex solita paternitatis vestre clemencia dignemini approbare eundemque ecclesie Romane et vestrum devotum paternis visceribus confovere.

Datum IIII to Kal. Decembris anno Domini predicto.

---

a) nos, cui B. b) dyademite A. c) Rûdolfi comitis palatini predicti B. d) fehlt B.

Digitized by Google

Zwei Originalausfertigungen im Haus-, Hof- und Staatsarchiv zu Wien: A und B. Nach Abschrift von Ivo Luntz. A mit Siegel des Erzbischofs an roter Seidenschnur, mittels welcher die Urkunde mit Exemplar A der vorhergehenden verbunden ist. B ohne eigenes Siegel; mittels der Siegelschnur des pfalzgräflichen Siegels mit Exemplar B der vorhergehenden Urkunde verbunden. Exemplar B ist von der gleichen Hand wie beide Exemplare der vorhergehenden Urkunde, Exemplar A von anderer Hand geschrieben. — Reg. Ludwigs d. B., Reichssachen Nr. 46.

3.

Kaiser Ludwig der Bayer beurkundet den Protest des Herzogs Rudolf von Sachsen gegen die Ausübung des Schwertträgeramtes durch den Herzog von Brabant. — Frankfurt 1340, September 6.

Wir Ludowig von gotz genaden römischer keiser ze allen zeiten merer des riches bekennen offenlichen an disem brief, daz unser lieber öheim und fürst Rudolf hertzog ze Sachsen vor uns was ze Franchenfurt, do engagen warn vil unser und des richs fürsten, di erwirdigen Heinrich ze Mentz und Baldwin ze Tryer erzbischöf, Bercht(old) bischof ze Strazburg, Gerhart bischof ze Spyre, Hainr(ich) abbt ze Fulde und di hochgeborn Rudolf und Rubrecht pfallentzgrafen bei Rein und hertzogen in Beyern, Ludowig margrafen ze Brandenburg, Stephan hertzog ze Bayern, unser sün, und Fridrich margraf ze Meizzen, und tet uns kunt umb daz swert, daz der hertzog von Brabant vor uns und dem rich tragen lie, daz er ze den selben zeiten nicht weste, daz er daz tragen solt, und da von widerret er sein nicht, daz er bei seinem ayd vor uns bereden wolt; und hat daz also vor uns widersprochen, da di vorgenan(ten) fürsten gagenwurtig gewesen sint, und spricht ouch unser vorgenanter öheim hertzog Rudolf, daz im das swert zugehör ze tragen von sinem marschalchampt. Und des sein wir sin geziuge mit den obgenanten fürsten, daz er di sache also gelütert und geoffend hat vor uns. Und des ze einem urkund geben wir disen brief versigelt mit unserm kayserlichem insigel.

Der geben ist ze Franchenfurt a[m] mitwochen vor unserr frawen tag als si geborn ward, nach Kristus geburt

driuzehen hundert jar, dar nach in dem vierzigisten jar, in dem sechs und zweinzigisten jar unsers richs, und in dem drizehenden des keysertûms.

Original im sächs.-ernestinischen Gesamtarchiv zu Weimar. Nach Abschrift von F. Kern im Apparat der Mon. Germ. Siegel mit Rücksiegel an rot-grüner Seidenschnur hängend. Auf dem Rücken in etwa gleichzeitiger Schrift Marschalk ampt. — Böhmer, Reg. Ludw. d. B. Nr. 3085, S. 327.

Entsprechende Beurkundungen des Erzbischofs Heinrich von Mainz und des Markgrafen Friedrich von Meißen befinden sich im Original in demselben Archiv. Abschriften im Apparat der Mon. Germ. Beide tragen auf der Rückseite von gleicher Hand, wie die Urkunde des Kaisers, die Bezeichnung Marschalk ampt.

4.

Karl IV. bestätigt dem Erzbischof Balduin von Trier unter anderem (in einem großen Sammelprivileg) das Recht der ersten Stimme bei der Königswahl und anderen Reichshandlungen. — Bonn 1346, November 25.

Karolus dei gracia Romanorum rex semper augustus. Ad perpetuam rei memoriam . . . . . .

. . . . . .

(X) Item cum inter cetera meritorum prerogativam merito conferencia antiquitas seu veneranda vetustas prefatam ecclesiam Treu(er)en(sem) pre ceteris Germanie ecclesiis insign[i]verit et decoret, nos omnem prerogativam, quam dictus .. archiepiscopus eiusque .. predecessores ex hoc tam in prima voce in electione Romanorum regis quam aliis imperii negociis per principes electores communiter pertractandis hactenus habuerunt et prout hactenus eadem prerogativa usi et gavisi sunt, ex certa nostra sciencia approbamus et confirmamus volentes, quod dictus .. archiepiscopus et sui .. successores pretacta prerogativa prime vocis tam in electione Romanorum regis quam aliis negociis imperii per .. principes electores, ut prefertur, communiter pertractandis, prout retroactis temporibus ea usi sunt, ita inantea perfruantur et gaudeant perpetuis temporibus successivis . . . .

. . . . . .

Datum Bunne VII° Kalendas Decembris anno Domini M°CCC°XL sexto, regnorum nostrorum anno primo.

Digitized by Google

Original im Staatsarchiv zu Koblenz. Nach Abschrift von R. Lüdicke im Apparat der Mon. Germ. Wiederholt in Sonderausfertigung 1354, Januar 8. (unten Nr. 7), und nochmals im Sammelprivileg für Boemund 1356, Januar 5. (Böhmer-Huber Nr. 6861). — Böhmer-Huber Nr. 270 mit irriger Datierung.

5.

Karl IV. bestätigt das eingerückte Privileg König Albrechts vom 17. Nov. 1298 über die Ausübung des Schenkenamtes durch den König von Böhmen. — Prag 1348, April 7.

Karolus Dei gracia Romanorum rex semper augustus et Boemie rex. Ad perpetuam rei memoriam.

Innata cordi nostro benignitas circa fidelium et devotorum nostrorum honores et commoda continuis intenta vigiliis votis ipsorum annuere iugiter nos inducit, quociens poscencium vox est iusta, in hoc enim liberalitatis nostre non errat intencio, sed regalis sceptri fastigium extollere salubriter arbitratur. Sane ad nostre celsitudinis venerabiles archiepiscopus Pragensis, Olomucensis et Luthomusslensis episcopi, nec non illustres Iohannes Karinthie comesque Tyrolis et Goricie germanus noster carissimus ac Nicolaus Opavie et Ratiborie duces ceterique prelati, duces, principes, barones, proceres et nobiles regni nostri Boemie et pertinenciarum eiusdem presenciam accedentes nobis humiliter supplicarunt, ut quasdam litteras Alberti divi Romanorum regis predecessoris nostri nobis per ipsos exhibitas, quarum tenor et series sequitur in hec verba:

Albertus Dei gracia rex Romanorum semper augustus universis sacri Romani imperii fidelibus presentes litteras inspecturis graciam suam et omne bonum.

Sic nos decet principum et amicorum nostrorum spontaneis uti serviciis, ut siquidem per eos nobis honoris vel obsequii preter debitum de prompta benivolencia exhibetur, eis vel eorum heredibus aut successoribus in suis iuribus nullum per hoc inposterum preiudicium generetur. Eapropter scire vos facimus et tenore presencium protestamur, quod, licet illustres reges Boemie, dum rogati per reges vel imperatores Romanorum eos ad solempnem eorum curiam venire contingit, predictis rege vel imperatore coronam regalem gestantibus, cum eisdem et eis presentibus corona regia uti possint, non tamen in corona

Digitized by Google

regia debent predicti reges Boemie predictis regi vel imperatori ministrare in officio pincernatus. Quod autem magnificus Wencezlaus rex Boemie, princeps et frater noster carissimus, nobis apud Nuremberk in solempni nostra curia proximo die dominico post festum beati Martini sedentibus in corona coronatus ad preces nostras ministravit in officio pincernatus, hoc non de iure, sed ex mera dileccione, quam ad nostram gerit personam, eum fecisse dicimus et ad serviendum sive ministrandum in eodem officio sub corona regia nobis vel successoribus nostris regibus vel imperatoribus Romanorum predictum regem et omnes successores suos reges Boemie testamur et volumus de cetero non teneri nec aliquod eis exinde preiudicium generari. In cuius rei testimonium et predicti regis Boemie et heredum et successorum suorum cautelam presentes fieri et sigillo nostro regio iussimus communiri.

Actum et datum in Nuremberk anno Domini millesimo CC nonagesimo octavo, XV° Kalendas Decembris, indiccione duodecima, regni nostri anno primo. — nostra confirmare auctoritate regia dignaremur. Nos utique prefatorum prelatorum, ducum, principum, baronum, procerum et nobilium, quos honoris et felicis status Romani regni et sacri imperii fideles et sollicitos pre ceteris novimus zelatores ipsumque regnum Boemie Romani regni membrum fore nobilius supplicacionibus benignius inclinati prefatas litteras ac omnia et singula contenta in eisdem laudamus, ratificamus, approbamus, confirmamus et de novo ex certa sciencia de nostre Romane regie plenitudine potestatis prefatis regno, prelatis, ducibus, principibus, baronibus, proceribus et nobilibus ac universitati regni ipsius et pertinenciarum eiusdem ad usum et opus regum Boemie in perpetuum damus, tenore presencium conferimus et donamus, omnem diminucionem et defectum, si quis in premissis fuerit, reparantes omnimode et supplentes ac omne dubium et obscurum pro parte et in favorem ipsorum regni et regum Boemie de uberiori dono maiestatis Romane regie et plenitudine potestatis interpretantes et eciam declarantes, non obstantibus legibus, consuetudinibus, usibus, observanciis, iuribus municipalibus vel communibus statutis seu edictis factis et editis in contrarium quibuscumque, quas et que quantum ad hec, ac si forent nominatim et de verbo ad verbum scripta presentibus et inserta, revocamus, cassamus, irritamus, anullamus et de dicta Romane regie plenitudine

Digitized by Google

potestatis decernimus firmitatis fore nullius penitus vel momenti. Nulli ergo omnino liceat hanc nostre laudacionis, ratificacionis, approbacionis, confirmacionis, donacionis, reparacionis, supplementi, interpretacionis, declaracionis, revocacionis, cassacionis, irritacionis et anullacionis paginam infringere vel ei ausu temerario in aliquo contraire, contrarium vero facientes, si qui fuerint, quod absit, ultra indignacionem nostre celsitudinis Romane, quam ob hec se noverint graviter incursuri, mille marchas auri puri nostro et Romani regni fisco componant, ipsarum videlicet medietatem nostre et successorum nostrorum Romanorum regum et imperatorum curie seu camere et reliquam passis iniuriam irremissibiliter applicandum. In quorum omnium testimonium et ad certitudinem pleniorem presentes fieri iussimus et nostre maiestatis sigilli appensione muniri. Huius rei testes sunt: Gerlacus archiepiscopus Moguntinus sacri imperii per Germaniam archicancellarius, Rodulphus senior dux Saxonie sacri imperii marescalcus, Radulphus iunior Saxonie et Fredericus de Deck duces, Iohannes purgravius Nurnbergensis, Ulricus lantgravius de Lyugkemberg, Fridericus de Orlemund, Ulricus de Helfenstain et Rodulphus de Werthem comites, Petrus de Hewy, Crafto de Holoch, Gotfridus de Pruneck, Eberhardus de Walkse, Fridericus de Walkse, Eglolf de Friberg et Purchardus de Elrbach Romani regni prefati principes et barones.

Datum Prage anno Domini millesimo trecentesimo quadragesimo octavo, indiccione prima, VII. Idus Aprilis, regnorum nostrorum anno secundo.

Original im Haus-, Hof- und Staatsarchiv zu Wien. Nach einer von der Direktion mitgeteilten Abschrift. Majestätssiegel an rot-grüner Seidenschnur. Auf dem Buge: R. per Iohannem de Glacz. — Die inserierte Urkunde König Albrechts (Böhmer, Reg. Albrechts 73) jetzt gedruckt MG. Const. IV, Nr. 35, S. 31. — Böhmer-Huber Nr. 651.

6.

Karl IV. bekundet, daß anläßlich einer vor ihm verhandelten Klage des Gerhard, Vogtes von Hunoltstein, gegen den Grafen Johann von Sponheim auf Antrag des Pfalzgrafen Ruprechts des Älteren von den Kurfürsten ein Weistum gefunden sei, des Inhalts, daß die Gerichtsbarkeit über Mannen eines Kurfürsten

Digitized by Google

nur diesem selber zustehe; er verweist demgemäß den Kläger vor das pfälzische Hofgericht und erklärt die Klage vor dem königlichen Hofgericht nur im Falle der Rechtsverweigerung für zulässig. — Speier 1353, Dezember 3.

Wir Karl von gotes gnaden Romischer kůng ze allen ziten merer dez riches und kůng zů Beheim bekennen und tůn chůnt offenlichen mit disem briefe, daz wir ze gericht gesessen sin ze Spire an dem nechsten eritag nach sant Andres tag, und daz für uns chomen in gericht mit fürsprechen der edel Johan grave zů Spanheim uf ein sŷt und ůf den tag, den wir im von gericht geben hetten, und alz wir in ůz der ächt uf recht gelazzen hetten, darin er mit clag chomen waz von Gerhartes wegen dez Vogts von Hunoltstein, der auch da vor uns in gericht mit fürsprechen stůnd. Und da wir alzo ze gericht sazzen, da clagt der egenant Vogt von Hunoltstein zu dem egenanten von Spånheim: er het in ze schaden und ze koste bracht ůf viertzig tůsend guldin minner oder mer. Und wizt auch anleitbriefe von gericht, daz im ahte und anleit erteylt und geben waz ůf dez obgenanten von Spaunheim gůt umb die obgenant summe geltes. Do waz vor uns auch in gericht der hochgeborn Ruprecht der Elter, pfallentzgrave by Rine, obroster druchsesse dez Romischen riches und hertzog in Beiern, und bat uns, daz wir im einen fůrsprechen geben; er hôrte solich sache, die sin herschaft und freyheit antreffen, do mit die Pfallentz gefreyt wer, und welt die verantwrten, wanne ein ieglich kůrfůrst die fryheit het, daz nieman cheinen sinen man laden solt für chein gericht noch beclagen, danne vor dem kůrfursten, dez man er wer; und da solt dem clager unvertzogenlichen recht beschehen nach sines hofes recht und gewonheit. Da fragten wir die kůrfůrsten umb, die by uns sassen, den erwirdigen fůrsten hern Gerlachen ertzbischof ze Mentze und den erwirdigen fůrsten hern Wilhelm ertzbischoff ze Cölne. Die sprachen: sind dem mal und wir auch ein kůrfůrst weren, wir solten einem andern fůrsten daz gericht und den stab an unserer stat enpfelhen und solten uns mit in umb die egenant sache gesprechen, waz unser und allerer kůrfůrsten recht, freyheit und gewonheit wer. Da

Digitized by Google

satzten wir an unser stat den hochgeborn Wladislawen hertzogen ze Teschin und gesprachen uns, und chomen wider für gericht und für den hertzogen von Teschin, der an unserer stat sazz. Der fraget uns der urteyl. Do hetten wir uns bekant und bedacht von solchen rechten, fryheiten und gewonheiten, die ein ieglich kûrfûrst hat von wegen der kûr dez heiligen rômischen riches daz chein unser man nyendert recht tûn sol dann vor uns oder vor den kûrfûrsten, dez man er ist. Und alzo wart mit rechter urteyl gewiset der obgenant von Spanheim für den egenanten Ruprechten pfallentzgraven bi Rine, der auch dem egenanten Vogt von Hunoltzstein von dem obgenanten von Spänheim rechtes helfen sol nach sines hofes recht, wanne ez der egenant Vogt an den obgenanten hertzog Ruprechten vordert. Wer auch, ob der egenant hertzog den egenanten Vogt von Hunoltzstein nicht rechtes hûlf von dem dikgenanten von Spänheim, und der Vogt daz bewiset, so sollten wir im danne vor unserm hofgericht richten, alz recht und gewonheit unsers hofes ist. Ez ist auch vor uns mit gesampter urteil erteylt, daz alliu die clag, anleit und aht gentzlichen und gar ab sin sol, die der oft genant Vogt von Hunoltzstein vor unserm hofgericht ûf den obgenanten von Spanheim biz her getan hat. Und sol im und sinen guten fûrbaz zû cheinem schaden chomen mit cheinen sachen und in chdein wise. Mit urkûnd ditz briefes, den wir im darûber mit urteyl von gericht geben, besigelt mit unsers hofgerichtes hangendem insigel, nach Cristus gebûrt drutzehen hundert und im drû und ffûnftzigsten jar an dem vorgescriben eritag und in dem achtenden jar unserer riche.

Original im Geheimen Staatsarchiv zu München, bis 1868 im Präfekturarchiv zu Straßburg. Nach einer von der Direktion des Staatsarchivs zur Verfügung gestellten Kollation. Siegel an Pergamentstreifen. — Böhmer-Huber Nr. 1672 (wo der Druck bei Harpprecht, Staatsarchiv des Reichskammergerichtes I, Nr. VII, S. 99 nachzutragen ist) mit Dez. 6, Reg. d. Pfalzgrafen Nr. 2772 mit Dez. 2.

7.

Karl IV. erneuert dem Erzbischof Balduin von Trier das Privileg vom 25. November 1346 über das Recht der ersten Stimme (oben Nr. 4). — Mainz 1354, Januar 8.

Digitized by Google

Karolus Dei gracia Romanorum rex semper augustus et Boemie rex universis sacri imperii fidelibus presentem paginam inspecturis graciam suam et omne bonum.

Decet regiam excellenciam fideles suos, potissime principes electores imperii, qui sibi collateraliter in cottidianis obsequiis et consiliis habent assistere, in eorum antiquis iuribus et honoribus confovere et prosequi cum favore, ut exinde sibi ad ampliora et graciora obsequia fervencius astringantur. Cum igitur inter cetera meritorum prerogativam merito conferencia antiquitas seu veneranda vetustas sanctam Treverensem ecclesiam pre ceteris Germanie ecclesiis insigniverit et decoret, nos omnem prerogativam, quam venerabilis Baldewinus archiepiscopus Treverensis princeps et patruus noster karissimus eiusque predecessores ex hoc tam in prima voce in eleccione Romanorum regis futuri imperatoris quam aliis imperii negociis per principes electores communiter pertractandis hactenus procul dubio habuerunt, et prout hactenus eadem prerogativa usi et gavisi sunt, ex certa nostra sciencia approbamus et confirmamus. Volentes, quod dictus . . archiepiscopus et sui successores pretacta prerogativa prime vocis tam in eleccione Romanorum regis futuri imperatoris quam aliis negociis imperii per principes electores, ut prefertur, communiter pertractandis, prout retroactis temporibus ea usi sunt, ita inantea pacifice perfruantur et libere gaudeant perpetuis temporibus successivis. Nulli ergo omnino hominum liceat hanc nostre approbacionis et confirmacionis paginam infringere vel ei ausu temerario quomodolibet contraire. Si quis autem hoc attemptare presumpserit, preter indignacionem nostram et imperii, quam ipsum incurrere volumus ipso facto, penam centum librarum auri puri, quarum medietatem fisco, id est nostre regali camere, reliquam . . archiepiscopo Treverensi pro tempore existenti applicari volumus, se ipso facto noverit incurrisse. Presencium sub nostro maiestatis sigillo testimonio litterarum.

Datum Moguncie anno Domini M°CCC quinquagesimo quarto, indiccione VII, sexto Idus Ianuarii, regnorum nostrorum anno octavo.

Original im Staatsarchiv zu Koblenz. Nach einer von der Direktion mitgeteilten Abschrift. Majestätssiegel an rot-grüner Seidenschnur. Unter dem Buge: aprobamus. Auf dem Buge: deliberet Rex —. 7. Auf der

Digitized by Google

Rückseite unten links: approb., rechts: R. — Böhmer-Huber Nr. 1739. Vgl. Th. Lindner, Urkundenwesen Karls IV. S. 97. 111. 121. — Das mit dem ersten Privileg (oben Nr. 4) Übereinstimmende ist durch kleineren Druck bezeichnet.

8.

Karl IV. bezeugt die Echtheit einer eingerückten ihm vom Pfalzgrafen Ruprecht dem Älteren vorgelegten Urkunde König Johanns von Böhmen (1339, März 18) über das Kurrecht des Pfalzgrafen Rudolf II. — Kaisersberg 1354, Mai 22.

Karolus dei gracia Romanorum rex semper augustus et Boemie rex. Notum facimus universis, quod constitutus in nostri presencia illustris Rupertus senior comes Palatinus Reni, sacri imperii archidapifer et dux Bawarie, sororius et princeps noster dilectus, nobis quasdam litteras clare memorie illustris Iohannis quondam Boemie regis, genitoris nostri dilecti, curavit ostendere, ut de tenore ipsarum dignaremur testimonium perhibere, quarum tenor sequitur in hec verba:

Nos Iohannes dei gracia Boemie rex ac Lucemburgen(sis) comes notum esse volumus tenore presencium universis, nos vidisse et[a] plene perlegisse litteras serenissimi principis domini Ludowici Roman(orum) imperatoris et domini Ludowici marchionis Brandenburgen(sis) continentes ordinacionem et tractatum de . . comitibus Palatinis Reni, quis ipsorum ius seu vocem eleccionis in Romano imperio seu rege Romanorum quamprimum eligendo habere merito deberet; ex quibus siquidem litteris predictis liquide apparet, excellenti principi domino Rudolfo comiti Palatin(o) Reni ac duci Bawarie, quamprimum oportunitas ad hoc se offerret, ut Romanorum rex eligi deberet, competere ius et vocem in eleccione dumtaxat et nulli alteri persone. Ea igitur per dictum dominum Rudolfum supplicatum nobis extitit, ut ordinacioni prefate in predictis litteris contente nostrum prebere vellemus consensum benevolum et assensum. Nos itaque tamquam is, ad quem hoc de iure sicut ad principem et coelectorem imperii spectare dinoscitur, supplicacionibus predicti domini . . ducis annuere cupientes, prefatam ordinacionem

[a]) ec Orig.

Digitized by Google

factam per litteras predictas ratificamus et nostrum ei prebemus consensum, assercionem et assensum expressum, recognoscentes ipsum in prima eleccione futuri regis Romanorum eligendi facienda habere vocem eligendi tamquam principem et nostrum in ipsa eleccione coelectorem. Harum nostrarum testimonio litterarum.

Dat(um) Frankenfurd quarta feria proxima ante diem Palmarum anno Domini millesimo trecentes(imo) trices(imo) nono.

Nos igitur ad universorum noticiam volumus pervenire, quod easdem litteras sub propriis figuris et elementis et sub sigillo maiori consueto dicti genitoris nostri in vera figura sigillatas vidimus et de veritate et integritate ipsarum testimonium perhibemus. Presencium sub nostro sigillo testimonio litterarum.

Dat(um) in Keisersberg anno Domini millesimo trecentes(imo) quinquages(imo) quarto, XI. Kalend(as) Iunii, regnorum nostrorum anno octavo.

Original im Reichsarchiv zu München. Nach Abschrift im Apparat der Mon. Germ. von R. Lüdicke. Beschädigtes Siegel an Pergamentstreifen. Auf der Rückseite oben: R. — Böhmer-Huber Nr. 1855. Reg. d. Pfalzgr. Nr. 2806.

9.

Karl IV. beurkundet auf Grund eines von seinem Vater König Johann von Böhmen als Kurfürsten ausgestellten Briefes (vgl. Nr. 8), daß Pfalzgraf Ruprecht der Ältere von wegen der Pfalz allein rechtmäßiger Inhaber des Kurrechtes sei. — Colmar 1354, Mai 22.

Wir Karl von Gots gnaden Romischer kung zu allen czeiten merer des reichis und kung zu Beheim veriehen und tun kunt offenlich mit disem brive allen den, die in sehent oder horent lesen: wanne seliger gedechtnuzze der hochgeborne Johans ettwenne kung zu Beheim, unsir lieber vater, noch guten briven und wizzintlichen urkunden andirer kurfursten dez heiligen reichs sich erkennet hat in synen offnen briven, die wir gesehen haben und wol vernumen, daz der hochgeborne Rudolf ettwenn pfallenczgrave by Reyn und herczog in Beyern, unsir swehir, ein kurfurste gewesen

Digitized by Google

sey und mit dem obgenanten unsirn vater und mit andern kurfursten gliches recht gehabt hab an der wal und kůr eines Romuschen kungs eyns zukumftigens keysirs als offt, als ez zu sulchen schulden kume, und daz derselbe unsir sweher sulches recht von wegen der pfallencz alleyne gehabit hat und nyemant andirs: dovon sintdenmal, daz der hochgeborne Rupirecht der Elter pfallenczgrave by Reyn dez heiligen reichs obrister truchtsezze und herczog in Beyern, unsir lieber swager, nu der eldiste ist undir allen erben der Pfallencz und dez egenanten herczogin Rudolfs, unsirs swehirs, brudir und nechster erbe gewesen ist, und syne lant und erbe mit der kur und manschaft der pfalczen uf in ordenlichen vervallen sint, so haben wir uns betrachtet mit rate und wizzen der fursten dez heiligen richs und derkennen uns und lutirn daz mit Romischer kunglicher mechte vollinkumenheyt: daz der egenant herczog Ruprecht der Elter eyn rechter kurfurste ist, und daz er und nyemant andirs recht hat und haben sol an der wal und kůr eyns Romischen kungs eyns kumftigen keysirs, als offt dez not geschicht.

Und dez zu urkunde geben wir disen brief versiglten mit unsirm kunglichem insigel, der geben ist zu Colmar noch Cristus geburtte dreuczenhundirt jare und dornoch in dem vierundfumfczigstem jare, an dem heiligen uffart tage, in dem achten jare unsirer riche.

Original im Geh. Staatsarchiv zu München. Nach einer von der Direktion mitgeteilten Abschrift. Majestätssiegel an rot-gelber Seidenschnur. — Böhmer-Huber Nr. 1857.

10.

Karl IV. erkennt an, daß Rudolf der Ältere als Herzog von Sachsen und Erzmarschall rechtmäßiger Inhaber des Kurrechtes sei, und bestimmt, daß dieses Recht nach der Primogenitur folge vererbt werden solle. — Prag 1355, Oktober 6.

⁂ In nomine sancte et individue Trinitatis ⁂ feliciter amen. ⁂ Karolus quartus divina favente clemencia Romanorum imperator semper augustus et Boemie rex. ⁂

Etsi sollicitudo dignitatis cesaree, in qua nos conditor orbis omnipotens ex sola dignacionis sue bonitate dignatus

Digitized by Google

est collocare, incessanter nos urgeat et frequenter admoneat iugiter esse solicitos et voluntarios subire labores, quemadmodum a nostris et imperii Romani fidelibus generaliter universis incommoda submoveamus et scandala ac pacis eis et quietis compendia ministremus, fervenciori tamen affectu in illis exercendis cor nostrum accenditur, que sacri decus imperii et inclitos principes ipsius imperii electores quadam specialitate concernunt, ubi tanto nos ardencius decet intendere, quanto nobis constat evidencius in eorum precellencia sacri imperii magnificenciam alcioribus titulis et honoribus decorari. Sane quia certo certius sumus edocti ac a principibus, comitibus, baronibus, proceribus ceterisque imperii Romani fidelibus experienciam et testimonia luce recepimus clariora, qualiter illustris Rudolfi ducis Saxonie sacri imperii archimareschalli, avunculi et principis nostri dilecti, genitor felicis memorie Albertus quondam Saxonie dux tamquam princeps elector imperii cum consensu, voluntate et voto unanimi aliorum coelectorum principum pie recordacionis serenissimum quondam Rudolfum Romanorum regem, predecessorem nostrum, rite et racionabiliter elegit, et quod post eius obitum idem dux Albertus, avunculus noster, clare memorie Albertum regem, dicti Rudolfi quondam regis Romanorum filium, tunc Austrie ducem, racionabiliter et iuxta sacri imperii observanciam et ritum elegit, et post mortem ipsius Alberti regis, dum sacrum imperium aliquantisper variis fluctuaret erroribus, prefatus Rudolfus Saxonie dux, avunculus noster carissimus, prefati Alberti ducis quondam Saxonie filius, celebris ac recolende memorie serenissimum Heinricum, avum nostrum dilectum, in Romanorum regem elegit, qui post eleccionem eandem in Romanorum imperatorem extitit solempniter coronatus, manifestum insuper et longe lateque dinoscitur divulgatum nec potest in dubium revocari, quomodo eciam idem avunculus noster dux Rudolfus hoc felici nostro tempore nos in regem Romanorum elegit, sicut eciam post eandem suam et aliorum principum coelectorum suorum eleccionem in imperatorem Romanorum fuimus feliciter auspice Deo promoti et solempniter coronati, prout omnia premissa et singula clarissimo multorum fide dignorum testimonio fulciuntur: hinc est, quod predicti avunculi nostri

Digitized by

dilecti ducis Rudolfi tam claro tam manifesto tamque notorio iure multa deliberacione pensato et diligenter inspecto, quod idem retroactis temporibus habuit et possedit et hodie ex successione et hereditate paterna in eleccione regis Romanorum in imperatorem promovendi possidere dinoscitur et habere, sano principum, comitum, baronum et procerum nostrorum accedente consilio futuris cupientes, quantum possumus, obviare periculis et materiam succidere dubiorum, ut videlicet ius et dignitas huiusmodi sibi et suis heredibus ac successoribus illesa perpetuo incommutabiliter conserventur et permaneant illibata, declaramus, ymmo decernimus et edicto imperiali presenti perpetuis temporibus valituro sanccimus ex certa nostra sciencia de plenitudine imperatorie potestatis: quod antedictus Rudolfus dux, avunculus noster dilectus, et nemo alius tamquam Saxonie dux et sacri imperii archimareschallus verus et legittimus princeps elector existat, sicut existit, sibique competat, sicut et competit, vox, ius et potestas eligendi in eleccione regis Romanorum in imperatorem promovendi; et post eius obitum filio suo primogenito et illo non extante eiusdem primogeniti primogenito vox et ius predictum competat eligendi. Si vero ipsius primogenitum absque heredibus masculis legittimis mori contingeret, extunc vox et ius seu potestas eleccionis huiusmodi ad seniorem fratrem per veram paternalem lineam descendentem et deinde ad illius primogenitum devolvatur, et talis successio ac devolucio in voce, iure et potestate premissis in ducibus Saxonie perpetuis temporibus observetur. Preterea ne super iure eleccionis huiusmodi in ducatu seu principatu Saxonie ullo umquam tempore dubium aliquod oriatur vel scandalum suscitetur, auctoritate imperiali de prefate nichilominus imperialis plenitudine potestatis declaracionem, decretum et sanccionem nostras predictas approbamus, ratificamus et ex certa sciencia nostra in omnibus et singulis punctis, articulis et sentenciis confirmamus, supplentes insuper de sepedicte imperialis potestatis plenitudine ex certa sciencia omnem defectum, si quis in presenti privilegio nostro ex obscuritate forte sentenciarum vel defectu verborum aut solempnitatis obmissione seu alio quovis modo nunc aut futuris perpetuis temporibus inveniretur admissus, eciam si quacumque lege

vel statuto publico vel privato cautum existat, plenam et expressam talium debere fieri mencionem, quibus omnibus et singulis quoad omnia puncta superius tacta esse volumus totaliter derogatum et auctoritate prefata omnimode derogamus. Nulli ergo omnino hominum liceat hanc paginam nostre maiestatis infringere aut ei quovis ausu temerario contraire. Si quis autem contrarium attemptare presumpserit, indignacionem nostram et bannum imperiale necnon et penam mille marcarum auri optimi, cuius medietas erarii nostri seu imperialis fisci, reliqua vero medietas lesorum usibus applicetur, tociens, quociens contrafecerit, se noverit eo ipso irremissibiliter incursurum. ⁂ Signum serenissimi principis et domini domini Karoli quarti Romanorum imperatoris invictissimi et gloriosissimi Boemie regis. ⁂ Testes huius rei sunt: venerabiles Arnestus archiepiscopus Pragensis, Preczlaus Wratislaviensis, Iohannes Argentinensis, Fridericus Ratisponensis, Iohannes Olomucensis, Theodericus Mindensis et Heinricus Lubucensis ecclesiarum episcopi, et illustres Nicolaus Munsterbergensis, Bolko Falchembergensis, Conradus Olsincensis, Bolko Opuliensis, Kazimirus Teschinensis et Iohannes Oswetinensis duces, necnon spectabiles Burghardus Magdeburgensis, Heinricus de Swarczburg, Ulricus de Helfenstein et Albertus de Anhalt comites et alii quam plures nostri et imperii sacri fideles dilecti. Presencium sub imperialis nostre maiestatis sigillo testimonio litterarum.

Datum Prage anno Domini millesimo trecentesimo quinquagesimo quinto, indicione octava, II° Nonas octobris, regnorum nostrorum anno decimo, imperii vero primo.

Original im Hauptſtaatsarchiv zu Dresden. Nach einer von der Direktion mitgeteilten Abſchrift. Das an ſeidener Schnur befeſtigt geweſene Siegel fehlt. Auf dem Buge: Per dominum Io. Luthomuschlensem episcopum cancellarium Nicolaus de Chremsir. Auf der Rückſeite: R^m. Volpertus.

Dieſe Urkunde enthält im weſentlichen eine lateiniſche Bearbeitung der deutſchen Urkunde vom 24. Auguſt 1355, gedruckt von Th. Lindner in Mitt. d. Inſt. f. öſterr. GF. Bd. 5, S. 119 f. — Böhmer-Huber Nr. 2264.

Digitized by Google

11.

Herzog Rudolf der Ältere von Sachsen bevollmächtigt seinen gleichnamigen Sohn zu seiner Vertretung auf dem Reichstage zu Nürnberg. — Wittenberg 1355, Oktober 28.

Wir Rudolf von Gods gnaden hertzog zu Sachsen ..... bekennen ....., daz wir dem hochgebornem fürsten herzog Rudolfen, unserm lieben sone, gewalt und ganze macht geben haben zu tuen und zu lassen von unsern wegen, als von eines kurfürsten und erzmarschalks wegen des heiligen Rômischen reichs, zu dem hoffe, den der allerdurchleuchtigiste fürste und herr herr Karl Rômischer kaiser ..... unser lieber g. h. nun gegen Nurmberg geleget hat, in aller der mase, als ob wir selber do gegenwertig weren. Mit urkund .....

Geben zu Wittemberg nach Christi geburt drutzenhundert[a] jar dar nach in dem funf und funfzegesten jare an S. Simonis Jude tage.

Nach dem Druck bei Pelzel, Geschichte Kaiser Karls IV., Bd. II UB. Nr. 341, S. 383, wo als Quelle ein handschriftlicher Codex Nostitzianus d. a. 1545 angegeben ist. Die Orthographie ist berichtigt. — Böhmer-Huber, Reichssachen Nr. 239.

12.

Die Ratsboten der Stadt Straßburg berichten an den Rat über die Ankunft des Kaisers zu Nürnberg am 25. November und über seine den Ständen eröffneten Absichten bezüglich der fünf auf dem Reichstage zu verhandelnden Sachen. — Nürnberg 1355, November 29.

Ir sollent wissen, dasz der keyser kam an s. Katherinen tag zu Nůrenberg und besante herren und stette fur sich, der vil do wasz, und redet mit den. Doch brast do des bischoffs von Kölle, von Mentze und Triere, one die er nutzit tun wolte. Und wolte wůssen slechtes, (1) welre leigen kurfursten werent. Wene er das usgetruge, so wolt er darnach besorgen, (2) wie die munsen wurdent genge und gebe, es werent guldin oder ander gelt; wenne in duncket, wie es deme lande ein notdurfft sy. Wenne das beschehe, so wolt

[a]) Statt drutzenhundert usw. hat der Druck: MCCCLV jare.

Digitized by Google

er druber sitzen, (3) dasz der zölle uf dem Rine und der geleite uf dem lande minner wurde; wande er auch wol herkante, dasz die land[a] nut herzugen möchten uf lande und uf wasser. Wenne das beschehe, so wolt er druber sitzen, (4) wie er fride und gnade machte uf lande und wasser, und wolt darnach besorgen, (5) were es, dasz er abe gienge, dasz man einen kunig kiesende wurde, wen das mere teil der fursten kuse, dasz den die herren und stette vur einen kunig hetten, durch dasz nit me krieg umb das rich wurde, als vor ime gewesen ist. Das wil er alles zu rate werden mit fürsten, mit herren und mit stetten. Andere mere wüssen wir ietze nit, wenne er geiehen hat, dasz er die herren und stette ein vierzehen tag bi ime behaben welle lieber, denne er si aber hienach besamen müsse. Ir sullent ouch wissen, dasz in vil jaren so manig herre und stette nie zusamen kamen. Besigelt mit Eylhartz ingesigel.

Datum vigilia beati Andreae apostoli.

Original nicht mehr vorhanden. Nach Wencker, Apparatus et instructus archivorum, Argentorati 1713, S. 207. — Böhmer-Huber, Reichssachen Nr. 241.

13.

Karl IV. bestätigt dem Markgrafen Ludwig dem Römer und seinem Bruder Otto alle Privilegien, darunter auch die über das Kurrecht, unbeschadet der Rechte der Könige von Böhmen und Markgrafen von Mähren. — Nürnberg 1355, Dezember 3.

Wir Karl von Gots gnaden Romischer keiser zu allen zeiten merer dez reichs und kunig zů Beheim, veriehen und tůn kunt offenlich mit diesem brieve allen den, die in sehent oder horent lesen: allein unser keiserliche wirdikeit durch angeborn gute zů allermenclich geneiget sei friede, gnad und auch gemach ze schaffen allen des heiligen reichs getruwen undertanen, doch meynen wir mit sunderlichen gunsten die zů furdern und den unser gnade milticlich ze teilen, die in mirklichen diensten und steten truwen sich uns und dem heiligen reich vor andern getrewelich beweiset

[a]) So der Druck; zu lesen ist: lute.

haben und steticlich beweisen. Dovon wann fur unser keiserlichen maiestat komen ist der hochgeborn Lodowig, genant der Romer, . . marggraf zu Brandemburg und zů Lusicz des heiligen reichs obrister camerer pfallentzgrave bei Rein und hertzog in Beiern, unser lieber oheim und furst, und hat an uns begeret und fleizlich gebeten, daz wir im und marggrafen Otten, seinem bruder, ire hantfesten und brieve, die sie uber ire furstentum, lant, herschefte, kur und stymme an der wale eins Romischen kuniges eins kunftigen keisers recht, genaden und friheit und ouch uber ander sachen von seliger gedechtnuzze Romischen keisern und kunigen unsern vorvarn und ouch von dem heiligen reich erworben und herbracht haben, zů bestetigen, bevesten und confirmyren geruchten von sunderlichen unsern keiserlichen gnaden: so haben wir angesehen seine redliche und vernunftige bete und mirklich getrewen dienste und ere, die er mit sampt seinem vorgenanten bruder uns und dem heiligen reich oft unverdruzlich erboten hat und steticlich mit gantzen trewen ertzeiget; mit sunderlichem rate unser fursten und herren, mit wolbedachtem můte, mit rechtem wizzen und mit keiserlichen mechte vollenkomenheit bestetigen, bevesten und confirmyren wir in, iren erben und nachkomen margrafen zů Brandemburg und zů Lusitz und hertzogen in Beiern alle hantfesten, brieve und schrifte, domit sie von Romischen keisern und kunigen unsern vorfarn und auch von uns begnadit sin und herbracht haben uber alle ire furstentům, lant, lute, herschefte, kur und stymme an der wale eyns Romischen kunigs eins kunftigen keisers recht, friheit, gnade, besitzung, eygenschefte, vesten, steten, lute, man, manschefte, lehen, lehenschefte, weichpilde, creizze, gerichte, czolle, geleite, muntzen, eren, nutze, gulde und czinse, gabe und uber alle andere ding, wie man die benennen mag mit sunderlichen worten, und bestetigen ouch und confirmiren dieselben hantfesten und brieve in allen puncten, meynungen und artiklen von worte zů worte, als sie begriffen und geschrieben sein, und als sie[a] herbracht sein, geleicher weisz, als ob sie in dyesem brieve gentzlich begriffen weren, oder ob sie durch recht oder gewonheit dorinne begriffen sulten sein. Ouch

[a]) sei Or.

bestetigen wir in und iren vorgenanten erben alle hantvesten und brieve, die wir in vormals als ein Romischer kunig von wegen des heiligen reichs gegeben und verlihen haben beide uber die lehenschefte der marke zů Brandemburg, zů Lusitz und uber alle andere ding, die beschrieben und begriffen seind in den egenanten unsern hantvesten und brieven, und globen auch, daz wir in alle ding und alle gnade und sachen, die wir in beschrieben haben, gantz, stete und unverbrůchen haben und halten wollen mit unsern keiserlichen gnaden, die wir in nů und vormals verschrieben haben; in sulcher bescheidenheit, daz alle die obgenanten unser bestetigung uns, unsern erben und nachkomen kunigen zů Beheim und marggrafen zů Merhern unschadlichen sein sullen in allen unsern landen dez egenanten kunigreichs zů Beheim und bei namen an den hertzogen und hertzogtůmen zů Polan und den landen etwenn[a] hertzog Rudolfs, unsers swehers, und hertzogen Ruprechts des Eltern und hertzogen Ruprechts des Jüngern pfallentzgrafen bei Rein und hertzogen in Beiern, unsern swagern, die wir recht und redlich gekouft haben wider die obgenanten hertzogen Ruprecht den Eltern und den Jungern, uf die sie von todis wegen dez egenanten unsers swehers erblich vervallen waren, in der marken von Merhern bey namen und dornach in allen anderen landen, vesten und guten und iren zugehorungen, die wir in deutschen landen inne haben, und der wir in gewer sein, wenne vormals die hochgebornen Ludowig der Eltere und Stepfan pfallentzgraven bei Rein und hertzogen in Beyeren, seine brudere, ire brieve eyner vertzeihunge doruber geben haben, und der egenante Ludowig der Romer auch in diesen stunden seine vertzeihbrieve geben hatt geleich den obgenanten seinen brudern. Dovone welcherleie brieve zů lichte quemen oder furbracht wurden, die uns, unsern erben und nachkomen kunigen zů Beheim und marggraven zů Merhern in den obgenanten dingen geschaden muchten, meynen wir und wollen auch mit keiserlicher mechte vollenkomenheit, daz dieselben untůgelichen, uncreftig und uns unschedlich sein sullen in allen unsern obgenanten landen. Wer auch wyder die obgenanten keiserlich bestetigung und wyder sulche sache, als

[a]) etweim Or.

Digitized by Google

dovor begriffen ist, frevelich tete, der sol, als oft er do wyder tůt, hunder mark lotiges goldis vervallen sein, und dieselben sullen halb der keiserlichen camer, und daz ander halb teil den, die sulchen frevil oder unrecht gelieden haben, unvertzogelich vervallen.

Mit urkund ditz briefes versigelt mit unserm keiserlichem anhangendem insigel, der geben ist zů Nuremberg nach Crists geburt dritzenhundert jar, dornach in dem funf und funftzigstem jar an dem nehsten donrstag nach sant Andreas tage des heiligen tzwelfboten, unser reiche in dem czehenden jar und des keisertůms in dem ersten. —

Original im Landesarchiv zu Prag. Nach einer von der Direktion mitgeteilten Abschrift. Stark beschädigtes Majestätssiegel Karls mit rotem Rücksiegel an schwarz-gelben Seidenschnüren. Auf der Rückseite: R^vi. Volpertus. — Böhmer-Huber Nr. 2307.

14.

Ludwig der Römer bekundet, daß er die Marken Brandenburg und Lausitz von Karl IV. zu Lehen erhalten, ihm gehuldigt und Erfüllung der kurfürstlichen Pflichten geschworen habe. — Nürnberg 1355, Dez. 3.

Wir Ludwig ..... bekennen ..... daz wir von dem allerdurchluchtigisten fursten und hern, hern Karlen Romischen keiser und kunige zu Beheim, unserm lieben gnedigen hern, als von einem Romischen keiser und unserm rechtem hern die marken zu Brandenburg und zu Lusicz und andere unsere furstentumb, herscheften, lehen und lant, die wir inne haben, und die er uns zu rechte leihen sollte, und aller unser furstlicher wirde und recht empfangen haben und im mit wolbedachtem mute und mit rechter wizzen gehuldet, gelobet und gesworen haben, hulden, geloben und sweren, daz wir ime und niemant anders als einem Romischen keiser, dieweil er lebet, getrew, gehorsamb und ouch undertenig sein wollen und ime ouch bei dem geswornen eide, den wir daruber zu den heiligen gesworen haben, beistendig und behulfig sein wollen und sollen, zu derkriegen und zu behalten alle des heiligen reichs recht, als ein kurfurst einem Romischen keiser, seinem rechten hern, pflichtig ist, und daz wir wider die

Digitized by Google

obgenanten sachen alle und irr iegliche besonder nimer in keinen zeiten durch kein ding willen, wie man die genennen mag, tun sollen und wollen ungeverlich.

Mit urkund ..... geben zu Nurmberg anno MCCCLV feria V. post Andree Apostoli.

Nach dem Druck bei Pelzel (vgl. oben Nr. 11), Bd. II UB. Nr. 221, S. 227, aus dem Codex Nostitzianus. Die Orthographie ist berichtigt. — Böhmer-Huber, Reichssachen Nr. 245.

15.

Pfalzgraf Ruprecht der Ältere beurkundet ein von ihm im Auftrage des Kaisers erfragtes Weistum über das Recht auf die beim Lehensempfang von den Fürsten gerittenen Pferde. — Nürnberg 1355, Dezember 6.

Wir Růprecht der Eltere von Gotes genaden pfalntzgrafe by Ryn des heligen Rômischen rychs ôberigster drůhsezze und hertzoge in Beyrn erkennen uns offenbar mit disem brive, daz unsir liber genediger herre der allerdůrchlůhtigst hochgeborn fůrste und herre her Karel der Romische keysir zů allen zeyten merer des rychs und kůnige zů Behem uns bevalch und hiezz vragen umb sulich roz oder pferde, da die fůrsten ire lehen ůffe enphaen, wez die von reht solden sin. Des habin wir uns ervaren und sin gewist worden von den kůrfůrsten und von andern fůrsten und von vil erbern herren, grefen und fryen, und důncht uns ouch selbe reht sin und sprechin für eyn rehte, daz die egenanden roz oder pferde nymand anders sullen sin danne unsirs ôheims, des hochgeboren fůrsten hertzoge Rudolfs von Sahsen oder sines undertans, wanne er des heligen Romischen rychs oberigster marschalk ist und hat ouch daz von dem Romischen ryche zů lehen.

Mit urkunde ditz brives gebin under unsirm insigel zů Nůrnberg an sand Nycolaus dag, do man zalt von Cristes gepůrt drůtzehen hundert jare darnach in dem fůmfe und fůmftzzigsten jare.

Original im Hauptstaatsarchiv zu Dresden. Nach Abschrift von F. Kern. Siegel an Pergamentstreifen. Auf der Rückseite in etwa gleichzeitiger Schrift: Marschalk ampt 1355. — Böhmer-Huber, Reichssachen Nr. 700.

Digitized by Google

16.

Erzbiſchof Gerlach von Mainz ſchreibt dem päpſtlichen Kämmerer Erzbiſchof Stephan von Toulouſe und dem päpſtlichen Theſaurar Biſchof Reginald von Palencia, daß ihre Kredenzbriefe am 12. Dezember vor dem Kaiſer verleſen ſeien, und daß er ihre Aufträge den Erzbiſchöfen von Köln und Trier, welche noch erwartet würden, mitteilen werde. — Nürnberg (1355), Dezember 12.

Stephano archiepiscopo Tholosano, camerario domini[a] pape, et Reginaldo episcopo Palatinensi, thesaurario domini[a] pape.

Reverendi patres et domini. Literis[b] credencie paternitatis vestre in presencia serenissimi principis domini nostri Karoli imperatoris Romani Nürenberge constituti XII. die mensis Decembris receptis, presencium per latorem audivimus cum diligencia que idem nobis retulit; et quia idem factum concernit provincias dominorum Coloniensis et Treverensis archiepiscoporum, quorum adventus expectatur, decrevimus ipsis proponere nobis dicta et cum omni promptitudine mandatis apostolicis obedire.

Datum Nürenberge XII. die mensis Decembris.

Mainz-Aſchaffenburger Ingroſſaturbuch Nr. 4 f. 152′ im Kreisarchiv zu Würzburg. Nach Abſchrift von Weizſäcker im Apparat der Mon. Germ.; die dort fehlende Adreſſe nach Mitteilung der Archivdirektion. — Da dieſes Stück zwiſchen andern Stücken Gerlachs von Mainz und unmittelbar vor einem ſolchen vom 17. Dezember 1355 ſteht, iſt das Jahr mit Sicherheit zu ergänzen. — Böhmer-Huber, Reichsſachen Nr. 251.

17.

Karl IV. gibt als König von Böhmen ſeinen Willebrief zu der von ihm als Kaiſer beurkundeten Beſtätigung des vor ihm und den Kurfürſten geſchloſſenen Vertrages der Pfalzgrafen Ruprecht des Älteren und Ruprecht des Jüngeren über die pfälziſche Kur und die Vormundſchaft unmündiger Erben derſelben. — Nürnberg 1355, Dezember 27.

---

[a]) die Worte domini pape ſtehen in der Hs. nur einmal am Rande, aber durch eine Klammer zu beiden Stellen gezogen. [b]) Literas Hs.

Digitized by Google

Wir Karl von Gotes gnaden Romischer keiser zu allen czeiten merer dez reichs und kunig zu Beheim bekennen und tun kunt offenlich mit disem brive allen den, die in sehent oder horen lesen. Allein czwischen den hochgebornen Ruprechten dem Eltern pfallenczgraven bei Rein des heiligen reichs obristen truchtsezzen und herczogen in Beyern, unserm liben swager und fursten, an einem teil und Ruprechten dem Jungern, ouch pfallenczgraven bei Rein und herczogen in Beyern, seines bruder sun, an dem andern ettliche czweyunge, krige und ufleuffe gewesen sein umb die stimme und kure an der wale eins Romischen kungs eines kumftigen keisers: doch hat der egen(ant) Ruprecht der Junger mit gutem willen und mit wolbedachtem mute fur uns und allen kurfursten des heiligen reichs, geistlichen und werltlichen, sich dez erkennet, daz er dem egen(anten) seinem vetter der egen(ant) stimme und kure an der wale eines Romischen kungs eines kumftigen keisers wol gan und gunnen wil, die weil der egen(ant) sein vetter lebet; und ist seine meynunge, daz der egen(ant) seine vetter Ruprecht der Elter und nyemant anders von wegen der Pfallencz ein kurfurste gehalden werden sulle; in sulcher bescheidenheit, wer daz sache, daz der obgen(ant) herczog Ruprecht der Elter an lehens erben sturbe, daz denne furstentum, lande, leute, manschefte und alle zugehorunge in der Pfallencz und in Beyern mitsampt der stimme und kure an der wale eines Romischen kungs eines kumftigen keisers und allen andern sachen, die einen kurfursten dez reichs von seiner wirdikeit beruren, und ouch andern wirden, eren und ouch nutczen, wie man die benennet, uf den egen(anten) herczogen Ruprechten den Jungern und seine eeliche erben lediclich und ungehindert vallen sullen. Und dazselbe sol ouch hinwider geschehen dem vorgen(anten) herczogen Ruprechten dem Eltern und seinen erben, ob der egen(ant) herczog Ruprecht der Junger on lehens erben sturbe. Wer ouch, daz der egen(ant) herczog Ruprecht der Elter sturbe und lehens erben liezze, so sal der egen(ant) herczogen Ruprecht der Junger oder seine lehens erben umb die egen(ant) stimme und kure an iren rechten steen, glicherwis als uff disen hutigen tag. und sal in sulche gewere, als herczog Ruprecht der Elter,

Digitized by Google

sein vetter, herbracht hat und noch hat, keinen schaden bringen on geverde; ouch mit sulchem underscheide, wer daz sache, das ir einer also verschiede, daz er lehens erben liezze, die ire jare nicht hetten, so sol der ander derselben erben furmunde sein in allen sachen, wie die genant sein, uncz an die czeit, das sie mundig werden, und beinamen an der obgen(anten) kure uncz an die czeit, daz der eldeste us denselben erben achzcehenjerig werde, wanne wir dieselben jare zu der kure zu einem eelichem mundigen alder gemachet haben mit vollinkumenheit unsers keiserlichen gewaldes, unschedlichen doch in beiden und ir beider erben an iren rechten. Wenne aber derselbe elder sun achczehen jar alt wirdet, czuhant sal im derselbe furmunde aller lande, herschefte, wirdikeit, eren und andir rechten, nutczen und zugehorungen, die er als ein vormunde eyngenumen hat, an alle widerrede, furgeczog oder hindernuzze abtreten und im die einantworten on geverde. Und alleine wir alle die obgen(ant) sachen bestetigit und confirmiret haben als ein Romischer keiser von wegen des heiligen reichs und durch sunderliche genaden, als in unsern keiserlichen briven vollinkumenlich beschriben und begriffen ist, doch durch merer sicherheit geben und tun wir dorczu unsir gunst, wort und willen als ein kung zu Beheim dez heiligen reichs obrister schenke und ein kurfurste, uf die rede, daz die obgen(ant) ding in iren kreften beleiben.

Mit urkund dicz brives versigilt mit unsir keiserlichen maiestat insigel, der geben ist zu Nuremberg, nach Cristus geburtte dreiczenhundert jare dornoch in dem sechsundfumfczigsten jare, an santh Johannen dez heiligen ewangelisten tag, unsir reiche in dem czehenden und dez keisertums in dem ersten jare.

Original im Reichsarchiv zu München. Nach Abschrift von F. Kern im Apparat der Mon. Germ. Siegel fehlt. Auf dem Buge: per dominum imperatorem cancellarius regis Boem(ie). Auf der Rückseite: R^m. — Nach den Regesten der Pfalzgrafen Nr. 2900 und der Aufschrift auf dem modernen Umschlag der Urkunde sollte dieses Stück die kaiserliche Urkunde enthalten, während der Schlußsatz ergibt, daß es sich um den böhmischen Willebrief handelt, der unter Nr. 2901 der Regesten als nicht im Münchener Reichsarchiv im Original vorhanden angegeben ist. Das Original der kaiserlichen Urkunde befindet sich im Geheimen Haus- und Staatsarchiv zu München. — Böhmer-Huber Nr. 2361.

Digitized by Google

18.

Karl IV. beurkundet von neuem, daß Rudolf der Ältere als Herzog von Sachsen und Erzmarschall rechtmäßiger Inhaber des Kurrechtes sei, und daß dieses Recht nach der Primogenitur-folge vererbt werden solle, regelt in bezug auf dieses Vormund-schaft und Mündigkeitstermin und gibt zugleich seine Zustimmung als Kurfürst. — Nürnberg 1355, Dezember 29.

In nomine sancte et individue Trinitatis feliciter amen. Karolus quartus divina favente clemencia Romanorum imperator semper augustus et Boemie rex. Ad perpetuam rei memoriam. Etsi sollicitudo dignitatis cesaree, in qua nos conditor orbis omnipotens ex sola dignacionis sue bonitate dignatus est collocare, incessanter nos urgeat et frequenter admoneat jugiter esse sollicitos et voluntarios subire labores, quemadmodum a nostris et imperii Romani fidelibus amputemus incomoda et pacis eis et quietis compendia ministremus, fervenciori tamen affectu in illis exercendis cor nostrum accenditur, que sacri decus imperii et inclitos principes ipsius imperii electores quadam specialitate concernunt; nam ibi tanto nos ardencius decet intendere, quanto nobis constat evidencius in eorum precellencia sacri imperii magnificenciam alcioribus tytulis et honoribus decorari. Sane quia sufficienter sumus edocti ac a principibus, comitibus, baronibus, proceribus ceterisque imperii Romani fidelibus experienciam et testimonia luce recepimus clariora, qualiter felicis memorie . . Albertus condam Saxonie dux, pater illustris Rudolfi ducis Saxonie sacri imperii archimarischalli, avunculi et principis nostri dilecti, tamquam sacri imperii elector cum consensu, voluntate et voto unanimi aliorum principum coelectorum pie recordacionis inclitum condam Rudolfum Roman(orum) regem, predecessorem nostrum, rite et racionabiliter olim elegit et subsequenter divum Adolfum Roman(orum) regem, ac demum idem dux Albertus, avunculus noster, clare memorie . . Albertum Roman(orum) regem, dicti Rudolfi condam regis Roman(orum) filium, tunc Austrie ducem, racionabiliter et iuxta sacri imperii observanciam et ritum elegit et post mortem ipsius Alberti regis, dum sacrum imperium aliquantisper variis fluctuaret erroribus, prefatus Rudolfus Saxonie dux, avunculus

Digitized by Google

noster carissimus, dicti Alberti ducis condam Saxonie filius, celebris ac recolende memorie divum Heinricum avum nostrum dilectum, cum coelectoribus suis illius temporis in Roman(orum) regem elegit, qui post eleccionem eandem in Roman(orum) imperatorem extitit solempniter coronatus. Manifestum insuper et longe lateque dinoscitur divulgatum nec potest in dubium revocari, quomodo eciam idem avunculus noster dux Rudolfus hoc felici nostro tempore nos in regem Roman(orum) elegit. sicut eciam post eandem suam et aliorum principum coelectorum suorum electionem in imperatorem Roman(orum) fuimus feliciter auspice Deo et solempniter coronati, prout omnia premissa et singula clarissimo multorum fidedignorum testimonio fulciuntur: hinc est, quod predicti avunculi nostri dilecti ducis Rudolfi tam claro, tam manifesto tamque notorio iure multa deliberacione pensato et diligenter inspecto, quod idem diuturna temporum prescripcione habuit et possedit et hodie ex successione et hereditate paterna in eleccione regis Roman(orum) in imperatorem promovendi possidere dinoscitur et habere, sano venerabilium ecclesiasticorum et illustrium secularium principum electorum accedente consilio et consensu necnon aliorum principum, comitum, baronum et procerum nostrorum communicato consilio, futuris cupientes auxiliante domino obviare periculis et materiam succidere dubiorum, ut videlicet ius, vox et dignitas seu potestas huiusmodi sibi et suis heredibus ac successoribus illesa perpetuo incommutabiliter conserventur et permaneant illibata, irrefragabiliter statuimus et edicto imperiali presenti perpetuis valituro temporibus decernimus et eciam declaramus ex certa nostra scientia de plenitudine imperatorie potestatis: quod antedictus Rudolfus dux, avunculus noster dilectus, et nemo alius tamquam Saxonie dux et sacri imperii archimarischallus verus et legitimus princeps elector existat, sicut existit, sibique competat, sicut et competit, vox, ius et potestas eligendi in eleccione regis Roman(orum) in imperatorem promovendi. Et ne inter heredes ipsius eo defuncto super iure huiusmodi dubitacionum aut licium consurgant materie, decernimus et hoc imperiali edicto statuimus, quod post eius obitum, quia primogenitus ipsius ab hac luce migravit, filio seniori eiusdem Rudolfi ducis avunculi nostri layco dumtaxat, illo quoque

Digitized by Google

non extante eiusdem filii senioris primogenito similiter layco vox et ius predictum seu potestas competat eligendi. Si vero ipsius filium seniorem absque heredibus masculis legitimis laycis seu layco mori contingeret, extunc vox et ius seu potestas eleccionis huiusmodi ad seniorem fratrem laycum per veram paternalem lineam ab ipso nostro avunculo descendentem et deinde ad illius primogenitum laycum devolvatur, et talis successio ac devolucio in voce, iure et potestate premissis in ducibus Saxonie perpetuis temporibus observetur, ea tamen condicione, ut, si talem primogenitum relictis heredibus masculini sexus defectum etatis pacientibus mori contingeret, tunc frater senior eiusdem primogeniti tutor et administrator existat, donec ad legitimam etatem perveniat, qua consequta sibi dignitatem, principatum vocemque, ius et potestatem et omnia ab ipsis dependencia teneatur protinus assignare. Etatem quippe legitimam in voce eleccionis Roman(orum) regis decemetocto[a] annos censeri statuimus; in principatu vero gubernando circa etatem ipsam leges anteriorum imperatorum Roman(orum) et regum predecessorum nostrorum decernimus observari. Preterea, ne super iure eleccionis huiusmodi in ducatu seu principatu Saxonie ullo umquam tempore dubium aliquod oriatur vel scandalum suscitetur seu novitas attemptetur, auctoritate imperiali de prefate nichilominus imperialis plenitudine potestatis declaracionem nostram et decretum huiusmodi approbamus, ratificamus et ex certa sciencia nostra in omnibus et singulis punctis, articulis et sentenciis confirmamus, supplentes insuper de prefate imperialis potestatis plenitudine ex certa sciencia omnem defectum, si quis in presenti privilegio nostro ex obscuritate forte sentenciarum vel defectu verborum aut solempnitatis obmissione seu alio quovismodo nunc aut futuris perpetuis temporibus inveniretur admissus, eciam si quacumque lege vel statuto publico vel privato cautum existat plenam et expressam talium debere fieri mencionem. Nos enim omnibus et singulis, qui contra premissa fieri possent, objectibus quoad omnia puncta superius tacta esse volumus totaliter derogatum et auctoritate imperiali prefata omnimode dero-

[a]) Von anderer Hand in vorher gelassener Lücke nachgetragen.

Digitized by Google

gamus. Nulli ergo omnino hominum liceat hanc paginam nostre maiestatis infringere vel ei ausu temerario contraire; si quis autem hoc attemptare presumpserit, indignacionem nostram et penam mille marcarum auri, quarum medietas erarii nostri seu imperialis fisci, reliqua vero dicti ducis et heredum suorum lesorum usibus applicetur, eo ipso tociens, quociens contrafecerit, se noverit irremissibiliter incursurum. Cum autem premissa omnia et singula tanquam Roman(orum) imperator statuenda et ordinanda duxerimus et solempniter decernenda, ea nichilominus omnia et eorum quodlibet ut rex Boemie sacri imperii archipincerna et princeps elector ex causis et racionibus superius expressatis ratificamus, approbamus et nostrum eis ac eorum cuilibet benivolum adhibemus consensum pariter et assensum. Presencium sub imperialis maiestatis nostre sigillo testimonio literarum.

Datum Nurinberg anno Domini millesimo trecentesimo quinquagesimo sexto, indictione IX[a], IIII° Kalendas Ianuarii, regnorum nostrorum anno decimo, imperii vero primo.

Original im Hauptstaatsarchiv zu Dresden. Nach Abschrift von R. Salomon im Apparat der Mon. Germ. Siegel und Schnüre fehlen. Auf dem Buge: Per dominum Iohannem Luthomuschlensem episcopum cancellarium Nicolaus de Chremsir. Auf der Rückseite: R. Hertw[icus]. — Böhmer-Huber Nr. 6860.

19.

Erzbischof Gerlach von Mainz beurkundet ein von dem Kaiser und den Kurfürsten gefundenes Weistum über Kurrecht und Erzmarschallamt Herzog Rudolfs des Älteren von Sachsen und die Vererbung dieser Rechte nach der Primogeniturfolge. — Nürnberg 1356, Januar 2.

Gerlacus Dei gratia sancte Maguntine sedis[a] archiepiscopus sacri imperii per Germaniam archicancellarius omnibus in perpetuum. Regimini sancte Maguntine ecclesie auctore Domino presidentes nec non ex privilegio dicte ecclesie nostre in electione regis Romanorum in imperatorem promovendi ius ac vocem eligendi cum ceteris principibus electoribus obtinentes, ad illa dirigenda ac prospere promovenda nos

a) s. M. 3.

Digitized by Google

sentimus obnoxios, per que inclitis[a] nostris coelectoribus iura et privilegia sua servantur illesa, et per que in presenti tempore tam consulte agitur, quod litigiorum amfractibus, qui in futuro tempore in electionibus Romanorum regum possent emergere, salubriter obviatur, variisque mundi periculis, que circa vacacionem imperii solent occurrere, provisum esse speratur. Sane quia fama communi ac[b] testimoniis luce clarioribus a principibus, comitibus, baronibus, proceribus ac nonnullis aliis fidelibus imperii Romani recepimus, qualiter felicis memorie dominus Albertus, quondam Saxonie dux, illustris principis domini Rudolfi Saxonie ducis sacri imperii archimarescalli genitor, tamquam princeps elector imperii cum consensu, voluntate et voce unanimi aliorum principum coelectorum illius temporis serenissimum quondam dominum Rudolfum Romanorum regem clare recordationis rite et rationabiliter elegit et subsequenter inclitum dominum Adolfum, avum nostrum karissimum, Romanorum regem, ac demum idem dux Albertus Saxonie tractu dierum insignis memorie Albertum Romanorum regem, predicti quondam[c] domini Rudolfi Romanorum regis filium, tunc Austrie ducem, iuxta morem et observantiam in electione regum Romanorum, qui sunt ad imperium promovendi, servari conswetam[d] cum coelectoribus, qui tunc erant, elegit et post decessum eiusdem Alberti regis eo tempore, quo sacrum imperium periculosis aliquantisper fluctuabat erroribus, sepedictus dominus Rudolfus Saxonie dux hodie in humanis agens, prefati[e] domini Alberti quondam ducis Saxonie[f] filius, celeberrime memorie gloriosissimum dominum Heinricum quondam Romanorum imperatorem, supradicti[g] invictissimi domini nostri domini Karoli Romanorum imperatoris moderni predecessorem et avum, tunc comitem Lucemburgensem, in Romanorum regem elegit, qui post electionem eandem in Romanorum imperatorem fuit sollempniter coronatus, quia eciam, sicut[h] per multas orbis regiones nedum manifeste est publicum, verum eciam quasi notorie divulgatum[i] et penitus indubitatum existit, quod idem dominus Rudolfus hodie Saxonie dux

---

a) in cūctis 1. b) et 3. c) fehlt 3. d) consuetum 3. e) pred. 3. f) S. d. 3. g) fehlt 3. h) sicud 1. 2. i) so 3; dimulgatum 1. 2.

Digitized by Google

modernis temporibus iam dictum clarissimum dominum nostrum dominum Karolum, in presentiarum sacro imperio feliciter presidentem, nobiscum tamquam cum archiepiscopo Maguntino[a] necnon cum ceteris nostris et suis coelectoribus sollempniter elegit, sicut eciam[b] idem dominus noster post electionem huiusmodi in imperatorem per consequens fuit sollempniter coronatus: nos, iuribus et proscriptionibus[c] annualibus ac diuturnis dicti ducis Saxonie super dignitate electionis et vocis predictarum[d] rite pensatis ac in nostra et aliorum coelectorum nostrorum presencia in medium deductis ac multa deliberacione discussis, que videlicet ipse nunc et temporibus preteritis habuit et ex successione paterna obtinere dinoscitur ac legittime possidere, sano et provido primum quidem antedicti serenissimi principis domini nostri domini Karoli imperatoris moderni, deinde nostro et aliorum principum coelectorum nostrorum tam ecclesiasticorum quam secularium deliberato accedente consensu, necnon aliorum principum, comitum, baronum et procerum sacri imperii communicato consilio, futuris cupientes prudenter obviare periculis et suspectus pro posse succidere dubiorum, ut videlicet ius, honor, dignitas, vox et potestas electionis huiusmodi sepedicto[e] domino Rudolfo Saxonie duci et eius heredibus illesa perpetuis temporibus incommutabiliter observentur ac permaneant illibata, auctoritate nostra, qua sicut archiepiscopus Maguntinus et princeps elector fungimur, post declaracionem, decretum et imperialem disposicionem prefati domini nostri, quibus ipse imperialibus litteris predictis dubiis occurrisse dinoscitur, declaramus et dicti domini nostri Karoli tamquam Romanorum imperatoris et regis Boemie ac virtute regni et corone Boemie principis electoris et omnium electorum nostrorum accedente consensu decernimus[f] ac deliberato sollempnis curie consilio diffinimus[g]: quod memoratus dominus Rudolfus Saxonie dux tamquam dux Saxonie ac sacri imperii archimarescallus et nemo alius sub tali nomine seu tytulo verus et legitimus in electione regis Romanorum elector princeps censeatur et sit[h] realiter, ut existit, sibique tamquam tali competat, ut in

---

a) Moguntino 2. b) et 3. c) so irrig 1. 2, aber auch C. T; prescriptionibus 3. B. d) so 3; predictorum 1. (2?). e) sepedicte 3. f) decrevimus 1. 2. g) diffinivimus 1. 2. h) sic 2. 3.

Digitized by Google

veritate competit, vox, ius et potestas in electione regis Romanorum in imperatorem promovendi, et postquam esse desierit, ex tunc, quia primogenitus eius ab hac luce migravit, filio eius seniori legittimo dumtaxat layco, et, illo non exstante[a], eiusdem filii senioris primogenito legittimo similiter[b] layco vox, ius et potestas predicta libere competat eligendi[c]. Si vero ipsius filium seniorem absque heredibus legitimis masculis laycis seu layco mori contingeret, ex tunc vox, ius et potestas iamdicta ad seniorem fratrem per veram paternalem lineam sepedicti domini Rudolfi moderni ducis Saxonie descendentem, et deinde ad illius primogenitum similiter laycum devolvatur, talisque successio et devolutio vocis, iuris et potestatis premissarum in ducibus Saxonie laycis per iamdictam veram legittimam lineam paternalem ex ipso domino Rudolfo moderno duce Saxonie[d] descendentibus perpetuis debeat temporibus observari, ea tamen condicione, ut, si prefatum laycum seniorem, relictis heredibus masculini sexus defectum etatis patientibus, mori contingeret, tunc frater senior eiusdem filii senioris in principatu, voce, iure et potestate predictis et in omnibus aliis tutor et administrator existat, donec etatem decem et octo annorum expleverit, quam etatem idem dominus noster dominus imperator auctoritate imperiali legittimam fore statuit et decrevit, qua consecuta sibi dignitatem, principatum vocemque ius et potestatem huiusmodi et omnia[e] ab ipsis dependentia teneatur protinus assignare. In cuius rei testimonium sigillum nostrum presentibus est appensum.

Datum Nüremberge[f] sabbato quod fuit in crastino circumcisionis Domini anno eiusdem Domini MCCCLVI.

Das Original ist anscheinend verloren. Für die Herstellung des vorstehenden Textes wurden benutzt:

1. Mainz-Aschaffenburger Ingrossaturbuch 4 im Kreisarchiv zu Würzburg, f. 168—169 nach Abschrift Weizsäckers; 2. Mainz-Aschaffenburger Ingrossaturbuch 3, ebendas., f. 318′—319′ nach Kollation Weizsäckers; 3. Druck bei Gudenus, Codex dipl. Mogunt. III, p. 396 sqq.

Eine fast wörtlich gleichlautende Urkunde stellte Ludwig der Römer am 8. Januar aus, Original im Hauptstaatsarchiv zu Dresden (B); zwei stärker abweichende der Erzbischöfe von Trier (T) und Köln (C) vom 8. und 9. Januar s. unten Nr. 24.

---

a) existente 3. b) filio (statt similiter) 3. c) elegendi 1. 2. d) statt moderno — Saxonie Lücke in 3. e) alia fügt hinzu 3. f) Nuremberg 3.

Digitized by Google

20.

Erzbiſchof Gerlach von Mainz beurkundet und beſtätigt die dem Böhmenkönig von dem Kaiſer und den Kurfürſten zuerkannten Rechte. — Nürnberg 1356, Januar 7.

Nos Gerlacus Dei gracia sancte Moguntinensis sedis archiepiscopus sacri Romani imperii per Germaniam archicancellarius omnibus in perpetuum.

(VIII) Cum per recolende memorie divos Romanorum imperatores et reges illustribus quondam Boemie regibus clare memorie ac regno Boemie et eiusdem regni corone olim concessum fuerit et indultum sitque in eodem regno a tempore, cuius contrarii hodie non extat memoria, consuetudine laudabili inconvulse servata diuturnitate temporum et prescripta moribus utencium sine contradiccionis aut interrupcionis obstaculo introductum, quod nullus princeps, baro, nobilis, miles, cliens, civis, burgensis, nulla denique persona eiusdem regni et pertinenciarum eius ubicumque consistencium, cuiuscumque status, dignitatis, preminencie vel condicionis existat, ad cuiuscumque actoris instanciam extra regnum ipsum ad quodcumque tribunal seu alterius preterquam regis Boemie et iudicum regalis curie sue iudicium citari potuerit seu trahi vel vocari debeat perpetuis inantea temporibus sive possit; cumque serenissimus ac invictissimus princeps dominus dominus Karolus quartus divina favente clemencia Romanorum imperator semper augustus et Boemie rex illustris dominus noster graciosus privilegium, consuetudinem et indultum huiusmodi imperiali auctoritate et de plenitudine imperatorie potestatis innovans et confirmans duxerit statuendum, ut, si quispiam predictorum, puta princeps, baro, nobilis, miles, cliens, civis, burgensis seu rusticus aut alia quecumque persona premissa ad cuiuscumque tribunal extra regnum predictum Boemie in quacumque causa criminali, civili vel mixta seu super quocumque negocio citatus fuerit quocumque tempore vel citata, comparere vel in iudicio respondere minime teneatur, sique adversus huiusmodi non comparentes vel non comparentem a quocumque iudice extraneo extra regnum ipsum Boemie constituto iudicialiter procedi, processus fieri seu sentencias interlocutorias vel diffinitivas, unam vel plures, in quibuscumque prenominatis causis sive negociis quovis modo ferri et promulgari contigerit, eadem auctoritate et potestate citaciones, precepta, pro-

Digitized by Google

cessus et sentencias huiusmodi necnon execuciones et omnia ex eis vel aliquo eorum quovis modo secuta irritaverit penitus et cassarit. Adiciendo expresse et auctoritate simili decernendo, ut quemadmodum in predicto regno Boemie a tempore, cuius contrarii non habetur memoria, iugiter observatum existit, ita nulli prorsus principi, baroni, nobili, militi, clienti, civi, burgensi seu rustico, nulli demum persone seu incole regni Boemie sepedicti, cuiuscumque status, preminencie, dignitatis vel condicionis existant vel existat, a quibuscumque processibus, sentenciis interlocutoriis vel definitivis sive preceptis regis Boemie aut iudicum[a] curie sue necnon execucionibus eorumdem contra se in regali iudicio seu coram regis, regni et curie predictorum iudicibus factis, latis vel habitis vel ferendis inantea seu fiendis ad quodcumque aliud iudicium liceat appellare, provocaciones quoque seu appellaciones huiusmodi, si quas contra hoc interponi contigerit, eo ipso viribus non subsistere et appellantes ipsos penam perdicionis causarum ipso facto statuens incurrisse. (IX) Necnon auctoritate imperiali et de certa sua sciencia declaraverit, quod ipse et omnes successores sui Boemie reges universas auri et argenti fodinas atque mineras stanni, cupri, ferri, plumbi et alterius cuiuscumque generis metalli et eciam salis tam inventas quam inveniendas imposterum quibuscumque temporibus in regno suo Boemie predicto ac terris, dominiis, territoriis et districtibus eidem regno subiectis et omnibus pertinenciis suis tenere iuste possint et potuerint in preterito et legittime possidere necnon Iudeos iusto titulo habuisse et habere et thelonea a preterito instituta seu indicta percipere et nova racionabiliter instituere potuisse et posse, (X) necnon monetas auri et argenti in omni loco et parte regni sui Boemie predicti et subditarum ei terrarum ac pertinenciarum, ubi ipse, heredes aut successores sui Boemie reges decreverint ipsisque placuerit, cudi facere et mandare sub omnibus modo et forma in predicto regno Boemie circa talia consuetis usque ad hec tempora laudabiliter observari, quodque virtute imperialis edicti et consuetudine diucius introducta liceat Boemie regibus perpetuo tempore a quibuscumque principibus, magnatibus, comitibus ac personis aliis quascumque terras, castra, possessiones, predia sive bona emere, comparare, in donum vel donacionem ex quacumque causa aut in obligacionem

---

[a]) iudicium Or.

Digitized by Google

recipere sub talium terrarum, castrorum, possessionum, prediorum seu bonorum condicione consueta, ut videlicet propria recipiantur vel comparentur propria, libera velud libera et ea, que dependent in feodum, similiter emantur in feodum seu donata ac comparata taliter teneantur, ita tamen, quod ipsi reges Boemie de hiis, que hoc modo comparaverint vel receperint et regno Boemie applicanda duxerint, ad consueta et debita iura de talibus sacro explenda et reddenda imperio perpetuo sint astricti, sicut in forma constitucionum predicti domini nostri imperatoris, quas desuper nostro et aliorum electorum principum consilio edidisse dinoscitur, plenius est expressum. Nos igitur premissa omnia et eorum quodlibet, sicut in solempnis curie Nurembergensis celebracione in commune consilium nobiscum et cum ceteris principibus coelectoribus nostris habitum per ipsum dominum nostrum dominum imperatorem deducta multoque studio ventilata et racionabilia fuerint iudicata, recognoscimus de nostro consilio et pleno processisse consensu ratificantes ac rata omnia et singula habentes et grata nostrum eis benivolum adhibemus ex certa sciencia consensum pariter et assensum. In cuius rei testimonium presentes literas fieri et nostri sigilli appensione fecimus comuniri.

Datum Nuremberg anno Domini millesimo trecentesimo quinquagesimo sexto, in crastino epiphanie eiusdem.

Original im Haus-, Hof- und Staatsarchiv zu Wien. Nach einer von der Direktion mitgeteilten Abschrift. Siegel fehlt. — In vorstehendem Drucke sind die im wesentlichen mit c. VIII—X der Goldenen Bulle übereinstimmenden Teile durch kleinere Schrift bezeichnet. Die Kapitelzahlen sind in runden Klammern eingefügt. — Gedruckt nach alten Abschriften: M. Goldast, De Bohemiae regni iuribus ac privilegiis commentarii, Frankfurt 1627, App. S. 78 ff.; 2. Aufl. 1719, App. S. 98 f.; B. Balbinus, Miscellanea historica regni Bohemiae, Decadis I lib. VIII, Prag 1688, S. 64 ff.; Lünig, Reichsarchiv VI, 2, S. 42; Codex dipl. et epist. Moraviae IX, Brünn 1875, Nr. 1, S. 1 f. — Böhmer-Huber, Reichssachen Nr. 259.

21.

Karl IV. beurkundet als König von Böhmen ein von ihm und den übrigen Kurfürsten gefundenes Weistum über die Zulassung des Pfalzgrafen Ruprecht des Älteren zu allen Reichshandlungen der Kurfürsten und über die Untrennbarkeit seiner Kurwürde von der Pfalz. — Nürnberg 1356, Januar 7.

Nos Karolus dei gracia Romanorum imperator semper augustus et Bohemie rex recognoscimus publice per presentes et notificamus cunctis ipsam intuentibus seu legi audientibus, quod nos cum omnibus principibus electoribus ecclesiasticis et secularibus et ipsi nobiscum voluntate communi et unanimiter in imperiali nostra curia Nurenberge[a] deliberavimus et concordavimus[b] et cum iure et sententia invenimus, invenimus, declaramus et pronunciamus pro iure tamquam rex Bohemie, sacri Romani imperii archipincerna et coelector prefatorum principum: ex quo magnificus Rupertus senior comes palatinus Reni sacri Romani imperii archidapifer et dux Bavarie est in possessione vocis et electionis in electione Romanorum[c] regis futuri imperatoris et etiam in possessione et dominio seu usu habet principatum Palatinatus, archidapiferiam, terras, vasallagia cum omnibus pertinentiis, super quibus electio et vox comitatus palatini Reni fundata est, sicut hoc nobis et omnibus principibus prefatis et cuilibet liquidum est et notum sine hesitatione quacumque, quod merito dictus Rupertus admittendus est, et nos ipsum de iure admisimus et admittere volumus et debemus ad quaslibet causas et ad omnia facta, que nos et antefati nostri coelectores tractabimus vel facimus pro honore et utilitate sacri Romani[d] imperii et eius fidelium subditorum omnimode, sicut de iure et de honesta laudabili consuetudine comes palatinus Reni archidapifer sacri imperii et princeps elector merito admitti debet. Etiam invenimus et pronunciamus tamquam ius et pro iure, si ita contingeret, quod aliquis antedictum ducem Rupertum pro eisdem electione et voce electionis Romani regis futuri imperatoris impetere vellet, quod huiusmodi impetitionem facere non posset[e] nec deberet, nisi prius impeteret[f] principatum et terras prenarrati Palatinatus, archidapiferiam, seu officium dapiferie, vasallagia et quidquid ad huiusmodi Palatinatum pertinet et eam optineat[g], sicut iuris est; quia nos cum iure et per sententiam invenimus, quod electio et vox super principatum et super terras Palatinatus et super archidapiferiam taliter fundate sunt, quod unum sine alio persistere non potest, sed oportet

---

a) Nurenbergie 1; Nurenbergae 2; Nürnbergae 3. b) et concordavimus fehlt 1. c) Romani 1. d) fehlt 1. e) possit nec debeat 1. f) fehlt 1. g) obtineat 2. 3.

Digitized by Google

ea simul in omni impetitione tam in dampno quam in lucro inseparabiliter permanere. Harum testimonio literarum nostro imperiali sigillo sigillatarum. Datum Nurenbergie[a] anno Domini millesimo trecentesimo quinquagesimo sexto, quinta feria post epiphanias[b] Domini, regnorum nostrorum anno decimo, imperii vero primo.

Für die Herstellung des vorstehenden Textes wurden benutzt: 1. Notariatsinstrument vom 4. Oktober 1379 im Geheimen Staatsarchiv zu München nach einer von der Archivdirektion mitgeteilten Abschrift; 2. Druck bei Goldast, Collectio constitutionum imperialium, Frankfurt 1615, S. 351; 3. beglaubigte Abschrift vom 4. Mai 1696, welche bei dem Original der deutschen Ausfertigung im Geheimen Staatsarchiv zu München liegt, nach einer von der Archivdirektion mitgeteilten Vergleichung. — Goldast fügt hinzu: Simili per omnia tenore litteras suas ediderunt electores. — Böhmer-Huber Nr. 2380, Reg. d. Pfalzgr. Nr. 2926.

22.

Herzog Rudolf der Jüngere von Sachsen beurkundet ein von ihm und den übrigen Kurfürsten gefundenes Weistum über die Zulassung des Markgrafen Ludwig des Römers zu allen Reichshandlungen der Kurfürsten und über die Untrennbarkeit seiner Kurwürde von der Mark Brandenburg. — Nürnberg 1356, Januar 7.

Wir Rudolf der Jůnger von Gods gnaden hertzog zů Sachsen des heiligen Rômichssen richs ôberster marschalk bekennen offenbar mit diesem briefe und tůn kůnt allen den, die yn sehen oder hôren lesen, daz wir mit allen kůrfůrsten, geistlichin und werltlichin, und sie mit uns mit gemeynen willen und eynmůnteclichin in des allerdůrchlůchtigesten fůrsten unsers herren hern Karels des Rômichssen keysers zů allen ziten merer des richs und kůneges zů Behem keyserlichen hofe zů Nůrenberg zů rad worden undůber eyn kůmen sint und mit recht und urteyl fůnden haben und sprechen für eyn recht als eyn hertzog zů Sachsen und des heiligen Rômichssen richs ôberster marschalk und eyn mitkůrfůrste der egenanten fůrsten: sint demmal daz der hochgeborn her Lud(ewig) der Rômer marggrafe zů Brandenburg und zů

[a]) Nurmbergiae 2. 3. [b]) epiphaniam 1.

Digitized by Google

Lusitz des heiligen Rômichssen richs ôbersten[a] kamerere phallentzgrafen by Ryn und hertzog in Beyern, unser lyeber ôme und frûnt, . . yn gewer ist der stymme und der kûre an der wal eyns Rômichssen kûneges eyns kûnftigen keysers und auch in besitzûnghe und in gewer hat daz fûrstentûm der marke zû Brandenburg und zû Lûsitz, daz kamer ampt, die lande, manschaft und alle zûgehôrûnghe, dar uffe die kûre und die stymme eyns marggrafen zû Brandenburg und zû Lûsitz begrûntvestiget ist, als daz uns und den egenanten fûrsten allen und meynlichen wiczzentlich ist und offenbar ane allen zwyvel, daz man yn billichen und nyemand anders, die wyle er lebt, zû lazzen sol und wir yn dûrch recht zû lazzen haben und auch zû lazzen wellen und sullen zû allen sachen und zû allen dinghen, die auch wir und die egenanten unser mitkûrfûrsten an griffen zû eren und nûtzen des heiligen richs und des richs getrûwen undertan, in alle der wyese, als man dûrch recht und dûrch erwerig lôblich gewonheit eynen marggrafen zû Branden(burg) und zû Lûsitz ôbersten kamerer des heiligen Rômichssen richs und eynen kûrfûrsten billichin tûn sol. Auch vynden und sprechen wir zû eynem rechten: quem ez zû sûlchen schûlden, daz yemant den vorgenanten marggrafen Lud(ewigen) den Rômer, unsern lieben ôheym, ûm die selben kûre und stymme an der wal eyns Rômichssen kûneges eyns kûnftigen keysers ansprechen wôlde, daz er die selben ansprache nicht getûn mag oder sûlle, er spreche danne an daz fûrstentûm und die land der egenanten marke zu Brandenburg und zû Lûsitz, daz kamer ampt und die manschaft, und waz dar zû gehôrt, und gewynne yme die an als recht ist; wanne wir zû recht und zû urteyl fûnden haben, daz die kûre der[a] stymme uff daz fûrstentûm und uff daz land der marke zu Brandenburg und zû Lûsitz und uff daz egenante kamerampt also gegrûntvestiget sint, daz ir eynes ane daz ander nicht gesin mag, sûnder sie mûczzen by eynander in aller ansprache zû verlust und zû gewynne blyeben.

Mit urkûnd dits briefs vorsigelt mit unserm insigel, der gegeben ist zû Nûrenberg nach Gods gebûrt drûtzenhûndert jar, dar nach in dem sechs und fûnfzegestem jare, des negsten dûnrztaghes nach dem heiligen ôbersten taghe.

---

a) ſo Or.

Digitized by Google

Original im Geheimen Staatsarchiv zu Berlin. Nach einer Abschrift von F. Kern im Apparate der Mon. Germ. Siegel fehlt. — Böhmer-Huber, Reichssachen Nr. 257.

23.

Karl IV. schlägt in Anerkennung der ihm und dem Reiche vom Bischof Johann von Straßburg auf dem Nürnberger Reichstage erwiesenen besonderen Dienste weitere 5000 Goldgulden auf die der Straßburger Kirche zustehende Pfandschaft an Ortenberg, Offenburg, Gengenbach, Celle und der Vogtei in der Mortenau. — Nürnberg 1356, Januar 7.

⁂ In nomine sancte et individue Trinitatis ⁂ feliciter amen. ⁂ Karolus quartus divina favente clemencia Roman(orum) imperator semper augustus et Boemie rex. ⁂ Ad perpetuam rei memoriam. Dum condiciones personarum et merita intenta meditacione revolvimus, de benignitate cesarea universis quidem nos in beneficiis exhibendis debitores esse prospicimus. Illis autem ad uberiora prestanda virtutum premia nos sentimus obnoxios, qui fidei sincere immota constancia erga sacrum semper claruisse noscuntur imperium, et pro insignibus virtutum operibus a sacro imperio maioribus meruerunt favoribus pre ceteris honorari. Hinc est, quod ven(erabilis) Iohannis Argentinen(sis) episcopi, principis, consang(uinei) et consiliarii nostri dilecti, varia probitatis merita ac gratissima pure fidelitatis obsequia, quibus idem celsitudini nostre placuit et placere non desinit, incessanter graciosius advertentes ac pensantes etiam non modica expensarum et sumptuum onera, que dictus episcopus sufferre non dubitavit presenciam nostram iuxta preceptum nostre celsitudinis accedendo et nobiscumque pro arduis imperii sacri negociis continuando nobisque in imperiali curia nostra in Nuremberg celebrata usque ad finalem eius exitum laboribus multis et sumptibus assistendo, ac propter premissa gratiam sibi et ecclesie sue cupientes de benignitate nobis innata facere specialem, sibi et eidem ecclesie sue in quinque milibus flor(enorum) auri boni et legalis ponderis pretextu laborum et expensarum suarum huiusmodi voluimus et de certa sciencia volumus racionabiliter ex certa sciencia obligari. Et

Digitized by Google

quia iam dudum bone memorie Bertoldo quondam Argent(inensi) episcopo predecessori suo et Argentinen(si) capitulo de speciali gratia auctoritate Roman(a) regia, qua tunc temporis fungebamur, plenam licenciam et liberam potestatem indulsimus ad sacri imperii utilitatem et commodum singulare, ut infrascriptas municiones et bona, videlicet Ortemberg, Offemburg, Gengembach, Cellam et advocaciam Mortenowe cum fructibus, iuribus, utilitatibus, dominiis, proventibus et pertinenciis suis ac iurisdicionibus universis, quibuscumque possint vel consueverint vocabulis appellari, a spectabili(bu)s Fridrico et Rudolfo marchionibus de Baden pro nongentis marcis puri argenti et legalis ponderis possent exolvere, sicut ipsi ea in summis eisdem totaliter exolverunt; ac demum de maturo consilio predictis Bertoldo quondam episcopo et capitulo Argentinen(sibus) quinque milia floren(orum) auri et ponderis eorumdem, in quibus eis propter multa grata servicia tam utiliter quam fideliter nobis et sacro imperio per ipsos exhibita racionabiliter obligati fuimus, supperaddend(o) duximus graciose: ideoque auctoritate imperiali presentibus ex certa sciencia decernimus vel pocius declaramus seu meliori forma et modo, quibus possumus, ordinamus, ut Argentinen(sis) episcopus, qui est et qui fuerit pro tempore, ac eius capitulum antedictum municiones et bona prefata cum omnibus et singulis eorum pertinenciis, dominiis, iuribus ac iurisdicionibus antedictis ultra summam nongentorum floren(orum) predictorum, in quibus ipsos ea exolvere benigne permisimus, ac etiam ultra illam quinque milium floren(orum) summam, quam, ut premittitur, eis superaddendam duximus, prout in prioribus litteris nostris super hoc editis regio vel imperiali sigillis nostris signatis clarius est expressum, teneant, habeant et possideant, etiam in hac ultima quinque milium florenorum summa a nobis et a sacro imperio nomine et titulo veri et iusti pignoris rite ac racionabiliter obligata et eciam obligatas sub omni modo et forma, quibus et sicut eadem omnia et eorum quodlibet virtute forme et continencie priorum nostrarum regalium vel imperialium litterarum, de quibus premittitur, possidere potuerunt seu possunt inantea et tenere. ⁂ Signum serenissimi principis et domini domini Karoli quarti Roman(orum) imperatoris invictissimi et gloriosissimi Boemie

Digitized by

regis. ⁂ Testes huius rei sunt vener(abi)les Gerlacus Moguntin(ensis) sacri imperii per Germaniam, Wilhelmus Colonien(sis) eiusdem imperii per Italiam et Boemundus Treveren(sis) predicti imperii per Galliam et regnum Arelaten(se) ecclesiarum archiepiscopi et archicancellarii et illustres Rupertus senior comes Palatin(us) Reni sacri imperii archidapifer, Rudolfus dux Saxon(ie) eiusdem imperii archimarescallus necnon Ludouicus dictus Romanus marchio Brandemburg(e)n(sis) et Lusacie predicti imperii archicamerarius, comes Palatinus Reni et dux Bauarie et aliorum principum, comitum, baronum et nobilium multitudo. Presencium sub nostre imperialis maiestatis sigillo testimonio litterarum. Dat(um) Nuremberg anno Domini millesimo trecentesimo quinquagesimo sexto, non(a) indicc(ione), VII.° Idus Ianuarii, regnorum nostrorum anno decimo, imperii vero primo.

Original im General-Landes-Archiv zu Karlsruhe. Nach Abschrift von R. Lüdicke im Apparat der Mon. Germ. Von der Besiegelung sind nur noch einige gelbe Seidenschnüre erhalten. Auf der Rückseite oben: R; unten rechts: XLV R. et coll. (Entsprechende Ziffern: XLVI und XLVIII, mit dem gleichen Vermerk: R. et coll. finden sich auch auf den beiden in der Anmerkung angeführten Urkunden.) — Böhmer-Huber Nr. 6863.

Anmerkung: Über denselben Gegenstand stellte Karl IV. dem Bischof Johann in den folgenden Tagen noch zwei weitere Urkunden aus, deren Originale sich ebenfalls im Karlsruher Archiv befinden:

a. Nürnberg 1356, Januar 8, Böhmer-Huber Nr. 2390. Diese enthält im Gegensatze zu vorstehender Urkunde eine Bestätigung der Pfandschaft und der früher auf dieselbe geschlagenen Pfandsummen von 900 Mark Silber, 4000 Pfund Heller und der (in vorstehender Urkunde irrtümlich unerwähnt gebliebenen) 2mal 5000 Gulden, während die neuerdings dazu geschlagenen 5000 Gulden nur nebenbei noch einmal erwähnt werden.

b. Nürnberg 1356, Januar 9, Böhmer-Huber Nr. 2391. Karl IV. gibt als König von Böhmen und Kurfürst seinen Willebrief zu a.

Aus dem Inhalt dieser beiden Urkunden ist hervorzuheben, daß sie den Passus über die Teilnahme des Bischofs Johann in folgender von der Urkunde vom 7. Januar abweichenden Fassung enthalten:

habito respectu ad multas expensas, quibus ipse propter visitacionem imperialis curie nostre, quam in Nuremberg celebravimus, et ad cuius celebritatem nostra missione vocatus advenit, et propter multos labores, quos ipse occasione huiusmodi curie non absque notabilium expensarum oneribus subiisse dinoscitur.

Digitized by Google

24.

Erzbischof Boemund von Trier urkundet über die sächsische Kur wie Gerlach von Mainz (oben Nr. 19), unter Hinzufügung von Zusätzen. — Nürnberg 1356, Januar 8.

Boemundus Dei gracia sancte Treverensis ecclesie archiepiscopus sacri imperii per Galliam et regnum Arelatense archicancellarius. Regimini sancte Treverensis ecclesie — — — — — celeberrime memorie gloriosissimum dominum Heinricum quondam Romanorum imperatorem, supradicti invictissimi domini nostri domini Karoli Romanorum imperatoris moderni predecessorem et avum, tunc comitem Lucemburgensem, cum beate memorie domino Baldwino quondam Treverense archiepiscopo, inmediato predecessore nostro, et cum aliis principibus coelectoribus illius temporis, ut nobis constat indubie, in Romanorum regem elegit — — — — — Karolum inpresenciarum sacro imperio feliciter presidentem cum prefato quondam predecessore nostro et ceteris coelectoribus, ut eciam nobis constat de vero, solempniter elegit — — — solempniter coronatus.

Scimus eciam et testamur, quod idem dominus dux per prefatum quondam dominum Heinricum imperatorem et hiis temporibus per modernum dominum nostrum dominum Karolum, quorum ipse elegit utrumque necnon per ceteros principes coelectores suos pro principe electore reputatus et habitus, ut existit, et ad omnes actus principi electori competentes absque contradiccione seu quavis questione admissus.

Nos iuribus — — — — — — — — — — — — — In cuius rei testimonium et evidenciam pleniorem presentem litteram nostro sigillo pendenti dedimus communitam.

Datum Nuremberg anno Domini millesimo trecentesimo quinquagesimo sexto, octava die mensis Ianuarii.

Original im Haupt-Staatsarchiv zu Dresden nach Abschrift von R. Lüdicke im Apparat der Mon. Germ. Siegel an grün-roter Seidenschnur.

Anmerkung: Eine mutatis mutandis wesentlich gleichlautende Urkunde, deren Original sich in demselben Archiv befindet, stellte am

9. Januar Erzbischof Wilhelm von Köln aus. Der größere Zusatz lautet hier, wie folgt:

Fuitque et est idem dominus Rudolfus Saxonie dux per prefatum dominum quondam Heinricum imperatorem, dum viveret, ac deinde per modernum dominum nostrum dominum Karolum imperatorem et per omnes alios principes electores pro principe electore reputatus semper et habitus, ut existit, et una cum eis ad omnes actus electori principi competentes absque contradiccione et questione admissus.

25.

Karl IV. verleiht dem Bischof Johann von Straßburg das Pfalbürgergesetz der Goldenen Bulle (c. XVI) als Privileg und wiederholt dieses vier Tage später. — Nürnberg 1356, Januar 8 und 12.

In nomine sancte et individue Trinitatis feliciter amen. Karolus quartus divina favente[a] clemencia Romanorum imperator semper augustus et Boemie rex. Notum facimus tenore presencium universis, quod, licet alias imperialem legem de pfalburgeriis et eorum abolicione seu prohibicione generalem in solempni curia nostra imperiali cum omnibus principibus electoribus sacri imperii tam ecclesiasticis quam secularibus in Nuremberg celebrata duxerimus promulgandam, quia tamen evidens est et constat notorie, ecclesiam Argentinensem retroactis temporibus super hoc a sacro fore privilegiatam imperio, quod in eius territorio et toto districtu imperialibus privilegiis fuit et est districte prohibitum, ne quis cives, homines et subditos ipsius ecclesie in pfalburgerios auderet suscipere, et consuetudo contraria ymmo pocius corruptela legalibus sanctionibus inimica infra eiusdem ecclesie limites extitit totaliter extirpata, idcirco ad reprimendas perversorum hominum versucias et conatus, quibus nonnulli iamdicte Argentinensis[b] ecclesie cives, homines et subditi contra eandem ecclesiam eiusque pontifices in hiis, sicut frequenter accepimus, tam retroactis quam eciam modernis noscuntur temporibus multifarie deliquisse, eandem imperialem legem nostram ex certa scientia specialiter et expresse ad ipsam Argentinensem ecclesiam, ymmo ad eius cives, homines et subditos, cuiuscunque dignitatis, condicionis aut status

a) fehlt 2. b) Argentinensium 1.

Digitized by Google

existant, volumus et auctoritate imperiali decernimus perpetuis debere temporibus pertinere et ibidem per eosdem precise et singulariter observari, nullis omnino privilegiis, statutis, consuetudinibus, graciis vel indultis per quoscumque divos Romanorum imperatores vel reges predecessores nostros quandocunque[a] et sub quacunque verborum forma concessis vel datis aut fortasse imposterum concedendis et dandis huic nostre legi imperiali obviantibus quovis modo eiusdem legis nostre transgressoribus quomodolibet[b] profuturis, universa nichilominus privilegia super predictorum pfalburgeriorum prohibicione a sacro imperio pro ipsa Argentinensi[c] ecclesia temporibus retroactis obtenta et per nos tam sub regali quam imperiali nomine et tytulo solempniter confirmata et eciam de certa sciencia de[d] novo collata imperiali auctoritate decernentes in suo robore perpetuo permanere. Tenor vero dicte[e] legis nostre imperialis, de qua supra fit mencio, per omnia talis est: Ceterum quia nonnulli cives et subditi principum, baronum et aliorum hominum, sicuti frequens ad nos querela perduxit, iugum originarie subiectionis querentes abicere, ymmo ausu temerario contempnentes, in aliarum civitatum cives recipi se procurant et frequencius in preterito procurarunt et nichilominus in priorum dominorum, quos tali fraude presumpserunt vel presumunt deserere, terris, civitatibus, opidis et villis corporaliter residentes civitatum, ad quas hoc modo se transferunt, libertatibus gaudere et ab eis defensari contendunt, qui in partibus Alamanie pfalburger consueverunt vulgariter appellari; quoniam igitur patrocinari non debent alicui fraus et dolus, de imperatorie potestatis plenitudine, omnium principum electorum ecclesiasticorum et secularium sano accedente consilio, ex certa sciencia statuimus et in presenti lege perpetuo valitura sanctimus: quod predicti cives et subditi eis, quibus subsunt, taliter illudentes in omnibus terris, locis et provinciis sacri imperii a presenti die imposterum civitatum, in quarum cives tali fraude recipi se[f] procurant vel hactenus procurarunt, iuribus et libertatibus in nullo penitus pociantur, nisi ad huiusmodi civitates corporaliter et realiter transeuntes ibique larem foventes continue et vere, ac non ficte residenciam facientes debita onera et munici-

---

a) quicunque J. b) quoslibet J. c) Argentinensium J. d) ex J. e) fehlt J. f) ſtatt recipi se hat J recipisse, was ſich aber auch unten in Nr. 28 findet.

Digitized by Google

palia subeant munera in eisdem. Si quis vero contra presentis nostre legis tenorem recepti sunt vel fuerint in futurum, illorum recepcio omni careat firmitate, et recepti, cuiuscunque condicionis, dignitatis aut status existant, in nullo casu penitus sive causa civitatum, ad quas recipi se procurant, iuribus vel libertatibus gaudeant quomodolibet vel fruantur, non obstantibus quibuscunque iuribus, privilegiis vel consuetudinibus observatis quantocunque tempore et obtentis, quas et que, in quantum presenti nostre legi obviant, presentibus ex certa sciencia revocamus de predicte imperialis plenitudine potestatis omnique carere decernimus robore firmitatis, circa premissa omnia principum, dominorum et aliorum hominum, quos taliter deseri contigit vel continget imposterum, iuribus circa personas et bona subditorum quorumcunque ipsos sepedicto modo deserencium semper salvis. Hos nichilhominus, qui sepedictos cives et subditos alienos recipere contra presentis nostre legis disposicionem presumpserint vel recipere in preterito presumpserunt, si eos omnino non dimiserint infra mensem post intimacionem presencium eis factam, penam centum marcarum auri puri pro transgressione huiusmodi tociens, quociens deinceps factum fuerit, incurrere decernentes, quarum medietas imperiali fisco nostro, reliqua[a] vero dominis illorum, qui recepti fuerint, irremissibiliter applicetur. Ad premisse vero legis evidenciam ampliorem et rei memoriam sempiternam presens privilegium nostrum venerabili Iohanni Argentinensi episcopo, principi, consanguineo et consiliario nostro dilecto, eiusque successoribus ecclesie Argentinensis[b] episcopis et ipsi Argentinensi ecclesie[b] dedimus de imperialis potestatis[c] plenitudine perpetuo duraturum. Signum serenissimi principis et domini domini Karoli quarti Romanorum imperatoris invictissimi et gloriosissimi Boemie regis.

Der Schluß in ℓ lautet: Testes huius rei sunt: venerabilis Gerlacus Moguntinensis sacri imperii per Germaniam, Wilhelmus Coloniensis eiusdem imperii per Italiam et Boemundus Treverensis predicti imperii per Galliam et regnum Arelatense[d] ecclesiarum archiepiscopi et archicancellarii, et illustres Rupertus senior comes palatinus Reni sacri imperii archidapifer, Rudolfus dux Saxonie eiusdem imperii archimare-

a) reliquum ℓ. b) Argentinensis — ecclesie fehlt ℓ. c) maiestatis ℓ. d) Arelatensium ℓ.

Digitized by Google

scallus necnon Ludovicus dictus Romanus marchio Brandenburgensis et Lusatie predicti imperii archicamerarius comes palatinus Reni et dux Bavarie et aliorum principum, comitum, baronum et nobilium multitudo. Presencium sub nostre imperialis maiestatis sigillo testimonio litterarum.

Datum Nuremberg anno Domini MCCCL sexto, indictione nona, VI. Idus Ianuarii, regnorum nostrorum anno decimo, imperii vero primo.

Der Schluß in 2 lautet: Huius rei testes sunt: venerabiles Gerlacus Maguntinensis, Boemundus Treverensis et Wilhelmus Coloniensis ecclesiarum . . archiepiscopi, illustres Rupertus senior comes palatinensis Reni, sacri imperii archidapifer, Rudolfus . . dux Saxonie sacri imperii archimarescallus et Ludovicus dictus Romanus marchio Brandenburgensis eiusdem imperii archicamerarius, principes electores; ac venerabiles . . Gerhardus Spirensis et Heinricus Lubucensis ecclesiarum episcopi, spectabiles Iohannes et Albertus burgravii Nuremburgenses, Walramus de Spanheim, Gerhardus de Dietcz, Iohannes de Katzenelbogen et Albertus de Sacromonte comites et aliorum principum, comitum, baronum et nobilium multitudo. Presencium sub bulla aurea typario nostre imperialis maiestatis impressa testimonio litterarum.

Datum Nuremberg anno Domini millesimo trecentesimo quinquagesimo sexto, IX. indiccione, II. Idus Ianuarii, regnorum nostrorum anno decimo, imperii vero primo.

Ego Iohannes Dei gracia Luthomuschlensis episcopus, sacri imperialis aule cancellarius, vice reverendi in Christo patris domini Gerlaci Moguntini archiepiscopi, sacri imperii per Germaniam archicancellarii, recognovi.

Originale nicht erhalten. Das Privileg vom 8. Januar (1) nach Wencker, Dissertatio de Pfalburgeris, Argentorati 1698, S. 66—71. Das Privileg vom 12. Januar (2) ist überliefert in einem Vidimus von 1367 im Bezirksarchiv zu Straßburg unter G 495 (1); zuletzt gedruckt im Urkundenbuch der Stadt Straßburg V, 1, Nr. 368, S. 316 ff. Im vorstehenden Abdruck ist 2 nach einer Kollation von H. Kaiser zu Grunde gelegt. Orthographische Abweichungen und offenbare Fehler von 1 sind unberücksichtigt geblieben.

Digitized by

26.

Karl IV. als König von Böhmen und Herzog Rudolf der Jüngere von Sachsen als Vertreter seines Vaters geben ihre Willebriefe zu vorstehendem Privileg vom 12. Januar 1356. — Nürnberg 1356, Januar 12.

A.

Karolus quartus divina favente clemencia Romanorum imperator semper augustus et Boemie rex. Notum facimus tenore presencium universis, quod cum inter ceteras imperiales leges, quas in presenti curia nostra imperiali in Nüremberg cum omnibus principibus electoribus tam ecclesiasticis quam secularibus ceterisque principibus et nobilibus ac nonnullis civitatibus celebrata, habito cum eisdem principibus [coelectoribus] nostris ut regis Boemie electoris sano consilio, dignoscimur edidisse, legem unam imperialem de prohibicione, penis et abolicione pfalburg[er]iorum duximus statuendum illamque, etsi constringere debeat subditos sacri Romani imperii generaliter universos, tamen specialiter ad Argentinensem ecclesiam, immo eius homines, cives et subditos, decernimus quadam singularitate referri debere specialiter et reflecti, quod eadem ecclesia, sicut est evidens et constat notorie, retroactis temporibus per sacrum privilegiata existit imperium, quod in eius territorio, iurisdictione et toto districtu imperialibus privilegiis fuit districte prohibitum, ne quis homines, cives et subditos dicte Argentinensis ecclesie in pfalburgerios auderet suscipere, ut consuetudo contraria immo verius corruptela legalibus sanctionibus inimica de dicte possessionis[a] ecclesie terminis extirpari. Cumque decrevimus, ut predicti homines, cives et subditi Argentinensis ecclesie, cuiuscunque dignitatis, status vel condicionis existant, eadem lege nostra imperiali specialiter teneantur obnoxii et sint precise ligati, et transgressores eiusdem penas in ipsa lege contentas incidant eo ipso, ideoque tenore presencium ex certa sciencia profitemur, eandem legem imperialem, de qua supra fit mencio, de maturo nostro ut regis Boemie, sacri imperii archipincerne et principis electoris, et predicto-

[a]) possessione Hs.

Digitized by Google

rum coelectorum nostrorum consilio processisse et imperiali eciam auctoritate ad iam dictos Argentinensis ecclesie homines, cives et subditos reductam esse per nos specialiter et reflexam, presertim quia eiusdem ecclesie homines, cives et subditos constat in his tam preteritis quam modernis temporibus multifarie deliquisse, prout in literis nostris imperialibus super hoc editis clarius continetur; cuius quidem legis sanctioni per nos ut imperatorem Romanum condite et solempniter ac publice promulgate, nos ut rex Boemie, sacri imperii archipincerna et princeps elector, rite et sponte consensimus ac presentibus[a] consentimus eiusque ad cives, homines ac subditos antedicte Argentinensis ecclesie reductionem et reflexionem premissam, sicut de nostro et coelectorum nostrorum consilio prodiit, ita ratificamus eique nostrum adhibendo consensum eam tanquam princeps elector, ut premittitur, ex certa sciencia approbamus universa nihilominus privilegia de prefata pfalburgeriorum prohibicione a sacro imperio pro ecclesia Argentinensi obtenta hactenus et concessa ac per maiestatem nostram tam sub regali Romanorum quam imperiali nomine et titulo solempniter confirmata ac eciam de novo collata ratificantes et ut princeps elector similiter approbantes. Et ad premissorum omnium memoriam sempiternam ad preces venerabilis Iohannis Argentinensis episcopi, principis, consanguinei et consiliarii nostri dilecti, sigillum imperialis nostre maiestatis presentibus duximus appendendum.

Datum Nüremberg anno Domini millesimo trecentesimo quinquagesimo sexto, nona indictione, secundo Idus Ianuarii, regnorum nostrorum anno decimo, imperii vero primo.

B.

Nos Rudolphus iunior Dei gratia Saxonie dux, senioris[b] filius illustris et magnifici principis domini Rudolfi ducis Saxonie sacri imperii archimareschalli, procurator[c] et specialis nuncius ad subscripta et alia universaliter ipsum genitorem nostrum, ut principem electorem sacri imperii, quovis modo tangentia cum plenissima potestate et administratione

---

a) presentimus Hs. b) senior Hs. c) procuratorque et Hs.

Digitized by Google

libera ab eo legitime constitutus. Notum facimus tenore presencium universis, quod, cum serenissimus ac invictissimus princeps et dominus, dominus Karolus quartus divina favente clemencia Romanorum imperator semper augustus et Boemie rex, illustris dominus noster graciosus, inter ceteras leges imperiales, quas in presenti curia imperiali in Nürenberg nobiscum et cum aliis omnibus principibus tam ecclesiasticis quam secularibus coelectoribus nostris ceterisque principibus ac nobilibus et nonnullis civitatibus celebrata de nostro et eorundem coelectorum nostrorum pleno consilio dinoscitur edidisse legem unam imperialem de pfalburgeriorum prohibicione, penis et abolicione statuerit illamque, etsi generaliter constringere debeat subditos Romani imperii universos, tamen[a] specialiter ad Argentinensem ecclesiam ymo eius cives, homines et subditos decrevit quadam singularitate referri debere specialiter et reflecti, eo quod eadem ecclesia sicut est evidens et constat notorie, retroactis temporibus a sacro privilegiata existit imperio, quod in eius territorio iurisdictione et toto districtu imperialibus privilegiis fuit et est districte prohibitum[b], ne quis cives, homines et subditos ipsius Argentinensis ecclesie in pfalburgerios[c] auderet suscipere, ut consuetudo contraria, ymo pocius corruptela legalibus sanctionibus inimica infra eiusdem ecclesie limites plene et integraliter extirpetur. Decernens idem dominus noster dominus imperator, ut predicti cives, homines et subditi Argentinensis ecclesie, cuiuscunque condicionis dignitatis vel status existant, eadem lege specialiter teneantur obnoxii et sint precise ligati, et transgressores eiusdem penas in ipsa lege contentas incident eo ipso. Ideoque tenore presencium ex certa sciencia profitemur, subscriptam legem imperialem, de qua supra fit mencio, de maturo nostro et predictorum coelectorum nostrorum consilio processisse et imperiali auctoritate ad predictos Argentinensis ecclesie homines, cives et subditos reductam esse specialiter et reflexam, presertim quia eiusdem ecclesie subditos constat in his tam preteritis quam modernis temporibus multifarie deliquisse[d], prout in imperialibus literis super hoc editis clarius continetur. Cuius quidem legis

a) tam Hs. b) perhibitum Hs. c) pfallburgerios Hs. d) deliquisse et Hs.

Digitized by Google

sanctioni rite consensimus, eiusque ad cives, homines et subditos Argentinensis ecclesie reductionem sive reflexionem, sicut de consilio nostro prodiit, ita ratificamus, eique nostrum adhibemus presencium tenore consensum, eamque vice auctoritatis et nomine supradicti genitoris nostri, ut ducis Saxonie, sacri imperii archimarescalli et principis electoris, et ut procurator eius constitutus[a], sufficiens ad hoc mandatum habens, ex certa scientia presentibus approbamus, universa nihilominus privilegia super predicta[b] pfallburgeriorum prohibitione a sacro imperio pro sepedicta Argentinensi ecclesia obtenta et per supradictum dominum nostrum, dominum imperatorem modernum tam sub regali quam imperiali nomine et titulo sollempniter confirmata et de novo collata ratificamus et ut princeps elector similiter approbamus et ad predictorum omnium memoriam sempiternam ad preces[c] reverendi[d] in Christo patris domini Iohannis Argentinensis episcopi sigillum nostrum duximus presentibus appendendum.

Datum Nürenberg anno Domini millesimo trecentesimo quinquagesimo sexto[e], nona indictione, feria tercia post epiphaniam Domini.

Beide Stücke sind überliefert in Abschriften aus dem Ende des 16. Jahrhunderts im Bezirksarchiv zu Straßburg unter G 495. A nach Vergleichung von A. Hessel, B nach Abschrift von H. Kaiser. Die Orthographie und leichtere Schreibfehler sind berichtigt. Unter der gleichen Nummer befinden sich dort auch die Willebriefe der übrigen Kurfürsten vom gleichen Datum mit Ausnahme desjenigen Boemunds von Trier. Alle tragen den Revisionsvermerk B. Johanns IV., der am 2. Mai 1592 starb. So gegenüber den abweichenden Angaben im UB. d. St. Straßburg V, 1, Nr. 369, S. 318 f. nach freundlicher Mitteilung H. Kaisers.

27.

Karl IV. verleiht dem Erzbischof Wilhelm von Köln und der Kölner Kirche ein besonderes Privileg über den Inhalt der inserierten Kapitel IX. X. XI. XIII und XV der Goldenen Bulle. — Sulzbach 1356, Januar 25.

In nomine sancte et individue Trinitatis feliciter amen. Karolus quartus divina favente clementia Romanorum impe-

a) continens Hs. b) praedia Hs. c) so A; partes Hs. d) venerabilis A. e) so A; 1356 Hs.

Digitized by Google

rator semper augustus et Boemie rex. § Ad perpetuam rei memoriam.

Licet alias in solempni curia Nurembergensi cum consilio et in presentia venerabilium ecclesiasticorum et illustrium secularium principum electorum omnium ac aliorum principum, comitum, baronum, procerum, nobilium ac magnatum plures leges et constitutiones imperiales modernis ac futuris temporibus oportunas edendas duxerimus et solempniter promulgandas, quibus imperii sacri subditos ligari constat universaliter singulos et singulariter universos, tamen ad insignem Coloniensem ecclesiam, notabile membrum Romani imperii, specialis gerentes amoris affectum, et venerabilem Wilhelmum eiusdem archiepiscopum sacri imperii per Itatiam archicancellarium, principem ac devotum nostrum dilectum, meritis eius hoc rite poscentibus, favore prosequentes et gratia singulari, quasdam ex legibus antedictis, quas conditioni ecclesie prefate potissime convenire prospeximus, ad eandem specialiter reflectentes ecclesiam in perpetuum privilegium eidem ecclesie et archiepiscopo suo, qui est et qui pro tempore fuerit, duximus concedendas, decernentes et auctoritate imperatoria de imperialis eciam potestatis plenitudine presenti edicto perpetuis valituro temporibus ex certa scientia sanccientes, ut ecclesia et archiepiscopus antedicti huiusmodi legibus, quas presentibus de verbo ad verbum inseri plene mandavimus, libere gaudeant perpetuo et fruantur, et ecclesie ac archiepiscopi predictorum subditi, cuiuscunque dignitatis, status aut conditionis existant, ad earum observantiam inconvulsam non solum eo modo, quo hiisdem legibus universi sacri imperii subditi ligari noscuntur, verum eciam presentis nostri privilegii imperialis ac decreti virtute perpetuis temporibus teneantur. Tenor autem legum ipsarum per omnia sequitur in hec verba:

(IX) Presenti constitutione imperpetuum valitura statuimus ac de certa scientia declaramus, quod successores nostri Boemie reges necnon universi et singuli principes electores ecclesiastici et seculares, qui perpetuo fuerint, universas auri et argenti fodinas atque mineras stanni, cupri, ferri, plumbi et alterius cuiuscunque generis metalli ac eciam salis tam inventas quam inveniendas imposterum quibuscunque temporibus in regno predicto ac terris et pertinentiis eidem regno

Digitized by Google

subiectis, necnon supradicti principes in principatibus, terris, dominiis et pertinentiis suis tenere iuste possint et legitime possidere cum omnibus iuribus, nullo prorsus excepto, prout possunt seu consueverunt talia possideri, necnon Iudeos habere, theolonea in preterito statuta et indicta percipere, quodque progenitores nostri reges Boemie felicis memorie ipsique principes electores ac progenitores et predecessores eorum legitime potuerint usque impresens, sicut hoc antiqua laudabili et approbata consuetudine diuturnique ac longissimi temporis cursu prescripta noscitur observatum.

(X) Item: Statuimus preterea, ut regi Boemie successori nostro, qui fuerit pro tempore, sicut constat ab antiquo illustris memorie Boemie regibus nostris predecessoribus licuisse et in possessione pacifica continua ipsos fuisse iuris subsequentis: videlicet monetas auri et argenti in omni loco et parte regni sui et subiectarum ei terrarum et pertinentiarum omnium, ubi rex ipse decreverit sibique placuerit, cudi facere et mandare sub omni modo et forma in regno ipso Boemie in hiis ad hec usque tempora servatis; quodque futuris perpetuo Boemie regibus, hac nostra imperiali constitutione et gratia perpetuo valituris, a quibuscunque principibus, magnatibus, comitibus ac personis aliis quascunque terras, castra, possessiones, predia sive bona liceat emere, comparare seu in donum vel donationem ex quacunque causa aut in obligationem recipere sub talium terrarum, castrorum, possessionum, prediorum seu bonorum conditione consueta, ut videlicet propria recipiantur vel comparentur ut propria, libera velut libera, et ea, que dependent in feudum, similiter emantur in feudum, seu comparata taliter teneantur; ita tamen, quod ipsi reges Boemie de hiis, que hoc modo comparaverint vel receperint et regno Boemie duxerint applicanda, ad pristina ac consueta iura de talibus sacro explenda et reddenda imperio sint astricti. Presentem nichilominus constitutionem et gratiam virtute presentis legis nostre imperialis ad universos principes electores tam ecclesiasticos quam seculares, successores et legitimos heredes ipsorum plene extendi volumus sub omnibus modis et condicionibus, ut prefertur.

(XI) Item: Statuimus eciam, ut nulli comites, barones, nobiles, feudales, vasalli, castrenses, milites, clientes, cives, burgenses, nulle quoque persone Coloniensi, Maguntinensi et Treverensi ecclesiis subiecti vel subiecte, cuiuscunque status, conditionis vel dignitatis existant, ad cuiuscunque actoris instantiam extra territorium et terminos ac limites earundem ecclesiarum et pertinentiarum suarum ad quodcunque aliud

Digitized by Google

tribunal seu cuiusvis alterius preterquam archiepiscoporum Maguntinensis, Treverensis et Coloniensis et iudicum suorum iudicium citari potuerint temporibus retroactis vel trahi seu vocari debeant perpetuis inantea temporibus sive possint, sicut preteritis invenimus temporibus observatum. Quod si contra presens edictum nostrum predictos ecclesiarum Treverensis, Maguntinensis seu Coloniensis subditos vel eorum aliquem seu aliquos ad cuiuscunque instantiam seu ad cuiuscunque tribunal pro quacunque causa criminali, civili vel mixta seu quocunque negocio extra territorium, limites seu terminos dictarum ecclesiarum vel alicuius earum citari contingeret, comparere vel respondere minime teneantur, et citatio ac processus et sentencie interlocutorie vel diffinitive contra non venientes a talibus iudicibus extraneis late vel facte, fiende vel ferende necnon precepta et premissorum executiones et omnia, que ex eis vel aliquo eorum quomodolibet sequi, attemptari possent vel fieri, irrita decernimus eo ipso. Adicientes expresse, quod nulli comiti, baroni, nobili, feudali, vasallo, castrensi, militi, clienti, civi, rustico, nulli demum persone ecclesie huiusmodi subiecte seu eius incole, cuiuscunque status, dignitatis vel conditionis existant, a processibus, sententiis interlocutoriis et diffinitivis sive preceptis archiepiscoporum et ecclesiarum huiusmodi vel suorum officiatorum temporalium aut executionibus eorundem contra se in archiepiscopali seu officiatorum predictorum iudicio factis aut latis, habitis vel ferendis inantea vel fiendis ad quodcunque tribunal aliud liceat appellare, quamdiu in archiepiscoporum predictorum et suorum iudicio querulantibus non fuerit iusticia denegata. Appellationes contra hoc factas non recipi statuimus cassasque et irritas nunciamus. In defectu vero iusticie predictis omnibus ad imperialem duntaxat curiam et tribunal seu iudicis immediate in imperiali curia pro tempore presidentis audientiam, et eciam eo casu non ad quemvis alium iudicem sive eciam delegatum hiis, quibus denegata fuerit iusticia, liceat appellare. Quicquid vero contra premissa factum fuerit, sit irritum eo ipso. Eandem constitutionem virtute presentis legis nostre imperialis ad illustres comitem Palatinum Reni, .. ducem Saxonie et marchionem Brandemburgensem, principes electores seculares sive laicos, heredes, successores et subditos eorum plene extendi volumus sub omnibus modis et conditionibus, ut prefertur.

(XIII) Item: Preterea statuimus et hoc imperiali perpetuo sanccimus edicto, quod universa privilegia et littere quibuscunque personis, cuiuscunque status, preminentie vel dignitatis existant, seu

Digitized by Google

civitatum, opidorum et quorumlibet locorum universitatibus super[a] quibuscunque iuribus, gratiis, emunitatibus, consuetudinibus seu rebus aliis eciam proprio motu seu alias a nobis vel recolende memorie divis Romanorum imperatoribus et regibus predecessoribus nostris sub quibuscunque verborum tenoribus concessa et concesse seu a nobis vel successoribus nostris, Romanorum imperatoribus et regibus, futuris temporibus concedenda seu eciam concedende non debeant aut possint libertatibus, iurisdictionibus, iuribus et honoribus seu dominiis principum electorum sacri imperii ecclesiasticorum et secularium aut alicuius ipsorum in aliquo[b] penitus derogare, eciam si in talibus privilegiis et litteris quarumlibet personarum, cuiuscunque preminentie, dignitatis aut status extiterint, ut prefertur, seu universitatum huiusmodi expresse cautum sit vel fuerit in futurum, quod revocabilia seu revocabiles esse non debeant, nisi de ipsis et toto in eis comprehenso tenore in tali revocatione fieret de verbo ad verbum seriatim mentio specialis. Huiusmodi namque privilegia et litteras, si et inquantum libertatibus, iurisdictionibus, iuribus aut honoribus seu dominiis, que superius exprimuntur, dictorum principum electorum aut alicuius ipsorum derogare vel obviare censentur in aliquo, quoad hoc revocamus ex certa scientia et cassamus revocataque et revocatas intelligi et haberi decernimus de plenitudine imperatorie potestatis.

(XV) Item. Detestandas preterea et sacris legibus reprobatas conspirationes et conventiculas seu conventiculas illicitas in civitatibus et extra vel inter civitatem et civitatem, inter personam et personam seu inter personam et civitatem pretextu parentele seu receptionis in cives vel alterius cuiuscunque coloris coniurationes, insuper et confederationes et pacta necnon et consuetudinem circa huiusmodi introductam, quam censemus potius corruptelam, reprobamus, dampnamus et ex certa scientia irritamus, quas civitates seu persone cuiuscunque dignitatis, conditionis aut status sive inter se sive cum aliis absque auctoritate dominorum, quorum subditi vel ministeriales seu in quorum districtu consistunt, eisdem dominis nominatim non exceptis fecerunt hactenus et facere presumpserint in futuro, sicut eas per sacras divorum augustorum predecessorum nostrorum leges prohibitas non ambigitur et cassatas; illis confederationibus et ligis duntaxat exceptis, quas principes et civitates ac alii super generali pace provinciarum atque terrarum inter se firmasse noscuntur; illas enim nostre declara-

---

[a]) ſo B; sub A. [b]) ſo B; alicui A.

Digitized by Google

tioni specialiter reservantes in suo decernimus vigore manere, donec de hiis aliud duxerimus ordinandum. Personam singularem, que de cetero contra tenorem presentis constitutionis legis nostre antique super hoc edite confederationes, colligationes, conspirationes et pacta huiusmodi inire presumpserint, ultra penam legis eiusdem notam infamie et penam decem librarum auri, civitatem vero vel universitatem in hanc legem nostram similiter committentem centum librarum auri necnon omissionis libertatum et privilegiorum imperialium penas incurrere decernimus eo ipso, medietate pene huiusmodi pecuniarie fisco imperiali, reliqua vero domino districtus, in cuius preiudicium facte fuerint, applicanda.

Nulli ergo omnino hominum liceat hanc paginam nostre maiestatis infringere vel ei ausu temerario contraire. Si quis autem hoc attemptare presumpserit, nostre imperialis celsitudinis indignationem incursurum se noverit et offensam. ⁂ Signum serenissimi principis et domini domini Karoli quarti Romanorum imperatoris invictissimi et gloriosissimi Boemie regis. ⁂ Testes huius sunt: illustres Rudolphus dux Saxonie, Bolko Falkembergensis, Iohannes Oppavie et Ratiborie et Bolko Opoliensis duces, necnon nobiles Ulricus de Rosemberg, Sdenko de Sternberg et quamplures alii fidedigni. Presentium sub bulla aurea typario nostre maiestatis impressa testimonio litterarum.

Datum in Sulczbach anno nativitatis Domini millesimo trecentesimo quinquagesimo sexto, VIIII. indictione, VIII. Kalendas Februarii, regnorum nostrorum anno decimo, imperii vero primo.

A. Original im Staatsarchiv zu Düsseldorf (Signatur: Erzstift Urk. zum Datum). Nach einer von der Direktion des Archivs mitgeteilten Abschrift im Apparat der Mon. Germ. Siegel und Siegelfäden nicht mehr vorhanden. Monogramm rechts unten im Texte. Auf der Rückseite: R^{m} Hertwicus.

B. Neuausfertigung nach dem Register in demselben Archiv (Signatur: Erzstift Urk. zum Datum. Alte Nummer 779). Nach einer gleichfalls von der Direktion übersandten Abschrift ebenfalls im Apparat der Mon. Germ. Siegel abgefallen, doch sind die gelb-seidenen Siegelfäden noch vorhanden. Monogramm wie in A. Auf dem Buge rechts: Sumptum de registro de mandato cesaris Nicolaus Camericensis prepositus. Auf der Rückseite: R. Wilhelmus Kortelangen. Diese Neuausfertigung dürfte nicht vor 1367 hergestellt sein.

Digitized by Google

Ferner ist die Urkunde überliefert in 3 Transsumten und 2 Kopialbüchern desselben Archivs und in einem Kopialbuche des Staatsarchivs zu Münster. — Böhmer-Huber Nr. 2427 und damit identisch Nr. 6872.

Der vorstehende Abdruck der Urkunde folgt dem Original A, doch ist B zur Verbesserung einzelner Schreibfehler des Originals herangezogen, während beiden gemeinsame Fehler beibehalten sind. Die inserierten Kapitel der Goldenen Bulle, denen ich die Kapitelzahlen in runden Klammern vorgesetzt habe, sind durch kleineren Druck bezeichnet. Abweichungen vom Texte der Goldenen Bulle sind durch Sperrdruck hervorgehoben.

28.

Burggraf Burkhart von Magdeburg als Landvogt im Elsaß teilt der Stadt Straßburg das vom Kaiser erlassene Pfalbürgergesetz (c. XVI der Goldenen Bulle) zur Nachachtung mit. — Schlettstadt 1356, Februar 1.

Wir Pûrckart burggrave zû Meydburg, hofemeister des Rômeschen keysers unde lantvogt in Eylsas, enbieden erbern, wisen, bescheiden dem meister unde dem rat ze Strazburg unsern grûs unde alles gût. Wir tûnd ûch wissen, das der durchlûtige fûrste herre Karl der Rômesche keiser unde kûnig ze Beheim, unser gnediger herre, mit den hochwirdigen fûrsten, den pfeflichen unde leygen fûrsten, eine satzunge von burger wegen, den man sprichet pfalburger, ûbereinkomen sint, das unser vorgenant herre der keyser allen fûrsten, graven, frigen herren, stetten des rychs unde frigen stetten gebotten hat, semliche burgere abe zelaszende, nach den worten der satzunge ist also:

Ceterum quia nonnulli cives et subditi principum, baronum[a] et aliorum hominum, sicuti frequens ad nos querela perduxit, iugum originarie subiectionis querentes abicere, ymmo ausu temerario contempnentes, in aliarum civitatum cives recipi se procurant et frequentius in preterito procurarunt et nichilominus in priorum dominorum, quos tali fraude presumpserunt vel presumunt deserere, terris, civitatibus, opidis et villis corporaliter residentes civitatum, ad quas hoc modo [se][b] transferunt, libertatibus gaudere et ab eis defensari contendunt, qui in partibus Almanie pfalburger consueverunt vulgariter appellare; quoniam igitur patrocinari non debent alicui fraus et dolus, de imperatorie potestatis plenitudine, omnium principum electorum ecclesiasticorum

a) baranum Or. b) fehlt Or.

Digitized by Google

et secularium sano accedente consilio, ex certa scientia statuimus et in presenti lege perpetuo valitura sanccimus: quod predicti cives et subditi eis, quibus subsunt, taliter illudentes in omnibus terris, locis et provinciis sacri imperii a presenti die imposterum civitatum, quarum[a] cives tali fraude recipisse[a] procurant vel hactenus procurarunt, iuribus et libertatibus in nullo penitus potiantur, nisi ad huiusmodi civitates corporaliter et realiter transeuntes ibique larem foventes continue et vere, ac non fictem[a] residentiam facientes debita onera et municipalia subeant munera in eisdem. Si quis vero contra presentis nostre legis tenorem recepti sunt vel fuerint infuturum, illorum receptio omnium careat firmitate, et recepti, cuiuscumque condicionis, dignitatis aut status existant, in nullo casu penitus sive causa civitatum, ab quas[a] recipi se procurant, iuribus vel libertatibus gaudeant quomodolibet vel fruantur, non obstantibus quibuscumque iuribus, privilegiis vel consuetudinibus observatis quantocumque tempore et obtentis, quas et que, in quantum presenti nostre legi obviant, presentibus ex certa scientia revocamus de predicte imperialis plenitudine potestatis omnique carere decernimus robore firmitatis, circa premissa omnia principum, dominorum et aliorum hominum, quos taliter deseri contigit vel contiget inposterum, iuribus circa personas et bona subditorum quorumcumque ipsos sepedicto modo deserentium semper salvis. Hos nichilominus, qui sepedictos cives et subditos alienos recipere contra presentis nostre legis dispositionem presumpserint vel recipere in preterito presumpserunt, si eos omnino non dimiserint infra mensem post intimationem presentium eis factam, penam centum marcharum auri puri pro transgressione huiusmodi totiens, quotiens deinceps factum fuerit, incurrere decernentes, quarum medietas imperiali fisco nostro, reliqua vero dominis illorum, qui recepti fuerint, irremissibiliter applicetur.

Dis verkûndent wir ûch unde getruwent ûch ôch, das ir unsers herren des keysers gebot haltend. Tetend ir des nût, so wissent, das ir verfallen werent die pene, als da vor bescheiden stat. Bitten wir ûch, daz ir uns uwere entwûrt enb(ietend)[b], das wir unserm herren dem keyser uwern willen kûnnent enbieten.

Datum in Sletzstat in vigilia puri(ficationis) beate Marie virginis. Datum in Sletzstat in vigilia puri(ficationis) beate Marie virginis[c].

---

a) so Or. b) Enb Or. c) Datumvermerk doppelt im Or.

Digitized by Google

Original auf Papier im Stadtarchiv zu Straßburg. Nach Abschrift von R. Salomon. Unter dem Text Spur eines aufgedruckten Siegels. Gedruckt im UB. d. Stadt Straßburg V, 1, Nr. 370, S. 319, wo aber statt des inserierten lateinischen Textes eine deutsche Übersetzung aus gleichzeitiger Abschrift eingefügt ist.

29.

Karl IV. verleiht dem Erzbischof Wilhelm von Köln und der Kölner Kirche ein im übrigen wie Nr. 6 lautendes Privileg über zwei weitere Kapitel der Goldenen Bulle (c. XIV und XVII ohne den Schluß). — Prag 1356, Februar 2.

⁂ In nomine sancte et individue Trinitatis feliciter amen. Karolus quartus divina favente clementia Romanorum imperator semper augustus et Boemie rex. ⁂ Ad perpetuam rei memoriam.

Licet alias in solempni curia nostra Nurembergensi cum consilio et in presentia venerabilium ecclesiasticorum et illustrium secularium principum electorum omnium ac aliorum principum, comitum, baronum, procerum, nobilium ac magnatum plures leges et constitutiones imperiales modernis ac futuris temporibus oportunas edendas duxerimus et solempniter promulgandas, quibus imperii sacri subditos ligari constat universaliter singulos et singulariter universos, tamen ad insignem Coloniensem ecclesiam, notabile membrum Romani imperii, specialis gerentes amoris affectum, et venerabilem Wilhelmum eiusdem ecclesie archiepiscopum sacri imperii per Italiam archicancellarium, principem et devotum nostrum dilectum, meritis eius hoc rite poscentibus, favore prosequentes et gratia singulari, quasdam ex legibus antedictis, quas conditioni ecclesie prefate potissime convenire prospeximus, ad eandem specialiter reflectentes ecclesiam in perpetuum privilegium eidem ecclesie et archiepiscopo suo, qui est et qui pro tempore fuerit, duximus concedendas, decernentes et auctoritate imperatoria de imperialis eciam potestatis plenitudine presenti edicto perpetuis valituro temporibus ex certa scientia sanccientes, ut ecclesia et archiepiscopus antedicti huiusmodi legibus, quas presentibus de verbo ad verbum inseri plene mandavimus, libere gaudeant perpetuo et fruantur, et ecclesie ac archiepiscopi predictorum subditi, cuiuscunque dignitatis,

Digitized by Google

status aut conditionis existant, ad earum observantiam inconvulsam non solum eo modo, quo hiisdem legibus universi sacri imperii subditi ligari noscuntur, verum eciam presentis nostri privilegii imperialis ac decreti virtute perpetuis temporibus teneantur. Tenor autem legum ipsarum per omnia sequitur in hec verba:

(XIV) In plerisque partibus vasalli et feudotarii dominorum feuda seu beneficia, que a dominis ipsis obtinent, intempestive verbaliter et in fraude renunciant seu resignant eadem et facta resignatione huiusmodi dominos ipsos maliciose diffidant suasque inimicicias eis denunciant dampna ipsis subsequenter gravia inferendo et beneficia seu feuda sic relicta pretextu guerre seu inimicicie iterum invadunt et occupant ac detinent occupata. Eapropter presenti constitucione imperpetuum valitura sanccimus, quod talis resignatio seu renunciatio haberi debeat pro non facta, nisi libere et realiter facta fuerit per eosdem, ita quod possessio beneficiorum et feudorum huiusmodi dominis ipsis corporaliter et realiter assignetur, in tantum, quod nullo unquam tempore diffidantes ipsi in bonis, feudis seu beneficiis resignatis dominos ipsos perturbent per se vel alios aut molestent nec ad hoc consilium prestent, auxilium vel favorem. Contrarium faciens seu dominos suos in beneficiis et feudis resignatis vel non resignatis invadens quomodolibet vel perturbans vel dampna in ipsis inferens seu consilium, auxilium prestans talia facientibus vel favorem feuda et beneficia huiusmodi eo ipso amittat, infamis existat et banno imperiali subiaceat, et nullus ad feuda seu beneficia huiusmodi pateat et de cetero quocunque tempore aditus vel regressus, nec de novo concedi sibi valeant ullo modo, et facta eis contra ac illorum concessio seu investitura secuta iuribus non subsistat. Postremo omnes penas predictas illos vel illum, qui predicta resignatione non facta contra dominos suos fraudulenter agentes vel agens scienter eos invaserint vel invaserit, diffidatione quacunque previa vel omissa, vigore presentis sanccionis incurrere decernimus ipso facto.

(XVII) Item: Eos, qui de cetero adversus aliquos iustam diffidationis causam se habere fingentes ipsos in locis, ubi domicilia non obtinent aut ea communiter non inhabitant, intempestive diffidant, declaramus dampna quecunque per incendia, spolia vel rapinas diffidatis ipsis cum honore suo inferre non posse. Et quia patrocinari non debent alicui fraus et dolus, presenti constitutioni[a] imperpetuum valitura

a) so Or.

Digitized by Google

sanccimus, diffidantes huiusmodi quibuscunque dominis aut personis, cum quibus aliqui fuerunt[a] in societate, familiaritate vel honesta quavis amicicia conversati, sic factas vel fiendas imposterum non valere, nec licere pretextu diffidationis cuiuslibet quempiam invadi per incendia, spolia vel rapinas, nisi diffidatio[b] per tres dies n(atur)ales ipsi diffidando personaliter vel in loco, quo habitare consuevit, publice fuerit intimata possitque de intimatione huiusmodi per testes ydoneos fieri plena fides. Quisquis secus quempiam diffidare vel invadere modo premisso presumpserit, infamiam eo ipso incurrat, ac si nulla diffidatio facta esset; quem eciam tanquam proditorem per quoscunque iudices penis legalibus statuimus castigari.

Nulli ergo omnino hominum liceat hanc paginam nostre maiestatis infringere vel ei ausu temerario contraire. Si quis autem hoc attemptare presumpserit, nostre imperialis celsitudinis indignationem [incursurum][c] se noverit et offensam. ⁂ Signum serenissimi principis et domini domini Karoli quarti Romanorum imperatoris invictissimi et gloriosissimi Boemie regis. ⁂ Testes huius sunt: illustres Rudolphus iunior dux Saxon(ie) et Bolko Falkembergensis, Iohannes Oppavie et Ratiboris et Bolko Opoliensis duces, necnon nobiles Ulricus de Rosemberg, Sdenco de Sternberg et quamplures alii fidedigni. Presentium sub bulla aurea typario nostre maiestatis impressa testimonio litterarum.

Datum Prage anno Domini millesimo trecentesimo quinquagesimo sexto, VIIII. indictione, IIII. Nonas Februarii, regnorum nostrorum anno decimo, imperii vero primo.

Original im Staatsarchiv zu Düsseldorf (Signatur: Erzstift Urk. zum Datum). Nach einer von der Direktion mitgeteilten Abschrift im Apparat der Mon. Germ. Das Siegel ist von den noch vorhandenen gelbrotseidenen Schnüren abgefallen. Monogramm rechts unten im Text. Auf der Rückseite: R^m Hertwicus.

Außerdem ist die Urkunde überliefert in einem Transsumt und 3 Kopialbüchern desselben Archivs. — Böhmer-Huber Nr. 2429.

In vorstehendem Abdruck sind die inserierten Stücke der Goldenen Bulle durch kleinere Schrift bezeichnet.

---

a) so Or. b) diffidatis Or. c) fehlt Or.

30.

Herzog Rudolf der Jüngere von Sachsen bekundet (gleich den übrigen fünf Kurfürsten), um die von gewisser Seite erhobenen Zweifel zu entkräften, daß den Königen von Böhmen seit alters das Recht zustehe, zu allen Königswahlen berufen zu werden und an ihnen wie alle übrigen Kurfürsten teilzunehmen; daß ihnen das Erzschenkenamt gebühre sowie das Recht, auf Hoftagen die Königskrone zu tragen, ohne die Verpflichtung, das Schenkenamt gekrönt zu verrichten. — Metz 1356, Dezember 11.

A. Lateinische Fassung.

Rudolfus Dei gracia dux Saxonie sacri imperii archimarescallus ad perpetuam rei memoriam. Desiderate pacis laudanda presidia absque principum gubernacione felici persepe tamquam navem remige destitutam dubiorum amfractibus fluctuare contingit, et tanto periculosius et utique maiore dispendio, quanto rectores publicos*, illustres videlicet principes, quos divina prudencia in consolacionem sui fidelis populi clementer instituit, iuribus et potencia fuerint negligencius destituti, quo fit, ut principum quorumlibet emunitates et iura diligenter custodiri debeant et in sua integritate servari, ac illorum maxime, qui tamquam fundamenta et columpne fortissime sacri imperialis edificii thronum cesareum gratis attollunt decoribus, quibusque Dei gracia pia dignacione credidit eum eligere, cuius potencia tocius mundialis machine regitur monarchia. Sane licet de iuribus serenissimi principis domini . . regis Boemie, illustris coelectoris, comprincipis et college nostri, nulla sit aut fuerit iuris seu facti dubietas, quin ipse ab attavis, proavis, avis et progenitoribus suis ad instar nostri et quorumlibet aliorum coelectorum principum in electione Romanorum regis ad imperium promovendi pleno iure fretus sit hactenus et fruatur, sicut hoc luce clarius semper apparuit, ab eo tempore, cuius apud homines memoria non extitit; tamen quia nonnulli filii tenebrarum oculis cecucientibus a divina luce remoti meridiane claritate palpitant sicut in noctibus et offendicula laqueosque preparant iniqui-

*) so Or.

Digitized by Google

tatis et sceleris diabolica invidia suggerente, iugum veritatis deferre pre mole gravissimi ponderis coagolati mendacii nequeuntes, super ipsis offendiculis corruunt et suorum laqueis iniquorum conceptuum se involvunt, ut lucem tenebras iudicent et tenebras ipsam lucem: igitur ad habundantioris cautele presidium, ut prefato serenissimo principi domino . . regi Boemie, heredibus et successoribus suis regibus Boemie imperpetuum securius caveatur, et omnium dubietatum amputentur calumpnie, et ne quibuslibet ociose loquentibus malignandi materia relinquatur, animo deliberato, non per errorem aut improvide, sed multa investigacione previa et a multis veridica insinuacione recepta, maturo consilio una cum universis aliis coelectoribus, comprincipibus et collegis nostris, tam spiritualibus quam secularibus, de certa nostra sciencia recognoscimus, dicimus et dictante conscientia publice profitemur, quod serenissimi principes et illustres domini . . Boemie reges ab attavis, proavis, avis et progenitoribus suis ab eo tempore, cuius apud homines, sicut premittitur, memoria non existit, habuerunt, continuo habent et habere debent ius et vocem plene et omnimode ad instar nostri et aliorum comprincipum, coelectorum et collegarum nostrorum, tam spiritualium quam secularium, in eleccione Romanorum regis ad imperium promovendi, ita videlicet, ut, quocienscumque casus talis eleccionis emerserit, serenissimus princeps dominus . . rex Boemie, qui pro tempore fuerit, ad celebracionem eleccionis ipsius solempniter vocari debeat et in ipsa eleccione omnibus iuribus suis, voce videlicet et loco et aliis quibuslibet ad hoc spectantibus per se vel nuncios legittimos et ambassiatores suos ad instar nostri et omnium aliorum comprincipum, coelectorum et collegarum nostrorum, tam spiritualium quam secularium, qui sunt et qui fuerint pro tempore, sicut premittitur, cum omni reverencia et honore gaudere, sicut de iure et more sacri imperii principes electores talibus freti sunt temporibus retroactis. Quodque prefatus serenissimus princeps dominus . . rex Boemie sacri Romani imperii archipincerna consistit ac archipincernatus officium coram imperatore vel rege Romanorum in solempnibus curiis sub corona regali exercere non debet neque tenetur ad hoc, nisi illud velit facere spontanea voluntate; poterit tamen iuxta beneplacitum in presencia impera-

Digitized by Google

torum vel regum Romanorum, dum solempnes curias huiusmodi celebrari contigerit, procedendo, sedendo vel stando regalem gestare coronam, sicut hoc serenissimorum principum dominorum regum Boemie progenitorum et predecessorum ipsius consuetudo laudabilis ab olim noscitur observasse. In cuius rei testimonium presentes fieri et sigilli nostri volumus robore communiri. Datum Metis anno Domini millesimo trecentesimo quinquagesimo sexto, proxima die dominica ante festum beate Lucie virginis.

B. Deutsche Fassung.

Wir Rudolf von Gots gnaden herczog ze Sachsen des heiligen Romischen reichs obrister marschalk bekennen und tůn kunt offenlichen mit disem brife allen den, die in sehen oder horen lesen. Wann frid und gemach an der fursten hilfe nicht besten mag, und alsovil deste mynner frides und ouch gnaden ist, so die hochgebornen fursten des heiligen reichs, und bey namen die, an den die kůr und die macht liget ein houbt der Cristenheit zu kyesen, in iren herscheften, eren und rechten gehindert und gesaumet werden, dovon ist notdurftig zu troste und zu gnaden der gemeinen cristenheit, daz man den fursten ire recht an alles mynnernuzze in seyner gencze behalde; denne wie wol daz sei, daz umb die recht des durchleuchtigen fursten und herren, des hochgebornen kuniges ze Beheim, unsers mitkurfursten, keynerlei czweivel nye gewesen sei und ouch noch nicht sei noch gesein muge indheinenweis, wann er von seinen urenen, enen, vetern und vorfarn geleich uns und allen andern unsern mitkůrfursten, geistlichen und werltlichen, in der wale und kůre eins Romischen kuniges eines kumftigen keysers vollenkomenes recht gehabt hat und ouch noch hat, als dieselben ding wol lůterlichen lantkundig und offenbar sint von sulchen alten langen zeiten, die bei der lute gedechtnůzz iczunt nicht gesein můgen durch langes alters willen; doch sintdenmal daz etzliche kynder der vinsternůzze, die mit blinden ougen von der gotlichen warheit also gevirret seint, daz sie in der clarheit des mittages tasten glich als in den nechten und betrubnůzze und stricke machen der ungerechtikeit und ouch der sunden von rate tůfelisches neides und mugen die

Digitized by Google

bůrde der warheit nicht getragen durch den last irer lugen, und domit so vallen sie in die betrubnůzze, die sie gemachet hatten, und vervewen sich in die stricke irer ungerechten meynung, also daz sie daz liecht ein vinsternůzze und daz vinsternůzze ein liecht entscheiden: so meinen wir durch merer sicherheit und uf die rede, daz der egen(ant) durchleuchtig fůrste und herre der kunig zu Beheim, sein erben und nachkomen kunige ze Beheim, ewiclichen mit sicherheit gewaret werden, und daz ouch abe sey alles zweivels ergerung, und daz muzzigen claffern wege irer bosheit und lugen nicht gelazzen werden, und dovon mit wolbedachtem můte, nicht von irresal oder unbedechticlichen, sunder von rechter underweisung, die wir warhaftiglichen wol erfunden haben, mitsampt allen andern unsern mitkůrfursten, geistlichen und werltlichen, so erkennen wir uns und sprechen mit rechter wizzen und kundigen daz offembar allermeniglichen, daz die durchleuchtigen fůrsten, die hochgeborn kunige von Beheim, von iren urenen, enen, vetern, eltern und vorfarn von sulcher langer zeit, der gedechtnůzze bei den leuten ietzunt nicht gesein mag, durch langes alters willen alleweg gehabt haben und noch haben und ouch steticlichen haben sullen vollenkumenliches recht und ouch stymme genczlich glich uns und andern unsern mitkurfůrsten, geistlichen und werltlichen, in der wale und kůre eins Romischen kuniges eines kunftigen keysers, also wenn und als ofte ez zu sulichen schulden kumet, daz man kyesen sol, daz man denn den durchleuchtigen fůrsten, den hochgebornen herrn den kunig ze Beheim, der in zeiten wirdet, zu derselben kure erberlichen ruffen sol; und der sol denne in der kůre und wal, als dovor begriffen ist, alle seine recht, stat und stymme und alle ander ding, die dor zů gehören, genczlichen haben und sich der frôwen und geniezzen, oder von seinen wegen seine boten, die er dor zu sendet, gleich uns und allen andern unsern mitkurfůrsten, geistlichen und werltlichen, die nů sint oder in kumftigen zeiten werdent, mit allen wirden und eren, als durch recht und gewonheit des heilichen reichs sulche recht, stymme und kůre besezzen haben in vorgangenen zeiten. Ouch sprechen, bekennen und kundigen wir mit rechter wizzen, als dovor begriffen ist, daz der egenant durchleuch-

Digitized by Google

tige furste, der hochgeborn herre der kunig zu Beheim, der nû ist oder in zeiten wirdet, des heiligen Romischen reichs obrister schenk ist, und daz er daz ôbriste schenkampt fûr einem keyser oder fûr einem Romischen kunige in erberigen hôfen in kuniglicher crone nicht schuldig ist zu uben, es sei dann, daz er dazselbe tûn welle mit seinem gûten willen; doch mag derselbe kûnig ze Beheim in gegenwertikeit der keyser und der Romischen kunige in sulichen erberigen hôfen gecronet siczen, sten und gen nach seiner willekur, als dieselben sachen von hochgebornen kunigen von Beheim und von iren eltern und vorfarn mit loblicher gewonheit von alter her komen ist. Mit urkund dicz brifes versigelt mit unserm insigel. Der geben ist zu Metz nach Cristes geburt dreuzehen hundert Jar und darnach in dem sechs und fumfzigistem jar, an dem nehsten suntag vor sant Lucien tag.

Die Originale der beiden vorſtehenden Urkunden ſowie der übrigen 5 kurfürſtlichen Urkundenpaare im Haus-, Hof- und Staatsarchiv zu Wien. Nach einer Abſchrift von V. Samanek. An allen Urkunden Siegel an grüner Seidenſchnur. Sämtliche Stücke ſind wohl in der kaiſerlichen Kanzlei geſchrieben. Auf faſt allen iſt nachträgliche Hinzufügung des Datums nach freundlicher Mitteilung M. Tangls deutlich erkennbar. — Böhmer-Huber, Reichsſachen Nr. 275, Reg. d. Pfalzgr. Nr. 2987.

31.

Karl IV. beurkundet die Belehnung Herzog Rudolfs des Jüngeren mit dem Herzogtum Sachſen, der Kur und dem Erzmarſchallamte und beſtätigt die ſeinen Vorgängern erteilten Privilegien (ſog. goldene Bulle für Sachſen). — Metz 1356, Dezember 27.

⁂ In nomine sancte et individue Trinitatis ⁂ feliciter amen. ⁂ Karolus quartus divina favente clemencia Romanorum imperator semper augustus ⁂ et Boemie rex. ⁂ Ad perpetuam rei memoriam. ⁂ Quamvis sublimitas dignitatis cesaree, in qua conditor orbis omnipotens nos sola sue pietatis clemencia collocavit feliciter, mentem nostram urgeat et amoneat incessanter, ut cura pervigili et sollicitis laborum studiis a nostris et imperii sacri fidelibus amputemus incomoda eisque amenitatem desiderate pacis salubriter ministremus,

Digitized by Go

ferventiori tamen affectu cor nostrum accenditur penes ea, que sacri imperii decus et illustres ipsius electores principes quadam singularitate conspiciunt, quos generis nobilitas, virtutum insignia ac continuata fides pre ceteris laudabilius recommendant. Nam ad illorum magnificacionem maiestatem nostram merito decet intendere, in quibus sacri imperii status, velud in columpnis fortissimis, titulis sublimibus et sinceritate fidei solempniter conservantur. Sane, sicut alias a principibus, comitibus, baronibus, proceribus et nobilibus multisque aliis nostris et imperii sacri fidelibus informacionem certam nostra recepit serenitas et testimonia luce clariora, qualiter felicis memorie illustres Albertus quondam Saxonie dux, avus illustris Rudolfi moderni Saxonie ducis sacri imperii archimarescalli, principis et avunculi nostri dilecti, velud archimarescallus sacri imperii et verus princeps elector, accedente unanimi consensu, voluntate et votis aliorum suorum coelectorum principum recolende memorie, serenissimos quondam Rudolfum, Adolfum et Albertum, ipsius Rudolfi filium, ducem Austrie, Romanorum reges predecessores nostros quadam ordinata consequencia rite et racionabiliter ac iuxta debitam observacionem sacri Romani imperii in Romanos reges elegerit ad imperatoriam celsitudinem promovendos; et post mortem ipsius Alberti Romanorum regis, dum sacrum imperium variis aliquamdiu fluctuaret erroribus, Rudolfus quondam Saxonie dux, dicti ducis Alberti filius et moderni Rudolfi Saxonie ducis pater, celebris ac recolende memorie dominum Heinricum, avum nostrum dilectum, cum suis coelectoribus in Romanum regem elegisse dinoscitur, qui post eandem eleccionem adeptus fuit feliciter imperatoriam dignitatem; cumque manifestissimum sit et longe lateque lucidissime divulgatum nec in dubium umquam revocari valeat, quomodo eciam dictus Rudolfus quondam Saxonie dux, avunculus noster dilectus, moderni Rudolfi ducis Saxonie pater, hoc felici nostro tempore cum ceteris suis coelectoribus principibus nos in Romanum regem elegit solempniter, sicut eciam post eandem suam et aliorum suorum coelectorum principum eleccionem in imperatorem Romanum sumus promoti et auspice Deo feliciter coronati, prout omnia et singula hec multorum principum et fide dignorum testimoniis firmissime sunt fulcita: ideo

Digitized by

prefati Rudolfi moderni Saxonie ducis sacri imperii archimarescalli et principis electoris, avunculi nostri dilecti, tam claro manifestoque et notorio iure considerato, inspecto et pensato diligencius, quodque prefati Albertus et Rudolfus quondam Saxonie duces, avus et pater eius, diuturna temporum prescripcione habuerunt et possiderunt legitime, prout eciam ipse in presenti ad instar eorum ex successione paterna et hereditaria habere dinoscitur et iusto titulo possidere in electione Romani regis in imperatorem promovendi, sano venerabilium ecclesiasticorum et illustrium secularium electorum principum sacri imperii consilio et assensu accedente necnon aliorum plurimorum ecclesiasticorum et secularium principum, comitum, baronum, procerum et nobilium, fidelium nostrorum communicato consilio, volentes auxiliante Domino futuris obviare periculis et erroribus ac materiam succidere et tollere omnium dubiorum, in eo videlicet, quod ius, vox, dignitas et potestas eligendi Romanum regem moderno Rudolfo Saxonie duci sacri imperii archimarescallo et principi electori, avunculo nostro dilecto, heredibus et successoribus suis legitimis illesa perpetuo ac incommutabilia permaneant illibataque et irrefragabilia conserventur, statuimus et imperiali sanccimus edicto perpetuis temporibus valituro, decernimus quoque et declaramus ex certa scientia et de plenitudine imperatorie potestatis, quod antedictus Rudolfus Saxonie dux, avunculus noster dilectus, et nemo alius preter eum velud Saxonie dux sacri Romani imperii archimarescallus verus et legitimus princeps elector existat, sicut eciam iure existit, sibique competat, prout vere competit, vox, ius, auctoritas et potestas eligendi in eleccione Romanorum regis, quociens emerserit, ad imperatoriam maiestatem promovendi, eo precipue, quod sibi velud vero heredi et successori legitimo post obitum sui patris ducatum et comitatum palatinum Saxonie ac archimarescalliam sacri imperii necnon omne ius devolucionis ducatus Lunemburgensis, quod nobis competit vel quomodolibet competere posset in futurum, cum omnibus et singulis eorum principatibus, terris, dominiis, proprietatibus, vasallagiis et universis ac singulis pertinenciis, libertatibus, iuribus et utilitatibus, in quibuscumque consistant, quibusve specialibus nominibus valeant nuncupari, adhibitis

Digitized by Google

cerimoniis debitis et consuetis in civitate Metensi in omnium electorum ac aliorum plurimorum principum, comitum, baronum, procerum et nobilium presencia in feudum nobile et insigne contulimus et ipsum solempniter investivimus de eisdem, ipse quoque in die nativitatis Christi, in prefata civitate, dum solempnem imperialem nostram celebraremus curiam in reverendissimi in Christo patris domini Petragoriczen(sis) sacrosancte Romane ecclesie cardinalis, illustris Karoli ducis Normandie et aliorum multorum principum ecclesiasticorum et secularium presencia iuxta sui officii debitum velud ceteri electores principes coram nostra maiestate cerimonialiter et ea decencia, prout tenebatur facere, ministravit. Et ne inter heredes et successores ipsius eo defuncto super iure huiusmodi dubitacionum, questionum aut litium exurgant materie temporibus affuturis, decernimus et imperiali statuimus edicto: quod post eius obitum primogenitus filius ipsius vel eodem decedente, antequam filios procrearet, secundogenitus seu senior ordine geniture laycus dumtaxat in prescriptis principatibus et officio marescallie cum omnibus suis dominiis, iuribus et pertinenciis sibi succedat, et quod eidem vox, ius, auctoritas et potestas competat, quociens necesse fuerit, Romanum regem eligendi. Si vero prefatum Rudolfum modernum Saxonie ducem sine legittimis masculini sexus heredibus laicis de lumbis eius procreatis mori contingeret, extunc principatus, vox, ius, auctoritas et potestas eleccionis huiusmodi modo premisso ad seniorem fratrem eius per veram paternalem lineam descendentem, et ab eodem ad primogenitum seu seniorem filium eiusdem, eodemque sine legitimis masculini sexus heredibus laicis decedente ad illustrem Albertum, filium Ottonis quondam ducis Saxonie, fratris moderni Rudolfi Saxonie ducis, et ad eiusdem seniorem filium, eoque sine masculini sexus heredibus decedente ad proximiorem heredem secundum lineam paternalem laicum dumtaxat devolvi debet pleno iure. Et talis successio ac devolutio debet, ut premittitur, in omnibus prescriptis sine innovacione perpetuis futuris temporibus inviolabiliter observari sub condicione infrascripta, ita videlicet, quod si aliquem ex eis modo predicto ab hac luce migrare contingeret, qui masculini sexus heredes legitimos laicos post

Digitized by Google

se relinqueret in annis etatis debite defectum pacientes, extunc senior frater eiusdem morientis seu defuncti fidelis tutor et administrator eiusdem iuvenis, ad quem prescripta iure devolventur, esse debet, donec ad etatem legitimam ipsum continget pervenire, et eadem assecuta dignitatem, vocem, ius, auctoritatem et potestatem eleccionis Romani regis et omnia ac singula alia ab ipsis dependencia idem tutor sine difficultate, renitencia et exceptione contraria debebit et tenebitur iuveni suo fratrueli protinus assignare. Etatem quoque legitimam pro habicione et regimine vocis, iuris, auctoritatis et potestatis in electione Romani regis decem et octo annorum censeri statuimus et haberi. In principatibus vero gubernandis etatem per leges divorum imperatorum et regum Romanorum predecessorum nostrorum recolende memorie diffinitam decrevimus omnimode observandam. Preterea, ne super voce, iure, auctoritate et potestate eleccionis huiusmodi et ducatu, principatibus ac officio archimarescallie predictis ullo umquam tempore futuro[a] dubia oriri, scandala suscitari seu novitates attemptari valeant, imperiali auctoritate et de imperatorie potestatis plenitudine declaracionem nostram modo prescripto auctorizamus, approbamus, ratificamus et de certa sciencia in omnibus et singulis suis punctis, clausulis, sentenciis et articulis confirmamus, supplentes nichilominus de prefate imperatorie potestatis plenitudine omnem defectum, si quis in premissis ex defectu verborum, sentenciarum obscuritate, obmissione solempnitatis seu alio quovis modo nunc aut futuris temporibus inveniretur admissus, eciam si quacumque lege vel statuto publico aut privato plenam et expressam de his in presenti litera de iure fieri oporteret quomodolibet mencionem. Quibus omnibus et singulis, in quantum premissis vel eorum alicui contraria esse possent aut preiudicium aliquod generare, de prescripte imperatorie potestatis plenitudine omnimode derogamus. Nulli ergo omnino hominum liceat hanc nostre infeudacionis, auctorizacionis, approbacionis, ratificacionis et confirmacionis paginam infringere vel ei ausu temerario quomodolibet contraire, sub pena mille marcarum puri auri, quas ab eo, qui contravenire presumpserit, irre-

[a]) futura Or.

Digitized by Google

missibiliter exigi volumus, quocienscumque contraventum fuerit, et earum medietatem fisco imperialis nostre camere, residuam vero partem iniuriam passorum usibus applicari. Cumque omnia et singula premissa velud Romanus imperator statuenda et ordinanda duxerimus ac solempniter decernenda, ea eciam et eorum quodlibet ut rex Boemie sacri imperii archipincerna et princeps elector ex causis et racionibus legitimis superius expressatis ratificamus et approbamus ac eisdem et eorum cuilibet nostrum benivolum consensum adhibemus. ⁂ Signum serenissimi principis et domini domini Karoli quarti Romanorum imperatoris invictissimi et gloriosissimi Boem(ie) regis. ⁂ Testes huius rei sunt: ven(erabilis) Boemundus Treverensis per Galliam et regnum Arelaten(se), Gerlacus Moguntinensis per Germaniam et Guilhelmus Colonien(sis) per Italiam archiepiscopi sacri Romani imperii archicancellarii, illustres Rupertus senior palatinus comes Reni archidapifer et dux Bavarie, Ludwicus dictus Romanus marchio Brandemburg(ensis) archicamerarius, sacri Romani imperii principes electores, ven(erabiles) Iohannes Argentinensis, Ademarius Metensis, Berangarius Tullensis, Hugo Wyrdunensis et Heinricus Lubuczensis episcopi, Henricus Fuldensis, Androinus Cluniazensis abbates, illustres Rupertus iunior comes palatinus Reni et Bavarie[a], Wilhelmus Iuliacensis et Iohannes Magnopolensis duces, Fridricus marchio Mysnensis, necnon spectabiles Burchardus burgravius Magdeburgensis, magister imperialis nostre curie, Albertus Nuremburgensis burgravius, Heinricus de Scwarczpurg, Iohannes de Kaczenelbogen, Walramus de Spanheim, Fridricus de Leyningen, Heinricus de Veldencz, Albertus de Anhalt, Burchardus et Iohannes de Recz comites et alii quamplures principes, comites, barones, nobiles et fideles nostri et sacri Romani imperii supradicti.

Presencium sub bulla aurea typareo imperialis nostre maiestatis impressa testimonio literarum.

Datum Metis anno Domini millesimo trecentesimo quinquagesimo septimo, indiccione decima, VI° Kal. Ianuarii, regnorum nostrorum anno undecimo, imperii vero secundo.

---

[a]) sc. dux.

Digitized by Google

Ego Iohannes Dei gracia Luthomuschlensis episcopus, sacre imperialis aule cancellarius, vice reverendi in Christo patris domini Gerlaci Moguntini archiepiscopi, sacri imperii per Germaniam archicancellarii, recognovi.

Original im Hauptstaatsarchiv zu Dresden. Nach Abschrift von J. Kern im Apparat der Mon. Germ. Goldbulle an gelber Seidenschnur. Auf dem Buge: Per dominum imperatorem Iohannes de Glacz. Auf der Rückseite oben: R^m. Iohannes. — Böhmer-Huber Nr. 2561.

32.

Karl IV. beurkundet dem Herzog Wenzel von Brabant, daß die Ausübung des Schwertträgeramtes durch Herzog Rudolf von Sachsen ihm an seinen Rechten nicht schädlich sein solle. — Metz 1356, Dezember 27.

Karolus quartus divina favente clemencia Roman(orum) imperator semper augustus et Boem(ie) rex. Notum facimus tenore presencium universis, quod, cum in solempni curia nostra imperiali, quam in civitate nostra Metensi sacratissimo die Nativitatis dominice cum universis principibus electoribus ecclesiasticis et secularibus, presentibus eciam aliis principibus, proceribus et nobilibus in multitudine numerosa, celebravimus, inter illustres Rudolfum ducem Saxon(ie) sacri imperii archimarescallum, avunculum nostrum, ex una et Wenceslaum Lucemburgen(sem), Lothoring(ie), Brabanc(ie) et Lymburg(ie) ducem sacrique imperii marchionem, fratrem nostrum, parte ex altera suborta fuisset materia questionis, quis videlicet eorum ensem imperialem in predicta et aliis solempnibus curiis imperialibus ante faciem maiestatis cesaree procedendo gestare seu imperatore vel rege Roman(orum) in mensa vel pro tribunali sedente coram eo tenere deberet, utroque ipsorum hec sibi competere contendente, nos volentes contencioni huiusmodi et scandalis, que nasci potuissent exinde, aditum precludere per semitam equitatis, habito cum electoribus et aliis principibus antedictis super hoc maturo consilio, considerantes, quod predictus frater noster ducatum Brabanc(ie) et marchionatum predictos, quorum virtute ensem ipsum ad gestandum, ut premittitur, et tenendum sibi dari petebat, a nostra celsitudine nondum suscepit in feudum nec de feudis

Digitized by Google

ducatus et marchionatus eorundem per nos adhuc extitit investitus, declaravimus et tenore presencium auctoritate imperiali declaramus expresse: eidem fratri nostro, Lucemburg(ensi), Lothoring(ie), Brabanc(ie) et Lymburg(ie) duci et marchioni imperii, in iuribus et privilegiis sibi et dictis ducatu[i] et marchionatui, presertim circa portacionem et tencionem ensis imperialis, conpetentibus nullum per hoc preiudicium generari nec imposterum illud sibi posse vel debere quovis modo nocere, quod prefatus dux Saxon(ie) in supradicta curia nostra ensem ipsum ante faciem nostram gestavit et eciam circa mensam nostram imperialem tenuit coram nobis. Presencium sub imperialis maiestatis nostre sigillo testimonio litterarum.

Datum Metis anno Domini millesimo trecentesimo quinquagesimo septimo, X[a] indictione, VI. Kl. Ianuarii, regnorum nostrorum anno undecimo, imperii vero secundo.

Original im Haus-, Hof- und Staatsarchiv zu Wien. Nach einer von H. Hirsch mitgeteilten Abschrift. Siegel von der schwarz-gelben Seidenschnur abgefallen. Auf dem Buge rechts: per dominum cancell(arium) Nicol(aus) de Chrems(ir), weiter unten: R. Unter dem Buge: Cor. per Io. de Pr(usnicz). Auf der Rückseite: R. Hertwicus. — Böhmer-Huber Nr. 2562.

Willebriefe hierzu im selben Archiv im Original von Mainz, Köln, Trier, Brandenburg und Pfalz.

33.

Karl IV. verleiht dem Abt Heinrich von Fulda das Pfalbürgergesetz der Goldenen Bulle (c. XVI) als Privileg. — Metz 1357, Januar 6.

Wir Karl von gots gnaden Romischer keiser zu allen zeiten merer des reichs und kunig zu Beheim bekennen und tun kunt offenlich mit diesem briefe allen den, die in sehen oder horen lesen. Wann wir vormals durch gemeinen nucz und gemach und ze understen schaden, criege und ungemach, die dovon ensten mochten, allen unsir und des reichs getruwen undertanen mit rat und willen aller kurfur(s)ten des heiligen reichs in unserm offenen keiserlichen hove und von unsir keiserlichen mechte vollenkumenheit ein gesecze und keiserrecht von den pfalburgern gesprochen und gemachet haben,

Digitized by Google

daz von worte zu worte hernach in sulchem laut geschriben stet: „Als wir mit merklicher clage underweiset sein, so hat ein bose gewonheit lange czeit geweret, daz etliche burgere und ouch undertanen der fursten, der herren und ouch anderer leute undertenikeit ires angeborn dinstes fliehen wollen und lazzen sich dorumb in andern steten zu burgern empfahen und haben sich in vergangener zeit also selbst oft empfahen lazzen zu schaden iren herren, in der lande, steten, merkten und dorffern sie siczen, und wollen domit sulcher freiheit geniezzen und sich der frewen, als die stete haben, dorinne sie zu burgern empfangen werden, und dieselben seint in Deutscher czungen pfalburger genennet; dovon seint dem male daz niemant trugen noch geverde zu helffe kumen sol, so saczen und wollen wir mit keiserlicher mechte vollenkumenheit und mit geistlicher und wertlicher kurfursten sunderlichem rate und mit diesem ewigem gebot, daz alle sulche pfalburger, die mit sulchem geverde so betriegen ire herschaft, sich zu burgern geben in ander stete, sulcher recht und freyheit, als dieselben stete haben, mit nichte geniezzen sullen, ez were denne daz sie leibhaftig und mit den werken in dieselben stete furen und doselben wonhefticlichen haus hielden in der warheit und nicht mit geverden und ouch liden und ubertrugen alle recht, beswerunge und gaben derselben stat. Wer ouch wider dies unsir gesecze empfangen wirdet oder empfangen ist, daz sol kein craft haben, und in welchen wirden, wesen oder eren derselbe sey, so sol er sich mit nichte sulcher rechte oder freyheite frewen oder geniezzen, als dieselbe stat hat, dor inne er also empfangen ist. Und waz hantvesten oder briefe, recht oder gewonheit dowider behalten weren, wie lange zeit derselben yemant in gewer gewesen sey, die wideruffen wir mit keiserlicher mechte vollenkumenheit, und als verre sie wider unser keiserliche gesecze seint, so vernichten wir sie und wollen, daz sie kein kraft haben sullen, allewege mit beheltnuzze sulcher rechte, die alle dieselben herren zu sulchen iren undertanen haben und zu irem leibe und zu irem gute. Und wer sulche leute in vergangener zeit empfangen hat oder noch empfehet in kunftigen zeiten wider unsir keiserlich gebot und dieselben vor der zeit, als in dicz unsir keiserlich gesecze geoffembaret

Digitized by Go

wirdet, inwendig einem manden nicht lazzet, der sol hundert mark lotiges goldes als oft zu rechter pen vervallen sein, als oft dowider geschihet, und dieselbe pen sol halbe unsir keiserlichen camern, und daz ander halbteil den herren, von den sulche pfalburger sich ziehen, unverzogenlichen gevallen.“ Dovon haben wir angesehen die steten getruwen dienste und ere, die uns und dem reiche der erwirdig Heinrich apt zu Fulde, der durchleuchtigen Annen Romischer keiserin und kunigin zu Beheim, unsir lieben wirtinne, obrister canczler, unsir heimlicher rat und furste, oft unverdrozzenlich getan und erboten hat und teglichen tut mit ganczem fleizze, und wollen von sunderlichen unsirn gnaden, daz sulcher unsir keiserlichen rechte und gesecze derselbe unsir furste, sein nachkomen und ir stift zu Fulde genczlichen gebruchen und geniezzen sullen. Und gebieten allen den obgenanten fursten, geistlichen und werltlichen, grafen, freyen herren, rittern und knechten, steten, gemeinscheften und allen andern leuten, wie die genant sein, und welhes wesens sie sein, ernstlich und vesteclich by unsirn und des reichs hulden, daz sie des obgenanten aptes unsirs fursten und seines stiftes zu Fulde man, diener, burger und undersezzen noch leute in dheine ire stete, merkte, burge, gemeinschefte oder vesten zu pfalburgern nicht einnemen noch empfahen sullen oder turren in dheine weis. Und wer dowider frevellichen tete, der sol in unsir und des reichs ungnade und zehen mark lotiges goldes uber die penen, die in den obgenanten geseczen begriffen ist, zu rechter penen, als oft daz geschicht, vervallen sein, und die sullen halbe in unsir und des reichs camer, und daz ander halbteil dem obgenanten apt und seinem stifte, die ubervaren wurden, on alles minnernuzze und genczlich gevallen.

Mit urkunde dits briefs versigelt mit unsirm keiserlichem insigel, der geben ist zu Mecze nach Cristes geburte druczenhundert jare und in dem siben und fumfczigstem jar, an dem obristen tage, unsir reiche in dem eylften jare und des keisertums in dem andern.

Original im Staatsarchiv zu Marburg (Fuldaer Kaiserurkunden, Stiftsarchiv 106). Nach einer von G. v. d. Ropp mitgeteilten Abschrift. Wohlerhaltenes an gelber Seidenschnur hängendes Siegel mit Rücksiegel. Auf dem Buge: Per dominum cancellarium Io. Eystetensis. Auf der Rückseite: R. Hertwicus. — Böhmer-Huber Nr. 2590.

Digitized by Google

34.

Karl IV. erklärt, daß die von ihm und den Kurfürsten seinem Bruder Wenzel gegebenen Briefe betreffend den Streit über das Schwertträgeramt auch dem Herzog Rudolf von Sachsen nicht schädlich sein sollen. — Metz 1357, Januar 7.

Wir Karl von Gots genaden Romischer keiser ze allen ziten merer dez reichs und kung ze Beheim bekennen und tun kunt offenlich mit disem brive allen den, die in sehent oder horen lesen, und wollen ouch mit keyserlicher macht, daz sulche brive, die wir und die kurfursten dem hochgebornen Wenczlaben herczogen zu Lucemburg, zu Brabant und ze Limburg und marggrafen dez heiligen reichs, unserm lieben bruder und fursten, geben haben umb zweyunge, die gewesen ist umb daz keiserliche Swert ze tragen, ze furen und ze halden in unserm hofe ze Metcze zwischen dem hochgebornen Rudolfen herczogen ze Sachsen dez heiligen reichs obristem marschalk, unserm lieben oheim und fursten, an einem teil und dem obgen(anten) unserm bruder an dem andern, demselben herczogen von Sachsen und ouch unserm bruder bedersiten unschedlichen sein sullen in iren rechten, sunder wez yetlicher den andern anczesprechen hat, daz sullen und mûgen sie bedensiten tun fur dem heiligen reiche und do tun und nemen, daz recht ist.

Mit urkund dicz brives versigilt mit unsir keyserlichen maiestat insigel. Der geben ist ze Mettze nach Cristus geburtte dreiczenhundert jare dornoch in dem siben und fumfczigstem jare, dez nechsten Sunnabendes nach dem obristen tage, unsirer riche in dem eylften und dez keysertums in dem andern jare.

Original im Hauptstaatsarchiv zu Dresden. Nach Abschrift von R. Lüdicke im Apparat der Mon. Germ. Beschädigtes Wachssiegel mit rotem Rücksiegel an Pergamentstreifen. Rechts unten: Cor. per Io. de Prusnicz. Auf dem Buge: per dominum imperatorem cancellar(ius). Auf der Rückseite: R. Hertwicus; von einer Hand des 14.—15. Jh.: Originale umb die Schedunge daz swert zu tragen. — Fehlt bei Böhmer-Huber.

Digitized by Google

35.

Karl IV. verleiht dem Biſchof Johann von Straßburg und ſeiner Kirche die Privilegien de non evocando und de non appellando im Anſchluß an den Wortlaut des Kapitels XI der Goldenen Bulle und der im ſog. böhmiſchen Exemplar hinzugefügten Erläuterung. — Prag 1358, März 3.

In nomine sancte et individue Trinitatis feliciter amen. Karolus quartus divina favente clemencia Romanorum imperator semper augustus et Boemie rex. Ad perpetuam rei memoriam. Inter illas multiplices rei publice curas, quibus assidue mens nostra pro felici statu subditi nobis populi christiani distrahitur et cottidie fatigatur, ad hoc precipue meditacio nostra dirigitur, qualiter sanctam matrem nostram reveremur ecclesiam et dignis pie devocionis favoribus complectamur[a]. Hoc autem tunc nos rite exsequi perpendimus, dum singularium quidem ecclesiarum et ecclesiasticarum personarum libertates, consuetudines et iura intacta servamus et liberalibus imperialis munificencie graciis favorabiliter adaugemus. Hinc etenim et regem supremum, per quem regnum nobis et imperium orbis est creditum, devote recognoscimus et sacri imperii gloriam retinemus[b] gloriosam. Sane venerabilis Iohannes Argentinensis episcopus, princeps, consiliarius devotus et consangwineus noster carissimus, maiestati nostre humiliter supplicavit, quod, cum Argentinensis ecclesia sua[c] a sacro Romano imperio dudum privilegiata fuerit[d], sicut eciam ex privilegiorum et litterarum tenoribus informacionem plenam recepit nostra serenitas, videlicet quod nullus baro, nobilis, feudalis, vasallus, castrensis, miles, cliens, civis, burgensis nulleque alie persone Argentinensi ecclesie subiecte ad cuiuscunque actoris instanciam ad quodcunque tribunal seu alterius preterquam Argentinensis episcopi iudicium citari sive trahi potuerit aut[e] in ius quomodolibet evocari, quatenus huiusmodi[f] privilegia sibi et successoribus[g] suis, episcopis ecclesie[h] Argentinensis[h], approbare, ratificare, auctorizare,

---

a) conplectemur A. b) reddimus B. C. c) fehlt B. d) fuit B. C. e) et A. f) eiusmodi B. g) et successoribus ſo A; successoribusque B; successoribus C. h) et ecclesie Argentinensi B; et ecclesie Argentinensis C.

Digitized by Google

confirmare, innovare[a], declarare et de novo concedere auctoritate cesarea dignaremur. Nos itaque preclare devocionis insignia et inmote fidei constanciam[b], quibus prefatus noster consanguineus approbata sedulitate eciam eximios non recusando labores maiestati nostre et imperio sacro dudum et multipliciter complacuit et in presenti summa fidei puritate conplacere non cessat et in futurum utique tanto diligencius placere tenebitur, quanto se et ecclesiam suam amplioribus a nobis beneficiis senserit prosecutum, clare nostre mentis intuitu intuentes volentesque ob[c] hoc dictum nostrum consanguineum et ecclesiam suam condignis favoribus respicere graciose, dictum privilegium necnon usum et observanciam ipsius animo deliberato, non per errorem aut inprovide, sed ex certa nostra sciencia, sano et maturo principum, comitum, baronum et aliorum nostrorum et imperii sacri fidelium accedente consilio, benignitate solita et ex innata nobis pietatis clemencia approbamus, ratificamus, auctorizamus, innovamus, confirmamus et tenore presencium auctoritate cesarea et de plenitudine imperialis potestatis liberaliter[d] de novo concedimus ex gracia singulari. Et ut de dicto privilegio dubitacionis scrupulum inantea suboriri non possit, ad habundantis cautele presidium concedimus[e], decernimus, declaramus et hoc imperiali edicto in perpetuum valituro sanctimus, ut nulli comites, barones, nobiles, feudales, vasalli, castrenses, milites, clientes, cives, burgenses, nulle quoque persone Argentinensi ecclesie subiecti vel subiecte, cuiuscunque status, condicionis vel dignitatis existant, ad cuiuscunque actoris instanciam extra territorium et terminos ac limites eiusdem ecclesie et pertinenciarum eiusdem ad quodcumque aliud tribunal seu cuiuscumque alterius preterquam episcopi Argentinensis pro tempore existentis et iudicis sui iudicium citari potuerint temporibus retroactis vel trahi seu vocari debeant perpetuis inantea temporibus sive possint. Quodsi contra presens nostrum edictum predicte Argentinensis ecclesie subditos vel eorum[f] aliquem[f] seu aliquos ad cuiuscumque instanciam seu ad cuiuscumque tribunal pro quacumque causa criminali, civili vel mixta seu quocumque negocio extra territorium,

a) invocare B. b) constancia A. c) ad B. d) libenter B. e) fehlt B. C. f) aliorum aliquae B; eorum aliquae C.

Digitized by Google

limites seu terminos dicte ecclesie citari contingeret[a], comparere vel respondere minime teneantur, et citacio, processus aut sentencie interlocutorie et diffinit[iv]e contra non venientes a talibus iudiciis[b] extraneis late vel facte, fiende vel ferende necnon precepta et premissorum execuciones et omnia, que ex eis vel aliquo eorum quomodolibet sequi, attemptari possent vel fieri, irrita decernimus eo ipso. Adicientes expresse, quod nulli comiti, baroni, nobili, feudali, vasallo, castrensi, militi, clienti, civi, rustico, nulli demum persone ecclesie huius subiecte seu eius incole, cuiuscumque status, dignitatis vel condicionis existant, a processibus, sentenciis interlocutoriis et diffinitivis sive preceptis episcopi et ecclesie huiusmodi vel suorum officiatorum temporalium aut execucionibus eorundem contra se in episcopali seu officiatorum predictorum iudicio factis aut latis, habitis vel ferendis inantea seu fiendis ad quodcumque tribunal aliud liceat appellare, quamdiu in episcopi predicti et suorum iudicio querulantibus non fuerit iusticia denegata. Appellaciones contra hoc factas non recipi statuimus cassasque et irritas nunciamus. In defectu[c] vero iusticie in predictis omnibus ad imperialem dumtaxat curiam et tribunal ibidem seu iudicis inmediate in imperiali curia pro tempore presidentis[d] audienciam, et eciam eo casu non ad quemvis alium iudicem, sive ordinarium sive eciam delegatum, hiis, quibus denegata fuerit iusticia, liceat appellare. Quicquid vero contra premissa factum fuerit, sit irritum eo ipso. Hanc autem presentem nostram declaracionem et sanccionem cesaream propter quedam dubia, que ex ea possent suboriri, de illis dumtaxat feudalibus, vasallis et subditis deberi declaramus intelligi[e], qui feuda, bona et possessiones ab episcopo Argentinensi dependentes, que de temporali ipsius iurisdictione[f] consistunt, obtinere noscuntur et actualiter et realiter resident in eisdem. Si[g] vero tales episcopi Argentinensis vasalli et homines ab aliis eciam archiepiscopis, episcopis[h] sive principibus similia feuda possident et larem foverint in illis, extunc, si iidem archiepiscopi, episcopi vel principes ab imperio bannum habent et privi-

a) contingerit A. b) iudicibus A. c) defectum A. d) possidentis A. e) intelligimus B. f) iurisdictionis B. g) Ei B. C. h) fehlt A. C.

Digitized by Google

legium duella coram se agi permittere, aput illos agat(ur)[a] de talibus; alioquin ad imperialis curie iudicis examen super hiis decernimus recurrendum. Non obstante eo, quod forsitan huiusmodi privilegium aut eius usus et[b] observancia quavis[c] temeritate, negligencia, occasione vel causa fuerint interrupti; nam litteras presentis nostre confirmacionis, declaracionis et gracie perinde robur et firmitatem indubiam habere volumus, ac si predictum privilegium cum omnibus ab eo dependentibus sine quavis interrupcione inconvulse fuisset et inviolabiliter observatum. Nulli ergo omnino hominum liceat hanc nostre maiestatis paginam infringere seu ei ausu quovis temerario quomodolibet contraire sub pena centum librarum puri auri, quas ab eo, qui contravenire presumpserit, tociens quociens contra factum extiterit, irremissibiliter exigi volumus[d], et earum medietatem imperiali camere, residuam vero partem iniuriam passorum usibus applicari. Signum[e] serenissimi principis et domini domini Karoli quarti Romanorum imperatoris invictissimi et gloriosissimi Boemie regis[e]. Testes huius rei sunt: illustris Růdolfus dux Saxonie sacri imperii archimarescallus, venerabiles Iohannes Luthomuslensis, sacre imperialis aule cancellarius, Iohannes Olomucensis et Theodricus Mindensis ecclesiarum episcopi, spectabiles Burkardus burgravius Magdeburgensis, imperialis curie magister, Ludowicus de Otingen, Heinricus de Swartzburg, Egen de Friburg comites, nobiles Swinco dictus Lepus de Hasenburg, supremus camerarius noster, Thimo de Kuldicz, Leopoldus de Nortenberg, Růdolfus de Warta et Burkardus Monachi de Landescrona et alii quam plures nostri et imperii fideles. Presencium sub bulla aurea typario nostre imperialis maiestatis impressa[f] testimonio litterarum.

Datum Prage anno Domini millesimo tricentesimo quinquagesimo octavo, indiccione undecima, quinto Nonas Marcii, regnorum nostrorum anno duodecimo, imperii vero tercio.

Ego Iohannes Dei gracia Luthomislensis[g] episcopus, sacre imperialis aule cancellarius, vice reverendi in Christo

---

a) agat B. C; agant A. b) aut B. c) quivis A. d) voluimus B. e) Signum — regis findet ſich nur in B. f) impresso A. B. C. g) Luthom̄ A.

Digitized by Google

patris domini Gerlaci Moguntinensis[a] archiepiscopi, sacri imperii per Germaniam archicancellarii[b], recognovi.

Die in B und C mitüberlieferten Kanzleivermerke lauten:

Per[c] dominum cancellarium Rudolfus[d] de Friedberg. R Iohannes Kremsir.

Original verloren. Im Bezirksarchiv zu Straßburg befinden sich drei Überlieferungen, von denen ich die Kenntnis der dritten Herrn Archivdirektor H. Kaiser verdanke: A. Vidimus von 1416 August 27, G 126. — B. Cop. saec. XVI. ex., G 2891. — C. Cop., revidiert durch Bischof Johann IV. nach eigenhändigem Vermerk, also nicht nach 1592, G 382. — Sämmtliche Überlieferungen sind im vorstehenden Abdruck nach Vergleichung von H. Kaiser benutzt. Bezüglich der Orthographie ist A zu Grunde gelegt; orthographische Abweichungen und leichtere Verschreibungen von B und C sind nicht vermerkt. — Gedruckt nach A und B in UB. der Stadt Straßburg V, 1, Nr. 445, S. 386 ff. — Fehlt bei Böhmer-Huber.

---

[a]) Moguntini B. C. [b]) archicancellarius B. [c]) Per — Kremsir fehlt in A. [d]) Rudolphum B; Rudol: C.

Digitized by Google

Nachträge.

1. Zur Vorbemerkung S. 1 ff. und zu S. 39.

Eine bisher meines Wissens in der Literatur über die Goldene Bulle ganz übersehene Spur einer alten Überlieferung des Gesetzes, in der man eine offizielle Mitteilung an die Kurie erblicken möchte, findet sich im XXVI. Bande der Annales ecclesiastici des Raynald, ed. Theiner S. 7 ff.[1]) Raynald gibt zuerst Nachrichten über die Metzer Gesetze nebst Auszügen aus denselben und behandelt dann ebenso die älteren Nürnberger Gesetze. Als Quelle nennt er den Liber privilegiorum Romanae Ecclesiae, bemerkt aber, daß die Gesetze sich auch im Archiv der Engelsburg und in den Collectanea Platinae fänden. Raynalds Angabe läßt kaum einen Zweifel, daß es sich um eine Einzelüberlieferung im genannten Archiv handelt, und wenngleich vorläufige Nachforschungen nach einer solchen, die J. Schwalm auf meine Bitte anstellte, ohne Erfolg blieben, so ist doch die Hoffnung nicht ganz aufzugeben, daß das Stück noch einmal wieder auftaucht. Trifft aber unsere Vermutung über das in dem Engelsburgarchiv einst vorhandene Stück zu, so dürfte es die Grundlage gebildet haben für den Text des Liber Privilegiorum, den Raynald im Auszuge mitteilt.

Ist das aber der Fall, so gewinnt eine von Raynald mitgeteilte Stelle erhöhte Bedeutung für unseren Text. In der Überschrift der Metzer Gesetze: Infrascripte leges usw., die Raynald vollständig aus seiner Vorlage abdruckt, findet sich das Tagesdatum an derselben Stelle wie in dem Mainzer Exemplar, doch mit der Variante die natalis Christi statt die nativitatis Christi. Die gleiche Lesart aber enthält nicht nur die Pariser Handschrift Lat. 4687, sondern nach der ausdrücklichen Angabe Senckenbergs in der Neuen und vollständigeren Sammlung der Reichsabschiede (Frankfurt 1747), I, 78, auch das von ihm als Palatinus bezeichnetete Pfälzische Exemplar (P). Diese Angabe ist jedoch irrig; vielmehr hat P, wie Harnack richtig angibt, die ganze Überschrift ausgelassen. Zweifel an der Richtigkeit dieser Angabe, welche die entgegenstehenden Angaben Senckenbergs erregten, veranlaßten mich zu einer Anfrage bei der Direktion des Königlich Bayerischen Geheimen Staatsarchivs zu München. Diese teilte mir darauf gütigst mit, daß die

[1]) R. Salomon fand sie bei einer in meinem Interesse vorgenommenen Durchsicht.

Digitized by Go

fragliche Überschrift in P wirklich fehle, fügte aber noch die interessante Bemerkung hinzu, daß vor dem ersten der Metzer Gesetze, c. XXIV, ein der fehlenden Überschrift entsprechender Raum freigelassen sei.

2. Zu Anmerkung 2 auf Seite 46.

Den in dieser Anmerkung zusammengestellten Zeugnissen über die früheren Beträge der Lehnstaxe ist ein inzwischen bekannt gewordenes neues als das in verschiedener Hinsicht wichtigste hinzuzufügen. Es ist die Eintragung des Trierer Rechnungsbuches über die von Erzbischof Boemund von Trier auf dem Nürnberger Reichstage um Neujahr 1356 geleistete Zahlung der Taxe genau in dem in c. XXX angegebenen Betrage: cancellarie et aliis officiis imperialis aule pro iure concessionis feodorum domino per imperatorem pro LXIII marcis uno fertone argenti III^{c} fl. XVI fl. IIII$^{1}/_{2}$ β hl., pro qualibet marca V fl. Cancellario XX marcas, magistro curie X marcas, marscalco et aliis officiis XXX marcas, preposito Aquensi III marcas, campanario I fertonem. Vgl. Teil I, S. 100, und Salomons Ausgabe, Neues Archiv Bd. 33, Heft 2.

Digitized by Google

Weimar. — Hof-Buchdruckerei.

Digitized by Google

Verlag von Hermann Böhlaus Nachfolgern in Weimar.

Quellen und Studien
zur
Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches
in Mittelalter und Neuzeit.

Herausgegeben
von
Karl Zeumer.

Erster Band.

Einzelpreis ℳ 16.60. Subskriptionspreis ℳ 13.40

Inhalt.

1. Heft: Karl Rauch, Traktat über den Reichstag im 16. Jahrhundert. Eine offiziöse Darstellung aus der Kurmainzischen Kanzlei. VIII u. 122 Seiten. ℳ 4.20. Subskriptionspreis ℳ 3.40.

2. Heft: Mario Krammer, Wahl und Einsetzung des Deutschen Königs im Verhältnis zu einander. XIV u. 112 Seiten. ℳ 4.—. Subskriptionspreis ℳ 3.20.

3. Heft: Wilhelm Kisky, Die Domkapitel der geistlichen Kurfürsten in ihrer persönlichen Zusammensetzung im vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert. Gekrönte Preisschrift. X u. 197 Seiten. ℳ 5.40. Subskriptionspreis ℳ 4.40.

4. Heft: Hermann Rudorff, Zur Erklärung des Wormser Konkordats. VIII u. 66 Seiten. ℳ 3.—. Subskriptionspreis ℳ 2.40.

Für den Dritten Band der Quellen und Studien befindet sich in Vorbereitung:

1. Heft: Rudolf Smend, Das Reichskammergericht. Erster Teil: Geschichte und Verfassung.

Digitized by Google

Verlag von Hermann Böhlaus Nachfolgern in Weimar.

Zeitschrift für Rechtsgeschichte.

13 Bände mit Namen- und Sachregister 1862—1880. ℳ 123,30.

Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte

Begründet von
G. Bruns, P. v. Roth, H. Böhlau, A. Pernice.

Herausgegeben von
E. I. Bekker, L. Mitteis, R. Schröder, H. Brunner, U. Stutz.

Band I—XXVIII. 1880—1907. gr. 8°. ℳ 487.40
(Germanistische Abteilung ℳ 228,60. Romanistische Abteilung ℳ 258.80.)

Die
Appellation König Ludwigs des Baiern von 1324
in ursprünglicher Gestalt herausgegeben von J. Schwalm.

Mit drei Lichtdrucktafeln. 32 Seiten groß Quart. Kartoniert ℳ 6.—.

Der
Traktat des Laurentius de Somercote
Kanonikus von Chichester
über die Vornahme von Bischofswahlen
entstanden im Jahre 1254
herausgegeben und erläutert von
Dr. **Alfred von Wretschko**

56 S. gr. 8°. ℳ 2,40.

Jaekel, Hugo, **Forschungen zur Altfriesischen Geschichte und Ständeverfassung.** Sonderdr. a. d. Ztschr. d. Savigny-Stiftung f. Rechtsgeschichte Bd. XXVIII. Germanist. Abt. VIII u. 232 S. ℳ 6—

Rietschel, Siegfried, **Untersuchungen zur Geschichte der germanischen Hundertschaft.** I. Teil: Die skandinavische und angelsächsische Hundertschaft. Sonderdr. a. d. Ztschr. d. Savigny-Stiftung f. Rechtsgeschichte Bd. XXVIII. Germanist. Abt. 95 S. gr. 8. ℳ 2,40

Weimar. — Hof-Buchdruckerei.

Digitized by Google

This book should be returned to the Library on or before the last date stamped below.

A fine is incurred by retaining it beyond the specified time.

Please return promptly.

APR 19 '68 H

1937-179

CANCELLED

OCT 25 '71 H

353694

Digitized by Google

er 1380.4
ie Goldene bulle kaiser Karls IV /
idener Library 003780434
3 2044 086 041 738

Digitized by Google